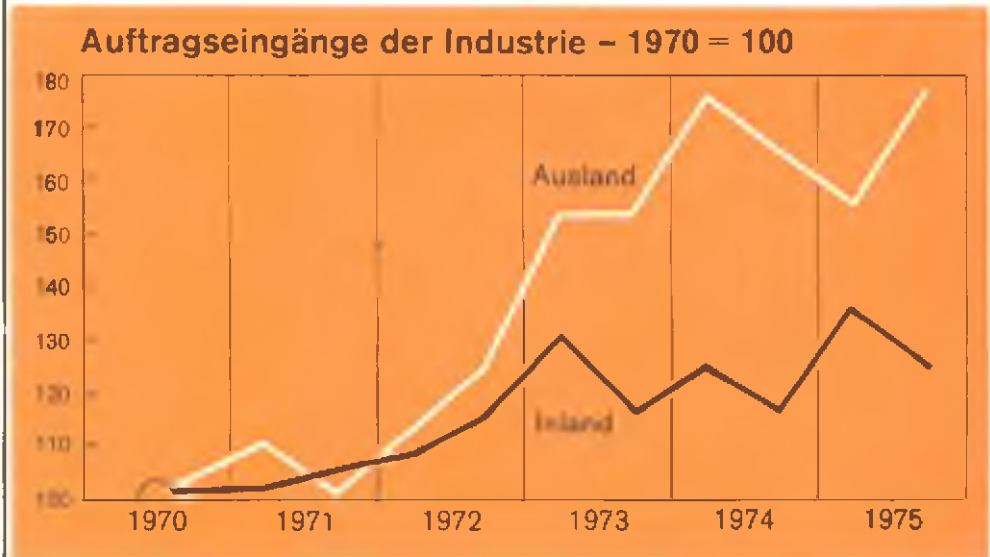
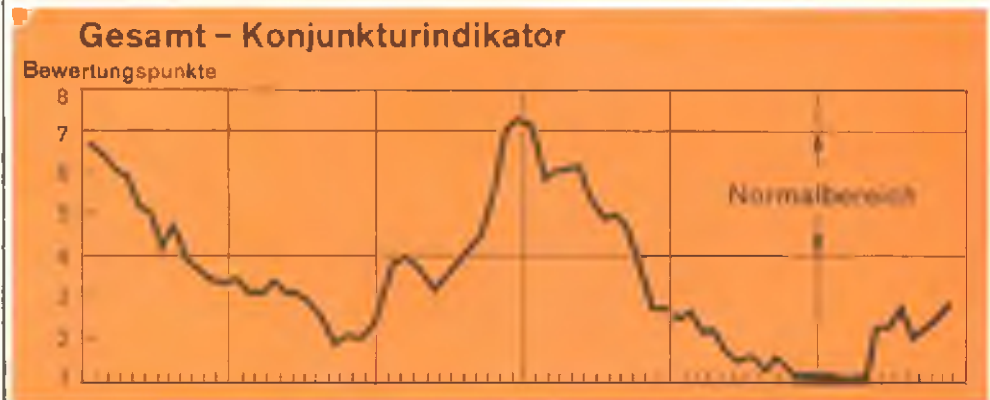
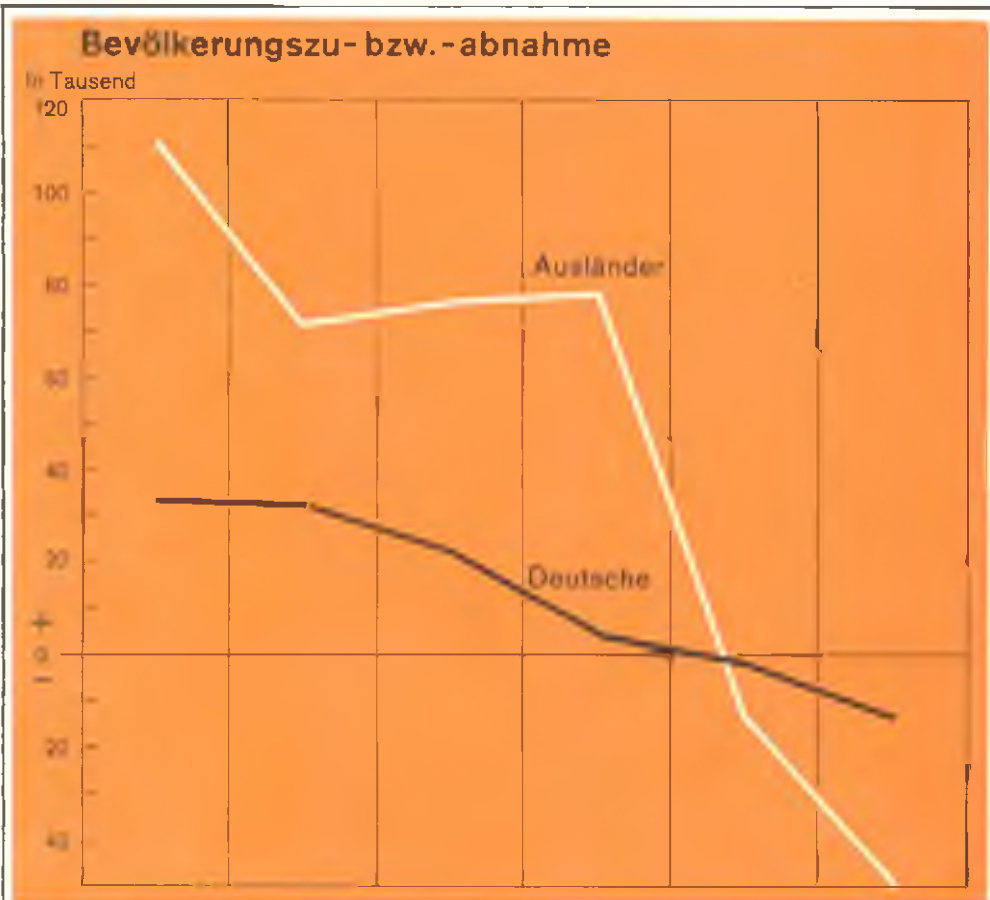


Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1975

Heft 3



**Baden-
Württemberg**



**Statistischer
und
prognostischer
Jahresbericht 1975**

1114_76001

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Vorwort

Der Ministerrat hat im März dieses Jahres den Statistischen und prognostischen Jahresbericht 1975 verabschiedet. Der Jahresbericht schließt sich an die Berichte 1973 und 1974 an. Auf der Grundlage statistischer Daten untersucht er die Entwicklung des letzten Jahres und enthält wichtige Aussagen über Schwerpunktbereiche der Landespolitik. Er stellt damit, wie schon die Vorberichte, eine wichtige Informationsquelle und ein bedeutendes Prognoseinstrument dar, für die am politischen Geschehen Beteiligten und für alle interessierten Bürger und Stellen.

Im Jahr 1975 traten die Auswirkungen des wirtschaftlichen Rückgangs deutlich zu Tage, namentlich in den hohen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen. Es war aber auch gekennzeichnet durch die Anstrengungen der Landesregierung, die Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder abzubauen und die wirtschaftlichen Kräfte zu beleben. Diese Bemühungen waren erfolgreich: Ohne die Maßnahmen des Landes wäre die Arbeitslosenzahl in Baden-Württemberg doppelt so hoch ausgefallen. In der zweiten Jahreshälfte sind Anzeichen für eine positivere Entwicklung deutlich geworden. Gleichwohl ist auch für das Jahr 1976 noch mit größeren Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Daran läßt der Bericht in seinen kurzfristigen Prognosen keinen Zweifel. Die Landesregierung sieht es daher auch weiterhin als eine ihrer Hauptaufgaben an, die Arbeitsplätze zu sichern.

Die längerfristigen Vorausschätzungen der Statistischen und prognostischen Jahresberichte sind inzwischen fester Bestandteil des politischen Handelns der Landesregierung wie auch der öffentlichen Diskussion geworden. Dies gilt besonders für die Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung, für den Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich. Die Landesregierung hat sich nachdrücklich darum bemüht, über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinaus die Voraussetzungen zu schaffen, um die großen Aufgaben der Zukunft bewältigen zu können. Dazu gehören die Schaffung neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze, der Ausbau des Bildungswesens, vor allem im beruflichen Bereich, die Erhaltung und Stärkung der investiven Tätigkeit des Landes und nicht zuletzt die Sicherstellung von ausreichender Energie zu tragbaren Preisen.

Baden-Württemberg hat nach den Aussagen unabhängiger Experten die besten Voraussetzungen innerhalb des Bundesgebiets, diese großen Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Daß die darauf gerichteten Bemühungen der Landesregierung erfolgversprechend sind, geht aus dem vorliegenden Jahresbericht hervor. Diese Anstrengungen müssen fortgesetzt werden.

Dem Präsidenten des Statistischen Landesamts, Herrn Professor Dr. Szameitat und seinen Mitarbeitern gilt der Dank der Landesregierung für die Ausarbeitung des Statistischen und prognostischen Jahresberichts 1975.

Stuttgart, im März 1976



Ministerpräsident
Dr. Hans Filbinger

Inhalt

	Seite
Teil I	
Das Jahr 1975: Grundzüge der Entwicklung	7
Teil II	
Versuch einer Vorausschätzung der Entwicklung wichtiger demographischer und wirtschaftlicher Größen im Jahr 1976	26
Teil III	
Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	39
3.1 Bevölkerung	39
1. Entwicklung der Gesamtbevölkerung	39
2. Ausländer	43
3.2 Regionale Aspekte	50
1. Die Gemeindereform	50
2. Entwicklung und Situation der Großstädte und ihres Umlandes	58
3. Empirische Untersuchung der regionalen Konjunkturentwicklung	65
3.3 Bildung	69
1. Absolventen	69
2. Die Entwicklung des Lehrerbestandes	71
3. Weiterbildung	75
3.4 Schwerpunkte sozialer Arbeit	77
1. Ambulante pflegerische Dienste — Sozialstationen	77
2. Offene Altenhilfe	79
3. Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation	80
4. Heime für alte Menschen	83
3.5 Arbeitsmarkt	87
1. Arbeitsfreisetzung	87
2. Soziale Aspekte der Arbeitslosigkeit	90
3. Wirtschaftsstrukturelle Aspekte	95
4. Längerfristige Perspektiven	98
3.6 Wirtschaft	101
1. Entwicklung der exportorientierten Industrie nach Branchen und Ländern	101
2. Entwicklung der Automobilindustrie	107
3. Bauwirtschaft: Nachfragestrukturen und Tendenzen	112
4. Struktur und Entwicklung des Fremdenverkehrs	116
5. Zur Entwicklung der Energiewirtschaft	120
6. Gesamt-Konjunkturindikator für Baden-Württemberg	123
3.7 Landwirtschaft	126
3.8 Umwelt	134
1. Wasserwirtschaftliche Aspekte	134
2. Zur Situation der Hausmülldeponien	140
3. Immissionsschutz und ständige Luftüberwachung	141
3.9 Innere Sicherheit	143
1. Kriminalitätsentwicklung	143
2. Sicherheitsplan für das Land	147
3. Die Gefährdung im Straßenverkehr	149
3.10 Öffentliche Finanzen	154
1. Personalausgaben	154
2. Investitionsausgaben	157
3. Entwicklung der Verschuldung	160
Anhang	
Größere Tabellen und Regionaldaten zu allen Beiträgen befinden sich im Anhang (vgl. die dortige Übersicht).	

Teil I

Das Jahr 1975: Grundzüge der Entwicklung

Das Jahr 1975 war wie das vorangegangene Jahr durch eine Vielzahl schwieriger Faktoren in fast allen Bereichen und vor allem durch den anhaltenden Tiefstand der Konjunktur gekennzeichnet. Allerdings mehrten sich in der zweiten Jahreshälfte die Anzeichen, daß die rückläufigen Tendenzen zum Stillstand gekommen sind und eine Wiederbelebung der Konjunktur zu erwarten ist.

Einige der prägnanten Entwicklungen des Jahres 1975 waren:

- Rückgang der Bevölkerungszahl
- Verminderung der Zahl der Ausländer
- hohe Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit
- Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts mit Einbußen in fast allen Wirtschaftsbereichen
- leichtes Sinken der Reallöhne
- weiterer Preisauftrieb, allerdings abgeschwächt
- hohe Spartätigkeit bei relativ schwachen Kreditvergaben
- schwierige finanzpolitische Situation der öffentlichen Hände

Im Vordergrund der Landespolitik standen die großen Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Diese Bemühungen waren darauf ausgerichtet, die Weichen für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung zu stellen, die Grundlagen für die Ausbildungs- und Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen und den Spielraum für eine aktive Politik in den Kernbereichen zu sichern. Auf die Förderung der mittelständischen Betriebe hat die Landesregierung besonderes Gewicht gelegt. Im Bildungsbereich sind neue Akzente in den Vordergrund gerückt.

Rückgang der Einwohnerzahl

Nachdem das seit Ende des zweiten Weltkrieges anhaltende Bevölkerungswachstum im Jahr 1974 zum Stillstand gekommen und ein leichter Bevölkerungsrückgang eingetreten war, ging die Einwohnerzahl im Jahr 1975 deutlicher zurück. Nach vorläufigen Schätzungen hat am Jahresende die Wohnbevölkerung Baden-Württembergs 9,164 Millionen Einwohner betragen, das bedeutet eine Abnahme binnen Jahresfrist um rund 62 000 Personen (— 0,7%).

Tabelle 1

Bevölkerungsbilanz 1970 bis 1975

Jahr	Geburtenüberschuß bzw. -defizit (—)	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (—)	Zu- bzw. Abnahme (—) insgesamt	Bevölkerungsstand am 31. Dezember
Deutsche				
1970	20 947	12 866	33 813	8 273 522
1971	13 270	17 015	30 285	8 303 807
1972	573	22 034	22 607	8 326 414
1973	— 11 023	16 268	5 245	8 331 659
1974	— 13 658	12 642	— 1 016	8 330 643
1975 1)	— 17 000	5 000	— 12 000	8 319 000
Ausländer				
1970	14 637	96 595	111 232	680 085
1971	17 930	53 292	71 222	751 307
1972	19 532	56 899	76 431	827 738
1973	20 980	58 999	79 979	907 717
1974	22 737	— 34 857	— 12 120	895 597
1975 1)	20 000	— 70 000	— 50 000	845 000
Wohnbevölkerung insgesamt				
1970	35 584	109 461	145 045	8 953 607
1971	31 200	70 307	101 507	9 055 114
1972	20 105	78 933	99 038	9 154 152
1973	9 957	75 267	85 224	9 239 376
1974	9 079	— 22 215	— 13 136	9 226 240
1975 1)	3 000	— 65 000	— 62 000	9 164 000

1) Geschätzt.

Maßgeblich für diesen Bevölkerungsrückgang war die hohe Abwanderung von Ausländern, die durch den geringen Geburtenüberschuß von schätzungsweise 3 000 Personen bei weitem nicht ausgeglichen wurde.

Der 1975 zu verzeichnende geringe Geburtenüberschuß ist allein dem ausländischen Bevölkerungsteil zuzuschreiben. Bei den Deutschen lag auch 1975 die Zahl der Neugeborenen unter den Sterbefällen, so daß sich eine Abnahme um etwa 17 000 Personen ergeben dürfte.

Bei der deutschen Bevölkerung hatte der Geburtenrückgang, der etwa Mitte der sechziger Jahre einsetzte, zu einer stetigen Verminderung der Zahl der Lebendgeborenen von über 153 000 im Jahr 1964 auf 80 100 im Jahr 1973 geführt; 1974 ließ er (77 700 Lebendgeborene) erheblich nach. Die Annahme, daß sich der Geburtenrückgang nunmehr deutlich abgeschwächt habe, läßt sich für das Jahr 1975 nicht aufrecht erhalten: Nach vorläufigen Schätzungen blieb die Geburtenzahl für die deutsche Bevölkerung nochmals rund 3% unter dem Stand von 1974. Berücksichtigt man zudem, daß 1975 aufgrund der Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes¹ rund 2000 Neugeborene nicht wie bisher eine ausländische, sondern die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben und damit als Deutsche in die Geburtenstatistik eingehen, so liegt die Zahl der Lebendgeborenen sogar 5,0% niedriger als 1974.

Für die Geburtenentwicklung der Gesamtbevölkerung (Deutsche und Ausländer) ergibt sich ein ähnliches Bild. Durch Rückwanderung von Ausländern in ihre Heimatländer verminderte sich bei ihnen auch die Zahl der Geburten, so daß der Geburtsjahrgang 1975 beträchtlich schwächer besetzt ist als die letzten Jahrgänge. Damit und im Zusammenhang mit dem verminderten Anteil an Ausländergeburten ergeben sich für die weitere Entwicklung im Bereich der für die vorschulische Erziehung in Betracht kommenden Altersstufe und für die Einschulungsjahrgänge 1981 und 1982 wichtige, schon jetzt absehbare Anhaltspunkte.

In regionaler Hinsicht unterschied sich die Geburtenentwicklung nicht sonderlich von früheren Jahren. Die auf 1 000 Personen der Bevölkerung berechneten Geburtenziffern der Stadt- und Landkreise haben sich in den letzten Jahren zwar stark angeglichen, doch sind diese Ziffern auch 1975 durchweg in den Stadtkreisen etwas niedriger als in den Landkreisen.

Weniger Ausländer

Als Folge der konjunkturellen Abschwächung und des von der Bundesregierung verhängten Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte ging die Zahl der Ausländer, die seit Jahren fast stetig gestiegen war, ab November 1973 zurück und verminderte sich bereits 1974 um rund 35 000 Personen. Durch die Auswirkungen der Rezession wuchs 1975 der negative Wanderungssaldo erheblich, so daß sich — nach ersten Schätzungen — ein Wanderungsverlust von rund 70 000 Ausländern errechnet. Damit ergab sich Ende des Jahres ein Ausländerbestand von 845 000, was einem Bevölkerungsanteil von 9,2% entspricht.

Wie bereits 1974 festzustellen war, ist die eingetretene Verminderung des Ausländerbestandes nicht auf einen verstärkten Fortzug der in Baden-Württemberg ansässigen Ausländer zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 1975 wanderten weniger Ausländer als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum fort. Maßgebliche Ursache für die Verringerung der Ausländerzahl war vielmehr der stark nachlassende Zustrom.

Die Wanderungsbewegung des ausländischen Bevölkerungsteils (Zu- und Fortzüge) hatte 1974 im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung noch einen Zuwachs von rund 12 000 nichterwerbstätigen Personen (Kinder und nichtberufstätige Frauen) und eine hohe Abnahme der erwerbstätigen Ausländer um fast 47 000 Personen gebracht. 1975 erfuhr diese Relation insoweit eine grundlegende Änderung, als nunmehr die Verminderung des Ausländerbestandes nicht allein auf Abwanderung des erwerbstätigen Bevölkerungsteils zurückzuführen war: Per Saldo wanderten von Januar bis September 1975 rund 40 300 Erwerbstätige und 14 000 nichterwerbstätige Familienangehörige ab.

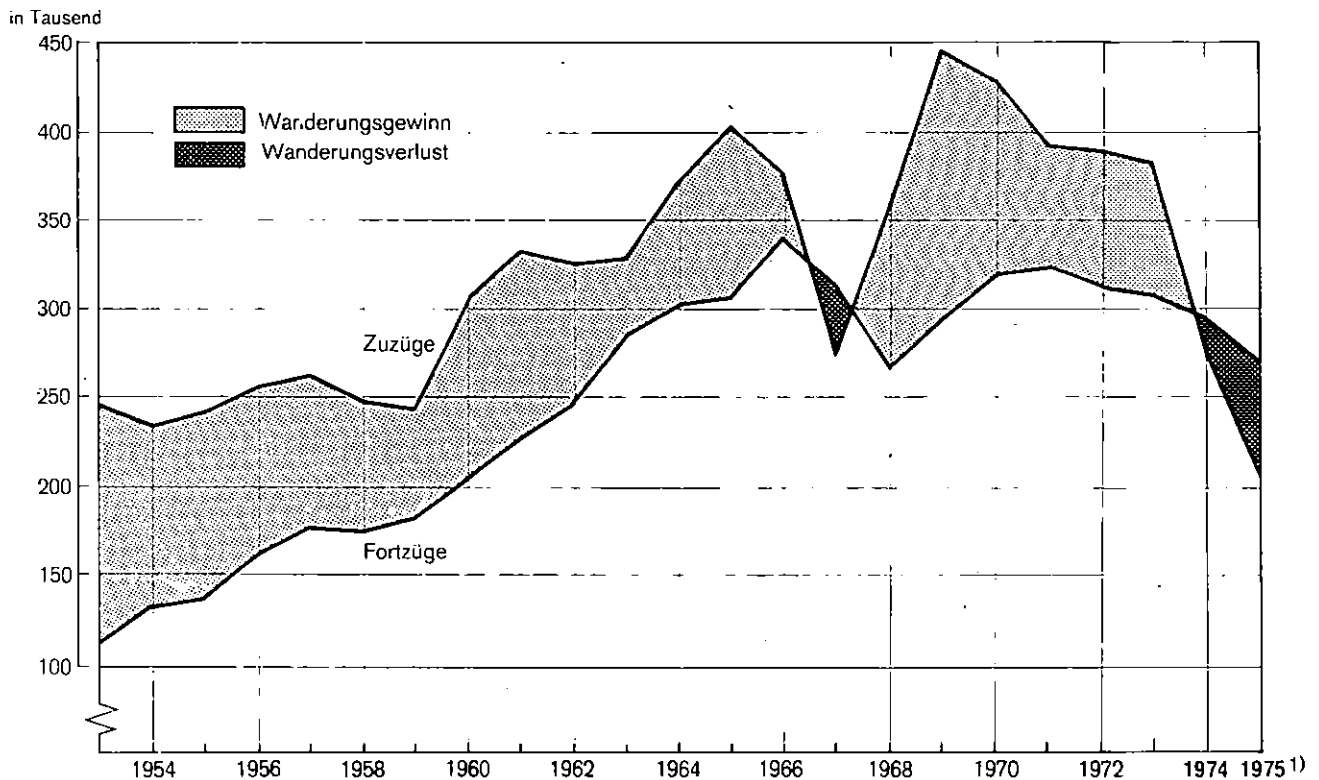
Auch in regionaler Sicht sind die durch Zu- und Abwanderung ausgelösten Bevölkerungsentwicklungen von Bedeutung. Einen hohen Wanderungsgewinn hatte im ersten Halbjahr der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald; Wanderungsgewinne verzeichneten außerdem die Stadtkreise Baden-Baden, Heidelberg und Pforzheim sowie die Landkreise Freudenstadt, Alb-Donau-Kreis und Emmendingen. Sämtliche anderen Kreise wiesen Wanderungsverluste auf. Teils sind es Kreise, die schon in den letzten Jahren Abwanderungen oder nur schwache Zuwanderungen verzeichnet hatten, teils sind es Kreise mit starken Ausländerquoten, bei denen sich die Abwanderung der Ausländer relativ stark auswirkte. Am höchsten waren die Wanderungsverluste, an der jeweiligen Einwohnerzahl gemessen, in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau, Stuttgart, Heilbronn und Mannheim sowie im Landkreis Heidenheim.

Eine entscheidende Veränderung in der regionalen Verteilung der Ausländer ist jedoch noch nicht eingetreten. Nach wie vor verzeichnen die hochindu-

¹ Aufgrund der zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erwerben ab 1975 die neugeborenen ehelichen Kinder einer deutschen Mutter, die mit einem Ausländer verheiratet ist, die deutsche Staatsangehörigkeit.

Schaubild 1

Zuzüge und Fortzüge in Baden-Württemberg ab 1953



29075

1) geschätzt

strukturalisierten Kreise des Mittleren Neckarraumes sowie die Industriezentren Mannheim, Pforzheim und Heilbronn die höchste Ausländerkonzentration, während die strukturschwachen Gebiete im Nordosten des Landes sowie die noch stärker landwirtschaftlich geprägten südbadischen Räume und Teile Oberschwabens eine verhältnismäßig niedrige Ausländerdichte aufweisen.

Überdurchschnittliche Versorgung mit Kindergärten

Nach der Statistik der öffentlichen Jugendhilfe waren Ende 1973 für 414 981 Kinder im Kindergartenalter 331 982 Plätze in Kindergärten vorhanden. Dies entspricht einem Versorgungsgrad von 80%, während im Bundesdurchschnitt nur etwa 52% der Kinder entsprechenden Alters einen Kindergartenplatz hatten. Gemessen an den Platzzahlen liegt Baden-Württemberg mit seinem Versorgungsgrad an der Spitze aller Bundesländer.

Ende 1975 werden voraussichtlich für 95% der kindergartenfähigen Kinder Plätze in Kindergärten zur Verfügung stehen. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wird angestrebt, die regionalen Unterschiede auszugleichen.

Stärkere Hinwendung zur Mittleren Reife

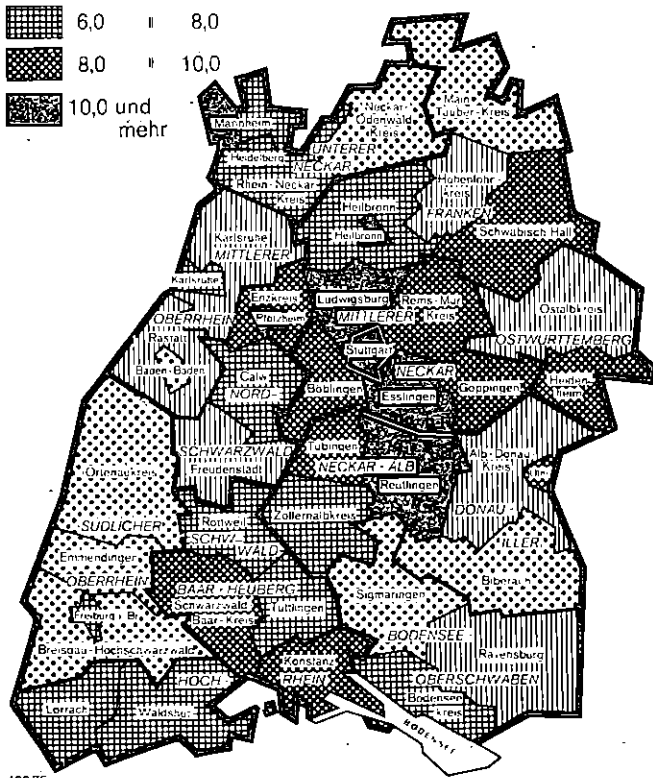
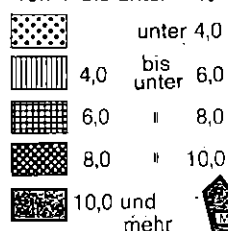
Im Schuljahr 1975/76 werden an den öffentlichen und privaten Grundschulen rund 591 000 Kinder unterrichtet. Gegenüber dem Schuljahr 1974/75 verminderte sich damit die Schülerzahl als Folge des seit Jahren anhaltenden Geburtenrückgangs nochmals um 3,8%, gleichzeitig ging die durchschnittliche Klassenstärke von 31,4 auf 30,2 Schüler je Klasse zurück. Aufgrund der zahlenmäßigen Besetzung der zur Einschulung anstehenden Jahrgänge kann im Grundschulbereich auch für die kommenden Jahre mit dem Anhalten dieser Tendenz (Rückgang der Schülerzahl und der durchschnittlichen Klassenstärke) gerechnet werden. In den Hauptschulen hingegen hat die Schülerzahl – maßgeblich bedingt durch den Zuwachs an ausländischen Schülern – weiter zugenommen (+ 6,0%). Sie wurden im Schuljahr 1975/76 von rund 351 000 Kindern besucht. Die durchschnittliche Klassenstärke ging leicht von 31,3 auf 30,7 Schüler je Klasse zurück.

Im Schuljahr 1974/75 saßen in den Schulbänken der Grund- und Hauptschulen über 68 000 Schüler ausländischer Herkunft, was einem Anteil von 7,2% entspricht. Diese Quote dürfte sich in den nächsten Jahren aufgrund der vergleichsweise höheren Fruchtbarkeit des ausländischen Bevölkerungsteils, auf den

Schaubild 2

Ausländische Schüler an Grund- und Hauptschulen 1974/75

Anteil der ausländischen Schüler
an der Gesamtzahl der Schüler
von ... bis unter ... %



knapp ein Viertel aller Geburten entfällt, noch beträchtlich erhöhen. Um die Wiedereingliederung dieser wachsenden Zahl ausländischer Schüler in das heimatische Schulsystem zu ermöglichen, richtete die Landesregierung zu Beginn des Schuljahres 1975/76 versuchsweise nationale Klassen ein. Dieser Unterricht soll bewirken, die Kinder soweit wie nötig in das deutsche Schulsystem einzugliedern, sie aber gleichzeitig nach Möglichkeit ihrer heimatischen Sprache, Kultur und Lebensweise verbunden zu erhalten.

Die mit einem wachsenden Anteil ausländischer Schüler verbundenen Probleme werden sich voraussichtlich besonders in den hochverdichteten Räumen des mittleren und unteren Neckars mit ihrem bereits heute sehr hohen Anteil ausländischer Schüler verschärfen. So waren beispielsweise schon 1974/75 an den Grund- und Hauptschulen der Kreise Stuttgart, Ludwigsburg, Esslingen, Reutlingen, Pforzheim, Heilbronn und Mannheim mehr als zehn Prozent der Schüler ausländischer Nationalität.

Nach wie vor großes Interesse besteht für den Besuch von Realschulen und Gymnasien. Die Zahl der Schüler an öffentlichen und privaten Realschulen

erhöhte sich im Schuljahr 1975/76 um 7,3% auf rund 209 000, die der Gymnasiasten um 3,0% auf 296 000, wobei die durchschnittliche Klassenfrequenz mit 31,5 (Realschulen) bzw. 29,2 (Gymnasien) Schüler je Klasse bei beiden Schularten nahezu unverändert blieb. Die Schülerbewegungen beim Übergang von den Grund- und Hauptschulen auf weiterführende allgemeinbildende Schulen waren durch den Trend zum verstärkten Besuch von Realschulen gekennzeichnet. Bezogen auf die vierte Klassenstufe der Grundschulen stieg die Realschul-Übergangsquote seit dem vorhergehenden Schuljahr von 24,2% auf 25,3%. Im Gegensatz dazu nahm die bereits seit einigen Jahren rückläufige Übertrittsquote auf Gymnasien nochmals leicht auf 27,8% ab. Es liegt nahe anzunehmen, daß die verstärkte Hinwendung zum Bildungsabschluß der Mittleren Reife unter dem Eindruck der Diskussion über den künftigen Akademikerbedarf und der Knappheit an Studienplätzen erfolgte. Beeinflußt wird diese Entwicklung nicht zuletzt aber auch dadurch, daß von Mädchen in zunehmendem Maße weiterführende Bildungswege angestrebt werden und daß bei den „mittleren“ Abschlüssen die Mädchen bereits überproportional, nämlich mit nahezu 54%, beteiligt sind.

Beim Übergang von den Grund- und Hauptschulen auf weiterführende allgemeinbildende Schulen — einer der wichtigsten Nahtstellen des Bildungssystems — zeigt sich ferner, daß der Realschulbesuch insbesondere bei den oberen Sozialschichten an Attraktivität gewonnen hat. So ist zum Beispiel der Anteil der Akademikerkinder unter den Übergängern auf Realschulen seit dem Schuljahr 1972/73 von 7,0 auf 10,7%, der von Kindern der Angestellten und Beamten von 27,1 auf 29,5% angestiegen, während im gleichen Zeitraum die Quoten für Kinder von Arbeitern und Landwirten etwas abgenommen haben. Nach wie vor sind aber die Arbeiterkinder bei den Übergängen auf Realschulen fast ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend repräsentiert. Bei den Übergängen auf Gymnasien sind im Schuljahr 1975/76 für alle sozialen Schichten — bei allerdings hohen Niveauunterschieden — rückläufige Quoten festzustellen.

Im Bereich der beruflichen Ausbildung wirkten sich die geringen Absolventenzahlen der Hauptschulen als Folge der Kurzschuljahre und die verminderte Zahl ausländischer Schüler aus, so daß die Schülerzahl an den Berufsschulen im Schuljahr 1975/76 relativ stark (— 6,0%) auf rund 226 000 zurückging. Von Oktober 1974 bis September 1975 waren rund 48 800 bei den Arbeitsämtern gemeldete Berufsausbildungsstellen zu besetzen, denen 58 900 Bewerber gegenüberstanden. Bis Ende September 1975 konnte rund 3 000 Bewerbern noch keine Lehrstelle vermittelt werden, ebenso blieben rund 3 000 Ausbildungsstellen unbesetzt. Eine Übernachfrage nach

Ausbildungsplätzen trat vor allem bei den Berufen der Elektrotechnik, bei Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie bei Waren- und Dienstleistungskaufleuten auf. Mehr Ausbildungsstellen als Bewerber wurden dagegen bei verschiedenen Metallberufen, bei Textil-, Bekleidungs- und Lederberufen sowie bei Bau- und Baunebenberufen gemeldet. Wenn die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor ernste Sorgen bereitet, so weniger aufgrund eines Lehrstellenmangels, als vielmehr aufgrund der Tatsache, daß ein beachtlicher Teil der Hauptschulabgänger keinen Schulabschluß aufzuweisen hatte und dadurch bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz auf Schwierigkeiten stieß (siehe hierzu Kapitel 3.5). Im längerfristigen Vergleich ist allerdings der Anteil der Hauptschulabgänger ohne Schulabschluß von 13,2% im Jahr 1971 auf 10,5% im Jahr 1974 zurückgegangen. Damit weist Baden-Württemberg im Bundesvergleich die niedrigste Quote aus.

Im Bereich der beruflichen Vollzeitschulen, die insbesondere Haupt- und Realschülern die Möglichkeit geben sollen, zu höheren Abschlüssen zu gelangen, ging im Schuljahr 1975/76 die Schülerzahl — nochmals infolge der Kurzschuljahre — leicht zurück. Zwar entschied sich wegen der Lehr- und Arbeitsstellenknappheit und der Förderung der beruflichen Vollzeitschulen durch die Landesregierung eine größere Zahl Jugendlicher, die normalerweise im Abschluß an die allgemeinbildende Schulausbildung direkt einen Beruf ergriffen hätte, für eine berufliche Vollzeitschule; der durch die Kurzschuljahre bedingte starke Rückgang der Zahl der Abgänger von allgemeinbildenden Schulen konnte jedoch nicht ganz ausgeglichen werden.

Da die Zahl der Abiturienten sich 1975 nur geringfügig (+ 0,1%) auf rund 21 000 erhöhte, stieg auch die Abiturientenquote der entsprechenden Geburts-

jahrgänge (15,7%) nur wenig an. Allerdings ist die Neigung, ein Hochschulstudium aufzunehmen, nochmals geringer geworden. Von den Schulabgängern der 12. und 13. Klassenstufe des Jahrganges 1975 hatten nur 75% (1974: 77%) die feste Absicht zu studieren. Von der Gruppe der Studienwilligen wollten zudem lediglich 58% ein Universitätsstudium aufzunehmen (1974: 66%), ebenso ging der Anteil der Studienwilligen, die ein Studium an einer Pädagogischen Hochschule anstrebten, von 17% auf 13% zurück.

Abgeschwächter Zugang zu den Hochschulen

Im Sommersemester 1975 waren an den neun Universitäten des Landes rund 79 700 ordentliche Studierende eingeschrieben, das bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 3,3%. Damit blieb der Zustrom deutlich hinter den früheren Jahren zurück. Trotz der zunehmenden Einführung von Zulassungsbeschränkungen konnte selbst 1975/76 jedem Studierenden ein Studienplatz zur Verfügung gestellt werden, wenn auch nicht immer am gewünschten Studienort oder im gewünschten Studienfach.

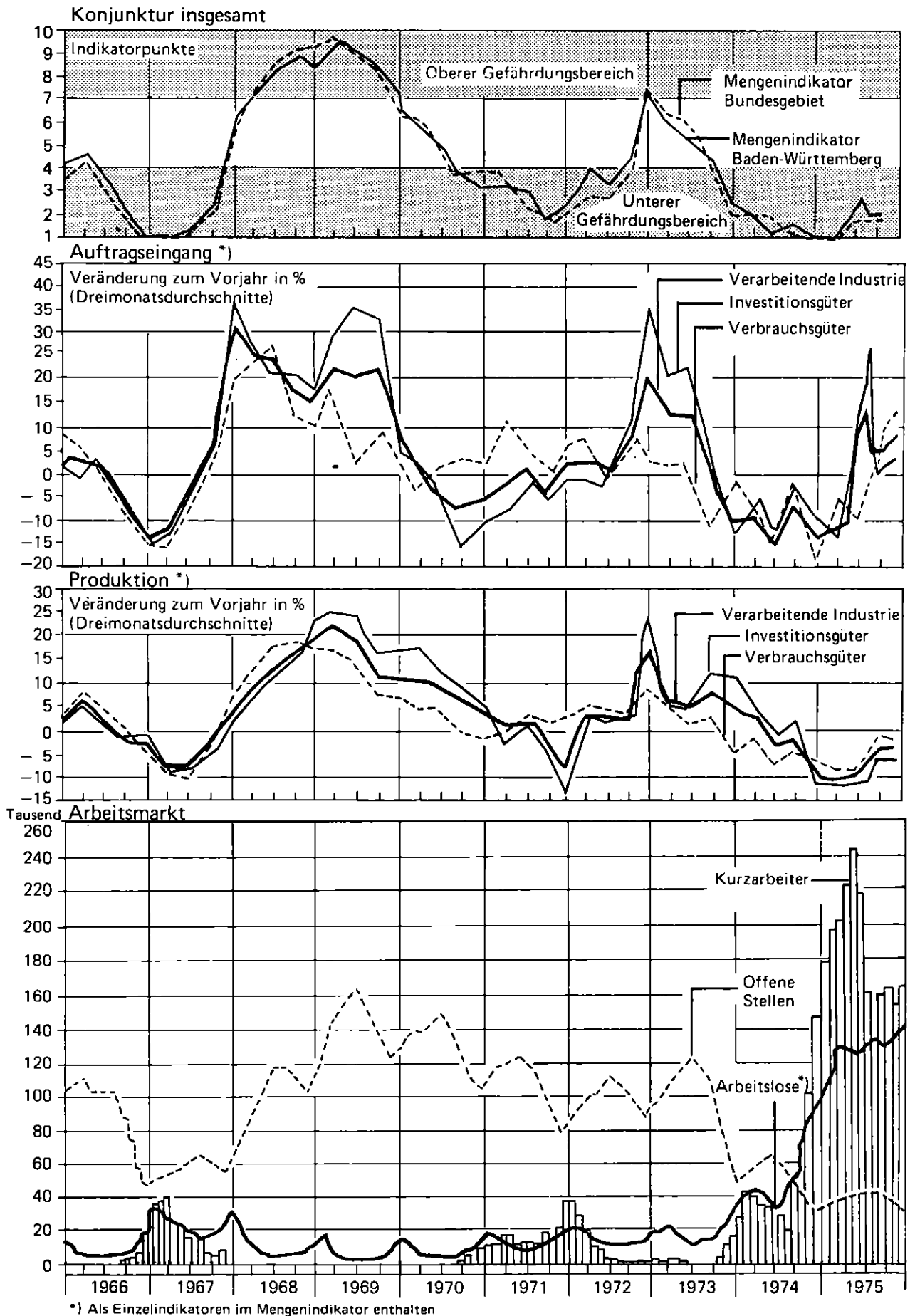
Zum Problem des Studenten-Import-Saldos hat das Statistische Landesamt für das Wintersemester 1974/75 neue Berechnungen angestellt. Danach studieren etwa 12 400 Studenten mehr aus anderen Bundesländern in Baden-Württemberg als Studenten von hier an Hochschulen der übrigen Bundesländer eingeschrieben sind. Die Berechnung ist so vorsichtig angestellt worden, daß ohne weiteres vermutet werden kann, daß der tatsächliche Saldo noch um rund 2 000 bis 3 000 Studenten höher liegt. Aus dieser Tatsache und der Übersicht über die von Baden-Württemberg zur bundesweiten Ver-

Tabelle 2

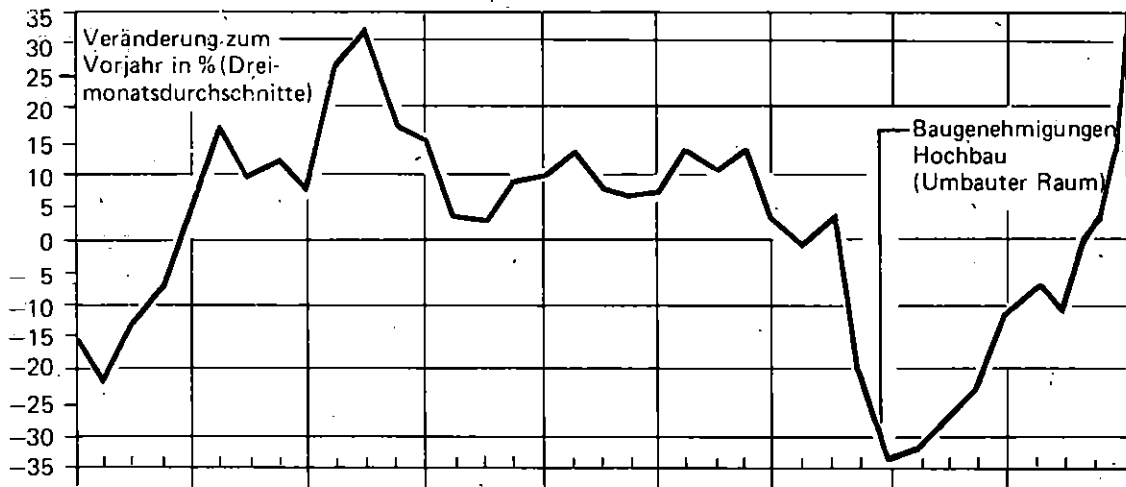
Studierende an Universitäten 1975

Universität	Studierende						
	Sommersemester		Veränderung 1975 gegen 1974 in %	Deutsche Studierende	darunter aus Baden- Württemberg	Ausländer	Weibliche Studierende
	1974	1975					
	Anzahl						
Freiburg	15 296	15 814	+ 3,4	14 734	9 650	1 080	5 542
Heidelberg	16 460	17 043	+ 3,5	14 953	8 860	2 090	6 590
Hohenheim	2 004	2 022	+ 0,9	1 806	1 307	216	754
Karlsruhe	10 031	10 340	+ 3,1	9 329	5 090	1 011	1 077
Konstanz	1 747	2 176	+ 24,6	2 003	1 384	173	673
Mannheim	6 094	5 984	— 1,8	5 640	3 417	344	1 474
Stuttgart	9 545	9 264	— 2,9	8 218	6 890	1 046	1 484
Tübingen	15 111	15 977	+ 5,7	15 154	12 863	823	5 349
Ulm	918	1 122	+ 22,2	1 071	729	51	220
Insgesamt	77 206	79 742	+ 3,3	72 908	50 190	6 834	23 163

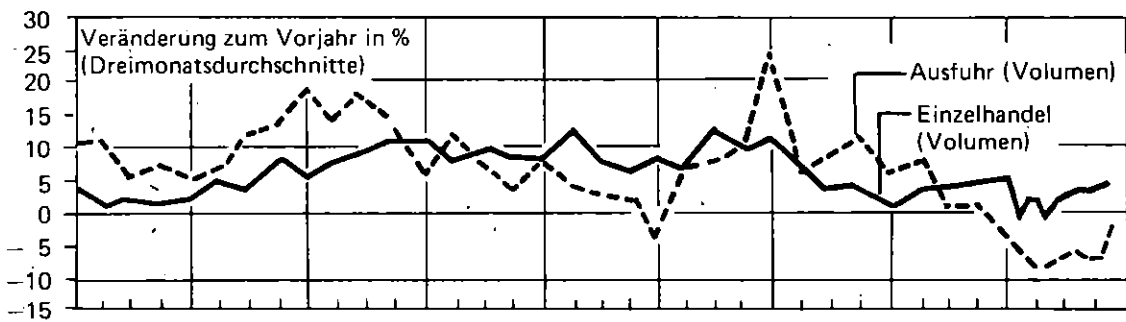
Konjunkturindikatoren



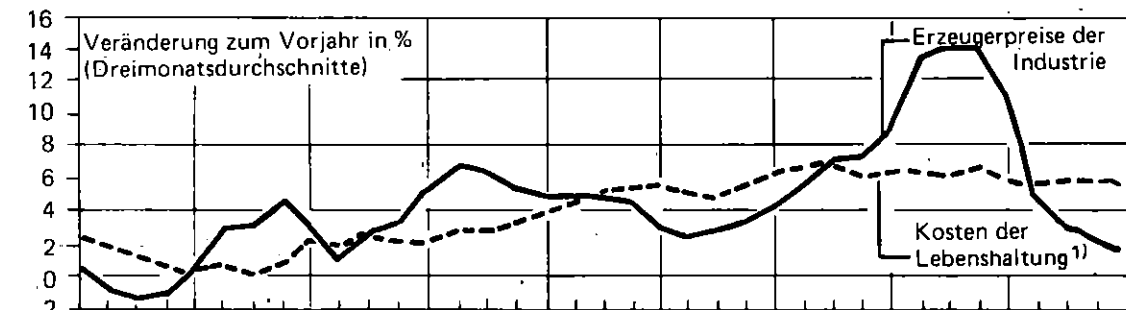
Bauwirtschaft



Handel

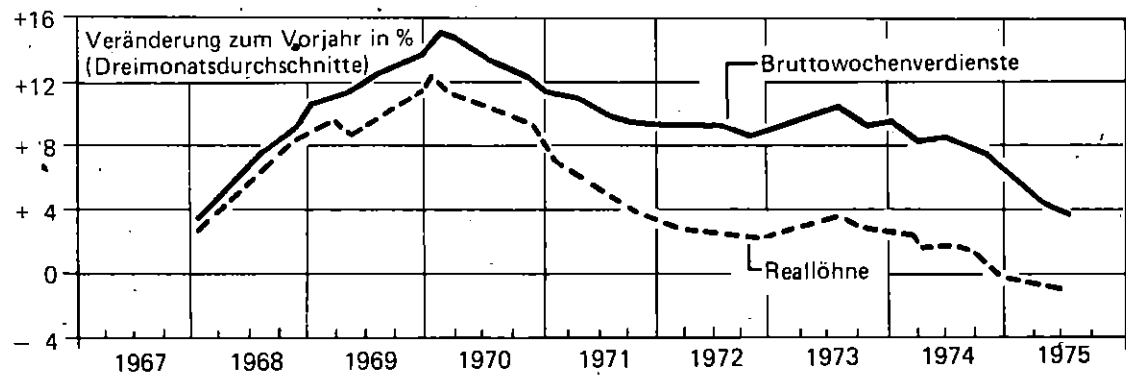


Preise



1) Mittlere Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte

Löhne



teilung zur Verfügung gestellten Studienplätze ergibt sich, daß die Leistungen des Landes im Hochschulbereich für das gesamte Bundesgebiet von keinem anderen Bundesland übertroffen werden.

Die Studiendauer hat sich in einer Reihe von Fachstudiengängen seit etwa zehn Jahren nicht unerheblich verkürzt, dennoch bleiben die Studenten in der Regel immer länger an den Hochschulen. Dieser scheinbare Gegensatz resultiert einerseits aus der eingeschränkten Studienwahlmöglichkeit, die dazu führt, daß Studenten häufig ein sogenanntes Parkstudium solange durchführen, bis sie in das Fach ihrer eigentlichen Wahl überwechseln können, andererseits aber auch daher, daß bei enorm gestiegenem Studentenbestand zwangsläufig auch die Zahl derjenigen größer werden mußte, die den Anforderungen eines zunächst ausgewählten Studiums nicht gewachsen und deshalb in ein anderes Fach übergewechselt sind.

Nach Feststellungen des Wissenschaftsrates ist die mittlere Verweildauer der Universitätsstudenten von 11,4 Semestern im Jahre 1970 auf rund 13 Semester im Jahre 1975 angestiegen. Wie stark sich die Verweildauer an den Universitäten erhöht hat, geht auch daraus hervor, daß in Baden-Württemberg im Wintersemester 1970/71 nur 7,1% aller deutschen Studenten im 13. oder einem höheren Hochschulsemester standen. Im Wintersemester 1974/75 wurden aber bereits 12,8% aller deutschen Studenten mit 13 und mehr Hochschulsemestern gezählt, so daß bei einer Zunahme der Zahl der deutschen Studenten um 37% sich die Zahl der Langzeitstudenten sogar um 148% erhöht hat. Im Vergleich dazu hat sich das eigentliche Fachstudium — in erster Linie als Folge der Verkürzung der Regelstudienzeiten — nicht ausgedehnt. Im Prüfungsjahr 1973/74 dauerte ein Studium bis zur ersten Staats- bzw. zur Diplomprüfung durchschnittlich 10,9 Semester gegenüber 10,8 Semester im Prüfungsjahr 1969/70.

Schärfste Rezession der Nachkriegszeit

Auch in Baden-Württemberg stand zu Beginn des Jahres 1975 die wirtschaftliche Ausgangslage ganz im Zeichen der rezessiven Tendenzen, die sich etwa seit Mitte 1974 auf breiter Front ausgebreitet hatten. Nachdem dann etwa zur Jahresmitte auch bei Bundesregierung und Bundesbank der ursprüngliche Konjunkturoptimismus zugunsten einer mehr nüchternen Beurteilung der Wirtschaftsdaten gewichen war, breitete sich allgemein die Erkenntnis aus, daß der Weg aus der Talsohle bei weitem länger sein würde als ursprünglich erhofft. So trug der Auftragsstoß, den Baden-Württembergs Wirtschaft im Monat Juni durch das Auslaufen der Investitionszulage² verzeichnete, zwar zur Stabilisierung der Situation bei, er brachte jedoch noch keine entscheidende Wende.

Wie einschneidend der konjunkturelle Einbruch verlief, läßt sich an einigen wichtigen gesamtwirtschaftlichen Indikatoren ablesen: Von Januar bis November lag die industrielle Produktion um 8,7% unter den Vergleichsmonaten des Vorjahres. Im Vergleich dazu nimmt sich der Produktionsrückschlag des Rezessionsjahres 1967 von 3,2% beinahe bescheiden aus. Die außerordentlich niedrige Kapazitätsauslastung der meisten Branchen ließ den Beschäftigungsstand, der bereits 1974 einen lange Jahre nicht mehr gekannten Tiefstand erreicht hatte, nochmals erheblich absinken; das Ausmaß an Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit lag mehr als fünf- bzw. mehr als zehnmal so hoch wie im Rezessionsjahr 1967.

Die Schärfe der Rezession kommt auch im sogenannten Mengenindikator der konjunkturellen Entwicklung, der seit einiger Zeit vom Statistischen Landesamt berechnet wird³ und eine Zusammenfassung der verschiedenen konjunkturellen Einzeltendenzen bietet, deutlich zum Ausdruck. Die in dieses Diagnoseinstrument eingehenden konjunkturrelevanten Daten ließen den Mengenindikator, der von seinem Aufbau her zwischen den Werten 1 und 10 schwanken kann, bereits im ersten Quartal den im Rahmen der Berechnungen überhaupt möglichen Tiefstand (1,0 Indikatorpunkte) erreichen. Ende des zweiten Quartals zeigte er dann einen Ausschlag nach oben (2,3 Punkte) und hielt sich bis Oktober in etwa auf dieser Höhe.

Insgesamt führte die scharfe Rezession zu einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes, das bereits 1974 um 0,6% geschrumpft war. Die bislang für das Bundesgebiet ersten Ergebnisse rechnen mit einer Abnahme um 3,6%, die vorläufigen Berechnungen für Baden-Württemberg weichen mit einem Wert von etwa -3,5% kaum davon ab.

Rekordzahlen bei den Konkursen

Das rauhe konjunkturelle Klima spiegelte sich auch deutlich in der Entwicklung der gewerblichen Konkurse wider, die 1975 sprunghaft auf 1 555 anstiegen (+ 42,9% gegenüber 1974). Dieses in der Geschichte des Landes einmalige Ergebnis übertrifft bei weitem die Zahlungseinstellungen im Rezessionsjahr 1967 (494). Hinzu kommt, daß nur ein knappes Drittel der Verfahren eröffnet werden konnte, gut sieben Zehntel der Konkurse mußten mangels Masse abgelehnt werden.

2 Das von der Bundesregierung am 12. Dezember 1974 beschlossene erste Konjunkturprogramm sah — befristet auf sieben Monate — die Förderung privater Investitionen durch eine Investitionszulage von 7,5% vor. Daneben wurden die Konjunktur durch zusätzliche Investitionen des Bundes gestützt und Zuschüsse für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen gezahlt.

3 Eine Darstellung des Aufbaus, der Ziele und der Aussagefähigkeit dieses Instrumentes zur Konjunkturdiagnose findet sich in Kapitel 3.6.6 dieses Berichtes.

Tabelle 3
Konkurse

Wirtschaftliche Gliederung	1974	1975	Veränderung 1975/74
	Anzahl		%
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte	300	478	+ 59,3
Unternehmen und freie Berufe	788	1 077	+ 36,7
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	223	338	+ 51,6
Baugewerbe	184	229	+ 24,5
Handel	210	213	+ 1,4
Dienstleistungen	156	253	+ 62,2
Konkurse insgesamt	1 088	1 555	+ 42,9

Eine besonders starke Zunahme im Vergleich zu 1974 ist bei den Zahlungseinstellungen von Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbscharakter festzustellen, während im Bereich der gewerblichen Wirtschaft der Anstieg etwas zurückblieb. Besonders betroffen war hier das Verarbeitende Gewerbe mit 338 Insolvenzen, aber auch der Dienstleistungsbereich verzeichnete mit 253 Zahlungseinstellungen eine überdurchschnittliche Zunahme.

Arbeitsmarkt und Beschäftigungslage

Die Spuren der wirtschaftlichen Rezession zeigen sich sehr eindrucksvoll auf dem Arbeitsmarkt. Er stand das ganze Jahr 1975 unter dem Einfluß konjunktureller Schwäche und tiefgreifender struktureller Umstellungsprozesse. Wie stark die Wirtschaft des Landes die Zahl der Beschäftigten reduzierte, geht daraus hervor, daß binnen Jahresfrist der Beschäftigtenstand in der Industrie um 106 000 (– 7,0%) auf 1,410 Mill. Personen im November

1975 abgebaut wurde; in der Bauwirtschaft sank die Zahl der Beschäftigten um 15 000 oder 7% auf 194 000 Personen ab.

Die Zahl der Arbeitslosen lag schon zum Jahresanfang zum ersten Mal seit 1960 wieder über 100 000. Diese Grenze wurde das ganze Jahr über nicht mehr unterschritten. Da eine Frühjahrsbelebung ausblieb und auch der weitere Verlauf sehr gedämpft war, verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch weiter, so daß in den Sommermonaten mehr als 131 000 Arbeitslose gezählt wurden. Verstärkt durch saisonale Einflüsse nahm ihre Zahl zum Jahresende weiter zu und erreichte im Dezember mit 144 000 den vorläufigen Höchststand des Jahres (siehe auch Schaubild „Konjunkturindikatoren“). Dabei lag Baden-Württemberg mit seiner Arbeitslosenquote, die im Dezember 4,0% betrug, weit unter dem Bundesdurchschnitt (5,3%) und wies damit nach wie vor die niedrigste Arbeitslosenquote aller Flächenländer auf. Besonders sprunghaft entwickelte sich die Kurzarbeit. Hier wurde schon in den ersten Monaten des Jahres die Grenze von 200 000 Kurzarbeitern überschritten und im Mai mit 244 000 Betroffenen ein Höhepunkt erreicht. Baden-Württemberg wies von allen Bundesländern den höchsten Anteil an Kurzarbeitern auf – im Jahresdurchschnitt wurden hier mehr als ein Viertel aller Kurzarbeiter des Bundesgebiets registriert. Dabei lagen die Schwerpunkte in den beiden exportintensiven Wirtschaftszweigen Maschinenbau und Elektrotechnik sowie in der Bauwirtschaft.

Besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen waren die ausländischen Arbeitnehmer, die über ein Viertel der Arbeitslosen stellten. Ohne die erwähnte Rückwanderung von stellenlos gewordenen Gastarbeitern in ihre Heimatländer wäre der Anteil arbeitsloser Ausländer allerdings noch wesentlich höher gewesen.

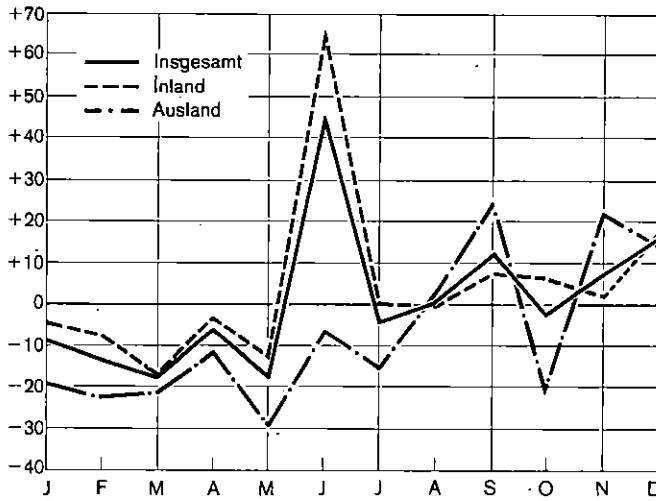
Tabelle 4
Arbeitsmarkt

Monat	Arbeitslose		Arbeitslosenquote in %		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	1975	1974	1975	1974	1975	1974	1975	1974
Januar	117 031	42 368	3,2	1,2	179 770	28 013	33 527	52 800
Februar	127 198	44 738	3,5	1,2	199 136	41 315	35 754	55 112
März	128 264	44 098	3,5	1,2	212 053	39 261	38 131	56 993
April	129 713	42 772	3,6	1,2	222 327	32 540	38 144	60 639
Mai	124 910	37 763	3,4	1,0	244 516	32 995	40 673	63 624
Juni	124 372	37 300	3,4	1,0	219 075	22 245	41 163	62 940
Juli	131 177	44 162	3,6	1,3	161 185	28 948	40 478	57 877
August	131 455	49 001	3,6	1,4	134 932	17 780	41 641	54 984
September	129 178	55 402	3,6	1,5	160 183	55 156	37 990	46 266
Oktober	135 070	71 082	3,7	2,0	164 229	77 248	35 020	38 172
November	138 658	85 708	3,8	2,4	154 959	111 170	31 434	33 114
Dezember	143 886	96 612	4,0	2,7	165 105	148 690	30 649	30 348

Schaubild 4

Auftragseingänge der Industrie 1975 unter Ausschaltung der Preissteigerungen

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



365 75

Ein besonderes Problem bildet die Jugendarbeitslosigkeit, auf die in Teil III dieses Berichtes näher eingegangen wird. Ende September 1975 waren in Baden-Württemberg 14 500 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos gemeldet. Nach einer Schätzung der Bundesanstalt für Arbeit ist die Zahl arbeitsloser Jugendlichen, die, aus welchen Gründen auch immer, von der Arbeitsvermittlung nicht erfaßt sind, ebenso groß wie die als arbeitslos gemeldeten. Über 90% der erfaßten arbeitslosen Jugendlichen haben bereits im Berufsleben gestanden, allerdings hatte die Mehrzahl keine abgeschlossene Berufsausbildung (71%) oder nur eine Anlernausbildung (6%) aufzuweisen. Um die Jugendarbeitslosigkeit rasch zu bekämpfen und um der Gefahr einer längerfristigen strukturellen Arbeitslosigkeit der Jugendlichen wirksam zu begegnen, hat die Landesregierung ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei jugendlichen Arbeitnehmern und Auszubildenden aufgestellt, das u. a. die verstärkte Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze für Lehrlinge vorsieht. Darüber hinaus haben die Ministerpräsidenten der Länder beschlossen, „länderübergreifende“ Maßnahmen ins Auge zu fassen, um das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wenigstens zu mildern.

Erheblicher Rückgang der Industrieproduktion

Die pessimistischen Erwartungen, die in den Kreisen der Wirtschaft zu Beginn des Jahres 1975 verbreitet waren, wurden durch die weitere Entwicklung der Nachfrage nach industriellen Produkten zunächst bestätigt. Während der ersten fünf Monate blieb das Volumen der monatlichen Auftragseingänge be-

trächtlich hinter den Werten von 1974 zurück. Im Juni wurde wegen des Auslaufens der Investitionszulage ein hoher Gipfel des Bestellvolumens erreicht. Im Juli lagen die Auftragseingänge leicht unter dem Vorjahresniveau, und im August erreichte die Order-tätigkeit erstmals wieder das (allerdings niedrige) Vorjahresvolumen, das durch die hohen September-Werte deutlich übertroffen wurde. Die Werte für Oktober und November bestätigten, daß sich inzwischen eine Stabilisierung der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen angebahnt hat.

Erfaßt man den Zeitraum Januar bis November 1975, so lagen die Auftragseingänge der baden-württembergischen Industrie wertmäßig um 4,2% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter Berücksichtigung des Preisanstiegs bedeutet das einen Rückgang des Bestellvolumens um 1,3%. Dabei standen einem leichten Anstieg der Inlandsbestellungen (wertmäßig + 7,6%, volumenmäßig + 2,4%) erhebliche Rückgänge der Auslandsnachfrage (wertmäßig - 4,2%, volumenmäßig - 10,7%) gegenüber. Relativ günstig war die Bestelltätigkeit noch in den Investitionsgüterindustrien, da hier die investitionsfördernden Maßnahmen besonders zu Buche schlugen. Der Anstieg der Auftragseingänge konzentrierte sich allerdings hauptsächlich auf den Stahl- und Fahrzeugbau, während die übrigen Industriezweige, zu denen auch die in Baden-Württemberg so bedeutenden Branchen Maschinenbau und Elektrotechnik zählen, mehr oder minder hohe Nachfrageeinbußen erfuhr. Äußerst schwach war die Bestelltätigkeit vor allem in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, wovon alle Branchen mehr oder weniger stark erfaßt wurden. Einen leichten Rückgang des Nachfragevolumens mußten auch die Verbrauchsgüterindustrien hinnehmen, von denen sich lediglich bei der Textil- und der Bekleidungsindustrie die Auftragslage stabilisierte.

Verglichen mit den Auftragseingängen wirkten sich die rezessiven Tendenzen bei der Produktionstätigkeit noch deutlicher aus. Von Januar bis November produzierte die baden-württembergische Industrie um 8,7% weniger als im gleichen Zeitraum von 1974, wobei mit Ausnahme der Bekleidungsindustrie sämtliche Industriegruppen ihren Produktionsausstoß verminderten. Von den in Baden-Württemberg besonders bedeutsamen Industriezweigen verzeichneten die elektrotechnische sowie die feinmechanische und optische Industrie, aber auch der Maschinenbau besonders hohe Produktionsausfälle, während sich die Produktionsrückgänge beim Fahrzeugbau und in der Textilindustrie in engeren Grenzen hielten.

Die industriellen Gesamtumsätze sanken in diesen elf Monaten von 113,7 Mrd.DM im Jahr 1974 auf 111,8 Mrd.DM im Jahr 1975 (- 1,7%). Besonders das Auslandsgeschäft flachte stark ab (-4,9%), wobei verschiedene Branchen wie beispielsweise die

Mineralölverarbeitung, die Ledererzeugung, Kunststoffverarbeitung, Papier- und Pappeverarbeitung oder die EBM-Waren-Industrie drastische Rückgänge der Ausfuhrumsätze hinnehmen mußten. Demgegenüber lagen die industriellen Inlandsumsätze im Berichtszeitraum nominal nur leicht unter dem Vorjahreszeitraum (– 0,7%).

Die Beschäftigungslage im Bereich der Industrie war durch Anpassung an das rückläufige Produktionsvolumen gekennzeichnet, die sich zunächst durch Abbau von Überstunden und Übergang zu Kurzarbeit vollzog. Die Zahl der von Januar bis November 1975 geleisteten Arbeiterstunden sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,5%, wogegen die Zahl der Industriebeschäftigten wesentlich weniger stark (– 6,7%) auf 1,44 Mill. abnahm. Von den vier Hauptbereichen waren die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit einem Abbau des Personalbestands um 8,1% am stärksten betroffen. Mit der Abnahme der Beschäftigung kam erstmals seit vielen Jahren der Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme zum Stillstand (– 0,5%). Einen nach wie vor beachtlichen Anstieg zeigte allerdings die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten (+ 6,7%).

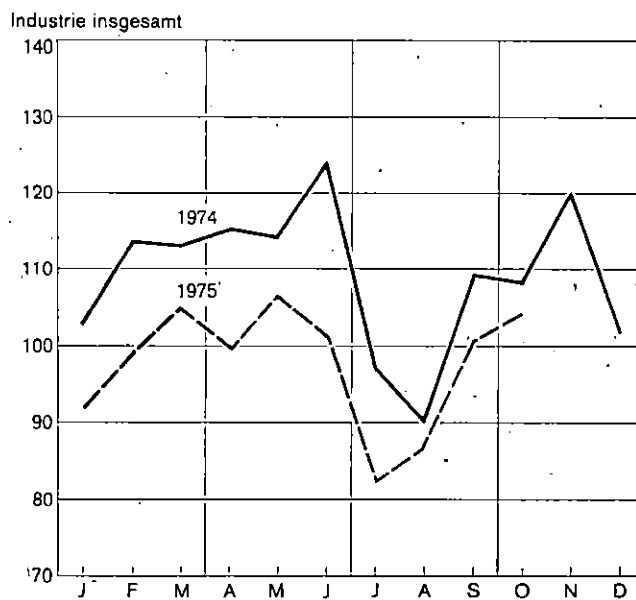
Deutlicher Beschäftigungsrückgang im Handwerk

Wie schon im Jahr 1974 nahm die Zahl der Beschäftigten im Bereich des Handwerks auch 1975 deutlich ab. Ende September 1975 waren in den Handwerksbetrieben des Landes 687 000 Personen beschäftigt. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber 1974 um rund 32 000 Personen oder 4,5%. Annähernd sieben Zehntel der Rückgänge entfielen allein auf das Bauhandwerk, das seinen Beschäftigtenstand um rund 23 000 oder annähernd 10% reduzierte. Beachtliche Rückgänge von 4% bzw. 7% verzeichneten auch die Beschäftigtenzahlen im Holzverarbeitungs- sowie im Bekleidungs-, Textil- und Ledergerwerbe.

Die Umsätze lagen in den ersten drei Quartalen mit 33,6 Mrd. DM ohne Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen um 2,1%

Schaubild 5

Entwicklung der industriellen Nettoproduktion (1970 = 100)



292 75

unter den Ergebnissen von 1974. Hohe Umsatzeinbußen von fast 20% mußte das Bau- und Ausbaugewerbe hinnehmen, während die Handwerksbetriebe des Nahrungsmittelgewerbes ihre Umsätze noch bemerkenswert (+ 8%) zu steigern vermochten.

Starker Beschäftigungsabbau in der Bauwirtschaft

In der Bauwirtschaft hielt auch im Jahr 1975 der Schrumpfungsprozeß an, wobei sich die Auswirkungen des allgemeinen Konjunkturabschwungs mit den strukturellen Anpassungsprozessen des Wohnungsbaus überlagerten. Diesen Entwicklungen wirkte das Konjunkturförderungsprogramm entgegen, das sich insbesondere im Juni, als die Investitionszulage auslief, in den Auftragseingängen des Hochbaus niederschlug und damit das Jahresergebnis positiv beeinflusste.

Tabelle 5

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1975 (1971 = 100)

Zeitraum	Veränderung gegen Vorjahr in %				
	Bauhauptgewerbe insgesamt	Hochbau		Tiefbau	
		insgesamt	darunter Wohnungsbau	insgesamt	darunter Straßenbau
1. Vierteljahr 1975	– 5,6	– 9,5	– 11,1	+ 2,6	– 2,8
2. Vierteljahr 1975	+ 11,2	+ 13,4	+ 11,3	+ 7,9	+ 29,9
3. Vierteljahr 1975	– 7,1	– 4,6	+ 2,3	– 11,0	– 14,0
Januar bis November 1975	+ 2,7	+ 2,8	+ 7,6	+ 2,5	+ 6,6

Tabelle 6

Baugenehmigungen und Baufertigstellungen (Januar bis November)

Nachweis	Einheit	1975	1974	1973	Veränderung	
					1975/ 1974	1974/ 1973
		Januar bis November				%
Baugenehmigungen						
Wohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	29 431	31 165	48 619	— 5,6	— 35,9
Nichtwohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	31 110	29 513	35 741	+ 5,4	— 17,4
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Anzahl	57 949	62 971	109 350	— 8,0	— 42,4
Baufertigstellungen						
Wohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	22 134	30 702	33 251	— 27,9	— 7,7
Nichtwohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	18 272	22 017	20 520	— 17,0	+ 7,3
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Anzahl	47 767	69 312	76 628	— 31,1	— 9,5

Im Bereich des Wohnungsbaus schwächte sich der 1974 verzeichnete erhebliche Rückgang der Nachfrage merklich ab. Bei der Entwicklung der Wohnungsbaugenehmigungen zeigt sich deutlich eine Tendenz zur Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Während 1974 von Januar bis November mit 42,4% noch eine gravierende Abnahme gegenüber dem Vorjahr verzeichnet wurde, lagen diese im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1975 lediglich um 8,0% unter dem allerdings niedrigen Stand von 1974. Beim zweiten Indikator für die Wohnungsbaunachfrage, dem Ordereingang der bauhauptgewerblichen Betriebe, kamen die rückläufigen Tendenzen sogar zum Stillstand. Der Wert der von Januar bis November 1975 akzeptierten Wohnungsbauaufträge stieg gegenüber dem Vorjahresergebnis um 7,6%, während im Vorjahreszeitraum noch eine Abnahme um 16,8% zu verzeichnen war.

Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen dürfte nach vorläufigen Schätzungen 1975 bei etwa 75 000 Einheiten liegen gegenüber 105 000 im Jahr 1974. Maßgeblich für dieses relativ hohe Fertigstellungsergebnis war das zum Jahresbeginn verzeichnete Bauüberhangsvolumen: Trotz rückläufiger Baugenehmigungen war Anfang 1975 noch ein Bestand von rund 145 000 genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Wohnungen vorhanden. Davon waren bereits rund 73 000 unter Dach (rohbaufertig), d. h. überwiegend Beschäftigungsobjekte für das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe.

Im Bereich des übrigen Hochbaus war die Auftragslage durch verminderte Auftragseingänge von seiten der öffentlichen Hand (– 18,8%) gekennzeichnet, wobei allerdings die hohen Vergaben des Vorjahres

zu berücksichtigen sind. Demgegenüber übertrafen die Hochbauaufträge der gewerblichen Wirtschaft von Januar bis November das Vorjahresniveau um rund 25,7%. Beim Tiefbau hielt die freundliche Tendenz des Vorjahres weiter an. Im gleichen Zeitraum lagen die Auftragseingänge nominal 2,5% über dem hohen Vorjahresniveau, so daß sich die Auftragsbestände leicht erhöhten. Ausschlaggebend hierfür waren die gestiegenen Auftragseingänge im Straßenbau (+ 6,6%).

Die Beschäftigungslage der bauhauptgewerblichen Betriebe war durch eine weitere erhebliche Anpassung der personellen Kapazitäten gekennzeichnet. Der Personalbestand, der bereits im Vorjahr um 9,7% abgebaut worden war, reduzierte sich im Durchschnitt der elf Monate des Jahres 1975 nochmals um 11%. Freigesetzt wurden insbesondere die weniger qualifizierten Fachwerker und Werker (– 17,6%). Durch die Einführung von Kurzarbeit blieben die von Januar bis November geleisteten Arbeitsstunden noch stärker als die Zahl der Beschäftigten (– 13,5%) unter dem Vorjahreswert.

Trotz der erheblichen Freisetzungen von Arbeitskräften war die Arbeitsmarktlage für Bauberufe Ende September noch in etwa ausgeglichen (3 960 Arbeitslosen standen 3 690 offene Stellen gegenüber), weil der Personalabbau in erster Linie Beschäftigte mit untergeordneten Tätigkeiten und damit Ausländer betraf, die in größerem Maße in ihre Heimatländer abwanderten und dadurch den Arbeitsmarkt entlasteten. Bis zum Dezember 1975 wuchs dann jedoch die Zahl der Arbeitslosen auf 4 800, während die der offenen Stellen auf 2 190 zurückging.

Landwirtschaft: Rückläufige Verkaufserlöse und Einkommen

Die Verkaufserlöse der baden-württembergischen Landwirtschaft blieben im Wirtschaftsjahr 1974/75 mit 5,35 Mrd.DM um 3,5% hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Zwar erlösten die Landwirte durch den Verkauf von tierischen Erzeugnissen (3,48 Mrd. DM) 2,0% mehr als im vorangegangenen Wirtschaftsjahr, bei den pflanzlichen Erzeugnissen ergaben sich jedoch Mindereinnahmen um 12,4%. Im einzelnen stehen in erster Linie Mehrerlöse bei Getreide (+ 17,1%), Zuckerrüben (+ 14,5%), Gemüse (+ 18,2%), Schlachtrindern einschließlich -kalbern (+ 11,2%) und Milch (+ 10,1%) Mindererlöse bei Weinmost (- 52,6%), Obst (- 30,6%), Kartoffeln (- 20,2%) und Schlachtschweinen (- 16,3%) gegenüber.

Die Nahrungsmittelproduktion beziffert sich auf 6,05 Mrd.DM, das sind bei einem realen Produktionsrückgang von 2,0% wertmäßig 5,0% weniger als 1973/74. Nach Abzug des Sachaufwandes, der sich entsprechend der Preissteigerung für sächliche Betriebsmittel (+ 6%) auf 3,58 Mrd.DM stellt, resultiert daraus ein Betriebseinkommen, das etwa um 3 bis 4% kleiner ist als im vorhergegangenen Wirtschaftsjahr. Dabei sind Subventionen wie Rinderschlachtpremie, Ausgleichzahlung des Bergbauernprogramms, Rückerstattung der gesetzlichen Unfallversicherung und Investitionszulage ebenso berücksichtigt wie der Rückfall des Aufwertungsausgleichs und die im Januar 1974 erhöhte Mehrwertsteuer.

Trotz der verschlechterten Einkommenslage hat sich der zahlenmäßige Rückgang der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe – offenbar im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Rezession – weiter abgeschwächt: die Zahl der Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche betrug im Frühjahr 1975 noch rund 199 000 gegenüber 203 530 im Jahr 1974.

Hohe Ausfuhr des Vorjahres nicht erreicht

Die baden-württembergische Exportwirtschaft hatte im Jahr 1974 eine Rekord-Ausfuhr von 37,3 Mrd. DM erzielt und damit maßgeblich zur Stützung der Konjunktur beigetragen. Allerdings zeichnete sich bereits gegen Ende 1974 ein Rückgang der Auslandsnachfrage ab, der sich in den ersten Monaten des Jahres 1975 verstärkt fortsetzte. Maßgebliche Gründe hierfür waren die fortschreitende Rezession in allen wichtigen Industrieländern sowie die von einigen Partnerländern getroffenen Maßnahmen zur Beseitigung ihrer Zahlungsbilanzdefizite. Trotz dieser Erschwernisse gelang es der Wirtschaft des Landes verhältnismäßig gut, ihre Position auf dem Weltmarkt zu behaupten. Zwar wurde von Januar bis Oktober mit 29,3 Mrd.DM das außerordentlich hohe Ausfuhr-Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes nicht erreicht, doch hielt sich der Rückgang (- 4,8%) in engen Grenzen.

Tabelle 7

Index der Einzelhandelsumsätze (1970 = 100) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

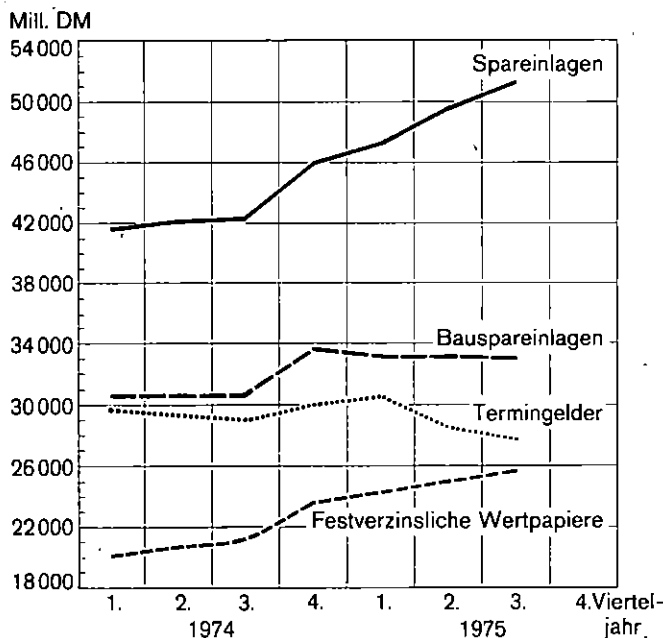
Wirtschaftsgruppe	Januar bis Oktober 1975	
	jeweiligen Preisen	konstanten Preisen
Einzelhandel mit:		
Waren verschiedener Art	+ 6,8	-
Nahrungs- und Genußmitteln	+ 7,7	+ 1,0
Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	+ 8,5	+ 2,7
Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz	+ 4,9	- 1,5
Elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	+ 2,7	- 2,6
Papierwaren und Druckerzeugnissen	+ 8,5	- 0,9
Pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	+ 10,5	+ 4,2
Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	+ 3,8	- 6,3
Fahrzeugen, Maschinen und Büro-einrichtungen	+ 18,9	+ 10,4
Sonstigen Waren	- 2,1	- 9,0
Einzelhandel insgesamt	+ 8,7	+ 1,8

Vor allem die Vereinigten Staaten und die Länder der Europäischen Gemeinschaft waren von dem Konjunkturabschwung stark betroffen und blieben mit ihren Käufen in Baden-Württemberg weit hinter denen des Vorjahres zurück (- 12,0% bzw. - 10,4%). Unter den EG-Ländern ragt insbesondere Italien heraus, das in den ersten zehn Monaten wertmäßig 19,0% weniger Waren bezog als im Vorjahreszeitraum. Deutlich über dem Vorjahr lagen hingegen die Ausfuhrzahlen für den Ostblock und die Entwicklungsländer (+ 23,3% bzw. + 23,9%), doch konnten die außerordentlich hohen Zuwachsraten des Jahres 1974 nicht mehr erreicht werden. Einen in dieser Größenordnung wohl kaum geahnten Aufschwung nahm innerhalb der Entwicklungsländer die Ausfuhr nach den OPEC-Staaten (+ 73,7%), die im Zeitraum Januar bis Oktober Waren im Wert von 2,4 Mrd.DM bezogen und damit einen Anteil von 8,1% an der Gesamtausfuhr des Landes erreichten.

Zurückhaltende Verbrauchernachfrage

Die Umsätze des baden-württembergischen Einzelhandels lagen in den ersten zehn Monaten nominal um 8,7% über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum, unter Berücksichtigung der Preisentwicklung ergibt sich noch ein Zuwachs von 1,8%. Diese verhältnismäßig schwache Entwicklung dürfte im wesentlichen darin begründet sein, daß die Verbraucher wegen der unsicheren Wirtschaftslage im allge-

Entwicklung der Spartätigkeit



1776

meinen vorsichtig und zurückhaltend disponierten. Viele Haushalte hatten eine Scheu vor größeren Ausgaben, die Anschaffung langlebiger Konsumgüter wurde häufig zurückgestellt, um keine längerfristigen Verbindlichkeiten einzugehen. So mußte sich der Einzelhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen mit einer unterdurchschnittlichen Zuwachsrate zufrieden geben, und auch die Umsätze von Hausrat und Wohnbedarf sowie Kohle und Mineralölserzeugnissen lagen 1975 (Januar bis Oktober) nominal nur knapp über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Eine deutliche Belebung zeigte hingegen der Handel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen. Wohl nicht zuletzt aufgrund der Investitionszulage übertrafen hier die Umsätze der baden-württembergischen Einzelhandelsbetriebe für 1975 das Ergebnis des Vorjahreszeitraumes nominal um 18,9%, wobei allerdings das durch Ölkrise und wirtschaftliche Rezession niedrige Vorjahresniveau berücksichtigt werden muß. Überdurchschnittlich (+ 10,5%) stieg auch der Umsatz des Einzelhandels mit pharmazeutischen, kosmetischen und ähnlichen Erzeugnissen.

Hohe Sparsbereitschaft

Die fehlende Sicherheit, das heutige Einkommen auch künftig beziehen zu können, schlug sich in einer höheren Sparsbereitschaft nieder. Die bei Kreditinstituten gehaltenen Sparguthaben erhöhten sich beträchtlich, Ende des dritten Quartals 1975 er-

reichte der Bestand an Spareinlagen die Rekordhöhe von 51,4 Mrd.DM und lag damit 21,2% über dem Vorjahresstand.

Noch stärker stieg der Absatz festverzinslicher Wertpapiere (Pfandbriefe, Industrie- und Kommunalobligationen, sonstige Bankschuldverschreibungen, Anleihen der öffentlichen Hand). Von den in Baden-Württemberg ansässigen Emittenten waren Ende September 1975 Wertpapiere in Höhe von 25,8 Mrd. DM in Umlauf, was einer Erhöhung um 21,9% binnen Jahresfrist entspricht. Dieser Rekord-Zuwachs ging allerdings teilweise auf die Umschichtung von Termingeldern zurück. Durch die drastische Herabsetzung der Termingeldzinsen sahen sich viele Sparrer veranlaßt, in andere Anlageformen überzuwechseln. Der dadurch ausgelöste Abbau der längerfristig angelegten Termingelder ließ die Einlagen bis Ende des dritten Quartals auf 27,8 Mrd.DM zusammenschmelzen (- 4,8%). Ungebrochener Beliebtheit erfreute sich hingegen die Anlageform des Bausparens, wobei allerdings die Entwicklung der Sparguthaben die in den ersten neun Monaten übliche verhaltene Tendenz aufwies. Immerhin erhöhte sich der Einlagenbestand bei den in Baden-Württemberg ansässigen Instituten bis Ende des dritten Quartals auf 33,0 Mrd.DM, was einen Zuwachs gegenüber dem Stand von 1974 um 7,5% bedeutet.

Geringe Kreditnachfrage der Wirtschaft – gestiegener Kreditbedarf der öffentlichen Hand

Das Kreditgeschäft der in Baden-Württemberg tätigen Kreditinstitute verlief bis September 1975 ausserordentlich schwach: der Stand der Forderungen an die inländische Nichtbankenkundschaft nahm gegenüber September 1974 nur um 6,5% zu, das ist die niedrigste Steigerung seit dem Rezessionsjahr 1967 (Zuwachsplus gegenüber 1966: 5,0%). Für diese geringe Ausweitung des Kreditgeschäfts zeichnet allein die Nachfrageentwicklung der Privatpersonen und privaten Unternehmen verantwortlich, bei denen aufgrund schwacher Verbrauchsneigung und hohen Ersparnissen bzw. geringer Investitionsbereitschaft der Zuwachs zwischen September 1974 und 1975 nur 2,8% betrug. Selbst zwischen 1966 und 1967 (Stand jeweils zum Dezember) war die Steigerung mit 4,3% beträchtlich höher.

Im Gegensatz zur privaten Kundschaft wuchs der Kreditbedarf des öffentlichen Sektors, auf den zum September 1975 rund 16% der gesamten Forderungen entfielen, überaus stark an. Aufgrund der durch die konjunkturelle Entwicklung und die Steuerreform verursachten Steuerausfälle sowie der ebenfalls zum großen Teil konjunkturbedingt steigenden öffentlichen Ausgaben übertraf die Zuwachsrate der Kredite an öffentliche Haushalte mit 31,2% sogar die bis dahin höchste Steigerungsrate von 23,5% des Jahres 1971 und erst recht die Zuwachsrate des Jahres 1967 von nur 9,2%. Dem absoluten Betrag nach war der Anstieg der Kredite

Tabelle 8

Forderungen der Kreditinstitute 1) an inländische Nichtbanken 2)

Stand	Insgesamt (einschließlich Hypothekarkrediten)	Davon an	
		öffentliche Haushalte	Unternehmen und Privatpersonen
	Millionen DM		
September 1972	73 857	9 075	64 782
Dezember 1972	78 323	9 590	68 733
September 1973	85 345	10 230	75 115
Dezember 1973 (alt)	88 001	10 861	77 140
Dezember 1973 (neu)	88 225	10 225	78 000
September 1974	94 008 3)	12 280 3)	81 728
Dezember 1974	96 539	13 369	83 170
September 1975	100 122	16 108	84 014

1) Für Kreditgenossenschaften nur Teilerhebungen; erfaßt sind: bis Dezember 1973 (alt) alle Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch), von den Kreditgenossenschaften (Raiffeisen) nur diejenigen Institute, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 5 Mio DM und mehr betrug; ab Dezember 1973 (neu) diejenigen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1972 10 Mio DM und mehr betrug; sowie kleinere Institute, die am 30.11.1973 bereits berichtspflichtig waren. — 2) Obwohl die Bausparkassen grundsätzlich zu den Kreditinstituten rechnen, sind die Ergebnisse ihrer bankenstatistischen Meldungen in den hier vorgelegten Zahlen der übrigen Kreditinstitute nicht enthalten, sondern werden gesondert dargestellt. Dementsprechend werden die Forderungen und Verbindlichkeiten der übrigen Kreditinstitute gegenüber Bausparkassen den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken zugerechnet. — 3) Darunter statistischer Zugang von 913,3 Mio DM.

Quelle: Landeszentralbank in Baden-Württemberg.

an öffentliche Haushalte mit 3,8 Mrd.DM mehr als doppelt so hoch wie in der vergleichbaren Zwölfmonatsperiode 1973/74 und wie im bisherigen Rekordjahr 1971.

Noch niemals zuvor ist die Zunahme der an inländische Unternehmen und Privatpersonen gewährten Kredite betragsmäßig geringer gewesen als der Anstieg der Kredite an öffentliche Haushalte, deren bisher höchster Anteil an der gesamten Kreditexpansion im Jahr 1967 mit 26,5% verzeichnet worden war. In der Berichtsperiode Oktober 1974/September 1975 entfielen dagegen 3,8 Mrd.DM oder 62,6% der gesamten Kreditausweitung auf den öffentlichen Sektor. Die Zunahme der Kredite an private Unternehmen und Privatpersonen betrug 2,3 Mrd.DM, wovon allein 1,5 Mrd.DM oder 66,0% Hypothekarkredite waren; in den entsprechenden Vorjahresperioden hatte dieser Anteil 41,7% (1973/74) und 34,0% (1972/73) betragen.

Das ganze Ausmaß der konjunkturellen Flaute zeigt sich darin, daß der Bestand der an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen gewährten Kredite (ohne Hypothekarkredite) in der Berichtszeit um 0,2 Mrd.DM geschrumpft ist. Dieser Rückgang resultiert ausschließlich aus einer Abnahme der Kredite an das Verarbeitende Gewerbe um 1,4 Mrd.DM.

Anhaltender, aber abgeschwächter Preisauftrieb

Die beträchtlichen Preisauftriebstendenzen, die 1974 auf nahezu allen Handelsstufen zu verzeichnen waren, schwächten sich 1975 in den meisten Teilbereichen erheblich ab. Eine wesentliche Ursache für die Verlangsamung des Preisanstiegs ist da-

rin zu sehen, daß die Preissteigerungen für Rohstoffe auf den Weltmärkten nicht mehr so ausgeprägt waren wie 1974. Aus diesem Grund und außerdem wegen der 1975 weltweit zunächst noch ungünstigen Wirtschaftslage sank das Preisniveau für Auslandsgüter unter den Vorjahresstand. So lagen im März 1975 die Einfuhrpreise um 4% unter dem Wert des Vorjahres, doch schwächte sich dieser Rückgang in den folgenden Monaten zunehmend ab. Im November 1975 (— 0,1%) wurde dann das Vorjahresniveau fast wieder erreicht.

Die Verbilligung der eingeführten Waren trug wesentlich mit dazu bei, daß der Auftrieb der industriellen Erzeugerpreise erheblich abgebremst wurde. Im Jahr 1974 hatte der Anstieg der Erzeugerpreise noch bei 13,4% gelegen. Im Januar 1975 betrug der Vorjahresabstand nur noch 10,5% und verringerte sich bis Dezember 1975 kontinuierlich auf 1,6%. Unter dem Einfluß sinkender Preissteigerungsraten bei der Erzeugung industrieller Produkte und des verschärften Preiswettbewerbs verlangsamte sich dann auch der Preisanstieg auf den einzelnen Handelsstufen. So war im Januar 1975 für die Großhandelsverkaufspreise noch eine Teuerungsrate von 13,8% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, die sich bis Dezember 1975 auf 4,3% ermäßigte. Analog verlief die Entwicklung der Einzelhandelspreise, wo sich 1975 der Abstand zum Vorjahr von 8,2% (Januar) auf 4,4% (Dezember) verringerte.

Wesentlich geringer flachte hingegen der Anstieg der Lebenshaltungskosten⁴ ab. Die Zuwachsrate lag für Baden-Württemberg im Jahresmittel bei 5,6% gegen-

4 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands.

Tabelle 9

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1975
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Monat	Außenhandel	Landwirtschaft	Industrie	Handel	Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise für Auslandsgüter 1)	Erzeugerpreise		Großhandels- verkaufs- preise 1)	Preisindex für Bauleistungen 2)	Preisindex für die Lebenshaltung 3)
		landwirtschaftlicher Produkte 1)	industrieller Produkte 1)			
	Wirtschaftsjahr					
	1970 = 100	1961/62-1962/63 = 100	1970 = 100	1962 = 100	1962 = 100	1970 = 100
	Bundesgebiet			Baden-Württemberg		
Januar	+ 0,5	- 1,7	+ 10,5	+ 13,8	-	+ 5,9
Februar	- 2,8	+ 0,8	+ 7,6	+ 11,1	+ 3,0	+ 5,5
März	- 4,0	+ 3,9	+ 6,2	+ 9,0	-	+ 5,4
April	- 3,6	+ 8,5	+ 5,8	+ 8,2	-	+ 5,6
Mai	- 3,3	+ 10,2	+ 4,9	+ 5,6	+ 0,6	+ 5,6
Juni	- 3,2	+ 13,1	+ 4,7	+ 5,9	-	+ 6,1
Juli	- 2,6	+ 17,7 ⁴⁾	+ 3,6	+ 5,8	-	+ 5,9
August	- 1,7	+ 20,0 ⁴⁾	+ 3,3	+ 5,3	+ 0,2	+ 5,6
September	- 1,2 ⁴⁾	+ 17,9 ⁴⁾	+ 3,3	+ 5,5	-	+ 5,8
Oktober	- 0,5	+ 16,6 ⁴⁾	+ 2,4	+ 5,2	-	+ 5,5
November	- 0,1	+ 17,0 ⁴⁾	+ 2,3	+ 4,2	+ 0,8	+ 5,2
Dezember			+ 1,6	+ 4,3	-	+ 5,1

1) Ohne MWSt. — 2) An neuen Wohngebäuden; einschließlich MWSt. — 3) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen; einschließlich MWSt. — 4) Vorläufige Werte.

über 6,4% im Jahr 1974, so daß die Auftriebsrate des Bundes (6,1%) wiederum deutlich unterschritten wurde. Praktisch zum Stillstand kamen hingegen die Auftriebstendenzen auf dem Bausektor; im August lag der Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Gebäude) nur 0,2% über dem Vorjahreswert. In diesen Ergebnissen spiegelt sich die unbefriedigende Auftragslage der Bauwirtschaft wider, die es kaum mehr zuläßt, Kostenerhöhungen an die Auftraggeber weiterzugeben.

Rückgang der Reallohne

Die Löhne und Gehälter erhöhten sich 1975 nominell etwas weniger als im Vorjahr. Von Oktober 1974 bis Oktober 1975 stiegen die Stundenverdienste der Arbeiter (Männer und Frauen) in der Industrie um 8,0% gegenüber 11,7% im Vorjahreszeitraum. Durch Abbau von Überstunden und Einführung von Kurzarbeit verringerte sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Bereich der Industrie binnen Jahresfrist um 0,8 Stunden. Aufgrund der verminderten Wochenarbeitszeit stiegen die Bruttowochenverdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen von Oktober 1974 bis Oktober 1975 lediglich um 4,4%.

Für den Lebensstandard der Arbeitnehmer ist jedoch nicht diese nominelle Steigerung der Wochenverdienste entscheidend, denn Preissteigerungen zehren einen Teil des Einkommenszuwachses auf. Zum Nachweis der Entwicklung der realen Kauf-

kraft dient vielmehr der Reallohnindex, d. h. der mit dem Preisindex für die Lebenshaltung (Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) deflationierte Index der Bruttowochenverdienste. Dieser Maßstab für die Entwicklung der Brutto-Realeinkommen war schon zwischen Oktober 1973 und Oktober 1974 nur noch um 1,1% gestiegen. In der Folgezeit verschlechterte sich die reale Einkommenslage noch mehr, denn im Oktober 1975 ging dieser Indikator um 0,9% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat zurück.

Berücksichtigt man zusätzlich die Erhöhung der Sozialausgaben, so wird deutlich, daß 1975 trotz der Entlastungen durch die Steuerreform auch die vollbeschäftigten Industriearbeiter kaum eine Verbesserung des Lebensstandards erreichen konnten.

Umweltschutz: Nach wie vor hohe Priorität

Der Umweltpolitik wurde auch im Jahr 1975 von staatlichen und kommunalen Stellen hohe Priorität eingeräumt. Die Landesregierung machte deutlich, daß trotz der Rezession und der damit einhergehenden Verschlechterung der Haushaltslage Belangen des Umweltschutzes nach wie vor ein hoher Stellenwert im Spektrum der Staatsaufgaben beigemessen wird und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gleichrangig mit anderen wichtigen Zielen wie beispielsweise der Sicherung der Arbeitsplätze und dem wirtschaftlichen Wachstum verfolgt wird.

Unter den gesetzgeberischen Maßnahmen ragt sicher die Verabschiedung des Landesnaturschutzgesetzes heraus, das über den herkömmlichen Schutz von Natur und Landschaft hinaus durch die Regelung der Landschaftsplanung und Erholungsvorsorge den weiten ökologischen Bereich miteinfaßt und auf dem Gebiete des Naturschutzes das Verursacherprinzip durchsetzt. Gleichzeitig ermöglicht das Naturschutzgesetz eine Verstärkung des Artenschutzes und begründet das Recht auf Erholung in der freien Landschaft. Das vom Kabinett verabschiedete Landeswaldgesetz soll im Umweltbereich zur Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie bei der Bewirtschaftung des Waldes beitragen. Die forstrechtlichen Regelungen sind auf die Sicherung und Pflege der Naturgüter und der Erholungsmöglichkeiten sowie auf eine praktikable und naturnahe Landschaftspflege gerichtet.

Verabschiedet wurde auch ein neues Landesabfallgesetz mit dem Ziel, alle Aufgaben der Abfallbeseitigung einschließlich Einsammeln und Befördern in der Hand der Land- und Stadtkreise zu konzentrieren und durch die Einheit von Planung und Vollzug bei der Errichtung neuer Abfallbeseitigungsanlagen den zügigen Aufbau eines leistungsfähigen Systems der Abfallbeseitigung in Baden-Württemberg zu bewirken. Besondere Bedeutung mißt das Gesetz der geordneten Wiederverwendung von Abfällen (Recycling) zu.

Noch nicht endgültig gelöst ist dagegen die Beseitigung industrieller Sonderabfälle, von denen jährlich etwa 500 000 Tonnen anfallen. Diese Abfälle, die in der Regel nicht in den natürlichen Stoffkreislauf zurückgegeben werden können, sind möglichst lückenlos zu erfassen und ordnungsgemäß zu beseitigen. Zu diesem Zwecke wurde vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt der Entwurf eines „Teilplans Industrielle Sonderabfälle“ aufgestellt, dessen Verwirklichung Kosten von etwa 90 Mill. DM für die Einrichtung zweier Sonderabfalldeponien und einer Verbrennungsanlage für industrielle Sonderabfälle in Verbindung mit mehreren Vorbehandlungsanlagen und Sammelstellen vorsieht.

Ein Schwerpunkt der Umweltschutzmaßnahmen der Landesregierung ist die Reinhaltung des Wassers. 1973 wurden noch 800 Mill. Kubikmeter industrieller Abwässer außerhalb der öffentlichen Kanalisation in ein Gewässer oder in den Untergrund eingeleitet, von denen 54% Kühlwasser und 44% Schmutzwasser waren. Wie in dem im Dezember 1973 verabschiedeten Mittelfristigen Umweltschutzprogramm angekündigt, wurde 1975 erstmals eine abwassertechnische Zielplanung vorgelegt, die auf das Jahr 1990 ausgerichtet ist. Diese Bilanz über Bestand, Kapazität und Bedarf an Kläranlagen richtet sich an die öffentlichen Träger der Abwasserbeseitigung (Städte und Gemeinden).

Tabelle 10

Abwassertechnische Zielplanung

Bestand / Bedarf	Klärkapazität
Bestand bis Mitte 1976 (in Betrieb und im Bau)	13,4 Mill. EGW ¹⁾
Bedarf im Zieljahr 1990	18,8 Mill. EGW ¹⁾
Ausbaubedarf	5,4 Mill. EGW ¹⁾

¹⁾ EGW (Einwohnergleichwert): Maßzahl für Menge und Schmutzgehalt eines industriellen oder gewerblichen Abwassers, abgeleitet aus dem Vergleich mit den Normalwerten häuslicher Abwässer.

Der zur Errichtung der zusätzlichen Klärkapazität erforderliche Investitionsaufwand wird auf 5,18 Mrd. DM geschätzt und ist in einem Zeitraum von zehn Jahren aufzubringen. Daraus resultieren jährliche finanzielle Belastungen, deren Größenordnung etwa dem Bauvolumen zur Abwasserbeseitigung entspricht (500 Mill. DM), das 1975 im Rahmen des Förderungsprogramms des Landes abgewickelt wurde.

Hohe Steuerausfälle, sprunghaft steigender Kreditbedarf

Bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sah sich das Land mit einer finanzwirtschaftlichen Lage konfrontiert, die durch erhebliche Unsicherheiten gekennzeichnet war. Alle Planungen wurden zunächst dadurch erschwert, daß bei den Etatberatungen noch kaum erkennbar war, wie die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1975 verlaufen würde. Nicht voll abschätzbar waren auch die finanziellen Auswirkungen der am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Steuerreform, die für das Land und die Gemeinden Steuerausfälle und Mehrbelastungen brachte. Ein weiteres Unsicherheitsmoment stellte die anstehende Neuverteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern dar.

Der vom Landtag verabschiedete Doppelhaushalt für die Jahre 1975 und 1976 sah für 1975 im Kernhaushalt ein Ausgabevolumen von 20,40 Mrd. DM vor, was einer Steigerung gegenüber den Istergebnissen 1974 um 5,6% entspricht. Der zusammen mit dem Kernhaushalt vorsorglich verabschiedete Eventualhaushalt mit Gesamtausgaben in Höhe von 319,7 Mill. DM wurde im Nachtrag auf 487,0 Mill. DM erhöht. Diese Mittel werden aus der Konjunkturausgleichsrücklage in Verbindung mit Komplementärmitteln des Bundes bereitgestellt und dienen zur Durchführung kurzfristiger konjunkturbelebender Investitionsmaßnahmen. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sahen nach zum Teil geschätzten Ergebnissen Gesamtausgaben in Höhe von rund 20,5 Mrd. DM vor; das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Istergebnis des Vorjahres um 8,2%.

Maßgeblich für die Situation der öffentlichen Haushalte ist die Entwicklung der (fast stets zwangsläufigen) laufenden Ausgaben und der damit verbleibende Spielraum für investive Vorhaben. Nach den Planansätzen liegen die Ausgaben der laufenden Rechnung beim Land um 11,3% und bei den Gemeinden um 10,8% über den Istergebnissen des Vorjahres. Ausschlaggebend für diese Ausweitung ist der Anstieg der Personalausgaben, die beim Land nunmehr 42,7% und bei den Gemeinden 25,1% des Haushaltsvolumens ausmachen. Demgegenüber konnten die öffentlichen Haushalte ihre Ausgaben der Kapitalrechnung, also vor allem ihre Sach- und Finanz-

investitionen, nur noch geringfügig erhöhen. Die Planansätze der Gemeinden stiegen um 2,5% gegenüber dem Istergebnis des Vorjahres, während das Land einen Zuwachs von 0,9% veranschlagte.

Zur Einsparung von Personalausgaben hatte die Landesregierung eine sogenannte „Dreier-Kommission“ eingesetzt, die jede freie, freiwerdende und neue Stelle im Bereich der Staatsverwaltung daraufhin überprüft, ob ihre Besetzung unabweichbar ist. Außerdem durften freie und freiwerdende Stellen grundsätzlich erst nach Ablauf von sechs Monaten nach Freiwerden besetzt werden.

Tabelle 11

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Steuerart / Einnahmeart	1975	1974	Veränderung in %
	Milliarden DM		
Aufkommen vor der Steuerverteilung			
Gemeinschaftliche Steuern ¹⁾	27 505,8	26 716,4	+ 3,0
Steuern vom Einkommen ²⁾	19 253,7	18 844,9	+ 2,2
Lohnsteuer	11 553,0	11 720,9	- 1,4
Veranlagte Einkommensteuer	4 661,7	4 596,3	+ 1,4
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	311,3	397,5	- 21,7
Körperschaftsteuer	2 727,7	2 130,2	+ 28,1
Steuern vom Umsatz	8 252,1	7 871,5	+ 4,8
Umsatzsteuer ³⁾	6 062,2	5 552,8	+ 9,2
Einfuhrumsatzsteuer	2 189,9	2 318,7	- 5,6
Bundessteuern	3 018,1	3 500,0	- 13,8
Landessteuern	1 917,6	1 798,9	+ 6,6
darunter			
Kraftfahrzeugsteuer	836,8	816,6	+ 2,5
Gemeindesteuern ⁴⁾	3 026,8	2 993,2	+ 1,1
darunter			
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	2 430,2	2 418,5	+ 0,5
Lohnsummensteuer (einzig Stadtkreis Mannheim)	34,7	30,9	+ 12,1
Einnahmen nach der Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften			
Bundeseinnahmen	17 732,4	17 364,3	+ 2,1
darunter			
Anteil an den Steuern vom Einkommen	8 491,8	8 280,2	+ 2,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz	5 632,1	4 959,1	+ 13,6
Anteil an der Gewerbsteuer-Umlage	590,5	625,0	- 5,5
Landeseinnahmen	12 971,9	13 075,3	- 0,8
darunter			
Anteil an den Steuern vom Einkommen	8 080,5	7 940,9	+ 1,8
Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁵⁾	2 383,4	2 710,5	- 12,1
Anteil an der Gewerbsteuer-Umlage	590,5	625,0	- 5,5
Einnahmen der Gemeinden (Gv) ⁴⁾	3 573,6	3 464,9	+ 3,1
darunter			
Gemeindeanteil an der LSt und veranlagten ESt	1 161,6	1 118,0	+ 3,9

1) Gem. Art. 106 GG. — 2) 1975 einschließlich auslaufender Einnahmen aus den Stabilitätzuschlägen. — 3) 1974 ohne Investitionsteuer; 1975 einschließlich auslaufender Einnahmen aus der Investitionsteuer. — 4) 1. bis 3. Vierteljahr 1974 und 1975. — 5) Nach Berücksichtigung der USt-Ausgleichs unter den Ländern unter Zugrundelegung des ab 1975 neu geltenden Umsatzsteueranteils von 31,75%.

Die seit der Aufstellung der Haushaltspläne eingetretene finanzwirtschaftliche Entwicklung war dadurch gekennzeichnet, daß die erwarteten Steuereingänge bei weitem nicht erreicht wurden. Steuerausfälle ergaben sich einerseits aus der rückwirkenden Neuverteilung der Umsatzsteuer⁵, andererseits durch die unerwartet starke konjunkturelle Abschwächung. Bei der Aufstellung des Etats des Landes war noch von einem Steuerzuwachs von 7,5% ausgegangen worden. Das tatsächliche Steueraufkommen 1975 blieb um 0,8% hinter den Einnahmen des Vorjahres zurück. Maßgeblichen Anteil an diesem schwachen Ergebnis hatte das durch Steuerreform und schwache Arbeitsmarktlage geschmälerete Lohnsteueraufkommen (– 1,4%) sowie die erwähnte Umsatzsteuer-Neuverteilung.

Um die Haushaltslücke, die sich aufgrund der verminderten Steuereingänge schon frühzeitig abzeichnete, zu schließen, wurde Anfang November der Entwurf eines Nachtragshaushaltes in den Landtag eingebracht, der die Mindereinnahmen gegenüber dem Uretat auf 1,52 Mrd.DM veranschlagt.

⁵ Durch Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 11. Juli 1975 wurde der Umsatzsteueranteil der Länder rückwirkend ab 1. Januar 1975 von 38,0% auf 31,75% festgelegt.

Da aus konjunkturpolitischen Gründen das Etatvolumen ohne große Abstriche vollzogen werden sollte, wurde zur Schließung der Finanzierungslücke eine Erhöhung der Kreditaufnahmen von ursprünglich 1 808,1 auf 2 967,1 Mill.DM angesetzt.

Während der Landeshaushalt 1975 noch wie erwähnt ohne größere Abstriche vollzogen und die sich ergebende Finanzierungslücke durch Aufstockung der Kreditaufnahmen abgedeckt wurde, ist für 1976 eine Neuorientierung der Haushaltspolitik unerläßlich. Nach Ausführungen des Finanzministeriums muß das Land für 1976 – gemessen am verabschiedeten Haushalt – mit einem weiteren Steuerausfall in Höhe von 2,06 Mrd.DM rechnen. Eine Finanzierungslücke dieses Ausmaßes kann nicht durch Erhöhung der Kreditaufnahmen geschlossen werden, weil dadurch die Ausgaben für den Schuldendienst in den kommenden Jahren so hoch anwachsen würden, daß kein Spielraum für landespolitisch wichtige Aufgaben, insbesondere für Investitionsprogramme, verbleiben würde. Die Landesregierung hat deshalb in ihrem Programm zur kurz- und mittelfristigen Anpassung des Landeshaushalts an die wirtschaftliche Entwicklung und zur Sicherung des Investitionsspielraumes Einsparungen in Höhe von 1 Mrd.DM für das Haushaltsjahr 1976 vorgesehen.

Teil II

Versuch einer Vorausschätzung der Entwicklung wichtiger demographischer und wirtschaftlicher Größen im Jahr 1976

2.1 Allgemeine Grundlagen und Probleme

Aufgabenstellung und Problematik des Ausblicks

Bei dem hier vorgelegten Versuch einer Vorausschätzung auf das Jahr 1976 muß zunächst hingewiesen werden, daß ein solcher Ausblick in einer Phase starker konjunktureller Unsicherheiten und Bewegungen naturgemäß nicht unproblematisch ist. Diese Skepsis wird noch verstärkt, wenn man sich daran erinnert, daß während des Jahres 1975 — vor allem während der Frühjahrsmonate — eine außerordentlich große Unsicherheit über die Weiterentwicklung vorgelegen hat und vielfach Fehleinschätzungen der zu erwartenden ökonomischen Entwicklung zu Tage traten. Mehrfach wurde eine baldige konjunkturelle Erholung angekündigt, die dann jedoch nicht in der erwarteten Schnelligkeit eintrat.

Der zunächst schon im Jahr 1975 vermutete konjunkturelle Aufschwung hätte allen Erfahrungen der Nachkriegszeit widersprochen, in der jeweils nach einer Hochkonjunkturphase immer für mindestens zwei, wenn nicht gar für drei Jahre eine demgegenüber reduzierte Wirtschaftsentwicklung zu verzeichnen war. Dies ist keineswegs verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Wirtschaft als gesellschaftlicher Teilbereich nicht mit spontanen Entwicklungssprüngen reagiert, sondern daß die hier ablaufenden Prozesse auch bei Einsatz eines vielfältigen wirtschaftspolitischen Instrumentariums mit einem Zeitfaktor zu versehen sind. Nachdem sich für 1974 nach dem Hochkonjunkturjahr 1973 eine Abschwächung abzeichnete, konnte damit gerechnet werden, daß sowohl 1974 wie auch 1975 Jahre zumindest reduzierten Wirtschaftswachstums sein würden. In dieser Weise hat sich das Statistische Landesamt schon in seinem Jahresbericht 1973 (Seite 28) geäußert. Die Wahrscheinlichkeit, daß das Jahr 1975 noch nicht den Aufschwung bringen würde, war dabei angesichts der besonderen Vorzeichen, unter denen der diesmalige rezessive Abschwung stand, besonders groß. Es handelte sich nicht um einen „einfachen“ Konjunkturabschwung, sondern um eine Abschwungsbewegung, die durch strukturelle Einbruchsfaktoren überlagert und verstärkt wurde. Diese strukturellen Komponenten waren mit der „Ölkrise“ Ende 1973/Anfang 1974 deutlich sichtbar geworden. Sie beziehen sich auf langfristig wirkende Belastung, die für die Zukunft ein Wirtschaftswachstums im bisherigen Ausmaß unwahrscheinlich erscheinen lassen und die auf

längere Sicht zu erheblichen Umstrukturierungen sowohl hinsichtlich der herkömmlichen Produktions- wie auch Konsumtionsstruktur führen werden. Diese Schwierigkeiten sind weltweit wirksam, so daß nicht nur der inländische Absatz, sondern über die nachlassende Wirtschaftstätigkeit in den wichtigsten industriellen Abnehmerländern auch der Ausenabsatz des Landes stark zurückging.

Nach Informationen der letzten Zeit scheint nun in der Tat eine Stabilisierung auf tiefem Niveau mehr oder weniger weltweit erreicht zu sein. Insofern ist der jetzige Zeitpunkt sehr viel eher geeignet — als es das Frühjahr 1975 war —, gewisse verläßliche Anhaltspunkte für die Richtung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung zu geben. Dabei sind allerdings Aussagen über ein bestimmtes Ausmaß dieser Entwicklung nach wie vor mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren belastet.

Materialbasis und Auswahl der zu schätzenden Größen

Die vorliegende Vorausschätzung stützt sich auf die folgende Materialbasis:

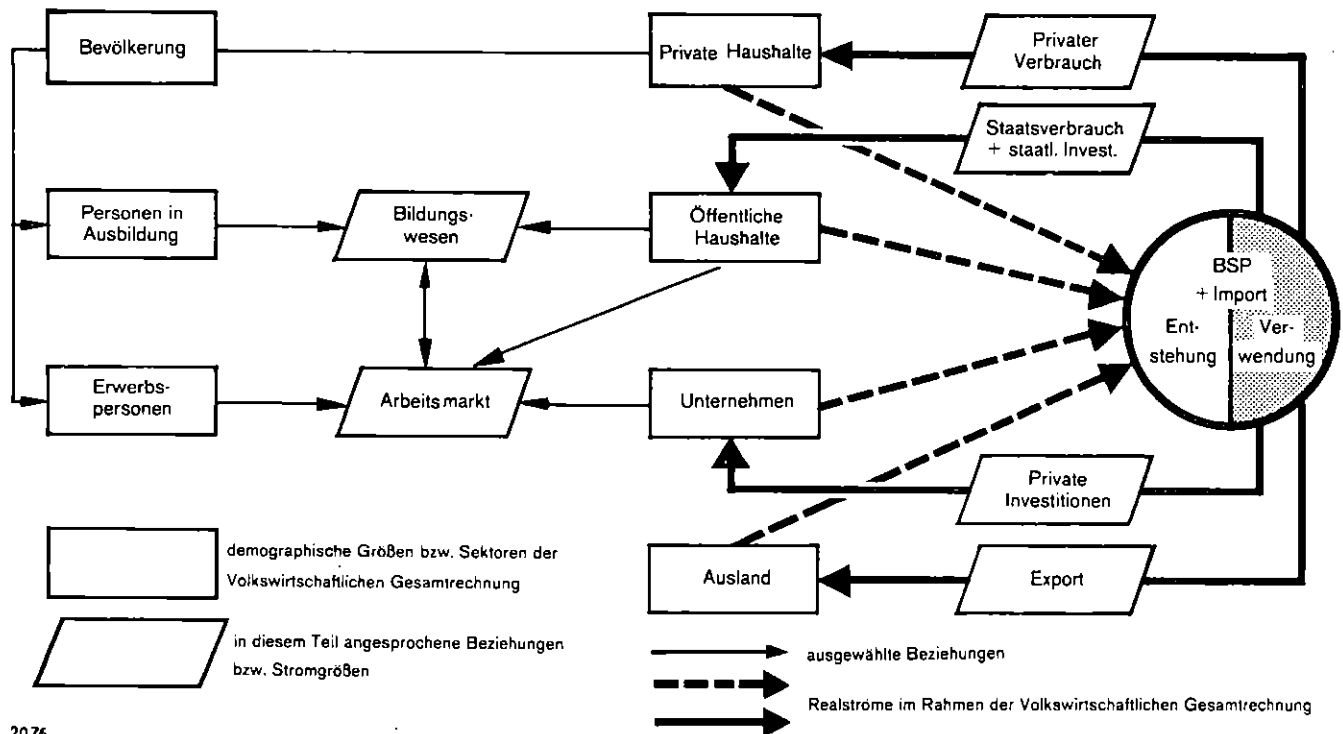
- (a) auf die bis jetzt (Ende Dezember 1975) vorliegenden kurzfristigen Indikatoren für Baden-Württemberg und die Bundesrepublik Deutschland,
- (b) auf die im Gemeinschaftsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute nach dem Stand von Oktober 1975 gegebene Prognose für 1976,
- (c) auf die im Gutachten des Sachverständigenrats für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung enthaltene Vorausschätzung für das Jahr 1976.

Daneben wurden Überlegungen über die für die gesamte Bundesrepublik einerseits und für das Land Baden-Württemberg andererseits zu erwartende Entwicklung mitberücksichtigt.

Für die Auswahl der zu schätzenden Größen war ihr allgemeiner Orientierungswert und die Möglichkeit zu sachlich fundierter Schätzung maßgebend. Es wurde davon ausgegangen, daß nicht nur ökonomische Eckdaten einbezogen werden, sondern auch wichtige Größen aus der Bevölkerungsentwicklung und aus dem Bildungswesen. Hierfür sprach auch die weitgehende Interdependenz dieser Bereiche, wie sie vom Statistischen Landesamt bereits im Statistisch-prognostischen Jahresbericht 1973 (S. 17 f.)

Schaubild 1

Einige ausgewählte Beziehungen zwischen demographischen und ökonomischen Größen



2076

dargelegt worden ist. Die beigegefügte Skizze weist erneut auf diese Zusammenhänge in vereinfachter Form hin. (Schaubild 1)

Es wurde nach diesen Richtlinien die Entwicklung der folgenden Größen geschätzt:

- (1) Bevölkerungsentwicklung und ihre Bestimmungsfaktoren (einschl. Ausländer)
- (2) Eckdaten aus dem Bildungsbereich
- (3) Aussichten für Beschäftigtenstand und Arbeitsmarkt
- (4) Entwicklungslinien im öffentlichen Sektor
- (5) Aussichten für ausgewählte ökonomische Größen
 - Privater Konsum
 - Private Investitionen
 - Export
- (6) Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In Anbetracht der begrenzten Materialbasis und der beträchtlichen Unsicherheitsfaktoren wurden bei den meisten Größen nur Tendenzaussagen versucht, da in diesen Fällen konkrete Prognosedaten nur eine Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Vorausschätzung vortäuschen würden, die der Natur der Sache nach nicht zu erzielen sind. Bei einzelnen Größen allerdings, bei denen einige Anhaltspunkte für die mögliche Entwicklung gegeben waren, wurde eine Konkretisierung versucht – so insbesondere bei der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

2.2 Bevölkerungsentwicklung und ihre Bestimmungsfaktoren

Zur mittel- und langfristigen Bevölkerungsentwicklung enthalten die Statistisch – Prognostischen Jahresberichte 1973 und 1974 Vorhersagen. Diese Prognosen, die eine Zunahme der Bevölkerung bis zum Jahre 1990 zum Inhalt haben, werden im Hinblick auf den Bevölkerungsrückgang in den Jahren 1974 und 1975 gegenwärtig überprüft. Die Prüfung erstreckt sich auf die Ergebnisse der im Auftrag der Landesregierung erstellten Systemanalyse zur Landesentwicklung Baden-Württemberg, die eine Abnahme der Bevölkerung bis zum Jahre 1990 vorhersagen. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl des Landes ist für eine Vielzahl von Zwecken von großem allgemeinen Informationswert. Ein Ausblick auf 1976 ist deshalb von spezieller Bedeutung, weil nach einer langen Phase ständiger Zunahme der Bevölkerungszahl seit 1974 eine neue Entwicklungsphase begonnen haben dürfte, die generell als Bevölkerungsstagnation bezeichnet werden kann. Während die Einwohnerzahl des Landes seit seiner Gründung im Jahre 1952 bis zum Jahre 1973 wegen einer Vielzahl von Faktoren (Geburtenüberschuß, Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen sowie ausländischen Arbeitnehmern) jährlich um durchschnittlich 121 000 Personen stark zugenommen hat, trat 1974 erstmals ein Bevölkerungsrückgang um 13 000 Personen ein. Zurückgehende

Geburtenzahlen, insbesondere aber das Umschlagen bisheriger Wanderungsgewinne in ein Wanderungsdefizit haben 1975 sogar zu einem Rückgang des Bevölkerungsstandes um über 60 000 Personen geführt. Daher sollte die Frage, welche Entwicklung für 1976 erwartet werden kann, am Anfang eines Versuches des Ausblicks auf das begonnene Jahr stehen.

Eine Vorausschätzung muß sich an den absehbaren Einflußfaktoren (Geburten, Sterbefälle, Wanderungen) orientieren und die deutsche und ausländische Bevölkerung wegen ihrer unterschiedlichen Entwicklungstendenzen gesondert behandeln.

Bei der *deutschen Bevölkerung* sind hinsichtlich der natürlichen Komponente gegenüber der heutigen Situation keine einschneidenden Veränderungen zu erwarten: Unter der Annahme, daß die altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer nicht oder nur geringfügig zurückgeht, dürfte die Zahl der deutschen Lebendgeburten bei rund 75 000 liegen.

Die Zahl der Sterbefälle hat sich in den Jahren 1970 bis 1974 kaum verändert und betrug jeweils rund 91 000. Im Jahre 1975 starben allerdings über 93 000 Personen. Da diese Zunahme jedoch im wesentlichen auf die zu Anfang des Jahres aufgetretene Grippe und ihre Folgewirkungen zurückzuführen ist, darf diese Erhöhung nicht überbewertet werden. Allerdings wird nach der Altersgliederung in Zukunft wieder mit einer höheren Zahl an Sterbefällen zu rechnen sein. Aus diesem Grund dürfte die Zahl der Gestorbenen des Jahres 1976 nicht allzu sehr unter der von 1975 liegen.

Nach diesen Überlegungen ist für 1976 bei der deutschen Bevölkerung mit einem Geburtendefizit zu rechnen, das größenordnungsmäßig demjenigen des Jahres 1975 (–17 000) in etwa entspricht.

Problematischer ist eine Prognose der Zu- und Abwanderungen. Im vergangenen Jahrzehnt war bei hohem, aber zuletzt doch kontinuierlich abnehmendem Wanderungsvolumen ein beachtlicher positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen. Dabei zeigte sich, daß bei der deutschen Bevölkerung die Wanderung weniger von konjunkturellen Einflüssen beeinflusst wurde. Positiv war der Wanderungssaldo vor allem deshalb, weil viele ältere Menschen aus anderen Bundesländern ihren Alters- und Ruhesitz nach Baden-Württemberg verlegten.

Bis 1974 umfaßte der Wanderungsgewinn deutscher Personen jeweils über 12 000, meist sogar über 16 000 Personen. Im Jahre 1975 war er mit etwa 5 000 erstmals merklich geringer. Für das Jahr 1976 ist ebenfalls ein kleinerer Wanderungsgewinn zu erwarten, der voraussichtlich in dieser Größenordnung liegen dürfte.

Weit schwieriger gestaltet sich eine Prognose der *ausländischen Bevölkerung*, weil durch die Ungewißheit auf dem Arbeitsmarkt und das nur schwer abzuschätzende Verhalten der Ausländer bei hoher Arbeitslosigkeit keine genauen Aussagen über Zu- und Abwanderung und damit über Bestand und Struktur der ausländischen Bevölkerung möglich sind. Was die längerfristige Entwicklung der Ausländerzahl betrifft, werden deshalb keine Prognosen erarbeitet, sondern Modellrechnungen durchgeführt¹.

Diese unzureichenden Informationen erschweren bereits eine Schätzung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung des Jahres 1976. Mit Sicherheit kann lediglich gesagt werden, daß wieder ein hoher Geburtenüberschuß zu erwarten ist. Zwischen 1965 und 1974 hat sich die Zahl der lebendgeborenen Ausländer nahezu kontinuierlich von 9 000 auf 24 000 erhöht; im Jahre 1975 liegt sie, bedingt durch Änderungen in der Definition der Staatsangehörigkeit von Kindern mit einem ausländischen Vater und einer deutschen Mutter, aber wohl auch aufgrund von Abwanderungen bzw. geringeren Zuwanderungen von Ausländerinnen im gebärfähigen Alter, soweit bisher absehbar unter 22 000. Da anzunehmen ist, daß diese Tendenz im Wanderungsverhalten anhält, ist für das Jahr 1976 mit einer noch niedrigeren Geburtenzahl zu rechnen. Gleichzeitig dürfte sich die Zahl der gestorbenen Ausländer wohl kaum auf über 2 000 erhöhen (im Jahre 1975 werden es voraussichtlich 1 800 Sterbefälle sein). Der Geburtenüberschuß wird deshalb 1976 mit einiger Sicherheit unter 20 000 liegen.

Die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ist einmal von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig, zum anderen vom Nachziehen bzw. Fortwandern von Familienangehörigen. Was den wirtschaftlichen Aspekt betrifft, so ist nicht sicher, ob die Ausländer bei einer weiterhin hohen Arbeitslosigkeit trotz Auslaufen des Arbeitslosengeldes im Lande bleiben oder ob sie verstärkt abwandern. Weiterhin ist die Zuwanderung von ausländischen Erwerbspersonen wegen der unsicheren Entwicklung des Arbeitsmarktes schwer abzuschätzen. Daneben bleibt ungewiß, wie sich der Fortzug, insbesondere aber auch der Zuzug der Familienangehörigen von erwerbstätigen Ausländern gestalten wird.

In den Jahren 1974 und 1975 ist die Zuwanderung von Ausländern stark zurückgegangen, sie lag unter 150 000 bzw. 100 000 Personen, nachdem 1973 noch fast 250 000 Ausländer nach Baden-Württemberg zogen. Dagegen hat sich zwischen 1973 und 1975 die Abwanderung nur von 190 000 auf knapp 170 000 reduziert. Insgesamt ist im Jahr 1975 dadurch mit dem bisher höchsten Wanderungsdefizit in Höhe von 70 000 Ausländern zu rechnen.

1 Vgl. Kapitel 3.1

Für einen ebenfalls hohen negativen Wanderungssaldo im Jahre 1976 könnte die Annahme sprechen, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt – zumal für die typischen Berufe von Ausländern – nicht entscheidend bessert, und daß ein Auslaufen des Arbeitslosengeldes zu einer Zunahme bei der Zahl der Fortzüge führt. Eine Quantifizierung erscheint allerdings kaum möglich.

Aufgrund des zu erwartenden Wanderungsdefizits dürfte sich damit die absolute Zahl der Ausländer abermals reduzieren. Gleichzeitig ist zu erwarten, daß sich wegen eines immer noch wahrscheinlich beachtlichen Geburtenüberschusses der Altersaufbau der Ausländer noch mehr verjüngt und damit ihre Erwerbsquote weiter absinkt.

Sowohl bei der deutschen wie bei der ausländischen Bevölkerung ist also mit einem Rückgang zu rechnen. Bei den Deutschen zeichnet dafür ein Geburtendefizit verantwortlich, das durch einen zu erwartenden Wanderungsgewinn wahrscheinlich nicht auszugleichen ist. Umgekehrt wird bei den Ausländern der Wanderungsverlust größer sein als der voraussichtliche Geburtenüberschuß.

Was die Größenordnung in der Entwicklung der *Gesamtbevölkerung* betrifft, so dürfte das Defizit bei der deutschen Bevölkerung, das sich unter Berücksichtigung der natürlichen und der räumlichen Komponenten ergibt, durch den zu erwartenden Geburtenüberschuß der Ausländer ausgeglichen oder leicht übertroffen werden. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl wird deshalb nahezu ausschließlich durch die Wanderung der Ausländer bestimmt. Unter der Annahme, daß sich das Wanderungsverhalten des Jahres 1975 wiederholt und sich bei den Ausländern abermals ein Wanderungsverlust von 70 000 ergibt, dürfte demnach die Gesamtbevölkerung um 60 000 bis 70 000 Personen abnehmen. Angesichts der für ausländische Erwerbspersonen besonders ungünstigen Aspekte auf dem Arbeitsmarkt ist eventuell auch ein höheres Defizit denkbar. Andererseits könnte sich im Zuge einer – allerdings unerwartet – starken Wiederbelebung der Wirtschaft auch ein niedrigerer Wanderungsverlust als 1975 und damit ein geringerer Bevölkerungsrückgang einstellen. Eine genauere Prognose kann für 1976 nicht gegeben werden, weil die Reaktion der ausländischen Arbeitskräfte und ihrer Familien auf die Lage am Arbeitsmarkt nur schwer abzuschätzen ist, zumal eine Situation mit derart hohen Unsicherheitsfaktoren in dieser Form erstmals aufgetreten ist.

Die voraussichtliche Abnahme der Bevölkerung im Jahre 1976 bringt, da sie vor allem auf einen Rückgang des ausländischen Bevölkerungsteils zurückzuführen sein dürfte, eine Abnahme der Erwerbspersonen mit sich. Dies dürfte zu einer Entlastung des Arbeitsmarkts führen, und zwar insbesondere in Berufen mit einer hohen Ausländerquote. Andere Berei-

che in Wirtschaft und Gesellschaft werden durch diesen voraussichtlichen Bevölkerungsrückgang im Jahre 1976 kaum in großem Ausmaß berührt.

Wenn jedoch auch mittel- und langfristig die Bevölkerung abnimmt oder stagniert oder zumindest mit geringeren Zuwachsraten als in der Vergangenheit ansteigen sollte, ergeben sich weitere beachtenswerte Konsequenzen. Dabei würde sich nicht nur der Umfang der Bevölkerung ändern, vielmehr ist wegen der wahrscheinlich rückläufigen oder stagnierenden Geburtenzahlen auch mit erheblichen Verschiebungen in der Altersstruktur zu rechnen. Beide Aspekte haben auf längere Sicht Auswirkungen auf alle Teilbereiche des öffentlichen Lebens: Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt; Konsum, Investition und wirtschaftliches Wachstum; öffentliche Infrastruktur (z. B. Bildungs- und Gesundheitswesen, soziale Einrichtungen); Höhe und Struktur der staatlichen Haushalte; Belastungen der Umwelt und weiteres mehr.

Bei einigen dieser Teilbereiche (z. B. Bildungswesen und Arbeitsmarkt, Bedarf an Wohnungen und Altenheimen) wurde in diesem und in den beiden zurückliegenden Jahresberichten bereits auf wichtige Konsequenzen der Veränderungen im Wachstum und im Altersaufbau der Bevölkerung hingewiesen. Die die Gesellschaft interessierenden be- und entlastenden Effekte dieser vielschichtigen Entwicklung insgesamt sind dabei im einzelnen sehr schwer zu ermitteln und gegeneinander aufzurechnen.

2.3 Eckdaten aus dem Bildungsbereich

Der seit Mitte der sechziger Jahre eingetretene starke Rückgang der Geburtenzahlen hat im Laufe der siebziger Jahre zu einer deutlichen Verringerung in der Zahl der Schulanfänger geführt: Wurden zu Beginn des Schuljahres 1970/71 noch 166 500 Kinder eingeschult, waren es 1975/76 lediglich 144 700. In den nächsten Jahren wird sich die Zahl der Schulanfänger weiter reduzieren und bis 1981 vermutlich auf unter 100 000 absinken.

Im Zuge dieses Prozesses nahm seit dem Schuljahr 1971/72 auch die Zahl der Grundschüler an öffentlichen und privaten Schulen kontinuierlich ab und erreichte 1975/76 mit insgesamt rund 591 000 den vorläufig niedrigsten Wert. Zu Beginn des Schuljahres 1976/77 ist ein weiterer Rückgang um 25 000 und für 1977/78 sogar eine weitere Abnahme um 30 000 Grundschüler zu erwarten.

Bei den weiterführenden Schulen kommen dagegen die geburtenstarken Jahrgänge 1959 bis 1964 erst noch zum Tragen und sorgen für ein rasches Wachsen der Schülerzahlen. Die Zahl der Hauptschüler lag 1975/76 mit 351 000 um 6% und die Zahl der

Realschüler mit 209 000 gar um 7% höher als im vorangegangenen Schuljahr. Bei den Gymnasien nahm die Schülerzahl um knapp 5% auf 296 000 zu.

In den Schuljahren 1976/77 und 1977/78 wird aufgrund der genannten geburtenstarken Jahrgänge die Zahl der Schüler in diesen Schulen weiter zunehmen, jedoch ist ein deutliches Abflachen der Zuwachsraten zu erwarten. Nach einer Projektion des Kultusministeriums wird bei den Hauptschulen die maximale Schülerzahl vermutlich im Schuljahr 1977/78 mit 376 000 und bei den Realschulen ein Jahr später mit 233 000 erreicht sein. Die Zahl der Gymnasiasten wird bis 1979/80 auf 300 000 anwachsen. Ab den genannten Jahren werden die Schülerzahlen kontinuierlich zurückgehen und den heutigen Stand bei den Hauptschulen 1981/82, bei den Realschulen 1982/83 und zuletzt bei den Gymnasien im Schuljahr 1983/84 erstmals unterschreiten.

Voraussetzung für diese Entwicklung der Schülerzahlen ist unter anderem, daß sich die Annahmen

der Zielprojektion, die sich an den Schulentwicklungsplänen orientiert, zumindest mittelfristig nicht verändern. In dieser Zielprojektion wird vor allem eine Verschiebung zugunsten der Vollzeitausbildung im berufsschulischen Sektor angenommen, was gleichzeitig ein zahlenmäßiges Anwachsen bei den Realschulen zur Folge haben wird.

Die gegenwärtige und zukünftige Zahl der Lehrer muß sich einerseits an diesen Schülerzahlen orientieren; andererseits müssen aber auch die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand berücksichtigt werden, weitere Lehrer einzustellen bzw. zu beschäftigen. Das Land hat im letzten Jahr noch einmal alle fertig ausgebildeten Absolventen der baden-württembergischen Lehrerbildungseinrichtungen in den Schuldienst übernommen. Wegen der angespannten Haushaltslage kann nicht mehr mit Steigerungsraten in Höhe der Vorjahre gerechnet werden. Gleichwohl ist mittelfristig schon allein aufgrund des Geburtenrückgangs eine deutliche Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation zu erwarten.

Tabelle 1

Voraussichtliche Zahl der Absolventen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Die Absolventen werden überwiegend erwartet	Aus dem Schuljahr			
	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78
	Vorausschätzung			
Am Arbeitsmarkt	127 800	138 100	154 800	168 700
davon Abgänger von				
Hauptschulen ohne Abschluß	2) 6 300	7 700	8 600	9 200
Sonderschulen	3) 6 500	6 800	7 200	7 600
Gymnasien nach Abschluß der Klassen 10 bis 12	4) 5 000	4 100	5 900	7 100
Absolventen von				
Hauptschulen	43 300	53 300	59 700	63 600
Realschulen	23 700	21 600	27 000	33 000
Abendrealschulen	1 100	1 100	1 100	1 100
Absolventen an beruflichen Schulen mit mittleren Abschlüssen nach Fachschulreife	9) 15 000	16 100	17 600	19 200
Abgänger aus				
Berufsfachschulen	19 800	20 200	20 400	20 600
Fachschulen	12) 7 100	7 200	7 300	7 300
An Hochschulen und Fachhochschulen	23 150	25 050	26 250	27 050
aus allgemeinbildenden Schulen				
Absolventen mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife	6) 16 200	17 200	17 500	17 500
Abendgymnasien und Kollegs	7) 450	450	450	450
aus beruflichen Schulen				
Absolventen mit Fachhochschulreife	10) 600	700	800	800
allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife	5 900	6 700	7 500	8 300

Fußnoten: Vgl. Tabelle im Anhang.

Quelle: 7. Bericht der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung der Kultusministerkonferenz vom April 1974 (Dokumentation Nr. 41). Die Absolventenzahlen werden demnächst fortgeschrieben.

Die Situation an den beruflichen Schulen wird weitgehend von der Entwicklung im Haupt- und Real schulbereich abhängig sein. Eine exakte Vorhersage ist deshalb besonders schwierig, weil dieser Schulbereich durch gezielte Ausbildungsmaßnahmen und Strukturprogramme (z. B. Aktionsprogramm Hauptschule, Aktionsprogramm Berufliche Bildung) starken Wandlungen unterliegt und weil die Bewegung von der Teilzeit- zur Vollzeitform der beruflichen Schulen anhalten oder sich gar verstärken wird. Mit Sicherheit kann aber gesagt werden, daß der Lehrbedarf an den beruflichen Schulen zunehmen wird.

Aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge ist auch die Zahl der Abgänger und Absolventen von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen weiterhin im Steigen begriffen. (Tabelle 1)

Bereits zum Abschluß des Schuljahres 1974/75 wurden rund 128 000 Schüler auf dem Arbeitsmarkt erwartet. Zum Ende des Schuljahres 1975/76 werden es nach Berechnungen des Kultusministeriums gut 138 000 sein. Hiervon wird es sich zu rund 10% um Hauptschüler ohne Abschluß und um Sonderschüler handeln. Knapp 39% werden Absolventen einer Hauptschule sein. Weitere 31% kommen nach dieser Prognose aus Real- bzw. Abendrealschulen, weisen einen damit vergleichbaren mittleren Abschluß an einer beruflichen Schule auf oder haben die 10. bis 12. Klassenstufe eines Gymnasiums erreicht.

In den folgenden Jahren wird demnach die Zahl der Absolventen, die am Arbeitsmarkt erwartet werden, weiter steigen, wobei an den Quoten der einzelnen Bildungsstufen keine nennenswerten Änderungen eintreten werden. Ein großes Problem wird es sein, bei einer zur Zeit stagnierenden Zahl der Arbeitsplätze (vgl. Kapitel 3.5) für diese Abgänger einen adäquaten Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu finden, zumal heute schon den Neigungen und Fähigkeiten der Schulabgänger bei der Berufswahl nicht immer entsprochen werden kann. Dies gilt um so mehr, als die Zahl derjenigen Abiturienten zunimmt, die wegen der Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen und der nicht zu übersehenden Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt für Akademiker kein Studium aufnehmen, sondern auf andere Ausbildungsangebote ausweichen. Deshalb müssen in bezug auf das Arbeitsplatzangebot und die Wahlmöglichkeiten von Ausbildung und Beruf die anderen Schulabgänger Abstriche machen, was sich letzten Endes besonders nachteilig bei Sonderschülern und Hauptschülern ohne Schulabschluß auswirken dürfte.

Aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und der geförderten Ausbildungsmöglichkeiten ist auch die Zahl derjenigen Schulabsolventen im Steigen begriffen, die auf Hoch- und Fachhochschulen überwechseln wollen. Nach Abschluß des Schuljahres 1976/77 werden etwa 25 000 Schüler als Studenten erwartet, zwei Jahre später werden es über 27 000

sein. Diese Zahlen könnten sich allerdings dann ermäßigen, wenn die erwähnte Tendenz einer Abnahme der Studienneigung bei den Abiturienten weiter anhält.

2.4 Aussichten für Beschäftigtenstand und Arbeitsmarkt

Die gegenwärtigen, insbesondere aber die zukünftigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt ergeben sich nicht nur aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Sie stehen vielmehr in engem Zusammenhang mit Besonderheiten der Altersstruktur der in Baden-Württemberg ansässigen Bevölkerung. Denn sowohl 1976 wie auch in den darauffolgenden Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre ins Erwerbsleben eintreten. So werden im Jahr 1976, wie oben skizziert, etwa 138 000 Berufsanfänger verschiedener Altersstufen (etwa 15 bis 20 Jahre) und mit unterschiedlichem Ausbildungsstand am Arbeitsmarkt unterzubringen sein. Weiterhin werden etwa 75 000 Berufsschüler einen Abschluß erreichen und von einem Lehr- in ein festes Arbeitsverhältnis wechseln wollen. Außerdem darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine große Zahl von Jungakademikern auf den Arbeitsmarkt drängen wird; für 1976 werden rund 17 000 Absolventen aus den Pädagogischen Hochschulen, Fachhochschulen und Universitäten des Landes erwartet.

Demgegenüber werden im laufenden Jahr nur relativ schwach besetzte Jahrgänge aus der Zeit um den ersten Weltkrieg altershalber aus dem Erwerbsleben ausscheiden, so daß sich allein aus der demographischen Struktur ein Überschuß an Erwerbspersonen ergeben wird, die dann zusätzlich als Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt auftreten werden. Wie schon im Statistisch-prognostischen Jahresbericht 1974 ausgeführt, dürfte im Durchschnitt der nächsten zehn Jahre aus dem heimischen Potential mit etwa 30 000 bis 40 000 zusätzlichen Erwerbspersonen zu rechnen sein¹.

Diese demographisch bedingte Situation der hohen Nachfrage nach Arbeitsplätzen, die zweifellos auch in Zeiten starken wirtschaftlichen Wachstums nicht ohne Reibungsverluste auszugleichen gewesen wäre, stößt nun auf ein aufgrund rezessiver Wirtschaftsentwicklung zurückhaltendes Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten².

Für den größten Beschäftigungsbereich, das Verarbeitende Gewerbe, kann man aufgrund der Auftrags-eingänge in den letzten Monaten dem konjunkturel-

1 Vgl. Statistisch-prognostischer Jahresbericht 1974, S. 23 f. sowie hier Kapitel 3.5: Arbeitsmarkt.

2 Vgl. Kapitel 3.5: Arbeitsmarkt

len Verlauf des Jahres 1976 ganz allgemein mit vorsichtigem Optimismus entgegen sehen. Da jedoch zur Zeit die Kapazitäten sowohl beim Produktionsfaktor Kapital wie auch beim Produktionsfaktor Arbeit nicht voll ausgelastet sind – wofür u. a. die hohe Kurzarbeiterzahl ein Indiz ist – dürfte selbst eine konjunkturelle Belebung zunächst keine wesentlich gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften zur Folge haben. Im Baugewerbe kann damit gerechnet werden, daß der Personalabbau kurzfristig zum Stillstand kommt, denn die Erhöhung der Nachfrage nach Bauleistungen infolge der – im Juni 1975 ausgelaufenen – Investitionszulage dürfte etwa zu Beginn des Jahres 1976 in vollem Umfang marktwirksam werden. Im öffentlichen Bereich wird aufgrund der angespannten Finanzlage des Staates die Beschäftigtenzahl allenfalls stagnieren. Damit zeichnet sich zusammenfassend ab, daß im laufenden Jahr eine wesentliche Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze nicht erwartet werden kann. Hiermit kann wohl erst dann gerechnet werden, wenn die Aufschwungstendenzen sich nachhaltig durchgesetzt haben und die Kapazitätsreserven aufgebraucht sind.

Angesichts solcher Entwicklungsaussichten auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarkts dürfte die Wiedereingliederung arbeitsloser und die Neueingliederung zusätzlicher Erwerbspersonen in den anstehenden Größenordnungen ein Problem sein, dem im laufenden Jahr erhebliches Gewicht zukommt. Im Durchschnitt des Jahres 1975 lag die Zahl der Arbeitslosen bei fast 130 000 Personen. Weiterhin werden, wie oben skizziert, allein aus der demographischen Struktur in diesem Jahr 30 000 bis 40 000 Erwerbspersonen zusätzlich als Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt auftreten. Die sich damit abzeichnenden Belastungen könnten nur dann gemildert werden, wenn der zur Zeit beobachtete Rückgang bei den Zuzügen von ausländischen Erwerbspersonen auch 1976 anhielte und wenn man darüber hinaus eine Abwanderung verstärkt fördern könnte. So verringerte sich ihre Zahl von 1974 nach 1975 um etwa 70 000¹. Je nach der Entwicklung dieser Abwanderungsbewegung würde sich also das Problem der 1976 in den Arbeitsprozeß einzugliedernden Personen in einer Größenordnung von etwa 100 000 bis 150 000 stellen. In Übereinstimmung mit den von anderer Seite schon geäußerten Vermutungen ist deshalb wohl davon auszugehen, daß – auch für den Fall einer konjunkturellen Erholung – die Zahl der Arbeitslosen noch beträchtlich sein und sich unter Umständen nicht allzu weit unter dem Stand von 1975 halten dürfte.

2.5 Entwicklungslinien im öffentlichen Sektor

Die rezessive Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 1974 und 1975 hatte über die damit verbundenen stark verringerten Steuereinnahmen nachhaltige Auswirkungen auf die Struktur der öffentlichen Haushalte, was seinerseits nicht ohne Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung in verschiedenen Teilbereichen blieb. So sah sich die Landesregierung im November 1975 genötigt, ein Programm zur kurz- und mittelfristigen Anpassung des Landeshaushalts an die wirtschaftliche Entwicklung und Sicherung des Investitionsspielraums vorzulegen.

Das Programm sieht Einsparungen im Haushaltsjahr 1976 in Höhe von rund 1 Mrd. DM vor. Die Einsparungen sollen erreicht werden durch die im Haushaltsanpassungsgesetz vom 16. Dezember 1975 festgelegten Änderungen gesetzlicher Vorschriften (56 Mill. DM), durch Änderung sonstiger Rechtsvorschriften wie Verordnungen, Richtlinien, Erlasse usw. (152,7 Mill. DM) und durch Veränderung laufender Haushaltsansätze in den Bereichen Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Zuweisungen (351,4 Mill. DM). Die Realisierung letztgenannter Einsparungen soll im Rahmen des Haushaltsvollzugs bzw. endgültig im Rahmen eines Nachtrags zum Haushaltsplan 1976 erfolgen. Die genannten Einsparungen ergeben zusammen einen Betrag von rund 560 Mill. DM. Die restlichen 440 Mill. DM sollen im Rahmen der Tarifabschlüsse und der Festsetzung der Beamtenbesoldung sowie durch die Erwirtschaftung eines Globalbetrages, dessen Höhe vom Umfang der Verbesserung der Bezüge abhängig ist, eingespart werden. Hierzu ist zu bemerken, daß jedes Prozent Veränderung in der Besoldung für das Land 85 Mill. DM ausmacht.

Die Sparmaßnahmen setzen überwiegend im konsumtiven Bereich an und zielen besonders stark ab auf die Einschränkung von Personalausgaben (vgl. Abschnitt 3.10). Dies soll überwiegend durch eine Einsparung an Personal ermöglicht werden, die man ihrerseits dadurch zu erreichen versucht, daß freiwerdende Stellen nur in den dringendsten Fällen wieder neu besetzt werden. Die Entlastung der öffentlichen Haushalte durch diese Maßnahmen und der damit stark einsetzende Zwang zur Ausschöpfung von Rationalisierungsmöglichkeiten sind hoch zu veranschlagen. Es kann allerdings nicht übersehen werden, daß von einer solchen Personalpolitik direkt keine Effekte ausgehen, die zu einer Entlastung der schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt führen könnten.

Hier zeigt sich die außerordentlich komplexe und schwierige Situation der öffentlichen Hand zwischen Haushaltssanierung einerseits und einem Verhalten, das nicht nur konjunkturellen, sondern darüber hinaus demographisch-strukturellen Gesichts-

¹ Vgl. Abschnitt 3.1

punkten Rechnung trüge, andererseits. Es ist die Frage, ob ein Ausgleich der konjunkturell und strukturell bedingten Arbeitsmarktschwierigkeiten unmittelbar von der öffentlichen Hand selbst geleistet werden könnte. Eine Personaleinstellung um ihrer selbst willen würde dem Prinzip der rationalen und sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel widersprechen, wobei in der gegenwärtigen Situation das gravierendste Problem darin bestehen würde, daß sogenannte laufende Ausgaben auf lange Sicht und in hohem Ausmaß über Kreditaufnahmen getätigt werden müßten. Ein solches Vorgehen würde im Widerspruch zu einem soliden Finanzgebaren stehen und in absehbarer Zeit zu einer ruinösen Situation der öffentlichen Haushalte führen. Die öffentliche Hand wäre überfordert, wenn man von ihr allein ein Gegensteuern gegen strukturelle Entwicklungsströmungen erwarten würde.

Das Schwergewicht ihrer wirtschaftsstützenden Maßnahmen hat die öffentliche Hand in der gegenwärtigen Situation auf die Investitionen gelegt, denn diese werden von den tiefgreifenden Sparansätzen so weit wie möglich verschont. So liegt das vorgesehene Sachinvestitionsvolumen 1976 in Höhe von 1 138 Mill.DM in etwa auf dem Niveau des Investitionsansatzes im Kernhaushalt¹ 1975 (1 146,3 Mill.DM). Mit diesem im Vergleich zum Vorjahr gehaltenen Niveau soll auf indirektem Wege ein Beitrag zur Belebung der Wirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze geleistet werden. Dies gilt besonders für den von öffentlichen Aufträgen stark abhängigen Bausektor. Hier sind für 1976 Mittel in Höhe von 801 Mill.DM vorgesehen.

Die Investitionshilfen bewegen sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Für 1976 sind sie mit insgesamt 2 784 Mill.DM höher als 1974 (2 689 Mill.DM); gegenüber 1975 (2 969 Mill.DM) ist zwar ein gewisser Rückgang zu verzeichnen, der sich jedoch daraus erklärt, daß im Jahre 1975 aufgrund der Konjunkturprogramme in einem besonders großen Umfang Mittel für Investitionsförderungsmaßnahmen bereitgestellt werden konnten.

2.6 Gegenwärtige wirtschaftliche Situation und Bestimmungsfaktoren der zukünftigen Entwicklung

Stabilisierung der Situation

Der Eindruck, daß etwa im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1975 die rezessive Entwicklung ihre „Talsohle“ erreicht hat und Aussichten für eine Erholung bestehen, stützt sich auf das Verlaufsbild

einer Anzahl von Indikatoren, für die nach einem seit dem vierten Quartal 1974 ständigen Rückgang zur Zeit entweder ein Verharren auf dem inzwischen erreichten niedrigen Niveau oder gar ein Anstieg zu verzeichnen ist.

So zeigt der Konjunkturindikator für Baden-Württemberg – ein zusammenfassender Ausdruck für die Konjunktursituation – seit dem zweiten Quartal 1975 einen ansteigenden Verlauf, das bedeutet, daß die Mehrzahl der in diesem Indikator zusammengefaßten Einzelreihen eine aufwärts gerichtete Tendenz ausweist. Eine der wichtigsten aufgenommenen Einzelreihen ist der Auftragseingang bei der Industrie¹ der seinerseits ein Vorlaufsindikator für die künftig zu erwartende Produktionsentwicklung ist. Etwa seit Jahresmitte 1975 zeigt er eine gegenüber früher nachhaltige Stabilisierung: Dem durch das Auslaufen der Investitionszulage bedingten außerordentlich starken Anstieg im Juni folgte zwar ein Rückgang, der jedoch geringer ausfiel als erwartet, so daß im August erstmals wieder seit Ende 1973 ein entsprechender Vorjahresstand erreicht wurde, der dann in den Folgemonaten in etwa gehalten (Oktober) bzw. deutlich übertroffen wurde (September, November). Bemerkenswert ist, daß seit Mai eine deutliche Verbesserung der besonders stark eingebrochenen Auslandsnachfrage vorliegt. Der Rückgang im Oktober ist dabei in hohem Ausmaß auf Sonderentwicklungen im Fahrzeugbau zurückzuführen. Der in Baden-Württemberg wichtige Fahrzeugbau konnte schon früh eine verbesserte Auftragslage ausweisen, inzwischen aber ist auch bei den meisten anderen Branchen eine erhöhte Bestelltätigkeit festzustellen. Diese Stabilisierung mit ansteigender Tendenz schlägt sich auch deutlich in den Dezemberergebnissen für Baden-Württemberg nieder.

Die allgemein verbesserte Auftragslage bei der Industrie dürfte sich mit einem time-lag auch bei der zur Zeit noch auf niedrigem Niveau verharrenden Produktion niederschlagen². Dies müßte allerdings relativ bald zu ersehen sein, da in der jetzigen Konjunktursituation weder Auftrags- noch Lagerbestände sich als ausgleichende Puffer zwischen beide Größen schieben. Entsprechend hat sich denn auch das Produktionsvolumen im zweiten Halbjahr 1975 dem Vorjahresniveau wieder stärker angenähert. Mit Ausnahme in den Verbrauchsgüterindustrien ist es jedoch noch nicht erreicht oder gar überschritten worden.

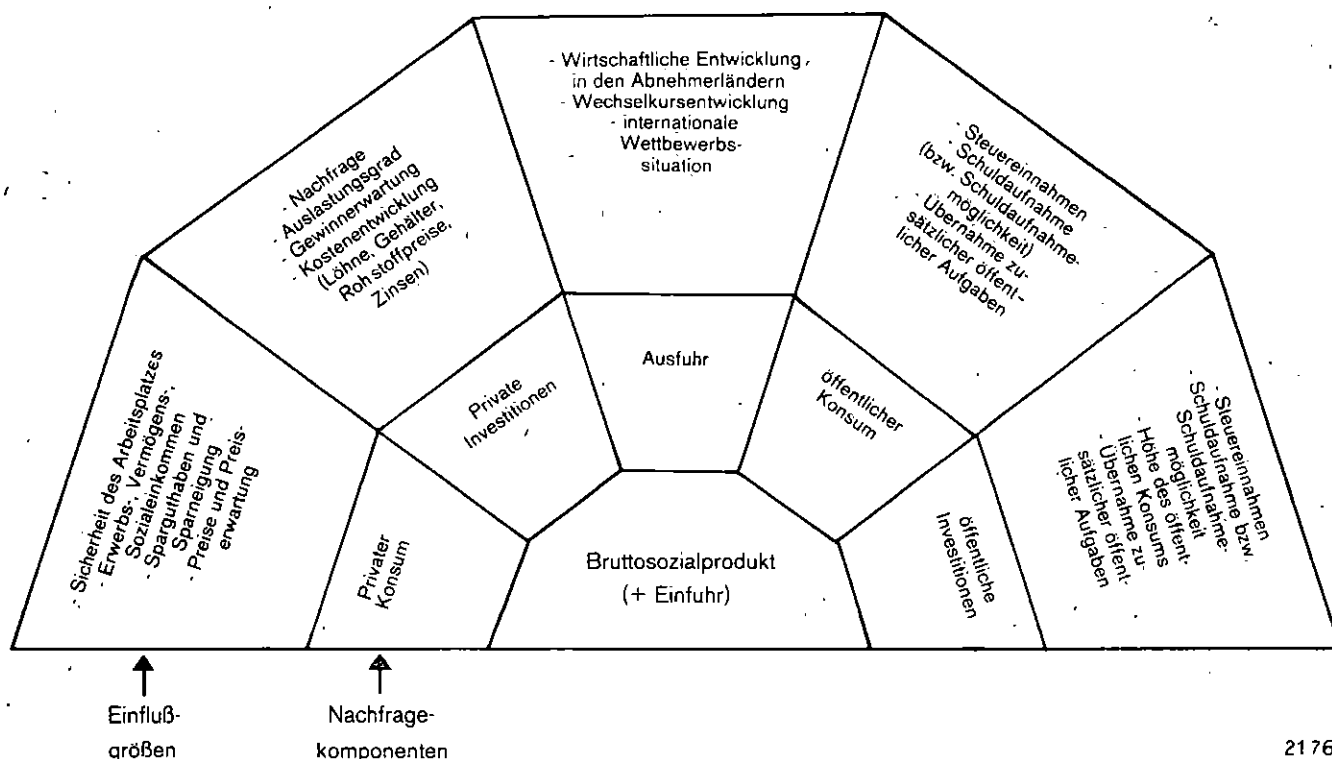
Im *Bauhauptgewerbe* gestaltete sich die Auftragslage vor allem infolge einer Belebung der Auftragseingänge im Bereich des Hochbaus etwa ab Mitte des Jahres wieder günstiger. Auch in diesem Bereich ist

1 einschließlich Nachtrag

1 Vgl. Schaubild 4, Teil 1.

2 Vgl. Schaubild 5, Teil 1.

Einige wichtige Einflußgrößen auf die Nachfragekomponenten des Bruttosozialprodukts



2176

es nach dem Auslaufen der Investitionszulage nicht zu dem befürchteten Einbruch bei den Aufträgen gekommen. Allerdings lag das Auftragsvolumen der Monate Januar bis November 1975 insgesamt mit einer nominalen Zunahme von knapp 3% nur geringfügig über dem Vorjahr.

Die Umsätze des baden-württembergischen *Einzelhandels* bewegten sich im Gesamtzeitraum von Januar bis Oktober 1975 real knapp 2% über dem Vorjahresniveau, womit die inländische Nachfrage sich als konsolidierender Konjunkturfaktor erwies. Auch im *Gastgewerbe* konnte mit einer realen Umsatzsteigerung (Januar – September) von 1% die Situation im Vergleich zum Vorjahr gehalten werden.

Die Auswirkungen dieser sich auf niedrigem Niveau im allgemeinen konsolidierenden Situation auf dem *Arbeitsmarkt* zeigen sich darin, daß die hohen Arbeitsfreisetzungen, wie sie an der Jahreswende 1974/75 vorgenommen wurden, aufgehört haben und die Zahl der Arbeitslosen sich seit dem Frühjahr 1975 auf einem hohen Niveau eingependelt hat. Die hohe Kurzarbeit wurde mit Beginn der zweiten Jahreshälfte deutlich zurückgenommen. Gegen Jahresende ist die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter saisonbedingt wieder angestiegen. Ein gewisser Zugang zu den Arbeitslosen dürfte sich auch weiterhin aus Firmenzusammenbrüchen ergeben. Die

Zeiten eines massiven Personalabbaus sind jedoch offenbar vorbei. Allerdings ergeben sich umgekehrt – wie skizziert – zur Zeit noch keine Anhaltspunkte für eine stärkere Einstellungsbereitschaft.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird in hohem Ausmaß von mehr oder weniger subjektiven Beurteilungen und Erwartungen beeinflusst. Deshalb sollten abschließend die Novemberergebnisse eines vom Ifo-Institut erhobenen Stimmungsbarometers (Bundesgebiet) nicht unerwähnt bleiben.

Danach hat sich seit September die Zahl der Unternehmen in der Verarbeitenden Industrie, die ihre Geschäftslage befriedigend bzw. saisonüblich einschätzen, laufend erhöht, wohingegen die Zahl der pessimistischen Meldungen deutlich zurückging. Insbesondere werden auch die Auftragsbestände wieder günstiger beurteilt. Entsprechend hat denn auch die Zahl der Unternehmen, die in den nächsten 6 Monaten mit einer günstigeren Geschäftslage rechnen, deutlich zugenommen. Dabei erwartet man insbesondere vom Exportgeschäft starke Impulse.

Bestimmungsfaktoren der zukünftigen Entwicklung
Wenn man sich ein Bild über die absehbare allgemeine Entwicklungslinie machen will, ist es erforderlich, zunächst das Spektrum keineswegs aller aber doch

der wichtigsten bestimmenden Einflußfaktoren darzustellen und jeden Faktor auf die jetzige Situation und die mögliche zukünftige Entwicklung hin zu untersuchen. Dabei wird das Bruttosozialprodukt als der zusammenfassende Indikator der wirtschaftlichen Leistungskraft betrachtet.

In Schaubild 2 sind die wichtigsten Komponenten der Verwendungs- oder Nachfrageseite dieser Globalgröße dargestellt. Ihr Nachfrageeffekt schlägt sich als Auftragseingang in den einzelnen Entstehungsbereichen (Landwirtschaft, Warenproduzierendes Gewerbe, Dienstleistungsbereiche) im In- und Ausland nieder und wird dort in Produktion von Waren und Dienstleistungen umgesetzt.

Die aufgeführten Nachfragekomponenten des privaten und öffentlichen Konsums und der Investitionen sowie des Exports sind ihrerseits wie im Schaubild angedeutet — von einer Vielzahl von Einflußfaktoren abhängig. Dabei ist insbesondere der Rückkopplungseffekt zu beachten, nach dem die Entstehung des Bruttosozialprodukts von seiner Verwendung abhängt und umgekehrt.

Es ist allgemein bekannt, daß die Kapazität zur Erstellung einer höheren Wirtschaftsleistung sowohl auf seiten des Produktionsfaktors „Kapital“ wie auch „Arbeit“ vorhanden ist. Es wird jedoch wegen restriktiver Einflüsse bei den einzelnen Nachfragekomponenten nicht genutzt. Eine solche Konstellation ist ganz generell typisch für konjunkturelle Abschwungsphasen. Sie muß jedoch heute im Gegensatz zu zurückliegenden Zeiten auch bei längerfristigen Wachstumsüberlegungen berücksichtigt werden. Insofern werden auch schon bei einem Ausblick auf das laufende Jahr konjunkturelle und strukturelle Elemente bei der Abschätzung der Entwicklung der einzelnen Einflußfaktoren zur Sprache kommen müssen.

2.7 Aussichten für ausgewählte ökonomische Größen

Privater Konsum

Angesichts des starken Einbruchs sowohl bei der Auslandsnachfrage wie bei der inländischen Investitionsgüternachfrage hat sich der inländische Konsum im vergangenen Jahr durchaus als stützendes Element erwiesen. So lagen die Rückgänge bei Auftragseingang und Produktion in den Verbrauchsgüterindustrien immer deutlich unter denen der übrigen Industriegruppen. Dennoch waren solche Erwartungen nicht angebracht, die ausgerechnet in Krisenzeiten vom privaten Konsum eine Ausgleichwirkung für die beiden ausfallenden Nachfragekomponenten der Investitionen und des Exports erhofften. Man sollte auch nicht unberücksichtigt lassen, daß in Zeiten, die sich mit Problemen des

Energie- und Rostoffmangels sowie der ökologischen Zerstörung auseinandersetzen müssen, ein normales und überlegtes Konsumentenverhalten ein im Grunde rationales und anzustrebendes Phänomen ist.

Wenn schon in krisenhaften Zeiten der Konsum sich relativ ausgleichend entwickelte, so wird sich diese Tendenz bei sich bessernder Konjunkturlage auch weiterhin durchsetzen. Mit einem spontanen Umschlagen in eine Kaufeuphorie dürfte allerdings im Jahr 1976 noch nicht zu rechnen sein. Dem steht die hohe Zahl von Arbeitslosen entgegen sowie zweifellos auch weiterhin bei vielen anderen der Gedanke an die Risiken eines eventuell doch noch möglichen Verlusts des Arbeitsplatzes. Man wird deshalb die zur Absicherung von Risiken angelegten Sparguthaben wahrscheinlich nicht mehr in demselben Ausmaß wie bisher aufstocken, aber man dürfte sie auch nicht schnell abbauen. Wenn allerdings im Zuge einer sich bessernden Situation eine Stimmung der Sicherheit um sich greift, dann könnte hieraus ein starker Nachfrageschub entstehen — der in einem solchen Moment unter Umständen wegen inflatorischer Gefahren nicht erwünscht sein könnte. Das Verbraucherverhalten sollte deshalb vor dem Hintergrund der großen Manövriermasse der Sparguthaben sehr sorgfältig beobachtet werden.

Auch von der Einkommenseite her sind im Jahr 1976 keine überschäumenden Kaufimpulse zu erwarten. So ist für die Reallöhne von Mitte 1974 bis Mitte 1975 ein Rückgang um immerhin 2,1 Prozent zu verzeichnen. Für die Gehälter stellte sich die Situation etwas günstiger dar, unter anderem auch deshalb, weil hier keine Arbeitszeitverkürzungen zu Buche schlugen. Selbst dann, wenn im laufenden Jahr die Einkommenszuwächse nicht wesentlich über einem Inflationsausgleich liegen werden, dürften sich stabilisierende und gegenüber der bisherigen Zurückhaltung auch verstärkende Elemente der Kaufhaltung daraus ergeben, daß man bei sich allgemein bessernder Wirtschaftssituation eher bereit ist, das verdiente Einkommen auch auszugeben bzw. bei Aussicht auf wieder höhere Verdienste die Sparguthaben nicht weiter aufzustocken oder sogar in gewissem Ausmaß abzubauen.

Neben den konjunkturell bedingten Bestimmungsgründen des individuellen Konsumentenverhaltens sind bei Abschätzung der zukünftigen privaten Nachfrage in der gegenwärtigen Situation auch strukturelle Komponenten in die Überlegungen einzubeziehen. Sie ergeben sich erstmals aus einer gegenüber früher leicht verringerten Bevölkerungszahl, d. h. die Zahl der Konsumenten ist nicht wie bisher immer gestiegen — und zwar früher durch Geburten und Wanderungen bzw. in den letzten Jahren nur noch durch Wanderungen —, sondern sie hat abgenommen. Die Frage, ob und in welcher Höhe hiermit ein Ausfall der Gesamtnachfrage verbunden sein könnte, stellt sich allerdings erst auf

längere Sicht. Für die nächsten Jahre kann generell gesagt werden, daß kein strukturell bedingter Nachfrageausfall zu erwarten ist. Es wird vielmehr eine Verschiebung in dem auf bestimmte Altersgruppen abgestellten Konsum zu verzeichnen sein. Der Rückgang der Geburtenzahl führt zu einem Nachlassen des spezifischen Kinder- und Jugendbedarfs. Demgegenüber nimmt die Zahl der Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren sehr stark zu, und zwar bis 1990 um insgesamt etwa 15%.

Diese Altersjahrgänge jedoch tragen die Hauptmasse des Konsums. Ihre Zunahme wird stark bedingt durch das Hereinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre in den Lebensabschnitt, in dem man zunächst in das Erwerbsleben eintritt und selber verdient, in dem man weiterhin Haushalte und Familien bildet und Wohnungen benötigt und einrichtet. Aufgrund dieser altersstrukturbedingten Zusammenhänge dürften von der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren starke Konsumimpulse ausgehen, ein Effekt, mit dem durchaus schon in diesem Jahr zu rechnen ist. Er dürfte allerdings zunächst weniger konsumsteigernd als vielmehr konsumstabilisierend wirken, da auch 1976 mit einer Verringerung der Zahl der Ausländer und damit der Zahl der Konsumenten gerechnet werden muß.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß aus konjunkturellen wie strukturellen Gründen im laufenden Jahr eine leicht steigende Tendenz der privaten Nachfrage zu erwarten ist, so daß auch für Baden-Württemberg die Prognose des Gemeinschaftsgutachters realistisch erscheint, nach der für 1976 mit einem Anstieg des privaten Konsums um real 2% gerechnet wird, wobei das Schwergewicht der Zunahme ins zweite Halbjahr gelegt wird.

Private Investitionen

Im Zentrum aller Überlegungen für eine auch längerfristig andauernde Wirtschaftsbelebung steht die Entwicklung der Investitionen. Dies insbesondere auch deshalb, weil letztlich nur über Investitionen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen sind.

In der auslaufenden rezessiven Phase war die Investitionsneigung in einem bisher nicht dagewesenen Ausmaß zusammengebrochen. Ursächlich hierfür war ein ganzes Bündel von Faktoren, in dem konjunkturelle Komponenten — wie die nachlassende in- und ausländische Nachfrage und ein starker Lagerabbau — wie auch strukturelle Elemente — so eine durch starke Kostensteigerungen erheblich verminderte Gewinnerwartung und eine allgemeine weltwirtschaftliche Unsicherheit — eine sich wechselseitig verstärkende Rolle gespielt haben.

Es gibt inzwischen erste Anzeichen dafür, daß sich hier eine gewisse Tendenzwende abzeichnet. So hat die im Juni 1975 ausgelaufene Investitionszulage

zwar nicht zu einer entscheidenden Wirtschaftsbelebung aber doch zu einer gewissen Stabilisierung geführt. Denn nachdem der Auftragseingang in der Industrie bis zum Mai erheblich unter den entsprechenden Vorjahreswerten gelegen hatte und dann im Juni eine — gesetzlich bedingte — Spitze erreichte, pendelt er im weiteren Verlauf von 1975 um das Vorjahresniveau mit deutlichem Anstieg gegen Jahresende. Dies geht auf eine Belebung in allen drei Hauptbereichen der Industrie, also der Grundstoff- und Produktions-, der Investitions- sowie der Verbrauchsgüterindustrie zurück. Die Entwicklung im Investitionsgüterbereich ist allerdings noch vergleichsweise verhalten. Dies schlägt sich auch in dem zuvor erwähnten Konjunkturtest des Ifo-Instituts nieder, in dem die Unternehmen aus dem Bereich der Investitionsgüter (ohne PKW) sowohl die gegenwärtige wie die zukünftige Geschäftslage zurückhaltender beurteilen als die Unternehmen aus dem Gesamtbereich der Verarbeitenden Industrie. In diesem Zusammenhang ist deshalb bemerkenswert, daß in der in Baden-Württemberg wichtigen Schlüsselindustrie, dem Maschinenbau — der besonders stark und anhaltend eingebrochen war —, der Auftragseingang aus dem Inland im Oktober (vom Juniwert abgesehen) erstmals wieder — und dann auch im Dezember — das Vorjahresniveau überschritt.

Was den Bereich des gewerblichen und industriellen Hochbaus betrifft, so hat sich hier seit August 1975 in den Herbstmonaten eine starke, in steigenden Genehmigungszahlen zu Tage tretende Nachfragezunahme gezeigt. Die Aussichten sind also nach diesem Indikator nicht ungünstig, wobei allerdings noch abzuwarten bleibt, in welchem Umfang diese hohe Zahl der Genehmigungen 1976 auch als Aufträge am Baumarkt wirksam wird.

Bei investiven Bauvorhaben spielt weiterhin die öffentliche Hand eine große Rolle, im Hochbaubereich kommen von ihr ein Viertel aller Aufträge, im Tiefbaubereich dominiert sie mit einem Anteil von neun Zehntel. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß die im Kernhaushalt 1976 vorgesehenen Mittel für Baumaßnahmen mit 801 Mill. DM in etwa auf dem Niveau von 1975 liegen.

Eine zyklische Aufwärtsbewegung wird im investiven Bereich generell — angesichts des starken Lagerabbaus gegenwärtig aber besonders stark — durch eine Vorratsaufstockung getragen. Entsprechend hat denn auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bei seinen vierteljährlichen Berechnungen zur Entwicklung des Bruttosozialprodukts festgestellt, daß der für das dritte Quartal 1975 erstmals wieder zu verzeichnende Anstieg um 1,5% (zum Vorquartal) um etwa die Hälfte auf die Erhöhung der Vorratshaltung zurückgeht. Der entscheidende Durchbruch wird jedoch erst dann zu erzielen sein, wenn es zu Neuerungs- und/oder Er-

weiterungsinvestitionen kommt. Hierfür besteht zunächst noch kein Anlaß, da auch eine starke Produktionsbelegung durch die freien Kapazitäten — im geschätzten Ausmaß von 20–25% — abgefangen werden kann. Das Statistische Landesamt hält deshalb den im Gemeinschaftsgutachten geschätzten Zuwachs der Anlageinvestitionen um 2% im Jahr 1975 — wobei hier eine Realisierung erst im 2. Halbjahr angenommen wird — für realistischer als den im Sachverständigengutachten angegebenen Wert von 5,5%, der zudem in beiden Jahreshälften erreicht werden soll.

Auf längere Sicht allerdings sind die Investitionsaussichten nicht ungünstig. Dies ergibt sich nicht nur aus dem für Konjunkturzyklen typischen Zusammenhang, daß die Investitionsgüternachfrage jeweils überproportional reagiert und damit bei sich durchsetzender Aufschwungsbewegung hier eine überproportionale Belegung zu erwarten ist. Dafür sprechen auch einige strukturelle Gesichtspunkte. So hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung darauf hingewiesen, daß der Kapitalstock der Wirtschaft — dessen Altersaufbau sich schon seit Ende der fünfziger Jahre verschlechterte — durch die seit 1970 zu beobachtende Investitionszurückhaltung in weiten Teilen deutlich überaltert sei und nicht mehr dem neuesten Stand der Technik und damit der Realisierungsmöglichkeit von Produktivitätsfortschritten entspräche. Weiterhin seien zwischenzeitlich eine Anzahl neuer, investitionsintensiver Aufgaben wie Umweltschutz, Energieeinsparung und verbesserte Bedingungen am Arbeitsplatz aufgetreten. Aus diesen Zusammenhängen müßten sich im Lauf der Zeit Impulse für eine wieder verstärkte Investitionsgüternachfrage ergeben. Diese müßten sich dann auch bei der baden-württembergischen Industrie niederschlagen.

Export

Neben den positiven Impulsen, die vom privaten Verbrauch zu erwarten sind, zeichnet sich eine Stützung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung durch eine wieder lebhaftere Auslandsnachfrage ab. In den Monaten August und September 1975 waren, nach einer Stagnationsphase im ersten Halbjahr, erhebliche Zunahmen in allen Industriebereichen zu verzeichnen. Diese gesteigerte Ordertätigkeit des Auslands wurde zum Oktober hin unterbrochen, was aber in Baden-Württemberg bei Zunahmen (im Vergleich zum Vorjahresmonat) in den Bereichen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie der Verbrauchsgüterindustrie allein auf ein Nachlassen bei den Investitionsgüterindustrien zurückgeht und hier besonders durch Sonderereignisse beim Fahrzeugbau bestimmt wurde. Zum November — sowie leicht abgeschwächt zum Dezember — setzte sich diese aufsteigende Tendenz wieder fort.

Ganz generell sind jetzt die Aussichten für den Export nicht ungünstig. Denn auch in den westlichen Industrieländern — die nach wie vor noch Hauptabnehmer sind — mehren sich die Anzeichen, daß die Talsohle der Rezession erreicht wurde und dies in Verbindung mit staatlichen Konjunkturprogrammen der westeuropäischen Länder sowie einer gewissen Vorreiterfunktion der Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten und zum Teil auch in Japan die Konjunktur auf breiter Front in einen Aufschwung hineinführen wird. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß wegen des bisherigen gleichzeitigen Abschwungs in den einzelnen Ländern und wegen der Tiefe des allgemeinen Einbruchs die Aufwärtsbewegung zunächst nur zögernd vor sich gehen dürfte. Es ist dann aber nicht ausgeschlossen, daß sich im Laufe der Entwicklung die zyklischen Bewegungen in den einzelnen Ländern gegenseitig verstärken.

Neben den konjunkturellen Einflußfaktoren dürfen auch beim Export strukturelle Momente nicht übersehen werden. Die durch die Erdölkrise ausgelösten Unsicherheiten über den künftig zu erwartenden wirtschaftlichen Strukturwandel und über eine neue Weltwirtschaftsordnung dürften sich insbesondere auf den investiven Bereich retardierend auswirken. Außerdem bestehen auch im Ausland freie Kapazitäten, über die zunächst ein Aufschwung aufgefangen werden kann, so daß eine Notwendigkeit zu Investitionen nicht sofort besteht. Baden-Württemberg aber ist führend im Export von Investitionsgütern. Im Zuge einer allgemeinen Wirtschaftsbelegung im In- und Ausland dürfte zwar mit einer stetig steigenden Auslandsnachfrage zu rechnen sein, aus den oben genannten Gründen ist jedoch nicht zu erwarten, daß diese sich übermäßig stark entwickelt — etwa im Sinne einer Kompensation einer zur Zeit noch fehlenden Inlandsnachfrage. Damit ist erst dann zu rechnen, wenn sich die Belegung international durchgesetzt hat. Unter diesen Umständen dürfte der im Gemeinschaftsgutachten angenommene Zuwachs der Ausfuhr (VGR-Konzept) von 7,5% im Jahr 1976 als Obergrenze anzusetzen sein. Zumal zu berücksichtigen ist, daß von dem in Baden-Württemberg schon erreichten hohen Exportniveau ein weiterer hoher Zuwachs nicht unmittelbar zu erzielen sein dürfte.

2.8 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Entwicklungsverläufe in den oben aufgeführten Teilsektoren der Wirtschaft werden in dem Indikator „Bruttoinlandsprodukt“¹ zu einem einzigen

1 Bruttoinlandsprodukt = Bruttosozialprodukt abzüglich des Saldos der über die Landesgrenzen fließenden Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verdichtet und zusammengefaßt. In diese sehr komplexe Größe gehen über die weitergehenden Interdependenzen — wie sie im Schaubild 1 vereinfacht dargestellt sind — indirekt auch die Einflüsse ein, die sich aus den Bereichen der Bevölkerung, der Bildung, des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Finanzwirtschaft ergeben.

Der nach dem Hochjahr von 1973 einsetzende Abschwung erreichte in Baden-Württemberg schon 1974 mit einer Abnahme des Bruttoinlandsprodukts um 0,4% (gegenüber dem Vorjahr) eine Abkühlung der Wirtschaftsentwicklung im Ausmaß der Rezession von 1967 (1967 gegen 1966: -0,6%). Die Situation war in beiden Jahren im Bundesgebiet etwas günstiger (1967 gegen 1966: -0,2%, 1974 gegen 1973: + 0,6%). Im Jahr 1975 setzte sich der konjunkturelle Rückgang — durch strukturelle Faktoren verstärkt — weiter fort. So ergibt sich nach vorläufigen Berechnungen für das erste Halbjahr eine Abnahme des Bruttoinlandsprodukts im Bundesgebiet um 5% (gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum).

Der Abschwungsprozeß vollzog sich im zweiten Halbjahr nicht in gleichem Ausmaß, so daß sich nach ersten Berechnungen im Bund für das Jahr 1975 ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Größenordnung von 3,6% ergibt. Mit einem Schätzergebnis von rund -3,5% weist Baden-Württemberg eine vergleichbare Entwicklung auf. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, daß bei der später erfolgenden endgültigen Berechnung der Rückgang der Wirtschaftsentwicklung insbesondere in Baden-Württemberg noch etwas stärker zum Ausdruck kommt.

Wenn die Entwicklung bei den einzelnen Nachfragekomponenten des Bruttoinlandsprodukts etwa in

der Weise eintritt, wie es oben dargestellt wurde, so kann für das laufende Jahr wieder mit einer positiven Wirtschaftsentwicklung gerechnet werden. Über das Ausmaß der zu erwartenden Erholung gehen allerdings die Meinungen zur Zeit noch auseinander.

Von den beiden hier herangezogenen Gutachten vertritt das im November 1975 vorgelegte Sachverständigengutachten mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 4,5% eine optimistischere Version, — wobei schon im ersten Halbjahr 1976 ein Anstieg um 3,5% unterstellt wird —, während das Gemeinschaftsgutachten die Situation etwas zurückhaltender beurteilt und von einem Anstieg um 4% — bei einer Halbjahresrate von 2,5% — ausgeht.

Diese Entwicklungsaussichten für das Bundesgebiet stecken auch den Rahmen für die Entwicklung des Landes Baden-Württemberg ab. Sie müssen jedoch an die aufgrund landesspezifischer Besonderheiten gewonnenen speziellen Erwartungen und Vorstellungen angepaßt werden. Danach empfiehlt sich — auch in Anlehnung an die für die einzelnen Teilbereiche vorausgeschätzten Größenordnungen — eine Übernahme der zurückhaltenderen Variante. Angesichts der besonderen Situation der baden-württembergischen Wirtschaft sollte diese darüber hinaus um eine Bandbreite nach unten ergänzt werden. Denn es ist zu berücksichtigen, daß ein Erholungsprozeß die Investitionsgüterindustrien in der Regel später erfaßt — wie es auch die Aufschwungsphase nach 1967 gezeigt hat. Mit diesem Effekt muß dieses Mal aus den verschiedenen schon dargestellten Ursachen verstärkt gerechnet werden. Aufgrund dieser Überlegungen dürfte man von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts als dem zusammenfassenden Indikator um etwa 3% — 4% im laufenden Jahr ausgehen, wobei das Schwergewicht der Entwicklung in die zweite Jahreshälfte gelegt wird.

Teil III

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

3.1 Bevölkerung

3.1.1 Entwicklung der Gesamtbevölkerung

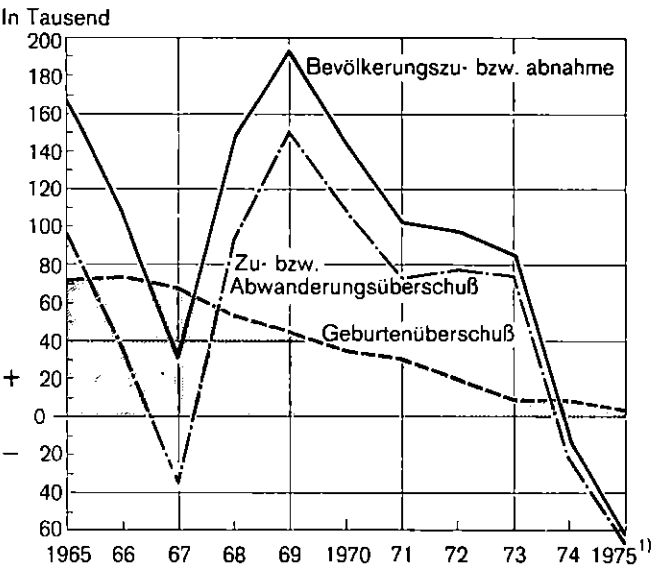
Die Entwicklung der Bevölkerungszahl, die unter vielen Aspekten für das Land und seine Regionen von Bedeutung ist, hat auch 1975 wieder besonderes Interesse gefunden. Dies war um so mehr verständlich, als schon das Jahr 1974 für Baden-Württemberg, ebenso wie für die gesamte Bundesrepublik, nach einer fast drei Jahrzehnte andauernden, ununterbrochenen Periode des Bevölkerungswachstums einen – allerdings nur leichten – Rückgang gebracht hatte.

Im Jahr 1975 hat sich die Bevölkerungsabnahme verstärkt; nach den bisher vorliegenden Daten ist die Einwohnerzahl Baden-Württembergs um mehr als 60 000 zurückgegangen. Diese Abnahme dürfte sich mit etwa 12 000 Personen auf die deutsche Bevölkerung und mit etwa 50 000 Personen auf die ausländische Bevölkerung verteilen haben. Am Jahresende 1975 hat sich somit ein Bevölkerungsstand von 9,165 Millionen Einwohner ergeben, der sich aus rund 8 320 000 Deutschen und 845 000 Ausländern zusammensetzt.

Die Gründe für den Bevölkerungsrückgang beruhen, wie die für das erste Halbjahr vorliegenden Zahlen zeigen, ausschließlich auf Abwanderung. Während sich nämlich in diesem Zeitraum noch ein geringer Geburtenüberschuß, (+ 171 Personen) ergab, zogen

Schaubild 1

Bevölkerungsentwicklung 1965 bis 1975



1) Geschätzte Zahlen

per Saldo rund 29 500 Personen aus Baden-Württemberg fort. Dabei handelte es sich ausschließlich um Ausländer, denn der angegebene Saldo setzte sich aus einem kleinen Wanderungsgewinn der deutschen Bevölkerung (+ 895 Personen) und einem beträchtlichen Wanderungsverlust der Ausländer (– 30 344 Personen) zusammen.

Tabelle 1
Bevölkerungsbilanz 1974 und 1975 1)

Merkmal	Bevölkerung					
	insgesamt		Deutsche		Ausländer	
	1974	1975	1974	1975	1974	1975
	Anzahl					
Lebendgeborene	102 206	98 000	77 702	76 200	24 504	21 800
Gestorbene	93 127	95 000	91 360	93 200	1 767	1 800
Geburtenüberschuß	9 079	3 000	– 13 658	– 17 000	22 737	20 000
Zuzüge über die Landesgrenze	274 660	205 000	125 604	107 000	149 056	98 000
Fortzüge	296 875	270 000	112 962	102 000	183 913	168 000
Wanderungsgewinn bzw. -verlust	– 22 215	– 65 000	12 642	5 000	– 34 857	– 70 000
Zu- bzw. Abnahme insgesamt	– 13 136	– 62 000	– 1 016	– 12 000	– 12 120	– 50 000
Bevölkerung am 31. Dezember	9 226 240	9 164 000	8 330 643	8 319 000	895 597	845 000

1) Geschätzte Zahlen.

Rückläufige Zahl der Geburten

Die Geburtenentwicklung des Jahres 1974 hatte zu der Aussage berechtigt, der seit Mitte der 60er Jahre anhaltende Geburtenrückgang habe sich erheblich abgeschwächt. Während die Geburtenzahl von 161 000 im Jahr 1964 auf 112 800 im Jahr 1972 zurückgegangen war, lag nämlich die 1974 registrierte Zahl der Lebendgeborenen mit 102 200 nur noch knapp unter der des Vorjahres. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen für das Jahr 1975 ist jedoch die Geburtenzahl wieder stärker gesunken. Von Januar bis einschließlich September 1975 ging die Zahl der Lebendgeborenen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum noch einmal um fast 5% zurück.

Allerdings dürfte die sogenannte Fruchtbarkeit (Zahl der Geburten bezogen auf die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren) nicht im gleichen Maße gesunken sein, da die Abnahme der Geburtenzahl wenigstens teilweise durch den Bevölkerungsrückgang bedingt ist. Unter den abwandernden Ausländern befanden sich nämlich auch zahlreiche jüngere Frauen.

Die Zahl der Lebendgeburten insgesamt im Jahr 1975 betrug etwa 98 000 und blieb damit um rund 4 000 hinter dem Vorjahreswert zurück. Nach der Staatsangehörigkeit differenziert, gliedert sich die Gesamtzahl in rund 76 200 deutsche und rund

21 800 ausländische Kinder (Tabelle 1). Auf den ersten Blick würde die Abnahme bei den deutschen Kindern 1 500, bei den ausländischen Kindern 2 700 betragen. Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, daß mit Jahresbeginn 1975 eine Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in Kraft getreten ist, wonach die neugeborenen ehelichen Kinder einer deutschen Mutter, die mit einem Ausländer verheiratet ist, die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Infolge dieser neuen Abgrenzung lag der tatsächliche Geburtenrückgang bei der deutschen Bevölkerung um etwa 2 000 höher, so daß sich gegenüber 1974 bei den deutschen Kindern eine Abnahme der Geburtenzahl um rund 3 500 und bei den ausländischen Kindern um rund 700 ergab. Aus der Tatsache, daß der Geburtsjahrgang 1975 nochmals schwächer besetzt ist als die vorhergehenden Jahrgänge, zeichnet sich für die Jahre ab 1978/79 zunächst eine weitere Entlastung im Bereich der Kindergärten und für 1981/82 eine erneute Verminderung der Zahl der Schulanfänger ab.

Leichte Zunahme der Sterbefälle

Die jährliche Zahl der Sterbefälle hat sich zwischen 1970 und 1974 der absoluten Höhe nach kaum geändert. Im Jahr 1975 bewirkte im wesentlichen die in den Monaten Januar und Februar aufgetretene Grippe mit ihren Folgeerscheinungen eine leichte Zunahme der Sterbefälle. Ihre Zahl erhöhte sich infolgedessen gegenüber dem Vorjahr um 2 000 auf

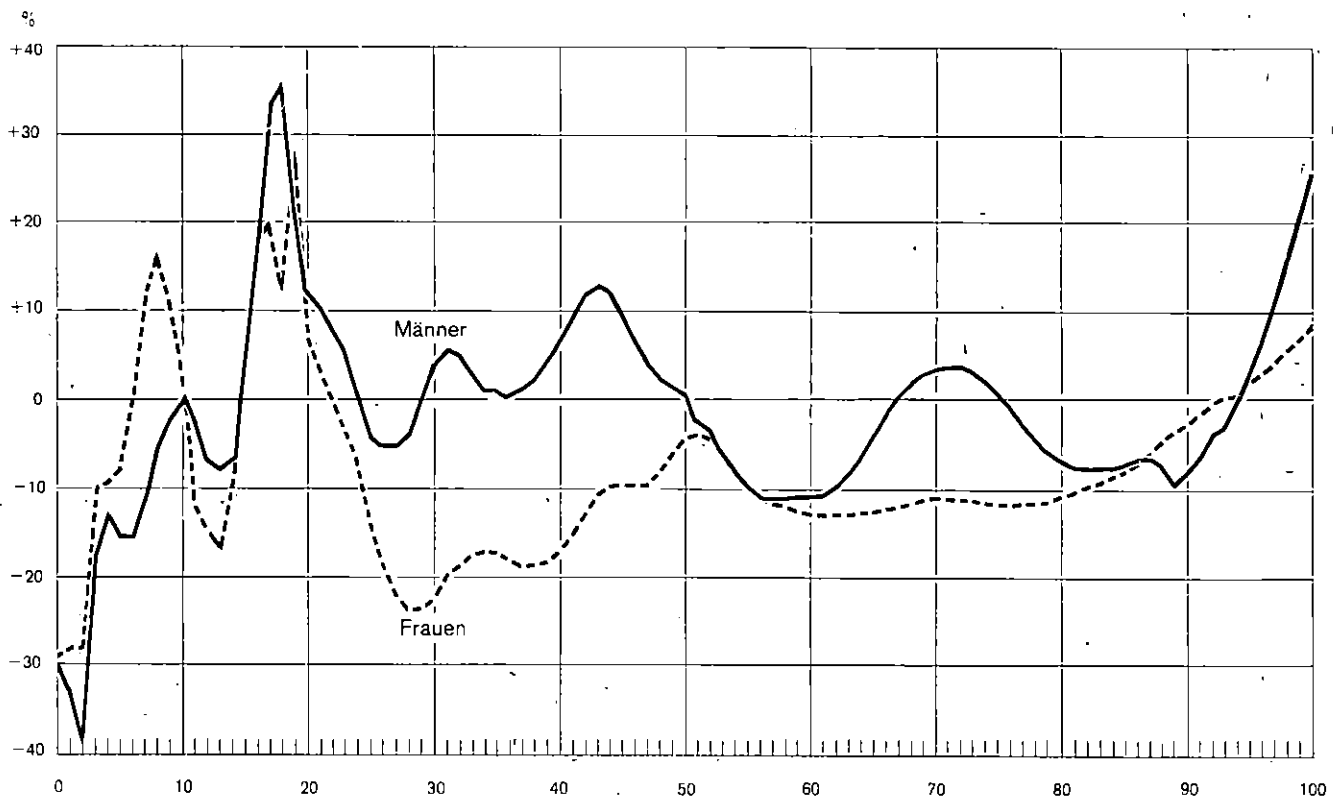
Tabelle 2

Durchschnittliche Lebenserwartung nach den Sterbetafeln 1852/63 bis 1970/72

Voll- endetes Alters- jahr	Männlich					Weiblich				
	Durchschnittliche Lebenserwartung der Personen nebenstehenden Alters in Jahren nach der Sterbetafel ¹⁾									
	1852/63	1901/10	1924/26	1949/51	1970/72	1852/63	1901/10	1924/26	1949/51	1970/72
0	28,01	45,15	57,32	64,89	68,49	31,16	48,08	59,82	68,66	74,50
5	47,11	55,77	60,31	64,47	65,32	46,80	56,77	61,21	67,42	71,10
10	44,79	51,62	55,76	59,73	60,50	44,16	52,71	56,60	62,63	66,23
15	41,26	47,12	51,10	54,95	55,63	40,50	48,33	51,92	57,78	61,31
20	37,78	42,93	46,72	50,29	51,03	36,97	44,23	47,55	53,02	56,48
25	34,72	38,98	42,60	45,77	46,45	33,57	40,26	43,35	48,32	51,63
30	31,27	34,94	38,38	41,24	41,79	30,28	36,36	39,16	43,64	46,78
35	27,71	30,87	34,11	36,71	37,13	27,02	32,49	34,92	39,00	41,97
40	24,17	26,92	29,83	32,20	32,53	23,81	28,62	30,71	34,38	37,21
45	20,76	23,09	25,63	27,79	28,06	20,55	24,71	26,56	29,85	32,54
50	17,54	19,45	21,59	23,57	23,74	17,24	20,81	22,46	25,44	28,01
55	14,66	16,08	17,76	19,58	19,64	14,23	17,07	18,54	21,19	23,63
60	11,84	13,00	14,22	15,87	15,83	11,39	13,69	14,88	17,14	19,37
65	9,36	10,22	11,09	12,44	12,46	8,90	10,68	11,63	13,41	15,36
70	7,19	7,78	8,39	9,42	9,64	6,79	8,10	8,80	10,11	11,73
75	5,31	5,68	6,15	6,86	7,33	5,09	6,01	6,50	7,41	8,62
80	4,09	4,05	4,57	4,96	5,44	4,06	4,37	4,83	5,36	6,17

1) 1852/63 = Mortalitätstafel für Baden, 1901/10 und 1924/26 = Sterbetafel für Württemberg, 1949/51 und 1970/72 = Sterbetafel für Baden-Württemberg.

Veränderung der Sterbewahrscheinlichkeit 1970/72 gegenüber 1960/62 in Prozent



24775

etwa 95 000. Diese Zunahme darf keineswegs überbewertet werden, denn sie tritt in ähnlicher Form in unregelmäßigen Abständen von einigen Jahren im Zusammenhang mit Grippewellen immer wieder auf.

Langfristig betrachtet entwickelte sich die Sterblichkeit recht günstig, wie dies die 1975 veröffentlichte neue Sterbetafel für Baden-Württemberg wieder deutlich aufzeigte. Innerhalb der letzten 120 Jahre hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen in unserem Land bei beiden Geschlechtern weit mehr als verdoppelt, denn sie ist bei den Knaben von 28,1 auf 68,5 Jahre und bei den Mädchen von 31,2 auf 74,5 Jahre gestiegen.

Die Analyse der Sterblichkeitsveränderungen des letzten Jahrzehnts führt zu der Feststellung, daß allgemein beim weiblichen Geschlecht von einer relativ günstigen Entwicklung gesprochen werden kann, während beim männlichen Geschlecht eine gleiche Aussage nicht möglich ist. Zwar ist auch beim männlichen Geschlecht die Lebenserwartung gegenüber 1960/62 leicht gestiegen, aber dieser Anstieg, der in erster Linie auf den Rückgang der Säuglingssterblichkeit zurückgeht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Sterblichkeitsrisiko in verschiedenen Altersbereichen sogar zunahm. Dies ist besonders im

Alter von 15 bis 23 Jahren (Kraftfahrzeug-Unfälle) und von 38 bis 48 Jahren (vermehrte Streßsituation) der Fall (Schaubild).

Werden für das Jahr 1975 die Geburten und Sterbefälle zahlenmäßig gegenübergestellt, so ergibt sich ein Geburtenüberschuß von etwa 3 000 Personen, der kleiner ist als im Jahr 1974 (9 000). Schon 1974 hatte unter allen Bundesländern nur Baden-Württemberg einen Geburtenüberschuß aufgewiesen. Der Geburtenüberschuß des Jahres 1975 ist jedoch allein auf den ausländischen Bevölkerungsteil zurückzuführen. Während bei den Ausländern für 1975 bei etwa 21 800 Lebendgeborenen und 1 800 Sterbefällen ein Geburtenüberschuß von 20 000 Personen eintritt, ergibt bei der deutschen Bevölkerung die Gegenüberstellung der Zahl der Geburten von ca. 76 200 und der Zahl der Sterbefälle von ca. 93 200 ein deutliches Geburtendefizit von ca. 17 000 Personen.

Wachsende Bedeutung der Wanderungsbewegung

Als Folge des andauernden Geburtenrückgangs verringerte sich der Einfluß der durch Geburt und Tod bestimmten natürlichen Bevölkerungsbewegung auf den Bevölkerungsbestand in den letzten Jahren deutlich. Umgekehrt hat das Gewicht der zweiten Komponente der Bevölkerungsentwicklung, der Wande-

rungsbewegung, laufend zugenommen und dies nicht zuletzt aufgrund ihrer weitgehenden Determinierung durch wirtschaftliche Gegebenheiten.

Baden-Württemberg verzeichnete 1969 und 1970 noch Wanderungsgewinne von 150 000 und 109 000 Personen. Die folgenden 3 Jahre erbrachten per Saldo eine jährliche Zuwanderung zwischen 70 000 und 80 000 Personen. Mitverursacht durch die wirtschaftliche Krise war 1974 der positive Saldo in einen Wanderungsverlust von über 22 000 Personen umgeschlagen. 1975 hat sich der Wanderungsverlust noch erheblich verstärkt, denn bereits in den ersten fünf Monaten dieses Jahres war er größer als im ganzen Jahr 1974. Am Jahresende 1975 war ein negativer Saldo von insgesamt rund 65 000 Personen zu verzeichnen. Bemerkenswert erscheint dabei die Tatsache, daß dieser Wanderungsverlust nicht etwa — wie in den Jahren 1967/68 — durch verstärkte Abwanderung bewirkt wurde (in dem betreffenden Zeitraum hat die Zahl der Fortzüge insbesondere von Ausländern sogar leicht abgenommen), sondern allein durch das Ausbleiben gewohnt hoher Zuwanderung.

Wie bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung besteht auch bei der Wanderungsbewegung ein großer Unterschied zwischen dem deutschen und ausländischen Bevölkerungsteil. Während sich 1975 bei der deutschen Bevölkerung noch ein Wanderungsgewinn (+ 5 000) errechnete, ergab sich bei der ausländischen Bevölkerung ein Wanderungsverlust, der etwa 70 000 Personen betrug und damit doppelt so groß ausfiel wie im Jahr 1974 (Tabelle 1). Unter den abwandernden Ausländern befanden sich 1975 im Gegensatz zu 1974 auch nichterwerbstätige Familienangehörige.

Somit war die Bevölkerungsabnahme 1975 von mindestens 60 000 Personen in erster Linie durch die Abwanderung ausländischer Erwerbspersonen bedingt.

Regionale Aspekte

Die regionale Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1975 unterscheidet sich, soweit sie durch Geburten und Sterbefälle bestimmt wurde, nicht sonderlich von früheren Jahren. Die auf 1 000 Einwohner bezogenen Geburtenziffern der Stadt- und Landkreise haben sich in den letzten, vom Geburtenrückgang geprägten Jahren zwar stark angeglichen, sie lagen jedoch auch 1975 in den Landeskreisen durchweg noch etwas höher als in den Stadtkreisen. Ohne Berücksichtigung der Ergebnisse aus den letzten 3 Monaten des Jahres ergaben sich relativ hohe Geburtenzahlen in den Landkreisen Böblingen, Hohenlohekreis und Ostalbkreis sowie im allgemeinen im Regierungsbezirk Tübingen (mehr als 12 Geburten je 1 000 Einwohner gegenüber einem Landesdurchschnitt von 10,8).

Die Sterbeziffer lag in solchen Kreisen, in denen die Ausländer einen großen Bevölkerungsanteil stellen

oder in denen auch bei der deutschen Bevölkerung der Anteil der jüngeren, erwerbstätigen Menschen besonders hoch ist, unter dem Landesdurchschnitt (10,5 auf 1 000 Einwohner). Hierzu gehören vor allem die Kreise der Region Mittlerer Neckar, besonders Böblingen (7,9) und Esslingen (8,9) sowie die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Waldshut (je 8,7) und Tübingen (8,1).

In sämtlichen Stadtkreisen des Landes (mit Ausnahme von Ulm) errechnet sich für 1975 ein negativer Saldo zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen. In den Landkreisen sind die Ergebnisse unterschiedlich. So verzeichnen im Regierungsbezirk Tübingen neben dem Stadtkreis Ulm auch sämtliche Landkreise einen Geburtenüberschuß. Ganz anders sieht es im Regierungsbezirk Karlsruhe aus, denn außer in den Landkreisen Karlsruhe und Enz-Kreis ergibt sich dort in sämtlichen Kreisen ein Geburtendefizit. In den Regierungsbezirken Stuttgart und Freiburg weisen außer den Stadtkreisen auch folgende Landkreise ein Geburtendefizit auf: Göppingen, Hohenlohekreis, Schwäbisch Hall und Main-Tauber-Kreis sowie Ortenaukreis, Rottweil, Tuttlingen, Konstanz und Lörrach.

Wesentlich größer sind die durch Zu- und Abwanderung ausgelösten Unterschiede. Von allen 44 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs hatten im 1. Halbjahr 1975 nur 7 Kreise einen Wanderungsgewinn; in den restlichen Kreisen überwogen die Fortzüge.

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, der Kreis der 1974 die höchste Bevölkerungszunahme aufzuweisen hatte, verzeichnete erneut einen hohen Wanderungsgewinn. Außerdem traten Wanderungsgewinne auf in den Stadtkreisen Baden-Baden, Heidelberg und Pforzheim sowie in den Landkreisen Freudenstadt, Alb-Donau-Kreis und Emmendingen.

Sämtliche anderen Kreise wiesen Wanderungsverluste auf. Teils handelte es sich um Gebiete, die schon in den letzten Jahren Abwanderungen oder nur schwache Zuwanderungen verzeichnet hatten, teils sind es Kreise mit hohen Ausländeranteilen, bei denen sich die Abwanderung der Ausländer relativ stark auswirkt. Besonders hoch waren die Wanderungsverluste an der jeweiligen Einwohnerzahl gemessen in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau, Stuttgart, Heilbronn und Mannheim sowie in den Landkreisen Heidenheim, Hohenlohekreis, Zollernalbkreis, Tübingen, Schwarzwald-Baar-Kreis, Esslingen und Konstanz.

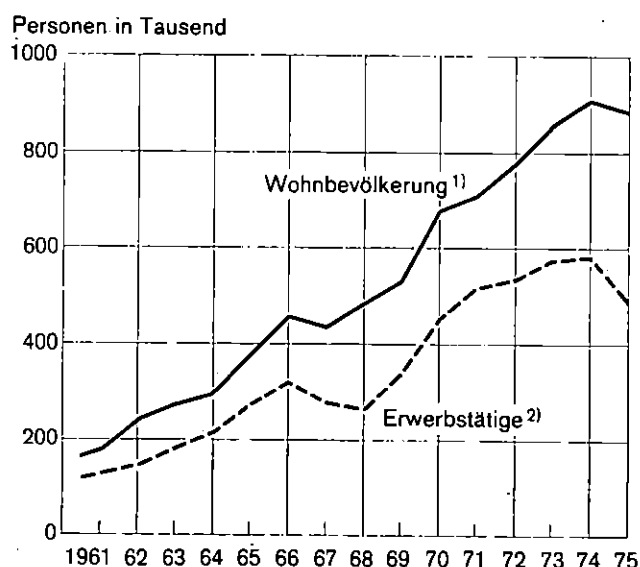
Da gegenwärtig die Bevölkerungsentwicklung in starkem Maße von der Wanderungsbewegung bestimmt wird, ändert sich für das erste Halbjahr 1975 bei der Zusammenfassung beider Entwicklungskomponenten in der die Bevölkerungsveränderung kennzeichnenden Rangfolge der Kreise gegenüber der bei den Wanderungen gegebenen Darstellung nicht viel.

In den Städten Baden-Baden, Heidelberg und Pforzheim reichten die erwähnten Wanderungsgewinne nicht aus, um das dort aufgetretene Geburtendefizit auszugleichen, so daß in diesen Stadtkreisen der Bevölkerungsstand leicht zurückging. Umgekehrt blieb im Bodenseekreis die Abwanderung hinter dem Geburtenüberschuß zurück, so daß die Bevölkerungszahl dort leicht anstieg. Eine leichte Bevölkerungszunahme verzeichneten außerdem die Landkreise Freudenstadt und Emmendingen. Über 0,3% betrug im ersten Halbjahr 1975 die Bevölkerungszunahme im Alb-Donau-Kreis und sogar über 0,7% im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

In allen anderen Kreisen trat im ersten Halbjahr 1975 eine Bevölkerungsabnahme ein. Am stärksten war diese in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Stuttgart (1,2% und 1,1%). Besonders hohe Abnahmeraten ergaben sich auch in den Stadtkreisen Mannheim und Heilbronn, im Landkreis Heidenheim, im Stadtkreis Karlsruhe sowie im Zollernalbkreis, Hohenlohekreis und Landkreis Konstanz.

Schaubild 3

Entwicklung der Ausländerzahlen 1961 bis 1975



1) Fortschreibung 2) Arbeitsämter, ab 1973 Mikrozensus

40375

3.1.2 Ausländer

Die Ausländerfrage wurde im vergangenen Jahr durch die angespannte Lage am Arbeitsmarkt erneut deutlich in das Bewußtsein der Bevölkerung gerückt. Die Brisanz der Situation resultierte aus der Tatsache, daß 98 600 oder 2,7% der deutschen Arbeitnehmer (Stand September 1975) arbeitslos und etwa 520 000 ausländische Arbeitnehmer noch im Land beschäftigt waren; zur gleichen Zeit waren aber auch 30 500 Ausländer ohne Arbeit (5,8%), die – zumindest solange sie Arbeitslosengeld erhalten – dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Dieser Entwicklung vorausgegangen war der im November 1973 – als sich eine Veränderung der konjunkturellen Situation abzeichnete – von der Bundesregierung verhängte generelle Anwerbestopp für Ausländer aus Ländern, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören, um den bis zu diesem Zeitpunkt starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte einzudämmen. Eine weitere Maßnahme ist im Rahmen der Regionalsteuerung in der am 1. April 1975 in Kraft getretenen Zuzugssperre zu sehen, die für solche Gebiete gilt, in denen der ausländische Bevölkerungsanteil 12% und mehr beträgt. Außerdem hat sich die Landesregierung für eine Begrenzung der Aufenthaltsdauer von Ausländern bzw. eine Stärkung ihrer Rückkehrwilligkeit ausgesprochen. Sie hat vorgeschlagen, bei künftigen Anwerbungen die Aufenthaltsdauer auf fünf Jahre zu beschränken (Rückkehrprinzip) sowie die Rückkehrwilligkeit arbeitslos gewordener Ausländer durch die Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes zu fördern. Dadurch würden ausländische Arbeitnehmer sofort nach Beginn der Arbeitslosigkeit in die Lage versetzt, in ihr Heimatland zurückzukehren, und mit dem aus-

bezahlten Kapitalbetrag wäre ihnen ein besserer Start gesichert. Eine entsprechende Gesetzesinitiative des Landes befindet sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung.

Bereits im vergangenen Jahr wurde im Rahmen des von der Landesregierung beschlossenen Programms zur Sicherung der Wirtschaftsstruktur und von Arbeitsplätzen im Raum Heilbronn/Neckarsulm derartige Rückkehrhilfen gewährt. Dabei wurden 15,3 Mill. DM aus Landesmitteln für arbeitslos werdende Ausländer aus Nicht-EG-Staaten bereitgestellt. Die Hilfen wurden an solche bei der Firma Audi-NSU beschäftigt gewesene Ausländer geleistet, die sich zur Beendigung ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik und zur dauernden Rückkehr in ihre Heimatländer verpflichtet haben.

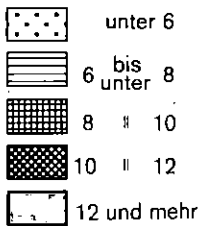
Bisherige Entwicklung

In den 60er Jahren und in den ersten Jahren des laufenden Jahrzehnts war der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs ganz erheblich gestiegen, und zwar von knapp 2% (147 300 Personen) im Jahre 1960 auf 9,9% (913 000 Personen) im Herbst 1973; lediglich im Rezessionsjahr 1966/67 hatten sich rückläufige Tendenzen gezeigt. Der damals beobachtete schnelle Rückgang des Ausländerbestandes in Anpassung an die wirtschaftlichen Verhältnisse ist allerdings bei der 1973 einsetzenden Krise nicht in derselben Weise festgestellt worden; offenbar wollten die ausländischen Arbeitnehmer diesmal noch in den Genuß des Arbeitslosengeldes kommen, auf das sie einen rechtlichen Anspruch haben.

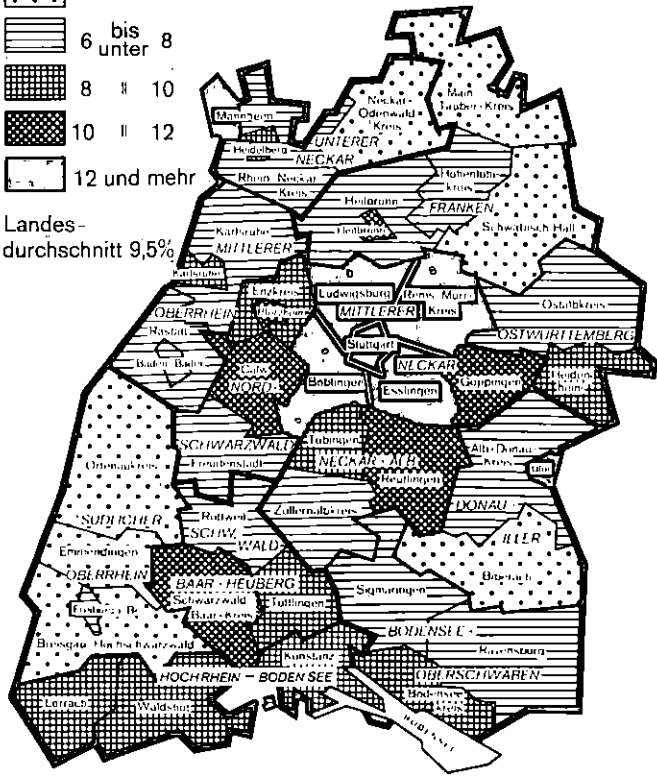
Schaubild 4

Ausländerquoten am 30.9. 1975

Anteile in % der Wohnbevölkerung



Landes-
durchschnitt 9,5%



40875

auf die erwerbstätigen Ausländer beschränkte, aber seit Februar 1975 auch deren Familienmitglieder miteinschließt.

Weniger Ausländergeburten

Die Zahl der lebendgeborenen ausländischen Kinder hat als Folge des steigenden Bevölkerungsbestandes überhaupt und des wachsenden Frauenanteils in den vergangenen Jahren ständig zugenommen, ist jedoch erstmalig im Jahr 1975 kleiner geworden.

Lebendgeburten der Ausländer

1970	16 315
1971	19 712
1972	21 352
1973	22 789
1974	24 504
1975	21 800 ¹

1) geschätzte Zahl

Einmal hängt dies mit der zu Beginn des Jahres 1975 in Kraft getretenen Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes zusammen, nach der nunmehr auch die neugeborenen ehelichen Kinder einer deutschen Mutter, die mit einem Ausländer verheiratet ist, die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Im Jahr 1974 war dies bei 8% der Ausländergeburten der Fall gewesen. Zum anderen steht die Verringerung der Geburtenzahl auch mit der Abwanderung zahlreicher jüngerer Frauen in Zusammenhang. Trotzdem ist der Geburtenüberschuß der Ausländer noch so hoch, daß im Jahr 1975 bei einem Geburtendefizit der deutschen Bevölkerung von 17 000 insgesamt ein Geburtenüberschuß von 3 000 Personen zu erwarten ist.

Kaum Änderungen in der regionalen Verteilung

Die 1974 bestehende regionale Verteilung der Ausländer in unserem Land ist durch die gegenwärtige Abwanderung nicht nennenswert geändert worden. Nach dem Stand vom 1. Juli 1975 schwanken die Anteile der Ausländer an der Gesamtbevölkerung zwischen 3,4% im Main-Tauber-Kreis und 15,7% in Stuttgart. Binnen Jahresfrist ist der Ausländeranteil lediglich in den Stadtkreisen Mannheim, Ulm und Baden-Baden sowie im Landkreis Rastatt leicht gestiegen, bei wenigen Kreisen ist dieser Anteil auf gleicher Höhe geblieben, bei den meisten hat er sich jedoch etwas verringert.

Von der Regionalsteuerung waren zunächst — entsprechend den Daten des Ausländerzentralregisters, Stand 30.9.1974 — 9 Kreise betroffen, in denen der Anteil der Ausländer mehr als das Doppelte (12%) des Bundesdurchschnitts von 6% betrug. Es waren dies die Stadtkreise Stuttgart, Mannheim, Ulm und Pforzheim sowie die Landkreise Ludwigsburg, Esslingen, Böblingen, Rems-Murr-Kreis und Schwarzwald-Baar-Kreis. Nach den Zahlen des Ausländerzentralregisters zum 30.9.1975 fallen jedoch zwei

Im Zuge der Anfang des Jahres 1974 beginnenden allgemeinen Stagnation der Bevölkerungsentwicklung trat im letzten Quartal 1974 sogar eine Abnahme ein, die auf deutscher Seite 1 000, beim ausländischen Bevölkerungsteil hingegen über 12 000 Personen umfaßte. Im Laufe des Jahres 1975 verstärkte sich der Bevölkerungsrückgang speziell bei den Ausländern beträchtlich. Bis Ende 1975 hat die ausländische Bevölkerung vermutlich um rund 50 000 Personen auf 845 000 Menschen abgenommen. Die Ursache für diese Entwicklung liegt alleine in dem beträchtlichen Wanderungsverlust von 70 000 Personen, zumal ein Geburtenüberschuß von rund 20 000 Personen zu verzeichnen war. Für den negativen Wanderungssaldo verantwortlich zeichnete in erster Linie die stark verminderte Zahl von *Zuzügen* (98 000 gegenüber 149 000 im Jahr zuvor); mit 168 000 *Fortzügen* haben die Abwanderungen gegenüber dem Vorjahr (183 913) dagegen nur leicht abgenommen.

Im Hinblick auf die Struktur der Ausländer sowie auf die daraus resultierenden Konsequenzen ist die Tatsache besonders erwähnenswert, daß die Abwanderung von Erwerbspersonen durch den Zuzug von Nichterwerbspersonen (im Rahmen der Familienzusammenführung) zeitweilig überlagert wurde und daß sich der Wanderungsverlust wohl anfänglich

Tabelle 3

Ausländer nach der Staatsangehörigkeit 1960, 1970 und 1975 ¹⁾

Staatsangehörigkeit Land	1960	1970	1975	1960	1970	1975
	Anzahl in 1000			Anteil in %		
Ausland insgesamt	147,3	724,3	882,1	100	100	100
Europäisches Ausland	133,7	691,8	837,2	90,8	95,5	94,9
darunter						
Anwerbeländer	79,4	607,9	749,7	53,9	83,9	85,0
Jugoslawien	5,8	170,3	204,5	3,9	23,5	23,2
Italien	59,4	196,4	193,0	40,3	27,1	21,9
Türkei	1,4	95,3	189,1	1,0	13,2	21,4
Griechenland	8,6	89,6	99,8	5,8	12,4	11,3
Spanien	4,2	46,0	42,4	2,9	6,4	4,8
Portugal	0,1	10,4	20,9	0,1	1,4	2,4
Anrainerländer	27,3	48,8	55,1	18,5	6,8	6,2
Österreich	14,8	27,9	30,7	10,0	3,9	3,5
Frankreich	6,0	12,7	16,4	4,1	1,8	1,9
Schweiz	6,4	8,2	8,0	4,3	1,1	0,9

1) Jeweils am 30. September.

Kreise nicht mehr darunter, weil bei ihnen der Ausländeranteil nunmehr unter 12% liegt. Es handelt sich um den Stadtkreis Pforzheim (11,6%) sowie den Schwarzwald-Baar-Kreis (11,8%).

Auch die Verteilung auf die verschiedenen Nationalitäten wurde durch die Wanderungsbewegung kaum beeinflusst, wie ein Vergleich mit den Verhältnissen von 1974 zeigt. In den Jahren zuvor hatten sich allerdings die Anteile der einzelnen Nationalitäten infolge sehr unterschiedlicher Beteiligung am Zustrom nach Baden-Württemberg beträchtlich verschoben, so daß die Gliederung nach der Staatsangehörigkeit heute ein anderes Bild aufweist als vor 15 Jahren.

Aufenthaltsdauer

Angesichts der politischen Zielsetzung, die Aufenthaltsdauer der Ausländer künftig zu begrenzen, kommt der Beobachtung ihrer Anwesenheitszeit besondere Bedeutung zu. Rund 44% aller Ausländer lebten Ende September 1975 sechs und mehr Jahre im Lande, 19% der Ausländer waren sogar schon zehn und mehr Jahre hier. Die lange durchschnittliche Aufenthaltsdauer beruht insbesondere auf der Anwesenheit von Italienern und Griechen, die zu 25% bzw. 26% seit zehn Jahren im Land ansässig sind. Bei den Spaniern beträgt dieser Anteil sogar ein Drittel.

Bemerkenswert ist jedoch die im Rahmen eines Vergleichs der Wanderungsstatistik und der Statistik des Ausländerzentralregisters gewonnene Feststellung, daß die Mehrzahl der in den Jahren 1971 bis 1973 zugezogenen Ausländer nur relativ kurz (etwa 1 Jahr) im Land anwesend war und nach Ablauf dieses Jahres wieder aus Baden-Württemberg wegzog. Diese „Rückkehrquote“ nach einem Jahr

lag bei den Männern etwas über 60%, wogegen sie bei den Frauen, die häufig zum Zweck der Familienzusammenführung hierher kamen, lediglich 50% ausmachte. Immerhin die Hälfte der Ausländer praktiziert somit bereits eine freiwillige Rückkehr nach einem Jahr. Diese Tatsache ist im Hinblick auf die Diskussion um das Rückkehrprinzip sehr interessant, zeigt sie doch, daß sich Industrie und Gewerbe bisher schon jährlich auf einen Austausch der Hälfte der während eines Jahres zugegangenen ausländischen Arbeitskräfte einstellen mußten.

Umstrukturierung der Haushalte

Der starke Zugang von Familienangehörigen, der Wegzug von Erwerbstätigen sowie die hohe Geburtenzahl ausländischer Kinder im Jahr 1974 führten zu einer Umstrukturierung der Haushalte. Bei einer Abnahme der Haushaltszahlen von 395 000 auf 345 000 (– 6%) hat die Zahl der Haushalte mit 4 Personen um 17% und die mit 5 und mehr Personen um 25% zugenommen. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der Einpersonenhaushalte um 25% und die der Zweipersonenhaushalte um 30% rückläufig. Die in den vergangenen Jahren schon festzustellende Tendenz zur Verstärkung des Anteils größerer Haushalte setzt sich somit deutlich fort. Man kann annehmen, daß die Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten, die einen Anteil von etwa 50% der ausländischen Bevölkerung ausmachen, relativ seßhaft sind und sich schon weitgehend an die Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Bundesgebiet angepaßt haben. Die Mobilität und damit auch die Einstellung auf die wirtschaftliche Lage wird vornehmlich in den kleineren Haushalten zu finden sein, die am Rückgang des Ausländerbestandes überproportional beteiligt sind.

Tabelle 4

Aufenthaltsdauer

Staatsangehörigkeit		Ausländer am 30.9.1975 insgesamt	Davon mit einer Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet von bis unter Jahren				
			unter 1	1 bis 3	3 bis 6	6 bis 10	10 und mehr
Ausländer	männlich	519 177	20 146	88 584	172 669	129 294	108 484
	weiblich	362 937	21 606	75 875	118 855	87 037	59 564
	Insgesamt	882 114	41 752	164 459	291 524	216 331	168 048
	%	100	4,7	18,6	33,0	24,5	19,1
darunter aus							
Griechenland	männlich	51 747	1 785	5 885	15 816	13 148	15 113
	weiblich	48 083	1 766	5 750	15 793	13 529	11 245
	Insgesamt	99 830	3 551	11 635	31 609	26 677	26 358
	%	100	3,6	11,7	31,7	26,7	26,4
Italien	männlich	118 239	3 538	15 767	30 828	34 044	34 062
	weiblich	74 716	3 749	14 340	21 863	20 317	14 647
	Insgesamt	192 955	7 287	30 107	52 491	54 361	48 709
	%	100	3,8	15,6	27,2	28,2	25,2
Jugoslawien	männlich	117 589	2 902	18 040	49 911	35 963	10 773
	weiblich	86 953	4 092	17 033	35 012	24 754	6 062
	Insgesamt	204 542	6 994	35 073	84 923	60 717	16 835
	%	100	3,4	17,1	41,5	29,7	8,2
Spanien	männlich	24 658	458	3 030	6 764	6 051	8 355
	weiblich	17 752	578	2 604	4 698	4 369	5 503
	Insgesamt	42 410	1 036	5 634	11 462	10 420	13 858
	%	100	2,4	13,3	27,0	24,6	32,7
Türkei	männlich	121 274	5 884	30 044	46 052	25 599	13 695
	weiblich	67 775	6 145	21 754	23 407	11 840	4 629
	Insgesamt	189 049	12 029	51 798	69 459	37 439	18 324
	%	100	6,4	27,4	36,7	19,8	9,7

Quelle: Bundesverwaltungsamt (Ausländerzentralregister).

Auch die Zahl der Ausländerfamilien hat um 9% auf 308 000 abgenommen. Betroffen von diesem Rückgang sind jedoch nur Familien ohne Kinder (– 26%) sowie Familien mit 1 Kind (– 7%). Bei den größeren Familien mit 2 und mehr Kindern ist durchweg die seit langem schon registrierte kontinuierliche Zunahme nicht unterbrochen worden. Wiederum zeigt sich daher, daß größere Familienverbände nicht so schnell durch Abwanderung auf rückläufige wirtschaftliche Entwicklungen reagieren wie kleinere Familien und Familien ohne Kinder oder gar wie Personen, die keinem Familienverband zuzurechnen sind.

Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Kindergeldregelung zu Beginn des vergangenen Jahres war erwartet worden, daß Ausländer ihre minderjährigen Kinder in verstärktem Maße nachkommen lassen, um in den Genuß eines höheren Kindergeldes zu gelangen. Dies war aber nicht der Fall. Die absolute Zahl von Zuzügen Jugendlicher unter 18 Jahren in den Monaten Januar bis März 1975 blieb deutlich hinter den vergleichbaren Vorjahreswerten zurück. Ein kurzfristiges Ansteigen der Zuzugsrate jugendlicher Ausländer über das 1972 und 1973

übliche Maß hinaus erfolgte bereits im Jahr 1974 und dauerte bis etwa Februar 1975, dürfte aber die Zahl von insgesamt 5 000 Personen kaum übertraffen haben.

Verbesserte Wohnsituation

Die Wohnverhältnisse der im Mai 1975 gezählten 374 000 Ausländerhaushalte (einschließlich der Ein-Personen-Haushalte) haben sich seit 1972 nicht unwesentlich verbessert. Lebten damals erst 52% aller ausländischen Haushalte als Hauptmieter oder Eigentümer und 48% als Untermieter und in Unterkünften, so wohnen heute 66% als Hauptmieter bzw. Eigentümer, und lediglich noch 34% sind als Untermieter und in Unterkünften untergebracht. Allerdings deutet der Anteil der Mietwohnungen in Keller- und Dachgeschossen in Höhe von 30% – wie auch der Anteil der Untermieter, die hier leben (33%) – darauf hin, daß sich die Unterbringung wohl bezüglich der Möglichkeit des Zusammenlebens verbessert hat, daß aber zunächst die weniger wertvollen Wohnungen (gemessen an ihrer Lage innerhalb des Gebäudes) genutzt werden. Ein Hin-

Das Ergebnis dieser Modellrechnung ist nun auf den ersten Blick überraschend, denn trotz des stetigen Abwanderungsüberschusses wird die Zahl der Ausländer bis 1990 keineswegs abnehmen, sondern in etwa stagnieren: So wird die ausländische Bevölkerung insgesamt um 3% zunehmen und die Zahl der Erwerbspersonen um 1% abnehmen (Tabelle 5). Eine Abnahme der ausländischen Bevölkerung und ein beschleunigter weiterer Rückgang der ausländischen Beschäftigten wäre also erst bei einem größeren Abwanderungsüberschuß als 15 000 Personen jährlich zu erwarten.

Diese Tendenzen treten verstärkt hervor, wenn man nicht von einem Abwanderungsüberschuß, sondern von einem Wanderungssaldo gleich Null ausgeht, bei dem sich also Zu- und Fortzüge ausgleichen. Da das Wanderungsverhalten des ausländischen Bevölkerungsteils insbesondere auf längere Sicht nicht abzusehen ist, müssen die Auswirkungen auch dieser Möglichkeit untersucht werden. Entsprechend gehen die *Modelle 2 und 3* von der Voraussetzung aus, daß sowohl Zu- und Fortzüge erfolgen, daß durch sie weder eine Abnahme noch ein Zuwachs an Ausländern erfolgen soll.

Wie die Berechnungen ergeben (vgl. Tabelle 5) muß sowohl bei Modell 2 wie auch bei Modell 3 bis 1990 mit einem erheblichen Zuwachs an Ausländern gerechnet werden (+ 29% bzw. + 26%). Dieser ergibt sich, wie zuvor aufgezeigt, aus dem hohen Geburtenüberschuß des ausländischen Bevölkerungsteils. Somit kann aus dieser aufgezeigten Entwicklungsmöglichkeit geschlossen werden, daß auch bei einer auf Austausch beruhenden Wanderungsbewegung, bei der sich Zu- und Fortzüge ausgleichen, mit einem weiteren Anwachsen des Ausländerbestandes zu rechnen ist, was selbstverständlich auch eine Zunahme der Zahl der ausländischen Erwerbspersonen (um 22 bzw. 20%) nach sich ziehen wird. Das errechnete Wachstum bleibt dabei

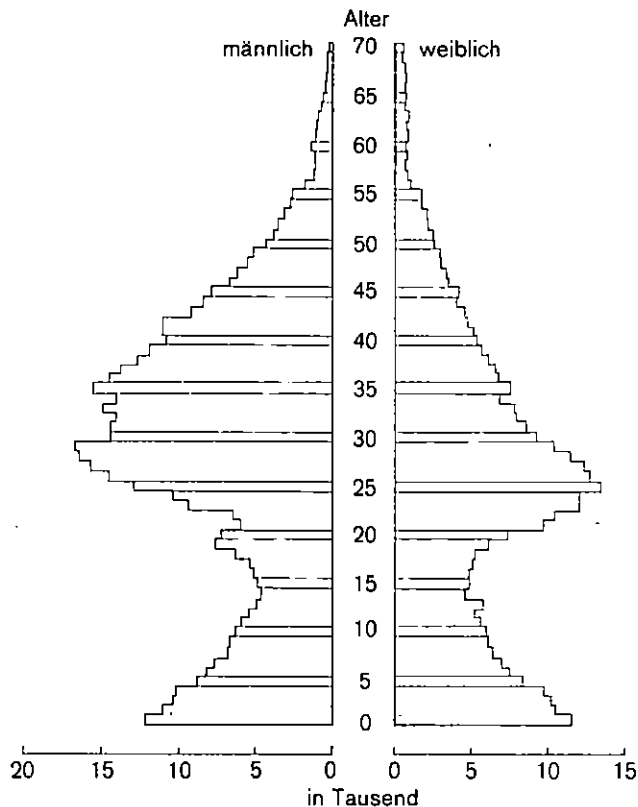
Tabelle 5

Modellrechnung über die Entwicklung des Ausländerbestandes

Stand am	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	1000	Veränderung gegenüber 1975 in %	1000	Veränderung gegenüber 1975 in %	1000	Veränderung gegenüber 1975 in %
Bevölkerung						
1.1.1975 insgesamt	895,6	.	895,6	.	895,6	.
unter 15	222,6	.	222,6	.	222,6	.
15 bis unter 65	660,0	.	660,0	.	660,0	.
65 und älter	13,0	.	13,0	.	13,0	.
1.1.1980 insgesamt	904,4	+ 1	982,0	+ 10	979,7	+ 9
unter 15	250,8	+ 13	268,6	+ 21	266,4	+ 20
15 bis unter 65	643,3	- 3	700,0	+ 6	698,5	+ 6
65 und älter	10,3	- 21	13,5	+ 4	14,7	+ 13
1.1.1985	912,4	+ 2	1 067,2	+ 19	1 054,8	+ 18
unter 15	252,8	+ 14	290,9	+ 31	283,7	+ 27
15 bis unter 65	653,4	- 1	764,8	+ 16	755,6	+ 14
65 und älter	6,2	- 52	11,4	- 12	15,5	+ 19
1.1.1990	925,9	+ 3	1 157,9	+ 29	1 126,9	+ 26
unter 15	231,6	+ 4	287,9	+ 29	269,4	+ 21
15 bis unter 65	684,1	+ 4	852,4	+ 29	832,0	+ 26
65 und älter	10,8	- 17	17,7	+ 36	25,5	+ 96
Erwerbspersonen						
1975	576,2	.	576,2	.	576,2	.
1980	551,7	- 4	598,6	+ 4	600,0	+ 4
1985	550,0	- 5	642,1	+ 11	637,9	+ 11
1990	567,8	- 1	704,6	+ 22	689,6	+ 20

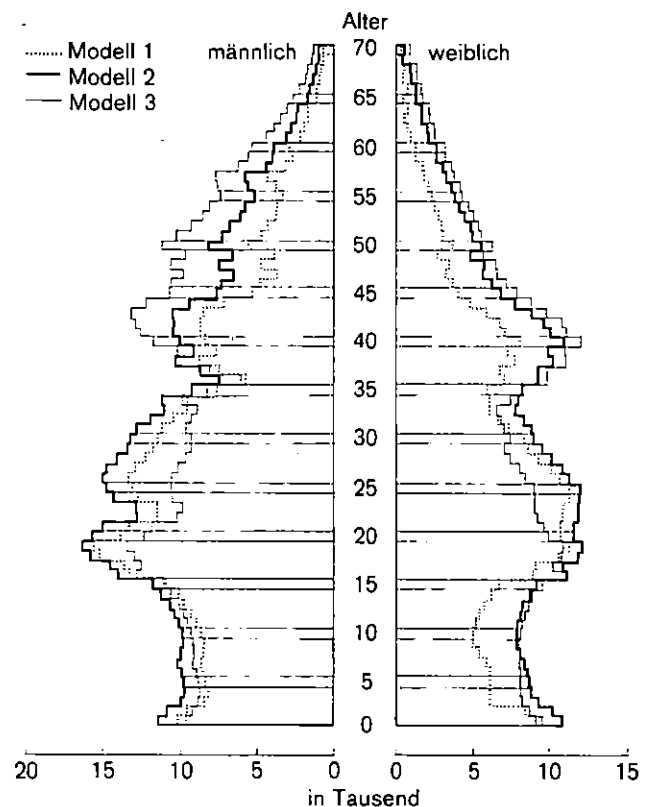
Altersgliederung der Ausländer

am 1.1.1975



1376

am 1.1.1990



vom Wanderungsvolumen verhältnismäßig unabhängig, wenn auch ein geringeres Wanderungsvolumen geringere Steigerungen des Ausländerbestandes erwarten läßt. Auch eine restriktive Ausländerpolitik dürfte nur begrenzte Wirkungen zeitigen. Denn es ist zu berücksichtigen, daß derzeit 234 000 (26%) aller Ausländer aus EG-Ländern stammen, denen wegen der zwischen EG-Staaten geltenden Freizügigkeit keine Beschränkungen auferlegt werden können. Darüber hinaus kommen 105 000 (11%) Ausländer aus sogenannten Nicht-Anwerbeländern. Weiter deutet der hohe Anteil der schon über 10 Jahre im Bundesgebiet lebenden Ausländer auf eine verhältnismäßig große immobile Masse hin, die durch eine Rückwanderungspolitik nur schwer geändert werden kann.

Zwar sind die dargestellten drei Modellrechnungen – wie eingangs bereits eingeschränkt – nicht in der Lage, Erwartungswerte einer tatsächlichen Entwicklung zu ergeben, umso mehr, als jede Vorausschätzung,

die derzeit für Ausländer erarbeitet würde, bereits am Ende des ersten Vorausschätzungsjahres überholt wäre. Sie vermögen aber durchaus eventuelle Entwicklungsalternativen als Folge gewisser Annahmen aufzuzeigen. Daher darf nochmals kurz zusammengefaßt werden:

- Wie die Modelle 2 und 3 zeigen, bewirkt ein reiner Austausch ausländischer Arbeitnehmer wegen der bereits hohen Bestandsmasse ein weiteres Anwachsen des Ausländerbestandes, das dann etwas geringer ausfallen wird, wenn das Wanderungsvolumen klein bleibt.
- Ein in etwa konstanter Ausländerbestand kann in den nächsten 15 Jahren nur dann gesichert werden, wenn jährlich mindestens 15 000 Ausländer mehr weg- als zuziehen. Dies kann sowohl durch Einschränkung der Zuzüge wie auch durch Förderung von Fortzügen oder durch beides gleichzeitig erreicht werden.

3.2 Regionale Aspekte

3.2.1 Die Gemeindereform

Im Jahr 1975 ist mit der Gemeindereform eines der landespolitisch wichtigsten und schwierigsten Projekte der letzten Jahre abgeschlossen worden. Durch das Besondere Gemeindereformgesetz vom 9. Juli 1974 wurde zum 1. Januar 1975 die Gemeindegebietsreform und zum 1. Juli 1975 die Zusammenfassung von Gemeinden zu Verwaltungsgemeinschaften abgeschlossen.

Gegen das Besondere Gemeindereformgesetz wurden 84 Normenkontrollanträge beim Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg gestellt. Von den 53 inzwischen durch Urteil beendeten Normenkontrollverfahren sind nur zwei gesetzliche Gemeindezusammenschlüsse für ungültig erklärt worden. Die Zahl von 1 107 Gemeinden, die nach dem Willen des Gesetzgebers nach Abschluß der Gemeindereform hätten bestehen sollen, erhöhte sich durch diese Urteile auf 1 111. Obwohl noch nicht alle Normenkontrollverfahren abgeschlossen sind, kann über die Gemeindereform bereits in der Art einer Schlußbilanz berichtet werden. Auf der „Haben-Seite“ stehen dabei am 1. Januar 1976 1 109 Gemeinden, nachdem über das Besondere Gemeindereformgesetz hinaus noch zwei weitere Gemeindezusammenschlüsse zustande gekommen sind.

Die Entwicklung des Gemeindebestandes seit 1968

Die Reform der Gemeindeebene setzte im Jahr 1968 mit dem Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden vom 26. März

1968 ein. Erwartungsgemäß konnte dieses Gesetz allein nicht den Durchbruch bringen; die Zahl der Gemeinden verringerte sich in diesem Jahr denn auch nur von 3 379 auf 3 375. Es bedurfte weiterer Anreize für freiwillige Reformschritte, wie etwa die Verbesserung der finanziellen Förderung von Gemeindezusammenschlüssen und ihre Ausdehnung auf Verwaltungsgemeinschaften, sowie die Einführung der Ortschaftsverfassung.

So erreichte die Gemeindereform in den Jahren 1971 und 1972 einen ersten Höhepunkt, wohl hauptsächlich unter dem Einfluß finanzwirtschaftlicher Dispositionen und unter der Einwirkung der zunehmend konkreter werdenden Zielplanung der Landesregierung zur Gemeindereform. Im ersten Halbjahr 1973 ist eine rückläufige Entwicklung festzustellen, deren Gründe in der zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Kreisreform und in der Erwartung der letztlich ausschlaggebenden kommunalen Zielplanung nach der dritten Zielplanungsrunde liegen¹. Ausweislich der Zahlen waren das zweite Halbjahr 1973 und das erste Halbjahr 1974 durch das Wissen um das Ende der Freiwilligkeitsphase und den gesetzlichen Abschluß der Gemeindereform geprägt. Zahlenmäßig schlug sich dies so nieder, daß

1 Bekanntmachung des Innenministeriums über die Zielplanung der Landesregierung für die Gemeindereform vom 20. August 1973; vgl. hierzu auch die Zielplanungskarte (Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 22. Jg. Nr. 68 vom 25. August 1973) sowie die Grundsätze der Landesregierung zur Zielplanung für die Gemeindereform vom 30. Januar 1973.

Tabelle 1

Entwicklung der Zahl der Gemeinden 1968 bis 1975

Stichtag 1.1.19...	Zahl der Ge- meinden	Veränderung durch							Wechsel von Gemeinden über die Kreisgrenze ab 1973	Zahl der Ge- meinden	Stichtag 1.1.19...
		Eingliederungen			Neubildungen			Verringerung der Zahl der Gemeinden insgesamt um			
		Fälle	Be- teiligte Ge- meinden	Ver- ringerung der Zahl der Gemeinden um	Fälle	Be- teiligte Ge- meinden	Ver- ringerung der Zahl der Gemeinden um				
1968	3 379	3	6	3	1	2	1	4	—	3 375	1969
1969	3 375	14	28	14	3	8	5	19	—	3 356	1970
1970	3 356	66	140	74	13	29	16	90	—	3 266	1971
1971	3 266	321	784	463	42	138	96	559	—	2 707	1972
1972	2 707	303	743	440	37	145	108	548	—	2 159	1973
1973	2 159	144	336	192	30	83	53	245	10	1 914	1974
1974	1 914	322	798	476	162	490	328	804	18	1 110	1975
Davon F 1)	—	241	613	372	86	266	180	551	12	—	—
G 2)	—	81	185	104	76	224	148	252	6	—	—

1) Freiwillig durch Vereinbarung mit staatlicher Genehmigung. — 2) Durch Gesetz (unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Staatsgerichtshofs in Normenkontrollverfahren).

der Landtag von den nach der Zielplanung spätestens zum 1. Januar 1975 anstehenden 485 „Fällen“ von Gemeindezusammenschlüssen lediglich noch 159 durch Gesetz entscheiden mußte. Bezogen auf die Zahl der 1 282 beteiligten Gemeinden betraf die gesetzliche Regelung etwa ein Drittel (415 Gemeinden).

Von den qualitativen Grundsätzen der Zielplanung der Landesregierung, die sich für eine zahlenmäßige Erfassung eignen, werden folgende, nur auszugsweise zitierten Prämissen partiell untersucht:

– Durch die Gemeindereform sollen *größere örtliche Verwaltungseinheiten* (Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften) gebildet werden, die in der Lage sind, . . . *einheitliche Lebens- und Wirtschaftsräume* . . . weiter zu entwickeln.

Im Einzelnen werden die Größe der neugeordneten Gemeinden und der örtlichen Verwaltungseinheiten, sowie die Erwerbs- und Finanzstruktur und die Auswirkung der Gemeindereform auf die Wachstumsstruktur der Gemeinden untersucht.

Die Größe der Gemeinden und der örtlichen Verwaltungseinheiten

Nach den Zielplanungsgrundsätzen sollen die örtlichen Verwaltungseinheiten in der Regel mindestens 8 000 Einwohner haben. Vor allem in schwach besiedelten Gebieten können die besonderen örtlichen Verhältnisse Abweichungen nach unten erfordern. In stärker verdichteten Räumen sollen die örtlichen Verwaltungseinheiten mehr Einwohner haben.¹

In den verdichteten Räumen um Großstädte sollen die örtlichen Verwaltungseinheiten so viele Einwohner haben, daß sie nach ihrer Leistungs- und Verwaltungskraft zu einer wirksamen Entlastung der Kernstadt beitragen und mit dieser partnerschaftlich zusammenarbeiten können. In besonders stark verdichteten Räumen sind die Voraussetzungen dafür in der Regel ab einer Einwohnerzahl von 20 000 gegeben.¹

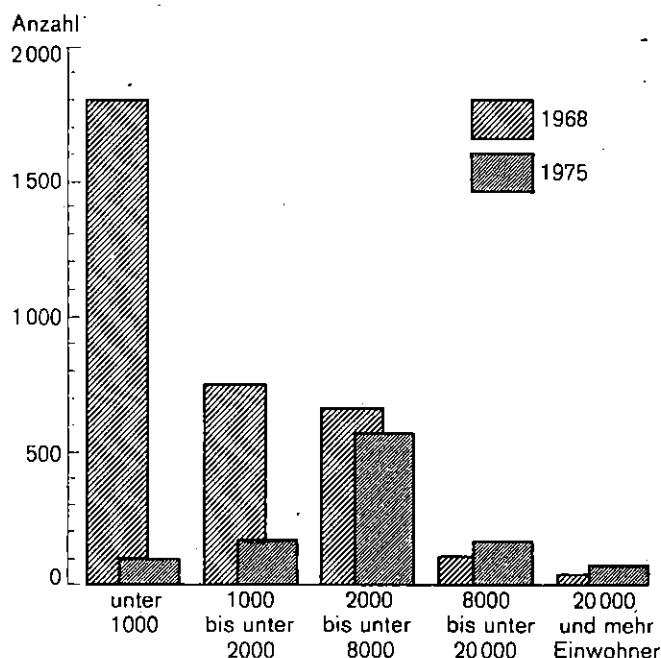
Organisationsformen der örtlichen Verwaltungseinheiten können sein:

– Die Einheitsgemeinde

Sie soll die Organisationsform der örtlichen Verwaltungseinheiten in Räumen sein, in denen eine

Schaubild 1

Gemeinden nach Größenklassen 1968 und 1975



1476

Gliederung der örtlichen Verwaltungseinheit in mehrere Gemeinden insbesondere mangels tragfähiger Ansätze oder wegen besonders enger Verflechtungen im Sinne der Reformziele nicht sachgerecht wäre.

– Die Verwaltungsgemeinschaft

Sie ist die Organisationsform einer örtlichen Verwaltungseinheit, die in mehrere Gemeinden gegliedert ist. Die Gemeinden sollen auf Dauer Bestand haben, einen Grundbestand gemeindlicher Aufgaben wahrnehmen und sich als eigenständige, engere Gemeinwesen behaupten und entfalten. Dies ist bei einer Einwohnerzahl von 2 000 in der Regel als gesichert anzusehen.

Wie *Schaubild 1* und in detaillierter Form *Tabelle 2* wiedergegeben, wurden diese Zielplanungsgrundsätze über die Größe der Gemeinden und örtlichen Verwaltungseinheiten durch Zusammenschlüsse vor allem der einwohnerschwachen Gemeinden erreicht.

Von den 1 109 Gemeinden haben zwar 287 oder gut ein Viertel weniger als 2 000 Einwohner. In diesen Fällen überwogen Gesichtspunkte, die sich insbesondere aus abweichenden örtlichen Verhältnissen wie Siedlungsstruktur, Entfernung zum Sitz der Gemeindeverwaltung, landschaftliche und topographische Gegebenheiten sowie Unterschieden in der Bevölkerungsdichte ergaben, soweit der Fortbestand dieser Gemeinden nicht schon wegen der Zugehörigkeit zu einer bestandsgeschützten Verwaltungsgemeinschaft gerechtfertigt war.

¹ Diese Zielplanungsgrundsätze sind durch Nr. 3.1.2 Abs. 2 der Grundsätze der Landesregierung zur Lösung des Stadt-Umland-Problems vom 19. Juli 1973 wie folgt teils konkretisiert, teils relativiert worden: Die Größe der anzustrebenden Umlandgemeinden soll in stärker verdichteten Räumen wegen der besonderen Verwaltungs-, Planungs- und Investitionsaufgaben und im Interesse eines relativen Gleichgewichts als Partner der Stadt nach Möglichkeit deutlich über der für den ländlichen Raum geltenden Regelmindestgröße des örtlichen Verwaltungsraumes von 8 000 Einwohnern liegen. In besonders stark verdichteten Räumen um die Kernstadt ist eine Größe der neuzuordnenden Umlandgemeinden erforderlich, die auch die Ausstattung mit höheren Dienstleistungen zur Entlastung der Kernstadt erlaubt, soweit dies ohne Störung des zentral-örtlichen Gefüges möglich ist.

Tabelle 2

Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften am 1. Juli 1975

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Gemeinden										Verwaltungs- gemeinschaften 1. Juli 1975	
	1. Januar 1968	ins- gesamt	1. Juli 1975 1)								Anzahl	zu- gehörige Ge- meinden
			mit Einwohnern 2)									
			unter 2000	2000		5000		8000		20 000 und mehr		
				bis unter								
insgesamt	dar. VG 3)	insgesamt	dar. VG 3)	insgesamt	dar. VG 3)	insgesamt	dar. VG 3)	insgesamt				
Stadtkreis Stuttgart x)	1	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	
Landkreise												
Böblingen x)	56	26	1	1	9	9	6	3	6	4	6	
Esslingen x)	77	44	9	9	14	14	8	6	7	6	9	
Göppingen	64	38	14	14	14	13	3	3	5	2	11	
Ludwigsburg x)	77	39	4	4	13	13	5	3	12	5	8	
Rems-Murr-Kreis x)	99	31	3	3	9	8	6	5	7	6	6	
RV Mittlerer Neckar	374	179	31	31	59	57	28	20	37	24	40	
Stadtkreis Heilbronn x)	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
Landkreise												
Heilbronn x)	128	46	9	9	19	18	9	5	8	1	14	
Hohenlohekreis	99	16	2	2	7	7	5	3	2	—	5	
Schwäbisch Hall	107	30	2	2	24	22	1	—	1	2	9	
Main-Tauber-Kreis	141	18	2	2	8	6	4	1	2	2	4	
RV Franken	476	111	15	15	58	53	19	9	13	6	32	
Landkreise												
Heidenheim	40	11	—	—	3	2	4	2	3	1	3	
Ostalbkreis	101	42	16	16	16	15	4	2	3	3	9	
RV Ostwürttemberg	141	53	16	16	19	17	8	4	6	4	12	
Regierungsbezirk Stuttgart	991	343	62	62	136	127	55	33	56	34	84	
Stadtkreise												
Baden-Baden	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
Karlsruhe x)	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
Landkreise												
Karlsruhe x)	105	32	1	1	6	5	4	3	18	3	7	
Rastatt	71	23	1	1	11	11	5	4	3	3	7	
RV Mittlerer Oberrhein	178	57	2	2	17	16	9	7	21	8	14	
Stadtkreise												
Heidelberg x)	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
Mannheim x)	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
Landkreise												
Neckar-Odenwald-Kreis	119	27	5	5	15	14	4	4	2	1	9	
Rhein-Neckar-Kreis x)	107	54	8	8	14	14	7	7	22	3	10	
RV Unterer Neckar	228	83	13	13	29	28	11	11	24	6	19	
Stadtkreis Pforzheim x)	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
Landkreise												
Calw	91	25	9	9	8	8	4	2	3	1	8	
Enzkreis x)	75	28	3	3	12	12	10	4	2	1	7	
Freudenstadt	84	17	5	5	6	6	3	2	3	—	5	
RV Nord-schwarzwald	251	71	17	17	26	26	17	8	8	3	20	
Regierungsbezirk Karlsruhe	657	211	32	32	72	70	37	26	53	17	53	
Stadtkreis Freiburg im Breisgau x)	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
Landkreise												
Breisgau-Hochschwarzwald x)	142	49	15	15	21	20	8	6	5	—	17	
Emmendingen	59	24	5	5	11	11	4	4	3	1	6	
Ortenaukreis	160	51	8	8	20	20	14	10	5	4	14	
RV Südlicher Oberrhein	362	125	28	28	52	51	26	20	13	6	37	
Landkreise												
Rotweil	70	22	2	2	15	15	1	—	2	2	7	
Schwarzwald-Baar-Kreis	86	20	2	2	7	6	5	4	5	1	4	
Tuttlingen	55	34	20	20	8	8	3	3	2	1	6	
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	211	76	24	24	30	29	9	7	9	4	17	
Landkreise												
Konstanz	102	25	5	5	11	10	2	1	4	3	6	
Lörrach	105	42	25	25	7	7	5	2	2	3	9	
Waldshut	144	32	11	11	10	9	8	4	2	1	8	
RV Hochrhein-Bodensee	351	99	41	41	28	26	15	7	8	7	23	
Regierungsbezirk Freiburg	924	300	93	93	110	106	50	34	30	17	77	
Landkreise												
Reutlingen	96	27	5	4	12	9	4	1	5	1	6	
Tübingen	55	15	2	2	7	5	2	1	2	2	3	
Zollernalbkreis	88	25	11	11	4	4	4	3	4	2	7	
RV Neckar-Alb	239	67	18	17	23	18	10	5	11	5	16	
Stadtkreis Ulm x)	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
Landkreise												
Alb-Donau-Kreis x)	142	56	40	40	7	7	3	2	5	1	10	
Biberach	136	45	21	21	17	17	4	3	2	1	9	
RV Donau-Iller	279	102	61	61	24	24	7	5	7	3	19	
Landkreise												
Bodenseekreis	66	23	4	4	11	11	3	3	4	1	7	
Ravensburg	95	39	12	12	17	16	3	1	4	3	8	
Sigmaringen	128	25	7	7	11	10	3	3	4	—	7	
RV Bodensee-Oberschwaben	289	87	23	23	39	37	9	7	12	4	22	
Regierungsbezirk Tübingen	807	256	102	101	86	79	26	17	30	12	57	
Baden-Württemberg	3 379	1 110	289	288	404	382	168	110	169	80	271	

x) Großstädte sowie verdichtete Räume um Großstädte (Schwerpunktzusordnung).

1) Unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Staatsgerichtshofs in Normenkontrollverfahren. — 2) Stand 1. Januar 1975. — 3) Darunter VG: Gemeinden in Verwaltungsgemeinschaften (vereinbarte Verwaltungsgemeinschaften oder Gemeindeverwaltungsverbände).

Die örtlichen Verwaltungseinheiten (Einheitsgemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften) weisen nach den Reformgrundsätzen in der Regel mindestens 8 000, in stärker verdichteten Räumen erheblich mehr als 8 000 Einwohner auf. Von den 459 örtlichen Verwaltungseinheiten (188 Einheitsgemeinden und 271 Verwaltungsgemeinschaften) liegen 108 Einheitsgemeinden und 218 Verwaltungsgemeinschaften, also zusammen etwa 71% der Verwaltungseinheiten, über der Regelmindesteinwohnerzahl; Bei den verbliebenen 134 Einheiten ließen die örtlichen Gegebenheiten die Erreichung dieser Regelgröße nicht zu.

Die Darstellung war bisher hauptsächlich auf die Erreichung der mit der Reform angestrebten Vergrößerung der kommunalen Einheiten abgestellt. Neben diesem Reformziel sollen drei weitere qualitative Reformziele betrachtet werden, allerdings in dem verhältnismäßig engen Rahmen, der sich aus den statistischen Analysemöglichkeiten ergibt.

Eines der wichtigsten Ziele war, für alle Teile des Landes gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Dabei darf gleichwertig nicht im Sinne von identisch verstanden werden, da jeder Raum seine spezifischen Vor- und Nachteile hat. Eine wesentliche Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles wurde mit der Überleitung der sehr heterogenen Gemeindelandschaft Baden-Württembergs in eine homogenere Struktur erfüllt, wobei es der erklärte Wille der Landesregierung war, keine schematischen Lösungen anzustreben.

Die Analyse steht vor der Schwierigkeit, daß ein Vergleich der Struktur des Gemeindebestandes zu Beginn und nach Beendigung der Gemeindereform zwangsläufig von den sehr unterschiedlichen gemeindlichen Gebietsständen ausgehen muß. Um überhaupt Vergleiche anstellen zu können, muß von einem identischen kompatiblen Datenpool ausgegangen werden. Vorab ist ferner deutlich darauf hinzuweisen, daß sich allein durch die Gemeindereform die regionalen Strukturverhältnisse nicht geändert haben.

Tabelle 3

Klassifizierung der Gemeinden nach der Erwerbsstruktur 1970 und 1975

Erwerbstätige in der Landwirtschaft am Wohnort in % der Erwerbstätigen am Wohnort (VZ 1970)	Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen am Arbeitsort in % der Erwerbstätigen am Wohnort (VZ 1970) (Anzahl und Prozentanteil der Gemeinden)			
	0 bis unter 33	33 bis unter 66	66 bis unter 100	100 und mehr
66 bis unter 100	landwirtschaftliche Gemeinden	—	—	—
33 bis unter 66	ländliche Gemeinden	ländliche Betriebs- gemeinden	—	—
0 bis unter 33	Wohngemeinden	Wohn-Betriebs- Gemeinden	Betriebs- gemeinden	Betriebsgemeinden mit hohem positivem Einpendlersaldo

Gemeinden in % der Gesamtzahl der Gemeinden 1970

66 bis unter 100	2,4	—	—	—
33 bis unter 66	22,7	4,0	0,2	—
0 bis unter 33	24,0	28,1	10,7	7,9

Gemeinden in % der Gesamtzahl der Gemeinden 1975

66 bis unter 100	0,5	—	—	—
33 bis unter 66	8,4	5,0	0,1	—
0 bis unter 33	11,8	40,9	23,2	10,2

Veränderung der %-Anteile um %-Punkte

66 bis unter 100	— 1,9	—	—	—
33 bis unter 66	— 14,3	+ 1,0	— 0,1	—
0 bis unter 33	— 12,2	+ 12,8	+ 12,5	+ 2,3

Die Erwerbsstruktur der Gemeinden zum Stand 1970 und 1975

Die Tabelle 3 wurde aus Ergebnissen der Volkszählung 1970 errechnet und erlaubt einen Überblick zur Erwerbssituation in den alten und neuen Gemeinden, dabei wurde der Pendlersaldo als Klassifizierungskriterium herangezogen und mit den Erwerbstätigen am Wohnort verglichen. Die Gemeindereform hatte hier folgende Auswirkungen:

- Landwirtschaftliche Gemeinden
Bäuerlich strukturierte Gemeinden mit weniger als 33% nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsstellen sind nach der Reform praktisch nicht mehr vorhanden.
- Ländliche Gemeinden und Wohngemeinden
Die Gesamtzahl dieser mit relativ wenigen nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsstellen ausgestatteten Gemeinden ging von 1 565 auf 224 zurück. Vor der Gemeindereform machten diese Gemeinden noch fast die Hälfte aller Gemeinden aus, heute nicht einmal mehr ein Viertel.
- Ländliche Betriebsgemeinden
Diese von der Erwerbsstruktur her recht ausgeglichenen dörflichen Gemeinden mit einem erheblichen nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsbereich haben prozentual auffallend zugenommen.
- Wohn-Betriebs-Gemeinden und Betriebsgemeinden

Der Anteil dieser für weite Teile Baden-Württembergs (mit seiner ausgeprägten mittelständischen Wirtschaft) adäquaten Gemeindeform hat sich fast verdoppelt und macht heute 64% der Gemeinden des Landes aus. Man kann wohl sagen, daß die Gemeindereform die Voraussetzungen zur Erreichung des oben zitierten Ziels für diese Gemeinden in besonderem Maße geschaffen hat.

- Betriebsgemeinden mit hohem positiven Einpendlersaldo

Der Anteil dieser sehr gewerbestarken Gemeinden hat sich schwach vermehrt. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die größeren Städte.

Die Finanzstruktur der Gemeinden zum Stand 1970 und 1975

Hauptziel der Gemeindereform insbesondere im ländlichen Raum war, leistungsstarke Gemeinden zu schaffen. Die Leistungsstärke aller Gemeinden des Landes zu untersuchen und darzustellen, würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Einen gewissen Überblick kann man jedoch erhalten, wenn die Gesamteinnahmen und der Schuldenstand der Gemeinden betrachtet werden. Als Vergleichsfaktor wurden die auf den Bevölkerungsstand bezogenen gemeindefinanzstatistischen Daten von 1969 herangezogen. Aus Vereinfachungsgründen werden auch hier nur Prozentzahlen angegeben.

Tabelle 4

Klassifizierung der Gemeinden nach der Gemeindefinanzstruktur

Gesamteinnahmen je Einwohner in DM	Schuldenstand je Einwohner 1969 in DM				Summe
	bis unter 500	500 bis unter 750	750 bis unter 1000	1000 und mehr	
Gemeinden in % der Gesamtanzahl der Gemeinden 1970					
bis unter 500	19,8	1,4	0,1	—	21,3
500 " " 750	38,8	5,4	1,0	0,1	45,3
750 " " 1000	15,1	4,3	0,9	0,2	20,5
1000 und mehr	7,3	3,4	1,1	1,0	12,8
Summe	81,0	14,5	3,1	1,3	99,9
Gemeinden in % der Gesamtanzahl der Gemeinden 1975					
bis unter 500	10,6	0,5	—	—	11,1
500 " " 750	43,6	6,0	1,0	—	50,6
750 " " 1000	19,2	6,0	1,5	0,2	26,9
1000 und mehr	5,2	4,0	1,2	1,0	11,4
Summe	78,6	16,5	3,7	1,2	100,0
Veränderung der %-Anteile um %-Punkte					
bis unter 500	— 9,2	— 0,9	— 0,1	—	— 10,2
500 " " 750	+ 4,8	+ 0,6	+ 0	— 0,1	+ 5,3
750 " " 1000	+ 4,1	+ 1,7	+ 0,6	+ 0	+ 6,4
1000 und mehr	— 2,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 0	— 1,4
Summe	— 2,4	+ 2,0	+ 0,6	— 0,1	+ 0,1

Tabelle 5

Klassifizierung der Gemeinden nach der Gemeindefinanzstruktur¹⁾ – Veränderung der %-Anteile 1975 gegenüber 1970 um %-Punkte –

Gemeinde- größenklassen	Gesamteinnahmen je Einwohner bis unter 500 DM				Gesamteinnahmen je Einwohner 500 bis unter 750 DM				Gesamteinnahmen je Einwohner 750 bis unter 1000 DM				Gesamteinnahmen je Einwohner 1000 und mehr DM				Summe
	Schulden je Einwohner in DM				Schulden je Einwohner in DM				Schulden je Einwohner in DM				Schulden je Einwohner in DM				
	bis unter 500	500 bis unter 750	750 bis unter 1000	1000 und mehr	bis unter 500	500 bis unter 750	750 bis unter 1000	1000 und mehr	bis unter 500	500 bis unter 750	750 bis unter 1000	1000 und mehr	bis unter 500	500 bis unter 750	750 bis unter 1000	1000 und mehr	
0 bis unter 1 000	- 10,3	- 0,8	- 0,1	-	- 15,8	- 2,0	- 0,5	- 0,1	- 6,5	- 1,6	- 0,1	-	- 3,4	- 1,3	- 0,2	- 0,3	- 43,0
1 000 " " 2 000	- 0,9	- 0	- 0	-	- 1,1	- 0,4	- 0	-	- 0,1	- 0,1	- 0	-	- 0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,9
2 000 " " 5 000	- 0,6	- 0,1	-	-	+ 10,8	+ 1,1	+ 0,3	-	- 4,4	- 0,9	+ 0,1	-	+ 0,5	+ 0,7	- 0,3	+ 0,2	- 19,8
5 000 " " 8 000	+ 0,8	+ 0,1	-	-	+ 5,9	+ 0,7	- 0,1	- 0	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,1	-	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 11,3
8 000 " " 10 000	+ 0,4	-	-	-	+ 2,0	+ 0,4	- 0,1	- 0	+ 0,4	+ 0,4	- 0	-	- 0,1	+ 0,3	- 0	+ 0,1	+ 4,0
10 000 " " 20 000	+ 0,1	-	-	-	+ 2,2	+ 0,4	- 0	-	- 2,6	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 6,8
20 000 " " 50 000	-	-	-	-	+ 0,9	+ 0,5	-	-	- 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	+ 0,3	- 0	- 3,7
50 000 " " 100 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 0,2	-	-	-	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 1,3
100 000 und mehr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7
Insgesamt	- 9,3	- 0,8	- 0,1	-	+ 4,9	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 4,4	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,2	- 1,9	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	+ 1,7

1) Gesamteinnahmen und Schuldenstand je Einwohner 1969.

Vergleicht man die Veränderung der Prozentanteile, sieht man deutlich, daß die Gemeindereform auch eine ausgewogene Finanzstruktur geschaffen hat. Die sehr finanzschwachen Gemeinden mit weniger als 500 DM Gesamteinnahmen je Einwohner haben von einem Fünftel aller Gemeinden im Jahre 1970 auf etwa ein Zehntel abgenommen. Ebenso verringerte sich der Anteil der sehr wohlhabenden Gemeinden mit niedrigem Schuldenstand. Dagegen ist der Anteil der Gemeinden mit mittleren Gesamteinnahmen und mittleren Schuldenständen auffallend größer geworden.

Eine sehr detaillierte Darstellung, die zusätzlich noch eine Untergliederung nach Gemeindegrößenklassen bietet, ist in Tabelle 5 zu finden. Danach hatte fast die Hälfte aller aufgelösten Gemeinden weniger als 1000 Einwohner und eine sehr niedrige Verschuldung, allerdings in der Regel auch geringe Einnahmen. Die häufig geäußerte Meinung, daß die Verwaltungsreform auf Kosten der wohlhabenden kleinen Gemeinden durchgeführt wurde, wird durch das dargestellte Zahlenmaterial widerlegt. Eine gewisse positive Umschichtung ist aber für die Gemeinden zwischen 2000 und 5000 Einwohner festzustellen.

Die Wachstumsstruktur der Gemeinden zwischen 1961 und 1970 zum Stand 1970 und 1975

Die Gemeinden Baden-Württembergs haben seit dem Zweiten Weltkrieg eine zum Teil sehr unterschiedliche Entwicklung durchgemacht. Diese Tendenzen setzten sich – regional mehr oder weniger ausgeprägt – noch zwischen den Jahren 1961 und 1970 fort. Ein wesentliches Ziel der Gemeindereform war es, diese verschiedenen Entwicklungstendenzen auszugleichen.

Eine aufschlußreiche Klassifizierung der Gemeinden nach Wachstumsaspekten und den Auswirkungen der Gemeindereform ist in Tabelle 6 zu finden. Dabei sind in Form einer Kreuzklassifikation die Gemein-

den nach der Bevölkerungsentwicklung und der Veränderung der Beschäftigtenzahlen zwischen den Zählungstichtagen 1961 und 1970 dargestellt.

Im Einzelnen lassen sich grob folgende Entwicklungstendenzen unterscheiden:

- Gemeinden mit insgesamt rückläufiger Entwicklung
Während vor der Gemeindereform noch fast ein Zehntel aller Gemeinden einen zum Teil sehr ausgeprägten Rückgang von Beschäftigten und Bevölkerung aufwies, sind es heute nur noch 2,3% aller Gemeinden; das negative Wachstum der betroffenen Gemeinden wurde durch ihren Zusammenschluß mit wachstumsintensiven Gemeinden aufgehoben.
- Gemeinden mit mittlerer Bevölkerungsentwicklung und rückläufigen Beschäftigtenzahlen
Der Anteil dieser sich immer mehr zu reinen Wohnorten entwickelnden Gemeinden konnte durch die Verwaltungsreform erheblich verringert werden.
- Gemeinden mit extremer Bevölkerungsentwicklung und rückläufigen Beschäftigtenzahlen
Gemeinden mit dieser sozioökonomisch nicht unproblematischen Entwicklung, die vor der Reform zwar auch nur 4% aller Gemeinden ausmachten, repräsentieren heute nur noch 2% aller Gemeinden und sind überdies zu erheblichen Teilen Mitglieder von Verwaltungsgemeinschaften.
- Gemeinden mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung und mittlerer bzw. starker Entwicklung der Beschäftigtenzahlen
Auch für Gemeinden dieses Typs ist die beschäftigungs- und bevölkerungsspezifische Entwicklung zwischen 1961 und 1970 bedenklich verlaufen. Ihr Anteil wurde durch die Verwaltungsreform um mehr als die Hälfte auf knapp 3% reduziert.

Für Gemeinden mit einer unausgewogenen bzw. insgesamt rückläufigen Entwicklung läßt sich zusammenfassend feststellen, daß sich ihre Anteile von 16,4% auf günstige 5,6% und somit um fast 2/3 verringert haben.

Tabelle 6

**Klassifizierung der Gemeinden nach der Wachstumsstruktur zwischen 1961 und 1970
zum Stand 1970 und 1975**

Prozentuale Veränderung der Beschäftigtenzahlen zwischen den Jahren 1961 und 1970	Prozentuales Bevölkerungswachstum zwischen den Jahren 1961 und 1970			
	bis unter 0	0 bis unter 20	20 und mehr	Summe
bis unter 0	Gemeinden mit insgesamt rückläufiger Entwicklung	Gemeinden mit mittlerer Bevölkerungsentwicklung und rückläufigen Beschäftigtenzahlen	Gemeinden mit extremer Bevölkerungsentwicklung und rückläufigen Beschäftigtenzahlen	Gemeinden mit rückläufigen Beschäftigtenzahlen
0 bis unter 20	Gemeinden mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung und mittlerer Entwicklung der Beschäftigtenzahlen	Gemeinden mit mittlerer Entwicklung der Bevölkerung und der Beschäftigtenzahlen	Gemeinden mit extremer Bevölkerungsentwicklung und mittlerer Entwicklung der Beschäftigtenzahlen	Gemeinden mit mittlerer Entwicklung der Beschäftigtenzahlen
20 und mehr	Gemeinden mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung und extremer Entwicklung der Beschäftigtenzahlen	Gemeinden mit mittlerer Entwicklung der Bevölkerung und extremer Entwicklung der Beschäftigtenzahlen	Gemeinden mit extremer Entwicklung der Bevölkerung und der Beschäftigtenzahlen	Gemeinden mit extremer Entwicklung der Beschäftigtenzahlen
Summe	Gemeinden mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung	Gemeinden mit mittlerer Bevölkerungsentwicklung	Gemeinden mit extremer Bevölkerungsentwicklung	Doppelsumme

Gemeinden in % der Gesamtzahl der Gemeinden 1970

bis unter 0	8,6	16,6	4,0	29,2
0 bis unter 20	2,9	16,2	6,3	25,4
20 und mehr	3,8	21,9	19,4	45,1
Summe	15,3	54,7	29,7	99,7

Gemeinden in % der Gesamtzahl der Gemeinden 1975

bis unter 0	2,3	12,3	2,0	16,6
0 bis unter 20	1,5	26,0	7,8	35,3
20 und mehr	1,3	24,1	22,9	48,3
Summe	5,1	62,4	32,7	100,2

Veränderung der %-Anteile um %-Punkte

bis unter 0	- 6,3	- 4,3	- 2,0	- 12,6
0 bis unter 20	- 1,4	+ 9,8	+ 1,5	+ 9,9
20 und mehr	- 2,5	+ 2,2	+ 3,5	+ 3,2
Summe	- 10,2	+ 7,7	+ 3,0	+ 0,5

- Gemeinden mit extremer Bevölkerungsentwicklung und mittlerer Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und solche mit mittlerer Bevölkerungsentwicklung und extremer Entwicklung der Beschäftigtenzahlen

Obwohl auch für diese Gemeinden, sieht man von bestimmten bevölkerungs- und beschäftigungspolitischen Konsolidierungserscheinungen ab, noch eine gewisse Unausgewogenheit der Entwicklung festzustellen ist, nahm der Anteil um knapp 4%-Punkte als Folge der notwendigen starken Verringerung der extrem unausgewogenen Gemeinden zu.

- Gemeinden mit mittlerer Entwicklung der Bevölkerung und der Beschäftigtenzahlen
Während der Anteil dieser organisch und ausgewogen sich entwickelnden Gemeinden 1970 nur etwa 16% ausmachte, repräsentieren diese heute ein gutes Viertel aller Gemeinden. Hier kann auch für die Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit ein homogenes Wachstum erwartet werden, zumal Baden-Württemberg nicht mehr mit starken Bevölkerungsverschiebungen rechnen muß.
- Gemeinden mit extremer Entwicklung der Bevölkerung und der Beschäftigtenzahlen
Obwohl der Anteil dieser Gemeinden sich um knappe 3,5%-Punkte vermehrte, ist ihr Anteil mit etwa 1/5 fast konstant geblieben. Auch für diese Gemeinden kann eine ausgeglichene Entwicklung konstatiert werden.

Die Gemeindereform hat, wenn auch nicht alle ungünstigen Entwicklungstendenzen in vollem Umfang aufgehoben werden konnten, zu homogeneren Gemeinden geführt, die für die Zukunft eine ausgewogenere Entwicklung gewährleisten.

Die Konsolidierung der Gemeinden

Mit dem gesetzlichen Abschluß der Gemeindereform sind noch keine in vollem Umfang bürgerschaftlich integrierten Gemeinwesen entstanden. In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, die durch die Reform gegebenen Chancen zu nutzen.

Die Weiterentwicklung einheitlicher Lebens- und Wirtschaftsräume kann und darf nicht als ein Zusammenwachsen der Siedlungsbereiche verstanden werden. Diese sollen sich auch weiterhin an den Entwicklungsachsen oder an Zentralen Orten außerhalb von Entwicklungsachsen orientieren.

Das Zusammenwachsen der Gemeinden wird sich zunächst im wesentlichen im infrastrukturellen Planungs- und Investitionsbereich abspielen. Da Baden-Württemberg insgesamt nur noch mit einem begrenzten oder stagnierenden Bevölkerungswachstum rechnen darf, kann eine bauliche Integration vieler Gemeindeteile – wenn dies überhaupt wünschenswert ist – nur über zentrale Einrichtungen, wie Schulen, Freizeiteinrichtungen usw. erfolgen.

Die Konsolidierung der neuen Gemeinden – insbesondere der großflächigen – setzt auch in der Bevölkerung ein neues kommunalpolitisches Bewußtsein voraus. Mit der Neuwahl der Gemeinderäte in den meisten Gemeinden des Landes nach Abschluß der Reform wurde ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan.

Die Gemeinderatswahlen von 1971 und 1975

In den 1 110 Gemeinden Baden-Württembergs waren insgesamt 6,1 Millionen Personen wahlberechtigt. Zwei Drittel davon beteiligten sich an der Wahl und gestalteten dabei die kommunalpolitische Landschaft nicht unerheblich um. Gemessen an der prozentualen Verteilung der sogenannten gleichwertigen Stimmen, bei denen die in den elf Gemeindegrößenklassen sehr unterschiedlichen Stimmengewichte egalisiert sind, haben gegenüber den letzten Gemeinderatswahlen im Jahr 1971 die freien Wählervereinigungen ziemlich an Boden verloren. Mit ihren 26,7% der gültigen Stimmen liegen sie jetzt fast 10 Punkte hinter der CDU (36,1%), aber noch vor der SPD mit 25,5%. Die FDP/DVP bekam 4,1% der Stimmen.

Wie aus Tabelle 7 weiter hervorgeht, wurden insgesamt 18 642 Gemeinderäte neu gewählt, darunter nur noch 6,6% durch Mehrheitswahl. Nach der Ver-

Tabelle 7

Ergebnisse der Gemeinderatswahlen 1975 und 1971

Wahl- jahr Ver- än- derung	Be- zeich- nung	Wahl- be- rechtigte ¹⁾	Wähler ¹⁾	Gleichwertige Stimmen ¹⁾							Gewählte Mitglieder							
				ins- gesamt	bei Mehr- heits- wahl	bei Ver- hältnis- wahl	darunter				ins- gesamt	durch Mehr- heits- wahl	durch Ver- hältnis- wahl	darunter				
							CDU	SPD	FDP/ DVP	Freie Wähler- vereini- gungen				CDU	SPD	FDP/ DVP	Freie Wähler- vereini- gungen	
1975	absolut	6 119,1	4 121,5	3 781,2	62,9	3 718,2	1 341,3	948,8	151,6	993,9	18 642	1 232	17 410	5 767	2 875	238	7 052	
	%		67,4		1,7	98,3	36,1	25,5	4,1	28,7		6,6	93,4	33,1	16,5	1,4	40,5	
1971	absolut	5 811,2	3 813,2	3 572,3	328,3	3 244,0	932,0	917,7	112,5	1 127,7	15 272	4 997	10 275	2 319	1 748	118	5 745	
	%		65,6		9,2	90,8	28,7	28,3	3,5	34,8		32,7	67,3	22,6	17,0	1,1	55,9	
V	absolut	307,9	308,2	208,9	— 265,4	474,3	409,3	31,1	39,0	— 133,9	3 370	— 3 765	7 135	3 448	1 127	120	1 307	
	%	5,3	8,1	5,8	— 80,8	14,6	43,9	3,4	34,7	— 11,9	22,1	— 75,3	69,4	148,7	64,5	101,7	22,8	

1) Absolutangaben in 1000.

teilung der bei Verhältniswahl vergebenen Sitze halten die freien Wählervereinigungen trotz erheblicher Einbußen mit 40,5% nach wie vor die Spitze vor der CDU, die mit 33,1% ihren bisherigen Anteil verdoppelte. SPD (16,5%) und FDP/DVP (1,4%) blieben etwa bei ihren Anteilen.

Inzwischen sind auch die durch die Gemeindereform erforderlich gewordenen Neuwahlen von Bürgermeistern durchgeführt, so daß alle Gemeinden wieder über die aus direkten Volkswahlen hervorgegangenen Hauptorgane verfügen. Kommunalpolitisch ist die Gemeindereform somit abgeschlossen.

3.2.2 Entwicklung und Situation der Großstädte und ihres Umlandes

Problem der Bevölkerungsabwanderung aus den Großstädten

Die Abwanderung der Bevölkerung aus den Großstädten in deren Umland ist eine sich in allen westlichen Industrienationen vollziehende Entwicklung. Grundsätzliche Erkenntnisse, wie diesem Trend Einhalt geboten werden kann, liegen noch kaum vor. Eine Anfang 1975 von der Landesregierung gebildete Interministerielle Arbeitsgruppe „Großstädte“ hat die Aufgabe, Entscheidungsgrundlagen für alle relevanten Fragen zu erarbeiten. Stadtplanung und Stadtentwicklung sind zwar in erster Linie Aufgaben der gemeindlichen Selbstverwaltung; die Lösung des Abwanderungsproblems ist jedoch nur in enger Zusammenarbeit der Städte mit dem Land zu erreichen. Auch die Großstädte, die von der Bevölkerungsabwanderung mit ihren negativen Auswirkungen am stärksten betroffen sind, setzen sich in jüngster Zeit verstärkt mit deren Ursachen und Folgen auseinander und suchen Lösungsmöglichkeiten da-

für zu finden. So wurde z. B. Anfang November 1975 vom Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart der Öffentlichkeit eine Denkschrift „Gedanken zur Kernstadt – Umland – Frage in der Region Mittlerer Neckar“ vorgelegt, die u. a. Vorschläge zur Lösung dieses Problems enthält.

Vielfalt der Ursachen

Die Bevölkerungsabwanderung aus den Großstädten setzte zum großen Teil in den sechziger Jahren ein. Bis weit in die Mitte dieses Jahrhunderts hinein ermöglichten die Großstädte in besonderem Maße die Erfüllung der Funktionen des menschlichen Lebens – wie wohnen, arbeiten, sich versorgen, sich erholen, sich bilden und sich unterhalten – weitgehend an *einem* Ort. Die durch die gestiegene Mobilität der Gesellschaft gegebene Möglichkeit, die einzelnen Funktionen an verschiedenen Orten erfüllen zu können, beeinträchtigte zwangsläufig die Attraktivität der Großstädte. Bessere Verkehrsverhältnisse erleichterten das rasche Erreichen der Arbeitsstätte, auch außerhalb des Wohnorts. In zunehmendem Maße konnten die gehobenen Bedürfnisse auch in kleineren oder mittleren Städten befriedigt werden.

In der Diskussion werden zum Teil sehr unterschiedliche Motive als Ursache für die Abwanderung der deutschen Wohnbevölkerung angenommen. Untersuchungen der Städte Stuttgart, Mannheim, Heidelberg und Ulm ergaben, daß „Wohnungsgründe“ als Hauptmotiv der Abwanderung angegeben wurden.

Der Bericht stellt im folgenden die Entwicklung und Situation der Großstädte und ihres Umlandes unter vorwiegend demographischen Gesichtspunkten dar, da dieser Aspekt von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Großstädte ist. Andere Aspekte, wie z. B. zunehmende finanzielle Belastungen und gesell-

Tabelle 8
Entwicklung der Wohnbevölkerung in den Großstädten
Gebietsstand 1.1.1975

Großstadt	Bevölkerungsstand					
	1.12.1900	17.5.1939	13.9.1950	6.6.1961	27.5.1970	31.12.1974
Stuttgart	268 969	496 490	497 677	637 539	633 158	613 263
Heilbronn	55 380	84 303	73 299	99 257	113 725	115 924
Karlsruhe	134 144	198 648	209 705	254 169	275 450	270 647
Heidelberg	56 357	91 298	123 650	133 566	129 697	130 134
Mannheim	160 964	285 753	245 634	313 890	332 163	320 508
Pforzheim	57 017	84 015	60 776	90 183	99 910	102 339
Freiburg	71 380	116 019	116 640	154 153	174 308	179 196
Ulm	51 487	78 338	76 961	100 237	101 628	98 499
Wohnbevölkerung des Landes	4 107 325	5 476 396	6 430 225	7 759 154	8 895 048	9 226 240
Wohnbevölkerung der Großstädte	855 698	1 434 864	1 404 342	1 782 994	1 860 039	1 830 510
Anteil in %	20,83	26,20	21,84	22,98	20,91	19,84

schaftliche Strukturveränderungen als Folge der Abwanderung der deutschen Wohnbevölkerung können im Einzelnen hier nicht untersucht werden.

Entwicklung der Bevölkerung in den acht größten Städten von Baden-Württemberg und in den Mittelbereichen dieser Städte¹

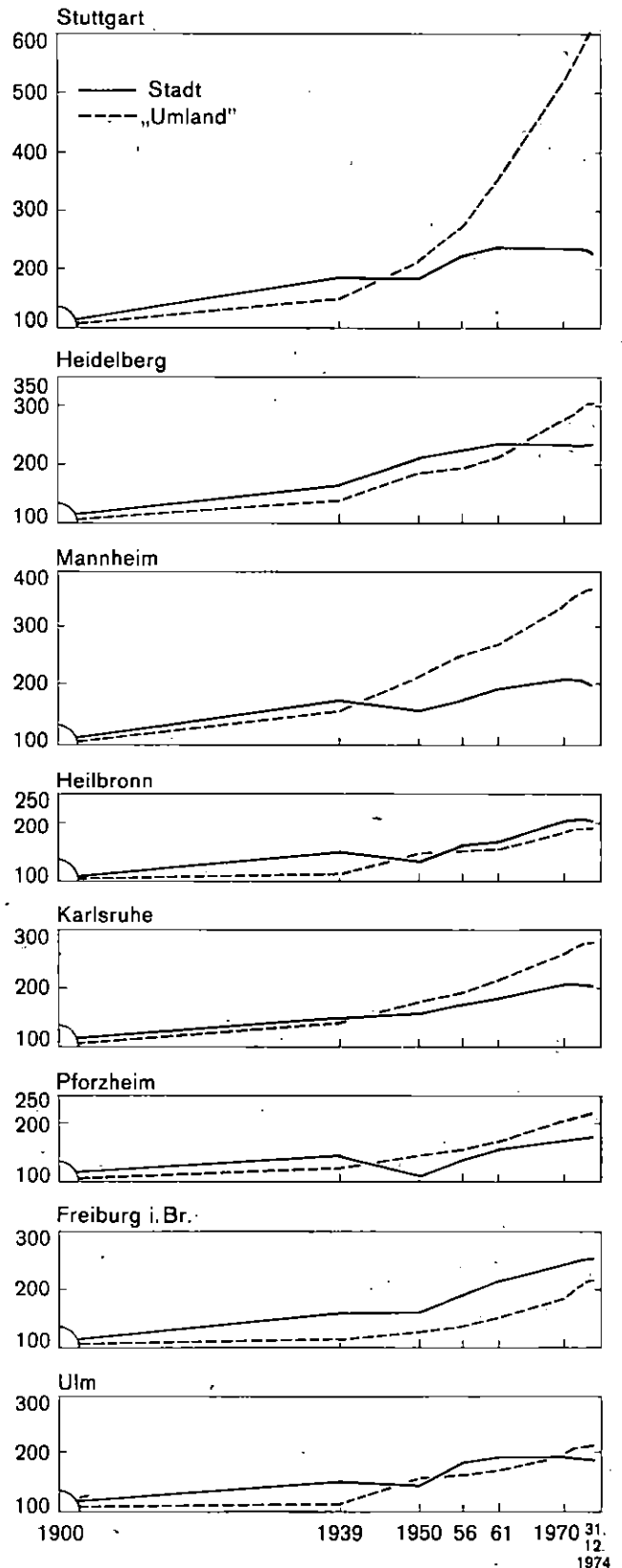
Die einzelnen Großstädte dürfen hinsichtlich der Entwicklung ihrer Wohnbevölkerung wegen ihres engen Zusammenhangs mit dem jeweiligen Umland nicht als isolierte Einheiten in ihren politischen Grenzen gesehen werden, wobei jedoch die Abgrenzung des „Umlandbereichs“ Probleme aufwirft. Die in die Untersuchung einbezogenen acht größten Städte Baden-Württembergs sind sämtlich Oberzentren. Zwar versorgen die Oberzentren, insbesondere hinsichtlich der Befriedigung hochqualifizierter Ansprüche, in der Regel einen über den zugehörigen Mittelbereich hinausreichenden Raum, doch genügt es für eine grobe Orientierung, die Mittelbereiche als Umland der Großstädte für das vorliegende Problem zugrunde zu legen. Dabei wird nicht verkannt, daß sowohl hinsichtlich der flächenmäßigen Ausdehnung als auch hinsichtlich der Bevölkerungszahl zwischen den einzelnen Mittelbereichen beträchtliche Unterschiede bestehen.

Entwicklung des Bevölkerungsstandes

Legt man bei einer längerfristigen Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung den Zeitraum seit 1900 zugrunde, so zeigt sich, daß die Bevölkerung der acht größten Städte des Landes (Stuttgart, Heilbronn, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Pforzheim, Freiburg im Breisgau, Ulm) vom 1.12.1900 bis zum 31.12.1974 um insgesamt knapp 1 Million Einwohner und damit um 114% zunahm. Die Bevölkerung des Landes (ohne die Großstädte) wuchs dagegen im gleichen Zeitraum von etwa 3 Millionen um rund 127% auf ca. 7,4 Millionen Einwohner (vgl. Tabelle 4 im Anhang). Die Entwicklung der Bevölkerung in den Städten und in den sie umgebenden Mittelbereichen ist recht unterschiedlich verlaufen. So hat die Abnahme der Wohnbevölkerung in den einzelnen Städten nicht überall zum gleichen Zeitpunkt eingesetzt. Ebenso sind auch bei der Entwicklung der Wohnbevölkerung im Zeitverlauf gewisse Unterschiede zwischen den größeren und den kleineren der acht untersuchten Städte festzustellen. Dennoch läßt sich der Zeitraum von 1900 bis 1974 grob in vier, für die Bevölkerungsentwicklung charakteristische Phasen unterteilen, die durch den 2. Weltkrieg und seine Folgen bestimmt werden.

Schaubild 2

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung in den Großstädten und deren „Umland“¹⁾ seit 1900 (1900 = 100)



¹⁾ „Umland“ = Mittelbereich ohne zugehöriges Mittelzentrum

1 Dargestellt wird in dieser Untersuchung der gemeindliche Gebietsstand nach Inkrafttreten der Gemeindereformgesetze, d. h. zum 1.1.1975. Die Mittelbereichsabgrenzungen wurden auf Grund der in der Arbeitskarte des Innenministeriums dargestellten Mittelbereiche (Stand: März 1975) vorgenommen.

Während der *ersten Phase* vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges wuchs die Bevölkerung insbesondere in den Städten sehr stark an. Die Bevölkerungszunahme in den Städten lag dabei durchweg über dem Bevölkerungswachstum in den sie umgebenden Mittelbereichen und auch deutlich über dem des Landes. So nahm die Bevölkerung in den Städten im genannten Zeitraum zwischen knapp 50% (Pforzheim) und etwa 85% (Stuttgart) zu. Das Bevölkerungswachstum in den sie umgebenden Mittelbereichen (ohne Städte) lag dagegen zwischen 7% (Umland Heilbronn) und etwa 60% (Umland Mannheim) und betrug für das Land insgesamt genau ein Drittel.

In der *zweiten Phase* während des 2. Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde die Entwicklung der Wohnbevölkerung vor allem durch Faktoren wie die Zerstörung von Wohnungen und Gebäuden sowie durch den Zuzug von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen und durch zwangsmäßige Wohnungszuweisungen entscheidend beeinflusst.

Diese kriegsbedingten Folgen zeigen sich deutlich in der sehr unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung der Städte gegenüber dem Stand von 1939. Bevölkerungsabnahmen hatten Pforzheim, Mannheim und Heilbronn zu verzeichnen, während in Ulm, Stuttgart, Freiburg im Breisgau und Karlsruhe die Wohnbevölkerung 1950 zahlenmäßig in etwa der vor Beginn des 2. Weltkrieges entsprach. Nur in Heidelberg wuchs die Bevölkerung um mehr als ein Drittel. Deutliche Zunahmen der Wohnbevölkerung hatte dagegen das die Städte umgebende Umland aufzuweisen. Die Zunahmen lagen zwischen 10,1% (Umland Freiburg) und 43,6% (Umland Heidelberg)².

Die *dritte Phase* — die Phase des Wiederaufbaus und der Konsolidierung — war insgesamt gekennzeichnet durch relativ starkes Bevölkerungswachstum sowohl in den Städten als auch in deren Umland. Da das Ausmaß der Zerstörungen in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich war, kann die Zunahme der Bevölkerung auch während dieser Phase nur bedingt miteinander verglichen werden. Überdies haben die geschilderten Entwicklungen teilweise schon vor 1950 begonnen.

Die Wohnbevölkerung nahm in Stuttgart von 1950 bis 1970 um ein starkes Viertel, in Karlsruhe, Mannheim und Ulm um rund ein Drittel, in Freiburg und Heidelberg um etwa die Hälfte und in Pforzheim um knapp 65% zu. Dagegen lag der Zuwachs der Bevölkerung in den zugehörigen Mittelbereichen (ohne

Städte) zwischen 27,4% (Umland Ulm) und 144,5% (Umland Stuttgart). Dieses Wachstum der Wohnbevölkerung ist zu Beginn des Zeitraums 1950 bis 1970 noch überwiegend auf den Zustrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen zurückzuführen. Anfang der 60er Jahre setzten in zunehmendem Maße Zuzüge von Ausländern ein, die in Baden-Württemberg Beschäftigung suchten.

Während dieser Phase setzte jedoch in Stuttgart und in Heidelberg bereits eine Abnahme der Wohnbevölkerung ein, die nach 1970 auch Karlsruhe, Mannheim und Ulm erfaßte (vgl. Tabelle 8 und Tabelle 4 im Anhang). Dabei wurde das Problem der teilweise schon starken Abnahme der deutschen Wohnbevölkerung mit ihren Folgewirkungen während dieser Zeit allgemein noch nicht hinreichend gesehen, da sie zum Teil noch verdeckt wurde durch den relativ großen Zuzug von ausländischen Arbeitskräften. Das allgemein überproportional starke Anwachsen der Bevölkerung in dem die Großstädte umgebenden Umland zeigte bereits deutlich die Tendenz der Bevölkerung, zwar in gut erreichbarer Nähe der Großstadt zu bleiben, jedoch als Wohnort eine Gemeinde im Umland der Stadt zu suchen.

Der während der dritten Phase begonnene zunehmende Prozeß der Verdichtung und Verstädterung des Umlandes um die Großstädte setzte sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre, dem Beginn einer *vierten Phase* weiter fort. So nahm im Zeitraum 1970 bis Ende 1974 die Wohnbevölkerung — insgesamt gesehen — in Mannheim um 3,5%, in Stuttgart und in Ulm um je 3,1% und in Karlsruhe um 1,7% ab, während sie in den übrigen Städten insgesamt noch zunahm. Die Bevölkerung im Umland aller acht Städte wuchs dagegen gemessen am Landesdurchschnitt von + 3,7% überproportional zwischen 5,5% (Umland Heilbronn) und 18,1% (Umland Freiburg).

Die negative Beurteilung „stadtspezifischer“ Faktoren, wie umfangreiche Tiefbaumaßnahmen, Straßenlärm, Verschmutzung und mangelnde Attraktivität sowie die zunehmende Bedeutung des Wohn- und Freizeitwertes im Bewußtsein der Gesellschaft führten dazu, daß immer mehr Bewohner die Stadt als Wohnort verließen und sich in Gemeinden im Umland der Stadt ansiedelten. Diese Entwicklung nahm allgemein im Zeitverlauf verstärkt zu und wurde begünstigt durch die, im Vergleich zur Stadt billigeren Baulandpreise, die den Erwerb von Wohnungs- bzw. Hauseigentum während der Zeit der Hochkonjunktur oftmals ermöglichten. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse allgemein erleichterten zudem das schnelle Erreichen des Arbeitsortes auch außerhalb des Wohnortes in zunehmendem Maße und verstärkten damit den Trend, sich im Umland der Städte anzusiedeln; wobei das tägliche Pendeln zur Arbeitsstätte meist in Kauf genommen wurde. Dabei erfolgte die Ansiedlung der aus den Großstädten abwan-

² Die überraschend starken Bevölkerungszunahmen im Umland von Heidelberg — zusätzlich zum starken Wachstum der Stadt Heidelberg selbst — sind wohl vor allem auf den besonders starken Zustrom von Aussiedlern, die teilweise Umsiedlung der Bevölkerung der zerstörten Stadt Mannheim, die damalige Attraktivität der Stadt Heidelberg und die Ansiedlung von deutschen Bediensteten der US-Truppen zurückzuführen.

dernden Bevölkerung im Zeitverlauf nicht nur in die unmittelbar an die Stadt angrenzenden Gemeinden, sondern auch in weiter vom Stadtkern entfernte Gemeinden. Gleichzeitig setzte in diesem Zeitraum eine teilweise Verlagerung industrieller Arbeitsstätten aus der Stadt ins Umland ein, wodurch der Verdichtungsprozeß des Umlandes weiter verstärkt wird.

Bevölkerungsbewegung in der ersten Hälfte der 70er Jahre

Bei der Betrachtung der Entwicklung der Großstädte kommt den zwei Komponenten der Bevölkerungsbewegung, der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegung, je nach der verschiedenartigen Struktur der Städte durchaus unterschiedliche Bedeutung zu (vgl. Tabellen 4 und 5 im Anhang). Die Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung der deutschen Wohnbevölkerung waren im Betrachtungszeitraum vom 27.5.1970 bis zum 31.12.1974 wegen des relativ starken Rückgangs der Geburtenhäufigkeit in allen acht Städten durchweg negativ oder wurden ab 1971 (in Ulm) bzw. ab 1972 (in Heilbronn und Freiburg) negativ, wobei die Geburtendefizite von 1971 bis 1974 im allgemeinen stark anwuchsen³. Diese Geburtendefizite betrugen 1974 (bezogen auf 1 000 Einwohner der deutschen Wohnbevölkerung) in Stuttgart – 5, in Karlsruhe – 6, in Heidelberg und Mannheim ca. – 7 bei einem Geburtendefizit des Landes (ohne die acht Städte) von – 0,6.

Gegenläufig war die Entwicklung der Geburtenzahlen der Ausländer in den Großstädten, die sämtlich positiv ausfielen und im Zeitverlauf sogar zunahmen. Diese Zunahmen der Geburten, die mit auf den verstärkten Zuzug weiblicher ausländischer Arbeitskräfte und das Nachziehen von Frauen männlicher Ausländer zurückzuführen sind, beeinflussten die Gesamtsalden der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den Städten relativ stark. Diese lagen dadurch 1974 z. B. (bezogen auf 1 000 Einwohner der gesamten Wohnbevölkerung) zwischen + 0,3 (Heilbronn) und – 4,7 (Heidelberg).

Die Wanderungsbewegung als zweite Komponente der Bevölkerungsbewegung hat für die Bevölkerungsentwicklung der Großstädte besondere Bedeutung. Dabei wirken sich vor allem die Wanderungsgewinne bzw. Wanderungsverluste der ausländischen Wohnbevölkerung – analog zur natürlichen Bevölkerungsbewegung – entscheidend auf die Gesamtsalden zwischen Zuzügen und Fortzügen der Bevölkerung insgesamt aus (vgl. Tabellen 4 und 5 im Anhang). Bei der Betrachtung der im allgemeinen ziemlich stark ausgeprägten und größtmäßig weit über den Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung liegenden Wanderungsbewegung in den Großstädten

zeigt sich deutlich die für Räume mit großer Verdichtung im allgemeinen charakteristische hohe Mobilität.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen⁴ wiesen alle untersuchten Städte im Betrachtungszeitraum vom 27.5.1970 bis zum 31.12.1974 Wanderungsverluste der deutschen Wohnbevölkerung auf. Diese Verluste betrugen z. B. in Stuttgart im Jahr 1973 fast 10 000 deutsche Einwohner, 1972 und 1974 jeweils knapp 7 000 (vgl. Tabelle 4 im Anhang). Dagegen ergaben sich bei den Ausländern bis einschließlich 1973 durchweg deutliche Wanderungsgewinne, die die Salden der gesamten Wanderungsbewegung nachdrücklich beeinflussten. Die wirtschaftliche Rezession des Jahres 1974 wirkte sich auf die Wanderungen der ausländischen Wohnbevölkerung besonders stark aus: mit Ausnahme von Heidelberg verzeichneten alle Städte 1974 negative Wanderungssalden bei den Ausländern, die teilweise wieder in ihr Heimatland zurückkehrten. Die starke Auswirkung der Wanderungsbewegung auf die gesamte Bevölkerungsbewegung kommt in den Städten besonders deutlich zum Ausdruck: in Stuttgart verdoppeln sich z. B. die Abnahmen der gesamten Wohnbevölkerung seit 1971 jährlich. Die Wanderungsverluste betreffen hauptsächlich die Großstädte, da die Wegzüge der aus den Großstädten abwandernden Wohnbevölkerung häufig in das Umland erfolgen. Dabei wird die Entwicklung der deutschen Wohnbevölkerung zumindest bis Ende 1973 durch die relativ starken Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne der ausländischen Wohnbevölkerung wenigstens zum Teil kompensiert und damit auch etwas verdeckt.

Erwerbstätige am Arbeitsort und Einwohner-/Arbeitsplatzdichte

Die Entwicklung der Erwerbstätigen am Arbeitsort und der Einwohner-/Arbeitsplatzdichte deuten schon bis 1970 darauf hin, daß das Arbeitsstättenpotential im Umland der Städte im Vergleich zu den Städten selbst zunimmt und damit den Trend zur Verstädterung und Verdichtung des Umlandes der Städte begünstigt. Grund dafür ist nicht nur die Aussiedlung von Industriebetrieben aus den Großstädten. Die Bevölkerungsverdichtung bewirkt auch den Nachzug von Arbeitsstätten, insbesondere im Dienstleistungsbereich.

Der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen am Arbeitsort nahm in den Großstädten, gemessen an den Erwerbstätigen am Arbeitsort in den Mittelbereichen, insgesamt von 1961 auf 1970 in den Städten Stuttgart und Mannheim ab. Dagegen stieg dieser Anteil in den übrigen Städten zwischen einem und

³ Eine Ausnahme bildet hier die Stadt Freiburg, in der das Geburtendefizit von 1973 auf 1974 um 42 auf – 350 zurückging.

⁴ Ausnahmen bildeten: Heilbronn im Jahre 1972, Heidelberg in den Jahren 1971 und 1974, Pforzheim in den Jahren 1970, 1973 und 1974 sowie Freiburg in fast dem gesamten Betrachtungszeitraum.

Tabelle 9

**Entwicklung der Einwohner-/Arbeitsplatzdichte in den Großstädten und im Umland¹⁾ der Großstädte
Gebietsstand 1.1.1975**

Großstadt Umland	Einwohner-/Arbeitsplatzdichte				Veränderungen 1970 gegen 1961 in %		
	insgesamt		im sekundären Bereich	im tertiären Bereich	insgesamt	im sekundären Bereich	im tertiären Bereich
	1961	1970	1970	1970			
Mittelbereich Stuttgart	2 969,4	3 109,8	2 514,2	2 489,3	+ 4,7	+ 3,2	+ 6,7
Stuttgart Stadt	5 219,5	5 212,5	4 131,8	4 136,8	– 0,1	– 2,2	+ 1,7
Umland	592,2	889,1	805,8	749,3	+ 50,1	+ 47,5	+ 50,0
Mittelbereich Heilbronn	339,3	397,8	353,0	324,9	+ 17,2	+ 16,2	+ 18,2
Heilbronn Stadt	1 648,8	1 876,7	1 549,9	1 465,9	+ 13,8	+ 11,8	+ 16,7
Umland	220,6	263,9	244,7	221,6	+ 19,6	+ 18,9	+ 19,1
Mittelbereich Karlsruhe	1 124,8	1 240,2	1 005,0	1 062,0	+ 10,3	+ 8,2	+ 13,3
Karlsruhe Stadt	2 679,7	2 855,0	2 232,7	2 408,1	+ 6,5	+ 4,4	+ 10,1
Umland	335,5	420,4	381,7	378,6	+ 25,3	+ 21,7	+ 25,3
Mittelbereich Heidelberg	818,9	881,3	746,7	763,1	+ 7,6	+ 6,9	+ 9,0
Heidelberg Stadt	1 836,6	1 832,8	1 448,1	1 574,7	– 0,2	– 2,8	+ 0,2
Umland	397,5	487,2	456,2	427,0	+ 22,6	+ 23,0	+ 26,1
Mittelbereich Mannheim	2 883,1	3 042,5	2 533,7	2 398,6	+ 5,5	+ 4,7	+ 8,1
Mannheim Stadt	3 628,9	3 770,8	3 100,2	2 962,1	+ 3,9	+ 2,8	+ 6,6
Umland	789,3	997,8	943,2	816,5	+ 26,4	+ 27,0	+ 25,6
Mittelbereich Pforzheim	434,5	491,4	433,5	390,8	+ 13,1	+ 12,0	+ 16,9
Pforzheim Stadt	1 768,3	1 887,2	1 598,4	1 406,6	+ 6,7	+ 4,8	+ 12,4
Umland	231,5	278,9	256,1	236,1	+ 20,5	+ 19,8	+ 21,3
Mittelbereich Freiburg	369,4	439,0	357,6	388,3	+ 18,8	+ 16,3	+ 19,7
Freiburg Stadt	1 540,9	1 780,5	1 361,0	1 568,5	+ 15,6	+ 11,9	+ 17,0
Umland	142,9	179,8	163,7	160,2	+ 25,8	+ 24,1	+ 25,2
Mittelbereich Ulm	271,6	299,5	256,9	239,8	+ 10,3	+ 7,5	+ 11,6
Ulm Stadt	1 457,7	1 553,7	1 255,8	1 166,6	+ 6,6	+ 2,2	+ 7,5
Umland	118,6	137,6	128,0	120,2	+ 16,0	+ 15,0	+ 17,4

1) Der jeweilige Mittelbereich ohne das zugehörige Mittelzentrum.

drei Prozentpunkten an⁵. Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbstätigen am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen, so zeichnen sich – je nach Wirtschaftsbereich – unterschiedliche Entwicklungen ab. Mit Ausnahme von Ulm ging der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe in allen Städten zugunsten des Umlandes zwischen einem und vier Prozentpunkten zurück. Im Dienstleistungsbereich war die Entwicklung der Erwerbstätigen dagegen uneinheitlich: der Anteil der Erwerbstätigen in den Städten stagnierte oder ging von 1961 auf 1970 – mit Ausnahme von Freiburg – leicht zurück. Die Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich nahmen dagegen in sämtlichen Mittelbereichen in absoluten Zahlen zum Teil um mehr als ein Drittel zu.

Die Einwohner-/Arbeitsplatzdichte ist als Summe der Einwohner und Beschäftigten in nichtlandwirt-

schaftlichen Arbeitsstätten je qkm definiert und wird allgemein als Meßgröße für den Verdichtungsgrad eines Raumes herangezogen. Die Werte der Einwohner-/Arbeitsplatzdichte in den Großstädten Baden-Württembergs entsprechen etwa der Entwicklung der Erwerbstätigen am Arbeitsort.

Betrachtet man die Veränderungen der Einwohner-/Arbeitsplatzdichte, so nahm sie in den Städten Stuttgart und Heidelberg von 1961 auf 1970 geringfügig ab, stieg in den übrigen Städten zwischen 4% (Mannheim) und knapp 16% (Freiburg im Breisgau) und nahm in den betrachteten Mittelbereichen ebenfalls durchweg zwischen 5% (Mittelbereich Stuttgart) und knapp 19% (Mittelbereich Freiburg) zu.

Innerstädtische Entwicklung der Wohnbevölkerung in Stuttgart, Mannheim und Freiburg im Breisgau

Die innerstädtische Bevölkerungsbewegung und -umstrukturierung ist entsprechend vom Wohnwert der verschiedenen Stadtteile geprägt. So läßt sich in den

5 Eine Ausnahme bildet die Stadt Karlsruhe, in der der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen in etwa stagnierte.

Stadtkernen und den alten Zentren der einzelnen Stadtteile mit ihrer häufig überalterten Bausubstanz eine Abwanderung der deutschen Wohnbevölkerung beobachten. Sofern diese Bauten nicht zu Einrichtungen des tertiären Bereichs umgebaut werden und damit die Verödung der Zentren beschleunigen, sondern als Wohnbauten erhalten bleiben, werden sie zunehmend von Ausländern übernommen. Dies führt zu einer Konzentrierung von Ausländern in den betreffenden Stadtteilen. Demgegenüber ist in Neubaugebieten, die zum Stadtrand hin tendieren, der Zuzug von Deutschen zu verzeichnen.

Auch bei der Entwicklung der Wohnbevölkerung in den einzelnen Stadtteilen einer Stadt ergeben sich teilweise beträchtliche Unterschiede im Zeitverlauf. Diese unterschiedliche innerstädtische Entwicklung der deutschen und der ausländischen Wohnbevölkerung wird nachfolgend exemplarisch für die Städte Stuttgart, Mannheim und Freiburg im Breisgau aufgezeigt. Zur vergleichbaren Darstellung wurden dabei jeweils die zentralen, im allgemeinen dem Innenbereich der Städte zuzurechnenden Stadtteile zu einem „Inneren Stadtgebiet“, die periphereren Stadtteile zu einem „Äußeren Stadtgebiet“ zusammengefaßt (vgl. Tabelle 7 im Anhang).

Im Untersuchungszeitraum vom 27.5.1970 bis zum 31.12.1974 ist die Abnahme der deutschen Wohnbevölkerung nach den Unterlagen der kommunalstatistischen Ämter im Inneren Stadtgebiet der Städte Stuttgart, Mannheim und Freiburg im Breisgau generell weit stärker ausgeprägt als in den Stadtteilen des Äußeren Stadtgebietes.

Diese starke Abnahme der deutschen Wohnbevölkerung im Inneren Stadtgebiet der untersuchten Städte ist wohl mit auf den in der Regel großen Bestand an älteren, oftmals mit unzureichenden sanitären Einrichtungen versehenen Wohnungen zurückzuführen,

die den allgemein gestiegenen Wohnansprüchen der deutschen Wohnbevölkerung nicht mehr entsprechen. Der starke Zuzug von Ausländern in diese, von der deutschen Wohnbevölkerung verlassenen Wohnungen, insbesondere in Stuttgart und Mannheim, führt dabei zu einer Konzentration ausländischer Wohnquartiere in den Zentren der Städte, die die sozioökonomische Struktur dieser Städte nachhaltig beeinflussen.

Obwohl in Stuttgart und Mannheim auch die deutsche Wohnbevölkerung im Äußeren Stadtgebiet insgesamt abnimmt⁷, zeigt sich aber, daß einzelne, attraktive Stadtteile des „Äußeren Stadtgebietes“ von der deutschen Wohnbevölkerung deutlich bevorzugt werden. Diese oft relativ „jungen“ Stadtteile am Rande der Städte entsprechen zwar häufig sowohl von der Wohnumwelt als auch von der baulichen Ausstattung der Wohnungen her den gestiegenen Wohnansprüchen der Bevölkerung. Relativ hohe Mietpreise bzw. Kosten für den Erwerb einer Wohnung oder eines Eigenheimes überschreiten jedoch vielfach die finanziellen Vorstellungen und Möglichkeiten eines großen Teils der Bevölkerung. Mit aus diesen Gründen dürfte deshalb auch häufig eine Ansiedlung der die Städte verlassenden Wohnbevölkerung im kostengünstigeren, weiter vom Stadtkern entfernten Umland erfolgen.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Entwicklung und Situation der Großstädte und ihres Umlandes ist ein aktuelles politisches Problem, das nicht nur Eingang in die Landes- und Kommunalpolitik gefunden hat, sondern auch von einer breiten Öffentlichkeit erörtert und diskutiert wird.

⁷ In Freiburg dagegen nimmt die deutsche Wohnbevölkerung im Betrachtungszeitraum im „Äußeren Stadtgebiet“ insgesamt um 8 000 Einwohner zu.

Tabelle 10

Die innerstädtische Entwicklung der Wohnbevölkerung in Stuttgart, Mannheim und Freiburg im Breisgau

Stadt / Stadtgebiet	Bevölkerung insgesamt am					Jeweiliger Ausländeranteil in %				
	27. Mai 1970	31. Dezember 1971	31. Dezember 1972	31. Dezember 1973	31. Dezember 1974	27. Mai 1970	31. Dez. 1971	31. Dez. 1972	31. Dez. 1973	31. Dez. 1974
Stuttgart										
Inneres Stadtgebiet	238 288	231 652	229 037	224 199	217 502	12,2	14,2	16,0	17,9	18,3
Äußeres Stadtgebiet	394 870	397 098	397 651	400 255	394 794	12,2	13,2	14,0	14,9	14,7
Mannheim										
Inneres Stadtgebiet	131 339	128 313	126 323	124 380	123 334	10,1	12,8	14,5	16,2	16,9
Äußeres Stadtgebiet	200 824	202 322	202 088	201 006	197 174	8,1	9,1	9,2	10,2	10,4
Freiburg im Breisgau										
Inneres Stadtgebiet	100 587	99 670	98 945	96 950	95 619	4,9	6,1	7,2	7,8	7,9
Äußeres Stadtgebiet	73 721	77 622	79 606	82 584	83 577	4,8	5,4	5,9	6,6	6,5

Die Abwanderung der Bevölkerung — und insbesondere die Abwanderung der deutschen Wohnbevölkerung — stellt dabei mit das zentrale Problem bei allen Überlegungen und Diskussionen um die Entwicklung der Großstädte dar. Weder die Abwanderung der deutschen Wohnbevölkerung aus den Großstädten noch die daraus resultierenden Folgewirkungen wurden in ihrem Ausmaß zu Beginn dieser Entwicklung erkannt und hinreichend überdacht. Dieser Problemkomplex rückte erst im Laufe der letzten Jahre in seiner ganzen Tragweite ins Bewußtsein.

Zusammenfassend ist zur Entwicklung und Situation der Großstädte festzustellen:

- 1) Die Abnahme der deutschen Wohnbevölkerung in den Großstädten setzt durchweg Mitte bis Ende der 60er Jahre ein und nimmt im Zeitverlauf verstärkt zu.
Gründe für diese Abwanderung der Wohnbevölkerung sind vor allem die gestiegenen Wohnansprüche der deutschen Wohnbevölkerung, die Ausdehnung der Dienstleistungsbereiche, die Beeinträchtigung der Lebensbedingungen durch die zunehmende Umweltbelastung (Lärm, Luftverschmutzung) und damit verbunden mangelnde Attraktivität der Innenstädte, sowie die Verbesserung des Verkehrsangebots.
- 2) Die Bevölkerung nimmt zunächst im näheren Umland der Städte allgemein stark zu. Dieser Prozeß der Verdichtung und Verstädterung des Umlandes der Städte erstreckt sich, besonders während der letzten Jahre, auch auf das vom Stadtkern weiter entfernte Umland.
Die zunehmende Bedeutung des Wohn- und Freizeitwertes im Bewußtsein der Gesellschaft führte mit dazu, daß die die Stadt verlassenden Bewohner sich in Gemeinden im Umland der Stadt ansiedelten, in denen das Wohnen attraktiver schien. Die Ansiedlung der Bevölkerung im Umland der Städte wurde dabei begünstigt durch die im Vergleich zur Stadt billigeren Mietpreise bzw. Baulandpreise, die den Erwerb von Wohnungs- bzw. Hauseigentum oftmals ermöglichten. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse allgemein erleichterten zudem das schnelle Erreichen des Arbeitsortes auch außerhalb des Wohnortes und verstärkten damit den Trend, sich im Umland der Städte niederzulassen.
- 3) Im Vergleich zur Entwicklung der Bevölkerung im weiteren Umland der Städte stagniert die Bevölkerung am Rande der Städte während der letzten Jahre zum Teil oder nimmt sogar leicht ab.
Gründe für diese Entwicklung dürften in den zum Teil „stadtähnlichen Faktoren“ zu suchen sein, die Teile der Bevölkerung veranlassen, sich im weiter entfernten Umland der Städte anzusiedeln.

- 4) In die von der deutschen Wohnbevölkerung verlassenen Wohnungen, besonders im Kern der Städte, ziehen vor allem Ausländer ein. Diese Konzentration ausländischer Wohnbevölkerung im Zentrum der Städte beeinflußt die Gesamtstruktur der Städte wesentlich.

Die relativ billigen Mieten für die Wohnungen in den meist älteren Gebäuden, die oftmals nicht den Ansprüchen der deutschen Wohnbevölkerung gerecht werden, veranlassen vor allem Ausländer, sich in diesen „Wohnquartieren“ einzumieten. Dabei unterbleiben zumeist Maßnahmen zur Sanierung der älteren Wohngebäude und zur Verbesserung ihrer Ausstattung, was den Verfall der bestehenden Wohnsubstanz und die Verödung der Innenstädte beschleunigt.

- 5) Während der letzten Jahre erfolgt eine teilweise Verlagerung industrieller Arbeitsstätten aus der Stadt in das Umland.
Diese teilweise Verlagerung der Arbeitsstätten begünstigt den Trend zur Verstädterung und Verdichtung des Umlandes und hat für die Städte selbst auch nachteilige finanzielle Auswirkungen.
- 6) Die Abwanderung der Wohnbevölkerung aus den Großstädten führt zu Einnahmeverlusten der Städte durch die Minderung der Lohn- und Einkommensteuerzuweisungen.
- 7) Trotz sinkender Einwohnerzahl der Großstädte nimmt das Ausgabevolumen der Städte zunächst nicht ab, da z. B. ein Großteil der infrastrukturellen Einrichtungen der Städte zumeist auch weiterhin durch die zur Arbeit in die Stadt einpendelnde Bevölkerung des Umlandes in Anspruch genommen wird und die Städte nach wie vor zentrale Aufgaben zu erfüllen haben.
Sinkende Einnahmen bei gleichbleibendem oder sogar steigendem Ausgabenvolumen verstärken das zum Teil bereits bestehende Gefälle zwischen der infrastrukturellen Ausstattung der Städte und den Gemeinden des Umlandes.

Ausblick

Die Landesregierung geht davon aus, daß — unabhängig von der Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung — ohne gegensteuernde Maßnahmen die Großstädte weiter an Anziehungskraft für die Wohnbevölkerung verlieren. Durch die weitere Abwanderung der Wohnbevölkerung von der Stadt in das Umland würden aber die bereits bestehenden Stadt-Umland-Probleme noch verschärft werden.

Maßnahmen, die mit dazu beitragen könnten, das Wohnen in den Großstädten wieder attraktiver zu gestalten, könnten z. B. darin bestehen, den Wohnungsbau in den Kernbereichen der Städte zu fördern, erhaltenswerte Wohnquartiere zu sanieren, Altbauwohnungen zu modernisieren, Ruhezonen und Grünflächen zu schaffen und allgemein das

städtische Bewußtsein zu aktivieren. Derartige Maßnahmen dürften auch geeignet sein, die negativen Auswirkungen, die durch die Abwanderung der Bevölkerung aus den Großstädten entstanden sind, zumindest unter Kontrolle zu bringen und damit wenigstens langfristig die Substanz der Großstädte zu wahren. Bei Großstädten, in deren Umland der Verdichtungsprozeß weit fortgeschritten ist oder durch die gebietlichen Erweiterungen im Zuge der Gemeindereform keine entscheidende Entlastung erfahren haben, können Maßnahmen der genannten Art jedoch nur voll wirksam werden, wenn sie in eine die übergeordneten Belange des Gesamtgebietes berücksichtigende Entwicklung eingebettet sind. Die im Bereich der Großstädte Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Pforzheim und Ulm am 1. Januar 1976 entstandenen Nachbarschaftsverbände sind mit der Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung durch die einheitliche Wahrnehmung der Aufgabe der Flächennutzungsplanung wie durch ihre gesetzliche Koordinierungs- und Ausgleichsfunktion hinsichtlich aller raumbedeutsamen Maßnahmen auch unter diesem Aspekt von kaum zu überschätzender Bedeutung.

3.2.3 Empirische Untersuchung der regionalen Konjunktorentwicklung

Das Ziel der Untersuchung besteht darin zu zeigen, in welchem Ausmaß sich der Konjunkturabschwung regional niedergeschlagen hat. Als Ausgangspunkt der Betrachtung wurde das Jahr 1973 als Höhepunkt des gegenwärtigen Konjunkturzyklus gewählt. Schließlich bot sich dieses Jahr auch deshalb an, weil mit Inkrafttreten der Verwaltungsbezirksreform am 1. Januar 1973 das völlig neue Bild der Stadt- und Landkreise verwirklicht wurde.

Um die Ergebnisse in ihrer Vergleichbarkeit nicht durch Änderungen der Kreisgrenzen, die sich im Zuge der Gemeindereform ergeben haben, zu beeinträchtigen, wurde für den gesamten beobachteten Zeitraum für die im folgenden genannten industriestatistischen Merkmale als einheitlicher Gebietsstand der 1. März 1975 zugrunde gelegt:

- *Beschäftigtenzahlen* als Indikator für die Arbeitsplatzentwicklung
- *Arbeiterstunden je Arbeiter* (durchschnittliche Arbeiterzeit) als Indikator für die Auslastung der vorhandenen Arbeitsplatzkapazitäten

Mangels Eignung des übrigen bereichsstatistischen Regionaldatenmaterials für konjunkturanalytische Betrachtungen werden, um auch ein Bild von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in verschiedenen Gebietsteilen zu erhalten, die vom Landesarbeitsamt erhobenen Zahlen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter mitberücksichtigt. Die Daten der Arbeitsverwaltung können regional allerdings erst ab

November 1974 in der jetzt geltenden Bezirkseinteilung präzise im Zeitablauf verglichen werden. Bei der Beurteilung ist in Gebieten mit hohen Pendlerbewegungen zu beachten, daß die Industriebeschäftigten am Arbeitsort, die Arbeitslosen dagegen am Sitz des für die Wohngemeinde des Erwerbslosen zuständigen Arbeitsamtes erfaßt werden.

Als Orientierungsrahmen für die regionale Betrachtung sei ein kurzer Überblick über die Konjunktur-entwicklung im Lande vorangestellt. Die sich Ende 1973 anbahnenden rezessiven Tendenzen beendeten die Phase stark ausgeprägten Wirtschaftswachstums nach der Rezession 1966/67. Der Personalabbau, mit dem sich die Unternehmer der veränderten Nachfragesituation anpaßten, setzte allerdings nur zögernd ein. Zwischen Dezember 1973 und August 1974 war das Angebot an offenen Stellen noch immer größer als die Zahl der Arbeitslosen. Ab Herbst 1974 verschlechterte sich dann die wirtschaftliche Lage zunehmend. Trotz einer sprunghaft hochschnellenden Zahl von Kurzarbeitern wurde der Beschäftigtenstand nun stark abgebaut. Im Frühjahr 1975 wurden mit knapp 4,08 Mill. Erwerbstätigen 230 000 Arbeitskräfte weniger beschäftigt als im Frühjahr 1973. Ab September 1974 waren mehr Arbeitslose als offene Stellen zu verzeichnen. Im Januar 1975 lag die Zahl der Arbeitslosen erstmals über 100 000. Im Dezember erreichte sie mit rund 144 000 und einer Arbeitslosenquote von 4,0% einen neuen Höchststand.

Speziell in der Verarbeitenden Industrie, die für die konjunkturelle Entwicklung der Gesamtwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist, zeigte die Produktion, ungeachtet der damals bereits einsetzenden Mineralölkrise, noch im vierten Quartal 1973 einen neuen absoluten Höchststand (Produktionsindex = 196,0) und stieg die Beschäftigung auf ein seit dem Frühjahr 1971 nicht mehr erreichtes Niveau (1 588 000). Lediglich die arbeitstägliche wie durchschnittliche Arbeitszeit gab infolge der bereits steigenden Kurzarbeiterzahlen und des Überstundenabbaus schon leicht nach. In den ersten beiden Quartalen des Jahres 1974 deutete sich der Konjunktumschwung nun auch in der Industrie an, wenn auch zunächst in noch relativ gemäßigter Ausprägung: vergleichsweise geringes Produktionswachstum und stetige Abnahme der Beschäftigung. Im zweiten Halbjahr schlug sich dann der Abschwung in Zahlen der Input- wie der Outputseite gleichermaßen und ab dem letzten Quartal mit beschleunigender Tendenz nieder. Die Abwärtsentwicklung setzte sich im Verlauf des Jahres 1975 fort und erst im dritten Quartal verdichteten sich die Anhaltspunkte für eine Verlangsamung der Talfahrt und ließen weitere Anzeichen ein absehbares Rezessionsende erhoffen. Die Industrie des Landes beschäftigte im dritten Quartal mit 1 428 000 Personen nur wenig mehr Arbeiter und Angestellte als im Durchschnitt des

Beschäftigungsentwicklung






Veränderung je Kreis im Verhältnis zum Landesdurchschnitt in Prozent

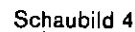


Landesdurchschnitt 3,7%

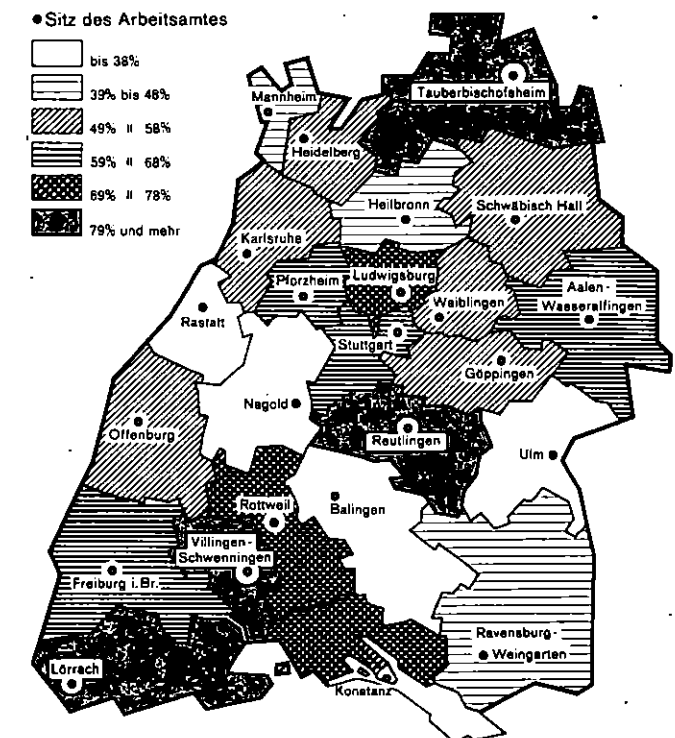


Entwicklung der geleisteten Stunden je Arbeiter

 -5% bis unter -10%
 $\pm 0\%$ || || -5%
 $\pm 0\%$ || || +5%
 +5% || || +10%
 +10% und mehr



Landesdurchschnitt + 58%



Rezessionsjahres 1967 und rund 153 000 Beschäftigte weniger als im Vergleichsquartal 1973. Die industrielle Produktion erreichte im dritten Quartal des Jahres 1975 nicht einmal ganz den Vergleichswert von 1971.

Der skizzierte Konjunkturverlauf hat sich regional auf die Beschäftigungslage insgesamt sowie speziell auf die Beschäftigung in der Industrie recht unterschiedlich ausgewirkt. Die Industriebeschäftigung hat zwar vom dritten Quartal 1973 bis zum dritten Quartal 1975 in allen Kreisen abgenommen, mit Ausnahme vom Stadtkreis Ulm, wo Sonderaufträge die Entwicklung in der Industrie überdeckten. Auch verzeichneten alle Arbeitsamtsbezirke eine Zunahme der Arbeitslosenzahlen und der Arbeitslosenquoten. Trotzdem lassen sich regional unterschiedlich starke Veränderungen feststellen.

In den Ballungsräumen Baden-Württembergs sind zwei auseinandergehende Entwicklungen feststellbar. Die Industriebeschäftigung nahm besonders stark ab im Rhein-Neckar-Kreis und im Landkreis Karlsruhe, in geringerem, aber ebenfalls noch überdurchschnittlichem Maße unter anderem auch in Heidelberg und den Stadt- und Landkreisen Heilbronn. Dabei setzte der Personalabbau hier meist bereits schon in der Frühphase des Konjunkturrückgangs oder noch früher ein. So war die Arbeitslosenquote in den Arbeitsamtsbezirken Mannheim und Heidelberg, die daneben auch den Rhein-Neckar-Kreis mit einschließen, sowie Karlsruhe (einschließlich Stadt Karlsruhe) und Heilbronn bereits frühzeitig überdurchschnittlich hoch, ein Tatbestand, der sich bis heute nicht änderte.

In den dichter industrialisierten Kreisen der Regionalverbände Mittlerer Neckar und Neckar-Alb verringerte sich die Industriebeschäftigung dagegen von 1973 bis 1975 mit Ausnahme der Kreise Stuttgart, Göppingen und Tübingen weniger als im Landesdurchschnitt. Entsprechend günstig verlief die Arbeitslosenentwicklung in den diesen Gebieten zugehörigen Arbeitsamtsbezirken.

Die Unterschiede zwischen den beiden Ballungsgebieten verminderten sich allerdings in den letzten Monaten. Von November 1974 bis Oktober 1975 nahm die Zahl der Arbeitslosen in den Arbeitsamtsbezirken Stuttgart, Ludwigsburg und Reutlingen schneller zu als in den Bezirken Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Heilbronn. In der Beschleunigungsphase des Konjunkturabschwungs war also das Industriegebiet am mittleren Neckar verstärkt betroffen. In den weniger dicht mit Industrie besetzten Räumen im Südwesten, Südosten und Nordosten des Landes verlief die Entwicklung ebenfalls nicht einheitlich. In den Kreisen Lörrach, Waldshut, Konstanz, Emmendingen, Rottweil, Ortenaukreis, Schwarzwald-Baar-Kreis und in den Kreisen Schwäbisch Hall und Ostalbkreis wurde der Beschäftigtenstand in der Industrie stärker abgebaut als im Lan-

desdurchschnitt. Parallel hierzu gestaltete sich die Arbeitslosenquote ungünstig. Im Neckar-Odenwald- und im Main-Tauber-Kreis dagegen sowie in allen Kreisen der Regionalverbände Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben verringerte sich die Zahl der Industriebeschäftigten schwächer als im Landesdurchschnitt. Die Arbeitsamtsbezirke Ulm und Ravensburg verzeichnen daher eine im Vergleich zum Landesdurchschnitt günstige Arbeitslosenquote. Dagegen liegt die Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk Tauberbischofsheim deutlich über dem Landesdurchschnitt, eine Entwicklung, die allerdings erst in den letzten Monaten zu beobachten ist.

Insgesamt gesehen ist die Situation am Arbeitsmarkt sowohl innerhalb der dicht industrialisierten als auch innerhalb der weniger dicht industrialisierten Räume recht unterschiedlich. Hier zeigt sich, daß sich offenbar Einflüsse mit örtlich begrenzter Wirkung in der regionalen Konjunkturentwicklung sehr stark niederschlagen.

Die Arbeitszeit der baden-württembergischen Industriearbeiter ist im Vergleichszeitraum um 17% zurückgegangen. In den Landkreisen Karlsruhe, Rhein-Neckar- und Schwarzwald-Baar-Kreis hat sie sich sogar um mehr als ein Viertel vermindert, das sind, gemessen am Landesdurchschnitt, mindestens rund 10% und mehr. Unter den 20 weiteren Kreisen mit rückläufiger Tendenz befinden sich auch die meisten jener Gebiete, die bereits im Zusammenhang mit ihrer besonders negativen Beschäftigtenentwicklung namentlich erwähnt wurden. Eine positive Arbeiterzeitentwicklung weist ausschließlich der schon besprochene Sonderfall der Stadt Ulm auf. Darüber hinaus haben sich 20 Kreise insofern relativ günstig entwickelt, als der Rückgang der Arbeiterzeit dort weniger stark als im Landesdurchschnitt verlief. Hervorzuheben sind hier Mannheim, dessen Arbeiterzeit nur um 10% zurückging, sowie die Landkreise Böblingen, Enzkreis und Freudenstadt, Tuttlingen und Zollernalbkreis, deren Arbeiterzeit immerhin um mindestens 5% weniger als die des Landes abnahm. Unter den Regionalverbänden haben der Nord-schwarzwald, Neckar-Alb und Donau-Iller relativ am günstigsten, Mittlerer und Südlicher Oberrhein sowie Schwarzwald-Baar-Heuberg am schlechtesten abgeschnitten.

Neben der Entwicklung der Arbeitsplatzkapazitäten und der Produktion liefert die Relation der je Arbeiter geleisteten Arbeiterstunden als Anhaltspunkt für den Auslastungsgrad der vorhandenen Arbeitsplätze eine zusätzliche wichtige Grundlage für die Beurteilung der regionalen Konjunkturlage. Sie ist gewissermaßen auch ein Indiz für das ungefähre Ausmaß der Kurzarbeit in der Industrie. Angesichts des beträchtlichen Beschäftigungsabbaus muß die Verringerung der durchschnittlichen Arbeiterzeit gegenüber dem Vergleichsquartal um fast 6% als noch beachtlich hoch angesehen werden.

Bei der Betrachtung nach Kreisen fällt zunächst auf, daß bei dieser Größe die regionalen Merkmalswerte weniger stark streuen, was möglicherweise dafür spricht, daß der Unterauslastung von Arbeitskapazitäten in allen Gebieten längerfristig finanzielle Grenzen gesetzt sind. So haben sich von insgesamt 21 Kreisen nur Emmendingen, der Schwarzwald-Baar- und der Bodenseekreis sowie der Hohenlohekreis mit einem Rückgang der durchschnittlichen Arbeiterzeit von über 10% erheblich schlechter als der Landesdurchschnitt entwickelt. Parallel hierzu erhöhte sich in den für diese Gebiete überwiegend zuständigen Arbeitsamtsbezirken die Zahl der Kurzarbeiter überdurchschnittlich. Auf der anderen Seite heben sich von den 22 Kreisen mit vergleichsweise geringer Abnahme, lediglich der Sonderfall Ulm weist eine positive Durchschnittsentwicklung auf, nur Böblingen und Mannheim aufgrund des mit nur einem Prozent sehr geringen Rückgangs der je Arbeiter geleisteten Stunden besonders hervor, wobei im Arbeitsamtsbezirk Mannheim die Kurzarbeiterzahl deutlich abgebaut werden konnte.

Insgesamt gesehen fällt auf, daß mehrere Gebiete, die sich aufgrund der Analyse der Beschäftigtenentwicklung als besonders konjunkturanfällig bzw. relativ wenig konjunkturreagibel zeigten, sich bezüglich der durchschnittlichen Arbeiterzeit gerade umgekehrt verhalten. In den Stadtkreisen Stuttgart, Heilbronn und den Landkreisen Göppingen, Heilbronn, Karlsruhe und Rottweil ist die je Arbeiter geleistete Arbeiterzeit, gemessen am Landesdurchschnitt, unterdurchschnittlich gesunken, während der Rückgang der Beschäftigtenzahlen mehr oder minder stark überdurchschnittlich ausfiel. Auf der anderen Seite verlief die Beschäftigtenentwicklung in den Landkreisen Rastatt, Freudenstadt, Breisgau-Hochschwarzwald und Tuttlingen relativ günstig, die durchschnittliche Arbeiterzeit dagegen unterdurchschnittlich. Der erste Fall läßt die Annahme zu, daß es hier verhältnismäßig gut gelungen ist, die Arbeitskapazitäten der veränderten Produktionsnachfrage anzupassen, während in den zuletzt genannten Gebieten, wo im übrigen der Konjunkturabschwung erst viel später als bei den ersteren einsetzte, diese Konsolidierung noch nicht abgeschlossen sein dürfte.

Bemerkenswert an der regional differenzierten Konjunkturentwicklung ist die Tatsache, daß gerade Kreise, die, gemessen z. B. am Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, zu den eher wirtschaftlich schwächeren Gebieten zu rechnen wären, nur verhältnismäßig wenig von dem Abschwung be-

troffen sind. Dies gilt insbesondere für die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Schwäbisch Hall und Calw, in geringerem Umfang aber auch für den Main-Tauber-Kreis, Rastatt und Freudenstadt sowie die Regionalverbände Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben.

Es liegt nahe, die differenzierte Konjunkturentwicklung mit der unterschiedlichen Industriestruktur in den Kreisen in Verbindung zu bringen. Eine eingehende Analyse der Strukturfaktoren dergestalt, daß hier von möglicherweise eine allgemeine Aussage abgeleitet werden könnte, muß umfassenderen und bedeutend aufwendigeren Untersuchungen vorbehalten bleiben. So läßt sich unter der Einschränkung, daß regionale Sonderentwicklungen vom Gewicht her so stark sein können, um die konjunkturelle Grundtendenz zu überdecken, nur feststellen, daß sich die besonders starken Konjunkturerinbrüche auf bestimmte Industriezweige im Lande, z. B. gemessen an absoluten Beschäftigungsverlusten im Maschinenbau, der Elektrotechnik, der Textilindustrie oder Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, konzentrieren, so daß sie sich bei entsprechend ähnlicher Industriestruktur auf bestimmte Gebiete lokalisieren. So hat z. B. Stuttgart allein im Maschinenbau und der Elektrotechnik mehr als die Hälfte der gesamten Arbeitsplatzeinbußen zu verzeichnen, während Böblingen, dessen Beschäftigungsschwergewicht im Fahrzeugbau liegt, wie auch der gesamte Industriezweig relativ günstig abschneidet.

Die seit wenigen Monaten in weiten Bereichen der Industrie und jüngst auch im Baugewerbe gebesserte Auftragsentwicklung, die bereits steigende Produktion in der Schlüsselindustrie Fahrzeugbau und der Abbau der Kurzarbeit können bei Verstetigung dieser Tendenz als Vorboten einer allgemeinen Konjunkturwende interpretiert werden. Dann werden jene Gebiete von dem Wiederaufschwung am schnellsten profitieren, in denen die Schlüsselindustrien selbst und/oder stark mit diesen verflochtene Zuliefererbranchen angesiedelt sind. Man kann davon ausgehen, daß die in der Rezession mit am stärksten und frühzeitig benachteiligten Kreise, meist solche mit hohen Anteilen in der Investitionsgüterproduktion und Eisen- und Metallherstellung, sich auch relativ rasch wieder erholen werden (z. B. Stuttgart, Rhein-Neckar-Kreis, Landkreis Karlsruhe). Entsprechend werden andere Gebiete, deren Schwergewicht mehr im Verbrauchsgüterbereich liegt, erst später und voraussichtlich auch schwächer im Falle des Aufschwungs ergriffen.

3.3 Bildung

Der anhaltende Rückgang der Geburten macht in Verbindung mit der wirtschaftlichen Gesamtsituation einige der im Bildungswesen entstandenen Problem-bereiche deutlich. Seit 1967 sind die Jahrgangsstärken erheblich zurückgegangen; 1975 lag die Gesamtzahl der Geburten nur bei rund 98 000 (1966: 161 000). Als Folge sind Investitionen in Bildungseinrichtungen zur Erweiterung oder Verbesserung ihrer Kapazitäten zu überprüfen. Die niedrigere Geburtenrate zeichnet sich in den Eingangsklassen der Grundschulen bereits seit 1971 ab und zeigt sich jetzt erstmals auch in den Eingangsklassen der weiterführenden Schulen. Die Gesamtzahl der Grundschüler hat seit 1971 kontinuierlich abgenommen; in absehbarer Zeit wird es zu einer Entlastung der Realschulen und Gymnasien kommen und in etwa 10 Jahren auch zu einer der Hochschulen.

3.3.1 Absolventen

Rund 50 000 Hauptschüler kamen mit Abschluß des Schuljahres 1974/75 auf den Arbeitsmarkt zu. Haben schon in Zeiten normaler wirtschaftlicher Entwicklung diejenigen ohne Hauptschulabschluß und die Sonderschüler Schwierigkeiten, geeignete Arbeitsplätze zu finden, so war dieser Kreis von der derzeitigen wirtschaftlichen Situation auch besonders betroffen.

Im Schuljahr 1974/75 hatten von den rund 65 000 Berufsschülern im 1. Ausbildungsjahr (darunter 28 200 weibliche) 12% (10%) keinen Hauptschulabschluß. Der Anteil dieser Jugendlichen hatte im vorangegangenen Schuljahr nur 10% (weiblich 10%) betragen; die Quote ist also noch einmal nicht unbedeutend angestiegen. Während aber die Zahl der Berufsschüler im 1. Ausbildungsjahr gegenüber dem Schuljahr 1973/74 um fast 11% zurückgegangen ist, nahm die Zahl der Schüler ohne Hauptschulabschluß im gleichen Zeitraum sogar um knapp 3% zu. Diese Situation ist jedoch im Vergleich zu den anderen Bundesländern noch relativ günstig, denn Baden-Württemberg weist trotz seines vergleichsweise hohen Ausländeranteils immer noch eine der günstigsten Quoten auf. Insbesondere für arbeitssuchende Jugendliche, die noch nicht 18 Jahre alt waren und die noch keine oder nur wenig Berufspraxis hatten, erlangt der Schulabschluß eine zunehmende Bedeutung¹. Da die Zahl der die Hauptschulen in den nächsten Jahren verlassenden Schüler wegen der stärkeren Geburtenjahrgänge größer werden wird, verdient das sich hier abzeichnende Problem im Rahmen der Bildungspolitik besondere Beachtung.

Staatliche Hilfsmaßnahmen zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene stand 1975 im Bereich der beruflichen Schulen das Bemühen um die Sicherung der Ausbildungs- und Arbeitsplätze im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten.

Mit dem Schulentwicklungsplan II, dem Akademienplan sowie dem Aktionsprogramm für das berufliche Schulwesen hat das Land ein Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung und Verbesserung der beruflichen Bildung vorgelegt. Über ein Sonderprogramm wurden Maßnahmen zur Arbeits- und Ausbildungsplatzbeschaffung eingeleitet sowie Grund- und Berufsvorbereitungslehrgänge für ungelernte Arbeitslose und noch nicht berufsreife Jugendliche besonders gefördert.

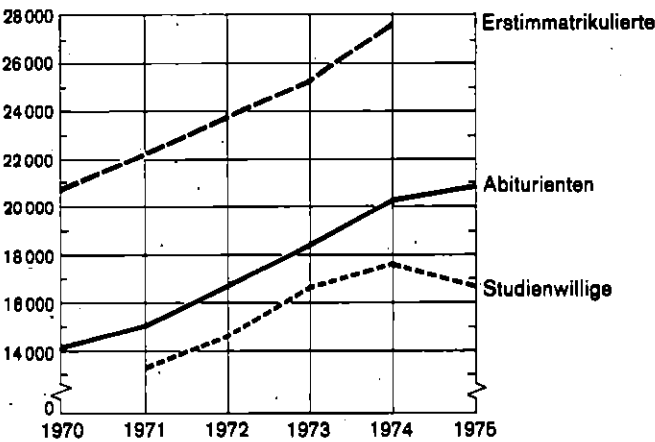
Auch an den Berufsschulen soll die Effizienz der Ausbildung durch innere Reformen gesteigert werden. Zu diesem Zweck wurde an verschiedenen Modellschulen die Gestaltung des Wahlpflichtbereichs erprobt und auf andere Schulen übertragen. Stützkurse sollen Schülern, die Lücken in ihrer Vorbildung haben und keine ausreichenden Leistungen erzielen, zum Bestehen der Abschlußprüfungen oder zu einem besseren Notendurchschnitt verhelfen. Daneben sieht das neue Programm für die Gestaltung des Wahlpflichtbereichs erweiternde Kurse für Schüler mit befriedigenden Leistungen in den Pflichtfächern vor. Hierbei handelt es sich um fachbezogene, allgemeinbildende oder schultypübergreifende Kurse. Daneben wurde die Möglichkeit geschaffen, über ein weiteres Programm zusammen mit der Berufsschulabschlußprüfung die Fachschulreife zu erlangen.

Das bereits seit 1974 vorliegende, aber erst 1975 endgültig gebilligte Entwicklungsprogramm für überbetriebliche Ausbildungsstätten soll mit einem Mittelaufwand von 12 Millionen Mark im Jahre 1975 kurzfristig die derzeitige Lehrstellenknappheit vermindern und langfristig die Ausbildung im beruflichen Schulwesen verbessern. Die überbetriebliche Ausbildung soll jedoch nicht den Charakter eines Ersatzes der betrieblichen Ausbildung erhalten, sondern diese lediglich ergänzen. Die Trägerschaft wird nicht vom Land übernommen, sondern den Organisationen der Wirtschaft überlassen, die unter bestimmten Voraussetzungen staatliche Zuschüsse erhalten.

¹ Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt und dem Lehrstellenangebot vgl. die ausführliche Darstellung im Kapitel 3.5 Arbeitsmarkt.

Schaubild 1

Abiturienten, Studienwillige und Erstimmatrikulierte ¹⁾ 1970 bis 1975



¹⁾ Neueingeschriebene Studenten an allen Hochschulen zusammen; jeweiliges Sommersemester und darauffolgendes Wintersemester

38175

Erstmals Bonus für die Bewerber um Studienplätze aus Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wurden im Schuljahr 1974/75 fast genau 21 000 Schüler zur Hochschulreife (ohne Fachhochschulreife) geführt. Durchschnittlich haben insgesamt 15,7% eines Geburtsjahrgangs (im Vorjahr 15,4%) die Hochschulreife erreicht.

Bei der Bewerbung um einen der unter Zulassungsbeschränkungen stehenden Studienplätze haben die Kandidaten aus Baden-Württemberg 1975 erstmals seit Vergabe durch die zentrale Verteilungsstelle Anspruch auf einen Bonus von 0,1 Punkten. Die Frage einer adäquaten Zulassungsquote kann nur durch eine differenzierte Betrachtung nach Studienfächern abschließend beurteilt werden und nicht allein im Hinblick auf die zugeteilte Globalquote, die sich einschließlich des Nachrückverfahrens für das Sommersemester 1974 und das Wintersemester 1974/75 ergibt. Bei einem Anteil von 14,9% an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebiets und von 15,4% an der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 21 Jahren, hat Baden-Württemberg im Studienjahr 1974/75 15,1% aller zulassungsbeschränkten Studienplätze erhalten und somit einen nicht ganz seiner Bevölkerung entsprechenden Anteil. Allerdings handelt es sich um die Gesamtzahl der Zulassungen aus Leistungen, Warte- und Härtefällen; im reinen Leistungsbereich ist Baden-Württemberg dagegen noch deutlich unterrepräsentiert. Zu berücksichtigen ist

jedoch, daß Baden-Württemberg allein 17,8% der zur Verteilung kommenden Studienplätze zur Verfügung stellt. Das heißt also, daß das Land zwar mehr Studienplätze erhalten hat als es seinem Bevölkerungsanteil entspricht, aber dennoch nicht soviel, wie es aufgrund seiner Bemühungen um den Ausbau der Hochschulkapazitäten erwarten könnte. Baden-Württemberg hat im Gegensatz zu einer Reihe von anderen Bundesländern den Ausbau seiner Hochschulkapazität an den im Lande erworbenen Hochschulberechtigungen orientiert.

Untersucht man nun, wie sich die Zulassungsquoten im Studienjahr 1974/75 auf die einzelnen Studienfächer verteilen, dann zeigt sich, daß gerade in den Studienfächern, denen man allgemein die größte Bedeutung beimißt, baden-württembergische Studenten unterrepräsentiert sind:

	Anteil in % an den Studienplätzen	Zulassungen
Pharmazie	16,7	13,8
Allgemeine Medizin	16,0	13,7
Zahnmedizin	15,1	12,2

Legt man die Anteilquote von 15,4% an der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 21 Jahren als Vergleich zugrunde, dann erhält Baden-Württemberg für folgende Fächer höhere Zulassungsquoten als es seinem Bevölkerungsanteil entspricht:

Studienfach	Zulassungen	
	Anzahl	in % des Bundesgebiets
Architektur	320	16,8
Biochemie	25	26,3
Chemie	930	15,7
Lebensmittelchemie	58	17,0
Bauingen.-wesen	510	18,1
Elektrotechnik	642	19,6
Lehramt an Gymnasien	774	17,9

Außer in Elektrotechnik und dem zahlenmäßig unbedeutenden Fach Lebensmittelchemie bleiben die Zulassungsquoten jeweils unter dem Anteil, den das Land dem Bund an Studienplätzen zur Verfügung stellt.

Ob die Berücksichtigung baden-württembergischer Studenten in den Studienfächern, in denen diese bisher unterrepräsentiert waren, infolge des Bonus von 0,1 Punkten auf die Abiturnote im Studienjahr 1975/76 günstiger war, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

Neue Programme im Bildungswesen

Eine in die Zukunft gerichtete langfristige Konzeption stellt neben dem Schulentwicklungsplan II der – allerdings noch nicht endgültig verabschiedete – Akademieplan dar, der die berufliche Bildung attraktiver und konkurrenzfähiger machen soll. Er umfaßt den Bereich der beruflichen Schulen mit höherqualifizierendem Abschluß; das sind Berufsfachschulen, die auf einem mittleren Abschluß aufbauen, Fachschulen, Technikerschulen, Meisterschulen und Berufsakademien. Die Einrichtung der Berufsakademie hat in der interessierten Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit erzielt, weil sie – angesichts steigender Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen – Abiturienten eine Alternative zum Hochschulstudium bietet und somit zur Anpassung der Ausbildungseinrichtungen an die veränderte Arbeitsmarktsituation beiträgt. Hierbei wurde das duale System der Ausbildung in den tertiären Bereich übertragen. Der praktische Teil der Berufsausbildung erfolgt am Arbeitsplatz sowie in der überbetrieblichen Ausbildungsstätte, während der theoretische Teil des Ausbildungsganges an der staatlichen Studienakademie vermittelt wird. Bis 1975 haben insgesamt drei Berufsakademien in Stuttgart, Mannheim und Villingen-Schwenningen mit derzeit rund 500 Schülern ihre Tätigkeit aufgenommen. Rund 300 Abiturienten haben 1975 hier ihre Ausbildung begonnen. Wie aus der Zahl der eingegangenen Bewerbungen und den von den Abiturienten geäußerten Studienwünschen hervorgeht, wird dieser Ausbildungsgang als attraktive Alternative zum Hochschulstudium angesehen.

3.3.2 Die Entwicklung des Lehrerbestandes

Etwa 7 000 Lehramtskandidaten kommen zur Zeit jährlich von den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten. Haben sie eine Chance, als Lehrer in den Landesdienst übernommen zu werden? Eine in den letzten 15 Jahren zahlenmäßig bereits verdoppelte und dabei stark verjüngte Lehrerschaft steht in Zukunft immer kleineren Schülerjahrgängen gegen-

über. Die besondere Schwierigkeit liegt jedoch darin, daß zuvor noch die geburtenstarken Jahrgänge das Schulsystem durchlaufen und für ihre optimale Versorgung weitere Lehrer benötigt würden.

Kaum eine andere Entwicklung ist so stürmisch verlaufen, wie die des Lehrerbestandes. Im Schuljahr 1960/61 gab es an den allgemeinbildenden Schulen 26 400 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer. Als im Jahr 1966 dem Landtag das Strukturmodell für die Lehrerbildung vorgelegt wurde, hatte sich ihre Zahl auf etwa 32 000 erhöht. Mit dem Strukturmodell sollte einerseits die Unterrichtskapazität auf die geburtenstarken Jahrgänge der Jahre 1961 bis 1963 vorbereitet werden und andererseits die qualitative Bildungsreform – erweitertes Bildungsangebot und vergrößerte vertikale Durchlässigkeit – gelöst werden. Bis zum Schuljahr 1970/71 war die Zahl der hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer an allgemeinbildenden Schulen auf rund 44 000 angestiegen, d. h. im Zeitraum von 10 Jahren um etwa zwei Drittel. Demgegenüber hatte die Zahl der Schüler in diesem Zeitraum nur um 49% zugenommen. Rein rechnerisch ergibt sich damit für die allgemeinbildenden Schulen eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relationen zwischen 1960/61 und 1970/71 von 32,9 auf 29,3. Besonders stark waren die Veränderungen im Lehrerbestand bei den Sonderschulen und Realschulen mit ihren speziellen bildungspolitischen Aufgaben sowie bei den Gymnasien. So stieg im Vergleichszeitraum die Zahl der Lehrer an Sonderschulen um 386%, an Realschulen um über 260% und an Gymnasien um 67% an.

Nicht ganz so stark vollzog sich die Entwicklung des Lehrerbestandes an den beruflichen Schulen. 1960 waren an ihnen 5 360 Lehrer hauptamtlich beschäftigt. Bis 1970 erhöhte sich ihre Zahl auf 6 770, also um 26%. Nach 1970/71 setzte sich immer stärker die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines parallelen Ausbaus des beruflichen Schulwesens durch. Allein zwischen 1970 und 1972 erhöhte sich die Zahl der hauptamtlichen Lehrer an beruflichen Schulen so stark wie in den 10 Jahren

Tabelle 1
Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen 1975

Schularten	Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer		Teilbeschäftigte Lehrer		Stundenweise-beschäftigte Lehrer	
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich
Grund- und Hauptschulen	29 685	16 745	4 209	4 047	6 806	3 171
Sonderschulen	4 991	3 182	293	288	355	248
Realschulen	7 590	3 390	562	532	1 025	399
Gymnasien	11 353	3 487	1 458	1 177	1 930	722

vorher; sie stieg auf fast 8 000 an. Diese Tendenz setzte sich bis 1975 fort, so daß derzeit fast 10 000 Lehrer an den beruflichen Schulen tätig sind.

Aber auch im allgemeinbildenden Schulwesen waren zwischen 1970 und 1975 nochmals starke Zunahmen im Lehrerbstand zu verzeichnen, insbesondere wieder an Realschulen und Gymnasien und vor allem an Sonderschulen. Der Lehrerbstand an den Grund- und Hauptschulen erhöhte sich im Vergleichszeitraum um rund 2 330 Personen; an Realschulen stieg er um 2 620 und an Gymnasien um 2 500 Lehrpersonen an.

Tabelle 2
Anteil der Klassen nach Klassenstärken an Öffentlichen Allgemeinbildenden Schulen 1975 1)

Schularten	Zahl der Schüler					
	unter 20	21-25	26-30	31-35	36-40	41 u. mehr
	%					
Grundschule 2)	1,7	13,7	29,2	33,4	18,1	3,8
Hauptschule 2)	1,8	16,3	30,8	29,4	16,5	5,2
Realschule	1,1	8,9	26,7	39,3	21,9	2,1
Gymnasium	13,1	18,4	21,9	27,5	17,8	1,3

1) Aussagen über die Klassengröße geben nur bedingt ein Bild über die konkrete Unterrichtssituation, da in ganz erheblichem Umfang durch Teilung der Klassen und Differenzierungsmaßnahmen das Unterrichtsangebot günstiger ist.

2) Ohne Klassen an nicht vollausgebauten Schulen.

An den Grundschulen waren in den vergangenen Jahren die Klassenstärken am höchsten. Nach dem bei den Studenten der Pädagogischen Hochschulen ermittelten Stufenschwerpunkt entscheiden sich im Durchschnitt nur rund 40% aller Studenten für den Stufenschwerpunkt Grundschule und 60% für den Stufenschwerpunkt Hauptschule. Vom Bedarf her gesehen müßte das Verhältnis gerade umgekehrt sein. Im Zuge des Zulassungsverfahrens wird diesem Gesichtspunkt neuerdings Rechnung getragen. Auch sind wegen der kleiner werdenden Einschulungsjahrgänge Verbesserungen zu erwarten.

Die starke zahlenmäßige Veränderung im Lehrerbstand wirkte sich natürlich auch auf die Schüler-Lehrer-Relation positiv aus, da die Zahl der Lehrer im Vergleich zu der der Schüler überproportional angestiegen war. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß im Verlauf der letzten Jahre die Zahl der teilzeit- und stundenweise beschäftigten Lehrer an allen Schularten stark zugenommen hat. So ist allein seit dem Schuljahr 1970/71 die Zahl der teilzeitbeschäftigten Lehrer an Grund- und Hauptschulen von 2 400 bis 1974/75 auf über 4 200 angestiegen (+ 75%); an den beruflichen Schulen erhöhte sie sich sogar um über 85%.

Die Veränderung der Schüler-Lehrer-Relationen unter anteilmäßiger Einbeziehung der teilzeitbeschäftigten Lehrer an den einzelnen Schularten ergibt sich aus nachstehender Übersicht:

Schuljahr	Grund- u. Hauptschulen	Sonder-schulen	Real-schulen	Gymna-sien	Berufli. Schulen
1960/61	36,2	19,8	30,6	21,6	44,5
1970/71	32,2	14,4	26,0	21,1	42,6
1974/75	28,9	10,9	23,9	21,2	34,0

Es muß jedoch in diesem Zusammenhang immer wieder darauf verwiesen werden, daß es sich bei diesen Zahlen um rechnerische Durchschnittsgrößen handelt. Das tatsächliche Schüler-Lehrer-Verhältnis kann klassenweise und regional extrem nach oben und unten abweichen.

Hinsichtlich der Schüler-Lehrer-Relationen weist Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich gute Verhältnisse auf. Sowohl bei den allgemeinbildenden Schulen insgesamt als auch bei den beruflichen Schulen insgesamt hat (Stand 1973) kein anderer Flächenstaat so niedrige Quoten aufzuweisen. Auch für die einzelnen Schularten ergeben sich auf diesem Gebiet Spitzenpositionen, mit Ausnahme bei den Gymnasien, bei denen das Land gerade den Bundesdurchschnitt erreicht.

Weitere Entwicklung der Lehrerstellen

Bis zum Jahr 1977 wächst die Schülerzahl in diesem Bereich noch an. In den Jahren danach würde der Rückgang der Gesamtschülerzahl rechnerisch bereits zu Verbesserungen der Schüler-Lehrer-Relation führen, auch wenn die Stellenzahl nicht mehr erhöht werden sollte. In diesem Falle würden jedoch Umschichtungen der Stellen in der Weise erforderlich sein, daß mit dem durch das allgemeinbildende Schulsystem wandernden "Schülerberg" ein entsprechendes Lehrerangebot in den einzelnen Schularten und Schulstufen parallel laufen müßte. Dieser "Schülerberg", der in den einzelnen Schularten und Schulstufen zu unterschiedlichen Belastungen führen wird, wird in folgenden Jahren seinen Höhepunkt erreichen:

Hauptschulen	1977 bis 1979
Realschulen	1977 bis 1979
Gymnasien, 5. bis 10. Klassenstufe	1977 bis 1979
Gymnasien, 11. bis 13. Klassenstufe	1982 bis 1985
Berufli. Vollzeitschulen	1980 bis 1983
Berufsschulen	1980 bis 1983

Bei einer Stellenumschichtung handelt es sich jedoch nicht allein um ein globales Stellenproblem. Lehrer mit bestimmten Lehrämtern sind nicht beliebig in den einzelnen Schularten einsetzbar. Insbesondere wenn in den Jahren 1982 bis 1985 die erhöhte Schülerzahl in den gymnasialen Oberstufen erwartet wird, muß nicht nur die Lehrerzahl ausreichend sein, sondern die Qualifikation dieser Lehrer dem speziellen Unterrichtsbedarf entsprechen.

Aufgrund der Finanzkrise ist ungewiß, ob zusätzliche Stellen bereitgestellt werden können, zumal im Jahr 1976 aufgrund der gesamten Stellenzahl die Richtwerte des Bildungsgesamtplans für die Relation Schüler je Lehrer nahezu erreicht sein werden. Vorgesehen ist, daß die für das Schuljahr 1974/75 im Haushalt ausgewiesenen 60 956 Lehrerstellen im Schuljahr 1975/76 auf 63 305 und im Schuljahr 1976/77 auf 64 344 erweitert werden.

b) berufliche Schulen

Im Staatshaushaltsplan waren für 1974 noch 963 neue Lehrerstellen aufgenommen, während die Haushaltspläne für 1975 und 1976 wegen der angespannten Haushaltslage nur noch 598 bzw. 555 neue Lehrerstellen vorsehen. Hierbei kann sich die Realisierung der im Schulentwicklungsplan II für die einzelnen beruflichen Schulen vorgesehenen Schüler-Lehrer-Relationen bei dreizehn Wochenunterrichtsstunden bis zum Jahre 1980 verzögern. Dennoch soll nach dem von der Bund-Länder-Kommission verabschiedeten Stufenplan zur Verbesserung der Situation der beruflichen Bildung der Berufsschulunterricht im ersten Lehrjahr bereits 1978 auf 12 Wochenstunden erhöht werden. Da für die Jahre nach 1982 ein Sinken der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen durch den 1966 einsetzenden Geburtenrückgang zu erwarten ist, muß rechtzeitig geprüft werden, ob für die Jahre nach 1982 nicht allein die Verringerung der Schülerzahlen ausreicht, um die angestrebte Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation zu erreichen.

Fast ein Viertel der Universitätsstudenten wollen ein Lehramt erwerben

Im Vergleich zu den vorangegangenen Semestern hat sich an den Universitäten das Interesse der Studenten für ein Lehramtsstudium weiter erhöht; fast ein Viertel aller Studenten arbeiten jetzt auf dieses Studienziel hin. Ebenfalls weiter ansteigend ist der Zugang an Studentinnen und dies, ohne daß ein erkennbares Nachlassen der Studienneigung von Mädchen für das Studium an Pädagogischen Hochschulen erkennbar wäre. An den Universitäten ist

die Quote der Studentinnen bereits auf rund 29% angewachsen; an den Pädagogischen Hochschulen liegt sie bereits seit mehreren Jahren bei etwa 62%.

Seit dem Wintersemester 1975/76 besteht an den Pädagogischen Hochschulen des Landes generelle Zulassungsbeschränkung. Da die Zulassungen nach den vorhandenen Studienplätzen und nicht orientiert an dem in den einzelnen Schularten voraussichtlich zu erwartenden Lehrer- und Unterrichtsbedarf erteilt werden, laufen Unterrichtsbedarf und Lehrbefähigungen auseinander. Wie der tatsächliche Unterrichtsbedarf und der Anteil der Lehrbefähigung in einigen Studienfächern bei den Studienreferendaren der Gymnasien im Jahr 1975 divergieren, zeigt nachfolgende Übersicht:

Tabelle 3

Lehrbefähigungen von Studienreferendaren 1975

Lehrbefähigung	Anteil der Lehrbefähigung	Unterrichtsbedarf
----------------	---------------------------	-------------------

Mehr Lehrbefähigungen als Unterrichtsbedarf

Französisch	9,3	8,5
Physik	8,3	3,7
Chemie	5,1	3,1
Biologie	7,0	5,6
Geographie	5,8	4,7

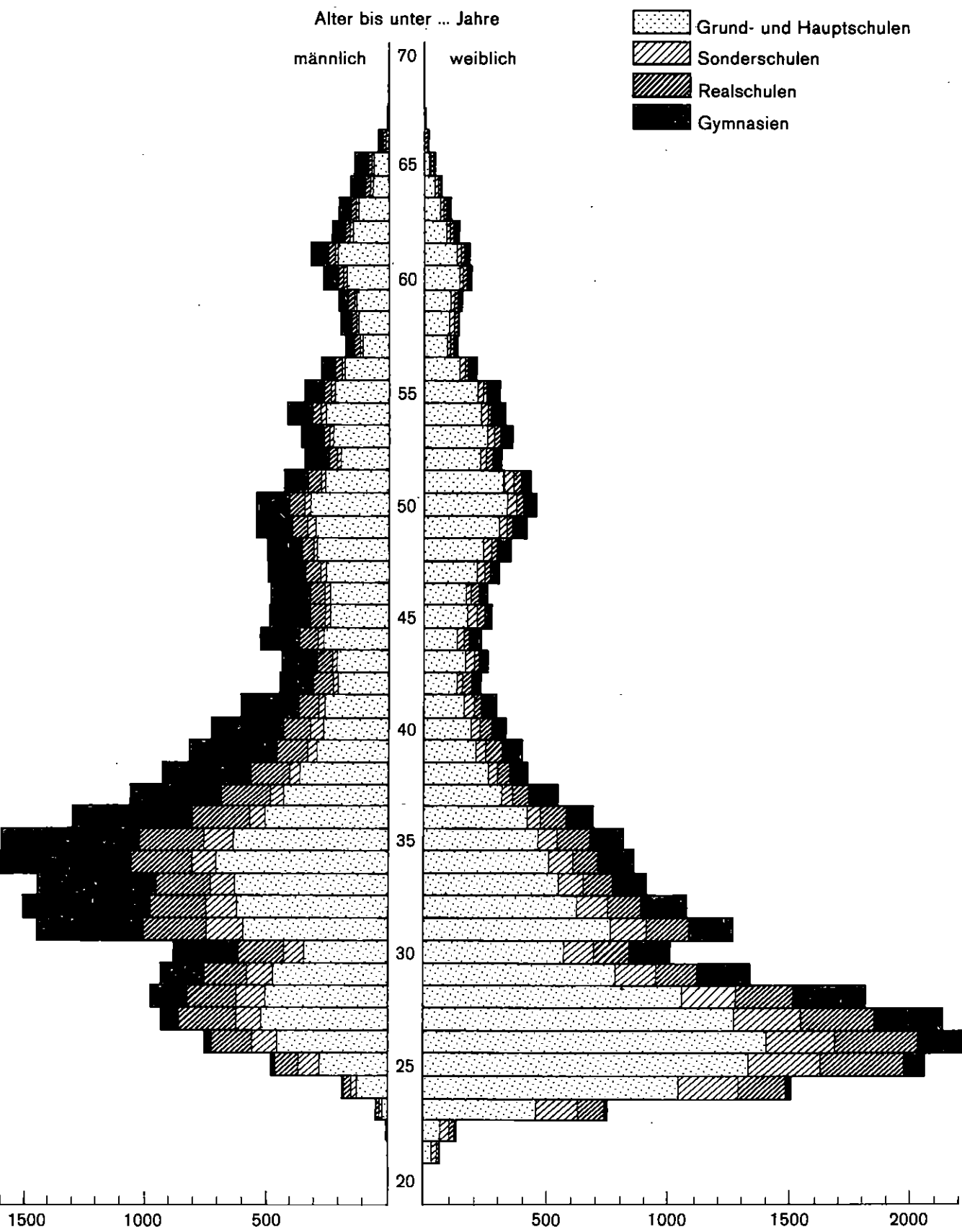
Mehr Unterrichtsbedarf als Lehrbefähigung

Evang. Theologie	0,8	3,5
Kath. Theologie	1,4	3,2
Englisch	11,8	12,4
Latein	2,6	5,1
Mathematik	11,7	13,2
Kunsterziehung	1,6	4,7
Musik	2,5	4,4
Leibesübungen	6,6	8,8

Einzig in den Fächern Deutsch und Geschichte bzw. politische Wissenschaft entspricht der Anteil der Lehrbefähigungen der Referendare dem tatsächlichen Unterrichtsbedarf. Die Belegung von Leistungskursen durch die Schüler an den reformierten Oberstufen läßt darauf schließen, daß vermutlich auch in absehbarer Zeit der Unterrichtsbedarf in den Fächern Theologie, Kunsterziehung und Musik mit den vorhandenen Lehrbefähigungen nicht in Einklang gebracht werden kann, während sich der Überhang an Lehrbefähigungen zumindest in den Fächern Französisch, Physik und Biologie in den nächsten Jahren noch erweitern dürfte.

Schaubild 2

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte in Baden-Württemberg
Stand 11.9.1974



Allerdings müßte zu einer abschließenden Beurteilung der Situation im Unterrichtsbedarf die Verteilung der Lehrbefähigungen im derzeitigen Lehrerbestand mitberücksichtigt werden sowie das Problem der Substituierbarkeit bei Mangelfächern durch Lehrbefähigungen in verwandten Fächern näher untersucht werden.

Veränderung der Altersstruktur der Lehrer

Mit der seit dem Schuljahr 1960/61 eingetretenen Verdoppelung des Lehrerbstandes war auch eine strukturelle Wandlung in der Form verbunden, daß sich Ausbildungsrichtungen und Altersaufbau der Lehrerschaft entscheidend verändert haben. Auf den künftigen Lehrerbbedarf wirkt sich insbesondere die Altersstruktur aus. Während im Schuljahr 1960/61 – trotz der in den Jahren davor bereits schon nachhaltig verbesserten Altersgliederung – die Hälfte aller im allgemeinbildenden Schulwesen tätigen Lehrkräfte jünger als 41 Jahre war, ist seit dem Schuljahr 1970/71 die Hälfte aller Lehrer sogar jünger als 34 Jahre.

Diese Entwicklung ist im wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt worden.

Zwischen dem Altersaufbau der Lehrerschaft und dem der Wohnbevölkerung besteht eine enge Verflechtung. Die Zonen der Geburtenausfälle während des ersten und zweiten Weltkrieges zeichnen sich hier wie dort deutlich ab. Auf die Verjüngung des Lehrkörpers hatte zunächst das Ausscheiden der 1960 noch stark besetzten älteren Jahrgänge größeren Einfluß. So betrug 1960/61 der Anteil der 55-jährigen und älteren Lehrer rund 27%. Dieser Anteil ging bis zum Schuljahr 1974/75 um 3 000 Personen auf nur 8% zurück. Infolge der derzeitigen Altersstruktur zeichnet sich heute bereits ab, daß nach 1990 wieder mit einem deutlichen Ansteigen des Bestandes an über 55 Jahre alten Lehrern gerechnet werden muß.

Die starke Feminisierung des Lehrkörpers ist durch die vergleichsweise kurzen Studiengänge an den Pädagogischen Hochschulen und den Erwerb der kleinen Fakultas an Universitäten begünstigt worden. Das zahlenmäßige Verhältnis von Lehrerinnen zu Lehrern an den einzelnen Schularten der allgemeinbildenden Schulen hat sich deshalb zwischen den Schuljahren 1960/61 und 1974/75 insgesamt stark zugunsten der Frauen verschoben. Der nach Schularten erheblich voneinander abweichende Feminisierungsgrad wirkt sich auch unterschiedlich auf den Ersatzbedarf aus.

Anteil der Lehrerinnen in den einzelnen Schularten der allgemeinbildenden Schulen in %:

Schuljahr	Grund- u. Hauptschulen	Sonderschulen	Realschulen	Gymnasien
1960/61	42	37	42	27
1974/75	56	64	45	31

An allen Schularten der allgemeinbildenden Schulen veränderten mehr und jüngere Lehrerinnen den Lehrerbstand. Im Schuljahr 1974/75 sind von allen hauptamtlichen Lehrkräften, die jünger als 35 Jahre alt sind, 58% Lehrerinnen (1960: 36%), während die Lehrerinnen an der Gesamtheit der Lehrerschaft nur 50% ausmachen. An Sonderschulen und Realschulen sind sogar drei Viertel aller Lehrerinnen jünger als 35 Jahre alt.

Aufgrund der seit 1969 beim Statistischen Landesamt geführten Lehrer-Individualdatei ist es möglich, die Lehrerbewegung in Kombination von Altersjahren und Bewegungsgründen zu analysieren; eine genauere Untersuchung ist in Vorbereitung.

Im Schuljahr 1973/74 sind insgesamt 6 800 Lehrkräfte neu in den Schuldienst übernommen worden, andererseits sind 3 500 – darunter 580 durch Eintritt in den Ruhestand – ausgeschieden. Rund 80% aller Zugänge kamen direkt von den Ausbildungsstätten. In dieser Zugangsgruppe liegt bei den Frauen das Schwergewicht (67%) in der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre, bei den Männern (50%) meist infolge Wehrdienst und längerer Ausbildungszeit (große Fakultas) in der Altersgruppe 25 bis unter 30 Jahre. Im Jahr 1974 hat das Land 530 Lehrkräfte (8%) durch Zugänge aus anderen Bundesländern gewonnen, andererseits wechselten 270 Lehrer in den Schuldienst anderer Bundesländer über.

Die Quote für die Rückkehr von ausgeschiedenen Lehrerinnen in den Schuldienst hat seit 1972 stetig abgenommen. Sie betrug 1972 rund 8% aller zugegangenen Lehrerinnen und ist seither auf 4% gesunken. Im Jahr 1974 sind insgesamt 170 Lehrerinnen in den Schuldienst zurückgekehrt.

3.3.3 Weiterbildung

Der Weiterbildung wird angesichts der sich ständig verändernden Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen und der damit vielschichtiger und komplexer werdenden Probleme gesellschaftspolitisch zunehmende Bedeutung zugeschrieben. Besonders jetzt, da das Bildungsbewußtsein wieder stärker auf berufliche Ausbildung mit den Schranken der Erreichbarkeit und Zweckmäßigkeit ausgerichtet sein muß, wird Weiterbildung zur Persönlichkeitsformung und zur Befriedigung des einzelnen eine größere Rolle spielen. Der Forderung der Bildungspolitiker, den Weiterbildungsbereich zu einem vierten Hauptbereich innerhalb des Bildungssektors weiterzuentwickeln, sind zunächst noch finanzielle Grenzen gesetzt. Aber auch die konzeptionelle und methodische Diskussion muß noch weiterentwickelt werden.

Über 5 000 Weiterbildungsinstitutionen

Aufgrund der in Baden-Württemberg durchgeführten Modellerhebung läßt sich bezüglich der Struktur der Weiterbildung feststellen, daß über 5 000 Institutionen aus allen gesellschaftlichen Bereichen Weiterbildungsarbeit betreiben. Sie bedienten sich dabei außerdem noch über 7 500 Außenstellen. Im Vergleich zu den vorhandenen rund 6 400 schulischen Ausbildungsstätten ist ihre Zahl hoch; allerdings betreiben nur wenige der 5 000 Weiterbildungseinrichtungen eine kontinuierliche und damit zugleich auch intensive Weiterbildungsarbeit.

Die rund 5 000 Institutionen, von denen knapp 4 000 in die Modellerhebung einbezogen waren, haben für Weiterbildungszwecke im Jahre 1972 rund 2,8 Millionen Unterrichtsstunden abgehalten. Auf die Bevölkerung bezogen bedeutet dies, daß im Landesdurchschnitt rund 30 Unterrichtsstunden je 100 Einwohner für Weiterbildung anfallen. Ob damit nur ein Mindestangebot oder aber ein ausreichendes Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten erreicht wurde, kann nicht beurteilt werden, da die Zielvorstellungen eines ausreichenden Angebots bisher nicht quantifiziert wurden und auch ein Ländervergleich wegen fehlender Daten aus den anderen Bundesländern nicht angestellt werden kann. Im Vergleich zu den 2,8 Millionen Unterrichtsstunden im Weiterbildungssektor sind in den Klassen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen über 60 Millionen Unterrichtsstunden durchgeführt worden.

Allerdings ist bei diesem Vergleich zu berücksichtigen, daß im Weiterbildungsbereich der Lehrstoff vergleichsweise häufiger durch Literaturstudium, Fernlehrgänge usw. vermittelt wird.

Erste Voraussetzung für die Qualität des Bildungsangebots ist eine ständige, kontinuierliche Weiterbildungsarbeit durch die Einrichtungen. Je kontinuierlicher eine Einrichtung Weiterbildungsveranstaltungen durchführt, desto eher liefert sie auch ein qualitativ zufriedenstellendes Bildungsangebot. Im Durchschnitt wurden 1972 von den in Baden-Württemberg vorhandenen Weiterbildungseinrichtungen 702 Unterrichtseinheiten je Einrichtung abgehalten. Dieser Durchschnitt wurde jedoch nur von 546 Einrichtungen (14%) übertroffen. Fast die Hälfte aller derartigen Institutionen dagegen führten weniger als 50 Unterrichtsstunden durch; insgesamt erreichten über drei Viertel nicht einmal 300 Unterrichtseinheiten.

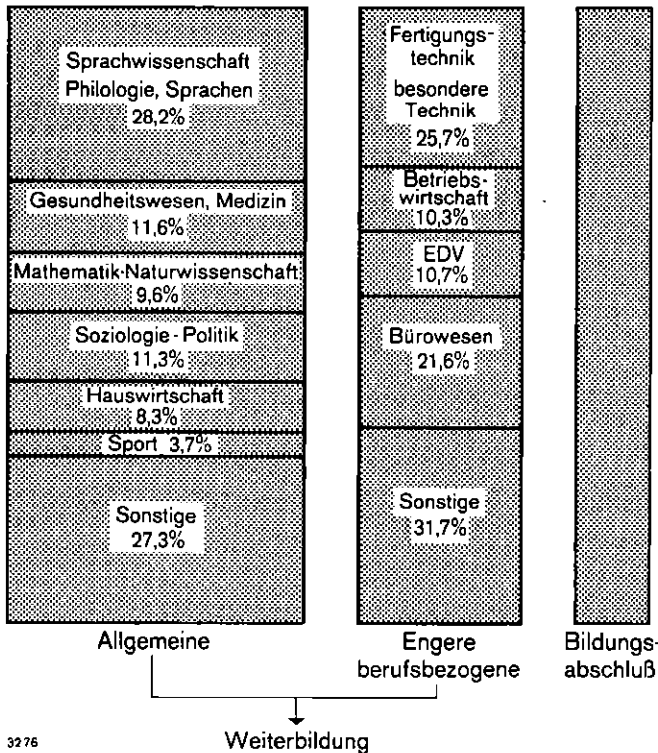
Rund 700 hauptberuflich Tätige

Ein weiteres Indiz für das Vorliegen einer qualitativ befriedigenden Weiterbildungsarbeit kann in einer hauptamtlichen Leitung der Weiterbildungseinrichtungen gesehen werden. Angesichts der Tatsache, daß nur relativ wenige Weiterbildungseinrichtungen kontinuierlich im Weiterbildungsbereich arbeiten, ist es nicht überraschend, daß nur 539 von ihnen von einem vollzeitbeschäftigten Leiter geführt werden und nur 177 pädagogische Mitarbeiter vollzeitbeschäftigt sind. Nach den gemeinsamen Empfehlungen der Kultusministerkonferenz und des Deutschen Städtetages soll ein hauptamtlich Beschäftigter für je 2 400 Unterrichtseinheiten vorgesehen sein, so daß also danach ein Bedarf an weiteren rund 400 hauptamtlichen Mitarbeitern bestände. Da jedoch nur 184 Weiterbildungseinrichtungen jährlich mehr als 2 400 Unterrichtseinheiten leisten, andererseits aber 539 hauptamtliche Leiter von Weiterbildungseinrichtungen schon vorhanden sind, läßt sich ein zusätzlicher Bedarf zumindest bei der derzeitigen Struktur nicht ohne weiteres ableiten. Die Lehrinhalte selbst werden ganz überwiegend durch teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte vermittelt. Die rund 40 000 teilzeitbeschäftigten Lehrer wurden noch durch knapp 1 000 vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte ergänzt.

Die Mehrzahl der Themen im Weiterbildungsbereich (56%) war der allgemeinen Weiterbildung zuzuordnen. Dabei dominierten eindeutig die Sprachen. Jede sechste Unterrichtsstunde beschäftigte sich mit Sprachen, Sprachwissenschaften oder Philologie. Philosophie, Theologie, Soziologie und Politikwissenschaft waren in 8% der Unterrichtsstunden Thema. Der Gesundheit und Medizin dienten 6% aller Unterrichtsstunden. Knapp 5% befaßten sich mit Kochen, Nähen und sonstigen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten.

Schaubild 3

Themen der Weiterbildung



Neben der allgemeinen Weiterbildung findet berufsbezogene Weiterbildung das stärkste Interesse. Jede dritte Unterrichtsstunde kann man zu diesem Bereich der engeren betriebsbezogenen Weiterbildung zählen. Vom Thema her dominierten dabei die anzuwendenden Techniken in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, die 8% aller Unterrichtsstunden ausmachten. Knapp 7% wurden dem Bürowesen, der Bürotechnik in der Büroarbeit gewidmet. Probleme der elektronischen Datenverarbeitung wurden in 3% der Unterrichtsstunden behandelt.

Neben allgemeiner und beruflicher Weiterbildung war ein dritter Schwerpunkt in dem Themenbereich zu sehen, der auf einen höheren Bildungsabschluß hinführt. 14% aller Unterrichtsstunden dienten diesem Zweck.

Eine Möglichkeit der Sicherung des breitgefächerten Bildungsangebots ist in der pluralistischen Struktur der Träger von Weiterbildungseinrichtungen zu sehen. Unterschiedliche Schwerpunkte der Bildungsarbeit der einzelnen Einrichtungen führen zusammen mit der Vielfalt der Träger zu einem entsprechenden Angebot. So werden z. B. die Themen allgemeiner Natur hauptsächlich von den Volkshochschulen, den Kirchen und den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege angeboten. Dabei dominierten im sprachlichen Bereich eindeutig die Volkshochschulen, die drei Viertel aller Unterrichtseinheiten in diesem Fachgebiet abdeckten. Bei Themen mit einer engeren beruflichen Beziehung standen dagegen eindeutig die wissenschaftlichen Anstalten und die Unternehmen im Vordergrund. Sie bestritten jeweils ein Viertel aller entsprechenden Unterrichtsstunden. Erwähnenswert ist jedoch auch ein durchaus beachtlicher Anteil der Volkshochschulen, der Schulen, der Wirtschaftsverbände und der Arbeitnehmerorganisationen an dieser Thematik.

Über die Hälfte aller Unterrichtsstunden (58%), die der Vorbereitung zu einem Bildungsabschluß dienten, wurden vom Schulbereich durchgeführt. Jede zehnte dieser Unterrichtsstunden wurde von den Volkshochschulen veranstaltet, jede zwölfte von anderen wissenschaftlichen Anstalten.

In diesen Zahlen kommt recht deutlich zum Ausdruck, daß ein vielfältiges, thematisch breitgefächertes Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten unter anderem durch die Vielfalt unterschiedlich orientierter Bildungsträger gesichert wird. Erst das Zusammenspiel aller gesellschaftlich tragenden Kräfte im Weiterbildungsbereich ermöglicht offenbar ein thematisch ausgewogenes, differenziertes Weiterbildungsangebot. Es wird vom gesamten bildungspolitischen Konzept und den Möglichkeiten seiner Verwirklichung abhängen, wie weit die Aktivitäten im Weiterbildungsbereich ausgebaut und in ihren Themenschwerpunkten weiterentwickelt und koordiniert werden können.

3.4 Schwerpunkte sozialer Arbeit

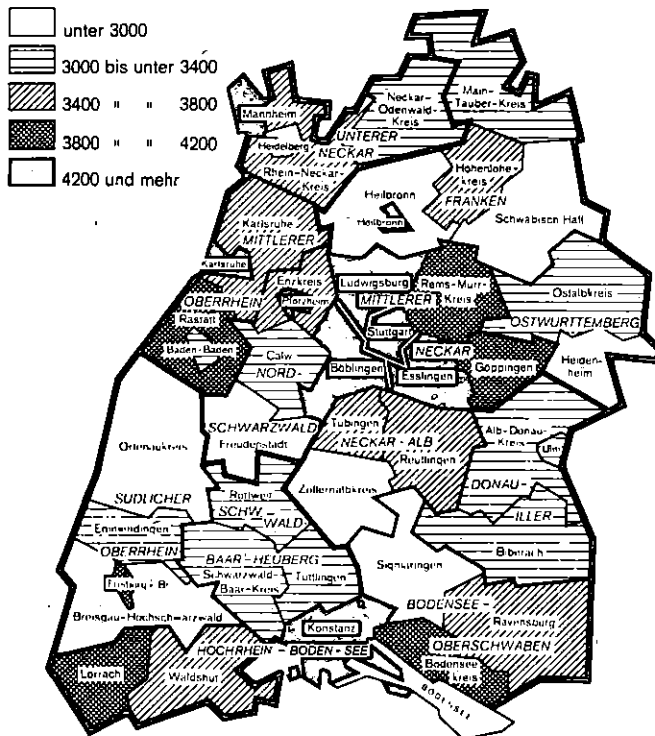
Soziale Sicherung kann sich nicht darauf beschränken, dem einzelnen in den Wechselfällen des Lebens möglichst umfassende materielle Hilfen zu geben. Sie umfaßt vielmehr auch einen weiten Bereich persönlicher Dienstleistungen, aus dem in der nachfolgenden Darstellung zwei besonders aktuelle Teilbereiche, nämlich die Gemeindekrankenpflege und die offene Altenhilfe, herausgegriffen und aus datenorientierter Sicht näher beleuchtet werden sollen. Die Wirksamkeit unseres Systems der sozialen Sicherung hängt außerdem in sehr starkem Maße davon ab, daß die für die Gewährung sozialer Hilfen erforderlichen Einrichtungen in ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung stehen, also eine leistungsfähige soziale Infrastruktur vorhanden ist. Auch hierzu sollen in der nachfolgenden Darstellung zwei Teilbereiche, nämlich die Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation Behinderter und die Heime für alte Menschen, behandelt werden.

3.4.1 Ambulante pflegerische Dienste – Sozialstationen

Die ambulante Krankenpflege oder Gemeindekrankenpflege, die seit etwa 100 Jahren besteht, wird ihrer Tradition entsprechend weitgehend von den Kirchengemeinden getragen. Neben der Krankenpflege für alte Menschen, für Behinderte, psychisch Kranke oder Langzeitkranke führen die Pflegekräfte auch ärztliche Verordnungen aus und übernehmen nach Krankenhausaufenthalten die weitergehende Versorgung der Patienten. Weitere Aufgaben der Gemeindekrankenschwestern sind die Hilfe und Mitwirkung bei der Rehabilitation, die Anleitung von Familienangehörigen und Nachbarn bei der Pflege, die Beschaffung und Instandhaltung von Pflegehilfsmitteln und die Ausbildung und Leitung des Hilfspersonals. Darüber hinaus betreuen die Pflegekräfte, soweit sie einer kirchlichen Organisation angehören, die hilfebedürftigen Menschen auch seelsorgerisch und vermitteln geistliche Hilfe.

Die Zahl der Gemeindepflegestationen ist seit gerer Zeit rückläufig. Während es 1969 noch 2 () solcher Stationen gab, waren es nach einer Erhebung des Sozialministeriums 1973/74 nur noch 1 898 mit insgesamt 2 552 Pflegekräften. Damit hat im Landesdurchschnitt eine Gemeindekrankenschwester einen Bereich mit rund 3 620 Menschen zu betreuen. Der betreute Personenkreis ist zu über 60% älter als 65 Jahre.

Die Versorgung der einzelnen Stadt- und Landkreise ist sehr unterschiedlich. Die beste Versorgung erreichen die Landkreise Sigmaringen, Schwäbisch Hall und der Ortenaukreis. Dagegen weisen die Stadtkreise Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn und Mannheim die schlechteste Versorgungslage auf (Schaubild 1).

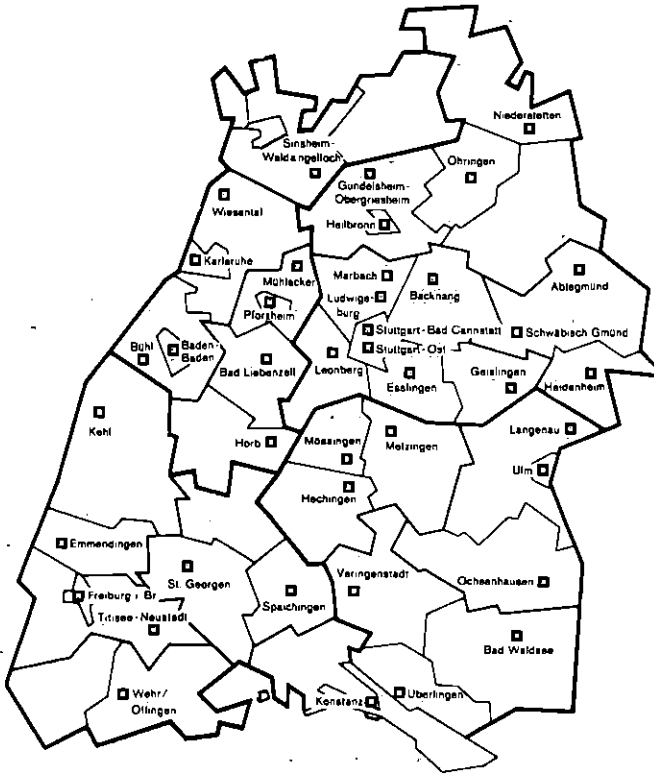
Einwohner je Gemeindekrankenschwester
1973/74

Die Finanzierung der Gemeindepflegestationen erfolgt durch die Träger, aus dem Beitragsaufkommen der Krankenpflegevereine und durch die Kommunen. Die Landesversicherungsanstalten gewähren im ganzen Lande Zuschüsse. In den Regierungsbezirken Freiburg und Tübingen erhalten die Stationen aufgrund von vertraglichen Regelungen der Landesverbände der Krankenkassen mit den Trägern der Stationen pauschale Zuwendungen von den Krankenkassen. Ebenfalls auf Vereinbarung der genannten Stellen beruht das in den nördlichen Regierungsbezirken praktizierte System der Einzelvergütungen bestimmter Leistungen der Stationen.

Die personelle Ausstattung sollte mindestens vier hauptamtliche Vollzeitkräfte umfassen. Davon sollten mindestens zwei examinierte Krankenschwestern sein, während die anderen Familien- oder Altenpflegerinnen, Dorfhelferinnen oder Krankenpflegehelferinnen sein können. In der Haus- und Familienpflege sowie in der Altenpflege sind überdies auch ehrenamtliche oder nebenberufliche Kräfte einzusetzen.

Modellsozialstationen

Stand: Januar 1976



3376

Anfang 1976 gab es in Baden-Württemberg bereits 41 Modellsozialstationen (Schaubild 2). Die Finanzierung dieser Stationen erfolgt anteilig durch Träger, Land und Kommunen. Der Träger (Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden oder kommunale Gebietskörperschaften) übernimmt dabei von den ungedeckten Betriebskosten 20%, das Land und die Kommunen tragen je 40% bis zu dem Höchstbetrag von jeweils 60 000 DM. Zur Erstausrüstung werden außerdem Zuschüsse gewährt, und zwar 50% der Kosten bis zum Höchstbetrag von 10 000 DM. Im Jahre 1973 hat das Land erstmals zur Förderung der Modellsozialstationen Mittel zur Verfügung gestellt und zwar in Höhe von 1 Mill.DM. Im Haushaltsjahr 1975 belief sich der entsprechende Betrag auf 1,65 Mill.DM.

Außerhalb des Förderungsprogramms sind zusätzlich zahlreiche Sozialstationen in Betrieb, im Aufbau und in der Planung. Dennoch werden, um die Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten pflegerischen Diensten zu gewährleisten, in den kommenden Jahren noch große Anstrengungen erforderlich sein. Angestrebt wird ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen in Baden-Württemberg.

3.4.2. Offene Altenhilfe

Aus Befragungen älterer Menschen ist bekannt, daß die Mehrzahl von ihnen den Wunsch hat, den Lebensabend in weitgehender Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zu verbringen und solange wie möglich in der vertrauten Umgebung zu verbleiben. Damit sind in der Altenhilfe, neben den auch weiterhin unentbehrlichen Heimen, vor allem die offenen Hilfen von herausragender Bedeutung. Sie können frühzeitig einsetzen und dem allmählichen Abnehmen der Kräfte älterer Menschen angepaßt werden. Sie sind nicht nur die billigere, sondern häufig auch die sachgerechtere Form der Hilfe. Erst dann, wenn diese Hilfen zur Bewältigung der Lebenssituation nicht mehr ausreichen, sind Hilfen in Heimen oder sonstigen Einrichtungen erforderlich. Das Angebot an offenen Hilfen für ältere Menschen, das durch eine erfreuliche Vielfalt der Aktivitäten sozial engagierter Gruppen und Einzelpersonen geprägt ist, konnte in den letzten Jahren beträchtlich erweitert werden. Das Land hat sich am Ausbau dieser Hilfen durch Zuschüsse beteiligt.

Altenberatung

Für den älteren Menschen ist es oftmals schwierig, mit auftretenden Problemen allein fertig zu werden. Die Inanspruchnahme vorhandener Hilfen scheitert nicht selten an der fehlenden Orientierung. Die Beratung ist damit selbst bereits ein wichtiger Bestandteil der Hilfe. Sie erfolgt durch die Sozialämter der Städte und Landkreise und die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, die hierzu z.T. spezielle Altenberatungsstellen eingerichtet haben. Der Schwerpunkt der Beratungstätigkeit liegt in der Vermittlung von Heimplätzen, Essenszubringerdiensten, Erholungsaufenthalten, häuslichen und pflegerischen Diensten und in der Erteilung von Rat bei persönlichen und familiären Problemen. Wichtig sind auch Auskünfte darüber, welche Stellen für Renten-, Wohngeld-, Lastenausgleichs- und ähnliche Angelegenheiten zuständig sind.

Altenbegegnungsstätten, Altenclubs

Für Unterhaltung und Geselligkeit sorgen Altenbegegnungsstätten und Altenclubs, von denen es gegenwärtig in Baden-Württemberg mehr als 1 800 gibt. Das sind rund doppelt soviel wie noch im Jahre 1971. Die weitaus überwiegende Zahl der Einrichtungen (mehr als 1 700) wird von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und den diesen angeschlossenen Organisationen unterhalten, die übrigen stehen in kommunaler Trägerschaft.

Verschiedene Einrichtungen sind täglich geöffnet, andere nur an bestimmten Wochentagen. Die angebotenen Programme und Möglichkeiten reichen von Vorträgen über Themen der verschiedensten Art bis zur Pflege von Hobbys und zu gemeinsamen Aktivitäten wie Wandern oder Spielen.

Häusliche und pflegerische Dienste

Eine der wichtigsten offenen Hilfen für ältere Menschen sind die von der freien Wohlfahrtspflege und den Kommunen eingerichteten häuslichen und pflegerischen Dienste. Aus Aufzeichnungen der Gemeindepflege- und Sozialstationen ist bekannt, daß der von diesen Einrichtungen betreute Personenkreis zu mehr als 60% aus älteren Menschen besteht. Die in Abschnitt 3.4.1 geschilderten Bemühungen um eine Stärkung dieser Dienste sind daher auch für die offene Altenhilfe von Bedeutung.

Essensdienste

Ein besonderes Problem für ältere Menschen ist oft das Einkaufen oder Kochen: Fahrbare Essensdienste, die fertig zubereitete Mahlzeiten ins Haus bringen und nahezu ausschließlich von den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege unterhalten werden, sind insbesondere in den Städten im Einsatz. Sie haben 1974 mehr als 1,1 Millionen Mahlzeiten ausgefahren. 1970 hatte die Zahl der ausgegebenen Mahlzeiten erst 519 000 betragen. An einigen Orten haben ältere Menschen die Möglichkeit, an einem stationären Mittagstisch teilzunehmen. Auch hier ist binnen weniger Jahre eine Verdoppelung festzustellen.

Altenerholung

Eine weitere, von den älteren Menschen gern akzeptierte Hilfe sind die von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege mit finanzieller Unterstützung des Landes und teilweise auch der Städte und Landkreise durchgeführten Erholungsaufenthalte und Stadtranderholungen. Im Rahmen der Stadtranderholung wurden 1974 mehr als 44 000 Verpflegungstage geleistet, bei den zwei oder drei Wochen dauernden Erholungsaufenthalten betrug die Zahl der Verpflegungstage mehr als 380 000.

Förderung durch das Land

Das Land fördert die offenen Hilfen für ältere Menschen seit 1973 durch Zuschüsse. 1975 wurden hierfür (einschließlich Eventualhaushalt) insgesamt 3,5 Mill. DM bereitgestellt. Wichtigste Einzelposten der Förderung sind die Haus- und Altenpflege mit 850 000 DM, die Altenerholung mit 750 000 DM, die mobile Altenbetreuung mit 660 000 DM und die Zuschüsse zur Einrichtung und Ausstattung von Altenbegegnungsstätten, Altentagesstätten und dergleichen in Höhe von 523 000 DM.

3.4.3 Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation

Die Leistungen zur beruflichen Rehabilitation umfassen alle Hilfen, die erforderlich sind, um die Erwerbsfähigkeit des Behinderten entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu bessern, herzustellen oder wiederherzustellen und ihn hierdurch möglichst auf Dauer beruflich einzugliedern. Zu den be-

Tabelle 1

Behinderte Jugendliche¹⁾ nach Behinderungsart 1975, 1980 und 1985

Behinderungsart	1975	1980	1985
Blinde	64	73	68
Gehörlose	212	243	227
Geistigbehinderte	2 540	2 913	2 724
Körperbehinderte	1 270	1 457	1 362
Lernbehinderte	16 936	19 420	18 160
Schwerhörige	762	874	817
Sehbehinderte	423	486	454
Sprachbehinderte	2 117	2 428	2 270
Verhaltensgestörte	4 234	4 855	4 550
Insgesamt	28 558	32 749	30 622

1) Im Alter von 15 bis unter 18 Jahren.

rufsfördernden Leistungen gehören insbesondere Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes, Berufsfindung, Arbeitserprobung und Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung, Fortbildung, Ausbildung und Umschulung. Diese Rehabilitationsmaßnahmen werden in den verschiedensten Einrichtungen durchgeführt. Hierbei sind vor allem die Berufsbildungswerke, die Berufsförderungswerke, die Rehabilitationskrankenhäuser und die Werkstätten für Behinderte zu nennen. Nach einer Schätzung aus dem Schulbereich liegt die Zahl der behinderten Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren bei knapp 30 000. Für die erwachsene Bevölkerung wird die Zahl der Behinderten auf rund 460 000 geschätzt. Auch wenn nur ein Teil dieser heute etwa 490 000 Behinderten einer beruflichen Eingliederung bedarf, zeigt sich doch der Umfang der Aufgabe, die den Trägern und dem Land in diesem Bereich gestellt ist. Im gesamten Bundesgebiet entfielen 1974 von mehr als 1 Mill. abgeschlossenen Rehabilitationsfällen rund 191 000 (18,3%) auf das Gebiet der beruflichen Rehabilitation (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2

Rehabilitationsfälle im Bundesgebiet, ohne Sozialhilfe und Kriegsopferversorgung 1974

Rehabilitationsmaßnahmen	Zahl	%
ausschließlich medizinische Rehabilitation	851 830	81,7
medizinische und berufliche Rehabilitation	44 194	4,2
ausschließlich berufliche Rehabilitation	147 244	14,1
Insgesamt	1 043 268	100

Berufsbildungswerke

Die Berufsbildungswerke dienen der überbetrieblichen Ausbildung behinderter Jugendlicher nach Beendigung ihrer Sonderschulzeit. Aufgenommen werden solche Behinderte, die voraussichtlich nur mit Hilfe besonderer Förderungsmaßnahmen zu einem beruflichen Abschluß gelangen können. Diesen Jugendlichen soll eine ihrer Begabung und ihrer Behinderung angemessene Berufsausbildung bis zur vollen Berufsreife ermöglicht werden. Der eigentlichen beruflichen Ausbildung werden dabei in der Regel berufsfördernde Maßnahmen wie Berufsfindungs- und Förderungslehrgänge vorangeschaltet. Den vielfältigen Arten von Behinderungen wird durch ein System von ausbildungsbegleitenden Maßnahmen in Form von Heilbehandlung, psychologischen, heilpädagogischen und sozialen Hilfen, Krankengymnastik, Bewegungstherapie und Sport Rechnung getragen. Ein Berufsbildungswerk soll etwa 300 – 350 Plätze umfassen, Spezialeinrichtungen für besondere Behinderungsarten können mit niedrigeren Platzzahlen auskommen.

Da über den tatsächlichen Bedarf keine zuverlässigen Informationen vorlagen, wurde 1972/73 in Baden-Württemberg eine empirische Untersuchung durchgeführt. Es zeigte sich, daß in Berufsbildungswerken 76% aller Plätze für Lernbehinderte reserviert werden müssen. Es folgen die Körperbehinderten (10%), die Verhaltensgestörten (4%), die Hör- oder Sprachbehinderten (4%), die Sehbehinderten – ohne Blinde – (2%) sowie sonstige Behinderte mit 4%.

Nach dem Ergebnis der Untersuchung wurden 1 100 Behinderte des Entlaßjahrgangs 1972/73 als in Berufsbildungswerken förderungsbedürftig angesehen. Bei im Durchschnitt 3jähriger Ausbildungsdauer ergibt sich ein Bedarf von 3 300 Plätzen in Berufsbildungswerken.

Folgende Berufsbildungswerke sind errichtet bzw. im Bau oder geplant:

- Das *Berufsbildungswerk für körperbehinderte Kinder und Jugendliche* der Stiftung Rehabilitation in Neckargemünd mit 315 Ausbildungsplätzen. Dieses, im September 1974 in Betrieb genommene Berufsbildungswerk dient der Förderung körperbehinderter Jugendlicher.
- Das im Rohbau fertiggestellte *Berufsbildungswerk* der Johannes-Anstalten Mosbach als erste Baustufe eines Eingliederungszentrums für mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche. Aufgenommen werden geistig Behinderte mit zusätzlichen Verhaltensstörungen. Insgesamt werden hier 320 Plätze geschaffen, davon 80 für Berufsfindung und Arbeitserprobung.
- Das *Berufsbildungswerk Waiblingen* der Anstalt Stetten im Remstal befindet sich derzeit im Bau. Es dient der Berufsausbildung lernbehinderter

Jugendlicher und soll das bereits in Stetten vorhandene kleine Berufsbildungswerk ersetzen. Nach seiner Fertigstellung werden 330 Plätze vorhanden sein.

- Durch die Nikolauspflanzung Stuttgart soll ein *Berufsbildungswerk für Blinde und Sehbehinderte* mit etwa 150 Plätzen errichtet werden. Einzugsbereich dieses Berufsbildungswerkes wird der gesamte süddeutsche Raum sein.

Mit Abschluß der geplanten und im Bau befindlichen Maßnahmen stehen in Baden-Württemberg 1 115 Ausbildungsplätze, also etwa ein Drittel des ermittelten Bedarfs zur Verfügung.

Hirngeschädigte Kinder und Jugendliche erfahren im *Jugendwerk Gailingen* eine besondere Förderung. Dort können neben diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen auch Berufs- und Arbeitsplatz-erprobungsuntersuchungen durchgeführt werden. Hierfür stehen 180 Plätze zur Verfügung.

Für den Bau des Jugendwerks Gailingen und der Berufsbildungswerke wurden in den letzten Jahren Zuschüsse des Landes in Höhe von 67 Mill.DM bewilligt. Die damit geförderten Einrichtungen erfordern Gesamtinvestitionen in Höhe von etwa 203 Mill.DM.

Berufsförderungswerke

Berufsförderungswerke dienen der Umschulung und Ausbildung behinderter Erwachsener. Wesentlich für ein Berufsförderungswerk ist die ausbildungsbegleitende Förderung (medizinische Behandlung, Krankengymnastik, Psychotherapie, psychologischer Dienst, Rehabilitationsberatung).

Das Land verfügt über Berufsförderungswerke mit insgesamt 2 600 Plätzen. Das ist über ein Drittel aller Plätze der Berufsförderungswerke im Bundesgebiet. Damit sind in Baden-Württemberg so viele qualifizierte Einrichtungen vorhanden, daß nach vorläufigen Berechnungen und Erfahrungen der Bedarf im Lande auf diesem Sektor abgedeckt sein dürfte.

Im einzelnen handelt es sich um die nachstehenden Einrichtungen:

Das *Berufsförderungswerk Heidelberg* ist das größte Berufsförderungswerk im Bundesgebiet. In 1 720 Ausbildungsplätzen ist es möglich, insbesondere Behinderte mit besonders schweren Behinderungsauswirkungen zu betreuen. Dabei werden neben einer qualifizierten Ausbildung umfassende ausbildungsbegleitende Rehabilitationsmaßnahmen angeboten. In einem angegliederten Rehabilitationsinstitut für Berufsfindung werden (auf 200 Plätzen) Maßnahmen der Berufsfindung durchgeführt. Vor Aufnahme in das Berufsförderungswerk werden alle Behinderten, die für eine Ausbildung auf Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulebene vorgesehen sind, auf eine Dauer von mindestens 6 Monaten im

Berufsförderungswerk selbst oder am Wohnort vor-
gefördert. Bei den Behinderten der übrigen Ausbil-
dungsbereiche wird eine Vorförderung bei Bedarf
durchgeführt. Im Rahmen der Ausbildung ist eine
gezielte Individualförderung einzelner Behinderter
sichergestellt. Im Berufsförderungswerk Heidelberg
werden etwa 50 Ausbildungsarten vom Anlern- bis
zum Hochschulberuf geboten. Das Ausbildungspro-
gramm erstreckt sich auf kaufmännische, Datenver-
arbeitungs- und Verwaltungsberufe, auf gewerbli-
che/technische und sonstige Berufe. Die Ausbil-
dungsgänge dauern je nach Abschluß zwischen 18
und 36 Monaten und enden mit Abschlußprüfungen
vor der Industrie- und Handelskammer, dem Fach-
schulexamen oder Fachhochschulexamen.

Im *Berufsförderungswerk Schömburg* können 600
erwachsene Behinderte gefördert werden. Es ist die
Möglichkeit der Berufsfindung und Arbeitserpro-
bung (12 bis 20 Plätze) gegeben. Vor Beginn des ei-
gentlichen Ausbildungsprogramms ist eine Vorför-
derung am Wohnort oder im Berufsförderungswerk
möglich. Während der Ausbildung ist eine begleiten-
de Förderung der Behinderten sichergestellt.

Das Ausbildungsprogramm umfaßt kaufmännische
Berufe, Datenverarbeitungs- und Verwaltungsberufe
sowie gewerbliche/technische Berufe, die in der Re-
gel nach 18 Monaten mit einer Prüfung vor der In-
dustrie- und Handelskammer abgeschlossen werden.

Das *Berufsförderungswerk Wildbad* ist eine Spezial-
einrichtung vor allem für querschnittsgelähmte Be-
hinderte und andere Rollstuhlfahrer. Ihnen stehen
84 der 135 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Im
Berufsförderungswerk ist die Möglichkeit der Be-
rufsfindung und Arbeitserprobung (derzeit 5 Plät-
ze) gegeben. Das Ausbildungsprogramm umfaßt
kaufmännische Berufe, Datenverarbeitungs- und
Verwaltungsberufe sowie gewerbliche/technische
Berufe. Diese Programme dauern in der Regel 20
Monate und enden mit einer Abschlußprüfung vor
der Industrie- und Handelskammer.

Das *Kurt-Lindemann-Haus Heidelberg-Schlierbach*
dient der beruflich-sozialen Rehabilitation von
Querschnittsgelähmten und anderen Personen mit
schweren Körperbehinderungen auf 75 Ausbildungs-
plätzen. Auf 5 Plätzen ist die Möglichkeit einer Be-
rufsfindung und Arbeitserprobung geboten. Das
Ausbildungsprogramm umfaßt kaufmännische
Berufe und gewerbliche/technische Berufe mit ei-
ner Ausbildungsdauer von 24 Monaten. Diese Pro-
gramme schließen mit einer Abschlußprüfung vor
der Industrie- und Handelskammer ab.

Das *Stephanuswerk Isny* dient als Rehabilitations-
zentrum für die Berufsvorbereitung und Förderung
— meist querschnittsgelähmter — Behinderter und
besitzt in seiner Aufgabenstellung eine gewisse Ver-
wandtschaft mit den Berufsförderungswerken.
Dort können derzeit 70 Behinderte gefördert wer-

den; ein Ausbau auf 200 Plätze ist geplant. Die an-
gebotene Ausbildung bezieht sich nicht auf spezielle
Berufe, sie dient vielmehr der Vorbereitung auf ver-
schiedene Berufsfelder der Wirtschaft und Verwal-
tung.

Ein anschauliches Bild der Arbeit der Berufsförde-
rungswerke kann z. B. aus den Erfahrungsberichten
des Berufsförderungswerks Schömburg gewonnen
werden. Die dort in die Rehabilitationsmaßnahmen
einbezogenen Behinderten waren überwiegend Män-
ner. Der Anteil der Frauen stieg von 2,1% im Jahre
1970 auf 8,1% im Jahre 1975 an. Die größte Gruppe
der Rehabilitanden stellt die Altersgruppe zwischen
20 und 39 Jahren mit etwa 80%. In den Behinde-
rungsarten der geförderten Behinderten treten dege-
nerative Erkrankungen des Stütz- und Bewegungs-
apparates bzw. Unfallfolgen mit zusammen etwa
45% am häufigsten auf. Baden-Württemberg stellt
im Durchschnitt der letzten Jahre etwa 70% der An-
meldungen und Rheinland-Pfalz etwa 9%. Die Pro-
zentanteile der Behinderten aus den übrigen Bundes-
ländern schwanken stark. Nur ein verschwindend
geringer Teil der Rehabilitanden konnte die Ab-
schlußprüfung vor der Industrie- und Handelskam-
mer nicht bestehen. 76% der 1973 entlassenen Re-
habilitanden hatten bereits bei ihrem Abgang einen
ihrer Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz.

Rehabilitationskrankenhäuser

Der Rehabilitation (meist schwerbehinderter Perso-
nen) dienen besondere Einrichtungen, bei denen
eine enge Verzahnung zwischen medizinischer und
beruflicher Rehabilitation besteht. Den Kern sol-
cher Rehabilitationszentren bilden Krankenhäuser,
die über alle modernen diagnostischen und thera-
peutischen Mittel verfügen und darüber hinaus Lei-
stungen anbieten, die den gesamten sozialen Bereich
des Patienten in die Behandlung miteinbeziehen.
Folgende modellhaften Rehabilitationskrankenhäu-
ser im oben genannten Sinne bestehen in Baden-
Württemberg:

Das *Südwestdeutsche Rehabilitationskrankenhaus
Karlsbad-Langensteinbach* mit heute 300 Betten
befindet sich derzeit im Ausbau auf 505 klinische
Betten und 120 Internatsplätze.

Das *Rehabilitationszentrum für Herz- und Kreislauf-
kranke Bad Krozingen* hat bei insgesamt 212 Bett-
plätzen 159 klinische Betten. Die Einrichtung einer
Coronar-Chirurgie ist geplant.

Im *Rehabilitationskrankenhaus Heidelberg* des Be-
rufsförderungswerks Heidelberg befinden sich 110
klinische Betten und in der *Abteilung für Quer-
schnittsgelähmte* der Orthopädischen Anstalten
Heidelberg-Schlierbach 65 klinische Betten.

Die *Rehabilitationsklinik* des Süddeutschen Reha-
bilitationszentrums für Kinder und Jugendliche
Neckargemünd hat 80 Betten.

Das *Rehabilitationszentrum für Nierenkranke* an der medizinischen Universitätsklinik *Heidelberg* (Nierenzentrum Heidelberg) mit 36 Betten ist im Bau. Seine Fertigstellung ist 1976 zu erwarten. Geplant bzw. im Bau sind das *Chirurgisch-orthopädische Rehabilitationszentrum Ulm* mit 220 klinischen Betten (insgesamt 300 Bettplätzen) und das *Orthopädische Zentrum Markgröningen* mit ebenfalls 220 klinischen Betten.

Die Rehabilitationskrankenhäuser und die Berufsförderungswerke wurden durch das Land Baden-Württemberg in den Jahren 1966 bis 1975 mit Zuschüssen in Höhe von ca. 62 Mill.DM gefördert. Die Investitionen der Träger hatten einen Gesamtumfang von 163 Mill.DM.

Werkstätten für Behinderte

Die Werkstatt für Behinderte ist eine Einrichtung zur Eingliederung Behinderter, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können. Die Werkstatt bietet den Behinderten einen Arbeitsplatz oder Gelegenheit zur Ausübung einer geeigneten Tätigkeit. Die Werkstatt muß es den Behinderten ermöglichen, ihre Leistungsfähigkeit zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und ein dem Leistungsvermögen angemessenes Arbeitsentgelt zu erreichen. Sie soll über ein möglichst breites Angebot an Arbeitsplätzen und Plätzen für Arbeits-training sowie über eine Ausstattung mit begleitenden Diensten verfügen. Der Schwerpunkt der Arbeit der Werkstätten für Behinderte liegt in der Regel auf industrieller Fertigung und Montage. Die Arbeitsmethoden, Arbeitseinrichtungen und die Arbeitsatmosphäre sind auf die besonderen Belange der Behinderten abgestimmt.

Baden-Württemberg verfügt bereits jetzt über ein fast lückenloses Netz von Werkstätten. Der Werkstättenplan des Landes¹ weist zum Stichtag 31.12.1974 72 Werkstätten aus, davon 48 im externen und 24 im internen Bereich. Insgesamt sind rund 5 300 Werkstattplätze vorhanden, von denen etwa ein Viertel sanierungsbedürftig oder provisorischer Natur ist. 1975 konnten rund 850 Werkstattplätze neu geschaffen oder renoviert werden. Damit ist bereits mehr als die Hälfte des 1980 erforderlichen Bestandes an Werkstattplätzen vorhanden. In der Entwicklungsplanung für Werkstätten für Behinderte wurde bis zum Jahre 1980 ein Zusatzbedarf, einschließlich eines Sanierungsbedarfs von mehr als 1 000 Plätzen, von insgesamt etwa 5 300 Plätzen ermittelt.

Das Land Baden-Württemberg hat in den vergangenen 5 Jahren allein für die Werkstätten für Behinderte Fördermittel in Höhe von über 25 Mill.DM (davon rd. 4,5 Mill.DM Verpflichtungsermächtigung) bewilligt.

3.4.4 Heime für alte Menschen

Die steigende Zahl älterer Menschen — gegenwärtig leben in Baden-Württemberg 470 000 Männer und 780 000 Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren — und vor allem die aufgrund des Altersaufbaus unserer Bevölkerung in den kommenden Jahren zu erwartende starke Zunahme bei den Hochbetagten führen dazu, daß den Heimen für alte Menschen bei der Beurteilung der sozialen Infrastruktur wachsende Bedeutung zukommt.

Um einen Überblick über den derzeitigen Bestand an Heimen und Heimplätzen für alte Menschen sowie über Größe, Alter, Ausstattung und Belegung der Heime und über den Personenkreis der Heimbewohner zu erhalten, hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung im April 1974 in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen und Organisationen der öffentlichen und freien Wohlfahrts-pflege eine Erhebung durchgeführt.

Steigendes Heimplatzangebot

Nach der Erhebung gab es am 3. April 1974 721 Heime für alte Menschen mit insgesamt 44 558 Heimplätzen. Davon entfielen

auf die Altenwohnheime (einschl. Wohnstifte)	5 706 Plätze
auf die Altenheime	26 850 Plätze
und auf die Altenpflegeheime sowie auf Pflegeabteilungen in Altenwohn- und Altenheimen	12 002 Plätze.

Neben diesen allgemein zugänglichen Heimen bestanden im Lande noch 50 Heime mit insgesamt 2 383 Plätzen, die ausschließlich für Angehörige von Schwesterngemeinschaften bestimmt sind (Schwesternaltenheime) und 4 Altenheime für Blinde oder Gehörlose mit 187 Plätzen.

Im Vergleich zu einer vom Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg Anfang 1969 durchgeführten Bestandsaufnahme ergibt sich eine Zunahme um rund 10 000 und gegenüber einer Erhebung aus dem Jahre 1961 sogar von 18 000 Plätzen. Damit entfallen gegenwärtig im Landesdurchschnitt auf 100 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren 3,9 Heimplätze.

Als im Bau befindlich wurden bei der Erhebung insgesamt 5 053 Heimplätze gezählt. Davon können nach den Angaben der Heime und Träger 4 810

¹) Werkstätten für Behinderte in Baden-Württemberg — Eine Situations- und Bedarfsanalyse, herausgegeben vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg, Stuttgart, Oktober 1974

Tabelle 3

Heime und Plätze für alte Menschen nach Trägergruppen

Trägergruppe	Zahl der Heime	Zahl der Plätze	
		insgesamt	%
Gemeinden und Städte	123	6 126	13,75
Landkreise	19	1 654	3,71
Sonstige öffentliche Träger	2	187	0,42
Diakonisches Werk	172	13 493	30,28
Caritasverband	144	8 676	19,47
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	38	4 151	9,32
Arbeiterwohlfahrt	13	1 403	3,15
Deutsches Rotes Kreuz	10	704	1,58
Sonstige gemeinnützige Träger	38	2 785	6,25
Private Träger	162	5 379	12,07
Insgesamt	721	44 558	100

Plätze voraussichtlich binnen 24 Monaten fertiggestellt werden. Die Gesamtzahl der Plätze, die nach den Angaben der Heime in den nächsten 24 Monaten wegfallen werden, beträgt 1 203. Es kann folglich damit gerechnet werden, daß Mitte 1976 etwa 48 000 Heimplätze zur Verfügung stehen.

In der Aufteilung der Heimplätze nach Trägern wird das zunehmende Engagement gemeinnütziger Organisationen offenkundig, deren Anteil am Heimplatzbestand von 1961 bis 1974 von 60,2 auf 70% (31 212 Plätze) gestiegen ist. Der Anteil der öffentlichen Träger ist im gleichen Zeitraum von 36,2 auf 17,9% (7 967 Plätze) zurückgegangen. Auf private Träger entfallen 12,1% aller Heimplätze, 1961 hatte der entsprechende Anteil erst bei 3,6% gelegen.

Eine Unterscheidung nach Heimarten ergibt, daß mehr als zwei Drittel der insgesamt 721 Heime für alte Menschen eingliedrig sind; in der Mehrzahl der

Fälle handelt es sich um reine Altenheime ohne Pflegeabteilung (385 Heime mit 13 930 Plätzen). Insgesamt halten die eingliedrigen Heime 47,6% des gesamten Platzangebots vor. Bei den zweigliedrigen Einrichtungen, in denen sich 42,9% aller Plätze befinden, dominiert das kombinierte Alten- und Altenpflegeheim, während die Kombinationen Altenwohnheim/Altenheim und Altenwohnheim/Altenpflegeheim relativ selten sind. Der Anteil der dreigliedrigen Altenwohn-, Alten- und Altenpflegeheime am gesamten Heimplatzbestand beläuft sich auf 9,5%.

In der Aufteilung der Heime nach Größenklassen machen die kleineren Heime mit weniger als 50 Plätzen zwar mehr als die Hälfte aller Heime aus, ihr Anteil an den Plätzen beträgt aber nur etwa ein Fünftel. Zu den Heimen mittlerer Größe mit 50 bis 200 Plätzen gehören 42% aller Heime, ihr Anteil an den Plätzen erreicht jedoch nahezu zwei Drittel. Zu den großen Heimen mit 200 und mehr Plätzen gehören nur 3% aller Heime, in diesen Heimen befindet sich rund ein Siebtel des gesamten Platzangebots.

Baujahr und Ausstattung

Angaben über das Baujahr liegen für 686 der insgesamt 721 Heime vor. Sie lassen erkennen, daß sich rund die Hälfte aller derzeit vorhandenen Heimplätze in Neubauten befinden, die nach 1959 erstellt wurden. In der Ausstattung der Heime mit Speisesälen und Gemeinschaftsräumen (Aufenthalts-, Lese-, Fernsehräume, Spielzimmer usw.), mit Personenaufzügen, Behandlungsräumen und therapeutischen Einrichtungen (wie Gymnastikräume, Kneippanlagen und Bewegungsbäder) ist zwischen neueren und älteren sowie größeren und kleineren Heimen im allgemeinen ein deutliches Gefälle festzustellen. 294 Heime verfügen nach eigenen Angaben über keinen Personenaufzug: Hierunter befinden sich 123 Heime mit 20 bis 49 Plätzen und 28 Heime mit 50 und mehr Plätzen. Heime dieser Größe erstrecken sich in der Regel bereits über mehrere Stockwerke. Über einen Behandlungsraum verfügen nur etwas mehr als ein Drittel aller Heime. Therapeutische Einrichtungen haben 76 Heime. Eine Altenbegegnungsstätte, die auch Nichtheimbewohnern zugänglich ist, ist nur bei 57 von insgesamt 721 Heimen vorhanden.

Die Ausstattung der Wohnungen (Appartements) in Altenwohnheimen (Wohnstiften) und der Zimmer in Alten- und Altenpflegeheimen ist in Schaubild 3 dargestellt. Während die Wohnungen in Altenwohnheimen bzw. Appartements in Altenwohnstiften im allgemeinen recht gut ausgestattet sind, entspricht die Ausstattung der Zimmer in Altenheimen, insbesondere die Ausstattung mit Nasszellen (eigene Dusche, eigenes WC), Balkonen und Notrufeinrichtungen nicht immer den Anforderungen, die heute allgemein an ein Heim gestellt wer-

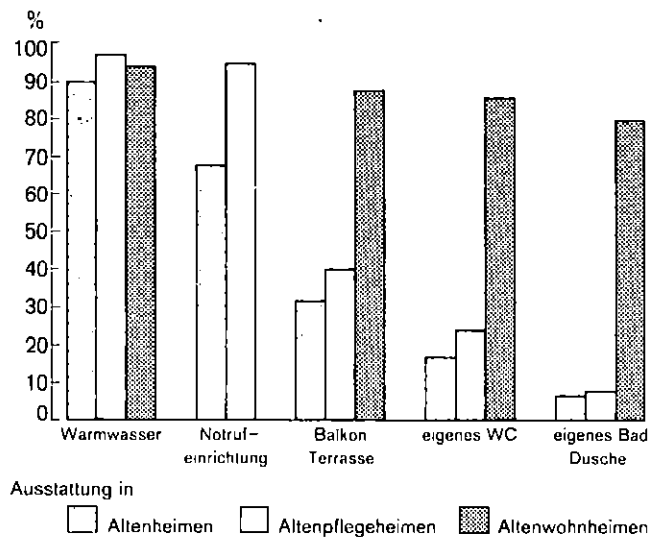
Tabelle 4

Heime und Plätze für alte Menschen nach ein- und mehrgliedrigen Einrichtungen

Art des Heimes	Zahl der Heime	Zahl der Plätze	
		insgesamt	%
Eingliedrige Einrichtungen	496	21 201	47,6
Altenwohnheime	38	2 888	6,5
Altenheime	385	13 930	31,3
Altenpflegeheime	73	4 383	9,8
Zweigliedrige Einrichtungen	197	19 106	42,9
Altenwohn-/Altenheime	7	467	1,1
Altenwohn-/Altenpflegeheime	6	1 465	3,3
Alten-/Altenpflegeheime	184	17 174	38,5
Dreigliedrige Einrichtungen			
Altenwohn-/Alten-/Altenpflegeheime	28	4 251	9,5
Zusammen	721	44 558	100

Schaubild 3

Ausstattung der Zimmer in Altenheimen, Altenpflegeheimen und Altenwohnheimen 1974



26 76

den. Auch die Ausstattung der Zimmer in Altenpflegeheimen ist teilweise noch verbesserungsbedürftig.

Der Anteil der Einbettzimmer hat in den Altenheimen in den letzten Jahren erfreulich zugenommen, er liegt nunmehr bei 75% des gesamten Platzangebots. 1969 hatte der entsprechende Anteil erst 63% und 1961 sogar erst 50% betragen. Bei den Mehrbettzimmern ist eine ständige Abnahme festzustellen. Befanden sich 1961 noch 28% und 1969 noch 25% aller Plätze in Zweibettzimmern, so sind es gegenwärtig nur noch 19%. Noch stärker ist der Rückgang bei den Zimmern mit 3 und mehr Betten: Während auf diese Zimmer 1961 noch 22% und 1969 noch 12% aller Plätze entfielen, sind es jetzt nur noch 5%.

Anders verhält es sich bei den Plätzen in Altenpflegeheimen und Pflegeabteilungen. Hier dominiert mit einem Anteil von nunmehr 49% immer stärker das Zweibettzimmer. 1961 hatte der entsprechende Wert erst 31% und 1969 46% betragen. Der Anteil der Einbettzimmer blieb dagegen von 1961 bis 1974 mit 21 bzw. 23% nahezu konstant. Bei den Dreibettzimmern ist ein leichter Rückgang festzustellen, ihr Anteil an den Plätzen beläuft sich auf 17% (1961 = 21%, 1969 = 18%). Auf Vierbettzimmer entfallen gegenwärtig noch 6%, auf Zimmer mit 5 und mehr Betten 4% des Heimplatzbestandes.

Hochbetagte unter den Heimbewohnern sehr zahlreich

Die Altersstruktur der Heimbewohner ergibt sich aus Schaubild 4. Mehr als zwei Drittel aller Heimbewohner (68,2%) stehen im Alter von 75 oder mehr Jahren. Der Anteil der 65- bis 74jährigen beträgt dage-

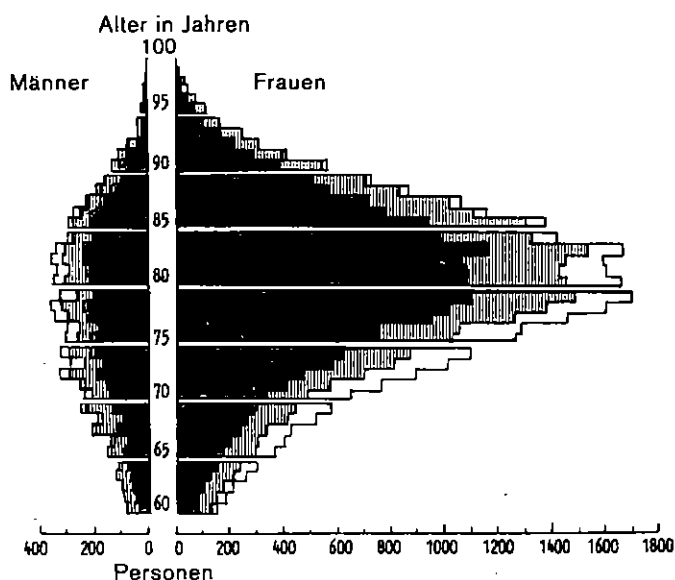
gen nur etwas mehr als ein Fünftel. Jeder 11. Platz wird von einem Bewohner beansprucht, der das 65. Lebensjahr noch nicht erreicht hat.

Stellt man der Altersgliederung der Heimbewohner die Ergebnisse aus der Bevölkerungsstatistik gegenüber, so zeigt sich, daß von den 65- bis 69jährigen Einwohnern Baden-Württembergs nur 0,7%, von den 80- bis 84jährigen dagegen 7,8% und von den 85jährigen und Älteren sogar 12,8% in Heimen leben. Für die künftige Entwicklung des Heimplatzbedarfs kommt es folglich weniger auf die Zu- oder Abnahme der Altenbevölkerung insgesamt als vielmehr auf die zu erwartende Zahl der Hochbetagten an. Gerade bei dieser Personengruppe sind jedoch in den kommenden Jahrzehnten überproportionale Zunahmen zu erwarten.

78,4% aller Heimbewohner sind Frauen, von der gesamten Altenbevölkerung dagegen 62%. Die Frauen sind also, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, in den Heimen überrepräsentiert. Während z. B. von 100 Männern im Alter von 85 und mehr Jahren 8 in Heimen leben, sind es von 100 gleichaltrigen Frauen 15 und damit rund doppelt so viel.

Schaubild 4

Bewohner der Altenwohn-, Alten- und Altenpflegeheime nach dem Alter*)



Bewohner der
 ■ Altenheime
 ▨ Altenpflegeheime und Pflegeabteilungen
 □ Altenwohnheime und Wohnstifte

*) Heimbewohner im Alter unter 60 Jahren sind in die Darstellung nicht einbezogen

Quelle:
 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg

28 76

Alleinstehende Personen sind im Alter wesentlich häufiger auf ein Heim angewiesen als verheiratete. So leben z. B. von den verheirateten Personen des Geburtsjahrgangs 1899 nur 3,1% in Heimen, von den ledigen dagegen 20,8%. Insgesamt sind 95% der weiblichen Heimbewohner ledig, verwitwet oder geschieden.

Der Anteil der dauernd pflegebedürftigen Personen unter den Heimbewohnern beläuft sich auf 31,5%. Insgesamt wurden bei der Erhebung im Jahre 1974 12 660 Dauerpflegefälle gezählt, davon 140 in Altenwohnheimen, 3 132 in Altenheimen und 9 388 in Altenpflegeheimen und Pflegeabteilungen. Die Mehrzahl von ihnen steht in höherem Lebensalter.

Zu der sozialpolitisch außerordentlich bedeutsamen Frage, wieviele Heimbewohner in der Lage sind, die Kosten ihres Heimaufenthalts selbst zu bestreiten (z. B. aus Renteneinkünften, Ersparnissen, Vermögen, Unterhaltsleistungen von Angehörigen usw.) und wieviele Sozialhilfe erhalten, liegen Angaben nur für die Alten- und Altenpflegeheime vor, da die Sozialämter in der Regel nur diesen Heimen gegenüber unmittelbar als Kostenträger in Erscheinung treten. Allerdings können die Heime in der

Regel keine Angaben darüber machen, inwieweit es sich bei den Sozialhilfeempfängern um Personen handelt, die ausschließlich Sozialhilfe erhalten und inwieweit es sich um Personen handelt, bei denen letztlich nur der nicht anderweitig abgedeckte Spitzenbetrag der Heimkosten aus Mitteln der Sozialhilfe bestritten wird.

Am Stichtag der 1974 durchgeführten Erhebung waren 41,3% der Alten- und Altenpflegeheimbewohner Sozialhilfeempfänger. In den Pflegeheimen und Pflegeabteilungen lag der Anteil der Sozialhilfeempfänger mit 56,3% infolge der höheren Pflegesätze deutlich über dem Vergleichswert für die Altenheime (34,8%).

Regionale Unterschiede in der Heimplatzversorgung

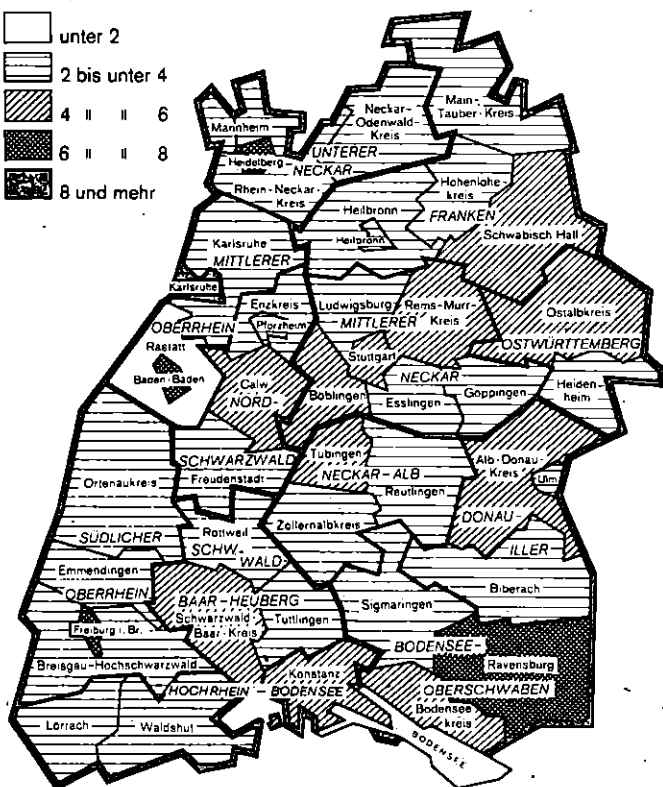
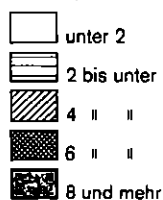
Die regionalen Unterschiede in der Versorgung mit Heimplätzen werden aus Schaubild 5 sichtbar, in dem dargestellt ist, wieviele Plätze in den einzelnen Stadt- und Landkreisen jeweils auf 100 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren entfallen.

Nicht berücksichtigt ist in der Darstellung der regional unterschiedliche, von einer Vielzahl von Faktoren bestimmte Bedarf an Heimplätzen. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, daß dieser Bedarf in den Großstädten deutlich höher ist, als beispielsweise in ausgesprochen ländlichen Gebieten. Innerhalb der Kreise wird sich der Bedarf vorwiegend auf die Städte konzentrieren. Für seine Höhe kommt es neben der Alters-, Familien- und Siedlungsstruktur der Bevölkerung insbesondere auch auf das Angebot an offenen Hilfen, die Situation in der Wohnungsverorgung, die bestehenden Verflechtungen mit Nachbarkreisen und -städten und die Zu- und Abwanderungen älterer Menschen an.

Schaubild 5

Versorgung mit Altenwohn-, Alten- und Altenpflegeheimplätzen 1975

Auf 100 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren entfallen Heimplätze



Langfristiger Bedarf auf Landesebene

Die vom Sozialministerium 1973 herausgegebene Denkschrift „Altenhilfe in Baden-Württemberg“ beziffert den langfristigen Bedarf an Altenwohnheimplätzen im Lande auf rund 21 000. Der langfristige Bedarf an Altenheimplätzen und an Pflegeplätzen wurde mit jeweils rund 30 000 ermittelt. Vom rechnerischen Gesamtergebnis her wird also dieser Bedarf an Altenheimplätzen in absehbarer Zeit gedeckt sein. Bei einer solchen Gegenüberstellung des Bestands (Ist) und des Bedarfs (Soll) darf allerdings nicht übersehen werden, daß innerhalb des Landes ein erhebliches Gefälle in der Versorgung alter Menschen mit Heimplätzen besteht und das Überangebot in einzelnen Landesteilen nicht gegen den Fehlbestand in anderen Landesteilen aufgerechnet werden kann. Da die alten Menschen in der Regel auch bei Übersiedlung in ein Heim möglichst in ihrer vertrauten Umgebung und in der Nähe ihrer Verwandten und Bekannten bleiben möchten, ist eine solche Aufrechnung selbst zwischen benachbarten Kreisen nur bedingt möglich.

Aus dem vorstehenden Soll/Ist-Vergleich ergibt sich jedoch die zwingende Konsequenz, daß zusätzliche Altenheimplätze nur noch nach genauester Prüfung der Bedarfslage geschaffen werden sollten. Die Nachfrage nach Altenheimplätzen wird auf lange Sicht nicht zuletzt davon abhängen, welche Alternativen zum Altenheim, sei es in Form offener Hilfen, sei es in Form von Altenwohnheimen angeboten werden. Soweit örtlich noch ein Fehlbestand an Altenheimplätzen abzudecken ist, sollte dies soweit als möglich im Rahmen mehrgliedriger Einrichtungen, also in Kombination mit Altenwohn- und Altenpflegeheimen, geschehen.

Bei den Altenwohnheimplätzen und den Pflegeplätzen wird auch nach Fertigstellung der im Bau und in der Planung befindlichen Objekte noch ein erheblicher Fehlbestand zu verzeichnen sein. Wie schon in der Altenhilfedenschrift zum Ausdruck gebracht, wird deshalb der Schwerpunkt der Bautätigkeit künftig — abgesehen von Sanierungsmaßnahmen — eindeutig bei den Altenwohn- und Altenpflegeheimen liegen müssen. Als besonders vorrangige Aufgabe erweist sich die Schaffung zusätzlicher Pflegeplätze. Sie ist sowohl unter dem Gesichtspunkt der Entlastung der Familien als auch der Entlastung der Krankenhäuser von Dauerpflegefällen zu sehen.

Förderung durch das Land

Das Land fördert den Bau (Erwerb), die Erweiterung und die bauliche Verbesserung von Heimen für alte Menschen durch Zuschüsse aus dem Kapitel „Altenhilfe“ sowie durch Darlehen aus dem Landeswohnungsbauprogramm. Die Zuschüsse betragen bei den Altenwohnheimen und Altenheimen 15% und bei den Altenpflegeheimen 30% der förderungsfähigen Kosten. 1975 wurden hierfür im Staatshaushaltsplan 25,3 Mill.DM bereitgestellt. Hinzu kommen 15,7 Mill.DM aus dem Eventualhaushalt des Landes, die zur Hälfte aus Bundesmitteln finanziert werden. Im Rahmen des Landeswohnungsbauprogramms wurden 1975 für 1 300 Heimplätze Darlehen in Höhe von 12,4 Mill.DM bereitgestellt. Zusätzlich zu diesen Förderungsmaßnahmen hat die Landeskreditbank bankeigene Mittel zur Ablösung hochverzinslicher Kapitalmarktdarlehen zur Verfügung gestellt.

3.5 Arbeitsmarkt

Die besonders tiefgreifende rezessive Wirtschaftsentwicklung der Jahre 1974/75, bei der sich konjunkturelle Abschwungtendenzen mit strukturellen Umschichtungsprozessen überlagerten und gegenseitig verstärkten, hat zu entsprechend weitreichenden Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt geführt. So bewegt sich die Zahl der im Jahr 1975 von Arbeits-

einschränkungen Betroffenen mit einem monatlichen Durchschnitt von 313 000 Personen auf einem in der Nachkriegszeit bisher nicht erreichten Niveau. Davon waren 41% arbeitslos und 59% von Kurzarbeit betroffen. Die sich damit abzeichnenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt standen im abgelaufenen Jahr im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit und bestimmten viele persönliche Schicksale. Insbesondere Ausmaß und Dauer dieser Arbeitsfreisetzung haben Anlaß zu Sorge gegeben. Sie werden im Abschnitt 3.5.1 näher beschrieben.

Neben der quantitativen Seite dieses Problems sind im Laufe der Entwicklung qualitative Aspekte aufgetreten: Es hat sich eine Reihe von Personengruppen herausgeschält, die besonders oft und nachhaltig von Arbeitslosigkeit betroffen werden, weil ein oder mehrere einstellungshemmende Faktoren sich überlagern. Dies gilt besonders für jugendliche und ältere Arbeitnehmer, für gesundheitlich Beeinträchtigte, für Frauen, für Niedrigqualifizierte und für Ausländer. Es genügt nicht, die Wiederbeschäftigung solcher Problemgruppen allein von einem Konjunkturaufschwung zu erhoffen, denn auch heute vermitteln die Arbeitsämter eine Vielzahl von Arbeitskräften in neue Positionen. Aber die Einstellungspraxis der Unternehmen zeigt, daß man nach einem personellen Schrumpfungsprozeß höhere Anforderungen an die schulische oder berufliche Qualität der zukünftigen Mitarbeiter stellt. Die veränderte Kosten- und Wettbewerbssituation erzwingt solche Maßstäbe. Diese Beobachtungen zeigen, daß das quantitative Arbeitsmarktproblem in weiten Bereichen ein qualitatives Problem ist und daß für eine ausgeglichene Arbeitsmarktbilanz nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage erforderlich ist. Es ist deshalb wichtig, solche Problemfaktoren abzubauen, wie sie insbesondere in mangelhafter Schul- und Berufsausbildung bestehen. Darüber hinaus sollte eine fundierte Schul- und Berufsausbildung zu der im Zuge des technischen Wandels und der zu erwartenden Änderungen der Wirtschaftsstruktur notwendigen beruflichen Flexibilität befähigen.

Im Hinblick auf Ausmaß und Dauer der in der Arbeitsfreisetzung zum Ausdruck kommenden fehlenden Nachfrage nach Arbeitskräften liegt es nahe, auch die wirtschaftsstrukturelle Seite des Problems zu betrachten. Dabei ist es zweckmäßig, einen Überblick über die längerfristige Entwicklung der Gesamtmasse der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu geben (Abschnitt 3.5.3). Nicht zuletzt daraus ergeben sich einige Anhaltspunkte für die sich abzeichnenden Entwicklungslinien.

Die Vielzahl der quantitativen, qualitativen und wirtschaftsstrukturellen Schwierigkeiten, die sich jetzt erstmals nach langen Zeiten der Voll- und Überbeschäftigung zeigen, hat nicht zuletzt den Blick für die Frage geschärft, wie sich die Verhält-

nisse nicht nur in naher, sondern auch in weiterer Zukunft auf dem Arbeitsmarkt gestalten werden. Verlässliche Prognosen zu diesem Problemkreis können aus prinzipiellen Gründen von niemandem gegeben werden. Es lassen sich jedoch die wichtigsten Wirkungsfaktoren in ihrer möglichen Entwicklung aufzeigen, so daß eine Rahmenorientierung erleichtert wird (Abschnitt 3.5.4).

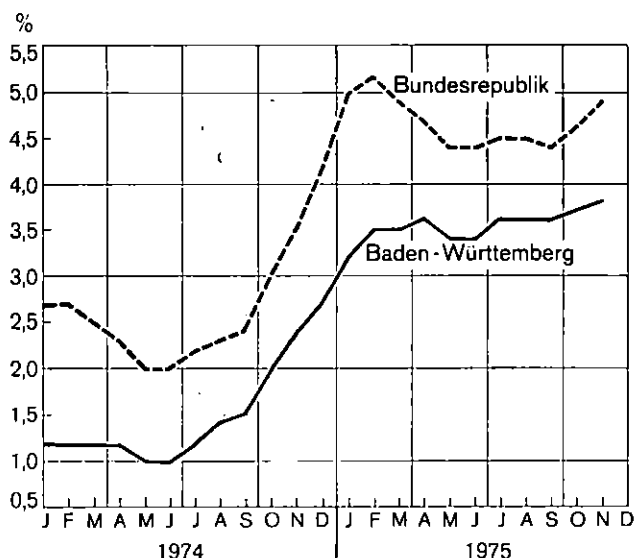
3.5.1 Arbeitsfreisetzung 1974/75 Arbeitslose – besonders in den Metall- und Verwaltungsberufen

Während der Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt um die Jahreswende 1974/75 schnellten die Arbeitslosenzahlen Monat für Monat um jeweils mehr als 10 000 in die Höhe. Etwa ab Februar 1975 beruhigte sich die Entwicklung und pendelte sich auf dem hohen Niveau von rund 130 000 Personen ein, erreichte jedoch in den letzten beiden Monaten des Jahres saisonbedingt mit rund 140 000 Personen einen vorläufigen Höhepunkt. Gleichzeitig lag ab September 1974 – und dies erstmals in der Nachkriegsgeschichte – die Zahl der offenen Stellen unter der Zahl der Arbeitslosen, wobei sich diese Spanne in den Folgemonaten – insbesondere wegen der starken Zunahme der Arbeitslosen – beträchtlich vergrößerte (vgl. Teil 1, Schaubild „Konjunkturindikatoren“).

Im Bundesgebiet war das Tempo der Arbeitsfreisetzung noch stürmischer verlaufen, es ging dann aber bis zum Frühsommer 1975 wieder zurück (Juni: 1,002 Mill. Arbeitslose). Diese im ersten Halbjahr unterschiedlichen Entwicklungen führten zu einem Anstieg des Anteils der Arbeitslosen Baden-Württembergs an denen des Bundes von 10,7% im Februar auf 12,4% im Juni, um dann bis zum Dezember auf 11,8% wieder leicht abzunehmen.

Schaubild 1

Entwicklung der Arbeitslosenquote



3176

Zwar bewegt sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen seit Monaten auf gleichbleibend hohem Niveau. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die personelle Zusammensetzung dieser Gesamtmasse sehr schnell und stark verändert. Es haben – nach einer Sonderauswertung für Mai 1975 – knapp die Hälfte (46%) aller Arbeitslosen spätestens nach einem Vierteljahr einen neuen Arbeitsplatz gefunden, und nach einem weiteren Vierteljahr sind nochmals mehr als ein Viertel wieder in den Arbeitsprozeß integriert worden. Weiterhin darf nicht übersehen werden, daß ein Siebtel der Arbeitslosen nicht voll zur Verfügung stand, denn 11,2% suchten eine Teilzeitarbeit und 2,8% eine Heimarbeit. Bis Ende September (erneute Sonderauswertung) hat sich an diesen Strukturdaten nichts Wesentliches geändert.

In Abhängigkeit von der Stärke der rezessiven Entwicklung in einzelnen Branchen und von der Größe dieser Branchen im Land werden bestimmte Berufsgruppen überproportional stark freigesetzt. Dies gilt besonders für das „Berufsfeld Metall“ (Montierer und Metallberufe, Schlosser, Mechaniker, Metallherzeuger und -bearbeiter), aus dem etwa ein Viertel aller Arbeitslosen kommt.

Darüber hinaus werden aber auch Berufe betroffen, die von einer speziellen Branchenentwicklung unabhängig sind und deren Freisetzung eher mit generellen Rationalisierungsmaßnahmen zu erklären ist: So kommen knapp 14% der Arbeitslosen aus den Verwaltungs- und Büroberufen und 17% entstammen dem „Berufsfeld Vertrieb und Verkauf“ (Waren- und Dienstleistungskaufleute, Verkehrsberufe, Lager- und Transportarbeiter, Warenprüfer). Bemerkenswert ist, daß die Situation bei den Bauberufen

Tabelle 1

Arbeitslose nach Berufsgruppen

Berufsgruppe	Arbeitslose	
	3. Quartal 1975	
	Anzahl	%
Sämtliche Berufsgruppen	130 603	100,0
darunter		
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	17 871	13,7
Montierer und Metallberufe	16 319	12,5
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	9 630	7,4
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	8 814	6,7
Warenkaufleute	8 000	6,1
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	5 962	4,6
Textil- und Bekleidungsberufe	5 123	3,9
Bauberufe	4 561	3,5
Elektriker	4 198	3,2
Metallherzeuger und Metallbearbeiter	4 161	3,2

Ende September und damit vor den kälteren Monaten noch ausgeglichen war. Da der Anteil der Ausländer im Bauhauptgewerbe mit über einem Drittel (1973) besonders hoch war, dürfte dieser Ausgleich darauf zurückzuführen sein, daß ein guter Teil arbeitsloser Ausländer in die Heimatländer zurückgekehrt ist und damit nicht mehr als arbeitslos in Erscheinung tritt.

Es fällt weiterhin auf und stimmt bedenklich, daß besonders bei höherqualifizierten Berufen wie Ingenieuren und Technikern, sowie im Gesundheitsdienst und im sozialen und erzieherischen Bereich eine wesentliche Verschlechterung zu verzeichnen ist. Mit etwa 13 000 Personen im Durchschnitt des 3. Quartals 1975 machen sie inzwischen 10% der Arbeitslosen aus.

Die meisten Kurzarbeiter in Baden-Württemberg

Die Entwicklung der Arbeitsfreisetzung weist für Baden-Württemberg – wenn man Arbeitslose und Kurzarbeiter vergleicht – eigene, landesspezifische Züge auf. Im Jahr 1974 haben die Unternehmer als Reaktion auf die Energiekrise und auf die nachlassende Wirtschaftstätigkeit zunächst überwiegend mit Entlassungen reagiert, denn bis zum Herbst lag die Zahl der Arbeitslosen immer über der Zahl der Kurzarbeiter. (Teil I, Tabelle 4). Im letzten Quartal 1974 bahnte sich jedoch eine Veränderung an, die sich im ersten Halbjahr 1975 voll durchsetzte. Während sich die Zahl der Kurzarbeiter vom 4. Quartal 1974 bis zum 2. Quartal 1975 mehr als verdoppelte (+ 104%) und damit eine Größenordnung von 230 000 erreichte, nahm die Zahl der Arbeitslosen um 50% auf 126 000 zu. Es scheint dies eine besondere Reaktionsform der baden-württembergischen Unternehmen und Betriebe zu sein, denn die verstärkte Kurzarbeit geht einher mit einem wesentlich schwächeren Anstieg der Arbeitslosenquote Baden-Württembergs im Vergleich zum Bund. Ent-

sprechend ist im Durchschnitt des Jahres 1975 knapp jeder vierte Kurzarbeiter des Bundesgebiets in Baden-Württemberg beschäftigt, während von den Arbeitslosen etwa nur jeder achte hier anzutreffen ist.

Damit zeigt sich, daß in vielen Branchen zumindest seit dem Frühjahr 1975 der Wirtschaftsentwicklung gegenüber eine abwartende Haltung eingenommen wurde, die es geraten erscheinen ließ, den Stamm der Belegschaft zunächst einmal nicht übermäßig – bzw. ab Sommer 1975 dann kaum noch – zu reduzieren, sondern verstärkt in Kurzarbeit auszuweichen. Solche Überlegungen können sich allerdings nur Unternehmen und Branchen leisten, die über Reserven an Wirtschaftskraft verfügen und die den Nachfragerückgang nach ihren Produkten weniger auf einen strukturellen Schrumpfungsprozeß als vielmehr auf mehr oder weniger schnell vorübergehende Einbrüche (z. B. Export) zurückführen.

Entsprechend konzentriert sich die Kurzarbeit auf die größten Branchen des Landes: Allein auf Maschinenbau und Elektrotechnik entfällt im IV. Quartal 1975 mit monatlich rund 81 000 Personen gut die Hälfte aller Kurzarbeiter, was weit über dem Beschäftigtenanteil dieser Branchen liegt.

Ende 1974 wies auch noch der Straßenfahrzeugbau mit fast 10% einen hohen Kurzarbeiteranteil aus, dieser wurde jedoch wegen der sich bessernden Marktlage im Laufe des Jahres 1975 deutlich abgebaut. Auch bei den EBM-Waren verringerte sich die Zahl der Kurzarbeiter, während vor allem beim Maschinenbau und bei Feinmechanik und Optik die Kurzarbeit im Jahresablauf stark zunahm.

Ein derart starkes Ausweichen auf Kurzarbeit, wie es in Baden-Württemberg praktiziert wird, ist als besonders vorsichtig und weitsichtig zugleich zu kennzeichnen. Wenn allerdings der erhoffte Auf-

Tabelle 2

Kurzarbeiter nach Wirtschaftsgruppen

Wirtschaftsgruppen	1974	1975			
	IV	I	II	III	IV
	Quartal				
Kurzarbeiter insgesamt	112 369	196 453	228 639	152 100	161 431
darunter	%				
Elektrotechnik	21,8	24,1	21,8	23,1	21,9
Maschinenbau	17,5	19,4	20,9	26,3	28,3
Straßenfahrzeugbau	9,5	7,4	5,5	3,7	3,6
Eisen- Blech- und Metallwaren	7,5	5,8	5,4	4,8	4,7
Textil	6,9	4,5	6,6	5,6	4,7
Metallverformung	5,5	5,2	4,7	4,3	5,6
Feinmechanik und Optik, Uhren	3,8	4,7	5,1	5,9	5,7
Bau	1,6	4,9	7,4	3,4	2,4

schwung auch auf längere Sicht ausbleibt, so dürften diese Kurzarbeiter ein Reservoir für zukünftige Arbeitslose darstellen.

3.5.2 Soziale Aspekte der Arbeitslosigkeit Relativer Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit

In der gegenwärtigen Rezession hat von allen Problemgruppen wohl die der jugendlichen Arbeitslosen die meiste Aufmerksamkeit auf sich gezogen, denn besonders bei großer Jugendarbeitslosigkeit dürften soziale Unruhen nicht auszuschließen sein. Außerdem kann ein schlechter Start in die Arbeitswelt ungünstige Auswirkungen auf das gesamte Berufsleben des Betroffenen haben, die auch im Interesse der Gesellschaft vermieden werden sollten.

Ende September 1975 waren beim Landesarbeitsamt 14 500 Arbeitslose unter 20 Jahren erfaßt, darunter knapp 5 000 – also über ein Drittel – noch nicht 18-jährige. Insgesamt gesehen hat die Arbeitslosenzahl der Jugendlichen in der Zeit von

Ende September 1974 bis Ende September 1975 in Baden-Württemberg mit einer Rate von 195% weniger stark zugenommen als die der Arbeitnehmer insgesamt (+ 233%). Damit ist ihr Anteil an den Arbeitslosen Ende September 1975 auf 11,2% geringfügig zurückgegangen, nachdem er vor einem Jahr noch 13,5% betragen hatte. Verglichen mit Ende Mai 1975 (8,0%) lag diese Quote im September 1975 allerdings um 3,2 Prozentpunkte höher, was jedoch mit den unterschiedlichen zeitlichen Abständen der Stichtage von den Schulentlassungsterminen und dem jahrgangsbedingten teilweisen Wechsel des erfaßten Personenkreises zu erklären ist. Insgesamt zeigt die Entwicklung aber, daß sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit, gemessen an dem der Gesamtarbeitslosigkeit, leicht gemildert hat. Positiv zu vermerken ist weiterhin, daß nur bei 2,1% (gegenüber 6,6% bei den Arbeitslosen insgesamt) Dauerarbeitslosigkeit vorlag, also seit einem Jahr oder länger kein Arbeitsverhältnis bestanden hatte. In den meisten Fällen dauerte das Fehlen der Erwerbsquelle weniger als drei Monate (65%) gegenüber 44% bei den Arbeitslosen aller Altersgruppen.

Tabelle 3

Arbeitslose Jugendliche (unter 20 Jahren) Ende September 1975

Merkmal	Männer		Frauen		Insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Arbeitslose Jugendliche insgesamt	7 089	100,0	7 409	100,0	14 498	100,0
darunter						
Deutsche	5 633	79,5	6 291	84,9	11 924	82,2
Ausländer	1 456	20,5	1 118	15,1	2 574	17,8
Angestellte	1 110	15,7	3 537	47,7	4 647	32,1
übrige	5 979	84,3	3 872	52,3	9 851	67,9
Teilnehmer an Grundausbildungslehrgängen	55	0,8	24	0,3	79	0,5
Teilnehmer an Förderungslehrgängen	19	0,3	15	0,2	34	0,2
Teilnehmer an Lehrgängen zur Verbesserung der Eingliederungsmöglichkeiten	34	0,5	54	0,7	88	0,6
streben eine betriebliche Ausbildungsstelle an	568	8,0	544	7,3	1 112	7,7
streben keine betriebliche Ausbildungsstelle an	6 521	92,0	6 865	92,7	13 386	92,3
wünschen nur Teilzeitarbeit	11	0,2	249	3,4	260	1,8
mit Bezug von oder Antrag auf Leistungen nach dem AFG	5 572	78,6	5 153	69,6	10 725	74,0
hatten gesundheitliche Einschränkungen	434	6,1	430	5,8	864	6,0
ohne bisherige Berufstätigkeit	969	13,7	1 598	21,6	2 567	17,7
mit bisheriger Berufstätigkeit	6 120	86,3	5 811	78,4	11 931	82,3
ohne Hauptschulabschluß	1 376	19,4	1 128	15,2	2 504	17,3
mit Hauptschulabschluß	4 701	66,3	5 192	70,1	9 893	68,2
mit mittlerem Abschluß	355	5,0	661	8,9	1 016	7,0
mit Hoch-/Fachhochschulreife	24	0,3	37	0,5	61	0,4
Schulbildung unbekannt	633	8,9	391	5,3	1 024	7,1
ohne abgeschlossene Berufsausbildung einschließlich Anlernung	4 627	65,3	4 679	63,2	9 306	64,2
mit abgeschlossener Lehre	2 404	33,9	2 328	31,4	4 732	32,6
mit Berufsfachschule	43	0,6	348	4,7	391	2,7
mit Fachschule	15	0,2	54	0,7	69	0,5

Quelle: Landesarbeitsverwaltung.

Die relativ schnelle Vermittlung jugendlicher Arbeitsloser weist darauf hin, daß die Jugendarbeitslosigkeit bisher nicht primär als Problem eines zu geringen Angebotes an Lehrstellen anzusehen ist. Unterstrichen wird diese Vermutung auch dadurch, daß zwar 64% von ihnen ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren, daß aber gleichzeitig nur rund 8% eine betriebliche Ausbildungsstelle anstrebten. In Hinblick auf das künftige Lehrstellenangebot ist zu beachten, daß in den kommenden Jahren der Schulabgang geburtenstarker Jahrgänge ansteht, so daß die Schaffung von Ausbildungsplätzen noch längere Zeit vorrangige Bedeutung haben wird.

Große Hemmnisse für den Eintritt oder Wiedereintritt ins Berufsleben lagen bei den Jugendlichen oftmals im mangelhaften Bildungsstand. Rund 64% der jugendlichen Arbeitslosen konnten keine ausreichende Berufsausbildung aufweisen, d. h. sie hatten gar keine abgeschlossene Berufsausbildung oder verfügten lediglich über eine Anlernausbildung. Was die Schulausbildung betrifft, so hatten 17% keinen Hauptschulabschluß, und bei fast 7% war die Schulbildung unbekannt.

Während bei den älteren Jahrgängen unzureichende Schul- und Berufsausbildung mit Rücksicht auf die früheren Ausbildungsmöglichkeiten und die Vielzahl störender Ereignisse (zwei Weltkriege, Nachkriegszeiten, Inflation) verständlich sind, müssen diese Verhältnisse bei den heutigen Jugendlichen angesichts der vielfältigen intensiven Ausbildungsbemühungen der letzten Jahre außerordentlich erstaunen. Es überrascht weiterhin, daß auch trotz eingetretener Krisensituationen der Ausbildungswille überwiegend fehlt. Dies zeigt die geringe Zahl der jugendlichen Arbeitslosen, die eine betriebliche Ausbildungsstelle anstreben, bzw. die an mit Mitteln des Landes geförderten Lehrgängen zur Aus- und Fortbildung teilnehmen.

Man kann generell – wie die relativ kurze Dauer der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen zeigt – annehmen, daß deren Eingliederung bzw. Rückführung in den Erwerbsprozeß bei einer entsprechenden Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmendaten durchaus gelingen kann. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil ihre regionale Mobilität groß und die berufliche Spezialisierung im allgemeinen noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß bereits eine Erstarrung des in Frage kommenden Arbeitsplatzprofils eingetreten ist. Wenn diese Jugendlichen sich jedoch nicht um eine Verbesserung ihrer Schul- und Berufsausbildung bemühen, werden sie bei der nächsten Krise wiederum zu den ersten gehören, die ihren Arbeitsplatz verlieren und dies unter Umständen ihr ganzes Leben hindurch. Wenn außerdem nicht erreicht werden kann, daß ein größerer Teil der Jugendlichen als bisher zu einem Schul- und Berufsabschluß kommt, dann wird nicht zuletzt aus diesen

Gründen bei wirtschaftlichen Rückschlägen die Jugendarbeitslosigkeit immer wieder als Problem auftreten.

Dauerarbeitslosigkeit am stärksten bei den älteren Arbeitslosen

In der Einschränkung der beruflichen Flexibilität, der regionalen Mobilität und häufig auch der Gesundheit liegt einer der Hauptgründe dafür, daß die Wiedereingliederung der über 45-jährigen Arbeitnehmer, die Ende Mai 1975¹ rund 23% des Gesamtbestandes Arbeitsloser darstellen, sehr viel schwieriger als bei Jugendlichen ist. Entsprechend liegt bei den älteren die Dauerarbeitslosigkeit (8%) doppelt so hoch wie bei den Beschäftigungslosen insgesamt. Männer sind häufiger davon betroffen (9%) als Frauen (7%). Über 60% der älteren Arbeitslosen verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung, 30% haben gesundheitliche Einschränkungen, darunter sind viele Schwerbehinderte bzw. diesen gleichgestellte. Darin drückt sich aus, daß sich in vielen Fällen eingliederungshemmende Faktoren überlagern. Hinzu kommt, daß Maßnahmen zur beruflichen Förderung – wie z. B. die Ausbildung zum Industrie- und Handwerksmeister bzw. Techniker – sowie ganz allgemein Maßnahmen der beruflichen Umschulung und Einarbeitung in andere Arbeitsaufgaben von den älteren Arbeitslosen in nur geringem Umfang in Anspruch genommen werden.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist ganz entscheidend vom Lebensalter der Arbeitslosen abhängig: Mit zunehmendem Lebensalter wächst auch die Zeitspanne der Nichtbeschäftigung. So hat, jeweils gemessen an den anderen Altersgruppen, die ausgesprochen kurze Arbeitslosigkeit von weniger als einem bzw. zwischen einem und drei Monaten das relativ größte Gewicht für die unter 20-jährigen Jugendlichen. In der Gruppe derjenigen, die zwischen drei und sechs Monaten arbeitslos waren, sind besonders die 25- bis 40-jährigen vertreten. Dauert aber die Nichtbeschäftigung länger als ein halbes, ein oder sogar zwei Jahre, dann dominiert die Gruppe der über 45-jährigen beschäftigungslosen Arbeitnehmer.

Besonders Personen, bei denen gesundheitliche Einschränkungen und weitere einstellungshemmende Faktoren zusammen auftreten, dürften weiterhin großen Schwierigkeiten ausgesetzt sein. Speziell die Beschäftigungslage der 1 717 schwerbehinderten älteren Arbeitslosen kann sich allerdings dann bessern, wenn die Regelungen des Schwerbehindertengesetzes greifen, die Wirtschaft und Verwaltung die Aufnahme Schwerbehinderter in gewissem Umfang zur Pflicht machen.

1 Die Strukturdaten dieses und der folgenden Abschnitte (Frauen, schulische und berufliche Qualifikation, Ausländer) sind der Sonderuntersuchung des Landesarbeitsamtes für Ende Mai 1975 entnommen. Die Ergebnisse der für Ende September wiederholten Sonderuntersuchung weichen in wesentlichen Punkten von den hier genannten Strukturen nicht ab.

Tabelle 4

Arbeitslose nach Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit

Merkmal	Arbeitslose insgesamt	Davon mit einer Dauer der Arbeitslosigkeit von					
		unter 1 Monat	1 bis unter 3 Monate	3 bis unter 6 Monate	6 bis unter 12 Monate	1 bis unter 2 Jahre	2 Jahre und länger
		%					
a) Ende Mai 1975							
unter 20 Jahre	10 013	18,5	36,4	26,0	17,6	1,4	0,0
20 bis unter 30 Jahre	40 337	15,4	36,0	28,0	18,6	1,9	0,1
30 " " 40 "	32 682	13,6	32,3	28,6	22,3	3,0	0,2
40 " " 50 "	23 589	13,3	29,0	26,9	25,5	4,8	0,5
50 " " 60 "	13 449	10,6	25,6	25,1	29,9	7,8	1,1
60 und mehr Jahre	4 821	8,8	22,6	26,6	31,6	9,3	1,1
Zusammen	124 891	14,0	32,1	27,4	22,6	3,6	0,4
b) Zeitvergleich							
Stichtag							
September 1972	12 518	39,3	29,5	13,8	14,3	2,7	0,3
September 1973	16 065	41,0	30,7	12,9	11,5	3,1	0,8
Mai 1974	37 686	25,2	35,3	24,5	12,3	2,2	0,5
September 1974	55 402	35,2	32,6	16,3	13,4	2,1	0,4
Mai 1975	124 891	14,0	32,1	27,4	22,5	3,6	0,4

Quelle: Landesarbeitsamt

Frauen relativ häufiger arbeitslos als Männer

Neben den Gruppen der Jugendlichen und Älteren sowie der nur bedingt Arbeitsfähigen sind es besonders Frauen, die häufig arbeitslos sind. So lag die Arbeitslosenquote der Frauen bereits während des rezessiven Einbruches 1966/67 nahezu 1 Prozentpunkt über derjenigen der Männer. Der Anteil der erwerbslosen Frauen an den Arbeitslosen insgesamt betrug Ende Mai 43% und Ende Dezember 1975 sogar 47%, während der entsprechende Anteil an den abhängig Erwerbstätigen bei 37% liegt. Es zeigt sich also deutlich, daß die von Frauen eingenommenen Arbeitsplätze unsicherer sind als diejenigen der Männer bzw. daß Betriebe im allgemeinen den Frauen eher kündigen als ihren männlichen Mitarbeitern. Dies könnte zum Teil daran liegen, daß Frauen weit häufiger als Männer Teilzeitarbeitsplätze innehaben, die sehr konjunkturgefährdet sind. Entsprechend sucht jede vierte arbeitslose Frau keinen Vollzeit- sondern einen Teilzeitarbeitsplatz. Während für die jüngeren weiblichen Arbeitslosen das Streben nach einer Ganztagsarbeit die Regel ist, sind es besonders Frauen in den mittleren Jahren, wahrscheinlich häufig mit Kindern im Haushalt, die zur Aufbesserung des Haushaltsbudgets oder aus sonstigen Gründen einen Teilzeiterwerb suchen. Es fällt auf, daß sehr viele Frauen (Ende Mai 1975: 69%) nur vormittags zur Arbeit gehen wollen und nur zu einem geringen Teil bereit sind, abends (7%) eine betriebliche Aufgabe zu übernehmen.

Von Entlassungen waren besonders Frauen ohne praktische Berufsausbildung betroffen, deren Anteil an den weiblichen Beschäftigten in Wirtschaft und Verwaltung rund 50% beträgt und deren Arbeitsplätze bei abschwingendem Konjunkturzyklus besonders häufig als erste durch Rationalisierungen eingespart werden. Frauen mit praktischer Berufsausbildung – sei es nun, daß eine berufliche Lehre oder eine betriebsbezogene Anlernzeit, die die Qualifikation für einen ganz bestimmten Arbeitsplatz bringt, absolviert oder daß der Abschluß an einer Berufsschule oder Fachhochschule erreicht wurde – hatten in geringerem Umfang die Arbeitsplätze eingebüßt (34%) als Frauen ohne entsprechende praxisorientierte Qualifikation (66%). Insgesamt ist somit festzustellen, daß je besser die schulische bzw. berufliche Ausbildung, desto geringer das Risiko ist, arbeitslos zu werden.

Beinahe die Hälfte der arbeitslosen Frauen hatte vor der Arbeitslosigkeit den Beruf einer Montiererin, einen Metallberuf oder aber einen Organisations-, Verwaltungs- bzw. Büroberuf ausgeübt. Jede zehnte Erwerbslose war zuletzt entweder als Hilfsarbeiterin ohne nähere Angabe, als Warenprüferin oder im Versand beschäftigt. 7% übten Textil- oder andere Berufe der Bekleidungsbranche aus. Diese Aufgliederung nach Berufen, in denen besonders viele Frauen arbeitslos sind, zeigt, daß sie überwiegend erwerbslos wurden, weil sie in Branchen arbeiteten, die Frauen bevorzugt dann beschäftigen, wenn die konjunkturelle Lage günstig ist (Konjunk-

turpufferfunktion) oder wenn zur Ausübung ihrer betrieblichen Tätigkeit keine besondere Qualifikation erforderlich war (Problem der schulischen und beruflichen Ausbildung).

Schulische und berufliche Qualifikation besonders wichtig

Der Zusammenhang zwischen schulischer und beruflicher Qualifikation einerseits sowie der Arbeitslosigkeit andererseits gilt aber nicht nur für Frauen, sondern ganz allgemein: Je schlechter die schulische bzw. berufliche Ausbildung der einzelnen Arbeitnehmer ist, desto größer ist das Risiko, arbeitslos zu werden. Zwar hatten die meisten der Ende Mai bei der Arbeitsverwaltung registrierten Arbeitslosen den Hauptschulabschluß als höchsten Schulabschluß (62%) erreicht, jedoch ist der Anteil derjenigen, die keinen entsprechenden Schulabschluß nachweisen konnten, mit 8% sehr hoch. Einen mittleren Schulabschluß besaßen 6%, Hoch- bzw. Fachhochschulreife hatten 3% erreicht.

Der Tatbestand, der für den allgemeinbildenden Schulabschluß aufgezeigt wurde, gilt entsprechend für den berufsqualifizierenden Nachweis. Während rund 40% der Arbeitslosen die Berufsausbildung bis zum Abschluß verfolgt hatten, verfügten rund 60% über keinen entsprechenden Nachweis. 91% der Arbeitslosen, die ohne Hauptschulabschluß geblieben waren, hatten gleichzeitig auch keine praktische Berufsausbildung genossen. Je höher der erreichte allgemeinbildende Schulabschluß ist, desto niedriger wird der Anteil derer, die ihre Berufsausbildung nicht abgeschlossen haben: bei Arbeitslosen mit Hauptschulabschluß beträgt er 50%, wenn ein mittlerer Abschluß vorliegt, sinkt er auf 19%. Es kommt

also deutlich der konstituierende Faktor des allgemeinbildenden für den beruflichen Abschluß und darüber hinaus die berufliche Qualifikation für die Verminderung des persönlichen Risikos, arbeitslos zu werden, zum Vorschein.

Eine Sonderentwicklung ist bei den Arbeitslosen mit Hoch- bzw. Fachhochschulausbildung festzustellen. Das Schwergewicht der fachlichen Ausbildung der Akademiker liegt nämlich nicht in den industriellen bzw. handwerklichen Fächern, sondern in Fachrichtungen, die mehr zu einem Dienstleistungsberuf befähigen. So ist es nicht verwunderlich, daß nur jeder fünfte erwerbstätige Akademiker in der Urproduktion bzw. im Verarbeitenden Gewerbe tätig ist, dagegen 81% im Dienstleistungsgewerbe. Entsprechend ist die Mehrzahl der Akademiker im öffentlichen Dienst tätig oder in Dienstleistungen, die von öffentlicher Bedeutung sind. Da in diesen Bereichen das Arbeitsplatzrisiko gering bzw. zum Teil praktisch ohne Bedeutung ist, nimmt es nicht wunder, daß der Anteil der Beschäftigungslosen mit akademischer Ausbildung sehr gering ist (1,6%). Betrachtet man den Altersaufbau der Arbeitslosen mit Hochschulausbildung, so zeigt sich, daß 40% unter 30 Jahre alt und 65% davon seit weniger als drei Monaten arbeitslos sind. Es läßt sich vermuten, daß darunter der Anteil derjenigen besonders hoch ist, die erst in jüngster Zeit von der Hochschule abgegangen sind.

Das Rückwanderungsverhalten der Ausländer hat sich geändert

Mit steigender Arbeitslosigkeit wandelte sich auch die Struktur der Arbeitsuchenden. So sind jetzt, neben den Frauen überdurchschnittlich viele Aus-

Tabelle 5

Arbeitslose verschiedener Altersgruppen nach Schul- und Berufsausbildung Ende Mai 1975

Arbeitslose nach Berufs- und Schulbildung	Zusammen	Altersgruppe (von bis unter Jahren)					
		unter 20	20 bis unter 30	30 bis unter 40	40 bis unter 50	50 bis unter 60	60 und mehr
Arbeitslose insgesamt	124 891	10 013	40 337	32 682	23 589	13 449	4 821
davon nach Schulbildung		%					
ohne Hauptschulabschluß	10 557	21,2	7,3	8,0	8,3	5,4	3,7
mit Hauptschulabschluß	77 211	62,2	60,3	57,3	62,2	71,2	76,4
mit mittlerem Abschluß	7 460	3,7	8,4	5,6	3,2	5,7	7,1
mit Hoch-/Fachhochschulreife	4 150	0,1	4,3	4,2	2,2	2,7	3,1
mit unbekannter Schulbildung	25 513	12,8	19,7	24,8	24,1	15,0	9,7
nach Berufsausbildung							
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	72 993	71,2	49,8	58,2	67,2	62,7	51,4
mit Anlernausbildung	9 564	5,6	6,6	8,3	8,5	9,5	8,0
mit abgeschlossener Lehre	34 565	21,8	35,8	25,5	20,3	23,4	34,9
mit Berufsfachschule	3 988	1,4	4,0	3,9	2,1	2,4	2,8
mit Fachhochschule	1 586	—	1,6	1,5	0,9	1,0	1,8
mit Hochschule	1 972	—	1,9	2,4	1,0	1,0	1,0

Quelle: Landesarbeitsamt

Tabelle 6

Erwerbstätige und Ausländerquote (Ausländer in % der abhängig Erwerbstätigen)

Geschlecht Stellung im Beruf		Erwerbstätige insgesamt		Veränderung 1975 gegenüber 1974	Darunter im Wirtschaftsbereich									
					Produzierendes Gewerbe			Veränderung 1975 gegenüber 1974	Handel und Verkehr		Veränderung 1975 gegenüber 1974	Dienstleistungs- gewerbe		Veränderung 1975 gegenüber 1974
1974	1975	%	1974	1975	%	1974	1975	%	1974	1975	%			
Insgesamt	1000	4 247	4 078	- 4,0	2 323	2 181	- 6,1	573	565	- 1,4	1 072	1 048	-2,3	
darunter Abhängige	1000	3 648	3 485	- 4,5	2 181	2 048	- 6,1	480	472	- 1,7	954	933	-2,2	
darunter Ausländer	%	15,8	13,8	-16,3 ¹⁾	22,2	19,6	-17,0 ¹⁾	6,3	4,8	-25,7 ¹⁾	5,9	5,9	-3,0 ¹⁾	
Männlich zusammen	1000	2 607	2 482	- 4,8	1 635	1 522	- 6,9	317	317	+ 0,1	534	516	-3,4	
darunter Abhängige	1000	2 282	2 158	- 5,5	1 532	1 426	- 6,9	260	261	+ 0,6	467	448	-3,9	
darunter Ausländer	%	17,1	14,6	-19,2 ¹⁾	22,3	19,4	-18,9 ¹⁾	8,7	6,5	-25,1 ¹⁾	4,4	4,2	-9,5 ¹⁾	
Weiblich zusammen	1000	1 640	1 596	- 2,7	689	659	- 4,3	256	247	- 3,4	538	532	-1,2	
darunter Abhängige	1000	1 366	1 328	- 2,8	649	622	- 4,1	220	210	- 4,4	487	484	-0,5	
darunter Ausländer	%	13,6	12,5	-10,4 ¹⁾	21,9	20,0	-12,3 ¹⁾	(3,5)	(2,7)	(-27,3 ¹⁾)	7,3	7,4	+0,8 ¹⁾	

Ergebnisse der Mikrozensus-Stichprobe. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Prozentuale Veränderung der abhängig erwerbstätigen Ausländer.

länder arbeitslos geworden. Besonders deutlich tritt dieser Tatbestand hervor, wenn man für das Jahr 1974 die Relation „ausländische Beschäftigte zu Beschäftigten insgesamt“ (16%) dem Anteil der ausländischen Arbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt (30%) gegenüberstellt. Dabei ist diese Quote für ausländische Männer noch weitaus günstiger (17%:28%) als für Ausländerinnen (14%:31%).

Die Höhe des Anteils an den Arbeitslosen dürfte allerdings nicht dadurch hervorgerufen worden sein, daß etwa aufgrund einer bewußten Auslese den Ausländern eher gekündigt worden wäre als den Deutschen. Aus der Sicht eines Betriebes hängt nämlich im Einzelfall die Entscheidung darüber, ob ein aus- oder inländischer Arbeitnehmer entlassen wird, letztlich von rationalen Kriterien der Unternehmensleitung ab. Ausschlaggebend für den hohen Ausländeranteil an den Arbeitslosen dürfte vielmehr sein, daß die Ausländer überwiegend in Branchen arbeiten, die vom konjunkturellen Rückgang und dem strukturellen Anpassungsprozeß besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Zur Erklärung dieses Zusammenhanges kann die auf einzelne Wirtschaftszweige bezogene Ausländerquote herangezogen werden. Darunter wird der Anteil der ausländischen Beschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen der entsprechenden Branche verstanden. Die so errechnete Ausländerquote betrug 1975 für den gesamten produzierenden Wirtschaftsbereich 20%, darunter für das Baugewerbe 19% und das Verarbeitende Gewerbe 20%, also Branchen, die 67% der Ende Mai 1975 Erwerbslosen

zuletzt beschäftigten. Im Dienstleistungssektor lag die Ausländerquote bei 6%. Außerdem wirkt sich eine strukturelle Komponente aus: der Anteil der von Freisetzungen weniger betroffenen Angestellten ist bei den Ausländern besonders niedrig, die Zahl an- und ungelernter Arbeiter sehr viel höher als bei den Deutschen.

Neben konjunkturellen Gründen gibt es auch Einflußgrößen, die letztlich auf Entscheidungen sozial- bzw. arbeitsmarktpolitischer Natur zurückgehen. Während bei der Rezession 1966/67 viele arbeitslos gewordene Ausländer umgehend wieder in ihre Herkunftsländer zurückwanderten – so daß danach zurecht davon gesprochen werden konnte, die Ausländer hätten sich flexibel als „Konjunkturpuffer“ verhalten – und dadurch ihren Anteil an den Arbeitslosen relativ niedrig hielten, hat sich in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise das Rückwanderungsverhalten der beschäftigungslos gewordenen Ausländer geändert. So konnten im Aufschwung, der auf die Rezession 1966/67 folgte, die ausländischen Arbeitskräfte unbehindert wieder in die Bundesrepublik einreisen. Dieser Weg ist der zahlenmäßig größten Ausländergruppe bei einer in mehr oder weniger naher Zukunft erwarteten wirtschaftlichen Besserung wegen des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten versperrt. So entspricht es durchaus rationalen Erwägungen der Betroffenen, wenn sie in der gegenwärtigen Krise nicht mehr sofort in die Heimatländer zurückwandern, sondern die im Aufenthaltsrecht festgesetzte Verweildauer voll ausschöpfen.

3.5.3 Wirtschaftsstrukturelle Aspekte

Zur Untersuchung der wirtschaftsstrukturellen Seite des Problems der Arbeitsfreisetzung, zur Darstellung der Besonderheiten der gegenwärtigen Situation sowie zur Ableitung zukünftiger Aspekte ist es zweckmäßig, einen Überblick über die Entwicklung sowohl der Gesamtbeschäftigung wie der Beschäftigung in den einzelnen Sektoren der Wirtschaft im Verlauf der letzten zehn Jahre zu geben.

Beschäftigtenentwicklung in den letzten 10 Jahren
Im Vergleich zur heutigen Situation kann die Situation am Arbeitsmarkt während der Rezession 1966/67 kaum als kritisch bezeichnet werden. Denn im Schnitt dieser Jahre war das Angebot an Arbeitsplätzen immer doppelt so groß wie die Zahl der Arbeitsuchenden. Der wirtschaftliche Aufschwung, der Ende 1967 wieder einsetzte, führte zu einer starken Expansion der Erwerbstätigen. Vom Frühjahr 1967 bis zum Frühjahr 1973 erhöhte sich die Zahl der Arbeitskräfte um rund 320 000 (+ 8%) auf 4,31 Mill. Personen. Darüber hinaus war am Arbeitsmarkt ein deutlicher Nachfrageüberhang nach Arbeitskräften vorhanden. Zusammen mit dem Anstieg des realen Bruttosozialprodukts um 43% kennzeichnet dies ein hohes Wirtschaftswachstum, das in Baden-Württemberg verglichen mit dem übrigen Bundesgebiet besonders stark ausgeprägt war.

Ende 1973 bahnten sich erneut rezessive Tendenzen an. Der Personalabbau, mit dem sich die Unternehmer der veränderten Nachfragesituation anpaßten, setzte allerdings zunächst nur zögernd ein. Ab Herbst 1974 verschlechterte sich dann die wirtschaftliche Lage rapide. Trotz einer sprunghaft hochschnellenden Zahl von Kurzarbeitern wurde der Beschäftigtenstand nun stärker abgebaut als 1967. Im Frühjahr 1975 wurden mit knapp 4,08 Mill. Erwerbstätigen 230 000 Arbeitskräfte weniger beschäftigt als im Frühjahr 1973 und damit die Zunahme der Jahre 1967 bis 1973 zum größten Teil wieder rückgängig gemacht.

Die rasche Zunahme der Beschäftigten zwischen 1967 und 1973 war nur durch den Zustrom ausländischer Erwerbstätiger möglich. Er glich darüber hinaus den Rückgang deutscher Arbeitskräfte in dieser Zeit aus, der durch eine Verlängerung der Ausbildungszeiten sowie insbesondere durch die demographische Komponente des Ausscheidens starker Geburtsjahrgänge aus dem Erwerbsleben bei gleichzeitigem Hineinwachsen nur schwach besetzter Jahrgänge bedingt war. Die Konzentration der Ausländer in besonders konjunkturempfindlichen Branchen hatte allerdings zur Folge, daß sie vom Personalabbau zwischen 1973 und 1975 stärker betroffen wurden als deutsche Arbeitskräfte.

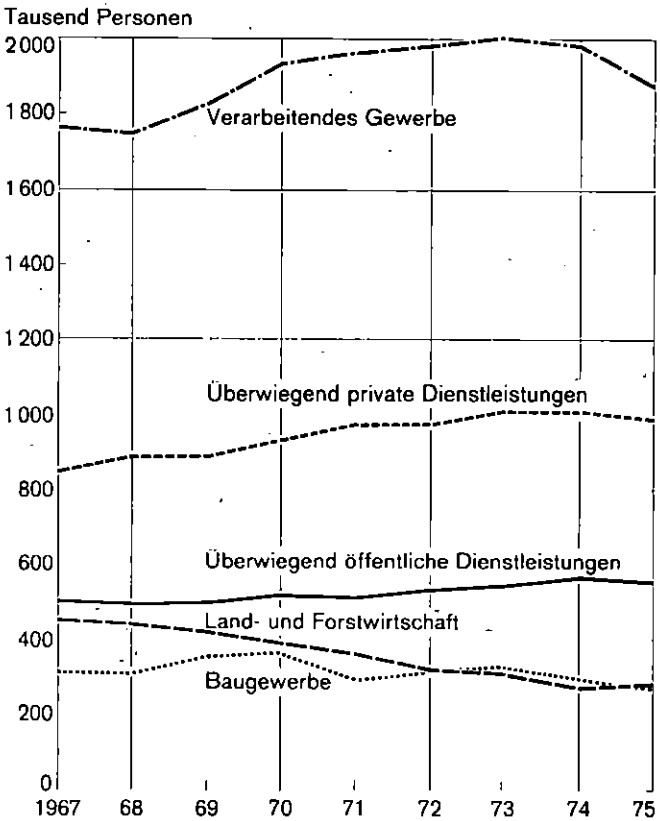
Tabelle 7
Erwerbstätige 1966 bis 1975

Jahr	Erwerbstätige	
	insgesamt	darunter Ausländer
	in Millionen	
1966	4,119	0,328
1967	3,985	0,282
1968	3,994	0,259
1969	4,095	0,342
1970	4,222	0,454
1971	4,193	0,514
1972	4,230	0,529
1973	4,306	0,575
1974	4,247	0,585
1975	4,078	0,493

Quelle: Mikrozensus, Frühjahr jeden Jahres.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen zeichnete sich in den letzten Jahren folgendes Entwicklungsbild ab: Nahezu drei Viertel der zwischen 1967 und 1973 zusätzlich eingesetzten Erwerbstätigen entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe. Trotz des inzwischen erfolgten Personalabbaus waren hier im Frühjahr 1975 immer noch mehr Personen tätig als im

Schaubild 2
Erwerbstätige in ausgewählten Wirtschaftsabteilungen 1967 bis 1975



Rezessionsjahr 1967. Dies traf auch für den Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen zu, während die Zahl der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft und im Baugewerbe geringer war als 1967 (siehe Schaubild 2). Darüber hinaus wird das Bild noch durch besondere Entwicklungsmerkmale der wichtigsten Bereiche vertieft und ergänzt.

Verarbeitendes Gewerbe

Fast jeder zweite Erwerbstätige (45%) in Baden-Württemberg ist im Verarbeitenden Gewerbe, das heißt in der Industrie und im produzierenden Handwerk, tätig. Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat damit das Verarbeitende Gewerbe in unserem Lande das stärkste Gewicht.

Im Verlaufe der letzten zehn Jahre hat die Industrie den höchsten Beschäftigtenstand (1,61 Mill.) im Jahr 1970 erreicht. Danach setzte bis zum Jahre 1973 ein leichter Personalabbau ein, der jedoch im wesentlichen auf die Rationalisierungsbemühungen der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Schuhherstellung und Lederindustrie zurückzuführen war.

Die allgemeine Lähmung der wirtschaftlichen Aktivität, die Ende 1973 begann, führte dann 1974/75 zu einem Beschäftigteneinbruch von bisher nicht gekanntem Ausmaß. Ende November 1975 belief sich die Beschäftigtenzahl auf 1,41 Mill., wobei die Arbeiter von der rückläufigen Entwicklung stärker

betroffen waren als die Angestellten. Der Beschäftigtenstand war damit um 11,4% niedriger als im November 1973, das heißt, in diesem Zeitraum ist jeder 9. Arbeitsplatz in der Industrie weggefallen. Dabei haben von den drei großen Bereichen die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie die Verbrauchsgüterindustrie die Beschäftigtenzahl relativ am stärksten eingeschränkt (siehe Tabelle 8).

Um den Beschäftigtenrückgang trotz zunehmender – konjunkturell und strukturell bedingter – Abkühlung in möglichst engen Grenzen zu halten, versuchten die Unternehmer – wie schon skizziert – (vgl. 3.5.1 und 3.5.2) in Baden-Württemberg ihre Auftragsbestände durch Einführung von Kurzarbeit zu strecken. Nachdem Kurzarbeit noch gegen Ende 1973 fast nur in Bekleidungs- und Textilbetrieben verbreitet war, stand sie 1974/75 in der Elektrotechnik sowie dem Maschinen- und Fahrzeugbau an der Spitze. Trotz Kurzarbeit war jedoch auch in diesen Bereichen Arbeitslosigkeit nicht zu vermeiden, wie es die große Freisetzung der hier angesiedelten Metallberufe zeigt.

Die für die Wirtschaft unseres Landes typische Fertigwarenindustrie hat ihren Ursprung im *verarbeitenden Handwerk*. Auf den produzierenden Teil des Handwerks entfallen zur Zeit 47% aller Beschäftigten im Handwerk, während im Baugewerbe 38% arbeiten und 15% vorwiegend mit Dienstleistungsfunktionen befaßt sind.

Tabelle 8

Beschäftigte in der Industrie 1)

Industriebereich Industriegruppe	Beschäftigte am Monatsende	Veränderungen November 1975 gegenüber		
	November 1975	November 1973		Mai 1975
	Anzahl	%		
Gesamte Industrie (ohne Bergbau)	1 410 255	– 181 023	– 11,4	– 2,3
Grundstoff- und Produktionsgüter	176 940	– 28 278	– 13,8	– 2,5
darunter Steine und Erden	28 446	– 7 537	– 20,9	– 3,0
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	16 788	– 4 823	– 22,3	– 3,0
Gummi- und Asbestverarbeitung	15 638	– 5 757	– 26,9	– 3,3
Investitionsgüter	828 878	– 93 133	– 10,1	– 2,6
darunter Maschinenbau	256 915	– 21 938	– 7,9	– 2,6
Fahrzeugbau	154 011	– 8 726	– 5,4	– 1,2
Elektrotechnik	218 543	– 31 055	– 12,4	– 3,0
Feinmechanik, Optik und Uhren	58 803	– 9 537	– 14,0	– 4,8
Eisen-, Blech-, Stahl- und Metallwaren	70 497	– 12 574	– 15,1	– 3,4
Verbrauchsgüter	349 647	– 53 482	– 13,3	– 1,9
darunter Schuhherstellung	10 290	– 1 806	– 14,9	– 1,9
Textil	112 382	– 21 728	– 16,2	– 2,8
Nahrungs- und Genußmittel	53 799	– 7 121	– 11,7	– 1,6

1) Beteiligte Industriegruppen von Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (ohne Versorgungsbetriebe und Baugewerbe).

Das gesamte Handwerk hat den höchsten Beschäftigtenstand der letzten zehn Jahre mit 750 700 im Jahre 1973 erreicht. Ebenso wie in der Industrie wurde auch hier mit Personaleinsparungen Ende 1973 begonnen. Von Ende September 1973 bis Ende September 1975 ist die Beschäftigtenzahl um 9,7% auf 686 800 zurückgegangen. Überdurchschnittlich groß war vor allem die Abnahme im Bekleidungs-, Textil- und Ledergerwerbe sowie im Baugewerbe. Auch die Holzverarbeitung wurde stark betroffen. Am wenigsten wurde die Beschäftigtenzahl im Ernährungs- und im Metallverarbeitungsgewerbe reduziert. Bemerkenswert ist, daß für das 3. Quartal 1975 im Vergleich zum Vorquartal eine leichte Beschäftigtenzunahme festzustellen ist.

Baugewerbe vom Konjunkturabschwung besonders stark betroffen

Von der allgemeinen Abschwungsbewegung der letzten Jahre wurde das Baugewerbe, in dem jeder 14. Erwerbstätige (7%) in Baden-Württemberg beschäftigt ist, besonders stark betroffen (siehe Schaubild 3).

Im Bereich der Bauwirtschaft wurden nämlich die allgemeinen konjunkturellen Abschwungstendenzen noch überlagert und zum Teil erheblich verstärkt durch einen Umstrukturierungsprozeß im Hochbaubereich infolge der Anpassung der Wohnungsbaukapazitäten an die gegenwärtige und die längerfristig zu erwartende künftige Wohnungsbau nachfrage. Diese Entwicklung, die Mitte des Jahres 1973 einsetzte, führte zusammen mit der sich zunehmend verringernden Baunachfrage der gewerblichen Wirtschaft als Folge der ungünstigen Entwicklung der Gesamtkonjunktur zu einer rapiden Verschlechterung der Auftragslage im Hochbaubereich, während sich die Auftragslage beim Tiefbau infolge erhöhter Auftragsvergaben der öffentlichen Hand, die allerdings durch relativ hohe Preissteigerungen zum Teil kompensiert wurden, nicht wesentlich verschlechterte.

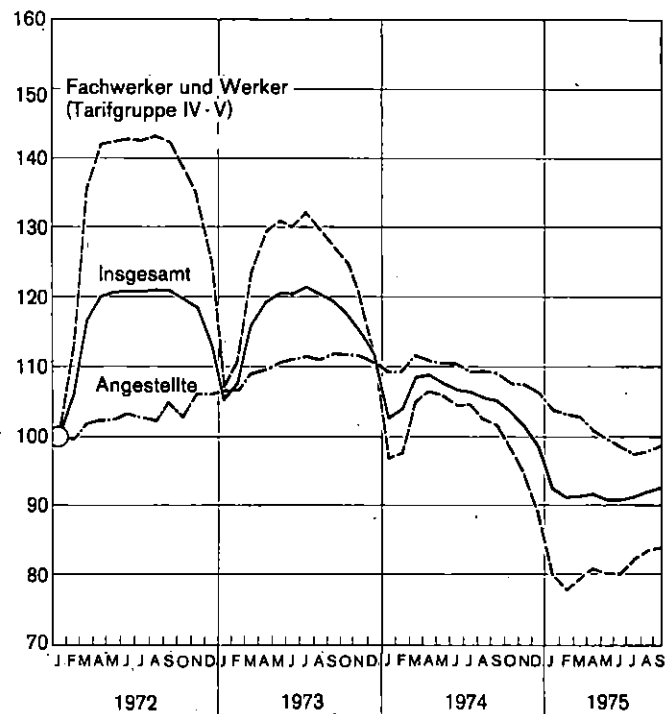
Die Betriebe des Bauhauptgewerbes versuchten zunehmend, ihre personellen Kapazitäten der Auftragslage anzupassen. Gegenüber 1973, dem Jahr mit der höchsten Beschäftigtenzahl seit der letzten Rezession, waren nach der Totalerhebung im Juni 1975 in diesem Wirtschaftszweig um über ein Fünftel weniger Personen beschäftigt. Das bedeutet einen Personalabbau von über 56 000 Beschäftigten auf 193 700. Dabei entfiel der höchste Rückgang mit rund 26% auf den Hochbaubereich, während es im Tiefbau rund 8% weniger Beschäftigte waren.

Nach der Stellung der Beschäftigten im Betrieb wurde die stärkste Abnahme mit rund 36% bei den Fachwerkern und Werkern, den früheren Helfern

Schaubild 3

Entwicklung der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe

Meßzahlen - Januar 1972 = 100



und Hilfsarbeitern, verzeichnet – Tätigkeiten, die ganz überwiegend von ausländischen Arbeitskräften ausgeübt werden.

So hat sich die Zahl der Ausländer im Bauhauptgewerbe gegenüber 1973 auch um fast 42% verringert. Während 1973 noch der Anteil der Ausländer an allen im Bauhauptgewerbe Beschäftigten über ein Drittel betrug, ist nun nur noch jeder vierte in diesem Bereich Beschäftigte ein Ausländer. Auf diesen starken Rückgang der Ausländerbeschäftigung ist wohl auch die im Hinblick auf den erheblichen Arbeitskräfteabbau auf den ersten Blick erstaunliche Tatsache zurückzuführen, daß die Arbeitsmarktlage für Bauberufe im Frühherbst 1975 in etwa ausgeglichen war (vgl. 3.5.1).

Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst werden angestrebt

Im öffentlichen Dienst des Landes waren Ende Juni 1975 insgesamt 509 500 (einschließlich Bundesbahn, Bundespost und Sozialversicherungsträger) Personen tätig.

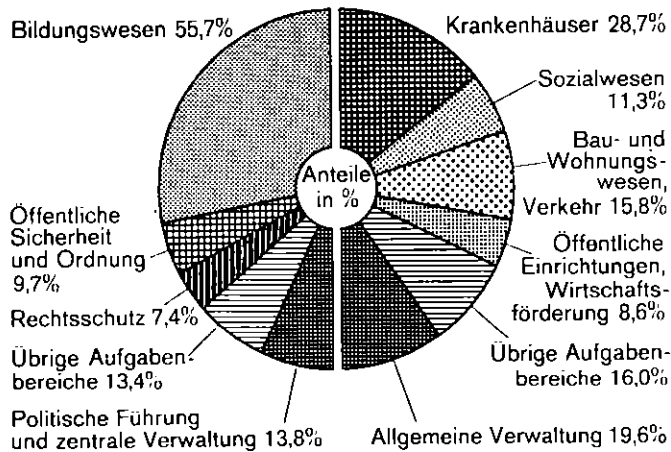
Gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen bedeutet dies, daß jeder 8. (12,5%) im Dienst der Gebietskörperschaften steht. Im Zeitraum von 1965 bis 1975 hat sich der Personalstand um rund 120 000 Beschäftigte vergrößert, was einer jährlichen durchschnittlichen Steigerungsrate von 2,4%

Schaubild 4

Vollbeschäftigte der Staats- und Kommunalverwaltung Baden-Württemberg am 30. 6. 75

Staatliche Verwaltung
201 099

Kommunalverwaltung
128 717



entspricht. Während dieser Zeit haben aber die öffentlichen Hände ihren Service für die Bevölkerung laufend verbessert. So lehren mehr Professoren, unterrichten mehr Lehrer, stehen mehr Ärzte und Pflegepersonal bereit, mehr Kindergärtnerinnen und Sozialhelferinnen betreuen junge und alte Menschen.

Da Umfang und Intensität der Aufgaben, die der Gesetzgeber den einzelnen öffentlichen Körperschaften auferlegt und von ihnen fordert, sehr unterschiedlich sind, weichen auch die personellen Wachstumsraten sehr stark voneinander ab.

Im staatlichen Sektor gingen die Wachstumsantriebe vor allem vom Bildungswesen aus, das im zurückliegenden Dezennium Priorität in der Investitionstätigkeit besaß. Die Errichtung neuer Universitäten, Pädagogischer und Fach-Hochschulen, die in diesen Zeitraum fallen, erforderten neben dem Ausbau des Schulwesens zwangsläufig mehr Personal (+ 72,6%).

Auf kommunaler Ebene brachte die fortschreitende Kapazitätserweiterung in den Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, die Schaffung neuer Kindergärten und -tagesstätten mit sich, daß 1975 nahezu jeder 2. Kommunalbedienstete im Gesundheits- und Sozialbereich tätig ist (1966 gut jeder 4.). Mit diesem vermehrten Arbeitsplatzangebot konnten die öffentlichen Hände zu Beginn der Rezessionsphase noch stützend auf den Arbeitsmarkt einwirken, inzwischen sind aber auch hier angesichts der finanzwirtschaftlichen Situation und des wachsenden Anteils der Personalkosten am Haushaltsvolumen Einsparungen unumgänglich geworden.

Diese Sparmaßnahmen werden von der Landesregierung auf die Dauer von zwei Jahren in der Weise durchgeführt, daß freie, freiwerdende und neue Stellen, wenn überhaupt, erst nach sechs Monaten wieder besetzt werden dürfen.

Im kommunalen Sektor ist 1975 zu beobachten, daß in den von der Arbeitslosigkeit stärker betroffenen Gebieten Beschäftigte aufgrund des Arbeitsbeschaffungsprogramms neu in den gemeindlichen Dienst übernommen wurden.

Auch in der Zukunft werden die lehrenden und pflegenden Aufgabengebiete die Wachstumsimpulse auf sich vereinigen, die verwaltenden dagegen werden stagnieren oder rückläufige Tendenzen aufweisen.

3.5.4 Längerfristige Perspektiven

Die zum Teil dramatischen Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt im abgelaufenen Jahr und die nur schwache bzw. in manchen Wirtschaftsbereichen ganz fehlende Nachfrage nach Arbeitskräften haben den Blick für die Frage geschärft, welche Entwicklungen in diesem für die Gesellschaft und Wirtschaft außerordentlich wichtigen Sektor nicht nur in naher Zukunft (Teil 2), sondern auch auf längere Sicht zu erwarten sind. Auf besondere Probleme muß man sich hier deshalb einstellen, weil bis weit über die Mitte der achtziger Jahre hinaus mit einem starken Ansteigen der Zahl der Erwerbspersonen aus der in Baden-Württemberg ansässigen Bevölkerung zu rechnen ist. Denn ganz im Gegensatz zu den 60er Jahren — als geburtenschwache Jahrgänge ins Erwerbsalter hereinwuchsen und geburtenstarke Jahrgänge ausschieden, so daß die Nachfrage nach Arbeitskräften seitens der Wirtschaft nur über die Zuwanderung von ausländischen Erwerbspersonen erfüllt werden konnte — kommen jetzt die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre ins Erwerbsalter, während andererseits nur relativ wenig Personen aus den geburtenschwachen Jahrgängen um den ersten Weltkrieg das Pensionsalter erreichen.

Zu dieser Problematik, die auf den Arbeitsmarkt aufgrund der demographischen Komponente einer unausgeglichene Altersstruktur zukommt, wurde schon im Statistisch-prognostischen Jahresbericht 1974 ausführlich Stellung genommen¹. Das Thema wird hier noch einmal aufgegriffen, weil sich Wirtschaft und Gesellschaft noch über Jahre hinaus damit werden auseinandersetzen müssen. Neben der großen Zahl der zusätzlich am Arbeitsmarkt auftretenden Arbeitskräfte dürften besonders Schwierigkeiten dadurch entstehen, daß diese sich nicht über

1 Ebenda, S. 23–30

eine Vielzahl von Altersstufen und damit Schul- und Berufserfahrungen verteilt, sondern daß es sich dabei überwiegend um *Berufsanfänger* handelt.

Bei allen Aussagen über die zukünftige Erwerbspersonenzahl spielt der Wanderungsansatz eine große Rolle. Gerade dieser aber ist mit außerordentlichen Unsicherheiten behaftet. Nach positiven Wanderungssalden Anfang der siebziger Jahre (1970 bis 1973) in einer Größenordnung von durchschnittlich weit über 80 000 Personen jährlich hat sich in Verbindung mit der rezessiven Wirtschaftsentwicklung ein Wandel derart angebahnt, daß im abgelaufenen Jahr per Saldo etwa 60 000 Personen weniger in Baden-Württemberg leben. Die Wanderung von Deutschen und Ausländern unterliegt dabei ganz unterschiedlichen Bestimmungsfaktoren, wobei wirtschaftliche Motive bei den Ausländern eine besonders große Rolle spielen. Hier sind allerdings auch Gesichtspunkte der Familienzusammenführung stark hervorgetreten. Es ist nicht möglich, über die Vielfalt von Einflußfaktoren ein für die Zukunft zuverlässiges Bild zu ermitteln. So hat sich hinsichtlich der Ausländer, die den Hauptstrom bei der Wanderungsbewegung ausmachen, gezeigt, daß sie auf das konjunkturrell-strukturell bedingte Arbeitsmarktungleichgewicht der Jahre 1974 und 1975 mit einem starken Nachlassen des Zustroms reagiert haben. Eine derartige Reaktion, die noch um eine höhere Abwanderung verstärkt werden könnte, liegt unter Umständen auch bei einem längerfristig unausgeglichene Arbeitsmarkt im Bereich der Möglichkeiten. Andererseits ist, da auf den Zu- oder Wegzug von Ausländern aus EG-Staaten – und auch von Deutschen – behördlicherseits kein Einfluß zu nehmen ist, nicht auszuschließen, daß es bei sich bessernder Wirtschaftssituation wiederum zu einem gewissen Zuwanderungssaldo kommen wird. Zumal bei solchen Bewegungen nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Mit Sicherheit müßte jedoch das Ausmaß einer solchen möglichen Entwicklung im Vergleich zu früher

erheblich reduziert angesetzt werden, da das große Angebot an einheimischen Erwerbspersonen als Regulativ wirken dürfte.

Aufgrund derartig großer Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung können für die Wanderungsbewegung nur Modellrechnungen aufgestellt werden. Dadurch entsteht jedoch in diesem Zusammenhang insofern kein allzu großer Informationsverlust, als das Hauptproblem sich schon allein aus der demographischen Struktur der in Baden-Württemberg ansässigen Bevölkerung ergibt. Es liegt deshalb nahe, ein Modell mit einem Wanderungssaldo von ± 0 in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen. Das dabei zutage tretende Problem eines über etwa 10 bis 15 Jahre sich erstreckenden starken Angebots an Arbeitskräften kann rein zahlenmäßig gesehen durch einen Zuzug von Erwerbspersonen verschärft und in die Zeit verlängert werden. Umgekehrt könnten Fortzüge die Lage entspannen und den problematischen Zeitraum abkürzen.

Auf der Grundlage einer Bevölkerungsvorausschätzung mit Basis 1.1.1974 und einem Wanderungssaldo von ± 0 ergibt sich, daß im Zeitraum 1974 bis 1985 die Zahl der Erwerbspersonen um etwa 400 000 Personen steigen wird. Allein aus dem heimischen Potential sind also im Durchschnitt jährlich etwa 40 000 Erwerbspersonen zusätzlich zu erwarten. Ab Mitte der achtziger Jahre ist dann mit einem Auslaufen der Erwerbspersonenzunahme zu rechnen und ab 1988 ergibt sich nach diesem Modell ein jährlicher Rückgang.

Unterstellt man einen positiven Wanderungssaldo von jährlich 15 000 Personen, so würde die Zahl der Erwerbspersonen von 1974 bis 1985 um insgesamt etwa 500 000 zunehmen. Bei einem Wanderungsüberschuß in dieser Größenordnung würde sich also das Problem rein zahlenmäßig verschärfen, da neben den obengenannten 40 000 zusätzlichen

Tabelle 9
Vorausschätzung von Angebot und Bedarf an Arbeitskräften

Jahr	Angebot an Arbeitskräften	Bedarf an Arbeitskräften						
		insgesamt	davon					
			Land- und Forstwirtschaft		Warenproduzierendes Gewerbe		Dienstleistungen	
			1000 Personen	%	1000 Personen	%	1000 Personen	%
1974*	4 285	4 246	278	6,6	2 323	54,7	1 645	38,7
1980	4 491	4 423	270	6,1	2 412	54,5	1 741	39,4
1985	4 692	4 564	261	5,7	2 429	53,2	1 874	41,1
1990	4 725	4 713	228	4,8	2 475	52,5	2 010	42,7

* Mikrozensus.

Erwerbspersonen jährlich nochmals 10 000 zusätzliche Nachfrager nach Arbeit auf dem Arbeitsmarkt auftreten würden. Außerdem wäre bei dieser Annahme noch bis 1990 mit einer erheblichen Erwerbspersonenzunahme zu rechnen — von 1985 bis 1990 um etwa 100 000 Personen —, erst dann würde die Entwicklung umschlagen.

Unterstellt man hingegen einen negativen Wanderungssaldo in der Größenordnung von beispielsweise 10 000 Personen jährlich, so dürften bis 1990 etwa 8% mehr Erwerbspersonen als heute zu erwarten sein, im Vergleich zu einer Zunahme um 10% bei dem Modell mit einem Wanderungssaldo von ± 0 . Quantitativ gesehen wird also das Problem zwar entschärft, jedoch nicht in entscheidendem Ausmaß. Grundsätzlich wird also insbesondere in den nächsten 10 Jahren mit einem erheblichen Zuwachs an Erwerbspersonen zu rechnen sein, der durch die Altersstruktur der Bevölkerung bedingt ist und durch ein bestimmtes Wanderungsverhalten zwar größenordnungsmäßig beeinflusst, nicht aber entscheidend geändert werden kann.

Diese zusätzlichen Arbeitskräfte sind nun keineswegs von vornherein als potentielle Arbeitslose einzustufen. Denn man kann davon ausgehen, daß auch in Zukunft die Wirtschaft wächst und damit eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Fraglich ist allerdings das Ausmaß des Wachstums, mit dem in Zukunft gerechnet werden kann. Daß man sich hier auf gegenüber früher reduzierte Zuwachsraten wird einstellen müssen, darauf wurde schon in den beiden vorhergehenden Jahresberichten eingegangen¹. Weiterhin muß man sich von der bisher geltenden Modellvorstellung lösen, daß die Knappheit des Produktionsfaktors „Arbeit“ ein limitierender Faktor der Wirtschaftsentwicklung — zusammengefaßt in der Entwicklung des Indikators „Bruttoinlandsprodukt“ — sei. Man muß vielmehr angesichts des strukturell bedingten und längerfristigen Überangebots an Arbeitskräften mit dem umgekehrten Zusammenhang argumentieren, nach dem die von anderen Komponenten abhängige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts eine bestimmende Größe für die Nachfrage nach Arbeitskräften ist. Im letzten Jahresbericht wurde ein durchschnittliches jährliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3% im Zeitraum 1975 bis 1985 für realistisch gehalten, das für das Ende der achtziger Jahre leicht auf 2,8% reduziert wurde. Es wurde weiterhin die bisherige Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen fortgeschrieben.

Unter diesen Annahmen dürften die Arbeitsplätze bis 1980 auf 4,423 Mill., bis 1985 auf 4,564 Mill. und dann bis 1990 nochmals um rund 150 000

zunehmen. Bei einer Gegenüberstellung von Bedarf und Nachfrage ergibt sich damit insbesondere in den achtziger Jahren ein Überangebot von Arbeitskräften. Es fällt bei dem Modell ohne Wanderungssaldo deutlich geringer aus als bei dem mit einem Wanderungsüberschuß, und es zeichnet sich bei der ersteren Annahme sogar für 1990 ein ausgeglichenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage ab.

Aus einer solchen Situation könnte man nun folgern, daß zur Vermeidung derartiger Differenzen die Wirtschaft eben stärker wachsen müsse. Bei einer solchen Folgerung sind einmal die Realisierungsaussichten zu prüfen, und zum anderen muß der Blick über das Jahr 1990 hinausgehen, weil etwa ab da die Erwerbspersonenzahl abnehmen wird.

Was die Möglichkeiten für ein stärkeres als das unterstellte Wachstum betrifft, so ist zunächst einmal festzustellen, daß das Statistische Landesamt mit der Annahme einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 3% die untere Variante der von der „Kommission zur Untersuchung der zukünftigen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg“ im Frühjahr 1975 festgelegten Bandbreite der möglichen Entwicklung von 3% bis 3,8% (1973–1985) vertritt. Aus datenorientierter Sicht hat sich in den beiden vergangenen Jahren diese zurückhaltende Einschätzung bestätigt. Durch die Stagnation im Jahr 1974 und den starken Rückgang von 1975 — womit zum Zeitpunkt der Ermittlung der langfristigen Prognosedaten noch nicht gerechnet wurde — bedeutet diese Wachstumsannahme von 3% vielmehr darüber hinaus, daß auf der niedrigen absoluten Basis von 1975 die anvisierten absoluten Prognosewerte von 108 Mrd.DM im Jahr 1980 und 125 Mrd.DM im Jahr 1985 nur dann erreicht werden können, wenn das Bruttoinlandsprodukt ab 1975 jährlich um 4,3% zunähme. Geht man davon aus, daß in der abgelaufenen Zeitspanne von 1970 bis 1975 die jährliche Zunahme im Durchschnitt knapp 2% betrug, so wird ersichtlich, daß mit den gemachten Annahmen für die zweite Hälfte der siebziger und die erste Hälfte der achtziger Jahre eine ganz erhebliche Wachstumsbeschleunigung unterstellt wird, von der abzuwarten ist, ob sie sich in dieser Form tatsächlich einstellt. Wollte man die Prognosewerte der oberen Variante des Kommissionsberichts erreichen, so müßte das Bruttoinlandsprodukt jährlich real um 5,8% steigen. Eine Wachstumsbeschleunigung dieses Ausmaßes wird vom Statistischen Landesamt aus gegenwärtiger Sicht nicht für realistisch gehalten.

Abgesehen von dem Problem, ob das zur Aufnahme sämtlicher Arbeitssuchenden erforderliche Ausmaß des Wirtschaftswachstums in der Realität erreicht werden kann, stellt sich die Frage, ob es — von der kürzeren Sicht einmal abgesehen — auf

¹ Statistisch-prognostischer Jahresbericht 1973, S. 33 ff
1974, S. 24 ff

längere Sicht eine Lösung der Arbeitsmarktp Probleme brächte. Wirtschaftswachstum bedeutet Ausbau von Kapazitäten. Ab Mitte bzw. Ende der achtziger Jahre ist jedoch zunächst mit einem Nachlassen des Zustroms der Erwerbspersonen und dann mit einer Abnahme zu rechnen, da einerseits geburten-schwache Jahrgänge ins Erwerbsalter hinein- und andererseits geburtenstarke Jahrgänge herauswach-sen. Wollte man unter diesen Umständen die stark ausgeweiteten Kapazitäten sowohl von der Nach-frage — wie auch von der Arbeitsplatzseite her aus-lasten, so müßte ein Ausgleich gesucht werden durch den Zustrom von Ausländern, der die bishe-rigen Entwicklungen deutlich übertreffen müßte. Es ist unwahrscheinlich, daß dies — nach allen bis-herigen Erfahrungen — erwünscht sein kann.

Bei dem bisher unterstellten Wirtschaftswachstum werden Arbeitsplätze in solchem Ausmaß zur Ver-fügung gestellt, daß ein Großteil der zusätzlich am Markt auftretenden Nachfrager aufgenommen wer-den kann. Da die altersstrukturbedingte Problema-tik vorübergehender und nicht grundsätzlicher Na-tur ist, stellt sich die Frage, ob für den verbleiben-den Rest, der nicht automatisch aufgenommen wird, nicht ein Bündel verschiedenartiger Maß-nahmen einen Ausgleich bringen kann. Dabei könnte theoretisch an Maßnahmen gedacht wer-den, die auf eine gewisse — kostenneutrale — Redu-zierung der Arbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs, Vorziehen des Ruhealters, verlängerte Ausbildung u. dergl. zielen. Daß solche Maßnahmen auch in geringer Dosierung wirkungsvoll sind und damit keineswegs an den anstehenden Größenordnungen vorbeigehen, mag nur das eine Beispiel verdeut-lichen, daß beim Stand der gesamtwirtschaft-lichen Produktivität von 1973 eine Arbeitszeitver-kürzung von nur einer Wochenstunde immerhin eine zusätzliche Zahl von rund 100 000 Arbeitskräften erfordert, um ein gleichbleibendes Bruttoinlandspro-dukt zu erwirtschaften. Zwar sind solche Maßnah-men mit Ausgaben verbunden, diese sind jedoch im Sinne einer langfristigen und breitverteilten Kostenrechnung mit den Kosten zu vergleichen, die bei einer Arbeitslosenunterstützung großen Ausmaßes — ganz abgesehen vom gesellschaftlich-sozialen Problem — bzw. einer fehlgeleiteten volks-wirtschaftlichen Kapazitätsentwicklung entstehen.

Eine quantitative Entlastung dürfte sich — wie ge-zeigt — auch dann ergeben, wenn es gelänge, nicht nur den Zustrom insbesondere von ausländischen Erwerbspersonen zu unterbinden, sondern darüber-hinaus verstärkt eine Abwanderung einzuleiten.

Im Gegensatz zu einem wahrscheinlich doch nicht realisierbaren Kapazitätsausbau großen Stils hätten diese skizzierten Maßnahmearten den Vorteil, daß — wenn sich die Bedingungen geändert haben — sie ohne größere Kosten und Schwierigkeiten re-versibel sind.

3.6 Wirtschaft

3.6.1 Entwicklung der exportorientierten Industrie nach Branchen und Ländern unter besonde-rer Berücksichtigung des Außenhandels mit den OPEC- und Ostblockländern

Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs ist in den beiden vergangenen Jahren maßgeblich durch die tiefgreifende Rezession im Gefolge der wirt-schaftlichen Abschwächung und der Energiekrise be-stimmt worden. So ging der Gesamtumsatz der Indu-strie, der zwar wegen des expansiven Effekts von Preissteigerungen im Jahr 1974 nominal noch um 9% auf 124 Mrd. DM weiter angestiegen war, real um 4% gegenüber dem Vorjahr zurück. Der Beschäftigten-stand schrumpfte (bei einer gleichzeitigen Einschränkung der Arbeitszeit) um 2% auf 1,54 Mill. Personen.

Trotz dieser schwierigen Gesamtlage gelang es der Ex-portwirtschaft, im Jahre 1974 infolge eines gegenüber dem Ausland vergleichsweise geringeren inländischen Preisauftriebs, einer uneingeschränkten Lieferfähig-keit und eines marktgerechten Warensortiments die Konjunktur des Landes nachhaltig zu stützen: Der Auslandsumsatz Baden-Württembergs stieg (nominal) von 1973 auf 1974 um 21%; die Exportquote (An-teil des Auslandsatzes am Gesamtumsatz der In-dustrrie) erhöhte sich auf 25% und lag damit um 4 bzw. 3 Prozentpunkte über den Exportquoten der Jahre 1972 und 1973.

1975 war der konjunkturelle Rückgang in der gesam-ten Wirtschaft noch größer: die Zahl der Industriebe-schäftigten fiel von Januar bis November auf 1,44 Millionen ab, das sind 7% weniger als im entsprechen-den Vorjahreszeitraum. Der Gesamtumsatz der Indu-strie ging gleichzeitig sogar *nominal* gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurück (— 2%). Während sich jedoch in den beiden vergangenen Jah-ren — wie auch im vorhergehenden Konjunkturzy-kus — das Exportgeschäft als wertvolle Konjunktur-stütze erwies, blieb 1975 dieser ausgleichende Effekt im wesentlichen aus, weil sich insbesondere bei den traditionellen Hauptabnehmern, den westlichen Indu-strieländern, bereits gegen Ende 1974 verstärkte Schwächetendenzen bemerkbar machten und ihre Nachfrageentwicklung rückläufig war. So fiel der Aus-landsumsatz Baden-Württembergs mit einem nomina-len Rückgang von 5% gegenüber dem Vorjahr stärker als der Gesamtumsatz (— 2%, jeweils Januar bis No-vember). Entsprechend ging die Exportquote wieder auf knapp 24% zurück.

Eine solche Entwicklung ist für ein Land wie Baden-Württemberg, das in hohem Maße auf den Export an-gewiesen ist, sehr einschneidend und vor allem mit einer Gefährdung der Arbeitsplätze verbunden.

Die wichtigsten exportorientierten Branchen

Mit einer Exportquote von rund einem Viertel (Tabelle 1) lag die baden-württembergische Industrie leicht über dem Bundesdurchschnitt. In bestimmten, wichtigen Branchen des Landes zeigt sich jedoch eine wesentlich höhere Exportabhängigkeit. Es sind dies vor allem der Maschinenbau (einschließlich Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte) und der Fahrzeugbau, also Branchen, in denen unser Land aufgrund des hohen Qualitätsstandards und der weitgehenden Spezialisierung der Produkte einen Wettbewerbsvorteil besitzt: Mit 45% des Gesamtumsatzes ging zwischen Januar und November 1975 fast die Hälfte aller Maschinenbauerzeugnisse ins Ausland. Bemerkenswert hoch war hierbei die Nachfrage nach Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen, Acker-schleppern, Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie sowie Textilmaschinen und deren Zubehörteile, die, gemessen am gesamten Produktionswert, in besonders starkem Maße in den Export gingen (1974: über 70%). Beachtlich war auch die Exportquote des Fahrzeugbaus mit rund 44%, wobei hier besonders stark Liefer- und Lastkraftwagen vom Ausland gefragt waren. Der Anteil des Auslandsumsatzes bei der Industriegruppe Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte betrug 50%.

Auf die Industriegruppen Maschinenbau, Fahrzeugbau und Büromaschinen/Datenverarbeitungsgeräte entfielen rund 52% des gesamten Auslandsumsatzes der Industrie, wogegen sich ihr Anteil am Gesamtumsatz nur auf etwa 28% und an der Beschäftigtenzahl auf gut 30% belief.

Zu den stärker exportorientierten Industriegruppen gehört auch die feinmechanische und optische Industrie (einschließlich Uhrenindustrie) deren Erzeugnisse im Zeitraum Januar bis November 1975 zu 38% direkt ins Ausland gingen. Vor allem Uhrenwerke und Einzelteile für Uhren waren im Ausland sehr begehrt. Wesentlich niedriger, aber noch überdurchschnittlich hoch war der Anteil des Auslandsumsatzes bei der chemischen sowie bei der elektrotechnischen Industrie mit 24 bzw. 25%. Besonders hohe Exportquoten hatten bei der Elektrotechnik die elektrischen Meßgeräte und bei der Chemie die Metallsalze und Metallpersalze der anorganischen Säuren aufzuweisen (1974: über 70%).

Die elektrotechnische, die chemische sowie die feinmechanische und optische Industrie repräsentierten zusammen stark ein Viertel des gesamten Auslandsumsatzes der baden-württembergischen Industrie.

Einige Industriezweige unseres Landes spielen darüber hinaus innerhalb des Exportgeschäfts der Bundesrepublik eine ganz wesentliche Rolle (Tabelle 2). Bezogen auf den gesamten Auslandsumsatz der Bundesrepublik entfielen im Jahr 1974 jeweils rund 88% des Exports der Uhren- und der Schmuckwarenindustrie auf Baden-Württemberg. Weit über dem entsprechenden Anteil der gesamten Industrie (knapp 17%) lag ferner die Quote bei der Ledererzeugenden (54%), der medizin- und orthopädiemechanischen (49%), der optischen (42%) und der Musikinstrumente-Industrie (42%). Abgesehen von der Ledererzeugenden Industrie haben diese Zweige auch eine hohe Exportquote aufzuweisen (über ein Drittel);

Tabelle 1

Industrien mit überdurchschnittlicher Exportquote Januar bis November 1975 1)

Industriegruppe Industriezweig	Beschäftigte insgesamt		Umsatz				
			insgesamt		darunter Ausland		Export- quote 2)
	1000	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%	
Industrie insgesamt	1 442,8	100,0	111 754,4	100,0	26 547,2	100,0	23,8
darunter							
Maschinenbau	263,2	18,2	16 979,3	15,2	7 555,8	28,5	44,5
Straßenfahrzeugbau	155,6	10,8	14 522,7	13,0	5 991,4	22,6	41,3
Elektrotechnische Industrie	225,1	15,6	15 143,7	13,6	3 830,5	14,4	25,3
Chemische Industrie	60,3	4,2	7 121,6	6,4	1 713,6	6,5	24,1
Feinmechanische-, optische- und Uhrenindustrie	61,4	4,3	3 139,1	2,8	1 166,9	4,4	37,2
Metallwarenindustrie	15,1	1,0	977,7	0,9	306,9	1,2	31,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	18,7	1,3	610,3	0,5	305,7	1,2	50,1
Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie	13,0	0,9	844,3	0,8	262,1	1,0	31,0
Gummi- und Asbestverarbeitung	16,2	1,1	940,9	0,8	251,2	0,9	26,7
Werkzeugindustrie	5,4	0,4	266,6	0,2	75,8	0,3	28,4

1) Beteiligte Industriegruppen/-zweige mit 10 und mehr Beschäftigten, geordnet nach der Höhe ihres Auslandsumsatzes. — 2) Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz.

Tabelle 2

Baden-württembergische Industrien mit einem hohen Anteil am Auslandsumsatz der Bundesrepublik 1974 ¹⁾

Industriegruppe Industriezweig	Auslandsumsatz	
	insgesamt	Anteil am jeweiligen Auslandsumsatz des Bundes
	Mill. DM	%
Industrie insgesamt	30 446,5	16,8
darunter		
Maschinenbau	8 547,0	25,6
Straßenfahrzeugbau	6 097,1	25,4
Elektrotechnische Industrie	4 543,1	24,4
Textilindustrie	1 292,0	25,7
Uhrenindustrie	545,7	88,3
Schmuckwarenindustrie	306,6	87,7
Feinmechanische Industrie	293,4	37,6
Optische Industrie	237,3	42,1
Medizinmechanische- und orthopädiemechanische Industrie	163,2	49,1
Ledererzeugende Industrie	108,7	53,9
Musikinstrumentenindustrie	67,0	42,1
Spielwarenindustrie	63,4	25,0
NE-Metallgießerei	50,5	32,3

1) Beteiligte Industriegruppen/-zweige mit 10 und mehr Beschäftigten, geordnet nach der Höhe des Auslandsumsatzes in Baden-Württemberg.

dies zeigt die Bedeutung der baden-württembergischen Exportindustrie in Bereichen, die ein hohes Maß an Qualitäts- und Präzisionsarbeit erfordern. Da die meisten dieser Industriezweige mittelständisch strukturiert sind, ergibt sich daraus aber ein besonderes Problem, weil kleine und mittlere Betriebe gegen Schwankungen der Konjunktur und eben auch des Auslandsgeschäfts besonders anfällig sind.

Bei diesen Angaben nicht berücksichtigt sind die über den direkten Export hinaus bestehenden Abhängigkeiten vom Auslandsgeschäft, wie sie bei der hohen industriellen Verflechtung unserer modernen arbeitsteiligen Volkswirtschaft bestehen. So gehen Erzeugnisse einer bestimmten Branche, wie beispielsweise der Uhrenindustrie auch über die Exporte des Maschinen- und Fahrzeugbaus sowie anderer Sektoren mittelbar in die Gesamtausfuhr ein, da bei den meisten Exportartikeln Produkte anderer Wirtschaftszweige in Form von Vorleistungen beteiligt sind. In Wirklichkeit ist deshalb die Abhängigkeit vom Ausland noch größer.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat versucht, diese Effekte zu quantifizieren¹. Danach waren im Jahre 1974 in der Bundes-

republik über die exportinduzierte Vorleistungsproduktion weitere 14% der Industrieumsätze *indirekt* auf die Warenausfuhr zurückzuführen.

Auch wenn diese Bundesquote nicht ohne weiteres auf baden-württembergische Verhältnisse übertragbar ist, weil die Struktur unserer Wirtschaft in wesentlichen Bereichen der Erzeugung von Vorleistungsprodukten erheblich vom Bund abweicht, vermag sie die Größenordnung der indirekten Auslandsabhängigkeit in etwa zu illustrieren. Eine genaue Quantifizierung ist erst über eine baden-württembergische Input-Output-Tabelle möglich.

Auslandsgeschäft und Arbeitsmarkt

Die Abhängigkeit vom Exportgeschäft hat nicht zuletzt Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt, und zwar insbesondere bei den mittelständischen und damit meist arbeitsintensiveren Industriezweigen. Hierzu zählt auch der baden-württembergische Maschinenbau. Überträgt man die Exportquote auf die Beschäftigtenzahl, so waren 1975 in der Maschinenbauindustrie des Landes rund 117 000 Personen für das Auslandsgeschäft tätig. Das heißt, daß allein im Maschinenbau etwa 34% der in der Industrie des Landes für den Export tätigen Personen beschäftigt sind. Das bedeutet aber auch, daß der Anteil der für den Export Beschäftigten des Maschinenbaus höher liegt als der seines Auslandsumsatzes an der gesamten Industrie (29%) und damit Schwankungen im Auslandsgeschäft naturgemäß stärkere Folgewirkungen auf dem Arbeitsmarkt auslösen, als es der Bedeutung auf dem Absatzmarkt entsprechen würde. Im mehr großbetrieblich orientierten Fahrzeugbau, der im übrigen zu den kapitalintensiveren Branchen zu rechnen ist, waren im Betrachtungszeitraum rund 64 000 Beschäftigte vom Export abhängig. Das sind 19% der für den Auslandsmarkt tätigen Beschäftigten, also etwas weniger als es dem Anteil des Auslandsumsatzes dieser Branche am Auslandsumsatz der Industrie (23%) entspricht.

Die elektrotechnische Industrie, die (gemessen an den insgesamt in ihrem Bereich beschäftigten Personen) hinter dem Maschinenbau an zweiter Stelle steht, beschäftigt mit 57 000 für das Auslandsgeschäft tätigen Personen fast 17% der vom Exportgeschäft der Industrie des Landes abhängigen Arbeitskräfte. Merklich geringer ist dagegen der Anteil der für den Export tätigen Personen in der stark mittel- und kleinbetrieblich orientierten feinmechanischen und optischen Industrie mit rund 23 000 Beschäftigten oder 7%. Die, wie schon erwähnt, gleichfalls überdurchschnittlich exportorientierte chemische Industrie, die im übrigen auch stärker von mittleren und kleineren Betrieben geprägt ist, beschäftigt etwa 15 000 Personen für den Export. Das sind rund 4% der insgesamt vom Auslandsgeschäft unserer Industrie abhängigen Arbeitsplätze.

1 Vgl. Wochenbericht 23/75 des DIW, Seite 179 ff.

Insgesamt sind nach diesen Schätzungen rund 343 000 Beschäftigte der Industrie des Landes direkt vom Export abhängig. Unter Berücksichtigung der erwähnten indirekten Abhängigkeiten vom Auslandsgeschäft ist die Zahl derer, die ihren Arbeitsplatz dem Export verdanken, noch höher.

Die Exportentwicklung nach Abnehmerländern

Auskunft über die regionalen Beziehungen des Exportgeschäfts gibt die Außenhandelsstatistik, in der (im Gegensatz zur Industriestatistik) neben dem industriellen Export auch Ausfuhren von Privatpersonen und nichtindustriellen Unternehmen erfaßt werden. Da außerdem unterschiedliche warensystematische Zuordnungen bestehen, sind die Daten über Volumen und Struktur beider Statistiken nicht voll vergleichbar.

Die Hauptabnehmer baden-württembergischer Waren sind die westlichen Industrieländer. Von der Gesamtausfuhr in Höhe von 37,3 Mrd. DM bezogen im Jahr 1974 diese Handelspartner insgesamt Waren im Wert von 30,4 Mrd. DM oder 82%. Die wichtigsten Abnehmer waren dabei die Partnerländer der EG, in die Erzeugnisse für rund 15,4 Mrd. DM oder 41% der Gesamtausfuhr geliefert wurden. Innerhalb der Gemeinschaft war auch 1974 unser Nachbarland Frankreich mit 5,2 Mrd. DM oder 14% der Gesamtausfuhr der Hauptabnehmer. Bedeutendster außereuropäischer Markt für Erzeugnisse unseres

Landes waren die Vereinigten Staaten von Amerika, die Waren im Wert von 3,1 Mrd. DM oder 8% der Gesamtausfuhr aufnahmen. Bereits im Jahre 1974 konnten die Exporte in die Industrieländer mit einem Zuwachs von 16% (gegenüber einer Ausfuhrsteigerung von insgesamt 21%) nur unterdurchschnittlich gesteigert werden, weshalb auch der Anteil der westlichen Industrieländer am Gesamtexport von 86% im Jahre 1972 auf 82% im Jahre 1974 gesunken ist.

Beachtlich waren dagegen die Zuwachsraten der — absolut allerdings noch verhältnismäßig geringen — Ausfuhr in die Ostblockländer (Steigerung von 1973 auf 1974 um 53%). Ihr Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs erhöhte sich entsprechend von 4% auf 5%. Infolge der gestiegenen Rohstoffpreise nahm auch der Exportanteil der Entwicklungsländer von 11% auf 13% zu. Die Ausfuhr nach dort stieg innerhalb Jahresfrist um fast 50% auf über 5 Mrd. DM. Aufgrund der außerordentlich erhöhten Deviseneinnahmen der OPEC-Länder aus der Anhebung der Rohölpreise wurden um 77% mehr Waren aus Baden-Württemberg bezogen. Ihr Anteil erhöhte sich von 3% im Jahr 1973 auf 5% (1974).

Dieser mit durch die Rohstoffpreissteigerungen bedingte Wandel in der Struktur der Abnehmerländer hat sich im Jahr 1975 fortgesetzt. Denn insgesamt lag der (nominale) Wert der Ausfuhr mit 29,3 Mrd. DM (Januar bis Oktober) um rund 5% unter dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Gleichzeitig hat jedoch die Ausfuhr in die OPEC-Staaten um 74% und damit fast genau so stark wie im Vorjahr (77%) zugenommen. Die Ausfuhr in den europäischen Ostblock stieg ebenfalls überdurchschnittlich an, blieb jedoch mit 23% hinter der Zunahme von 1973 auf 1974 (+ 53%) zurück. Wie der Rückgang des gesamten Ausfuhrvolumens deutlich zeigt, reichten diese beachtlichen Zuwachsraten allerdings wegen des geringen Ausfuhrvolumens bei der Wirtschaftsblöcke bei weitem nicht aus, die augenblicklichen Exportrückgänge auf unseren traditionellen europäischen und amerikanischen Märkten auszugleichen.

In einzelnen Branchen konnten diese Exporte die Entwicklung der Industrie jedoch nachhaltig stützen. Dies gilt vor allem für den Fahrzeugbau, bei dem beide Staatengruppen 1975 über ein Fünftel der Ausfuhr dieser Warenart abnahmen (Tabelle 3). In diesem Bereich erhöhte sich sogar das gesamte Ausfuhrvolumen, weil sich der Export mit den Ostblockländern fast verachtelte und mit den OPEC-Staaten mehr als verdoppelte. Aus ähnlichem Grund ging die Ausfuhr von Maschinen nur unterdurchschnittlich zurück, denn die Maschinenexporte in die OPEC-Länder, die immerhin fast 9% aller Maschinenausfuhren ausmachten, haben um 85% zugenommen.

Schaubild 1

Die regionale Struktur der Ausfuhr aus Baden-Württemberg 1974

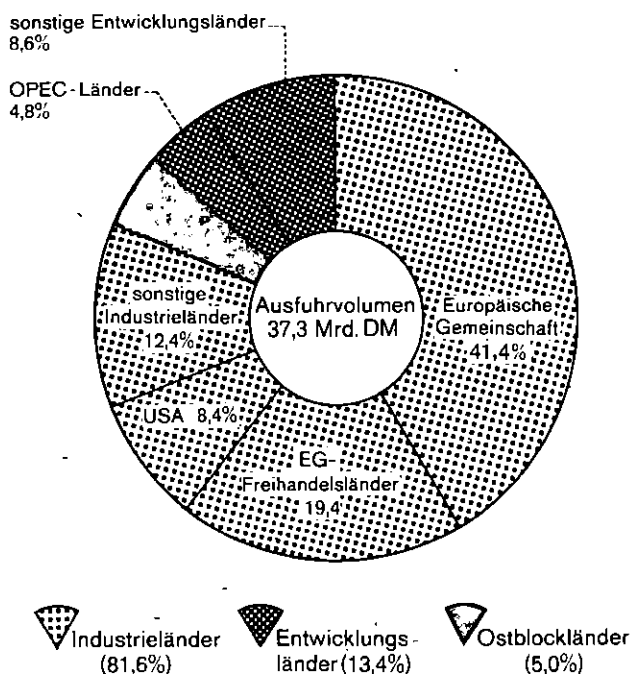


Tabelle 3

Entwicklung der Ausfuhr nach ausgewählten Warenarten

Ausgewählte Warenart	1972	1973	1974	Januar bis Oktober 1975	Veränderungen			
					1973/1972	1974/1973	Jan. bis Okt. 1975/1974	
	Millionen DM				%	in %		
Ausfuhr insgesamt								
Ausfuhr insgesamt	26 535,4	30 802,9	37 283,0	29 326,3	100	+ 16,1	+ 21,0	— 4,8
darunter								
Maschinen	7 643,0	8 843,1	10 807,5	8 537,2	100	+ 15,7	+ 22,2	— 3,4
Kraftfahrzeuge, Luftfahr- zeuge	4 977,1	5 366,4	6 487,7	6 041,8	100	+ 7,8	+ 20,9	+ 15,8
Elektrotechnische Erzeug- nisse	3 740,0	4 202,9	4 821,0	3 693,5	100	+ 12,4	+ 14,7	— 8,4
Chemische Erzeugnisse	1 788,4	2 096,7	2 688,9	1 940,8	100	+ 17,2	+ 28,2	— 14,3
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1 404,2	1 626,7	1 791,0	1 344,3	100	+ 15,9	+ 10,1	— 9,2
Darunter OPEC-Länder 1)								
Ausfuhr insgesamt	785,2	1 012,9	1 796,8	2 364,7	8,1	+ 29,0	+ 77,4	+ 73,7
darunter								
Maschinen	211,2	289,4	520,4	732,5	8,6	+ 37,0	+ 79,8	+ 85,3
Kraftfahrzeuge, Luftfahr- zeuge	295,9	339,2	613,5	903,6	15,0	+ 14,6	+ 80,9	+ 102,3
Elektrotechnische Erzeug- nisse	103,4	152,2	221,4	271,2	7,3	+ 47,2	+ 45,5	+ 53,2
Chemische Erzeugnisse	35,6	42,5	62,8	55,2	2,8	+ 19,4	+ 47,8	+ 16,7
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	32,5	40,1	51,3	61,1	4,6	+ 23,4	+ 27,9	+ 53,5
Darunter Ostblockländer 2)								
Ausfuhr insgesamt	872,5	1 168,9	1 785,6	1 727,3	5,9	+ 34,0	+ 52,8	+ 23,3
darunter								
Maschinen	494,2	656,0	845,4	704,8	8,3	+ 32,7	+ 28,9	+ 8,1
Kraftfahrzeuge, Luftfahr- zeuge	30,8	50,0	77,9	468,4	7,8	+ 62,3	+ 55,8	+ 688,6
Elektrotechnische Erzeug- nisse	94,6	107,9	126,1	130,3	3,5	+ 14,1	+ 16,9	+ 28,0
Chemische Erzeugnisse	41,5	53,1	101,2	88,6	4,6	+ 28,0	+ 90,6	+ 8,7
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	28,8	37,6	55,0	33,2	2,5	+ 30,6	+ 46,3	— 27,0

1) Abu Dhabi, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Gabun; — 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien.

Kraftfahrzeuge und Maschinen wichtigste Exportgüter in die OPEC-Länder

Das Ausfuhrvolumen in die OPEC-Länder erreichte im Zeitraum Januar bis Oktober 1975 einen Wert von 2,4 Mrd. DM. Der Schwerpunkt lag bei vier Ländern. Es waren dies, nach der Größe des Exportvolumens geordnet, der Iran, der Irak, Algerien und Nigeria (Tabelle 4). Allein auf diese Staaten entfielen mit zusammen 1,607 Mrd. DM rund 68% der Exporte in diesen Wirtschaftsblock.

Besonders hoch war, wie erwähnt, der Export von Kraftfahrzeugen. Mit einem Wert von 904 Mill. DM übertrafen diese Lieferungen das entsprechende Vorjahresergebnis um 102%. Nur wenig geringer war die Zuwachsrate mit 85% bei Maschinen, deren Ausfuhrwert 733 Mill. DM betrug. Auf diese beiden Warengruppen entfielen über 69% des baden-württembergi-

schen Exports in diesen Wirtschaftsblock. Bedeutend geringer war der Anstieg der Ausfuhr von feinmechanischen, optischen Erzeugnissen und Uhren, von elektrotechnischen sowie von chemischen Erzeugnissen, die zusammengekommen mit 388 Mill. DM nur 16% der Ausfuhren in die OPEC-Länder ausmachten.

Im einzelnen war festzustellen, daß vor allem die Exporte in den Irak, der zwischen Januar und Oktober 1975 Waren im Wert von 333 Mill. DM aus Baden-Württemberg einfuhrte, um 128% erheblich gesteigert werden konnten. Insbesondere stark erhöhte Maschinen- und Kraftfahrzeuglieferungen bewirkten diesen hohen Exportzuwachs. Überdurchschnittlich günstig verlief auch das Ausfuhrgeschäft mit dem Scheichtum Abu Dhabi, mit Nigeria und mit dem Iran sowie mit Saudi Arabien und Algerien. Der

Tabelle 4

Entwicklung der Ausfuhr in die OPEC- und Ostblockländer

Verbrauchsland	1972	1973	1974	Januar bis Oktober 1975		Veränderung		
						1973/1972	1974/1973	Jan. bis Okt. 1975/ Jan. bis Okt. 1974
	Millionen DM					%	%	
Ausfuhr insgesamt	26 535,4	30 802,9	37 283,0	29 326,3	100	+ 16,1	+ 21,0	— 4,8
darunter								
OPEC-Länder	791,6	1 020,1	1 808,4	2 364,7	8,1	+ 28,9	+ 77,3	+ 73,7
Abu Dhabi		5,9	16,8	28,9	0,1		+ 184,8	+ 170,1
Irak	24,3	22,2	242,7	332,8	1,1	— 8,6	+ 993,2	+ 128,0
Iran	248,0	361,1	538,2	860,6	2,9	+ 45,6	+ 49,0	+ 103,0
Kuwait	31,8	32,1	92,5	100,9	0,3	+ 0,9	+ 188,2	+ 70,2
Katar	4,6	4,6	12,7	11,1	0,0	+ 0,0	+ 176,1	+ 16,8
Saudi Arabien	36,1	37,6	96,9	144,7	0,5	+ 4,2	+ 157,7	+ 86,7
Algerien	73,2	148,4	154,3	222,6	0,8	+ 102,7	+ 4,0	+ 95,3
Ecuador	14,7	17,9	24,0	22,4	0,1	+ 21,8	+ 34,1	+ 17,9
Indonesien	54,7	75,2	148,1	111,9	0,4	+ 37,5	+ 96,9	— 5,9
Libyen	64,2	88,6	191,5	169,4	0,6	+ 38,0	+ 116,1	+ 9,6
Nigeria	83,5	83,5	122,5	191,2	0,7	+ 0,0	+ 46,7	+ 106,0
Venezuela	150,1	135,8	156,6	159,7	0,5	— 9,5	+ 15,3	+ 27,2
Gabun	6,4	7,2	11,6	8,5	0,0	+ 12,5	+ 61,1	— 18,3
Ostblockländer	872,5	1 168,9	1 785,6	1 727,3	5,9	+ 34,0	+ 52,8	+ 23,3
Sowjetunion	273,0	369,1	544,1	883,3	3,0	+ 35,2	+ 47,4	+ 106,3
Polen	201,3	316,4	354,1	224,1	0,8	+ 57,2	+ 11,9	— 21,9
Tschechoslowakei	139,1	172,1	248,0	188,4	0,6	+ 23,7	+ 44,1	+ 2,6
Ungarn	108,8	139,0	387,0	151,2	0,5	+ 27,8	+ 178,4	— 51,2
Rumänien	102,4	117,4	174,1	169,1	0,6	+ 14,7	+ 48,3	+ 22,4
Bulgarien	76,5	54,3	77,4	108,3	0,4	+ 16,8	+ 42,5	+ 102,4
Albanien	1,4	0,6	0,9	2,9	0,0	— 57,1	+ 50,0	+ 262,5

Differenzen durch Runden der Zahlen.

Iran, der mit 861 Mill.DM oder 36% des Ausfuhrwertes in die OPEC-Länder unser derzeit wichtigster Abnehmer innerhalb dieses Wirtschaftsblocks ist, und Algerien, das im Berichtszeitraum für 223 Mill. DM Waren aus Baden-Württemberg einfuhrte, erhöhten ihre Einkäufe ebenfalls besonders stark bei Maschinen und Kraftfahrzeugen. Auffallend schwach gestaltete sich dagegen der Export nach Venezuela, der insbesondere bei Kraftfahrzeugen das Vorjahresergebnis nicht wieder erreichte, und nach Indonesien und Gabun, die wertmäßig sogar weniger Waren bezogen haben.

Stark gestiegene Kraftfahrzeugausfuhr in den Ostblock

Im Export mit den Ostblockländern, die 1975 mit zusammen 1,7 Mrd.DM (Januar bis Oktober) das entsprechende Vorjahresergebnis um 23% übertrafen, verzeichneten mit Ausnahme der feinmechanischen und optischen Erzeugnisse und Uhren (— 27%) alle wichtigen Ausfuhrsgüter mehr oder weniger hohe Zuwachsraten (Tabelle 3). Der Export von Kraftfahrzeugen konnte aufgrund eines Großauftrages aus der Sowjetunion im Berichtszeitraum sogar um 689% auf 468 Mill.DM gesteigert werden.

Auch die Lieferungen von elektrotechnischen Erzeugnissen waren mit einer Zunahme von 28% infolge lebhafter Nachfrage aus der Sowjetunion, aus Rumänien und Bulgarien überdurchschnittlich hoch. Dagegen war die Ausfuhr von Erzeugnissen des Maschinenbaus, wobei es sich vorwiegend um Werkzeugmaschinen sowie um Maschinen für die Textil- und Lederindustrie handelte, mit 705 Mill.DM eher verhalten (+ 8%).

Die Exportentwicklung in den Ostblock wurde im einzelnen weitgehend bestimmt durch die expansive Entwicklung der Ausfuhr in die Sowjetunion (+ 106%), die mit 883 Mill.DM (Januar bis Oktober) auch 1975 der wichtigste Kunde unter den Staatshandelsländern war (Tabelle 4). Vor allem die schon genannten außerordentlich stark gestiegenen Kraftfahrzeugausfuhr, aber auch die überdurchschnittlich erhöhten Lieferungen von elektrotechnischen und chemischen Erzeugnissen bewirkten hier diesen hohen Exportzuwachs. Starken Anteil an der insgesamt günstigen Entwicklung in diesem Wirtschaftsblock hatten aber auch die Exporte nach Rumänien und Bulgarien, wobei von allen wichtigen Ausfuhrsgütern wertmäßig mehr bezogen wurde. Die Ausfuhr nach Albanien konnten sogar fast vervierfacht werden, machten allerdings nicht einmal 1% der Ostblockexporte aus. Dagegen sanken die Ausfuhr in

zwei relativ wichtige Staatshandelsländer beträchtlich: Nach Ungarn — ein wichtiger Kunde für verschiedene Halbwaren aus Gold und Goldlegierungen — gingen dem Wert nach um 51% und nach Polen um 22% weniger Waren als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausfuhr in die Tschechoslowakei blieb mit + 3% auf hohem Niveau.

Ausblick

Die anhaltend günstige Entwicklung des Exportgeschäfts mit beiden Wirtschaftsblöcken vermag die Auftragslücke von seiten der westlichen Industrieländer nicht auszugleichen.

Aufgrund der 1975 zunächst sehr verhaltenen Investitionsneigung der westlichen Handelspartner blieben die Auslandsbestellungen in der gesamten Industrie und in den einzelnen stark exportorientierten Branchen zu Anfang des Jahres 1975 weit unter ihrem Vorjahresniveau: Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1975 ergab sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Rückgang der industriellen Auslandsaufträge dem Wert nach um über 11% und dem Volumen nach sogar um 19%. Erschwerend dürfte sich hierbei ausgewirkt haben, daß sich bei rückläufigen Einfuhr- und stagnierenden Exportgüterpreisen die Preissituation für die deutschen Exporte auf dem Weltmarkt wieder verschlechterte.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1975 ist dann allerdings eine deutliche Verbesserung eingetreten, so daß die Auslandsaufträge im *gesamten* Zeitraum Januar bis November 1975 wertmäßig nur noch um 4% und volumenmäßig nur noch um knapp 11% unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lagen.

Für die künftige Exportentwicklung Baden-Württembergs werden zweifellos auch weiterhin die Absatzmöglichkeiten auf dem westlichen europäischen Markt von entscheidender Bedeutung sein. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß sich die seit der Ölkrise zu beobachtende Entwicklung einer Exportverlagerung zu den OPEC- und Ostblockländern hin in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Mittel- und langfristig dürften beim Export in die Ostblockländer aus Gründen des Devisenmangels jedoch geringere Zuwachsraten zu erwarten sein als in jüngster Vergangenheit, es sei denn, die Einfuhr aus diesen Ländern in die Bundesrepublik kann spürbar ausgebaut werden. Bei der Nachfrage der OPEC-Staaten muß die teilweise sehr begrenzte Aufnahmefähigkeit dieser Märkte in Betracht gezogen werden.

Dennoch sind die Absatzchancen nicht zu übersehen, die sich unserer Exportindustrie in den Ostblockstaaten, in den OPEC-Ländern und auch in den übrigen Entwicklungsländern mit ihrem hohen Investitionsbedürfnis eröffnen. Zur Erschließung dieser Märkte wurde mit Unterstützung der Landesregierung die

BAWEX gegründet, eine Exportgemeinschaft, die sich als Selbsthilfeeinrichtung der mittelständischen Exportwirtschaft versteht. Im Interesse einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur des Landes leistet sie damit auch einen Beitrag zur Erhaltung und Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen, die in den meisten exportorientierten Branchen und vor allem im Maschinenbau zu finden sind.

Wie in einem Teil der vorstehenden Untersuchungen ausgeführt wurde, hat unsere Exportindustrie in denjenigen Industriezweigen einen festen und anerkannten Platz in der Weltwirtschaft, die ein hohes Maß an technischem know how und an Facharbeit erfordern. Auf diesen Gebieten erwachsen unserer Industrie auch weiterhin große Marktchancen im Auslandsgeschäft. Insbesondere basiert der Export von morgen auf der Entwicklung von Schlüsseltechnologien und der Einführung technologieintensiver und ressourcensparender Produkte und Verfahren. Eine Konkurrenz mit Billiglohnländern bei einfach zu fertigenden Massenprodukten dürfte dagegen nicht aussichtsreich sein.

3.6.2 Entwicklung der Automobilindustrie

Anfang der siebziger Jahre, spätestens jedoch seit der Ölkrise im Herbst 1973, schien sich einer der markantesten und sozialgeschichtlich interessantesten Entwicklungsabschnitte in der Geschichte des Kraftfahrzeuges seinem Ende zu nähern. Bis dahin war die Automobilproduktion — vornehmlich in den fünfziger und sechziger Jahren — Symbol für die Dynamik des Wirtschaftswachstums und des steigenden Wohlstandes in der Bundesrepublik. In Baden-Württemberg hatte sich von 1950 bis 1975¹ der Bestand an Personen- und Kombinationskraftwagen um gut das Dreißigfache auf 2,77 Millionen erhöht. Der Anteil der Arbeitnehmer und Nichterwerbstätigen an der Gesamtzahl der Halter von Personen- und Kombinationskraftwagen war von weniger als 20% auf knapp 80% angestiegen.

Wie noch näher ausgeführt wird, wurde dieses Bild der zunehmenden Motorisierung im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Ölkrise im Jahre 1974 in mancher Hinsicht in Frage gestellt, doch ist inzwischen wieder eine Wende eingetreten.

Im Jahre 1975¹ kamen in Baden-Württemberg 292 Personen- und Kombinationskraftwagen auf 1 000 Einwohner — im Bundesdurchschnitt waren es 279.

Einer der wichtigsten Industriezweige des Landes
In Baden-Württemberg befindet sich das älteste Unternehmen der Welt zum Bau und Vertrieb von Kraftfahrzeugen, weshalb auch die Voraussetzun-

¹ Jeweils 1. Juli

Tabelle 1

Straßenfahrzeugbau im Ländervergleich 1)

Land	Beschäftigte (MD)		Gesamtumsatz	
	Januar bis September 1975			
	Anzahl	%	Mill.DM	%
Baden-Württemberg	162 338	28,6	11 591	27,2
Niedersachsen	111 805	19,7	7 497	17,6
Nordrhein-Westfalen	89 885	15,9	7 088	16,6
Bayern	87 737	15,5	6 450	15,1
Hessen	60 030	10,6	3 655	8,6
Übrige Bundesländer	54 973	9,7	6 345	14,9
Bundesgebiet	566 768	100	42 627	100

1) Hauptbeteiligte Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

gen für den Aufbau der Automobilindustrie hier besonders günstig waren. Inzwischen zählt diese Branche im Wirtschaftsleben des Landes zu den wichtigsten und bedeutendsten Industriezweigen und ist durch ihren Zubehörbedarf mit vielen anderen Wirtschaftszweigen eng verbunden. Eine sinkende Nachfrage nach Automobilen bewirkt in vielen anderen Sektoren eine Minderung der Endnachfrage nach Waren und Dienstleistungen und umgekehrt. Die Produktionstätigkeit in diesem Sektor beeinflusst deshalb in großem Maße den Arbeitsmarkt. Diesem Zusammenhang kommt gerade jetzt besondere Bedeutung zu, und die momentan günstige Situation auf dem Automobilsektor ist zum Teil eine Erklärung dafür, daß Baden-Württemberg von allen Flächenländern noch die niedrigste Arbeitslosenquote aufzuweisen hat.

Innerhalb des Bundesgebietes stand die Fahrzeugindustrie des Landes 1974/75 – gemessen an Umsatzhöhe und Beschäftigtenzahl – vor Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an erster Stelle. Von

Januar bis November 1975 wurde ein Gesamtumsatz von 14,6 Mrd.DM erzielt. Ende November 1975 waren in rund 160 Betrieben 160 000 Personen beschäftigt. Nach diesen Zahlen entfällt auf Baden-Württemberg über ein Viertel des Umsatzes und der Beschäftigten des Fahrzeugbaus im Bundesgebiet, wobei sich diese Quoten gegenüber 1970 noch leicht erhöht haben.

Gemessen am Bundesanteil war die baden-württembergische Automobilindustrie am stärksten an der Omnibusfabrikation beteiligt, und zwar 1974 wertmäßig zu 60% und bei den Stückzahlen zu 38%. Hoch war auch der Anteil bei den Kommunalfahrzeugen mit 37% bzw. 22%, aber auch bei der wichtigsten Erzeugnisgruppe, den Personenkraftwagen (einschließlich Kleinbusse) waren die Quoten mit 30% und 17% beachtenswert.

Innerhalb der Industrie des Landes zählte diese Industriegruppe – nach Maschinenbau und Elektrotechnik – mit einem Anteil von jeweils mehr als 10% an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten und des Umsatzes zu den drei größten.

Betriebe der Automobilindustrie sind in fast allen Landesteilen zu finden, doch ragen deutliche Standortschwerpunkte heraus. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten sind dies in erster Linie der Stadtkreis Stuttgart mit 34 000 und der Landkreis Böblingen mit 30 300 Beschäftigten sowie die an dieses Kerngebiet angrenzenden Landkreise Esslingen und Ludwigsburg. Hier ist insgesamt die Hälfte aller Beschäftigten des Straßenfahrzeugbaus tätig. Darüber hinaus sind der Stadtkreis Mannheim, der Landkreis Heilbronn und der Stadtkreis Ulm mit jeweils knapp 10% aller Beschäftigten als wichtige Standorte zu nennen.

Tabelle 2

Straßenfahrzeugproduktion 1)

Ausgewählte Erzeugnisgruppen	Einheit	1974	1. bis 3. Vierteljahr 1975	Veränderung in %		Anteil am Bundesgebiet 1974 in %
				1974/73	1. bis 3. Vj. 1975/1. bis 3. Vj. 1974	
Personenkraftwagen einschließlich Kleinbusse	1000 Stück	443,4	306,3	– 8,7	– 11,2	17,2
	Mill.DM	6 355	4 779	– 2,5	– 1,8	30,0
Lastkraftwagen	Stück	14 882	12 541	– 33,8	12,0	6,6
	Mill.DM	625	739	40,1	61,7	11,1
Omnibusse	Stück	6 882	5 459	– 6,0	10,6	37,7
	Mill.DM	676	608	4,5	24,6	60,0
Kommunalfahrzeuge	Stück	605	530	14,4	29,2	22,1
	Mill.DM	64	62	25,5	31,9	37,0

1) Hauptbeteiligte Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

Großbetrieb als Schwerpunkt der Beschäftigten
Verstärkte Internationalisierung der Märkte, Zwang zur rationellen Massenproduktion und zunehmend höhere Aufwendungen für Forschung und Entwicklung haben die Entstehung von Großbetrieben und internationalen Unternehmen gefördert.

Diese Tendenz zum Großbetrieb macht sich in der Automobilindustrie besonders stark bemerkbar, weil sich die Fahrzeugproduktion verhältnismäßig gut rationalisieren läßt und weil sich die hierfür notwendigen Investitionen (z. B. Fertigungsstraßen) nur bei entsprechend hohen Stückzahlen lohnen. Aus diesen eher technischen Aspekten dominiert das Großunternehmen. Mehr als drei Viertel der tätigen Personen konzentrieren sich in Betrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten, wodurch sich die Struktur der Fahrzeugindustrie wesentlich von derjenigen der Gesamtindustrie unterscheidet, die in Baden-Württemberg eher mittelständischen Charakter hat.

Überdurchschnittlicher Produktionsrückgang 1974
Die Automobilproduktion nahm in Baden-Württemberg zwischen 1970 und 1974 um rund 10% zu und erreichte sowohl 1970 als auch 1974, gemessen am Index der industriellen Nettoproduktion (Basis 1962 = 100) mit 166 bzw. 182 Punkten ein ähnlich hohes Niveau wie die gesamte Industrie (ohne Energie und Bauwirtschaft).

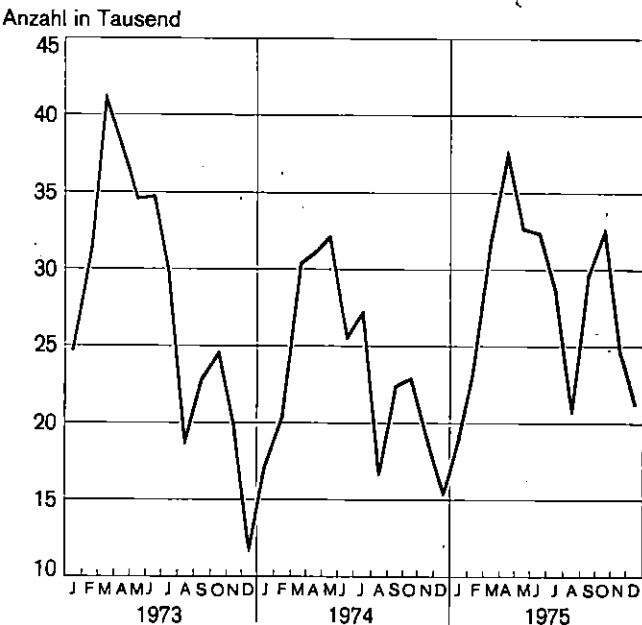
Wie die nachstehende Übersicht zeigt, war allerdings 1972 und 1973 bei der Automobilproduktion ein überdurchschnittlicher Anstieg und 1974 ein überdurchschnittlicher Rückgang zu verzeichnen. Dieser relativ starke Produktionseinbruch war auf eine stark nachlassende Automobilnachfrage zurückzuführen. Dennoch war der Produktionsrückgang dieser Branche zwischen 1973 und 1974 in Baden-Württemberg (– 6%) wesentlich geringer als im Bundesgebiet (– 13%).

Index der industriellen Nettoproduktion
arbeitstäglich, Basis 1962 = 100

Bezeichnung	1970	1971	1972	1973	1974	Jan.-Nov. 1975
	Monatsdurchschnitt					
Fahrzeugbau	166	163	178	193	182	183
gesamte Industrie (ohne Energie u. Bauwirtschaft)	165	163	173	184	181	167

Diese Situation auf dem Automobilsektor spiegelt sich auch in der Entwicklung des Umsatzes wider, der zwischen 1973 und 1974 nominal nur um 4% zugenommen hat (Tabelle 3). Unter Berücksichtigung der eingetretenen Preissteigerung war allerdings auch der Umsatz der Automobilindustrie im Jahre 1974 real um 4% geringer als im Jahr 1973. Dieser Rückgang war allein auf das nachlassende Inlandsgeschäft zurückzuführen, das zwischen 1973 und 1974 sogar nominal abnahm (– 3%).

Schaubild 1
Zulassungen fabrikneuer Personen- und Kombinationskraftwagen 1973 bis 1975



Kaufzurückhaltung bestimmt 1974/75 zunächst die Inlands- und später die Auslandsnachfrage

Die Ursache für den realen Rückgang des Inlandsumsatzes im Jahre 1974 war ein starker Nachfrageeinbruch, der sowohl auf der Verbraucher- als auch auf der Unternehmensseite einsetzte. Hierfür war eine Reihe von Gründen maßgebend. Die starke Erhöhung der Anschaffungs- und Betriebskosten in den letzten Jahren hatte dazu geführt, daß vor allem die Verbraucher den Kauf und die Haltung eines Autos mehr als bisher unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachteten. Eine allgemeine Unsicherheit über die wirtschaftliche Weiterentwicklung hatte die Kaufzurückhaltung der Verbraucher 1974 noch verstärkt, vor allem aber die Investitionsneigung der Unternehmer gehemmt. Diese Zurückhaltung kommt beispielhaft in der Entwicklung der Zulassungszahlen fabrikneuer Personen- und Kombinationskraftwagen zum Ausdruck. Das Wachstum der Zulassungszahlen verlangsamte sich zwischen 1970 bis 1972 ständig, danach ging die Zahl der Zulassungen sogar zurück, und zwar 1973 um 3% und 1974 um 15%.

Eine einschneidende Wende durch eine auffallende Belebung der inländischen Nachfrage trat bei der Kraftfahrzeugindustrie schon im ersten Halbjahr 1975 ein. Der Auftragseingang der baden-württembergischen Automobilindustrie aus dem Inland hatte sich gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit real mehr als verdoppelt, derjenige im Bundesdurchschnitt um über die Hälfte erhöht. Ursache hierfür war in erster Linie die im Rahmen der konjunkturellen Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung Ende letzten Jahres beschlossene Investitionszulage

von 7,5%, die auch bei der Bestellung oder beim Kauf eines Kraftfahrzeuges für Investitionszwecke bis zum 30.6.1975 in Anspruch genommen werden konnte. Der von der Investitionszulage ausgehende Impuls zeigt sich deutlich bei den Zulassungen fabrikneuer Personenkraft- und Kombiwagen; sie stiegen in Baden-Württemberg in den ersten neun Monaten 1975 um 14,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum an.

Der günstigen Entwicklung der Inlandsnachfrage stand allerdings eine erheblich nachlassende Bestelltätigkeit aus dem Ausland gegenüber, die sich bereits gegen Ende 1974 abzeichnete. Im ersten Halbjahr 1975 gingen bei der baden-württembergischen Automobilindustrie real um 16%, im Durchschnitt des Bundesgebiets sogar um 20% weniger Auslandsaufträge ein als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Dies dürfte in erster Linie die Folge von Konjunktur-einbrüchen in den wichtigsten Absatzländern gewesen sein. Hinzu kommt, daß der erhebliche Anstieg des Außenwertes der DM in den letzten Jahren die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie verschlechterte.

Die unterschiedliche Entwicklung im Inlands- und Auslandsgeschäft schlug sich auch in den Umsätzen nieder. Von Januar bis November 1975 erzielte die Fahrzeugindustrie Baden-Württembergs gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum einen nominalen Zuwachs beim gesamten Umsatz um 14% und beim Inlandsumsatz um 18%. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Erzeugerpreise in dieser Branche ermäßigen sich jedoch die Zunahmen auf 5% bzw. 9%. Beim Auslandsumsatz war für das erste Halbjahr 1975 noch ein starker Rückgang (real -9%) zu verzeichnen. Im weiteren Verlauf des letzten Jahres hat sich jedoch das Exportgeschäft wesentlich verbessert, so daß der reale Auslandsumsatz der Monate Januar bis November 1975 nur noch um gut 1% unter dem Wert des vergleichbaren Vorjahreszeit-

raums lag. Wie in Kapitel 3.6.1 näher ausgeführt ist, entwickelte sich dabei insbesondere das Geschäft mit den OPEC-Ländern und einigen Ostblockstaaten außerordentlich günstig. Die große Bedeutung des Exports für die Automobilindustrie wird auch dadurch unterstrichen, daß selbst im (für den Export etwas schlechteren) Jahr 1975 die Exportquote für die Monate Januar bis November 41% betrug (vgl. Tabelle 3).

Die insgesamt günstige Nachfrageentwicklung im Jahre 1975 hat dazu geführt, daß die Automobilproduktion in den Monaten Januar bis November im Gegensatz zur Gesamtindustrie ihre Position sogar leicht verbessern konnte (der Index der industriellen Nettoproduktion übertraf mit einem Wert von 183 den Stand des Vorjahres (182), während der entsprechende Indikator der Gesamtindustrie von 181 im Jahre 1974 auf 167 für Januar bis November 1975 abfiel).

Höhepunkt der Kurzarbeit im März 1975

Parallel zur oben skizzierten Produktionsentwicklung erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten im Straßenfahrzeugbau zwischen 1970 und 1974 von 162 000 und 167 700. Durch den 1974 einsetzenden allgemeinen Konjunkturrückgang wurde diese Tendenz unterbrochen. Ein begrenzter Personalabbau ließ sich auch in dieser Branche nicht vermeiden. Betroffen wurde insbesondere die Region Heilbronn/Neckarsulm, in der unter anderem die Abwanderung von ausländischen Arbeitskräften durch gezielte Rückkehrhilfen gefördert wurde.

Nach den Angaben des Landesarbeitsamtes erreichte die Kurzarbeit, die seit September 1974 verstärkt eingeführt werden mußte, im März 1975 mit 16 110 Kurzarbeitern ihren Höhepunkt. Seitdem verringerte sich die Zahl der Kurzarbeiter bis auf 2 207 im November, ein Zeichen dafür, daß sich in diesem Bereich eine gewisse Belebung der Nachfrage bereits auswirkt.

Tabelle 3
Beschäftigte und Umsätze im Straßenfahrzeugbau 1)

Jahr	Beschäftigte	Umsatz 2)				Erzeugerpreisindex Straßenfahrzeuge (Inlandsabsatz)
		insgesamt	Inland	Ausland	Exportquote	
		Millionen DM				1970 = 100
1970	162 013	9 739	6 200	3 539	36,3	100,0
1972	161 009	11 476	7 109	4 367	38,1	111,8
1973	166 496	13 238	8 027	5 211	39,4	117,4
1974	165 676	13 810	7 774	6 036	43,7	128,1
darunter Januar bis November	165 883	12 786	7 229	5 557	43,5	127,8
Januar bis November 1975	161 989	14 588	8 561	6 027	41,3	139,2

1) Hauptbeteiligte Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. – 2) Ohne Mehrwertsteuer.

Für eine Analyse der Beschäftigungslage ist die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden von besonderer Bedeutung. Im Jahr 1974 wurden in der Automobilbranche 4% und in der gesamten Industrie des Landes 6% weniger Arbeiterstunden geleistet. Die rückläufige Tendenz verstärkte sich im Zeitraum Januar bis November 1975 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit nur noch bei der gesamten Industrie (– 13%) – im Fahrzeugbau betrug der Rückgang nur 4%.

Wie bei der Produktion stellte sich damit auch bei diesem Indikator die Lage der baden-württembergischen Automobilindustrie verglichen mit der gesamten Bundesrepublik günstiger dar, denn dort belief sich der Rückgang der geleisteten Arbeiterstunden 1974 auf 10% und von Januar bis September 1975 auf 8% (Baden-Württemberg: – 4%).

Entwicklung der Personalkostenbelastung

Die Lohn- und Gehaltskosten des Straßenfahrzeugbaus betrugen 1974 4,3 Mrd. DM. Sie haben seit 1970 – ebenso wie im Durchschnitt der baden-württembergischen Industrie und bei der Gesamtbranche Fahrzeugbau im Bundesgebiet – um mehr als die Hälfte zugenommen.

Die Entwicklung der Personalkostenbelastung dieser Branche verlief insbesondere 1974 ungünstig. Die Löhne und Gehälter je Beschäftigten hatten sich gegenüber 1973 um 13% erhöht, demgegenüber war der Umsatz je Beschäftigten nur um 5% angestiegen. Dieses Verhältnis hat sich jedoch von Januar bis November 1975 gegenüber demselben Vorjahreszeitraum etwas verbessert. Die Löhne und Gehälter je Beschäftigten waren um 9% und der Umsatz je Beschäftigten um 17% angewachsen.

Der Bruttostundenlohn eines Arbeiters lag im Oktober 1975 bei 11,90 DM gegenüber 10,71 DM im Jahr 1974; das Bruttomonatsgehalt eines Angestellten betrug im Oktober 1975 2.636,00 DM gegenüber 2.410,00 DM im Durchschnitt der gesamten Industrie des Landes.

Weitere Aussichten der Automobilindustrie

Das nach dem Auslaufen der Investitionszulage erwartete Auftragseingangstief im Fahrzeugbau ist in der Bundesrepublik ausgeblieben. In Baden-Württemberg erhöhte sich der *gesamte* Auftragseingang der Industriegruppe dem Volumen nach für den Zeitraum Januar bis November von 1974 auf 1975 um 25%, wobei die Ordereingänge aus dem Inland sogar um 79% zunahmen. Der nächsten Zukunft sieht daher die Automobilindustrie mit einiger Zuversicht entgegen.

Für die Beurteilung der langfristigen Entwicklungstendenzen im Fahrzeugbau ist eine Untersuchung des Ifo-Instituts³ von Interesse, die sich auf das gesamte Bundesgebiet bezieht. Danach ist erst in den achtziger Jahren mit einer relativen Sättigung der

Motorisierung in der Bundesrepublik zu rechnen. Bis 1985 wird ein Anstieg der Dichte von Personen- und Kombinationskraftwagen auf 395 je 1 000 Einwohner im Bundesgebiet erwartet. Das Institut geht davon aus, daß die Nachfrageentwicklung von Personen- und Kombinationskraftwagen künftig vor allem durch die Ersatzkomponente bestimmt wird. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge dieser Art wird von 1973 bis 1980 auf 2,8% und von 1980 bis 1985 auf 1,3% geschätzt. Unter der Voraussetzung, daß der Export im Jahresdurchschnitt um etwa 3% steigen wird, soll die Produktion – ausgehend von 3,65 Mill. im Jahre 1973 – im Jahre 1980 eine Größenordnung von 4,42 Mill. und 1985 von 4,94 Mill. Fahrzeuge erreichen. Diese Werte würden einer Zuwachsrate von 1973 bis 1980 um etwa 20% und bis 1985 um etwa 35% entsprechen. Sie werden vom Institut als Obergrenze der wahrscheinlichen Entwicklung betrachtet; dabei wird allerdings eine relative Stabilität der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung vorausgesetzt.

Eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung⁴ über die zukünftige Entwicklung des Pkw-Bedarfs in der Bundesrepublik kommt bei einem Ansatz von 3% Exportwachstum im Jahresdurchschnitt auf 4,37 bis 4,61 Mill. Personen- und Kombinationskraftwagen im Jahre 1985. Dies würde, bezogen auf das Produktionsergebnis von 1973, einen Anstieg von etwa 20 bis 26% bis zum Jahre 1985 bedeuten. Für Baden-Württemberg erscheinen diese Produktionssteigerungen reichlich hoch und dürften sich hier wohl nur im günstigsten Fall verwirklichen lassen. Beide Institute weisen bei ihren Voraussagen außerdem darauf hin, daß die aufgezeigte Trendentwicklung von starken kurzfristigen Schwankungen überlagert sein kann.

Die Produktion von *Nutzkraftwagen*⁵ wird nach Ansicht des Ifo-Instituts stärker wachsen als die von Personen- und Kombinationskraftwagen, und zwar – ausgehend von 2,99 Mill. im Jahr 1973 – auf 3,91 Mill. im Jahr 1980 und auf 4,41 Mill. Nutzkraftfahrzeuge im Jahre 1985. Dies würde bis 1980 eine Steigerung um nahezu ein Drittel und bis 1985 um fast die Hälfte bedeuten.

Für das gesamte Wachstum der Kraftfahrzeugproduktion, gemessen am Produktionsindex der Automobilindustrie, geht das Ifo-Institut von einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 4% im Zeitraum von 1973 bis 1980 und von 3% zwischen 1980 und 1985 aus.

3 Strukturkrise der Automobilindustrie unwahrscheinlich – Thesen zur langfristigen Entwicklung – Ifo-Schnelldienst 10, 4.4.1975, S. 9 – 14; Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München.

4 M. Ballensiefen: Zu den Absatzaussichten der deutschen Automobilindustrie bis 1985, Mitteilungen 1975/1. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

5 Lastkraftwagen, Straßenzugmaschinen und Omnibusse.

Diese Prognosewerte können zwar im Vergleich zur Entwicklung 1970 bis 1973 als nicht unrealistisch bezeichnet werden. Es bleibt jedoch als größter Unsicherheitsfaktor der zukünftige Export der deutschen Automobilindustrie. Insoweit ist im Augenblick, insbesondere im Blick auf die Ausfuhr von Personenkraftwagen, eine Voraussage sehr schwierig. Dies wird von beiden Instituten auch deutlich gesehen und ausgesprochen. Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung, die der Automobilindustrie mit ihren zahlreichen Zulieferindustrien für unser Land zukommt, wird die weitere Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden.

3.6.3 Bauwirtschaft: Nachfragestrukturen und Tendenzen

Auch das Jahr 1975 war für die Bauwirtschaft geprägt von einem Entwicklungsprozeß, der zum Teil als Folge der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur, zu einem erheblichen Teil aber auch als Anzeichen eines tiefgreifenden Strukturwandels zu interpretieren ist. Fast ausschließlich war es das Moment des Strukturwandels, das die Vorgänge im Bereich des Wohnungsbaus prägte, während die Entwicklungen im Bereich des übrigen Hochbaus sowie im Tiefbau zur Zeit vielerorts noch primär als Auswirkungen der konjunkturellen Lage gesehen werden.

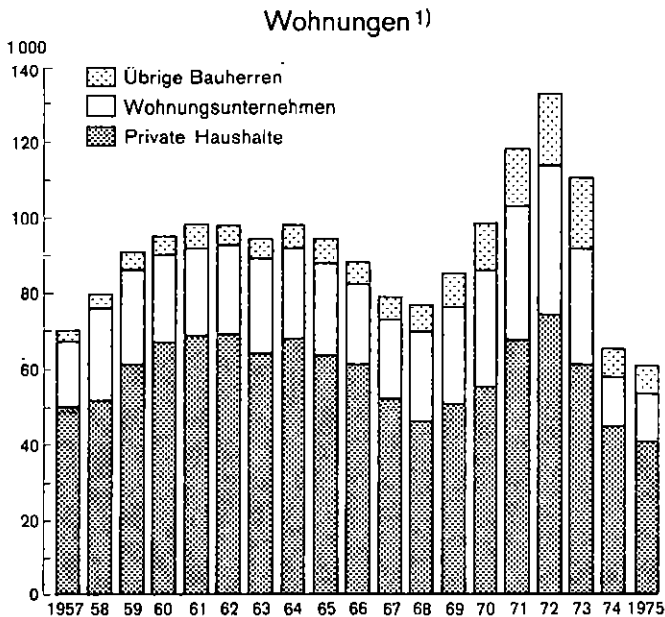
Saisonal ungewöhnlicher Anstieg der Hochbaunachfrage im Herbst

Betrachtet man die von den Bauämtern erteilten Baugenehmigungen als Indikator für die Hochbaunachfrage, so zeigt die Entwicklung etwa bis Herbst des Jahres 1975 im wesentlichen den schon zu Beginn des Jahres erwarteten Nachfrageverlauf.

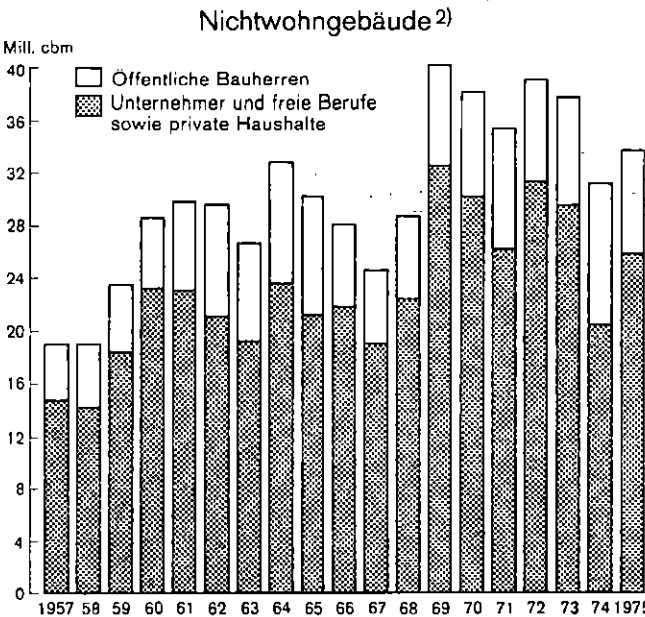
Mit der Zahl von insgesamt rund 62 000 (geschätzt) neu genehmigten Wohnungen liegt das Jahresergebnis 1975 nun zwar um rund 9% unter dem Vorjahr, jedoch immer noch um mehr als die Hälfte über der langfristig als wahrscheinlich erachteten Bedarfszahl von durchschnittlich maximal 40 000 Wohnungen pro Jahr¹. Damit hat sich der Rückgang der Genehmigungszahlen in Richtung auf den langfristig vorausgeschätzten Durchschnitt stark verlangsamt. Maßgebend dafür war eine erhebliche Abweichung nach oben vom sonst üblichen saisonalen Verlauf der Genehmigungszahlen etwa ab September. Über die Ursachen dieser Abweichung besteht zur Zeit noch keine volle Klarheit, jedoch wird man davon ausgehen können, daß hier ein ganzes Bündel von Momenten zu dieser saisonal unüblichen Nachfragezunahme geführt hat.

1 Vgl. Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1974, S. 93.

Schaubild 1
Nachfrageentwicklung im Hochbau - Nach Bauherrnengruppen -



1) Zahl der genehmigten Wohnungen in Wohnbauten



2) Genehmigte cbm umbauter Raum

Bei der Nachfrageentwicklung der privaten Haushalte, die überwiegend auch selbst Bedarfsträger für Wohnungen sind und bei denen der „Wunsch nach einem eigenen Heim“ ohnehin von der wirtschaftlichen Entwicklung unabhängiger ist, dürfte die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß sich die Finanzierungskonditionen im Wohnungsbau in der letzten Zeit merklich günstiger gestaltet haben. Hinzu kommt, daß die Baupreise für Wohngebäude zur Zeit praktisch stagnieren. Dies könnte durchaus Anreiz zu einer beschleunigten Realisierung geplanter Bauvorhaben im privaten Wohnungsbau gewesen sein.

Die Nachfrageentwicklung der Wohnungsunternehmen dagegen dürfte primär durch die Investitionsvergünstigungen von 7,5% aufgrund des Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung vom 23.12.1974 sowie des Gesetzes über Investitionszuschüsse im sozialen Wohnungsbau vom 27.12.1974 beeinflusst worden sein. Nach beiden Gesetzen war u. a. Voraussetzung für die Vergünstigung, daß der Antrag für die entsprechenden Projekte vor dem 1. Juli 1975 gestellt wurde. Da zwischen Antragstellung bei den Baurechtsbehörden und der Erteilung der Baugenehmigung erfahrungsgemäß im Durchschnitt ein Zeitraum von mindestens drei Monaten liegt, wäre dies mit einer plausiblen Erklärung für die saisonal unübliche Nachfragezunahme in diesem Bereich.

Das oben angeführte Gesetz zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung dürfte auch für den relativ starken Anstieg der Genehmigungszahlen im Herbst im Bereich des übrigen Hochbaus ausschlaggebend gewesen sein, denn auch hier war Voraussetzung für die 7,5%ige Investitionszulage die Einreichung des Bauantrages vor dem 1. Juli 1975.

Demgegenüber bewegte sich infolge der prekären Finanzlage der öffentlichen Hand deren Hochbaunachfrage 1975 auf wesentlich niedrigerem Niveau, während gerade die öffentliche Hochbaunachfrage noch 1974 den Nachfrageausfall der gewerblichen Wirtschaft im gewissen Umfang kompensieren konnte.

Entwicklung in den Boomjahren ohne Beispiel in der Vergangenheit

Zur Beurteilung der Frage, inwieweit der Nachfrageanstieg im Hochbau zu Ende des Jahres als kurzfristige Erscheinung anzusehen und wie die längerfristige Entwicklung einzuschätzen ist, kann nur eine Betrachtung in einem weiter gesteckten Rahmen Anhaltspunkte liefern. Alle Erwägungen sind jedoch vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß die Bausubstanz zu den dauerhaftesten Wirtschaftsgütern überhaupt zählt, hier also der bei den meisten anderen Wirtschaftsgütern anzutreffende

relativ schnelle technische und wirtschaftliche Altersungsprozeß in ganz anderen zeitlichen Dimensionen verläuft.

Betrachtet man die Nachfrageentwicklung im Wohnungsbau über einen längeren Zeitraum, so wird insbesondere deutlich, welche extreme Entwicklung hier in den Jahren 1970 bis 1973 stattgefunden hat. Ausschlaggebend für den damaligen „Genehmigungsboom“ im Wohnungsbau waren weniger die privaten Haushalte, obwohl auch hier infolge der gesamtwirtschaftlichen Prosperität in Verbindung mit relativ hohen Inflationsraten ein vergleichsweise starker Anstieg zu verzeichnen war, als vielmehr die Nachfrageentwicklung der Wohnungsunternehmen und der übrigen Bauherren. In diesen Boomjahren erreichte das Nachfragevolumen der Wohnungsunternehmen ein zuvor nicht einmal in den Wiederaufbaujahren dagewesenes Ausmaß. Unzweifelhaft Ursache dafür war, daß der Wohnungsmarkt infolge der von der inflationären Entwicklung ausgelösten Flucht in die Sachwerte – und hier an erster Stelle in Immobilien – zu dieser Zeit unbegrenzt aufnahmefähig schien. Jedoch haben bekanntlich die restriktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Jahres 1973 diese Entwicklung nachhaltig zum Stillstand gebracht.

Die bisher ebenfalls nie dagewesene Nachfrageausweitung der übrigen Bauherren im Wohnungsbau – das sind überwiegend gewerbliche Unternehmen – erklärt sich wohl nur im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und hier in erster Linie der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Da es sich bei den für gewerbliche Unternehmen genehmigten Wohnungen in der Mehrzahl der Fälle um Werkwohnungen für eigene Mitarbeiter handelt – bei der Erstellung von Projekten zur Vermietung oder zum Verkauf an Dritte wird in der Regel ein eigenes Unternehmen gegründet, das statistisch als Wohnungsunternehmen einzustufen ist – dürfte es sich hier um zusätzliche Leistungen gehandelt haben mit dem Ziel, bei dem damaligen überhitzten Arbeitsmarkt neue Arbeitskräfte zu gewinnen bzw. die eigenen Arbeitskräfte zu halten. Hier ist im Zuge der konjunkturellen Rezession die Entwicklung auf ein gemessen an der Vergangenheit normales Maß zurückgegangen.

Quantitativ weitgehend gesättigter Wohnungsmarkt

Die gegenwärtige Situation auf dem Wohnungsmarkt ist davon gekennzeichnet, daß infolge der hohen Wohnungsbautätigkeit der vergangenen Jahre der Wohnungsbestand nach den Ergebnissen der Wohnungsfortschreibung Anfang 1975 in Baden-Württemberg bereits 3,3 Millionen Wohnungen erreichte^{1a}. Damit dürfte der allgemein mit 104% als notwendig angesehene Versorgungsgrad der Haushalte mit Wohnungen in etwa erreicht sein. Von diesen 3,3 Millio-

^{1a} Zur Wohnungsgröße vgl. Tabelle im Anhang

nen Wohnungen standen im Mai 1975 etwa 130 000, also gerade rund 4% leer. Auffallend dabei ist die in regionaler Hinsicht durchaus ausgeglichene Situation. Ferner entspricht die Zahl der leerstehenden Wohnungen — differenziert nach der Wohnungsgröße — weitgehend dem Mobilitätsgrad der für diese Wohnungen in Frage kommenden Haushaltsgruppen — mit anderen Worten: gerade bei kleineren Wohnungen, die vorwiegend von den Haushalten mit der größten Mobilität bewohnt werden (1- und 2-Personen-Haushalte), ist auch die erforderliche größere Fluktuationsreserve vorhanden. Es sind also weitgehend die Voraussetzungen gegeben, die für ein Funktionieren des Wohnungsmarktes notwendig sind². Dabei ist noch hervorzuheben, daß in der Zahl der hier als leerstehend erfaßten Wohnungen zum größten Teil jene leerstehenden Wohnungen in Neubauten, die mit dem Schlagwort „Wohnungshalde“ charakterisiert werden, nicht enthalten sind. Auf Bundesebene wird deren Zahl auf rund 200 000 Wohnungen zusätzlich geschätzt, die hier noch hinzuzurechnen wären.

Aufgrund dieser Situation kann man davon ausgehen, daß sich das Volumen der Neubautätigkeit im Bereich des Wohnungsbaus in den kommenden Jahren überwiegend am Ersatzbedarf und am Zuwachs der Zahl der Haushalte orientieren wird. Eine entsprechende langfristige Vorausschätzung wurde bereits im letzten Jahresbericht vorgelegt. Zu der dort genannten Obergrenze von durchschnittlich 40 000 Wohnungen jährlich ist jedoch zu berücksichtigen, daß die auf Grund der staatlichen Förderungsmaßnahmen angeregte Modernisierungstätigkeit, die das vorhandene Modernisierungspotential stärker anspricht, dazu führt, daß der Wohnwert der Altbauwohnungen erhöht wird. Hinzu kommt noch, daß durch die teilweise Konzentration der Förderungsmaßnahmen in den Modernisierungszonen attraktivere Wohngegenden geschaffen werden, die der Ersatznachfrage und damit der Neubautätigkeit zusätzlich entgegenwirken dürften.

Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß sich aufgrund des immer noch hohen Bauvorrats an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen, der Ende 1975 nach ersten Schätzungen in einer Größenordnung von 120 000 Einheiten liegen dürfte, der notwendige Anpassungsprozeß der Wohnungsbaunachfrage noch über die nächsten Jahre erstrecken wird. Dabei wären Abnahmeraten von jährlich 10 bis 20% noch durchaus als normal anzusprechen.

Langfristig sinkende Nachfrage im übrigen Hochbau

Auch im Bereich des übrigen Hochbaus — das sind vor allem gewerbliche Bauten wie Betriebs- und Bürogebäude sowie Hochbauten der öffentlichen

Hand — macht eine Betrachtung der Genehmigungszahlen über einen längeren Zeitraum hinweg ebenfalls deutlich, daß hier die Nachfrageentwicklung der Jahre 1969 bis 1973 alles bisher Dagewesene erheblich übertroffen hat. Ursächlich dafür war ein Nachfrageanstieg bei der gewerblichen Wirtschaft, der weit über dem gelegen hat, was bisher sowohl in der Wiederaufbauphase als auch in den folgenden besten Konjunkturjahren beobachtet worden war.

Obwohl infolge des allgemeinen Konjunkturabschwungs das Jahr 1974 den bisher schärfsten Rückgang in diesem Hochbaubereich mit sich brachte, lag das Nachfragevolumen der gewerblichen Wirtschaft 1974 — gemessen an der Zahl der genehmigten Kubikmeter umbauten Raumes — immer noch über dem des Rezessionsjahres 1967. Hinzu kam eine erhebliche Ausweitung der Hochbaunachfrage der öffentlichen Hand, so daß die Gesamtnachfrage im Hochbau auch 1974 — nimmt man einmal die Extremjahre 1969 bis 1973 aus — nur wenig unter dem bisherigen absoluten Spitzenjahr 1964 lag. Da infolge der investitionsfördernden Maßnahmen, wie oben bereits dargestellt, die Hochbaunachfrage der gewerblichen Wirtschaft im Verlauf des Jahres 1975 wieder stark zugenommen hat, übertraf die Gesamtnachfrage 1975 noch das Vorjahr, obwohl die öffentliche Hand ihr außergewöhnlich hohes Nachfrage-niveau von 1974 nicht länger halten konnte. Offen bleibt allerdings, wann und in welchem Umfang diese Genehmigungen in Aufträge für die Bauwirtschaft umgesetzt werden.

Längerfristig ist jedenfalls in Anbetracht der hohen Bauleistung der letzten Jahre für den gewerblichen Bereich, die in weiten Teilen zusätzlich zum Ersatz von überalterter Bausubstanz Erweiterungsinvestitionen zur Ausdehnung bereits vorhandener Produktionskapazitäten darstellte, die nun langfristig zur Verfügung stehen, und im Hinblick auf das zukünftig abgeflachte gesamtwirtschaftliche Wachstum nicht damit zu rechnen, daß das relativ hohe Nachfrageniveau des Jahres 1975 gehalten werden kann. Zwar könnten Auflagen im Zusammenhang mit dem Umweltschutz in Teilbereichen zu einer gewissen zusätzlichen Nachfrage führen, doch scheint es sehr zweifelhaft, ob sich diese begrenzten Impulse auf das Gesamtvolumen nennenswert auswirken werden. Auch der Nachfrageentwicklung der öffentlichen Hand werden in absehbarer Zeit trotz partiell noch vorhandenen Baubedarfs von den Finanzierungsmöglichkeiten her relativ enge Grenzen gesetzt. Dies gilt auch für den Bereich des Tiefbaus, der mit rund 90% ganz überwiegend von den Auftragsvergaben der öffentlichen Hand abhängt.

Fertigteilbau: Keine weitere Zunahme

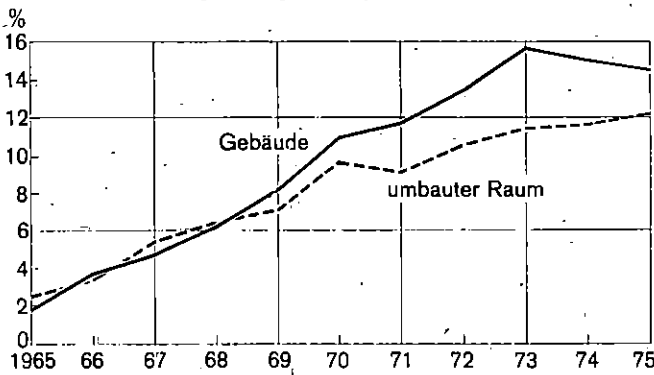
Ein interessanter Teilaspekt der Nachfrageentwicklung betrifft den Sektor des Fertigteilbaus im Hochbau. Dazu ist zu beachten, daß der Begriff „Fertig-

² Vgl. dazu auch E. Frank: Zur kritischen Situation im Wohnungsbau; in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1975.

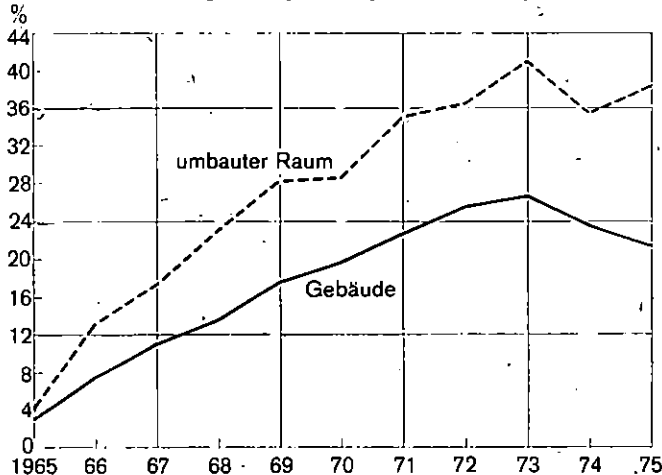
Schaubild 2

Entwicklung des Fertigteilbaus¹⁾ im Hochbau

a) Anteil an den insgesamt genehmigten Wohngebäuden



b) Anteil an den insgesamt genehmigten Nichtwohngebäuden



1) Vgl. Erläuterungen im Text 2) Januar bis November

41275

teilbau“ nach der statistischen Abgrenzung neben den eigentlichen Fertighäusern auch alle Bauwerke umfaßt, bei denen nur Teile der Konstruktion, die nach Art und Zahl bedeutend sind, aus vorgefertigten Bauteilen bestehen. Dabei versteht man unter Fertigteilen tragende und nichttragende mit Anschlußmitteln versehene Bauteile, die nicht an der Einbaustelle hergestellt werden.

Daher zählt in der Statistik jedes Bauwerk als Fertigteilbau, bei dem geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile, also z. B. großformatige Wandtafeln, für Außen- oder Innenwände verwandt werden.

Aus dieser methodischen Abgrenzung erklärt sich auch die gegenläufige Entwicklung zwischen Gebäudezahl und umbautem Raum bei den in Fertigteilbauweise genehmigten Wohngebäuden. Während nämlich der Anteil der größeren Wohngebäude, die unter Benützung von Fertigelementen gebaut werden, an den insgesamt genehmigten Wohngebäuden in etwa gleich geblieben ist, ist der Anteil der in Fertigteilbauweise geplanten Ein- und Zweifamilienhäuser – der eigentlichen Fertighäuser also – seit dem Jahre 1973 wieder rückläufig.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei den in Fertigteilbauweise geplanten Nichtwohngebäuden. Während hier der Anteil nach der Zahl der Gebäude seit 1973 sinkt, ist beim Anteil des umbauten Raumes noch eine relative Konstanz festzustellen. Offensichtlich werden zur Zeit bevorzugt größere Gebäude zum Bau unter Verwendung von Fertigteilen geplant, während bei kleineren Nichtwohngebäuden wieder mehr andere Bauverfahren zur Anwendung kommen.

Gerade bei großen Projekten ist in Zukunft jedoch mit der wachsenden Bedeutung anderer Bauverfahren zu rechnen, die leider im Rahmen der Statistik nicht erfaßt werden. Als Beispiel sei nur das Großschalungssystem genannt, bei welchem ein erheblicher Rationalisierungseffekt unter weitgehender Vermeidung der beim Fertigteilbau auftretenden Transportprobleme durch Verwendung großformatiger vorgefertigter Schalungen erreicht wird, in die erst an der Baustelle der Beton meist als Fertigbeton eingebracht wird.

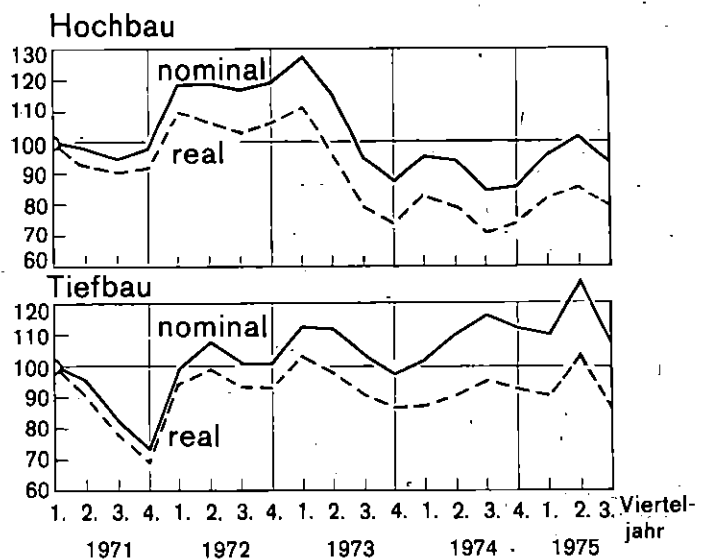
Baugewerbe paßt sich an

Die Entwicklung der wertmäßig erfaßten Auftrags-eingänge bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes verlief 1975 im Hochbaubereich im wesentlichen entsprechend der oben dargestellten Genehmigungs-entwicklung. Da die personellen Kapazitäten im Bauhauptgewerbe 1974 und Anfang 1975 erheblich abgebaut worden waren und da kein weiterer Rückgang der Auftragseingänge im Hochbaubereich eingetreten ist, hat sich die Auftragslage der Betriebe,

Schaubild 3

Index der Auftragsbestände je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe*

1. Quartal 1971 = 100



*Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Tabelle 1

Betriebe und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen

Beschäftigten- größenklasse	Betriebe					Beschäftigte				
	1965	1973	1975	Veränderung		1965	1973	1975	Veränderung	
				1975/1973	1975/1965				1975/1973	1975/1965
	Zahl			%		Zahl			%	
1 bis 19	10 217	8 660	8 315	- 4,0	- 18,6	71 545	64 723	60 260	- 6,9	- 15,8
20 " 49	1 474	1 450	1 337	- 7,8	- 9,3	46 228	39 100	34 709	- 11,2	- 24,9
50 " 99	630	527	452	- 14,2	- 28,3	44 269	36 394	31 287	- 14,0	- 29,3
100 " 499	445	450	313	- 30,4	- 29,7	82 758	84 945	57 584	- 32,2	- 30,4
500 und mehr	33	31	14	- 54,8	- 57,6	25 320	24 766	9 844	- 60,3	- 61,1
Insgesamt	12 799	11 118	10 431	- 6,2	- 18,5	270 120	249 928	193 684	- 22,5	- 128,3

gemessen am Index der Auftragsbestände je Beschäftigten³, auf relativ niedrigem Niveau stabilisiert. Demzufolge kam der Beschäftigtenabbau, der gegenüber 1973 im Hochbaubereich immerhin über ein Viertel betragen hat, im Verlauf des Jahres 1975 zum Stillstand.

Im Bereich des Tiefbaus entsprachen die Auftrags-eingänge 1975 nominal in etwa dem hohen Auftragsvolumen des Vorjahres. Obwohl auch im Tiefbaubereich die Beschäftigten um rund 8% gegenüber 1973 abgebaut wurden, trat hier zu Ende des 3. Quartals 1975 eine – gemessen am Index der realen Auftragsbestände je Beschäftigten – deutliche Verschlechterung der bis dahin wohl noch befriedigenden Auftragslage der Betriebe in diesem Bereich ein.

Insgesamt waren 1975 gegenüber 1973 um über ein Fünftel weniger Personen beschäftigt – das bedeutet einen Personalabbau von rund 56 000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe.

Zur Beurteilung der weiteren Beschäftigtenentwicklung in der Bauwirtschaft muß sehr stark unterschieden werden zwischen dem kurzfristigen und einem mehr längerfristigen Aspekt.

Auf kürzere Sicht ist damit zu rechnen, daß im Hinblick auf die oben geschilderte Genehmigungsentwicklung im Jahre 1975, die normalerweise in der ersten Jahreshälfte 1976 voll als Auftragseingänge marktwirksam werden müßte, vorerst kein weiterer Beschäftigtenabbau erfolgt. Kurzfristig bleibt auch noch die Wirkung des neuen Konjunkturprogramms von Bund und Ländern abzuwarten, das neben der Förderung der Altbaumodernisierung Investitionen im Bereich des Straßenbaus und des öffentlichen Hochbaus vorsieht, und das zu einer gewissen Belebung beitragen könnte. Längerfristig ist jedoch

bei Berücksichtigung der oben dargestellten langfristigen Nachfragetendenzen ein weiterer Abbau personeller Kapazitäten im Baugewerbe nicht auszuschließen. Bei den auch weiterhin zu erwartenden fortschreitenden Rationalisierungsbemühungen im Baubereich werden davon ganz besonders die minderqualifizierten Arbeitsplätze betroffen sein, die neben den Ausländern zur Zeit noch vor allem von deutschen Arbeitskräften ohne Schulabschluß besetzt sind. Dagegen ist langfristig auch im Baugewerbe vor allem mit zunehmender Bedeutung der General- und Totalunternehmertätigkeit mit einem wachsenden Anteil von hochqualifizierten planenden und koordinierenden Funktionen zu rechnen.

Vornehmlich werden von diesem Abbau die Rohbaukapazitäten, also die Betriebe des Bauhauptgewerbes, betroffen sein, während bei den ausbaugewerblichen Betrieben der wachsende Umfang von Instandhaltungs- und Modernisierungsarbeiten bis zu einem gewissen Grad kompensierend wirken dürfte.

3.6.4 Struktur und Entwicklung des Fremdenverkehrs in Baden-Württemberg

Der Tourismus gewinnt als binnen- und außenwirtschaftlicher Faktor ständig an Bedeutung. Nach einer Schätzung des Bundeswirtschaftsministeriums sind im gesamten Bundesgebiet einschließlich Westberlin rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig.

Im Hotel- und Gaststättengewerbe der Bundesrepublik sind rund 700 000 Menschen beschäftigt; in Baden-Württemberg entfallen auf diesen Gewerbezweig etwa 100 000 Beschäftigte, wovon rund ein Drittel in Hotels und Gasthöfen sowie Ferien-, Erholungs- und Fremdenheimen arbeitet und demnach mit ganz spezifischen Aufgaben des Fremdenverkehrs betraut ist. Interessant ist in diesem Zu-

³ Zur Berechnung dieses Index vgl. H. J. Richter: Zur Auftragslage im Bauhauptgewerbe, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1975.

sammenhang der hohe Anteil der weiblichen Beschäftigten (1970: über 62%) und die vergleichsweise große Quote der Teilzeitbeschäftigten (1970: rund 12%), die sich nach vorsichtigen Schätzungen bei insgesamt abnehmenden Beschäftigtenzahlen (– 6%) inzwischen auf rund 16% erhöht hat.

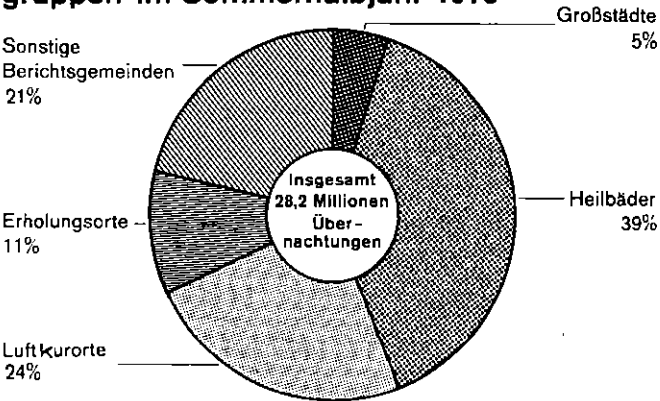
Insgesamt entfallen von den Gesamtbeschäftigten des Landes knapp 3% auf den Bereich „Hotel- und Gaststättengewerbe“. In bestimmten Gegenden, in denen das Bild der dortigen Wirtschaft ganz entscheidend vom Fremdenverkehr bestimmt wird, liegt dieser Beschäftigtenanteil bedeutend höher. So entfielen 1970 im Altkreis Hochschwarzwald rund 17% und im Altkreis Freudenstadt fast 11% aller außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigten auf das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe. Weitere Arbeitsplätze in diesen und anderen Urlaubs- und Erholungsgebieten hängen indirekt vom Fremdenverkehr ab. Dies ist insofern sehr wesentlich, als in diesen Gegenden wenig alternative Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen, was aus Gründen des Landschafts- und Umweltschutzes dort auch nicht unbedingt erwünscht ist. Für einzelne Gemeinden des Landes stellt demnach der Fremdenverkehr einen ganz entscheidenden Wirtschaftsfaktor dar.

Neben dieser Funktion bietet der Fremdenverkehr zahlreichen Menschen die Möglichkeit zur Erholung, zum Urlaub und zur Freizeitgestaltung, vor allem in seinen traditionellen und über die Landesgrenzen bekannten Urlaubs- und Erholungsgebieten im Schwarzwald und am Bodensee.

Im Fremdenverkehrsjahr 1974/75 wurden fast 41 Millionen Gästeübernachtungen gezählt. Die besondere Bedeutung Baden-Württembergs als Reise- und Erholungsland zeigt die Tatsache, daß knapp ein

Schaubild 1

Gästeübernachtungen nach Gemeindegruppen im Sommerhalbjahr 1975



Fünftel aller Gästeübernachtungen des Bundesgebiets auf unser Bundesland entfällt, womit es hinter Bayern an zweiter Stelle steht (vgl. auch Tabelle 1).

Ein besonderes Schwergewicht liegt bei der Kurerholung: Von den insgesamt 28 Millionen statistisch erfaßten Gästeübernachtungen des letzten Sommerhalbjahres¹ (1.4. bis 30.9.1975) entfielen rund 11 Millionen oder 39% auf die Kurerholung, die sich auf 32 Mineral- und Moorbäder, 10 heilklimatische Kurorte und 9 Kneippkurorte konzentriert². Nach der Zahl der Heilbäder ist Baden-Württemberg das größte Bäderland der Bundesrepublik, gemessen an der Zahl der Übernachtungen in Heilbädern steht es wiederum hinter Bayern an zweiter Stelle. Immerhin rund 24% der Übernachtungen wurden außerdem in Luftkurorten gezählt (Schaubild 1).

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs seit 1960

Ab dem Fremdenverkehrsjahr 1959/60 hat sich die Bettenkapazität kontinuierlich und ohne konjunkturelle Einflüsse um insgesamt 55% erhöht. Die Zahl der Gästeübernachtungen folgte im wesentlichen dieser Entwicklung des Bettenangebots, so daß der Auslastungsgrad ungeachtet gewisser Einbrüche in einzelnen Jahren tendenziell nur leicht abnahm und sich um 40% bewegte. Daran zeigt sich, daß die vom Fremdenverkehrsgewerbe vorgenommenen Ausweitungen der Bettenkapazität hinsichtlich der bisherigen langfristigen Entwicklung im Landesdurchschnitt durchaus marktkonform waren, was jedoch Überkapazitäten in gewissen Regionen und Sparten des Fremdenverkehrs nicht ausschließt.

Diese Steigerung der Übernachtungsziffern ist vornehmlich auf eine Zunahme der Aufenthaltsdauer der Gäste zurückzuführen, was sich indirekt aus der

Tabelle 1

Gästeübernachtungen im Fremdenverkehrsjahr 1974/75 in den Bundesländern

Bundesland	Gästeübernachtungen im Fremdenverkehrsjahr 1974/75 1)	
	in 1000	%
Baden-Württemberg	40 752,0	18,0
Schleswig-Holstein	22 620,6	10,0
Hamburg	2 494,4	1,1
Niedersachsen	25 810,0	11,4
Bremen	727,6	0,3
Nordrhein-Westfalen	27 463,0	12,1
Hessen	25 334,6	11,2
Rheinland-Pfalz	12 878,0	5,7
Bayern	64 816,5	28,6
Saarland	847,2	0,4
Berlin (West)	2 697,2	1,2
Bundesgebiet	226 441,1	100,0

1) Vorläufige Zahlen.

1) Aufgrund von Änderungen in der Gliederung nach Gemeindegruppen zum 1.4.1975 können für diese Einteilung Daten des gesamten Fremdenverkehrsjahres (1.10.1974 bis 30.9.1975) nicht herangezogen werden.

2) Einteilung der Gemeindegruppen nach der Fremdenverkehrstatistik.

Tatsache ablesen läßt, daß die Zahlen der Fremdenmeldungen im Vergleich zu denjenigen der Gästeübernachtungen nur leicht zunehmen. (Im Rahmen der Fremdenmeldungen wird ein Übernachtungsgast so oft gezählt, wie er in einem Fremdenverkehrsort innerhalb des Berichtszeitraums ein Quartier genommen hat). Gegenüber 1960 ist die mittlere Verweildauer, die sich aus den Gesamtzahlen der Gästeübernachtungen und Fremdenmeldungen errechnet, von 4,5 auf 5,3 Tage angestiegen; im Jahr 1952 betrug die mittlere Verweildauer sogar nur 3,7 Tage. Als wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist die wachsende Bedeutung der Kuraufenthalte zu nennen. Außerdem dürfte die allgemeine Urlaubsverlängerung und die zunehmende Urlaubsfreudigkeit der Bevölkerung eine Rolle spielen.

Der Einfluß rückläufiger Wirtschaftsentwicklungen

Die Entwicklung der Zahlen für die Übernachtungen zeigt bei insgesamt steigender Tendenz, daß auch der baden-württembergische Fremdenverkehr von Rückgängen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht ganz unbeeinflusst bleibt. So ist im Fremdenverkehrsjahr 1967/68 die Zahl der Gästeübernachtungen kurzfristig zurückgegangen. Gleichmaßen war ein leichter Rückgang der Übernachtungsziffern im Fremdenverkehrsjahr 1973/74 zu beobachten, in einem Jahr mithin, das im Gefolge der Erdölkrise und des weltweiten konjunkturellen Abschwungs durch eine allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit gekennzeichnet war. Trotz Anhalten der rezessiven Entwicklung war dagegen im Fremdenverkehrsjahr 1974/75 ein gegenüber dem Vorjahr geringfügiger Anstieg um 2,1% zu verzeichnen.

Damit hat sich das abgelaufene Fremdenverkehrsjahr im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als relativ krisenfest erwiesen. In diesem Zusammenhang muß allerdings berücksichtigt werden, daß seit 1970/71 Vorjahresvergleiche etwas

problematisch geworden sind, weil durch die Gebietsreform der Kreis der erfaßten Fremdenverkehrsgemeinden von Jahr zu Jahr erweitert und dadurch auch die Daten aus der Fremdenverkehrsstatistik überhöht wurden. In dieser Statistik werden nämlich nur Daten solcher Gemeinden erfaßt, deren jährliche Übernachtungszahl einen bestimmten Grenzwert überschreitet. Da es die Gemeindeneugliederung jedoch erfordert, die Berichtspflicht zu dieser Statistik auf die Gesamtheit *aller* Ortsteile neugebildeter oder in ihrem Gebietsstand vergrößerter Gemeinden auszudehnen, wenn vorher auch nur *ein* Ortsteil als selbständige Gemeinde der Meldepflicht zur Fremdenverkehrsstatistik unterlag, hat eine gewisse Zahl von früher selbständigen und in der Fremdenverkehrsstatistik bisher nicht erfaßten Gemeinden durch Eingemeindungen bzw. Gemeindezusammenschlüsse Eingang in den Kreis der Berichtenden gefunden.

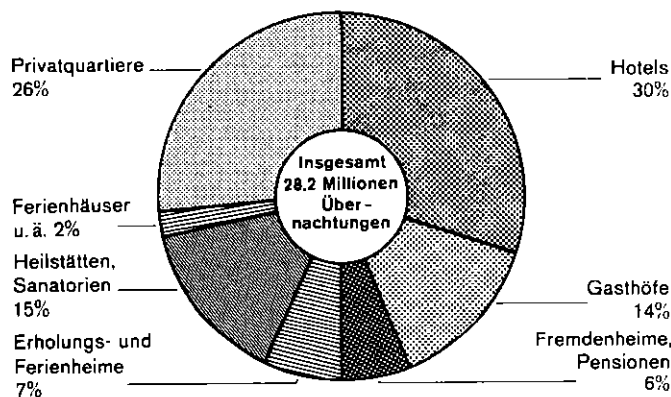
Eine Möglichkeit zur Bereinigung der Eckdaten besteht darin, daß man die Entwicklung von Gemeinden, die von der Verwaltungsreform nicht betroffen wurden und als repräsentative Teilmasse anzusehen sind, auf sämtliche Fremdenverkehrsgemeinden überträgt. Nach diesen Berechnungen ermäßigt sich der Anstieg der Bettenkapazitäten und Gästeübernachtungen, doch bleibt insbesondere für das Jahr 1974/75 eine absolute Zunahme bei den Übernachtungszahlen bestehen.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in den traditionellen und für den Fremdenverkehr unseres Landes sehr wichtigen Fremdenverkehrsgebieten im Schwarzwald und im Bodenseebecken auch nach der erwähnten Bereinigung mit + 2,1% bzw. + 5,4% eine ganz beachtliche Zunahme der Übernachtungen zwischen 1973/74 und 1974/75 zu verzeichnen ist. Für den Bereich des Bodensees konnte damit offensichtlich die seit Jahren unbefriedigende Entwicklung im Fremdenverkehr gestoppt und eine Tendenzwende eingeleitet werden, was als ein Ergebnis der Verbesserungen der dortigen Wasserqualitäten und der Fremdenverkehrsstruktur anzusehen ist.

Bei den übrigen Fremdenverkehrsgemeinden war die Fremdenverkehrssaison offensichtlich nicht so zufriedenstellend. Ein beachtenswerter Rückgang war besonders beim Großstadttourismus zu verzeichnen. So gingen beispielsweise die Übernachtungen in den (von der Gebietsreform unberührten) Städten Heidelberg und Stuttgart im Fremdenverkehrsjahr 1973/74 um 13% bzw. 8% und 1974/75 nochmals um 2% bzw. 12% zurück, nachdem zuvor keine oder allenfalls geringfügige Abnahmen zu verzeichnen waren. Abweichend hiervon nehmen die Übernachtungen in Mannheim 1973/74 zunächst um 13% ab und 1974/75, bedingt durch die Bundesgartenschau, wieder um 13% zu.

Schaubild 2

Gästeübernachtungen nach Betriebsarten im Sommerhalbjahr 1975



Ebenfalls überdurchschnittlich stark rückläufig waren die Übernachtungen ausländischer Gäste. Zwar hat der Reiseverkehr von Ausländern für Baden-Württemberg keine überragende Bedeutung, da unser Land für die meisten Ausländer nur Durchreiseland ist; dennoch ist der Rückgang des Übernachtungsanteils ausländischer Gäste von über 8% im Fremdenverkehrsjahr 1970/71 auf etwa 7% für 1974/75 beachtlich. Im wesentlichen dürfte diese Abnahme auf die meist noch schlechtere wirtschaftliche Lage anderer Länder zurückzuführen sein. Durch die Wechselkurskorrekturen ist zudem der Aufenthalt von Ausländern in der Bundesrepublik finanziell erschwert worden, während umgekehrt für Inländer Auslandsreisen attraktiver geworden sind. Dieser Umstand und ebenso die relativ preisgünstigeren ausländischen Reiseangebote dürften auch ein wesentlicher Grund sein, weshalb das baden-württembergische Fremdenverkehrsgewerbe von der allgemeinen Urlaubs- und Reisefreudigkeit, die in den Rezessionsjahren 1974 und 1975 sogar gestiegen ist, nicht in ausreichendem Maße profitieren konnte.

Langfristig günstige Voraussetzungen

Abgesehen von den Auslandsreisen ist dem Fremdenverkehrsgewerbe im Südwesten auch durch große „Bettenburgen“ im Inland und insbesondere an der Ostseeküste, im Harz und im Bayerischen Wald starke Konkurrenz erwachsen; während diese Gebiete 1971 nur rund 14% der Fremdenbetten aufweisen konnten, sind es heute bereits 20%.

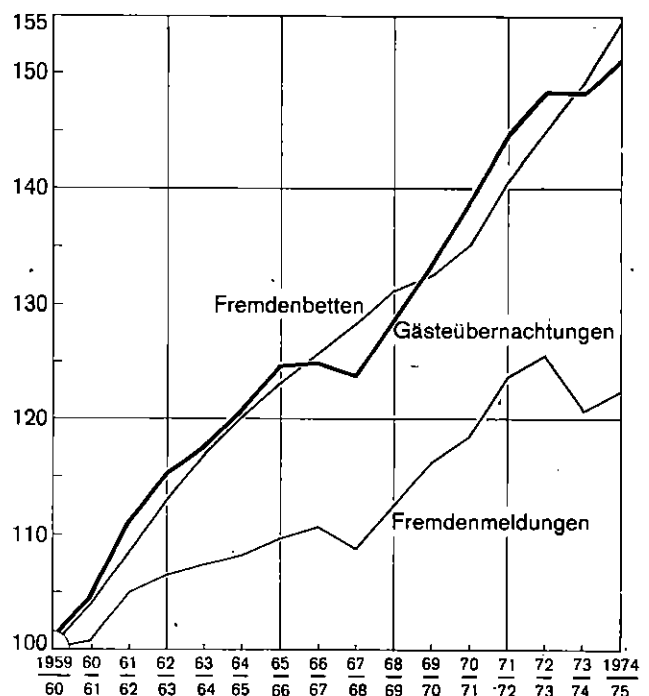
Baden-Württemberg hat diesen Weg zur Ausdehnung des Fremdenverkehrs nicht eingeschlagen und im Gegenteil über Maßnahmen wie Bodensee- und Schwarzwaldlerlaß die Landschaft vor solchen Ferienburgen bewußt geschützt. Dadurch ist das typische individuelle Gepräge des baden-württembergischen Fremdenverkehrs erhalten geblieben, das sich einmal in dem mittelständischen Charakter der Hotel- und Gaststättenbetriebe zeigt und noch mehr durch den relativ hohen Anteil der Übernachtungen in Privatquartieren (Schaubild 3) unterstrichen wird. Zudem ist die Möglichkeit bewahrt worden, sich in einer weitestgehend unverdorbenen Landschaft zu erholen. Da gleichzeitig das ökologische Bewußtsein der Bevölkerung gestiegen ist, sind langfristig die Aussichten für den Fremdenverkehr des Landes nicht schlecht, während umgekehrt in einer „verbetonierten Landschaft“ dauernde strukturelle Probleme denkbar wären.

Dennoch sind zusätzliche Anstrengungen notwendig, um weitere Reiseströme nach Baden-Württemberg zu lenken bzw. den Aufenthalt baden-württembergischer Urlaubswilliger im eigenen Land zu steigern.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß nach den Ergebnissen des Mikrozensus im Jahre 1972 gut zwei Fünftel aller Einwohner Baden-Württembergs

Schaubild 3

Entwicklungstendenzen im Fremdenverkehr



eine Urlaubsreise unternommen haben (wobei rund 14% der Reisen nach Baden-Württemberg und weitere 22% in andere Bundesländer führen). Viele Menschen haben von einer Urlaubsreise bisher deshalb Abstand genommen, weil diese mit vielfältigen Umstellungen auf veränderte Umweltbedingungen verknüpft ist. Da aber gerade der Inlandstourismus nur ein Mindestmaß dieser Umstellungen notwendig macht, könnten mit weiteren Werbeanstrengungen bisherige „Nicht-Urlauber“ für einen Urlaub in unserem Lande gewonnen werden.

Weiterhin sollten die besonderen Vorteile des Urlaubslandes Baden-Württemberg stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden. Hierbei ist einmal an die abwechslungsreichen landschaftlichen Gegebenheiten zu denken, die für alle Bevölkerungsschichten attraktiv sind. Mit der Vielfalt an Heil- und Mineralbädern ist vor allem die mittlere und ältere Generation anzusprechen. Ein zusätzliches Gästepotential liegt wohl auch bei Familien mit Kindern („Ferien auf dem Lande“).

Außerdem müßten Wege gefunden werden, um auch die junge Generation für einen Urlaub im Lande zu gewinnen. Neben verstärkten Angeboten an Sport- und Freizeitmöglichkeiten (z. B. Skifahren, Wassersport) ist dabei an Beherbergungsformen wie Ferienwohnungen und Campingplätze zu denken, die mehr auf Gruppenreisen abgestellt sind.

Vieles wird aber auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, den Komfort im Angebot an Übernachtungsstellen so zu verbessern, daß gewisse Nachteile gegenüber dem Auslandstourismus ausgeglichen werden.

3.6.5 Zur Entwicklung der Energiewirtschaft

Das Bild der Energiewirtschaft in Baden-Württemberg ist nach dem heutigen Stand der Technologie stark durch den Mangel an Möglichkeiten der heimischen Energiegewinnung geprägt. Die einzig relativ reichliche Energiequelle, die Wasserkraft, ist bereits weitgehend der Nutzung erschlossen. Da die weitere Entfaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit in starkem Maße von der Sicherstellung der Energieversorgung abhängig sein wird, ist diese in den Vordergrund wirtschaftspolitischer Überlegungen gerückt. Damit wird neben einer Prognose des Energiebedarfs auch die Planung der Energiebereitstellung erforderlich, die aber auf Bundesebene nur als Rahmenplanung erfolgen kann.

Die landesspezifischen Besonderheiten in Baden-Württemberg erfordern daher ein eigenes Energieprogramm, das im Juli 1975 von der Landesregierung vorgestellt wurde. Danach wird der Schwerpunkt bei der Entwicklung der Kernenergie und dem weiteren Ausbau der Gasversorgung liegen, wie nachfolgende Übersicht deutlich werden läßt:

Tabelle 1

Anteil der Energieträger am Primärenergieverbrauch

Energieträger	1973		1990	
	Mill.t.SKE	%	Mill.t.SKE	%
Kohle und Sonstige	5,0	12,4	2	3,0
Mineralöl	28,5	70,4	32	44,5
Naturgas	1,9	4,9	9	13,0
Kernenergie	0,9	2,3	24	34,0
Wasserkraft	1,1	2,7	2	2,5
Netto-Strombezüge	3,0	7,3	2	3,0
Insgesamt	40,4	100	71	100

Quelle: Energieprogramm

Hervorzuheben ist, daß auch die Belange des Umweltschutzes ihren Niederschlag im Energieprogramm gefunden haben. Sie werden auch im fachlichen Entwicklungsplan „Kraftwerksstandorte“ berücksichtigt, der vor allem geeignetes Gelände für künftige Kraftwerke sicherstellen soll. Ein Trassenplan soll für Höchstspannungs-Freileitungen Entsprechendes erreichen.

Das Energieprogramm stellt ein sicherlich umfassendes und auch im prognostischen Teil maßgebliches Werk dar. Die Aufgabe dieses Beitrages kann sich mithin nur darauf beschränken, noch einige zusätzliche Gesichtspunkte herauszustellen, soweit dies aus der Sicht der amtlichen Statistik möglich ist.

Energieplanung erforderlich

Mit zunehmender Automatisierung der Produktion und Technisierung des gesamten Lebens wuchs auch die Abhängigkeit von einer ausreichenden Energiebereitstellung. Die einheimische Kohleproduktion konnte den Anforderungen des Energiebedarfs nicht mehr voll gerecht werden. Insbesondere kam sie teurer zu stehen als andere Energieträger, die relativ billig zu importieren waren. Die Energieversorgung wurde deshalb in verstärktem Maße auf preisgünstigere ausländische Lieferungen umgestellt und geriet dadurch in eine gewisse Abhängigkeit.

Durch seine vielseitige Verwendbarkeit gewann dabei das Mineralöl eine besondere Bedeutung. Zudem waren daraus erzeugte Energieträger meist nicht leitungsgelassen und somit leicht transportierbar. Es verwundert daher nicht, daß mit dem Energieverbrauch zugleich auch der Anteil des Mineralöls hieran zunahm. Während der Anteil der Mineralölprodukte am Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik bis 1973 auf etwa 55% stieg, waren es in Baden-Württemberg sogar über 70%.

Da das Erdöl fast vollständig importiert werden mußte, nahm die Auslandsabhängigkeit der Energieversorgung entsprechend zu. Daß dies nicht nur ein abstraktes Gefahrenpotential, sondern eine tatsächliche Bedrohung für unsere Wirtschaft darstellte, wurde durch die enormen Preiserhöhungen deutlich, die die Ölförderländer nach ihrem Zusammenschluß zu einem Preiskartell durchsetzen konnten. Die dadurch hervorgerufene, nachhaltige Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Geschehens ließ die Dringlichkeit einer Reduzierung der Auslandsabhängigkeit deutlich werden. Im Landesentwicklungsplan, bzw. in dessen Konkretisierung durch das Energieprogramm der Landesregierung, sind diese Zusammenhänge durchaus frühzeitig erkannt und berücksichtigt worden. Als Hauptziel stand und steht dabei die Sicherstellung von Energie im Vordergrund, wobei eine Lösung der einseitigen Versorgungsabhängigkeit vom Mineralöl angestrebt wird und zwar bei größtmöglicher Umweltschonung.

Wesentliche Mittel zur Zielerreichung sind:

1. Diversifikation von Energieträgern und Bezugsländern
2. Entwicklung neuer Methoden der Energieerzeugung
3. Entwicklung energiesparender Technologien.

Als zunächst realisierbar erscheint dabei, den hohen Mineralölanteil durch die Förderung von Gas und Strom zu reduzieren. Obwohl auch beim Bezug von Erdgas eine wachsende Importabhängigkeit besteht, dürfte hier das Risiko eines Preisdiktats nicht so groß sein wie bei Mineralöl. Die Installation eines Transportsystems für Erdgas erfordert allerdings hohe Investitionen, die langfristige Lieferverträge

voraussetzen, wie sie z. B. neuerdings mit dem Iran abgeschlossen wurden. Neben der Entwicklung anderer oder neuer Energiequellen kommt vor allem der friedlichen Nutzung der Kernenergie entscheidende Bedeutung zu, da nach dem augenblicklichen Stand der Dinge nur sie ausreichende Chancen bietet, die Energieprobleme der vor uns liegenden Jahrzehnte zu lösen. Nach der sich abzeichnenden Entwicklung der schnellen Brüter würde hier auch eine gewisse Unabhängigkeit gewährleistet sein. Die Vorgänge der letzten Zeit haben allerdings gezeigt, daß die Standortfrage nicht vorausgesehene Schwierigkeiten bereitet, und die Entwicklung sogar verzögern kann. Es bedarf zweifellos noch intensiver Informationstätigkeit, um die Öffentlichkeit von der ohne sinnvolle Alternative bestehenden Notwendigkeit der Verwendung von Kernenergie zur Stromerzeugung und dem erreichten Sicherheitsniveau dieses technischen Bereiches zu überzeugen.

Hohe Investitionen für die Bereitstellung von Strom und Gas

Der Ausbau der öffentlichen Stromversorgung verursacht bei der Erzeugung und Verteilung sehr hohe Anlagekosten. Bei der Gasversorgung muß ein aufwendiges Transportsystem installiert werden. Solche langfristigen Investitionen erfordern eine möglichst exakte Vorhersage des künftigen Energiebedarfs. Etwaige Fehlplanungen bleiben nicht folgenlos.

Nun hat die Ölkrise nicht nur die Auslandsabhängigkeit unserer Energieversorgung fühlbar werden lassen, vielmehr hat sie auch dazu beigetragen, die bisherigen Ansichten über künftiges Wachstum zu beeinflussen. Auch im Energieprogramm der Landesregierung wurden die prognostizierten Zuwachsraten des Energieverbrauchs nach unten korrigiert.

Jährlich 6% höherer Stromverbrauch

Statt ursprünglich 7% werden jetzt unter Berücksichtigung der für die nächsten Jahre sich abzeichnenden Bevölkerungsstagnation und der Möglichkeit eines eingeschränkten wirtschaftlichen Wachstums nur noch 6% durchschnittlichen jährlichen Zuwachses innerhalb der nächsten 10 Jahre für den Stromverbrauch angenommen. Die Zunahme 1973/74 von lediglich 2,7% dürfte kaum gegen diese Annahme sprechen, bedenkt man die besondere Situation, die durch milden Winter und Konjunkturverschlechterung gekennzeichnet war.

Baden-Württemberg ist der zweitgrößte Stromerzeuger aus Laufwasserkraftwerken. Fast ein Viertel des in der Bundesrepublik aus Laufwasser erzeugten Stromes stammt aus unserem Land. Überdies ist bereits jetzt mehr als die Hälfte der Pumpspeicherleistung in Baden-Württemberg installiert. Bei diesem Verfahren wird mit billigem Nachtstrom Wasser in die Speicher gepumpt. Tagsüber wird daraus Strom zur Deckung der Lastspitzen erzeugt.

Mit der Intensivierung der Stromerzeugung aus Kernkraftwerken, die durchweg im Grundlastbereich betrieben werden, rückt das Spitzenlastproblem in den Vordergrund. Allein die Überlegung, daß der Strom 1990 zu 80% (1974: 10%) in Kernkraftwerken erzeugt werden soll, das werden 30% des gesamten Energieverbrauches sein, läßt die Schwierigkeiten ahnen. Es ist daher sehr bedeutsam, wenn sich die Pumpspeicherkapazität in Baden-Württemberg (derzeit 960 MW) bis 1977 verdoppeln und bis 1985 voraussichtlich verdreifachen wird. Die Hälfte der Leistung wird dabei dem deutschen Verbundnetz zur Verfügung stehen.

Eine weitere Möglichkeit des Spitzenlastausgleichs liegt in der Förderung von Nachtstromspeichergeäten, vor allem -heizungen. Diese zumindest beim

Tabelle 2
Entwicklung des Stromabsatzes nach Verbrauchergруппen

Jahr	Stromabsatz insgesamt	Davon an					
		Industrie	Verkehr	Öffentliche Einrichtungen	Landwirtschaft	Handel und Gewerbe	Haushalte
	Millionen kWh						
1965	14 943	8 416	350	1 139	445	1 547	3 046
1966	15 927	8 787	301	1 227	505	1 606	3 501
1967	16 542	8 543	285	1 280	558	1 919	3 957
1968	17 125	8 325	302	1 350	601	2 164	4 383
1969	22 665	13 053	355	1 505	638	2 346	4 768
1970	20 607	10 254	371	1 562	663	2 462	5 295
1971	22 063	10 841	321	1 524	684	2 761	5 932
1972	24 981	11 719	348	2 064	755	3 156	6 939
1973	27 165	12 655	286	2 242	797	3 340	7 845
1974	27 781	12 445	255	2 447	849	3 459	8 326

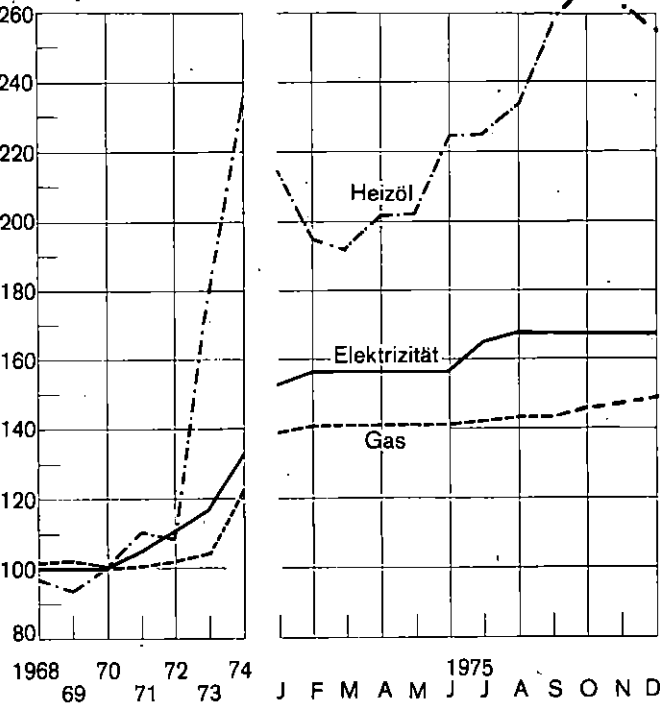
Endverbraucher umweltfreundliche Heizweise konnte bereits stark ausgeweitet werden. So hat sich der Stromverbrauch für Nachtstromspeicherheizungen in den letzten 5 Jahren verfünffacht. 1974 machte er bereits ein Achtel des in privaten Haushalten verbrauchten Stromes aus (Tabelle 2). Dies hat mit dazu beigetragen, daß der Stromverbrauch bei den privaten Haushalten die höchsten Zuwachsraten aufwies. Ihren Anteil am gesamten Stromabsatz konnten sie von 1970 mit 25% bis 1974 auf 30% ausdehnen, vor allem auf Kosten der Industrie, deren Anteil von 50% auf 45% zurückging.

Gasverbrauch soll am stärksten zunehmen

Die höchsten Zuwachsraten werden für den Gasverbrauch prognostiziert: Durchschnittlich 9,5% jährlich. Während sich der Gasverbrauch von 1965 bis 1968 kaum veränderte, war die Zunahme in den folgenden Jahren ausschließlich durch das Erdgas bestimmt. Insgesamt wurde 1974 fast fünfmal soviel Gas, bzw. dreißigmal soviel Erdgas von der öffentlichen Gasversorgung bezogen wie 1968. Damals entfielen erst 1,5%, 3 Jahre später 60% des Gasverbrauches auf Erdgas. 1974 wurde das Stadtgas fast bedeutungslos: 97% des Gasbedarfs wurden durch Erdgas gedeckt. Damit kann die Umstellung auf Erdgas praktisch als abgeschlossen betrachtet werden.

Wohl war die Entscheidung zugunsten des Erdgases und damit für den weitgehenden Verzicht auf Eigenherzeugung Bedingung für eine wirtschaftliche, großräumige Verbundversorgung. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die bisherige Gasherzeugung den Bedarfsschwankungen immerhin in gewissen Grenzen angepaßt werden konnte. Dagegen muß der Erdgasbezug bei den Fernversorgern aber aus vertraglichen und technischen Gründen kontinuierlich erfolgen. Damit ist eine natürliche Anpassungsmöglichkeit des Gasdargebots entfallen.

Schaubild 1
Preisindex für die Lebenshaltung
aller privaten Haushalte



Die Auswirkungen lassen sich indirekt auch in der Statistik verfolgen (Tabelle 3). So hat sich der Erdgasverbrauch in der Stromerzeugung parallel mit dem gesamten Erdgasabsatz seit 1970 verzehnfacht. Allein die Hälfte des Zuwachses von 1973/74 entfiel auf die Stromerzeugung. Zuletzt wurden 30% des gesamten Gasabsatzes verstromt. Nun sollte das Erdgas auch nach den Vorstellungen der Landesregierung weniger zur Stromerzeugung verwandt werden. Sein umweltschonender Einsatz sollte vielmehr direkt beim Endverbraucher zur Entlastung der Ballungszentren beitragen. Aber mangels eines anderen Ausgleichspotentials bot sich an, vorübergehend durch Unterfeuerung der Kessel von Wärme-kraftwerken in bedarfsarmen Zeiten für einen kontinuierlichen Gasabsatz zu sorgen.

Tabelle 3
Gasabsatz nach Verbrauchergruppen 1966 bis 1974

Jahr	Gasabsatz insgesamt	Darunter Erdgas	Vom Gasabsatz insgesamt an						
			Industrie	Strom- erzeugung	Handel und Gewerbe	Haushalte	Öffentliche Ein- richtungen	Straßen- beleuchtung	Sonstige Abnehmer
	1000 m ³ *)		%						
1966	599 053		20,6	—	10,9	56,4	5,3	1,3	5,5
1968	618 712	9 696	22,7	—	11,2	56,8	5,5	1,4	2,5
1970	871 697	309 552	31,6	1,1	8,3	46,4	6,1	0,7	5,7
1972	2 122 998	1 707 105	41,9	19,2	4,6	26,7	3,4	0,3	3,9
1974	3 194 130	3 098 274	39,1	29,5	3,8	19,9	4,6	0,3	2,8

*) Heizwert = 8400 kcal/m³. Die Angaben für die Jahre 1966 bis 1972 wurden von dem Heizwert von 4300 kcal/m³ umgerechnet.

Daß diese Entwicklung bald ein Ende nehmen wird, ist bereits abzusehen. 1974 lagen die Schwerpunkte der Investitionen von öffentlichen Gasversorgungsunternehmen bundesweit auf der Errichtung von Ausgleichskapazitäten. Bei Ortsgasunternehmen standen dabei Spaltanlagen, bei den Ferngasunternehmen Speicheranlagen im Vordergrund.

Damit zeichnet sich folgendes Verteilungssystem ab:

1. Ferngasunternehmen mit Fernleitungen, Lieferung an Weiterverteiler (hauptsächlich), Untertagespeicher zum Druckausgleich für das Fernnetz.
2. Ortsgasunternehmen mit Spaltanlagen oder Flüssiggasspeicher (je nach Größe des Ortsnetzes, auch ohne oder mit beiden denkbar zum Spitzenlastausgleich, Hauptbezug von Ferngasunternehmen).

Mit der Errichtung der Anlagen zum Spitzenlastausgleich dürfte die Gasverwendung zur Stromerzeugung nicht mehr in diesem Maße zunehmen wie bisher. Das dritte Verstromungsgesetz wirkt mit einer sehr strengen Genehmigungspflicht für den Bau von Erdgaskraftwerken in dieselbe Richtung.

Preisunterschiede der einzelnen Energieträger für künftige Verbrauchsentwicklung entscheidend

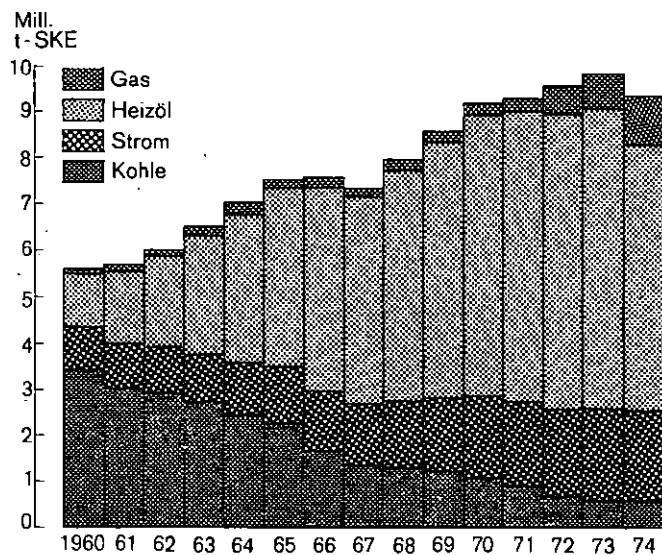
Die hohe Substituierbarkeit der Energieträger vor allem im Heizungsbereich macht in erster Linie die Verbrauchsentwicklung bei Gas von der künftigen Gestaltung der relativen Preise abhängig. Bisher konnten sich die Gaspreise auch im Vergleich zur Elektrizität recht günstig halten (Schaubild 1). Durch die Kopplung an die Mineralölpreise dürften sie sich aber noch dieses Jahr stark erhöhen. Dagegen wird die vermehrte Stromerzeugung aus Kernkraft tendenziell eine relative Verbilligung von Nachtstrom bewirken. Deshalb erscheint es nicht sicher, ob eine langfristige Zuwachsrate von 9,5% beim Gasverbrauch erreicht werden kann. Daß der Gasverbrauch auch in dem relativ schlechten Wirtschaftsjahr 1974 noch um 11,1% gegenüber dem Vorjahr anstieg, ist dafür kein zwingendes Argument.

Das homogene Material aus der Industriestatistik gibt Hinweise auf einen Substitutionsprozeß zugunsten von Gas infolge der relativen Preisverschiebung. Tatsächlich konnte nur Erdgas 1974 eine entscheidende Zunahme verzeichnen. Durchschnittlich nahm der Gasanteil am Energieverbrauch von 7,5 (1973) auf 10,3% (1974) zu. Dabei läßt sich die Zunahme des Anteils fast in sämtlichen Industriezweigen nachweisen. Die Ausdehnung des Erdgasverbrauchs erfolgte durchweg zu Lasten des Heizölanteils. Durchschnittlich ging dieser von 66,4% auf 62,2% zurück. Der Kohleverbrauch konnte sich dagegen erstmals wieder erholen (Schaubild 2).

Die bevorstehenden Preiserhöhungen für Erdgas lassen tendenziell eine Dämpfung der Zuwachsrate beim Gasverbrauch erwarten.

Schaubild 2

Energieverbrauch der Industrie in Steinkohleeinheiten (SKE)



40775

3.6.6 Ein Gesamt-Konjunkturindikator für Baden-Württemberg

Vom Statistischen Landesamt wurde ein Gesamt-Konjunkturindikator für Baden-Württemberg entwickelt, der nach der Methode des Sachverständigenrates konzipiert ist. Zum besseren Verständnis dieses neuen Instrumentes zur Konjunkturbeobachtung werden vorweg einige Probleme der Konjunkturdiagnose skizziert.

Einzelindikatoren zur Konjunkturbeobachtung

Nach dem langjährigen Erfahrungsbild bestimmen die konjunkturellen Wellenbewegungen die Entwicklung der Volkswirtschaft bis in ihre feinsten Verästelungen. Die konjunkturellen Schwankungen schlagen sich in fast allen wirtschaftlichen Sachverhalten nieder, so daß eine große Zahl von konjunkturreagiblen statistischen Merkmalen zu verzeichnen ist. Dementsprechend sind auch die Ansatzpunkte zur Konjunkturbeobachtung äußerst vielfältig und vielschichtig. Gerade wegen dieser Vielfalt von Einzelinformationen, die sich nicht nur im Inhalt und Aussagegehalt unterscheiden, sondern oft genug auch entgegengesetzte Tendenzen anzeigen, ergeben sich bei der Beurteilung konkreter konjunktureller Situationen häufig unterschiedliche Auffassungen. Hinzu kommt, daß ein Teil der Einzelindikatoren der konjunkturellen Entwicklung mit einem zeitlichen Abstand vorausseilt (leading indicators), andere wiederum synchron dazu verlaufen (coinciding indicators) oder sogar nachhinken (lagging indicators). Da somit aus der Fülle von Einzelinformationen oft nur ein un-

vollkommenes Bild der wirtschaftlichen Lage zu gewinnen ist, wurden schon sehr früh Versuche unternommen, einen Generalnenner zu finden, der die Einzelinformationen zu einem aussagekräftigen Gesamtbild verdichtet.

Das Prinzip des Diffusionsindex

Von den älteren gesamtwirtschaftlichen „Generalindices“ wurde vor allem das Harvard-Konjunkturbarometer berühmt, und zwar insbesondere deshalb, weil es bei der Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 versagte und weder den konjunkturellen Abschwung noch die sich anschließende, bislang schwerste Krise der amerikanischen Wirtschaft, rechtzeitig anzeigte. Dieser Fehlschlag führte zunächst zur Stagnation der Konjunkturforschung auf dem Gebiet der Indikatorenmethode. Ein neuer Durchbruch wurde 1938 mit den Arbeiten des National Bureau of Economic Research (NBER), New York, erreicht, auf das die Idee des Diffusionsindex zurückgeht.

Hatte man bisher vor allem die Länge und Intensität konjunktureller Phasen gemessen, so stand nunmehr die sukzessive Ausbreitung konjunktureller Schwankungen von einem ökonomischen Bereich über andere Bereiche im Mittelpunkt des Interesses. Zur Messung dieser neuen Dimension der Konjunktur diente eine Maßzahl in Indexform, der sogenannte Diffusionsindex.

Bei der Diffusionsindexmethode wird zur Bestimmung des Niveaus der gesamtwirtschaftlichen Aktivität eine bestimmte Zahl von Zeitreihen ausgewählt, von denen jede einen Teilbereich der Wirtschaft repräsentiert. Bei der einfachsten Form eines Diffusionsindex (Grundprinzip) wird sodann errechnet, wie hoch der prozentuale Anteil der Zeitreihen mit steigender Entwicklungsrichtung ist. Expandieren beispielsweise 12 von 20 beobachteten Zeitreihen, so beträgt der Wert des Index 0,6. Je mehr Reihen also eine positive Tendenz zeigen, d. h. je mehr Teilbereiche der Wirtschaft von einer Aufwärtsentwicklung erfaßt sind, desto höher ist der Wert des Index. Werden hingegen die Abschwungstendenzen zahlreicher, so sinkt der Wert des Index.

Soweit das Grundprinzip. In verfeinerten Verfahren wird neben der Entwicklungsrichtung der Reihen auch die Intensität der Bewegungsrichtung (hohe oder niedere Veränderungsrate) berücksichtigt. Noch zu erwähnen wäre, daß heute in führenden Industrieländern wie den Vereinigten Staaten und Japan Diffusionsindices fester Bestandteil des konjunkturanalytischen Instrumentariums der wirtschaftlichen Zentralbehörden sind.

In der Bundesrepublik Deutschland leistete das Ifo-Institut in München auf dem Gebiet der Konjunkturbeobachtung Pionierarbeit, bereits Anfang der fünfziger Jahre begann das Institut mit Konjunkturumfragen. Besondere Bedeutung erlangte der Indikator

„Beurteilung des Geschäftsklimas in der Verarbeitenden Industrie“, der als Barometer der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturentwicklung angesehen wird. Auch hier handelt es sich um einen Diffusionsindex, der auf dreiwertigen Urteilen („gut“, „befriedigend“, „schlecht“) basiert. Der Index steigt, wenn die positiven Urteile zunehmen und sinkt, wenn die negativen Urteile zahlreicher werden.

Der Gesamtindikator des Sachverständigenrats

Der zweite bemerkenswerte Ansatz zur Konstruktion eines gesamtwirtschaftlichen Konjunkturbarometers geht auf den Sachverständigenrat (SVR) zurück. In seinem Jahresgutachten 1970 führte er einen auf dem Prinzip des Diffusionsindex beruhenden Gesamtindikator vor, der in späteren Jahresgutachten modifiziert wurde. In Anlehnung an das methodische Vorgehen des Sachverständigenrats stellten in der Folgezeit mehrere Statistische Landesämter Berechnungen von Gesamtindikatoren für Bundesländer an, um unter anderem Übereinstimmungen oder Abweichungen von der bundesweiten Entwicklung feststellen zu können. Deshalb muß auf die grundlegende Methodik des SVR etwas ausführlicher eingegangen werden.

Für seine zweite (modifizierte) Variante des Gesamtindikators wählte er folgende statistische Einzelreihen aus:

Übersicht 1

Zusammensetzung des Mengen- und des Kosten- und Preisindikators

Lfd.Nr. der Reihe	Mengenindikator	Kosten- und Preisindikator
1	Auftragseingang (Volumen), Verarbeitende Industrie	Geldvolumen ²⁾
2	Auftragseingang (Volumen), Investitionsgüterindustrien	Kurzfristige Kredite an Unternehmen und Privatpersonen ²⁾
3	Auftragseingang (Volumen), Verbrauchsgüterindustrien	Lohnsumme je geleistete Arbeiterstunde, Industrie insgesamt (ohne Energie und Bau)
4	Industrielle Nettoproduktion, Verarbeitende Industrie	Tariflohn- und -gehaltsniveau je Stunde (Gesamtwirtschaft)
5	Industrielle Nettoproduktion, Investitionsgüterindustrien	Lohnkosten je Produkteinheit, Verarbeitende Industrie
6	Industrielle Nettoproduktion, Verbrauchsgüterindustrien	Großhandelsverkaufspreise
7	Beurteilung der Fertigwarenlager in der Verarbeitenden Industrie ¹⁾	Industrielle Erzeugerpreise, Verarbeitende Industrie
8	Beurteilung der Fertigwarenlager in den Investitionsgüterindustrien ¹⁾	Industrielle Erzeugerpreise, Investitionsgüter
9	Zahl der Arbeitslosen	Industrielle Erzeugerpreise, Verbrauchsgüter

1) Quelle: Ifo-Konjunkturtest. — 2) Quelle: Deutsche Bundesbank.

Während die neun Reihen des Mengenindikators den realen Konjunkturzyklus verkörpern, repräsentiert der Kosten- und Preisindikator die Kosten- und Preisentwicklung und die Geldversorgung der Wirtschaft.

Die Auswahl der Reihen erfolgte unter folgenden Gesichtspunkten:

- Sie müssen wichtige Aggregate der konjunkturellen Entwicklung erfassen.
- Sie müssen konjunkturreegibel sein.
- Ihre Monatswerte müssen spätestens sechs Wochen nach dem Referenzmonat vorliegen.
- Die Reihen dürfen keine Wachstumsbeschleunigung oder -verlangsamung aufweisen, das heißt, die Veränderungsraten zum Vorjahr müssen um einen linearen Trend schwanken.

Um die in den Einzelreihen enthaltenen Informationen zum Gesamtindikator zusammenzufassen, werden für jede Reihe die monatlichen Veränderungsraten zum Vorjahr errechnet und mittels gleitender Dreimonatsdurchschnitte geglättet. Anschließend werden die (geglätteten) Veränderungsraten aufgrund eines Punktsystems benotet, d. h. es wird ihnen eine Punktzahl zwischen 1 und 10 zugeordnet (zehnstufiges Bewertungsschema). Der Wert des Gesamtindikators für den betreffenden Monat ergibt sich als arithmetisches Mittel der Bewertungsziffern der Einzelreihen.

Das zur Anwendung gelangende Bewertungsschema ist so aufgebaut, daß zur Beschreibung der konjunkturellen Normallage sogenannte Normwerte dienen, die vom SVR empirisch ermittelt wurden. Es handelt sich dabei um die durchschnittlichen Veränderungsraten, die die verschiedenen Reihen in einem Beobachtungszeitraum erreicht haben. Um die Normwerte gruppieren sich Toleranzgrenzen, die gleichfalls unter Zugrundelegung von ex-post-Erfahrungswerten festgelegt sind und zur Bewertung der monatlichen Veränderungsraten dienen.

Von seinem Aufbau her kann der Gesamtindikator zwischen den Werten 1 und 10 schwanken. Dieser Schwankungsbereich wurde vom SVR zur Erleichterung der Konjunkturdiagnose in einen Normal- sowie in einen unteren und einen oberen Gefährdungsbereich untergliedert. Die dazu erforderlichen Schwellenwerte wurden aus den Erfahrungen früherer Zyklen gewonnen. Überschreitet der Indikator den oberen Schwellenwert, so wird damit auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, daß dies den Beginn einer konjunkturellen Überhitzungsphase (Gefahr verstärkter Preissteigerungen) ankündigen kann. Umgekehrt soll beim Eintritt in den unteren Gefährdungsbereich signalisiert werden, daß der Beginn einer Phase der Unterbeschäftigung der Produktionsfaktoren nicht auszuschließen ist. Da jeder Konjunkturverlauf erfahrungsgemäß seine Eigenheiten aufweist, enthalten die aufgrund von

Vergangenheitswerten festgelegten oberen und unteren Gefährdungsbereiche erhebliche Unsicherheitsmomente. Schon allein aus diesem Grund läßt sich aus dem Erreichen der entsprechenden Schwellenwerte nicht unmittelbar die Notwendigkeit zum konjunkturpolitischen Handeln ableiten.

Berechnungen für Baden-Württemberg

Um die konjunkturelle Entwicklung im jeweiligen Bundesland mit dem Konjunkturverlauf im Bundesgebiet vergleichen zu können, stellten verschiedene Statistische Landesämter eigene Berechnungen an¹. Der jüngste dieser Versuche stammt vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und ist in methodischer Hinsicht streng am Vorbild des Sachverständigenrates ausgerichtet. Damit wird gewährleistet, daß der Konjunkturverlauf in Baden-Württemberg nach denselben Kriterien wie auf Bundesebene erfaßt und nachgewiesen wird². Der kurvenmäßige Verlauf des Mengenindikators für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet ist in Teil 1 dieses Berichtes zusammen mit anderen konjunkturrelevanten Zeitreihen graphisch dargestellt. Im folgenden wird er näher erläutert.

Was hingegen den Kosten- und Preisindikator betrifft, so zeigte die versuchsweise Berechnung, daß die für das Land verfügbare Datenbasis zu schmal ist, um gesicherte Erkenntnisse über regionale Sonderentwicklungen des Kosten- und Preisanstieges zu gestatten; daher wird auf die weitere Berechnung dieses Indikators verzichtet.

Der Konjunkturverlauf in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Insgesamt betrachtet zeigt der Verlauf des Mengenindikators eine recht gute Übereinstimmung mit den Konjunkturbewegungen im Bundesgebiet. Die Ähnlichkeit der Zyklen ist auffallend, zwischen der konjunkturellen Entwicklung in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik bestehen keine fundamentalen Unterschiede.

Obwohl also die konjunkturelle Grundsituation auch unseres Bundeslandes in hohem Maße von gesamtwirtschaftlichen Ursachen abhängt, zeigen sich bei näherer Betrachtung doch einige regionale Besonderheiten. Dabei handelt es sich allerdings nicht um allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten, sondern um landesspezifische Sonderentwicklungen, die von Zyklus zu Zyklus verschieden sind.

1 Die sehr frühen Versuche von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen waren noch an der ersten Variante des SVR ausgerichtet, die später erfolgten Berechnungen von Rheinland-Pfalz und Bayern berücksichtigten hingegen bereits die Trennung in einen Mengen- und einen Kosten- und Preisindikator.

2 Eine ausführliche Beschreibung der methodischen Grundlagen wurde in Heft 10/1975 von „Baden-Württemberg in Wort und Zahl“ gegeben.

So läßt sich beispielsweise keine durchgängige Verschiebung der Gesamtzyklen Baden-Württembergs im Sinne eines leads oder lags gegenüber der Bundesentwicklung feststellen. Es sind einige Phasenverschiebungen zu verzeichnen, die einen zeitweisen Vorlauf gegenüber dem Bund aufweisen.

Einige landesspezifische Besonderheiten bestehen weiterhin bezüglich der Intensität der konjunkturellen Ausschläge. Zwar sind in Baden-Württemberg die Talsohlen etwa ebenso ausgeprägt wie im Bundesgebiet. In Boomzeiten hingegen erreichte die konjunkturelle Überhitzung teilweise nicht ganz das Ausmaß wie im Bundesgebiet.

Eine weitere regionale Sonderentwicklung besteht darin, daß die Wirtschaft des Landes auf die jeweiligen konjunkturellen Impulse sensibler reagiert als der größere Wirtschaftsraum des Bundes. Die Auf- und Abwärtsbewegungen sind in der Regel ausgeprägter, Verbesserungen des konjunkturellen Klimas verlaufen teilweise markanter, während Talfahrten steiler nach unten gerichtet sind.

Grenzen der Aussagefähigkeit

Mit dem Mengenindikator, der künftig monatlich berechnet wird, liegt nunmehr auch für Baden-Württemberg ein zusätzliches Instrument zur Konjunkturbeobachtung vor, das eingebettet und im Zusammenhang mit einem System von Einzelindikatoren zur Versachlichung der Diskussionen über die jeweilige Konjunkturlage beitragen kann. Seine speziellen Vorteile bestehen darin, daß die konjunkturellen Einzeltendenzen zu einem aussagefähigen Gesamtbild verdichtet werden, und daß damit eine verhältnismäßig frühzeitige Erkennung der jeweiligen Konjunkturphase ermöglicht wird.

Auf der anderen Seite muß betont werden, daß der Globalindex weder prognostische Qualitäten besitzt noch eine differenziertere Analyse der konjunkturellen Entwicklung ersetzen kann. Insbesondere lassen sich aus ihm keine konkreten, auf einzelne volkswirtschaftliche Aggregate abzielende Empfehlungen an die wirtschaftspolitischen Instanzen ableiten, dazu bedarf es nach wie vor detaillierter Untersuchungen über die Situation in den einzelnen Teilbereichen der Wirtschaft.

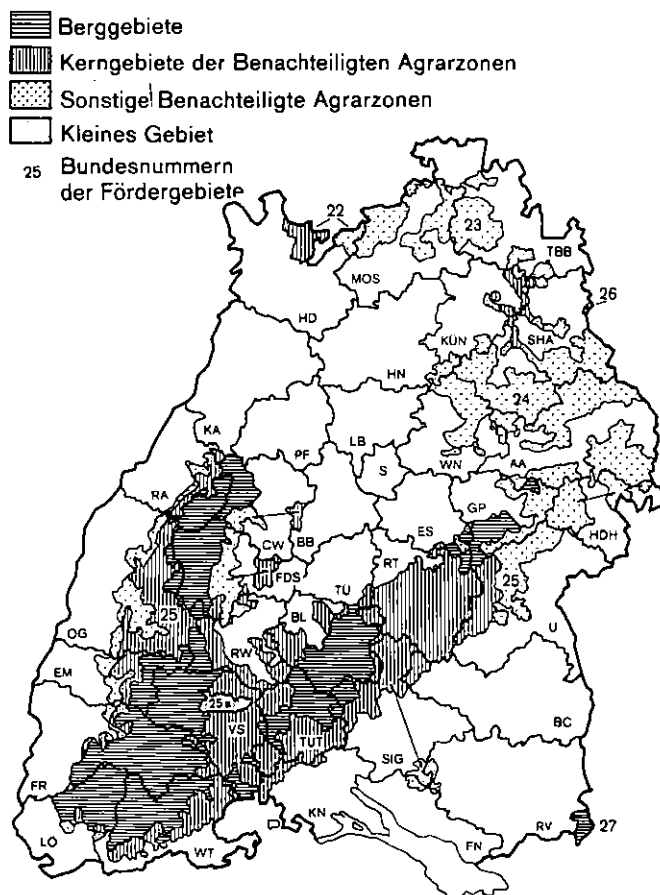
3.7 Landwirtschaft

Trotz der anhaltenden allgemeinen wirtschaftlichen Rezession hat sich die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 1975 abermals — wenn auch in abgeschwächtem Maße — verringert und gleichzeitig die Betriebsstruktur zugunsten größerer, leistungsstärkerer Einheiten weiter verschoben. Die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung

Schaubild 1

Berggebiete und bestimmte benachteiligte Gebiete

Stand: 1.9.1975



Bearbeitung: Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume, Kemnat, 1.9.1975

Baden-Württembergs obliegt heute nur noch rund 199 000 Betrieben mit 1,591 Mill. ha LF gegenüber 203 500 Betrieben bzw. 1,595 Mill. ha LF im Vorjahr und 324 300 Betrieben bzw. 1,743 Mill. ha LF im Jahr 1960. Der abermalige Betriebsrückgang im Rezessionsjahr 1974/75 (— 2,2%) beruht wohl teils auf dem Generationswechsel und den damit verbundenen Betriebsauflösungen, teils auf der ungünstigen Einkommenssituation von ungenügend mit Produktionskapazitäten ausgestatteten Betrieben und dem schlechten Rang der Landwirtschaft in der allgemeinen Einkommensskala. Konzentration und Betriebsaufstockung haben sich demnach (neben der Abgabe von Arbeitskräften und der Erschließung außerlandwirtschaftlicher Erwerbs- und Einkommensquellen) erneut als die wirksamsten Maßnahmen zur globalen Anpassung der Landwirtschaft an sich verschlechternde Preis- und Kostenverhältnisse erwiesen¹.

¹ Vergleiche hierzu Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1974, Seite 87 ff.

schaftliche Bodennutzung so gefährdet, daß nur durch Hilfen im Rahmen der genannten Regionalprogramme die erschwerten Produktionsbedingungen ausgeglichen werden können. Das Albprogramm umfaßt 502 Gemeinden (Gebietsstand 1970) im Gebiet der Ulmer Alb, der Mittleren Alb, des Heubergs, des westlichen Albvorlands und der Baar. Das Schwarzwaldprogramm schließt im Süd-Westen an das Albprogramm an und umfaßt 467 Gemeinden (Stand 1969) im östlichen Schwarzwald, Hochschwarzwald und am Westrand des Schwarzwaldes.

Beide Programme sollen die Land- und Forstwirtschaft in die Lage versetzen, den Auftrag zur Wahrung und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Erholungsräume für das öffentliche Wohl zu erfüllen. Schließlich wurde noch ein letztes Gebiet abgegrenzt, das sich im wesentlichen auf den *Schwäbisch-fränkischen Wald* und den *Odenwald* erstreckt.

Seit 1. Oktober 1974 werden darüber hinaus im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ auf der Basis einer EG-Richtlinie landwirtschaftliche Betriebe in *Berggebieten und benachteiligten Agrarzonen*³ gefördert. Damit ist eine dritte Raumkategorie für die nachfolgende Untersuchung gegeben, deren Grenzen sich weitgehend mit dem dünnbesiedelten ländlichen Raum decken, der fast durchweg eine geringe natürliche Ertragsfähigkeit aufweist und damit den früheren „von der Natur benachteiligten Gebieten“ entspricht⁴. Ziel dieses auf EG-Richtlinien beruhenden Förderungsprogrammes – zu dem Bund und EG Erstattungen leisten – ist es, der Landwirtschaft durch direkte Einkommenshilfen und ergänzende Investitionsförderung einen finanziellen Ausgleich gegenüber anderen Agrarzonen mit günstige-

ren Produktionsbedingungen zu verschaffen. Neben der für die gesamte benachteiligte Agrarzone geltenden Investitionsförderung erhalten die in den *Berggebieten* und *Kerngebieten* ansässigen Betriebe eine Ausgleichszulage (derzeit 120 bis 150 DM je Großvieheinheit (RGV)). Damit wird zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Existenzsicherung der Agrarbetriebe sowie zur Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft in Mittelgebirgslagen und Höhengebieten des Landes geleistet.

In Verdichtungsräumen stärkerer Strukturwandel als in ländlichen Räumen

Vergleicht man zunächst die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in Verdichtungsräumen und ländlichen Gebieten miteinander, so wird offenbar, daß die Intensität des Strukturwandels in den verdichteten Räumen wesentlich größer ist als im ländlichen Raum. So verminderte sich die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha LF im Landesdurchschnitt von 1960 bis 1975 um 38% oder 124 000 Betriebe, im ländlichen Raum dagegen um nur knapp ein Drittel, aber in den verdichteten Räumen um rund die Hälfte (Tabelle 1 und Tabelle 13 im Anhang).

3 Zur Abgrenzung dieser Gebiete vergleiche die Richtlinie 75/268/EWG vom 28.4.1975 über die Landwirtschaft und Berggebiete und in bestimmten benachteiligten Gebieten (Amtsblatt Nr. L 128 vom 19.5.1975).

4 Bei der Aufbereitung der landwirtschaftlichen und demographischen Strukturdaten für die benachteiligten Gebiete nach dem Bergbauernprogramm mußten in den Randzonen dieser Gebiete zum Teil gewisse Unschärfen in Kauf genommen werden, weil für einzelne zu den benachteiligten Agrarzonen zählenden Gemeindeteile keine gesonderten statistischen Angaben vorlagen. Außerdem konnte die von der Landwirtschaftsverwaltung im Laufe des Jahres 1975 vorgenommene Feinabgrenzung der benachteiligten Gebiete bei der Darstellung der Ergebnisse nicht mehr berücksichtigt werden.

Tabelle 1

Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebsstandes in den Räumen des Landesentwicklungsplanes

Gebietskategorie ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha LF insgesamt					Davon in Betrieben von bis unter ha LF					
	1974		1960		Abnahme	unter 10 ha		10 bis unter 20 ha		20 und mehr ha	
	1000	%	1000	%		1974	Abnahme	1974	Abnahme	1974	Zunahme
	1000	%	1000	%	%	1000	%	1000	%	1000	%
Verdichtete Räume ²⁾	57,9	28,4	113,0	34,8	- 48,8	48,0	- 54,5	6,0	- 5,4	3,9	+ 219,5
Ländliche Räume	145,6	71,6	211,3	65,2	- 31,1	100,0	- 41,6	29,7	- 8,3	15,9	+ 106,1
darunter strukturschwache ländliche Räume	68,5	33,7	97,6	30,1	- 29,8	43,2	- 41,8	16,4	- 14,3	9,0	+ 102,1
Baden-Württemberg insgesamt	203,5	100,0	324,3	100,0	- 37,2	148,0	- 46,5	35,7	- 7,8	19,8	+ 121,6

1) Gebietskategorien im Sinne des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg vom 22.6.1971. – 2) Verdichtungsräume, Randzonen um die Verdichtungsräume, Verdichtungsgebiete.

Überdurchschnittliche Abnahmequoten an Landwirtschaftsbetrieben verzeichnen vor allem die *Verdichtungsräume* Karlsruhe (einschl. der Randzone um diesen Verdichtungsraum), Rhein-Neckar (Raum Mannheim-Heidelberg) und Stuttgart sowie die Verdichtungsgebiete Villingen-Schwenningen und Balingen-Albstadt. Besonders bedenklich ist dabei in den Kerngebieten dieser Verdichtungsräume die stärkere Abnahme von landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben und die räumliche Zersplitterung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, so daß eine rationelle Landbewirtschaftung durch die noch verbleibenden Agrarbetriebe zunehmend gefährdet ist. In diesem Zusammenhang muß auch die Ausbreitung der brachliegenden, früher noch landwirtschaftlich genutzten Flächen gesehen werden. So wurden vor allem in der Region Mittlerer Oberrhein und im angrenzenden Raum Calw-Pforzheim aus den zahlreichen aufgelösten Kleinbetrieben in größerem Umfang landwirtschaftliche Flächen freigesetzt, die heute brachliegen, weil zu wenig Haupterwerbsbetriebe vorhanden sind, um alle diese Flächen wieder in Kultur zu nehmen. Hinzu kommt oftmals die erschwerte Bewirtschaftung durch zu kleine Flurstückgrößen, die mangelhafte Erschließung durch Wirtschaftswege oder die zu starke Hangneigung der Brachländereien.

Von dem stürmischen Umstrukturierungsprozeß der Landwirtschaft, wie er in den Ballungsgebieten zu beobachten ist, sind die noch stärker agrarorientierten *ländlichen Räume* nur in abgeschwächtem Maß betroffen. Auf den ländlichen Raum konzentrieren sich heute bereits 72% (1960: 65%) aller landwirtschaftlichen Betriebe, aber nur knapp 30% der Wohnbevölkerung. Die Gebiete mit seit altersher geschlossener Übergabe des Hofes an einen Nachfolger liegen, von wenigen kleineren Randbereichen abgesehen, nahezu vollständig im ländlichen Raum. Die dort vorherrschende mittel- und großbäuerliche Betriebsstruktur hat offenbar zusammen mit dem begrenzten Angebot an gewerblich-industriellen Arbeitsplätzen den Wandel in der agrarischen Betriebsstruktur stärker gebremst als in den verdichteten Räumen.

Niedrige Bevölkerungsdichte in den landwirtschaftlichen Programmgebieten und sonstigen Gebieten mit ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen

In den Gebieten mit ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen, auf die immerhin rund 37% des Landesgebiets entfallen, lebt nur etwa ein Sechstel der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs. Die *Bevölkerungsdichte* ist demzufolge mit rund 100 Einwohnern je qkm — in den Berggebieten des Schwarzwalds sind es sogar nur 69 Einwoh-

ner je qkm — erheblich kleiner als in den übrigen Landesteilen mit durchschnittlich 334 Einwohnern je qkm. Wie die vorliegenden statistischen Daten über die Veränderung der Bevölkerung, Erwerbstätigen und Flächennutzung zeigen (vgl. Tab. 14 a) bis d) im Anhang), blieb in den benachteiligten Gebieten die Bevölkerungszunahme und das wirtschaftliche Wachstum deutlich hinter der Entwicklung in den übrigen Landesteilen zurück. In den von Natur aus benachteiligten Räumen im Schwarzwald, Schwäbisch-fränkischen Wald, Odenwald und Bau-land hat sogar die Gesamtzahl der *Erwerbstätigen* abgenommen: Charakteristisch für diese Gebiete ist der überdurchschnittlich hohe Anteil in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätiger. So waren nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1970 in den benachteiligten Agrarzonen insgesamt rund 15% (1961: 26%) aller Erwerbstätigen im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, verglichen mit 7% (1961: 14%) in den übrigen Landesgebieten.

An der gesamten *landwirtschaftlich genutzten Fläche* Baden-Württembergs sind die benachteiligten Agrarzonen zu fast einem Drittel beteiligt. Entsprechend den verschiedenen natürlichen Standortbedingungen ist die landwirtschaftliche Fläche in den einzelnen Gebietskategorien der benachteiligten Agrarzonen unterschiedlich stark zurückgegangen (vgl. Tab. 2). So weisen die Berggebiete im Zeitraum 1960 bis 1974 mit einer Abnahme um 16,5% ähnlich hohe Einbußen an landwirtschaftlichen Kulturböden auf wie die Verdichtungsräume, während der Flächenrückgang in den angrenzenden Kerngebieten der benachteiligten Agrarzonen (– 9,3%) nahezu der Veränderung auf Landesebene entspricht. Lediglich in den benachteiligten Räumen außerhalb der Berg- und Kerngebiete (Randzonen des Schwarzwalds, Ostalb, Schwäbisch-fränkischer Wald/Odenwald) sowie in den nicht in die Förderungsprogramme einbezogenen ländlichen Räumen sind unterdurchschnittliche Abnahmequoten festzustellen. In den Verdichtungsräumen beruht dieser Rückgang hauptsächlich auf der Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen für den Wohnungsbau, die Industrie und gemeinnützige Einrichtungen (Straßen, Flugplätze, Sportflächen u. dgl.), in den Gebieten mit ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen dagegen überwiegend auf der Aufforstung landwirtschaftlicher Grenzertragsböden und der Entstehung von Brachland. Im ganzen gesehen hat in diesen Gebieten seit 1972 allerdings die brachliegende Landwirtschaftsfläche abgenommen, wenn auch im Bereich der westlichen Schwäbischen Alb (Schmiecha-, Eyach- und Bäratal) und im Nordschwarzwald (Murg- und Enztal) noch immer umfangreiche Grünländereien nicht mehr abgemäht werden und als Brachland sich selbst überlassen bleiben. Da in diesen Räumen heute teilweise bereits zu wenig land-

Tabelle 2

Strukturdaten der Entwicklung von Bevölkerung und Flächennutzung in den landwirtschaftlichen Programmgebieten und benachteiligten Agrarzonen nach dem Bergbauernprogramm

Gebiet	Wohnbevölkerung (Volkszählung)		Bebauungs- und Verkehrsflächen ¹⁾		Landwirtschaftlich genutzte Fläche		Waldfläche	
	1970	Veränderung gegen 1961	1974	Veränderung gegen 1960	1974	Veränderung gegen 1960	1974	Veränderung gegen 1960
	1000 Pers.	%	1000 Hektar	%	1000 Hektar	%	1000 Hektar	%
Landwirtschaftliche Programmgebiete ²⁾								
Albprogramm ³⁾	880,5	+ 13,9	42,0	+ 33,4	315,2	– 8,2	231,2	+ 5,3
Schwarzwaldprogramm	668,6	+ 11,8	27,1	+ 24,2	154,7	– 14,7	317,5	+ 3,5
Programm Schwäbisch- Fränkischer Wald/ Odenwald (vorläufige Abgrenzung)	217,1	+ 11,5	11,8	+ 38,3	84,0	– 7,8	78,2	+ 3,3
Landwirtschaftliche Programmgebiete insgesamt	1 766,2	+ 12,8	80,9	+ 30,8	553,9	– 10,1	626,9	+ 4,1
Berggebiete und sonstige benachteiligte Agrarzonen nach dem Bergbauernprogramm								
Berggebiete	361,3	+ 11,7	16,0	+ 28,2	118,6	– 16,5	195,0	+ 6,2
Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen	474,7	+ 13,2	25,7	+ 32,9	203,9	– 9,3	182,0	+ 5,1
übrige benachteiligte Agrarzonen	573,1	+ 12,5	30,4	+ 33,7	225,3	– 6,5	193,6	+ 2,1
benachteiligte Agrar- zonen insgesamt	1 409,1	+ 12,5	72,1	+ 32,2	547,8	– 9,9	570,6	+ 4,5
Baden-Württemberg								
Insgesamt	7 759,2	+ 14,6	309,7	+ 37,8	1 739,7	– 9,3	1 301,4	+ 2,2

1) Gebäude- und Hofflächen, Straßen, Wege, Eisenbahnen. – 2) Ohne Gemeindegebiete, die mit weniger als einem Drittel ihrer Gesamtfläche in von Natur benachteiligtes Gebiet fallen (insgesamt 22 Gemeinden mit einem Flächenanteil von 2,7% an der Gesamtfläche aller Gemeinden in den Programmgebieten). – 3) Einschließlich der Gemeinden im erweiterten Gebiet des Albprogramms.

wirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe vorhanden sind, sollte dort die Errichtung von Landauffangbetrieben bzw. Landschaftspflegehöfen gefördert werden, um die vorhandenen Brachländereien wieder zurückzudrängen.

Kennzeichnend für große Teile der benachteiligten Gebiete ist neben der zunehmenden *Bewaldung* – im Schwarzwaldprogrammgebiet bedeckt der Wald bereits 58% der Gebietsfläche (Landesdurchschnitt 37%) – der weit verbreitete bäuerliche Waldbesitz. So entfallen nahezu zwei Drittel der von landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschafteten Waldfläche auf die benachteiligten Gebiete, wovon sich allein etwa die Hälfte dieser Wälder in den Berg- und Kerngebieten der benachteiligten Agrarzonen des Schwarzwalds konzentrieren. Der Ertrag aus dem eigenen Waldbesitz bildet dort für die Agrarbetriebe einen wesentlichen Bestandteil des Betriebseinkommens.

Ein weiteres Charakteristikum der landwirtschaftlichen Betriebe in den benachteiligten Agrarzonen ist der relativ hohe und noch immer ansteigende *Grünlandanteil* an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die dort ansässigen Betriebe sind daher weitestgehend auf das Betriebssystem Futterbau-Rindviehhaltung festgelegt. Da vor allem in den Höhengebieten des Schwarzwalds die Zupacht landwirtschaftlicher Flächen eng begrenzt ist, sind für die dort ansässigen Landwirte, die Möglichkeiten ihr Betriebseinkommen zu verbessern, relativ begrenzt. Neben Investitionshilfen und den an die Großvieheinheit gebundenen Ausgleichszulagen müssen daher den dort lebenden Inhabern zu kleiner landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe Zuverdienstmöglichkeiten im außerlandwirtschaftlichen Bereich angeboten werden. Da in den dünnbesiedelten Gebieten, insbesondere in den Berggebieten des Schwarzwalds, nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze im Nahbereich der Wohnorte der Landwirte kaum vorhanden sind, kommt hier der Förderung des Fremdenverkehrs (Aktionsprogramm „Ferien auf dem

Bauernhof“) und der besseren Verkehrserschließung durch den Ausbau des Straßennetzes besondere Bedeutung zu.

Entwicklungstendenzen der Betriebsstruktur in den benachteiligten Gebieten

Im Jahr 1974 zählte man in den Gebieten mit ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen insgesamt knapp 61 000 Betriebe (Wirtschaftseinheiten) ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF), das sind rund 30% aller landwirtschaftlichen Betriebe des Landes. Auf die Berggebiete entfallen davon knapp 15 000 Betriebe (7%), auf die Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen rund 22 000 (11%) und auf die sonstigen benachteiligten Agrarzonen außerhalb der Berg- und Kerngebiete fast 24 000 Betriebe (12%).

Verglichen mit der Betriebsstruktur außerhalb der benachteiligten Gebiete ist der Bereich der Kleinstbetriebe unter 2 ha LF relativ schwach besetzt. Dagegen weist der für die weitere Betriebsentwicklung kritische Größenbereich von 2 bis 20 ha LF noch einen hohen Betriebsbesatz auf (vgl. Tab. 3 und Tab. 15 im Anhang). Überwiegend handelt es sich

dabei aber bereits um Neben- oder Zuerwerbsbetriebe, in denen die Bewirtschafterfamilie nur durch außerbetriebliche Erwerbstätigkeit noch ein ausreichendes Gesamteinkommen erzielen kann. Empfindliche soziale Härten bringt nun oftmals in diesen auf das nichtlandwirtschaftliche Zusatzeinkommen besonders angewiesenen Betrieben, die jüngste wirtschaftliche Rezession mit sich, insbesondere bei den durch Kurzarbeit oder Entlassung (Schwarzwälder Uhrenindustrie) Betroffenen. Dabei kann in den benachteiligten Gebieten dieser Einkommensausfall durch innerbetriebliche Intensivierungsmaßnahmen viel schwerer ausgeglichen werden als in Gebieten mit günstigeren natürlichen Standortbedingungen.

Wie die Veränderung des Betriebsbestandes in den benachteiligten Gebieten während der letzten 15 Jahre zeigt, sind regionale Entwicklungsunterschiede zwischen den Gebietskategorien (Berggebiete, Kerngebiete, sonstige benachteiligte Agrarzonen) trotz großer naturbedingter Unterschiede weniger deutlich ausgeprägt als zwischen den einzelnen Naturräumen bzw. Landschaften. So ist im Schwarzwald und Schwäbisch-fränkischen Wald, also in Gebieten mit vorherrschender Anerbensitte, ein erheblich kleinerer Betriebsrückgang festzustellen als in

Tabelle 3
Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebsstandes in den Programmgebieten und benachteiligten Agrarzonen nach dem Bergbauernprogramm

Gebiet	Landwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha LF insgesamt			Davon in Betrieben von bis unter ha LF					
				unter 10 ha		10 bis unter 20 ha		20 und mehr ha	
	1974	1960	Veränderung 1974/1960	1974	Veränderung 1974/1960	1974	Veränderung 1974/1960	1974	Veränderung 1974/1960
	1000		%	1000	%	1000	%	1000	%
Landwirtschaftliche Programmgebiete 1)									
Albprogramm 2)	27,9	43,4	- 35,7	17,1	- 48,2	6,6	- 22,8	4,2	+ 122,2
Schwarzwaldprogramm	24,1	34,9	- 30,8	20,1	- 36,4	3,0	+ 18,7	1,1	+ 42,8
Programm Schwäbisch- Fränkischer Wald/Odenwald (vorläufige Abgrenzung)	10,4	14,2	- 26,7	7,4	- 36,2	2,2	+ 2,0	0,7	+ 105,4
Landwirtschaftliche Programm- gebiete insgesamt	62,4	92,5	- 32,5	44,6	- 41,5	11,8	- 10,8	6,0	+ 100,2
Berggebiete und sonstige benachteiligte Agrarzonen nach dem Bergbauernprogramm									
Berggebiete	14,9	22,6	- 34,2	11,7	- 44,4	2,0	- 0,4	10,8	+ 48,6
Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen	21,9	33,6	- 34,8	15,2	- 44,9	4,4	- 14,1	22,6	+ 174,8
übrige benachteiligte Agrarzonen	23,8	33,1	- 28,2	15,7	- 38,7	5,6	- 10,9	25,1	+ 91,7
benachteiligte Agrarzonen insgesamt	60,6	89,3	- 32,2	42,6	- 41,6	12,0	- 10,5	58,5	+ 104,7
Baden-Württemberg									
Insgesamt	203,5	323,2	- 37,0	147,9	- 46,3	35,7	- 7,8	19,7	+ 121,6

1) Ohne Gemeindegebiete, die mit weniger als einem Drittel ihrer Gesamtfläche in von Natur benachteiligtes Gebiet fallen (insgesamt 22 Gemeinden mit einem Flächenanteil von 2,7% an der Gesamtfläche aller Gemeinden in den Programmgebieten. - 2) Einschließlich der Gemeinden im erweiterten Gebiet des Albprogramms.

den Fördergebieten der Schwäbischen Alb. Die stärkere Abnahme der Betriebszahl in den benachteiligten Agrarzonen der Schwäbischen Alb, und zwar insbesondere im Bereich der Westalb und auf der Baar mit dem Schwerpunkt in den Verdichtungsbereichen Balingen-Albstadt und Villingen-Schwenningen, beruht in erster Linie auf der durch die Realteilung verursachten Flurzersplitterung und Kleinbetriebsstruktur sowie dem starken Sog der dort ansässigen Industrie.

Relativ hoher Besatz an klein- und mittelbäuerlichen Betrieben in den landwirtschaftlichen Fördergebieten

In den benachteiligten Agrarräumen nimmt die Zahl der *kleineren Landwirtschaftsbetriebe mit weniger als 10 ha LF* im allgemeinen schwächer ab, als in den übrigen Landesteilen. Besonders deutlich zu beobachten ist diese Entwicklung im Betriebsgrößenbereich zwischen 2 und 10 ha LF im Schwarzwald und Schwäbisch-fränkischen Wald. Die verdichteten Räume weisen demgegenüber in dieser Betriebsgruppe mit einer Abnahme um 55% (benachteiligte Agrarzonen insgesamt -42%) einen wesentlich stärkeren Betriebsrückgang auf. In den dichtbesiedelten Landesteilen mit verbreitetem Anbau von Sonderkulturen, also vor allem in den Hauptweinbauzonen, verringerte sich die Zahl der Agrarbetriebe aufgrund des günstigeren natürlichen Ertragspotentials und zumeist guter Verdienstmöglichkeiten in der gewerblichen Wirtschaft allerdings nicht in dem Ausmaß wie in Gebieten mit ähnlicher Siedlungs- und Betriebsstruktur, aber einem unbedeutenden Anbau von Intensivkulturen.

Beim mittleren Größenbereich zwischen 10 und 20 ha LF geht im ländlichen Raum die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe rascher zurück als in den Verdichtungsräumen. Besonders hohe Abnahmekquoten verzeichnen die Regionen Franken, Ostwürttemberg, Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben. Gleichwohl verfügen diese Gebiete auch heute noch über einen vergleichsweise großen Besatz an Betrieben in dieser Größenklasse. Eine regional unterschiedliche Entwicklung zeigten in diesem Betriebsgrößenbereich bisher auch die benachteiligten Agrarräume. So steht einer kräftigen Betriebsabnahme im Fördergebiet Schwäbische Alb (–23% im Zeitraum 1960–1974) eine erst in jüngster Zeit zu beobachtende Verringerung dieser Betriebsgruppe im Schwarzwald gegenüber. Langfristig gesehen hat in den benachteiligten Landwirtschaftsgebieten des Schwarzwalds die Zahl der Betriebe mit 10 bis 20 ha LF sogar zugenommen. Eine Mittelstellung zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb nimmt der Schwäbisch-fränkische Wald ein.

Soweit die klimatischen Verhältnisse den Anbau von Intensivkulturen wie Obst, Wein oder Feldgemüse nicht zulassen, also insbesondere in den von Natur benachteiligten Agrarzonen, stellten Betriebsgrößen bis zu etwa 20 ha LF bereits in den sechziger Jahren für viele Landwirte keine ausreichende Erwerbsgrundlage mehr dar. Da besonders die strukturschwachen Gebiete im ländlichen Raum⁵ noch einen überdurchschnittlichen Betriebsbesatz im kritischen Größenbereich zwischen 10 und 20 ha LF aufweisen, erscheint dort eine Ergänzung der bereits eingeleiteten strukturpolitischen Maßnahmen durch eine verstärkte regionale Förderung der gewerblichen Wirtschaft und andere strukturelle Maßnahmen geboten.

Von der Reduzierung des Betriebsbestands im gesamten Größenbereich unter 20 ha LF sind vorwiegend die landwirtschaftlichen *Haupterwerbsbetriebe* betroffen, während die Zahl der nebenberuflich bewirtschafteten Landwirtschaftsbetriebe viel schwächer zurückgeht. Nach den neuesten Ergebnissen der Agrarberichterstattung verringerte sich in den letzten 3 Jahren der Bestand an hauptberuflich bewirtschafteten Betrieben besonders stark im Nordschwarzwald und der nordbadischen Oberrheinebene, im Stuttgarter Verdichtungsraum und im Bereich der westlichen und mittleren Schwäbischen Alb. Fast im gesamten ostwürttembergischen Raum, namentlich in den Regionen Franken, Ostwürttemberg (einschl. Kreis Göppingen), Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben läßt sich dagegen eine Zunahme der *Nebenerwerbsbetriebe* nachweisen. Lediglich in den Regionen Mittlerer Oberrhein und Nordschwarzwald, im Verdichtungsraum Rhein-Neckar und den Regionen Schwarzwald-Baar-Heuberg und Neckar-Alb war der wirtschaftliche Aufschwung so vehement, daß auch die Nebenerwerbsbetriebe in den Schrumpfungsprozeß einbezogen wurden. Auffallend ist die stetig wachsende Zahl bisher von hauptberuflichen Landwirten geleiteter größerer Betriebe — ansteigend bis zu einer Betriebsgröße von etwa 20 ha —, die nun im landwirtschaftlichen Nebenerwerb weiterbewirtschaftet werden. Die besonders im strukturschwachen ländlichen Raum und den benachteiligten Agrarzonen (ausgenommen der Nordschwarzwald und die Westalb) zu beobachtende Stabilisierung der Nebenerwerbslandwirtschaft, bei gleichzeitig abgeschwächtem Rückgang der Haupterwerbsbetriebe, muß auch im Zusammenhang mit der starken Bodenverbundenheit der dort lebenden Menschen und den begrenzten Möglichkeiten zur Aufnahme einer außer-

5 Nach dem Landesentwicklungsplan von 1971 zählen hierzu die ehemaligen Kreise Crailsheim, Künzelsau, Mergentheim, Öhringen, Schwäbisch Hall, Buchen, Mosbach, Sinsheim, Tauberbischofsheim, Bühl, Emmendingen, Hochschwarzwald, Müllheim, Stockach, Überlingen, Waldshut, Wolfach, Ehingen, Münsingen, Saulgau, Sigmaringen, Wangen, Horb und Teile des Landkreises Hechingen.

betrieblichen Erwerbstätigkeit gesehen werden. Die in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben Beschäftigten sind zwar vielfach auch in diesen Gebieten gezwungen, durch eine nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit das Familieneinkommen aufzubessern, aber die völlige Aufgabe der Bodenbewirtschaftung erfolgt doch zumeist erst im Zuge des Generationswechsels. In den verdichteten Räumen ist dagegen aufgrund der weit vorangeschrittenen Urbanisierung und Industrialisierung viel häufiger die vorzeitige, vollständige Auflösung des landwirtschaftlichen Betriebs zu beobachten.

Zu geringe Aufstockung der Betriebsflächen in den benachteiligten Agrarräumen des Schwarzwalds und Schwäbisch-fränkischen Waldgebiets

Wie die Ergebnisse der jährlichen Betriebsauszählungen zeigen, wächst nach wie vor eine beträchtliche Zahl von Betrieben, die zumeist über die Zupacht von Grundstücken ihre Betriebsflächen aufgestockt haben, in die Gruppe der *größeren Betriebe mit mindestens 20 ha LF* hinein. Allein seit 1960 hat

der Betriebsbestand dieses Größenbereichs in den verdichteten Räumen um gut das Dreifache, in den Randzonen der Verdichtungsräume Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe sogar um das Vier- bis Fünffache zugenommen. Überdurchschnittliche Aufstockungsquoten an landwirtschaftlichen Flächen weisen vor allem die Betriebe im Regierungsbezirk Karlsruhe, in der Region Mittlerer Neckar (einschließlich Kreis Heilbronn), im oberen Neckartal und westlichen Albvorland (Raum Tübingen-Balingen-Tuttlingen), sowie im Ortenaukreis und im Kreis Lörrach auf. Die rapide betriebliche Flächenaufstockung in den verdichteten Räumen wird hauptsächlich durch das reichliche Landangebot der sich auflösenden kleineren Landwirtschaftsbetriebe ermöglicht. Außerdem erleichtert hier den verbleibenden Agrarbetrieben die allgemein größere Bodenmobilität als im ländlichen Raum die Aufstockung ihrer Betriebsflächen.

Außerhalb der dichtbesiedelten Gebiete geht die Landaufstockung in den Agrarbetrieben merklich langsamer vonstatten. Immerhin hat sich seit 1960

Tabelle 4

Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsgröße in den verdichteten Räumen, ländlichen Räumen und landwirtschaftlichen Programmgebieten

Gebiet	Durchschnittliche Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha LF		
	1974	1960	Veränderung
	Hektar		%
Gebiete des Landesentwicklungsplanes 1)			
Verdichtete Räume 2)	5,73	3,45	+ 66,1
Ländliche Räume	8,66	6,34	+ 36,6
darunter strukturechwache ländliche Räume	9,70	7,17	+ 35,3
Landwirtschaftliche Programmgebiete 3)			
Albprogramm	10,7	7,3	+ 46,5
Schwarzwaldprogramm	5,7	4,3	+ 32,6
Programm Schwäbisch-Fränkischer Wald/Odenwald (vorläufige Abgrenzung)	7,7	6,1	+ 26,2
Landwirtschaftliche Programmgebiete insgesamt	8,3	6,0	+ 38,3
Berggebiete und sonstige benachteiligte Agrarzonen nach dem Bergbauernprogramm			
Berggebiete	7,03	5,20	+ 35,2
Kerngebiet der benachteiligten Agrarzonen	8,57	6,08	+ 41,0
übrige benachteiligte Agrarzonen	9,03	6,91	+ 30,7
benachteiligte Agrarzonen insgesamt	8,37	6,16	+ 35,9
Baden-Württemberg			
Insgesamt	7,83	5,33	+ 46,9

1) Gebietskategorien im Sinne des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg vom 22.6.1971. — 2) Verdichtungsräume, Randzonen um die Verdichtungsräume, Verdichtungsgebiete. — 3) Ohne Gemeindegebiete, die mit weniger als einem Drittel ihrer Gesamtfläche in von Natur benachteiligtes Gebiet fallen (insgesamt 22 Gemeinden mit einem Flächenanteil von 2,7% an der Gesamtfläche aller Gemeinden in den Programmgebieten).

im gesamten ländlichen Raum die Gruppe der Betriebe ab 20 ha LF verdoppelt und damit stärker zugenommen als im Bundesdurchschnitt. Am schwächsten ausgeprägt ist die Vergrößerung der Betriebsflächen in Hohenlohe, Oberschwaben und den benachteiligten Agrarzonen im mittleren und südlichen Schwarzwald sowie im Schwäbisch-fränkischen Waldgebiet. In diesen Räumen liegt eine ungenügende Erweiterung der Produktionskapazitäten der Betriebe vor, weil aus der kleinen Zahl von Betriebsauflösungen zu wenig landwirtschaftliche Flächen für die Aufstockung der größeren Betriebe bereitgestellt werden. Außerdem wird die Betriebsvergrößerung in diesen Gebieten erschwert durch den noch relativ hohen Besatz an aufstockungswilligen Haupterwerbsbetrieben. Auch der „inneren“ Betriebsaufstockung über die Viehhaltung oder dem außerlandwirtschaftlichen Zuerwerb sind dort enge Grenzen gezogen, so daß sich diese Räume immer mehr zu landwirtschaftlichen Problemgebieten entwickeln. Lediglich die landwirtschaftlichen Betriebe in den Berg- und Kerngebieten der Schwäbischen Alb konnten ihre Landausstattung deutlich verbessern. So erhöhte sich im Zeitraum 1960 bis 1974 im Schwarzwaldprogrammgebiet die durchschnittliche Betriebsgröße um knapp ein Drittel – sie liegt dort noch gut 2 ha unter dem Landesdurchschnitt mit 7,8 ha –, im Programmgebiet Schwäbisch-fränkischer Wald sogar nur um ein Viertel, während die Betriebsgröße im Albprogrammgebiet wie im Bundes- und Landesdurchschnitt seit 1960 um fast die Hälfte zugenommen hat (vgl. Tab. 4).

Aus der Regionalanalyse der Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur wird deutlich, daß vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe in den Berg- und Kerngebieten der benachteiligten Agrarzonen – insbesondere im Schwarzwald – sowie im Schwäbisch-fränkischen Wald und dem größten Teil des strukturschwachen ländlichen Raums außerhalb der von Natur benachteiligten Agrarräume (Oberschwaben mit Allgäu und Bodenseeraum, Hohenlohe) ihre Betriebsflächen in weitaus geringerem Maß aufstocken konnten als in anderen Gebieten. Diese Standortnachteile können mit dem derzeitigen Instrumentarium der Agrarförderung allein nicht beseitigt werden; es bedarf in diesen landwirtschaftlichen Problemgebieten vielmehr einer umfassenden und koordinierten allgemeinen Wirtschaftsförderung.

3.8 Umwelt

Im landespolitischen Konzept der Regierung nimmt der Umweltschutzgedanke nach wie vor einen hohen Stellenwert ein. Wenn auch die einschneidende wirtschaftliche Rezession hinsichtlich der Realisierung des Mittelfristigen Umweltprogramms da und dort zu einem Ausweichen in die Zeit zwingt, weisen

doch zahlreiche grundlegende Planungen und Gesetzesinitiativen sowie auch beträchtliche Mittelzuweisungen zum Schutze von Boden, Wasser und Luft auf unveränderte Aktivitäten zur Förderung des Umweltschutzes hin.

Auch die Transparenz der Umweltverhältnisse konnte über erste statistische Erhebungen im Rahmen des neuen Bundesgesetzes über Umweltstatistiken im abgelaufenen Jahr erweitert werden, so daß, wie die nachfolgenden Darstellungen zeigen, in zunehmendem Maße statistische Ergebnisse als Entscheidungshilfen verfügbar sind. Sie werden im laufenden Jahr auf den Gebieten der Abfall-, Wasser- und Abwasserwirtschaft sowohl im öffentlichen Bereich als auch in den Bereichen der Wirtschaft noch wesentlich ergänzt und erweitert.

Die bereits vorliegenden statistischen Daten weisen darauf hin, daß sowohl die zur Verbesserung der Wasserqualität als auch zur Bewältigung der zunehmenden Müllmenge und im Interesse der Lufthygiene beschlossenen Maßnahmen dringend erforderlich sind.

Im Vorfeld der in diesem Jahr voll anlaufenden Umweltstatistiken haben Zustimmung und Protest der mit den recht umfangreichen und schwierigen Fragen sowie ersten Vorwegergebnissen konfrontierten Auskunftspflichtigen eines ganz deutlich gezeigt: Es hat ein alle Bevölkerungskreise mobilisierender Denkprozeß eingesetzt, der bei sachgerechter Darstellung der Probleme auf Verständnis für die dringend notwendigen, manchmal auch unpopulären Maßnahmen zur Sanierung der Umwelt hoffen läßt.

3.8.1 Wasserwirtschaftliche Aspekte

Die wasserwirtschaftliche Situation des Landes wird von wesentlichen Faktoren bestimmt:

- 1) dem Vorhandensein von Wasservorkommen
- 2) dem Wasserangebot (Wasseraufkommen).
- 3) dem Verbrauch bzw. der Verwendung des Wassers
- 4) der Reinigung und Ableitung des Abwassers

Das Vorhandensein von Wasservorkommen

Trotz seines stark verzweigten Gewässersystems sowie einer ausreichenden Niederschlagsmenge sind in Baden-Württemberg ausgedehnte wasserarme Gebiete anzutreffen. Zu ihnen zählen neben dem mittleren Neckargebiet die Hochflächen der Gäuplatten, die Schwäbische Alb sowie die Höhen des Schwarzwaldes, des Odenwaldes und der Bergländer. Die dortigen Quellen reichen in der Regel nur für die Versorgung kleinerer Gebiete aus, abgesehen von einigen ergiebigeren Talquellen im nordöstlichen Schwarzwald und südöstlichen Odenwald. Selbst die Talauen dieser Landschaften sind von unterschiedlich ergiebiger Grundwasserführung, über die teilweise – wie z. B. im Neckartal – schon weitgehend verfügt ist. Überörtlich ergiebig nutzbare Grundwasservorkommen sind hauptsächlich im

Rheintal sowie in der Donauniederung und im oberschwäbischen Raum gelegen. Auch das Oberflächenwasser aus Teilen des Bodensees zählt zu den verfügbaren Wasserreserven.

Das Wasseraufkommen

Das Wasserangebot orientiert sich vordringlich am Bedarf, wobei sowohl die Bevölkerungsentwicklung, der steigende Bedarf der zunehmend mit wasserbrauchenden Geräten und Einrichtungen ausgestatteten privaten Haushalte als auch der technisch bedingt stark ansteigende Wasserbedarf aller Wirtschaftsbereiche – namentlich der Industrie – zu berücksichtigen sind. Dabei ergeben sich als wichtige Unterscheidungskriterien:

- a) das Aufkommen im Bereich der öffentlichen Wasserversorgung
- b) die für betriebliche (Produktions-)Zwecke im Rahmen der privaten Nutzung geförderte Wassermenge (Eigenförderung der Industrie)

Allein die Industrie beansprucht rund zwei Drittel der insgesamt im Land geförderten Wassermenge, die sie – wiederum überwiegend in Eigenförderung – den örtlich verfügbaren Wasservorkommen als Grund- und Quellwasser oder als Oberflächenwasser entnimmt. Der aus dem öffentlichen Netz bezogene Anteil von weniger als 10% ist gering. Dagegen ist die gesamte Versorgung der Wohnbevölkerung sowie der nichtindustriellen Wirtschaftsbereiche mit Trink- und Prozeßwasser für Produktionszwecke (34% der insgesamt geförderten Wassermenge) vom öffentlichen Netz abhängig.

Die eingangs erwähnte hydrogeologische Struktur Baden-Württembergs erfordert es, daß die wasserärmeren Gebiete und besonders die darin gelegenen Ballungsräume zusätzlich oder ganz über die Fernwasserversorgung aus Gebieten mit Wasserüberschuß bedient werden müssen. Abgesehen von kleineren übergebiethlichen Einrichtungen handelt es sich dabei hauptsächlich um die *Bodenseewasserversorgung* mit Versorgungsschwerpunkt mittlerer Neckarraum einschließlich Stuttgart und die *Landeswasserversorgung*, die Wasser aus dem Donaauraum bis in den mittleren Neckarraum und in die nordöstlichen Landesteile fördert. Die Fernwasserversorgung Nordostwürttemberg verteilt im wesentlichen Wasser, das sie von der Landeswasserversorgung übernimmt, in den nordöstlichen Landesteil (Hohenloher Raum). Die Fernwasserversorgung Rheintal bedient den nordwestlichen Landesteil mit Wasser, das sie zur Zeit noch von der Bodenseewasserversorgung bezieht.

Verbrauch, Verwendung, Reinigung und Ableitung

Während der Verbrauch von Wasser in privaten Haushalten und im Klein Gewerbe weitgehend von Anzahl und Ausstattung der Haushalte bzw. Betriebe abhängt und nach dem Zählerstand leicht zu ermitteln

ist, handelt es sich bei dem von der Industrie beanspruchten Wasser weitgehend um eine nur primärstatistisch zu ermittelnde Menge, die den Wasserhaushalt des Landes empfindlich beeinflusst und daher aus gesamtwirtschaftlicher Sicht besondere Beachtung verdient. Die im Rahmen der Umweltstatistiken und einer 1974 geführten Zusatzerhebung bei ca. 10 000 Industriebetrieben des Landes über deren wasser- und abwasserwirtschaftliche Situation im Jahre 1973 ermittelten Ergebnisse werden im folgenden der Bedeutung dieses Bereiches wegen besonders abgehandelt.

Strukturwandel im Wasserverbrauch

Wie die Zeitreihe (Tabelle 1) zeigt, bahnt sich namentlich seit 1971 ein Strukturwandel im industriellen Wasserverbrauch an. Trotz steigender Produktion zeigen sowohl die Eigenförderung wie auch der Fremdbezug von Wasser zur Zeit eine stagnierende Tendenz.

Allein mit gestiegenen Wasserpreisen lassen sich diese Veränderungen nicht erklären. Sie sind vielmehr die Folge einer technischen Umrüstung zahlreicher Betriebe in Richtung auf zunehmende Kreislauf-

Tabelle 1

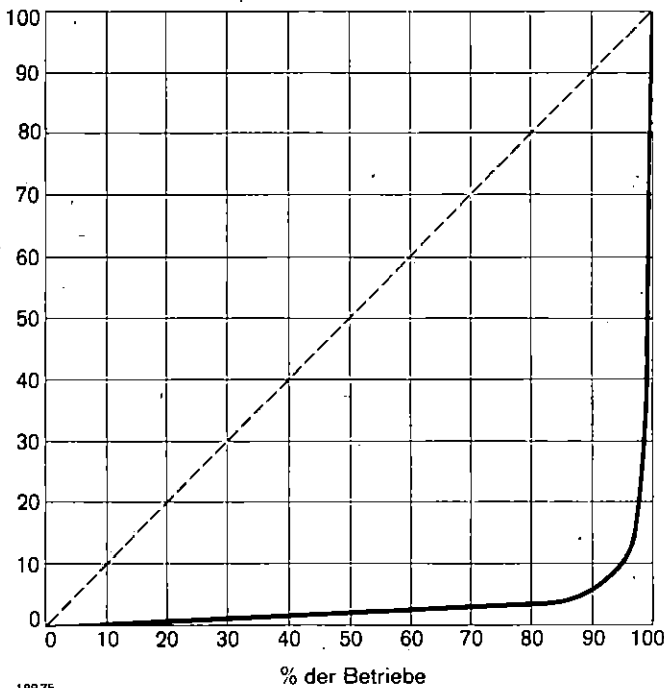
Entwicklung der Wasserwirtschaft der Industrie in Mill. m³

Strukturmerkmale	1961	1965	1969	1971	1973
Aufkommen					
Eigenförderung	711,2	755,3	865,6	945,9	930,7
davon					
Grund- und Quellwasser	269,2	312,2	391,0	393,7	381,7
Oberflächenwasser	442,0	443,1	474,6	552,2	549,0
Fremdbezug	80,2	85,1	98,1	108,1	97,2
Insgesamt	791,4	840,4	963,7	1 054,0	1 027,9
Verwendung					
Im eigenen Betrieb	774,5	824,1	946,7	1 027,1	1 007,2
und zwar als					
Kühlwasser	327,2	370,5	438,3	520,2	546,1
Kesselspeisewasser	17,7	19,9	21,2	20,9	21,2
Sonstiges Fabrikations- und Belegschaftswasser	429,6	433,7	487,2	486,0	439,9
Abgabe an Dritte	4,6	5,2	5,9	16,2	7,1
Ungenutzt abgeleitet	12,3	11,1	11,1	10,7	13,6
Insgesamt	791,4	840,4	963,7	1 054,0	1 027,9
Ableitung					
In öffentliche Kanalisation	170,6	162,2	174,3	178,2	184,8
Unmittelbar in ein Gewässer oder in den Untergrund	565,8	587,2	708,6	800,8	782,6
Insgesamt	736,4	749,4	882,9	979,0	967,4

Schaubild 1

Konzentration des Wasseraufkommens in der Industrie

% des Wasseraufkommens



nutzung von Wasser, über die noch gesondert zu berichten ist. Das legt den Schluß nahe, daß mit einer Reihe technischer und wirtschaftlicher Vorteile der Kreislaufnutzung im gewissen Umfang auch schon übergeordnete Gesichtspunkte des sparsamen Umgangs mit den Wasserreserven im Sinne der Forderungen des Umweltschutzes wirksam werden.

Die Art der Verwendung des im Bereich der Industrie geförderten Wassers läßt in der zeitlichen Entwicklung einige Strukturwandlungen erkennen. So ist beispielsweise der Anteil des zu Kühlzwecken verwendeten Wassers an der betrieblich genutzten Wassermenge von 42% im Jahre 1961 auf 54% im Jahre 1973 gestiegen. Damit war ein erheblicher Anstieg der Wärmebelastung der Gewässer verbunden. Die hiermit zusammenhängenden wasserwirtschaftlichen Probleme haben ihren Niederschlag in den inzwischen vorliegenden Wärmelastplänen gefunden, in denen auch die Grenzen der Belastbarkeit aufgezeigt sind. Die Menge des zu Fabrikationszwecken genutzten Wassers hat unter dem Einfluß der zunehmenden Kreislaufnutzung abgenommen.

Der Anteil des industriellen Abwassers, der außerhalb der öffentlichen Kanalisation in ein Gewässer oder in den Untergrund eingeleitet wird, hat sich zwischen 1961 und 1973 von 77% auf 81% erhöht. Diese 1973 insgesamt abgeleiteten fast 800 Mill. Kubikmeter bestanden zu mehr als der Hälfte (54%) aus Kühlwasser und zu 44% aus verschmutzten Abwässern aus dem Produktionsprozeß und

sonstigen betrieblichen Einrichtungen. Der Rest von ca. 2% wurde ungenutzt bzw. genutzt aber unverschmutzt abgeleitet.

Konzentration auf Großverbraucher

Daß sich der Wasserverbrauch der Industrie im wesentlichen auf relativ wenige Großverbraucher konzentriert, ist ein Sachverhalt, der nicht nur im Bereich der rationellen Ermittlung ausreichend gesicherter statistischer Ergebnisse, sondern auch bezüglich einschlägiger politischer Maßnahmen Beachtung finden kann. Schaubild 1 (Lorenz Kurve) liefert hinsichtlich der Konzentration des Wasseraufkommens bei Industriebetrieben hierfür ein besonderes Anschauungsmaterial. Die Kurve macht nämlich deutlich, daß 90% der einbezogenen Firmen mit nur etwa 5% am Ergebnis, d. h. am industriellen Wasseraufkommen beteiligt sind. Die restlichen 10% der Betriebe dagegen repräsentieren mit 95% fast das gesamte Landesergebnis. Hier sind allerdings die Betriebe nach Größenklassen des Wasserverbrauchs aufsteigend und branchendurchgängig geordnet, während man beim Vorliegen besonderer Bedingungen, wie sie etwa in der Schädlichkeit der Abwasser gegeben sind, die Konzentrationskurve von der Rangfolge ganzer Branchen her bestimmen sollte, was einen flacheren Kurvenverlauf zur Folge hätte.

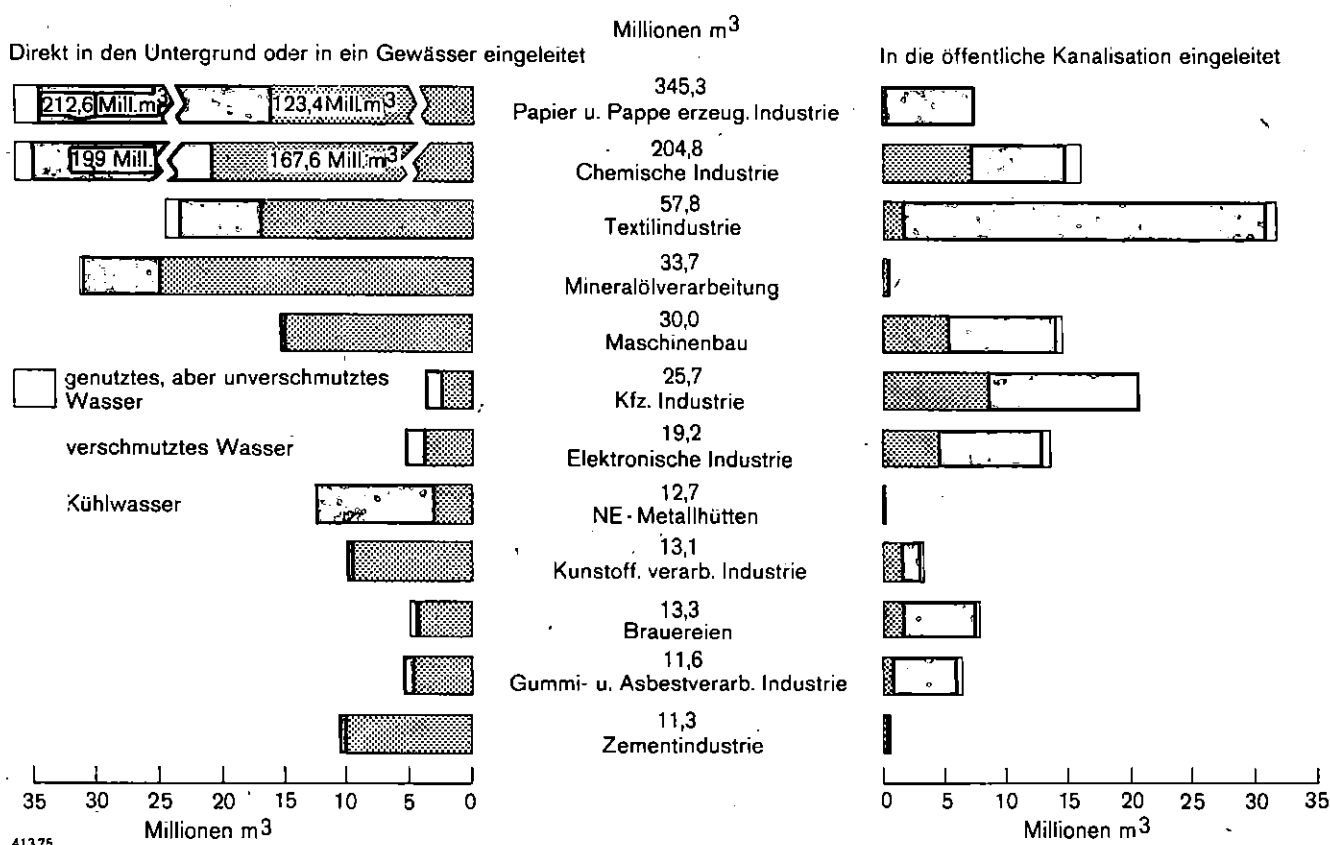
Papierindustrie an der Spitze

Einen Überblick über die wasserwirtschaftlichen Strukturen der Industriebereiche sowie ausgewählter Branchen gibt die Tabelle 16 im Anhang. Obwohl die weniger wasserrelevanten Industriegruppen und -zweige darin nicht dargestellt sind, offenbart sie sehr differenzierte Verhältnisse, die sich nicht ohne weiteres vergleichen lassen. Die Höhe des spezifischen Wasserverbrauchs ist nämlich weitgehend von der technischen Ausstattung und den unterschiedlichen Produktionsverfahren abhängig. So haben beispielsweise die Papier- und Pappefabriken einen besonders großen Wasserverbrauch, der sich durch das Auswaschen des zu verarbeitenden Rohmaterials und das Bleichen in Verbindung mit den beabsichtigten Qualitätsansprüchen ergibt. Die bedeutendsten Wasserverbraucher lassen sich in ihrer Rangfolge folgendermaßen darstellen:

1. Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugende Industrie	35%
2. Chemische Industrie	21%
3. Textilindustrie	6%
4. Sand- und Kiesindustrie	6%
5. Mineralölverarbeitung	5%
6. Maschinenbau	3%
7. Straßenfahrzeugbau	3%
8. Elektrotechnische Industrie	2%
9. NE-Metallhütten und Umschmelzwerke	2%
10. Brauereien	1%

Schaubild 2

Abwassermengen ausgewählter Industriebranchen 1973



Schon die vorstehenden 10 von ca. 140 Branchen repräsentieren fast 85% des gesamten Wasseraufkommens der Industrie.

Auch ein Vergleich mit den Anteilen an der Nettoproduktion läßt auf die Wasserintensität der Produktionsverfahren schließen. So können zum Beispiel die papier- und pappeerzeugende sowie die chemische Industrie bei einem Anteil am Wasseraufkommen von 56% nur einen Produktionsanteil von nicht einmal 8% aufweisen.

Wie die Tabelle 1 weiterhin zeigt, wird das Wasseraufkommen fast ausnahmslos (98%) im eigenen Betrieb genutzt. Nur unbedeutende Mengen (2%) werden entweder unbenutzt abgeleitet oder an das öffentliche Netz bzw. andere Betriebe und Wohnsiedlungen abgegeben. An der überwiegend als Kühlwasser verwendeten Wassermenge ist die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit mehr als 77% beteiligt, wobei die Papier- und die chemische Industrie besonders herausragen. Die zunehmend hochtechnisierte und automatisierte Produktionsweise läßt den Kühlwasserbedarf ständig ansteigen (Tabelle 1). Ähnlich verhält es sich mit der relativ geringen Menge des Kesselspeisewassers. Das sonstige Fabrikationswasser, dem das unbedeutende Belegschaftswasser aus methodischen Gründen hinzugerechnet werden mußte, wird branchenweise sehr unterschiedlichen Zwecken zugeführt.

Abwasserbelastung

Die derzeitige Abwassersituation der Industrie wird u. a. mit dem Schaubild 2 für die bedeutendsten Branchen veranschaulicht. Der Anteil des direkt in ein Gewässer oder in den Untergrund eingeleiteten Abwassers ist besonders hoch, was im wesentlichen durch die schon erwähnten Kühlwassereinleitungen bedingt ist. Nach den bisherigen und durch den starken Fluß der Entwicklung beeinträchtigten statistischen Unterlagen wurde das Kühlwasser überwiegend ohne Rückkühlung, also mit erhöhter thermischer Belastung dem Vorfluter zugeleitet. Ebenso verhielt es sich mit dem im Jahre 1973 direkt abgeleiteten Schmutzwasser, von dem nur etwa 16% vor der Einleitung biologisch oder gleichwertig geklärt worden sind, und zwar überwiegend von der papier- und pappeerzeugenden Industrie. Die restliche Menge wurde in einem nicht exakt feststellbaren Verhältnis nur teilweise oder gar nicht gereinigt.

Mit den bereits angelaufenen Umweltstatistiken werden sich im laufenden Jahre vertiefte Kenntnisse hierüber gewinnen lassen.

Zunehmende Kreislaufnutzung

Wie schon vorhergehend erörtert, wird das stagnierende Wasseraufkommen durch zusätzliche Kreislaufnutzung nicht nur kompensiert; es wird sogar darüberhinaus produktionsbedingt zunehmender

Wasserbedarf aufgefangen. Das Ausmaß, in dem das geschieht, wird in der Tabelle 2 dargestellt.

Obwohl das Wasseraufkommen sowie die jährlich zugesetzte Wassermenge der Betriebe mit Kreislaufnutzung einer leicht rückläufigen Tendenz unterliegen, stieg deren jährlich im Kreislauf genutzte Wassermenge von 1971 bis 1973 um mehr als 40%

auf 1,6 Mrd. Kubikmeter an. Auch betrug die den Kreislaufsystemen 1973 notwendigerweise zugesetzte Wassermenge nur 3,7% der darin insgesamt bewegten Nutzmenge.

Im Schaubild 3 sind die langfristig in Kreisläufen genutzten Wassermengen dem effektiven Wasseraufkommen gegenübergestellt. Dadurch wird deutlich,

Tabelle 2

Betriebe mit Kreislaufwasser 1973

Industriebereiche, ausgewählte Industriegruppen und -zweige	Betriebe mit Kreislauf		Wasseraufkommen		Jährliche zugesetzte Wassermenge		Jährlich im Kreislauf genutzte Wassermenge	
	1973	1971	1973	1971	1973	1971	1973	1971
	Anzahl		Millionen m ³					
Bergbau ¹⁾								
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	263	255	399,6	410,8	50,5	58,9	684,3	645,9
Mineralölverarbeitung	4	4	9,2	8,0	0,8	4,0	163,8	167,1
Industrie der Steine und Erden	64	64	4,5	5,3	0,6	0,7	40,0	81,5
darunter								
Natursteinindustrie	18	18	0,2	0,2	0,02	0,1	4,0	9,3
Zementindustrie	6	7	2,6	3,2	0,3	0,5	16,1	22,9
Betonsteinindustrie	20	16	0,2	0,2	0,09	0,06	13,1	1,5
Eisenschaffende Industrie/Metallhütten, Umschmelzwerke, Metallhalbzeugwerke	13	13	11,4	13,8	8,5	1,0	31,8	34,3
Chemische Industrie	66	59	71,3	66,7	2,4	1,1	145,6	64,1
Sägewerke und Holzbearbeitung	14	14	0,7	1,2	0,5	0,9	16,1	17,8
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	34	35	286,9	290,4	35,6	47,7	186,9	158,1
Gummi- und Asbestverarbeitung	15	15	8,9	14,6	1,9	1,0	73,3	83,5
Investitionsgüterindustrien	410	356	64,3	57,0	4,4	4,6	481,3	261,7
Maschinenbau	94	85	12,2	10,5	0,4	0,4	47,2	41,2
Straßenfahrzeugbau	44	38	27,4	24,7	2,6	2,5	214,3	135,2
Elektrotechnische Industrie	94	80	14,9	12,7	0,6	0,7	142,7	54,9
Feinmechanische-, optische- und Uhrenindustrie	38	27	1,3	1,1	0,04	0,03	2,9	1,4
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	88	81	5,1	4,9	0,2	0,3	11,9	9,4
darunter								
Stahlblechverarbeitung	19	18	0,8	0,4	0,04	0,06	2,3	1,3
Schloß- und Beschlagindustrie	6	7	0,2	0,2	0,06	0,07	1,7	2,6
Kraftwagenzubehör	9	2	0,3	0,2	0,03	0,01	1,8	0,3
Metallwarenindustrie	25	23	3,0	3,1	0,06	0,05	4,3	3,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	10	8	1,8	1,5	0,2	0,5	47,0	15,9
Verbrauchsgüterindustrien	255	178	14,1	11,4	4,5	1,9	222,0	99,3
Glasindustrie	10	12	2,6	2,3	0,7	0,8	7,5	3,9
Holzverarbeitende Industrie	26	17	0,4	0,3	0,07	0,04	20,7	7,4
Papier- und Pappeverarbeitung	22	17	4,2	3,1	2,3	0,3	10,6	5,5
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	11	8	0,2	0,3	0,02	0,04	20,4	1,8
Kunststoffverarbeitende Industrie	140	96	3,5	3,7	1,1	0,6	157,2	76,6
Textilindustrie	17	4	1,3	0,6	0,01	0,00	1,2	0,08
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	102	110	20,0	19,8	1,7	1,6	202,7	125,6
Ernährungsindustrie	100	108	19,8	19,7	1,7	1,5	199,2	124,6
darunter								
Nährmittelindustrie	4	5	0,8	0,6	0,07	0,03	3,0	2,1
Obst- und gemüseverarbeitende Industrie	9	10	0,9	0,8	0,03	0,03	1,1	1,4
Süßwarenindustrie	12	9	0,9	0,8	0,2	0,1	21,8	14,0
Molkereien und milchverarbeitende Industrie	24	25	3,0	3,8	0,3	0,5	91,3	63,0
Brauereien, Mälzereien	36	42	3,5	3,9	0,3	0,2	51,6	17,7
Betriebe mit Kreislaufwasser ohne Bergbau ¹⁾ insgesamt	1 030	899	498,0	499,0	61,1	65,0	1 590,3	1 132,5

1) Aus Gründen der Geheimhaltung keine Angaben möglich.

daß der Effekt der Wasserersparnis durch Kreislaufnutzung so gesteigert werden konnte, daß er das Wasseraufkommen wesentlich übertraf. Mit der zu erwartenden weiteren Zunahme von Kreislaufsystemen in den Industriebetrieben wird, wie das Schaubild verdeutlicht, selbst bei sich wiederbelebender Konjunktur nicht mit einem besonderen Anstieg des industriellen Wasseraufkommens zu rechnen sein, wenn der Mehrbedarf weitgehend über zusätzliche Kreislaufnutzung des Wassers abgefangen werden kann.

Regionale Aspekte

Planung und Durchführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen setzen den genauen Kenntnisstand der regionalen Gegebenheiten voraus. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die regionale Verteilung des Wasseraufkommens besonderes Interesse. Sinnvoll wäre eine auf Naturräume bezogene Darstellung statistischer Ergebnisse. Sie wird im Rahmen des Auf- und Ausbaus der Regionaldatenbank des Statistischen Landesamts gegenwärtig vorbereitet und läßt sich für spätere Untersuchungen verwenden. Einstweilen kann für eine Analyse der Wasserwirtschaft der Industrie nur auf administrativ gegliederte Regionaldaten zurückgegriffen werden. In Tabelle 16¹ im Anhang werden diese regionalen Zusammenhänge dargestellt.

Es zeigt sich deutlich, daß die wasserreiche Rheinebene und Teile des Bodenseeraumes am stärksten für die industrielle Wasserentnahme genutzt werden, denn der auf diese Räume entfallende Anteil an der Wassergewinnung der gesamten Industrie nähert sich fast der 70%-Grenze.

Mit der künftig möglichen Zuordnung von Gemeindergebnissen zu Wassereinzugsgebieten lassen sich noch differenziertere Betrachtungen verbinden. Überschlüssig geben sich jedoch für die Hauptwassereinzugsgebiete schon folgende Anteile der industriellen Eigenförderung zu erkennen:

1. Rhein einschließlich Bodensee	66–70%
2. Neckar	25–28%
3. Donau	5–7%
4. Main	0,2–0,3%

Eine präzisere Bestimmung dieser Anteile auch für einzelne Teilräume wird gegenwärtig angestrebt.

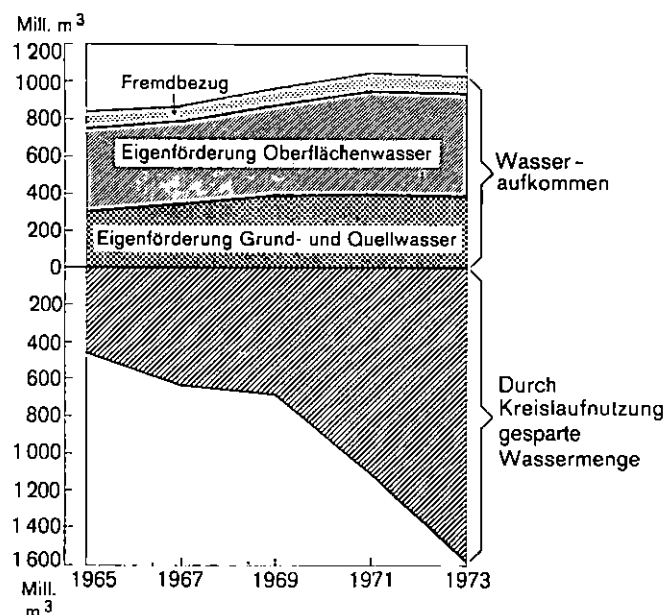
Öffentliche Abwasserbeseitigung

Zur Ergänzung des Datenmaterials der amtlichen Statistik werden nachfolgend wichtige Zusammenhänge und Daten aus der Abwassertechnischen Zielplanung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt zusammengefaßt wiedergegeben:

Die Abwassertechnische Zielplanung ist auf das Jahr 1990 ausgerichtet und geht davon aus, daß das ökologische Gleichgewicht in den Gewässern nur mit

Schaubild 3

Von der Industrie benötigte Wassermenge



Hilfe einer langfristigen Konzeption wieder hergestellt werden kann. Sie richtet sich an die öffentlichen Träger der Abwasserbeseitigung, zielt aber darauf, daß gewerbliche Abwässer möglichst zusammen mit den häuslichen Abwässern geklärt werden.

Über Bestand und weiteren Bedarf von öffentlichen Kläranlagen ergibt sich für das Land folgendes Bild:

Bestand:

774 mechanisch-biologische Kläranlagen für insgesamt rd. 10,0 Mill. EGW¹

173 mechanische Kläranlagen, deren Klärkapazität mit 0,9 Mill. EGW zu veranschlagen ist.

Bedarf:

1470 mechanisch-biologische Kläranlagen für insgesamt rd. 18,8 Mill. EGW.

Mit den im Bau befindlichen Kläranlagen wird eine weitere Klärkapazität von rd. 2,5 Mill. EGW geschaffen. Diese Anlagen werden bis Mitte 1976 in Betrieb sein. Damit läßt sich folgende Bilanz aufzeigen:

Im Betrieb und im Bau	13,4 Mill. EGW
Bedarf im Zieljahr 1990	18,8 Mill. EGW
Ausbaubedarf	5,4 Mill. EGW

Die Verwirklichung der in der Abwassertechnischen Zielplanung ausgewiesenen Maßnahmen zur Abwasserreinigung wird Investitionen in Höhe von 4 Mrd. DM für Kläranlagen und 1,2 Mrd. DM für Zuleitungskanäle verursachen.

¹ EGW = Einwohnergleichwert = Maßzahl für Menge und Schmutzgehalt eines industriellen oder gewerblichen Abwassers; abgeleitet aus dem Vergleich mit den Normalwerten häuslicher Abwässer

3.8.2 Zur Situation der Hausmülldeponien

Im Rahmen der für 1975 durch Bundesgesetz angeordneten Umweltstatistiken liegen die ersten Ergebnisse einer Vorwegerhebung vor, mit der zunächst wichtige Bestandsdaten über die Zahl, Ausstattung und Lage von Hausmüll- (einschließlich Erdaushub-) Deponien ermittelt werden. Mit vertieftem Zahlenmaterial, insbesondere über die beförderten und deponierten Abfallmengen sowie über das Abfallaufkommen im Bereich der Wirtschaft kann erst nach Abschluß der Haupterhebung von der Jahresmitte 1976 an gerechnet werden.

Die nachfolgend dargestellten ersten Ergebnisse deuten indessen schon darauf hin, daß die mit dem Teilplan „Hausmüll“ des Abfallbeseitigungsplanes der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen zügig realisiert werden. 1972 waren noch nahezu 4 000 weitgehend ungeordnete Müllplätze in Baden-Württemberg in Betrieb. Bis zum Jahresanfang 1975 hatte sich die Zahl der Deponien bereits auf 754 verringert. In Zusammenarbeit der verantwortlichen Stellen des Landes, der Kreise und der Gemeinden sind in den vergangenen Jahren mehr als 3 000 Müllkippen geschlossen und zum Teil schon rekultiviert worden. Als Zielvorstellung sind im Teilplan „Hausmüll“ 80 zentrale Abfallbeseitigungsanlagen vorgesehen, die den Anforderungen des Umweltschutzes voll entsprechen. Die gegenwärtig noch betriebenen Ablagerungsplätze dienen als Übergangslösungen. Im Zuge der weiteren Verwirklichung des Teilplanes Hausmüll sollen auch diese Plätze stillgelegt werden.

Deponien hauptsächlich von der öffentlichen Hand betrieben

Die Entsorgung, also das Einsammeln und Befördern von Abfällen wird bei mehr als der Hälfte (57%) der Gemeinden des Landes von spezialisierten Privatfirmen ausgeführt. Die Deponien dagegen werden gegenwärtig noch zu 96% von der öffentlichen Hand betrieben. Nur bei 29 Deponien (4%) tritt eine Privatfirma als beauftragter Betreiber auf.

Während bisher die Beseitigungspflicht im engeren Sinne schon den Land- und Stadtkreisen oblag, sieht das vor kurzem verabschiedete neue Landesabfallgesetz grundsätzlich auch das Sammeln und Befördern der Abfälle durch die Land- und Stadtkreise vor.

Unterschiede in der regionalen Entwicklung

Die naturräumlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten brachten es mit sich, daß bei der Realisierung des Abfallbeseitigungsplanes regionale Unterschiede aufgetreten sind. Die Zuständigkeit der Stadt- und Landkreise hatte natürlich zur Folge, daß die Bereinigung der Deponiesituation jeweils zeitlich zusammenhängend für einen Kreis im gan-

zen anzustreben war, und zwar unter Berücksichtigung aller infrastrukturellen Gegebenheiten. Aus all diesen Gründen ergibt sich bei der Betrachtung der Kreisergebnisse heute noch ein differenziertes Bild des Entwicklungsstandes hinsichtlich der Verwirklichung der Zielplanung. Es wäre deshalb auch verfrüht, mit den Kreisergebnissen Wertungen verbinden zu wollen (vgl. Tabelle im Anhang).

Als beispielhaft für die erfolgreiche Kooperation zweier benachbarter Kreise verdienen die Kreise Emmendingen und Ortenaukreis erwähnt zu werden. Hier wurde zur Erreichung der gesteckten Ziele eine kreisübergreifende großräumige Lösung gefunden.

Kapazitätserweiterung dringend erforderlich

In die Vorwegerhebungen zu den Umweltstatistiken war u. a. die Frage nach dem noch verfügbaren Restvolumen der einzelnen Deponien einbezogen. Angaben hierzu wurden auch für die noch zu schließenden Übergangsdeponien gemacht, so daß die daraus zu vermittelnden Informationen nur als Groborientierung an einer Momentaufnahme betrachtet werden können, wie sie die nachstehende Tabelle darstellt:

Restvolumen 1000 m ³	Anzahl der Deponien	%
unter 5	309	41
5 bis u. 20	181	24
20 bis u. 100	143	19
100 bis u. 500	76	10
500 und mehr	45	6

Hier spiegelt sich deutlich die Masse der kleinen und zeitlich sehr begrenzt zu betreibenden Deponien in den unteren Kapazitäten. Der sicher nicht ganz exakte Versuch, über die Intervallmitten der verschiedenen Größenklassen auf die sich für das ganze Land ergebende Restkapazität zu schließen, führt immerhin zu einer ersten Vorstellung von einer Größenordnung zwischen 70 und 100 Mill. Kubikmeter. Unter der Voraussetzung, daß mit gesteigertem Umweltbewußtsein der Bevölkerung und einer beabsichtigten Verringerung des Verpackungsmülls sowie der zunehmenden Wiederverwendung von Abfallstoffen (Recycling) die gegenwärtige Jahresmüllmenge¹ von rund 12 bis 14 Mill. Kubikmeter vorerst nicht wesentlich zunimmt, würde die Anfang 1975 verfügbar gewesene Deponienkapazität nur noch etwa sechs bis sieben Jahre ausreichen.

¹ Ohne den auf Sonderdeponien zu verbringenden Sondermüll.

Es ist allerdings in Frage zu stellen, ob wegen der Beschaffenheit der Mehrzahl dieser Plätze die theoretisch noch verfügbare Kapazität genutzt werden kann. Demnach ist davon auszugehen, daß die errechneten Ablagerungsmöglichkeiten nur noch für einen kürzeren als den genannten Zeitraum zur Verfügung stehen. Dies legt eindringlich die Notwendigkeit der baldigen Einrichtung weiterer Abfallbeseitigungsanlagen dar.

3.8.3 Immissionsschutz und ständige Luftüberwachung im Land

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz aus dem Jahre 1974 bietet die Grundlage, in nahezu sämtlichen Lebensbereichen einen ausreichenden Schutz der Luft vor Luftverunreinigungen und vor Geräuschen sicherzustellen.

Anlagen, die auf Grund ihrer Beschaffenheit oder ihres Betriebs in besonderem Maße geeignet sind, schädliche Umwelteinwirkungen hervorzurufen, unterliegen einem Genehmigungsvorbehalt. Die zu genehmigende Anlage muß dem Stand der Technik zur Emissionsminderung entsprechen, die Immissionsgrenzwerte im Einwirkungsbereich der Anlage dürfen nicht überschritten werden. Nur wenn diese Voraussetzungen nachgewiesen sind, darf die Anlage unter dem Gesichtspunkt des Immissionsschutzes genehmigt werden.

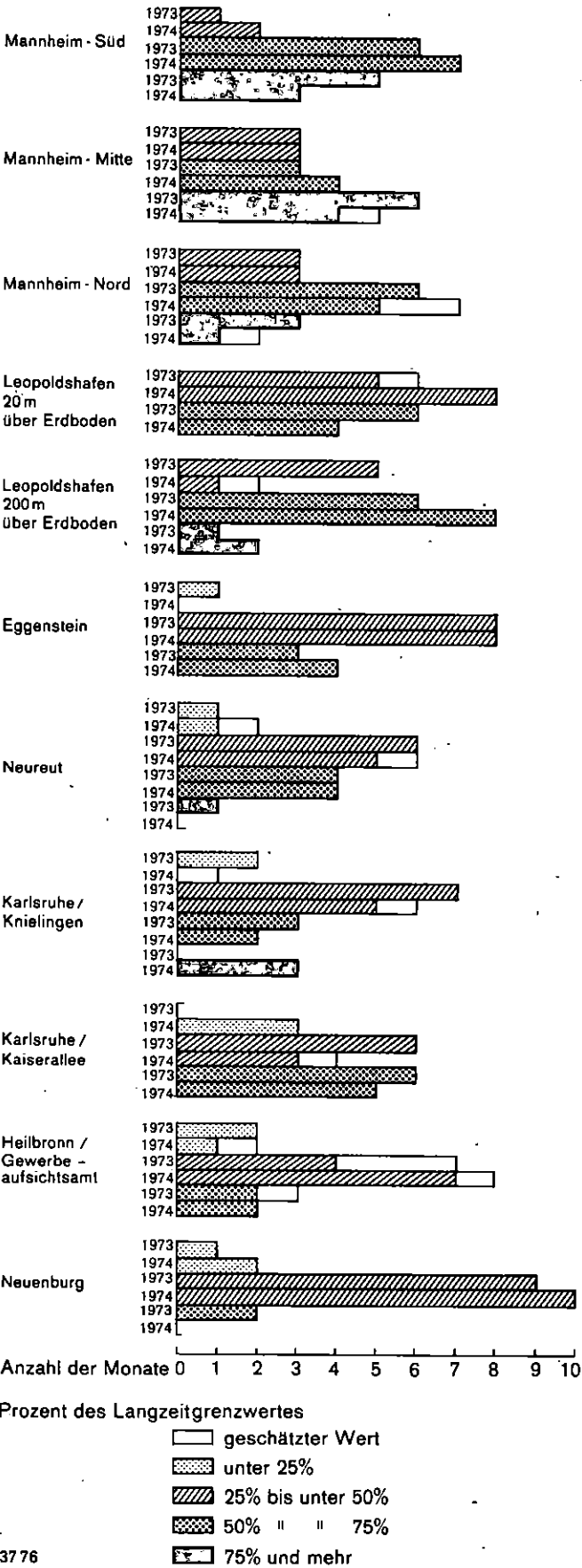
Bei den übrigen immissionsrelevanten Anlagen ist sicherzustellen, daß schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, bzw. daß unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Ein ausreichender Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch bestehende Anlagen wird durch Anordnung nachträglicher Schutzvorkehrungen sichergestellt.

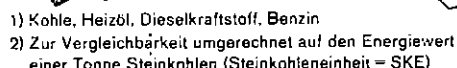
Die beim Immissionsschutz zu beachtenden Grundsätze ergeben sich im Regelfalle aus den Technischen Anleitungen zum Schutz der Luft und zum Schutz vor Lärm.

Die Luftgütemessung ist gegenwärtig gekennzeichnet durch den Übergang von Registrierungsmeßgeräten zu vollautomatischen Vielkomponentenstationen mit Datenfernübertragung. In neun Meßgebieten (in den Ballungsräumen und im Rheintal) wird zur Zeit die Konzentration des Schadgases Schwefeldioxid (SO₂) festgestellt. Die Ergebnisse zeigen deutlich, daß die Konzentration überall unter den in der Technischen Anleitung zum Schutz der Luft festgelegten Grenzwerten liegen. Diese günstige Situation ist neben lufthygienischen Sanierungsmaßnahmen auch auf das Fehlen länger anhaltender ungünstiger Wetterlagen zurückzuführen.

Schaubild 4
Schwefeldioxid - Immissionsmessungen
 Monatsmittelwerte in Prozent
 des Langzeitgrenzwertes von 0,14 mg/m³



Der Verbrauch von Primär- und Umwandlungsenergeträgern¹⁾ als Maßstab für Emissionen 1973
Alle Wirtschaftsbereiche einschließlich privater Haushalte



Sondermeßreihen wie sie etwa am 200-m-Turm in Leopoldshafen durchgeführt werden, sind geeignet, die Kenntnisse über die Verbreitung von Schadgasen in der Atmosphäre zu fördern und haben bereits wichtige Ergebnisse gebracht. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung gegenläufiger Entwicklungen bei den in Leopoldshafen in unterschiedlichen Höhen installierten Meßgeräten. Hier wurden z. B. im November 1975 in 200 m

Um den weitgehenden Einfluß von Großemittenten lückenlos zu erfassen, ist es vor allem im Rheintal notwendig, in den nächsten Jahren verstärkt zu flä-

chendeckenden Messungen mit einer mobilen Vielkomponentenmeßstation überzugehen. Ein entsprechender Luftmeßwagen ist seit Mitte 1975 im Einsatz.

Die Lösung kommunaler Planungsprobleme im Verkehrsbereich verlangt künftig ebenfalls immer öfter den Einsatz mobiler Meßeinrichtungen.

In Schaubild 5 wurde versucht, die in den Kreisen durch die Verwendung von Kohle, Heizöl, Dieselmotorkraftstoff und Benzin entstandenen Luftbelastungen flächenbezogen darzustellen. Bei den bekannten Mängeln einer solchen Darstellungsweise werden immerhin Schwerpunkte der Belastung deutlich, die je nach meteorologischer Situation auch Nachbargebiete beeinträchtigen können.

3.9 Innere Sicherheit

Eines der großen Probleme, die die Zusammenballung von Menschen mit sich bringt, ist das der Sicherheit des einzelnen und seines Besitzes. Nicht nur kriminelle Taten — jetzt auch in der neuen Form des Terrorismus — gefährden die Bevölkerung, auch das Zusammenwirken verschiedenster Faktoren, z. B. im Massenverkehr kann zu einer Gefährdung führen. Ebenso können sich soziale Spannungen gegen die Einrichtungen des Staates und seine demokratische Grundordnung richten.

Aufgabe des Staates ist es, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, sie über die Ursachen dieser Gefährdungen aufzuklären und Möglichkeiten ihrer Verhinderung aufzuzeigen. Zur Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität ist vor allem eine intensive Überwachung von Gefahrenpunkten — dies gilt gleichermaßen für die Verkehrs- wie die klassische Kriminalität — notwendig. Intensiver In-

formationsaustausch wie auch eine personell und materiell gute Ausstattung aller betroffenen Behörden und Dienststellen sind zwingend.

Mit diesen vielfältigen Aufgaben jedoch kollidiert die finanzielle Situation des Staates. Wichtig ist daher, aus den bisherigen Gefährdungssituationen und der Analyse ihrer Ursachen die mögliche künftige Entwicklung zu erkennen und damit Grundlagen für eine wirksame Planung zu schaffen. Das gilt um so mehr, als die Änderung der Altersstruktur der Bevölkerung weitere Probleme bringen wird, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Jahre 1959 bis 1969 die kriminell intensiven Altersjahre der Jugendlichen (ab 14 Jahre), der Heranwachsenden und der Jungerwachsenen (bis zu 30 Jahren) erreichen.

3.9.1 Kriminalitätsentwicklung

Die Entwicklung der Kriminalität ist in den letzten zehn Jahren von verschiedenen Faktoren geprägt worden. Zum einen ist die Bevölkerung um etwa 1 Million gewachsen, zum anderen hat sich ihre Altersstruktur verschoben. Das ist deshalb von Bedeutung, weil verschiedene Altersgruppen eine unterschiedliche kriminelle Intensität zeigen. So wird auch in den nächsten 10 Jahren die Zahl der 15- bis 25-jährigen ständig steigen, die zu den kriminell intensivsten Jahrgängen gehören. Doch auch von der Straftatenseite her verändert sich ständig das Bild der Kriminalität.

Zunächst ist festzustellen, daß die Zahl der Straftaten erheblich mehr zugenommen hat als die Bevölkerung, so daß die Häufigkeitszahl (die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten auf 100 000 Einwohner) seit 1965 kontinuierlich gestiegen ist, und zwar von 2 461 auf 3 712. Dabei sind allerdings

Tabelle 1:
Entwicklung von Straftaten

Jahr	Straftaten insgesamt		Straftaten wider das Leben	Raub, räuberische Erpressung 1)	Körperverletzungen-	Diebstahlsdelikte	Betrugs-	Rauschgiftkriminalität
	bekannt gewordene Fälle	H _z 2)						
1965	204 126	2 461	10	11	156	1 247	296	1
1966	221 851	2 603	10	12	157	1 364	290	1
1967	240 576	2 814	9	14	156	1 492	320	1
1968	252 353	2 922	10	14	157	1 609	314	2
1969	263 492	2 987	9	16	164	1 688	311	5
1970	292 939	3 288	9	19	171	1 925	287	19
1971	300 953	3 299	8	21	178	1 971	331	59
1972	305 484	3 374	7	23	177	2 077	289	42
1973	309 561	3 383	8	22	165	2 075	296	45
1974	343 015	3 712	7	26	176	2 296	331	43

1) Einschließlich räuberischer Angriff auf Kraftfahrer. — 2) Häufigkeitszahl auf 100 000 Einwohner.
Quelle: Landeskriminalamt

ganz erhebliche regionale Unterschiede festzustellen. Generell kann man sagen, daß sie in Landgemeinden und Städten unter 100 000 Einwohnern geringer ist als in den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Diese Unterschiede wirken sich nicht allein in Baden-Württemberg, sondern auch im Bundesgebiet aus. Der Bundesdurchschnitt beträgt 4 419. niedrigere Häufigkeitsziffern als Baden-Württemberg weisen nur das Saarland mit 3 589 und Rheinland-Pfalz mit 3 693 auf. In allen übrigen Ländern liegt die durchschnittliche Häufigkeitszahl höher.

Besonders auffallend ist die Zunahme der Diebstahlsdelikte — mit den Schwerpunkten Diebstahl aus Warenhäusern und Selbstbedienungsläden sowie Diebstahl aus Kraftfahrzeugen — auf über 200 000 Fälle, die fast zwei Drittel aller bekannt gewordenen Straftaten ausmachen. Die hier ganz besonders niedrige und ständig weiter absinkende Aufklärungsquote (unter 30%) ist die Ursache dafür, daß die Aufklärungsquote für alle Straftaten bei 48,8% liegt.

Im Bundesdurchschnitt wurde indes eine noch niedrigere Quote ermittelt. Nur die Länder Bayern und Rheinland-Pfalz haben bessere Aufklärungsquoten aufzuweisen, wobei die Quote von Rheinland-Pfalz nur um 0,1% über derjenigen Baden-Württembergs liegt.

Die Häufigkeit von Körperverletzungsdelikten ist 1974 um 7,7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, die der Tötungsdelikte ist zurückgegangen. Dagegen haben neben Diebstahl Raub und Rauschgiftdelikte — Taten, an denen Minderjährige überdurchschnittlich beteiligt sind — in den letzten Jahren relativ stark zugenommen. So wurden 1974 mehr als 1 100 Fälle illegalen Handels und Schmuggels von Rauschmitteln bekannt und mehr als 3 000 Tatverdächtige

ermittelt, die sich über einen längeren Zeitraum illegal Betäubungsmittel verschafft hatten. Außerdem sind noch mehr als 300 Fälle von Diebstählen von Betäubungsmitteln oder Rezepten bzw. von Fälschungen von Rezepten erfaßt worden.

Auch in den Kriminalitätsbelastungsziffern (ermittelte Tatverdächtige auf 100 000 Einwohner) zeigt sich deutlich ein Trend zur verstärkten Jugendlichen- und Heranwachsendenkriminalität. Allerdings hat sich die Entwicklung bei den Jugendlichen seit 1972 stark von der der Heranwachsenden abgesetzt. Ob dieser neue Trend sich in den nächsten Jahren fortsetzen kann, ist noch ungewiß.

Von den Gerichten Verurteilte 1974

Die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen rechtskräftig Verurteilten hat im Jahre 1972 ihren Höchstwert erreicht und ist seitdem um 3,7% auf 100 602 im Jahr 1974 zurückgegangen.

Diese Entwicklung war jedoch nicht einheitlich und wurde von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst. So sank im Jahr 1973 die Zahl der wegen sog. klassischer Delikte (Verbrechen und Vergehen ohne Vergehen im Straßenverkehr) verurteilten Personen gegenüber 1972 um 3,3% bei gleichzeitigem Ansteigen der wegen Verkehrsdelikten Verurteilten von 47 879 auf 48 173. Im Jahre 1974 erreichte die Zahl der wegen allgemeiner Kriminalität Verurteilten mit 56 152 beinahe wieder die von 1972 mit 56 632. Die Zahl der wegen Verkehrsdelikten Verurteilten nahm dagegen im Jahr 1974 gegenüber 1973 um 7,7% ab, vermutlich bedingt durch die Auswirkungen der Energiekrise und der daraufhin getroffenen Maßnahmen; relativ ohne Einfluß blieben diese auf die wegen Straßenverkehrsvergehen verurteilten Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre), deren Zahl gegenüber 1973 (1 755) um 8,6% zu-

Tabelle 2

Anteil der Minderjährigen an ausgewählten Delikten, 1974

Straftat	Tatverdächtige insgesamt	Darunter			
		Heranwachsende	Jugendliche	Kinder	Minderjährige insgesamt
		in %			
Raub, räuberische Erpressung, Autostraßenraub	1 870	24,5	18,1	4,7	47,3
Körperverletzungsdelikte	16 862	11,8	6,1	0,8	18,7
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	36 818	12,6	19,8	9,9	42,4
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	23 212	24,8	27,0	6,7	58,5
Erpressung	283	11,3	18,0	13,4	42,8
Sachbeschädigung	5 860	19,4	18,7	9,1	47,2
Brandstiftung	1 427	5,7	8,1	29,6	43,4
Rauschgiftdelikte	3 508	39,0	19,0	0,1	58,1
Straftaten insgesamt	149 529	13,9	13,5	4,5	31,9

nahm, und die sogenannten Alkoholsünder. Die Zahl der wegen Trunkenheit im Verkehr Verurteilten (§ 316 StGB) stieg um 9,5% auf 8 076 an.

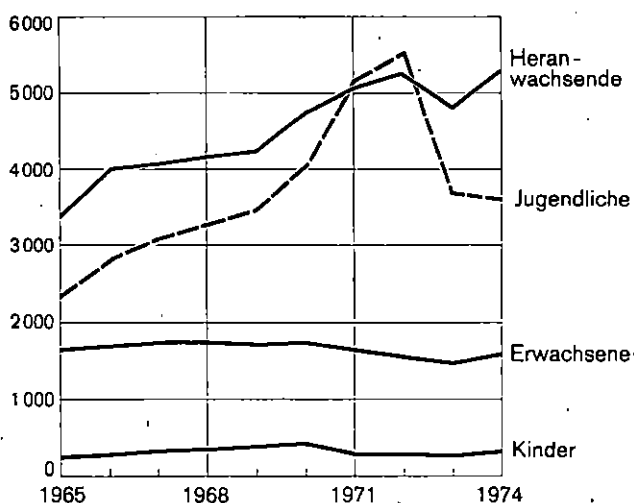
Die Straftaten der nach allgemeinem Strafrecht verurteilten Personen wurden 1974, erstmals nach dem durch die Gesetzesreform bedingten Rückgang, wieder häufiger mit Freiheitsstrafe geahndet. Der Anteil der zur Freiheitsstrafe als der schwersten verhängten Strafe verurteilten Personen stieg von 14% im Jahre 1972 auf 15,1% (bei den wegen klassischer Delikte Verurteilten von 22,8 auf 23,3% und bei den wegen Verkehrsdelikten Verurteilten von 5,8% auf 6,4%), deren Vollstreckung jedoch in vermehrtem Umfang ausgesetzt wurde (1973: 53,6%; 1974: 54,6%). Insbesondere wurden wieder häufiger kurzfristige Freiheitsstrafen bis einschließlich 6 Monaten ausgesprochen, deren Anteil an den verhängten Freiheitsstrafen 1974 bei den wegen klassischer Delikte Verurteilten 51% (1973: 49,3%) und bei den wegen Verkehrsdelikten Verurteilten 81,6% (1973: 80,6%) betrug. Bei den Geldstrafen hat sich die Verlagerung hin zur höheren Geldstrafe fortgesetzt. 1974 wurden schon bei 16,4% der zur Geldstrafe als schwerster Strafe Verurteilten (1973: 14,4%) eine solche von mehr als 1 000,— DM festgesetzt, vornehmlich bei den Verkehrsdelinquenten (23,4%), in zunehmendem Maße jedoch auch bei den wegen klassischer Delikte Verurteilten (8,4%). Wieweit und ob diese Entwicklungen anhalten, wird sich erst bei Vorliegen entsprechender Daten nach dem Inkrafttreten des neuen Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches seit dem 1.1.1975 zeigen.

Bei den nach Jugendstrafrecht verurteilten Jugendlichen und Heranwachsenden ist die Zahl der verhängten Jugendstrafen als der schwersten Strafe oder Maßnahme auch im Jahr 1974 weiter angestiegen auf einen Anteil von nunmehr 15,5% (1973: 14,8%). Diese Entwicklung ist weniger auf gesetzgeberische Maßnahmen, sondern vornehmlich auf eine Zunahme der schweren Kriminalität — 1974 vorwiegend im Bereich der Körperverletzungsdelikte und des Betäubungsmittelgesetzes — zurückzuführen, was auch dadurch bestätigt wird, daß die Zahl der wegen klassischer Delikte verhängten Jugendstrafen mit einer Zeitdauer von mehr als einem Jahr von 478 (1973) auf 620 im Jahr 1974 anstieg.

Bei einer vergleichenden Betrachtung der Straffälligkeit von Deutschen und Ausländern fällt auf, daß die kriminelle Belastung (Verurteilte auf 100 000 der entsprechenden Wohnbevölkerung) der 21- bis 30-jährigen verurteilten Ausländer seit 1972 in ungleich stärkerem Maße zurückging (1972: 4 125; 1974: 3 251) wie die der Deutschen (1972: 2 769; 1974: 2 552), auch wenn sie weiterhin höher ist. Läßt man aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit im Bereich der klassischen Kriminalität die Vergehen gegen das Wehrstrafgesetz und gegen das Aus-

Schaubild 1

Kriminalitätsbelastungsziffern*



* Ermittelte Tatverdächtige auf 100 000 der entsprechenden Altersgruppe

ländergesetz außer Betracht, so lauten die entsprechenden Verurteilungsziffern 1 389 zu 1 198. Bei der Altersgruppe der 14- bis unter 21-jährigen ist dagegen die kriminelle Belastung der Ausländer seit 1972 in geringerem Maße rückläufig wie die der entsprechenden deutschen Bevölkerung (1972: 1 781 bzw. 1 737; 1974: 1 554 zu 1 672) und liegt im Jahr 1974 im Gegensatz zum Jahr 1972 über der der Deutschen.

Vorausschätzung der Abgeurteilten und Verurteilten

Die vorliegende Vorausschätzung der von den Gerichten des Landes jährlich rechtskräftig abgeurteilten und verurteilten Delinquenten ist eine Fortschreibung des status quo unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung¹. Bei den Berechnungen wird von der kriminellen Belastung der einzelnen Altersjahre der Wohnbevölkerung im Jahre 1974, d. h. von den Abgeurteilten- und Verurteilungsziffern 1974 ausgegangen. (Abgeurteilte/Verurteilte auf 100 000 des entsprechenden Alters in der Wohnbevölkerung). Es wird damit unterstellt, daß sich die vielfältigen Faktoren, die auf den Täter in seinen sozialen Bezügen einwirken, nicht verändern. Denn es gelingt nur in sehr beschränktem Maße, Einflußfaktoren wirklichkeitsnah als „Kriminogene Faktoren“ zu qualifizieren, was in verstärktem Maße für den Fall Geltung erlangt, wenn unbekannte zukünftige Bedingungen in die Betrachtung einbezogen werden müssen. Auch politisch-gesellschaftliche Faktoren, wie die Entscheidungen des Strafgesetzgebers oder der Organe der Strafrechts-

1. Vgl. G. Gröner: Voraussichtliche Entwicklung der deutschen und der Gesamtbevölkerung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12, 1973

pflege, die zwar nicht das Legalverhalten einer Persönlichkeit unmittelbar beeinflussen, sondern die Kriminalität als gesamtgesellschaftliche Erscheinung steuern, sind hinsichtlich ihrer längerfristigen Entwicklung nicht quantifizierbar.

Maßgebend wird die Prognose der Zahl der verurteilten Personen in den kriminologisch relevanten Altersgruppen dadurch bestimmt, daß die Zahl der Jugendlichen bis zum Jahre 1981 um 17% ansteigen und danach wegen der in den vergangenen Jahren stark zurückgegangenen Geburtenhäufigkeit bis zum Jahre 1990 um 25% unter die Zahl von 1974 abfallen wird. Bei der Gruppe der Heranwachsenden, bei denen sich der in der Mitte der 60er Jahre einsetzende Geburtenrückgang erst später auswirken wird, ist bis zum Jahre 1984 eine Zunahme von 26% zu verzeichnen und erst danach wird eine rückläufige Tendenz eintreten. Im Gegensatz zur Bevölkerungsentwicklung dieser beiden seit jeher am stärksten kriminell belasteten Altersgruppen ist bei den Erwachsenen bis zum Jahre 1990 ein Gesamtzuwachs, bedingt im wesentlichen durch die heute bereits bestehende Altersgliederung, um 16% zu erwarten.

Ausgehend von den oben genannten Voraussetzungen wird die Zahl der rechtskräftig Verurteilten etwa bis zum Jahre 1985 ansteigen und nach Erreichen eines neuen Höchstwertes von rund 114 400

wieder leicht zurückgehen. Am auffälligsten ist dabei die Entwicklung bei den jugendlichen Verurteilten, die zwar im Vorausschätzungszeitraum ebenfalls die höchste Zahl der vergangenen 20 Jahre erreichen werden (1981 mit etwa 11 800), danach jedoch bis zum Jahre 1990 ständig rückläufige Tendenz aufweisen und mit etwa 7 400 wieder in etwa die Werte der Jahre 1967 oder 1958 erreichen werden. Auch die Zahl der heranwachsenden Delinquenten wird im Jahre 1985 mit rund 17 500 einen neuen Höchstwert erreichen, danach jedoch wieder auf die Zahl des Jahres 1974 zurückgehen. Die Zahl der erwachsenen Verurteilten wird im Gegensatz zur Entwicklung der beiden anderen Altersgruppen im ganzen Berechnungszeitraum zunehmen und im Jahre 1990 den vorläufigen Höchstwert von etwa 89 600 erreichen (vgl. im einzelnen Tabelle 3).

Wenn auch die Bevölkerungsvorausschätzung für Baden-Württemberg aus heutiger Sicht als etwas überhöht angesehen werden kann (weiter gesunkene Fruchtbarkeit; Abwanderung), so müssen doch die darauf basierenden Verurteiltenzahlen (einschließlich der Varianten der Abgeurteiltenzahlen und der verurteilten Deutschen) im Hinblick auf die Entwicklung der kriminellen Belastung der drei genannten Altersgruppen voraussichtlich als Mindestwerte betrachtet werden. Die Verurteiltenziffern der Heranwachsenden und vornehmlich die der Jugendlichen weisen eine insgesamt steigende Tendenz auf;

Tabelle 3

Vorberechnung von Bevölkerung, Abgeurteilten und Verurteilten *

Bezeichnung		Stand 1974	Berechnung für		
			1980	1985	1990
		1000 Personen			
Wohnbevölkerung:	Jugendliche ¹⁾	557,8	646,3	583,1	420,6
	Heranwachsende ²⁾	390,8	464,6	491,4	401,9
	Erwachsene ³⁾	6 291,4	6 719,1	7 025,0	7 319,9
	insgesamt (ohne Kinder)	7 240,0	7 830,0	8 099,5	8 142,5
Abgeurteilte:	Jugendliche ¹⁾	11,3	13,2	12,2	8,7
	Heranwachsende ²⁾	15,1	17,9	18,9	15,4
	Erwachsene ³⁾	85,3	91,3	95,8	100,7
	insgesamt	111,7	122,4	126,9	124,9
darunter Verurteilte:	Jugendliche ¹⁾	10,1	11,7	10,8	7,3
	Heranwachsende ²⁾	13,9	16,5	17,4	14,2
	Erwachsene ³⁾	76,6	82,0	86,1	89,6
	insgesamt	100,6	110,3	114,3	111,2
darunter Deutsche Verurteilte:	Jugendliche ¹⁾	9,2	10,6	9,2	5,9
	Heranwachsende ²⁾	12,0	14,9	15,7	12,0
	Erwachsene ³⁾	60,7	63,2	65,9	68,5
	insgesamt	81,9	88,7	90,9	86,4

* Bevölkerung jeweils zum 1.1. des Jahres; Abgeurteilte und Verurteilte innerhalb des Jahres.

1) 14 bis unter 18 Jahre. — 2) 18 bis unter 21 Jahre. — 3) 21 Jahre und älter.

bei den Erwachsenen scheint sich seit 1960, bei leicht rückläufiger Tendenz, die Ziffer stabilisiert zu haben, doch ist hier ein Ansteigen der Verurteilungszahlen vornehmlich im Bereich der kriminell anfälligen Jungerwachsenen (21 bis 30 Jahre) zu erwarten.

3.9.2 Sicherheitsplan für das Land

Die innere Sicherheit auch angesichts der wachsenden Gefahren zu gewährleisten, zählt mit zu den wichtigsten Aufgaben. Ein von der Landesregierung erarbeiteter Sicherheitsplan wurde dem Landtag und der Öffentlichkeit im Dezember 1973 vorgelegt. Sein langfristiges Konzept schafft die Voraussetzungen für eine wirksamere Bekämpfung der Kriminalität, für die Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr und für eine bessere Erfüllung aller anderen Sicherheits- und Ordnungsaufgaben. Zu diesem Zweck sieht er ein in sich verzahntes Bündel schrittweise zu verwirklichender Maßnahmen vor. Trotz der schwierig gewordenen Haushaltslage konnten bisher die im Sicherheitsplan vorgegebenen Ziele erreicht werden.

Personal der Polizei

Kernstück des Sicherheitsplans ist die personelle Verstärkung der Polizei. Während in den Jahren 1969 bis 1972 für den Bereich der Polizei und den Verfassungsschutz 930 neue Stellen bewilligt wurden, sind für die Jahre 1973 bis 1976 2 237 neue Stellen geschaffen worden. Dies bedeutet eine Steigerung um 140%. Die Polizeidichte von einem Polizeibeamten auf 547 Einwohner zur Zeit der Aufstellung des Sicherheitsplans konnte mit den für 1976 bewilligten Stellen auf rund 1:500 verbessert werden.

Nach den Ergebnissen der Personalstandserhebung am 30.6.1975 waren 19 368 Polizeibedienstete (Iststärke der Polizeivollzugsbeamten, Verwaltungsbeamten, Angestellten und Arbeiter) eingesetzt, das sind 9,6% des Gesamtpersonals der staatlichen Verwaltung. In der Skala staatlicher Aufgaben nimmt der Bereich der „öffentlichen Sicherheit“ in der Rangfolge der Personalintensität den vierten Platz ein. Im Rechtsschutz sind weitere rund 14 000 Personen beschäftigt, darunter knapp 1 500 Richter, mehr als 300 Staatsanwälte und mehr als 2 000 Bedienstete im Strafvollzug.

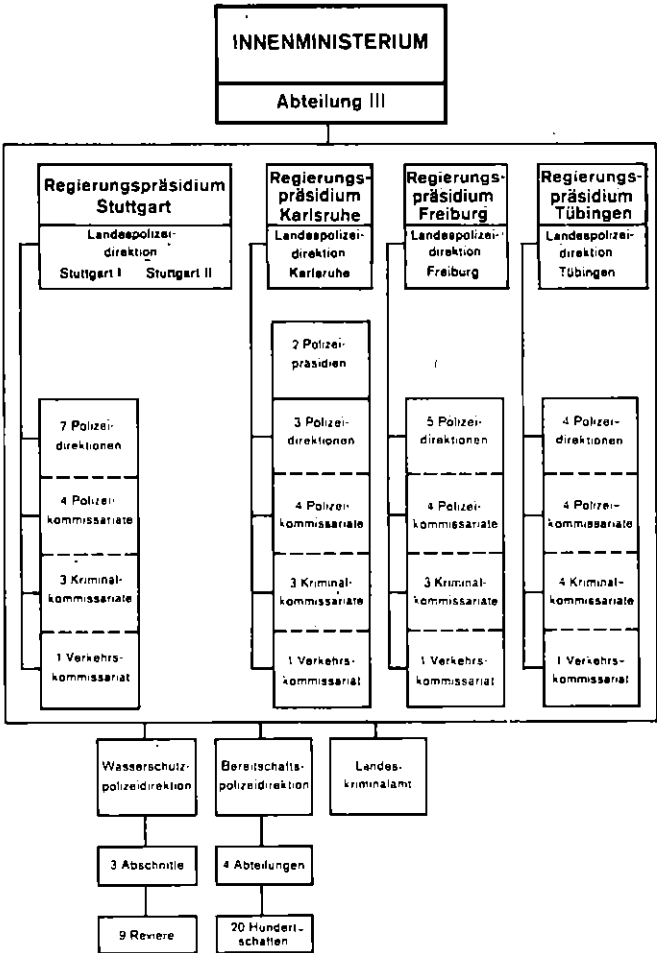
Bedingt durch die völlig anders geartete Aufgabenstellung der Polizei gegenüber dem sonstigen Staatsdienst weicht die Zusammensetzung des Personalkörpers von denen anderer Aufgabenbereiche ab. Er hat unter allen Aufgabenbereichen den höchsten Beamtenanteil und beschäftigt dagegen verhältnismäßig wenig Angestellte.

	Beamte	Angestellte Anteil in %	Arbeiter
Polizei	85,8	10,7	3,5
übrige Staatsverwaltung	62,1	30,8	7,1

Beim Vergleich mit der übrigen Staatsverwaltung zeigt auch die Aufteilung der beamteten Polizeikräfte auf die einzelnen Laufbahn- und Besoldungsgruppen im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse bei der Polizei erheblich andere Anteile. Nach dem Stand vom 30.Juni 1974 entfielen von den Polizeibeamten fast neun Zehntel auf die Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes, hier aber verhältnismäßig viel, nämlich gut ein Drittel, auf die Besoldungsgruppe A 9 (Polizei-/Kriminalhauptmeister) und fast drei Fünftel auf die Besoldungsgruppen A 7 und A 8 (Polizei-/Kriminalmeister und -obermeister). 11,7% der Polizeibeamten war 1974 im gehobenen Dienst und zwar nahezu die Hälfte als Polizeihauptkommissare in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 13. Der Anteil des höheren Dienstes ist mit 0,6% innerhalb eines Fünfjahreszeitraums konstant geblieben.

Schaubild 2

Organisation der Polizei



Was kostet die Polizei?

Innerhalb der Ausgaben für die Polizei dominieren mit weitem Abstand die Personalausgaben (über 80%). Da das Land in der Polizeidichte (20 Polizeibeamte auf 10 000 Einwohner) noch unter dem Bundesdurchschnitt (24) liegt, ist es verständlich, daß auch die Gesamtausgaben für die Polizei 1973 noch bei 3,3% des Gesamthaushaltsvolumens (Bundesdurchschnitt 3,7%) lagen. Im Jahre 1974 sind die Gesamtausgaben der Polizei aber mit 689,8 Mill. DM bereits auf 3,6% des gesamten Haushaltsvolumens angestiegen. Aus den überdurchschnittlich gestiegenen Ausgaben für die Polizei des Jahres 1974 gegenüber 1973 mit 24% (der gesamte Haushalt ist nur um 14,5% angewachsen) geht hervor, daß sich bereits 1974 die Verwirklichung des Sicherheitsplans deutlich im Landeshaushalt niederschlägt.

Neben der personellen Verstärkung wurden auch die Ausgaben für die Ausstattung der Polizei mit technischen Hilfsmitteln und für Baumaßnahmen in Erfüllung des Sicherheitsplans gegenüber früheren Jahren beträchtlich erhöht. Für Sachinvestitionen haben in den Jahren 1969 bis 1972 43,7 Mill. DM zur Verfügung gestanden; für die Jahre 1973 bis 1976 wurde diese Summe auf 129,7 Mill. DM verdreifacht. Auch bei den Investitionen für Baumaßnahmen ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen: In den Jahren 1969 bis 1972 sind für Baumaßnahmen im Bereich der Polizei 81 Mill. DM bereitgestellt worden; für die Jahre 1973 bis 1976 erhöhte sich dieser Betrag auf mehr als das Doppelte (170 Mill. DM).

Weitere Entwicklung

Eine der vordringlichsten Aufgaben ist die weitere personelle Verstärkung der Polizei, die zu Anfang der 80er Jahre zu der im Sicherheitsplan vorgesehenen Polizeidichte von 1 : 400 führen soll. Gleichzeitig sind die Maßnahmen fortzuführen, durch die die Ausbildungskapazitäten von Bereitschaftspolizei und Landes-Polizeischule den neuen Dimensionen angepaßt werden.

Tabelle 4

Ausgaben für die Polizei 1973

Land	Ausgaben Mill. DM	Darunter Personalausgaben	
		Mill. DM	%
Schleswig-Holstein	202,8	171,6	84,6
Niedersachsen	473,9	387,1	81,7
Nordrhein-Westfalen	1 144,1	897,5	78,4
Hessen	364,2	223,6 ¹⁾	61,4
Rheinland-Pfalz	245,2	198,4	80,9
Baden-Württemberg	555,8	454,3	81,7
Bayern	680,1	501,3 ¹⁾	73,7
Saarland	89,5	77,7	86,8
Bundesländer	3 755,6	2 911,6	77,5

1) Länder mit kommunaler Polizei.

Technischer Fortschritt, gesellschaftliche Veränderungen und neue Erscheinungsformen der Kriminalität stellen immer höhere berufliche Anforderungen an den Polizeibeamten. Der Sicherheitsplan enthält daher auch eine neue Ausbildungskonzeption für die Polizei. Bereits seit Herbst 1972 ist ein einjähriger Aufbaulehrgang zur Fachschulreife für alle Bewerber ohne mittleren Bildungsabschluß obligatorisch. Es ist in Aussicht genommen, die Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst auf der Fachhochschulreife aufbauen zu lassen. Daran soll sich als letzter Schritt die Errichtung einer Fachhochschule für die Polizei anschließen.

Der auch im Vergleich zu anderen Bundesländern hohe Stand der technischen Ausrüstung der Polizei wurde seit der Aufstellung des Sicherheitsplans weiter verbessert. Trotz aller finanzieller Schwierigkeiten wurde die für Sachinvestitionen zur Verfügung stehende Summe für die Zeit von 1973 bis 1976 gegenüber den Jahren 1969 bis 1972 verdreifacht. Unter anderem wurde dadurch der zügige Aufbau des EDV-Fahndungssystems ermöglicht. In wenigen Monaten wurden alle 22 vorgesehenen Datenstationen eingerichtet. Mit Hilfe der EDV-Fahndung konnten 1974 in Baden-Württemberg über 10 000 gesuchte Personen festgenommen werden, ein Fünftel aller auf dem EDV-Fahndungssystem beruhenden Festnahmen in der Bundesrepublik. Zusätzlich zur Personenfahndung wurde im Mai 1974 die Kraftfahrzeug-Fahndung und im Januar 1975 die Sachfahndung an das EDV-Fahndungssystem angeschlossen.

Eine wichtige Aufgabe für die nächste Zukunft wird der weitere Ausbau des polizeilichen Informationssystems sein. Zur Erfassung und Verwertung aller für die polizeilichen Ermittlungen wesentlichen taterbezogenen Daten wurde die Personenauskunftsdatei (PAD) entwickelt. Zur Zeit sind in Baden-Württemberg als einzigem Bundesland Daten über ca. 400 000 Straftäter EDV-mäßig erfaßt. Bereits 1976 sollen jedem Polizeibeamten die Daten aller bis dahin der Polizei bekannt gewordenen Straftäter zur Verfügung stehen. Im Endausbau soll das polizeiliche Informationssystem bundesweit sämtliche für die Verbrechensbekämpfung relevanten Daten ständig abrufbereit zur Verfügung halten.

In der Zukunft wird noch mehr Gewicht auf die Vorbeugungsarbeit zu legen sein. Die Grundlage hierfür wurde durch die Erweiterung des kriminalpolizeilichen Vorbeugungsprogramms für Bund und Länder geschaffen, für das Projektleitung und Geschäftsführung beim Land Baden-Württemberg liegen.

Generell wird für die Gewährleistung der inneren Sicherheit und die Befriedigung des Sicherheitsbe-

dürfnisses der Bevölkerung von großer Bedeutung sein, daß auch in den folgenden Jahren der Sicherheitsplan in vollem Umfange verwirklicht wird.

3.9.3 Die Gefährdung im Straßenverkehr

In Baden-Württemberg ereignen sich jährlich rund 200 000 Unfälle, wovon etwa 50 000 mit Personenschaden verbunden sind. Dabei werden gut 70 000 Menschen pro Jahr verletzt, was in etwa der heutigen Einwohnerzahl Tübingens entspricht. Fast 2 500 Personen finden den Tod, das heißt täglich sterben fast 7 Menschen auf den Straßen Baden-Württembergs.

Immerhin jeder 40. Sterbefall des Landes ist auf einen Kraftfahrzeugunfall zurückzuführen. Beängstigend ist in diesem Zusammenhang insbesondere, daß rund 50% aller weiblichen und über 60% aller männlichen Gestorbenen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren infolge Kraftfahrzeugunfällen ums Leben kommen (Schaubild 3). Auf diesen hohen Anteil von Kraftfahrzeugunfällen ist es auch zurückzuführen, daß die Sterblichkeit besonders der männlichen Bevölkerung im jugendlichen Alter unnatürlich hoch ist; die Sterbewahrscheinlichkeit eines 18-jährigen entspricht heute derjenigen eines 35-jährigen¹. Wie aus Schaubild 2 in Kapitel 3.1.1 ersichtlich ist, hat die Sterbewahrscheinlichkeit der Jugendlichen beider Geschlechter innerhalb des letzten Jahrzehnts nicht zuletzt wegen der Kfz-Unfälle besonders stark zugenommen (bei den 18-jährigen um etwa 30%!).

1 Vgl. Steinki, P., Allgemeine Sterbetafel für Baden-Württemberg in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1975, S. 267, Schaubild 1.

Tabelle 5

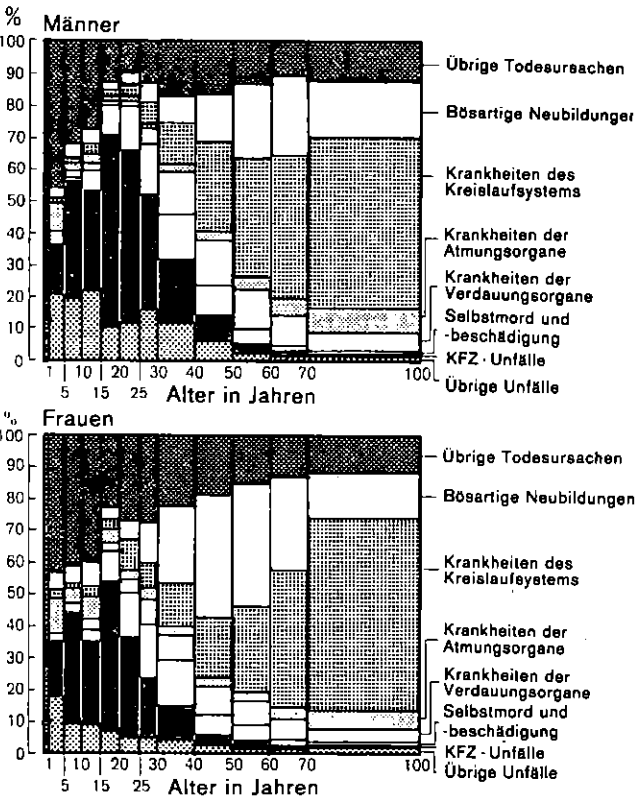
Straßenverkehrsunfälle sowie die dabei getöteten und verletzten Personen

Zeitraum	Unfälle			Verunglückte Personen		
	insgesamt 1)	davon mit		insgesamt	davon	
		Personen-	Sach- 1)		Getötete	Verletzte
1953	69 940	37 104	32 836	49 256	1 819	47 437
1958	97 275	38 709	58 566	51 518	1 710	49 808
1963	151 728	41 080	110 648	59 496	1 888	57 608
1968	176 594	44 166	132 428	65 842	2 322	63 520
1970	211 211	50 414	160 797	77 410	2 798	74 612
1971	203 117	49 360	153 757	75 266	2 776	72 490
1972	209 429	51 664	157 765	78 185	2 919	75 266
1973	199 944	48 288	151 656	72 438	2 656	69 782
1974	185 838	45 999	139 839	67 331	2 346	64 985
darunter:						
Jan. bis Okt.74	151 151	38 195	112 956	55 924	1 926	53 998
Jan. bis Okt.75 ²⁾	155 729	40 032	115 697	58 149	1 853	56 296

1) Einschließlich Bagatellunfälle. — 2) Vorläufige Zahlen.

Schaubild 3

Prozentuale Gliederung der Sterbefälle nach Todesursachen und Altersgruppen 1970/72



Neben der Tragik in jedem Einzelfall ist der Unfalltod auch ein gesellschaftliches und volkswirtschaftliches Problem. Experten schätzen die Kosten jedes Verkehrstoten auf etwa 190 000 DM².

2 Vgl. Ranft, F., Artikel in „Die Zeit“ Nr. 35/1975, S. 33

Wachsendes Verkehrsvolumen bewirkt höhere Unfallziffern

In der Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden zeichnete sich in der Vergangenheit eine beachtlich steigende Tendenz ab. Die Zahl dieser Unfälle nahm von rund 37 100 im Jahre 1953 mit freilich großen jährlichen Schwankungen stark zu und erreichte 1972 mit fast 51 700 Unfällen einen vorläufigen Höhepunkt (Tabelle 5).

Parallel hierzu stiegen auch die Kraftfahrzeugbestände stark an und nahmen seit 1953 von 800 000 auf 3,3 Millionen zu. Bei den Personenkraftwagen (einschließlich Kombinationsfahrzeuge) war die Ausweitung von 200 000 auf 2,8 Millionen vergleichsweise noch größer. Rund zwei Drittel aller Verkehrsteilnehmer, die in den letzten Jahren an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligt waren, entfielen auf Personenkraftwagen.

Dieser sich in einer langfristigen Betrachtung abzeichnende Zusammenhang zwischen dem Umfang des Straßenverkehrs und der Höhe der Unfallzahlen zeigt sich auch bei einer Betrachtung kleinerer Zeitabschnitte. Dabei werden interessante Gemeinsam-

keiten zwischen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, den Veränderungen im Straßenverkehr und den Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik sichtbar. Indikatoren für die Wandlungen des Verkehrsvolumens sind dabei Änderungen des Kraftfahrzeugbestandes, die Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge (wobei nur die Erstkäufe zu einer Bestandsausweitung beitragen), die Erteilung von Fahrerlaubnissen sowie die Fahrleistung, die sich indirekt aus dem Inlandsabsatz von Vergaserkraftstoffen ablesen läßt.

So zeigten sich beispielsweise ein Abflachen der Unfallziffern in den Rezessionsjahren 1967 und 1968 und ein starker Anstieg während der Boomjahre 1969/70. Insbesondere für diesen Zeitabschnitt ist eine ausgeprägte Parallelität der Unfallentwicklung zur Entwicklung der neu zugelassenen Personenkraftwagen, der jährlichen Zuwachsraten im Pkw-Bestand und der Ersterteilung von Fahrerlaubnissen der Führerscheinklasse 3 festzustellen. Diese Zusammenhänge sind auch für die Jahre 1973 und 1974 zu beobachten, wobei sich hier jedoch eine Vielfalt von Einflußfaktoren überlagern, so daß die Zeitphase ab 1972 gesondert untersucht werden muß.

Tabelle 6

Orientierungsdaten zur Entwicklung des Straßenverkehrs

Bezeichnung	Einheit	1972		1973		1974		1975
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr
Kraftfahrzeugbestand insgesamt ¹⁾	1000 % ⁴⁾	2 953,5	3 002,8	3 130,1	3 138,2	3 193,8	3 193,9	3 276,5
				+ 6,0	+ 4,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,6
Bestand an Pkw ^{1) 2)}	1000 % ⁴⁾	2 473,8	2 519,8	2 635,7	2 642,1	2 691,5	2 692,2	2 768,2
				+ 6,5	+ 4,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,9
Zulassungen fabrikneuer Pkw ^{1) 2)}	1000 % ⁴⁾	194,8	145,6	204,6	126,9	156,8	124,6	177,5
				+ 5,0	- 12,8	- 23,4	- 1,8	+ 13,2
Ersterteilungen von Fahrerlaubnis Kl. 3	1000 % ⁴⁾	69,5	82,9	90,5	70,9	64,0	71,9	66,1
				+ 30,2	- 14,5	- 29,3	+ 1,4	+ 3,3
Inlandsabsatz von Vergaserkraftstoff im Bundesgebiet (in Tonnen)	Mill.t % ⁴⁾	8,8	9,3	9,2	9,3	8,6	9,4	9,5
				+ 4,5	+ 0,0	- 6,5	+ 1,1	+ 10,5
Unfälle mit Personenschaden	1000 % ⁴⁾	25,1	26,6	24,7	23,6	21,6	24,4	23,1 ³⁾
				- 1,6	- 11,3	- 12,6	+ 3,4	+ 6,9
darunter: innerhalb geschlossener Ortschaften	1000 % ⁴⁾	15,9	16,7	15,8	15,3	14,7	16,0	14,8 ³⁾
				- 0,6	- 8,4	- 7,0	+ 4,6	+ 0,7
außerhalb geschlossener Ortschaften	1000 % ⁴⁾	9,2	9,9	9,0	8,2	6,9	8,4	8,3 ³⁾
				- 2,2	- 17,2	- 23,3	+ 2,4	+ 20,3
Verunglückte Personen	1000 % ⁴⁾	37,9	40,3	37,3	35,1	31,4	35,9	33,6 ³⁾
				- 1,6	- 12,9	- 15,8	+ 2,3	+ 7,0
darunter: Getötete und Schwerverletzte	1000 % ⁴⁾	12,6	13,5	12,3	11,4	10,6	12,3	11,2 ³⁾
				- 2,4	- 15,6	- 13,8	+ 7,9	+ 5,7
darunter: innerhalb geschlossener Ortschaften	1000 % ⁴⁾	6,4	6,7	6,4	6,0	5,9	6,6	5,8 ³⁾
				+ 0,0	- 10,4	- 7,8	+ 10,0	- 1,7
außerhalb geschlossener Ortschaften	1000 % ⁴⁾	6,2	6,8	5,9	5,4	4,7	5,7	5,4 ³⁾
				- 4,8	- 20,6	- 20,3	+ 5,6	+ 14,9

1) 1. Halbjahr: am 1. Juli, 2. Halbjahr: am Ende des Jahres. — 2) Einschließlich Kombinationskraftwagen. — 3) Vorläufige Zahl. — 4) Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreshalbjahr.

Neben der Zahl der Kraftfahrzeuge hat auch die Struktur insbesondere des Pkw-Bestandes einen Einfluß auf die Entwicklung der Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Tendenziell hat sich hierbei eine Umschichtung von kleineren Kraftwagen zu Personenfahrzeugen mit größeren Hubraumklassen vollzogen, mit denen wesentliche höhere Reise- und Spitzengeschwindigkeiten erreicht werden können. Als eine Folge dieser Umschichtung erhöhte sich unter allen Personenkraftwagen, die an Unfällen mit Personenschaden beteiligt waren, der Anteil von Autos mit 1 500 und mehr ccm Hubraum zwischen 1969 und 1974 von 35% auf 48%.

Zusammenfassend läßt sich somit feststellen, daß die Grundtendenzen in der Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle in starkem Maße von Wandlungen im Volumen und in der Struktur des Straßenverkehrs bestimmt werden. Vereinfacht ausgedrückt heißt dies, daß mehr Fahrten und mehr Autos in der Regel auch mehr Unfälle mit allen ihren Folgen bedeuten.

Auswirkungen der Geschwindigkeitsbegrenzung

Gegen diese Tatsache spricht nicht, daß auch andere Faktoren, wie die häufig wechselnden Witterungseinflüsse, das Entschärfen besonderer Gefahrenstellen und Änderungen in den gesetzlichen Bestimmungen die Grundtendenzen in der Entwicklung der Verkehrsunfälle überlagern und zeitweise recht beachtliche Schwankungen in der längerfristigen Entwicklung der Unfallzahlen auslösen. In diesem Zusammenhang sind auch Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu nennen, so die nun schon längere Zeit bestehenden Beschränkungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten von Kraftfahrzeugen außerhalb geschlossener Ortschaften, sowie die versuchsweise Einführung allgemeiner Richtgeschwindigkeiten auf Autobahnen und ähnlichen Straßen. Neuerdings hat sich im Gefolge der „Ölkrise“ gezeigt, daß nicht allein technische Zusammenhänge und gesetzliche Bestimmungen, sondern in entscheidendem Maße auch ein verändertes Fahrverhalten, also eine vom einzelnen Fahrer abhängige Komponente, das Unfallgeschehen in positiver – und entsprechend auch in negativer – Weise beeinflussen kann.

Von dem zuvor skizzierten langfristigen Trend steigender Unfallzahlen weicht die Entwicklung der letzten Jahre beachtlich ab, wie das auf Halbjahresdaten abgestellte Schaubild 4 zeigt. So haben insbesondere nach dem 2. Halbjahr 1972 die Unfälle mit Personenschaden kontinuierlich abgenommen. Seit dem 2. Halbjahr 1974 übertreffen sie aber bereits wieder den Wert des jeweils vergleichbaren Vorjahreszeitraums.

In dieser Entwicklung schlagen sich die Auswirkungen der oben skizzierten Vielzahl von Faktoren nieder, von denen die Veränderung des Verkehrsvolumens

sowie die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen die wichtigsten sein dürften. Dabei hat sich die Diskussion in der Öffentlichkeit immer wieder um die Frage gedreht, ob und inwieweit sich der Einfluß der Geschwindigkeitsbegrenzung auf das Unfallgeschehen nachweisen läßt. Wegen der Komplexität der Unfallursachen ist eine Trennung in die einzelnen Ursachenkomponenten jedoch sehr schwierig. Es wird deshalb im folgenden keine Ursachenanalyse sondern eine Beschreibung der wichtigsten Kennziffern des Verkehrsgeschehens geliefert, um hierdurch gewisse Hinweise für Wirkungsbeziehungen zu erhalten.

Entwicklung 1973/74

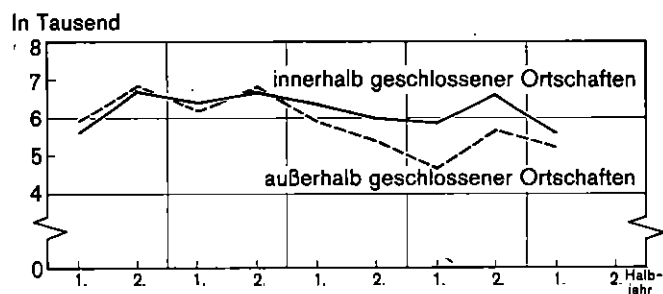
Durch die Verordnung über die versuchsweise Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von Kraftfahrzeugen außerhalb geschlossener Ortschaften vom 16. März 1972 wurde im Hinblick auf die hohen Unfallzahlen der vorangegangenen Jahre die Höchstgeschwindigkeit für Außerortsstraßen, soweit es sich nicht um Autobahnen oder autobahnähnliche Straßen handelt, ab 1. Oktober 1972 auf 100 km/h beschränkt. Die Geltung dieser Verordnung war von vornherein bis zum 31. Dezember 1975 befristet. Seit dem 1. Januar 1976 gilt die zunächst in der Höchstgeschwindigkeitsverordnung getroffene materielle Regelung als Dauerzeit im Rahmen der Straßenverkehrsordnung. Die Ölkrise führte zum Erlaß der Verordnung über Fahrverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen für Motorfahrzeuge vom 19. November 1973, durch die u. a. die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen auf 100 km/h und auf allen übrigen Straßen auf 80 km/h beschränkt wurde. Diese Geschwindigkeitsbegrenzungen wurden mit Wirkung vom 15. März 1974 wieder aufgehoben. Seit diesem Tag gilt die Verordnung über die versuchsweise Einführung einer allgemeinen Richtgeschwindigkeit auf Autobahnen und ähnlichen Straßen. Die Verordnung enthält die Empfehlung, auf den genannten Straßen auch bei günstigen Verhältnissen nicht schneller als 130 km/h zu fahren.

Eine wesentliche Rechtsänderung brachte ferner das Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes vom 20. Juli 1973, wonach nunmehr ordnungswidrig handelt, wer im Straßenverkehr ein Kraftfahrzeug führt, obwohl er 0,8% oder mehr Alkohol im Blut oder eine Alkoholmenge im Körper hat, die zu einer solchen Blutalkoholkonzentration führt.

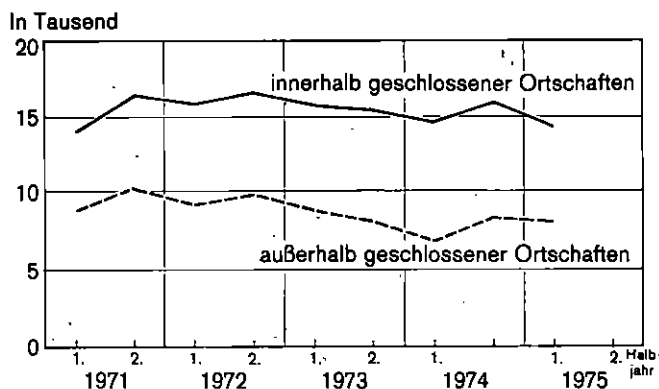
Hinsichtlich der Entwicklung des Verkehrsvolumens verlief das erste Halbjahr 1973 normal: der Kraftfahrzeugbestand, die Zulassungen fabrikneuer Pkw und die Erteilung von Fahrerlaubnissen der Klasse 3 wiesen steigende Tendenz auf. Die Zahl der verunglückten Personen allerdings nahm im Ge-

Schaubild 4

Bei Straßenverkehrsunfällen getötete und schwerverletzte Personen



Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden



gensatz zur Vorjahresentwicklung ab, diejenige der dabei Getöteten und Verletzten fiel sogar etwas stärker.

Diese Tendenz setzte sich zum 2. Halbjahr 1973 erheblich verstärkt fort. Dabei nahm zwar der Kraftfahrzeugbestand weiterhin zu, die Fahrleistung jedoch sank durch die aufgrund der Ölkrise eingeführten Maßnahmen (Fahrverbot an Sonntagen, Geschwindigkeitsbegrenzungen) sowie durch das damit ausgelöste veränderte Fahrverhalten insbesondere hinsichtlich Beschleunigung und Höchstgeschwindigkeit. Entsprechend stagnierte der Absatz von Vergaserkraftstoffen im Bundesgebiet – ein wichtiger Indikator auch für die Fahrleistung in Baden-Württemberg.

Zum 1. Halbjahr 1974 hin zeigen die Daten zur Unfallentwicklung nochmals eine stark rückläufige Tendenz. Inzwischen schlägt sich in den Angaben zur Volumenentwicklung neben den Auswirkungen des „Ölschocks“ nun auch eine konjunkturell bedingte Abschwächung nieder: Der Kraftfahrzeugbestand nimmt nur noch schwach zu und der Absatz von Vergaserkraftstoffen geht zurück. Weiterhin sinken die Zulassungen fabrikneuer Pkw und die Erteilung von Fahrerlaubnissen Klasse 3, stark ab, was darauf hinweist, daß die Ölkrise und die ungünstige allgemeine konjunkturelle Situation vor allem den Personenkreis potentieller Erstkäufer von Personenkraftwagen beeinflusst hat.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß sich das Abflachen im Zuwachs der Kraftfahrzeugbestände und der Rückgang der Fahrleistungen im untersuchten Zeitraum mit Sicherheit dämpfend auf die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle ausgewirkt hat. Bemerkenswert ist aber darüber hinaus, daß die Unfallentwicklung im Vergleich zu den Indikatoren der Volumenentwicklung entweder eine gegenläufige Tendenz zeigt – wie im ersten Halbjahr 1973 – oder aber stark überproportional reagiert – wie im 2. Halbjahr 1973 und 1. Halbjahr 1974. Auch bei Berücksichtigung noch weiterer Verursachungsfaktoren wie Witterung und dergl. kann das jeweilige Ausmaß der Entwicklung nicht ohne Berücksichtigung der Maßnahmen zur Geschwindigkeitsbegrenzung erklärt werden. Diese Zusammenhänge dürften danach eine große Rolle im Unfallgeschehen spielen.

Entwicklung 1974/75

Wie zuvor skizziert, wurden die krisenbedingten Verordnungen über Geschwindigkeitsbegrenzung und Sonntagsfahrverbote am 15. März 1974 wieder aufgehoben.

Die Volumenentwicklung ist in der zweiten Jahreshälfte 1974 deutlich durch rezessive Erscheinungen geprägt: der Kraftfahrzeugbestand nimmt – im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum – nur schwach zu, die Zulassungen fabrikneuer Pkw gehen nochmals etwas zurück, die Zuteilung von Fahrerlaubnissen Klasse 3 und der Inlandsabsatz von Vergaserkraftstoffen stagnieren.

Für die Unfallentwicklung ist allerdings wieder – insbesondere gemessen an den vorherigen starken Einbrüchen – eine steigende Tendenz zu verzeichnen.

Im ersten Halbjahr 1975 ist die durch Ölschock und unsichere Konjunkturlage verursachte Zurückhaltung bei Gebrauch und Kauf von Kraftfahrzeugen offenbar überwunden. Alle Indikatoren für die Entwicklung des Verkehrsvolumens nehmen deutlich zu. Ähnliches gilt für die Orientierungsdaten zur Unfallentwicklung. Die mehr oder weniger parallele Entwicklung beider Indikatorreihen läßt erwarten, daß sich die rückläufigen Tendenzen in den Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik nicht weiter fortsetzen werden.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Zahl der Unfälle im 1. Halbjahr 1975 unter den entsprechenden Werten des Jahres 1973 liegt. Dabei sind beide Zeitphasen vom Verkehrsumfang her – wenn man dafür den Absatz von Vergaserkraftstoff als wichtigsten Indikator nimmt – als etwa gleich zu charakterisieren. Weiterhin sind die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Geschwindigkeitsbegrenzungen in etwa vergleichbar. Hieran dürfte sich deut-

lich zeigen, daß mit durchgreifenden, der Situation angemessenen — wobei eine solche Situation nicht nur durch Energiemangel ausgelöst sein muß — und allgemein verständlich dargestellten Maßnahmen durchaus erhebliche Änderungen des Fahrverhaltens zu erreichen sind. Alle an dieser Entwicklung maßgeblich beteiligten Institutionen haben insofern einen großen, auch statistisch nachweisbaren Erfolg zu verzeichnen. Es wird abzuwarten sein, ob diese Entwicklung mit zunehmender zeitlicher Entfernung von den eindrücklichen Ereignissen wie Ölkrise in Verbindung mit konjunkturell-struktureller Unsicherheit sich fortsetzt und damit den vielseitigen Bemühungen nicht nur ein augenblicklicher, sondern ein nachhaltiger Erfolg beschieden war. Die Situation ist zur Zeit völlig offen, da andererseits — auch bei Berücksichtigung der Auswirkungen eines steigenden Verkehrsvolumens — nicht mit Sicherheit auszuschließen ist, daß mit der Entwicklung seit dem 2. Halbjahr 1974 sich hier wiederum eine Tendenzwende anbahnt. Daß das Verhalten im Straßenverkehr in hohem Maße beeinflussbar ist und den Aktivitäten der verschiedenen Institutionen demnach eine besondere Bedeutung zukommt, haben die Entwicklungen der vergangenen 2 Jahre deutlich vor Augen geführt.

Unterschiedliche Entwicklung im Inner- und Außerortsverkehr

Das Verkehrsgeschehen ist sowohl dem Niveau wie der Entwicklung nach im Inner- und Außenortsbereich sehr unterschiedlich.

Es fällt zunächst auf, daß die Zahlen der Personenschadensunfälle im Innerortsverkehr nahezu doppelt so hoch sind wie die auf Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften (Schaubild 4). Daraus geht hervor, daß die Häufigkeit der Kollisionsfälle wegen des dichteren Verkehrs und wegen zusätzlicher Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Straßenbahnen, Omnibusse, Fahrräder, Mopeds) innerhalb geschlossener Ortschaften relativ größer ist als auf freien Strecken.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Auswertung der Verkehrsunfälle im Bereich der Stadt Stuttgart, die fast ausschließlich Unfälle des Innerortsverkehrs umfaßt. Danach wurden im Jahr 1974 bei den meisten Unfällen mit Personenschaden „Übermäßige Geschwindigkeit“ (über 16%) bzw. „Nichtbeachten der Vorfahrt“ (fast 13%) als Hauptunfallursachen genannt. Immerhin 8% dieser Unfälle waren auf „Fahren mit Alkoholeinwirkung“ zurückzuführen. Dabei ist der Einfluß des Alkohols bei den schweren Unfällen besonders hoch; so entfielen 1974 rund ein Fünftel der Schwerverletzten und über ein Drittel der Verkehrstoten auf Unfälle, die durch Alkohol verursacht waren.

Aus diesen wenigen Anmerkungen dürfte schon deutlich werden, daß neben allen Bemühungen um die Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den

Außerortsstraßen sich in den nächsten Jahren das Augenmerk stark auf den Innerortsverkehr konzentrieren muß, wenn auch dieser Bereich des Straßenverkehrs sicherer werden soll. Dabei zeigen die oben angeführten Daten der Stadt Stuttgart — auch wenn sie nicht repräsentativ für den gesamten Innerortsverkehr sind —, wo der Schwerpunkt der Verkehrskontrolle und -erziehung liegen sollte.

Während die Zahl der Unfälle im Innerortsverkehr weit über den Unfallzahlen des Außerortsverkehrs liegt, nehmen, im langfristigen Trend gesehen, die Unfälle auf den Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften wesentlich stärker zu als innerhalb von Ortschaften. So stiegen die Unfälle mit Personenschaden im außerörtlichen Verkehr zwischen 1953 und 1972 von 10 700 auf 19 100, und damit um insgesamt 79%. Im Innerortsverkehr dagegen nahmen sie von 26 400 auf 32 600 und damit um 24% zu. Darüber hinaus haben im Außerortsverkehr die schweren Unfälle (schwerverletzte und getötete Personen) eine größere Bedeutung, was im wesentlichen auf das spezifisch außerörtliche Gefahrenmoment, die höhere Fahrgeschwindigkeit, zurückzuführen sein dürfte (Schaubild 4). So war die Zahl der schwerverletzten und getöteten Personen in den Jahren 1971 und 1972 im Inner- und Außerortsverkehr etwa gleich hoch.

In diesem Zusammenhang ist nun die Entwicklung seit dem 2. Halbjahr 1972 bemerkenswert. Denn seit Einführung von Beschränkungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten von Kraftfahrzeugen außerhalb geschlossener Ortschaften — die erste Maßnahme dieser Art wurde am 1. Oktober 1972 wirksam — sind die Zahlen der Getöteten und Schwerverletzten für den Außerortsbereich rückläufig und erreichten ihren Tiefstand mit den Ergebnissen für das 1. Halbjahr 1974. Nach Überwindung der ersten Auswirkungen der Ölkrise stiegen die Zahlen im 2. Halbjahr 1974 wieder an. Bemerkenswert ist dabei, daß die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen auf Außerortsstraßen getöteten und schwerverletzten Personen deutlich unter den vergleichbaren — ihrerseits auch zurückgehenden — Ergebnissen für den Innerortsverkehr blieb.

Trotz der Einflüsse anderer Bestimmungsfaktoren dürfte diese Entwicklung als ein Indiz für die Wirksamkeit von Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Landstraßen anzusehen sein. Für die behördlichen Maßnahmen zeichnet sich damit ein deutlicher Erfolg ab.

Resümee

Wegen des erwähnten ursächlichen Zusammenhangs zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Verkehrsvolumen ist im Zuge einer anstehenden Wirtschaftsbelebung mit erhöhten Neuzulassungen und damit steigenden Kfz-Beständen zu rech-

nen. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit dürfen damit die Unfälle mit Personenschaden zunehmen – wenn man von einer unveränderten Gesetzeslage und unverändertem Fahrverhalten ausgeht. Erschwerend dürfte sich auswirken, daß angesichts der knappen finanziellen Mittel der öffentlichen Hand mit einer größeren Ausweitung des Straßenverkehrsnetzes nicht zu rechnen ist. In diesem Zusammenhang sollte allerdings die Überlegung nicht unerwähnt bleiben, ob eine Ausweitung im bisherigen Tempo ökologisch noch vertretbar ist. Weiterhin sind jene Auswirkungen auf die Zunahme des Verkehrsvolumens zu beachten, die von einer entsprechenden Streckenstilllegung der Bundesbahn ausgehen. Insgesamt wird man also mit einem deutlich dichteren Verkehr und damit wieder höheren Unfallzahlen rechnen müssen.

Ein wesentliches Resultat der vorstehenden Untersuchung war, daß die Unfälle mit Personenschaden und die Zahl der dabei verunglückten Personen im Bereich des Innerortsverkehrs weit höher liegen als auf freien Strecken. Das Augenmerk der Verkehrsbehörden sollte daher künftig in verstärktem Maße auf den innerörtlichen Verkehr gelenkt werden.

Darüber hinaus ist beim Außerortsverkehr die weitere Überwachung und eventuelle Beseitigung oder Eindämmung typischer örtlicher Gefahrenquellen von Bedeutung. Dessen ungeachtet sollte die systematische Verkehrserziehung durch Polizei und private Institutionen weitergeführt werden, die in jüngster Vergangenheit vor allem auf die nachteiligen Folgen von übermäßigem Alkoholgenuß und unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen (Stichwort Sicherheitsgurte) hingewiesen haben. Angesichts der starken Gefährdung junger Menschen und der nach wie vor steigenden Zahl der wegen Straßenverkehrsvergehen verurteilten Jugendlichen kommt dabei der Betreuung und Erziehung der jugendlichen Verkehrsteilnehmer und speziell der Führerscheinneuerwerber eine große Bedeutung zu.

3.10 Öffentliche Finanzen

Bereits bei der Aufstellung des Doppel-Etats 1975/76 hat der Finanzminister von einem Haushalt harter Realitäten und großer Risiken gesprochen. Die öffentliche Finanzpolitik stand im vergangenen Jahr dann auch im Zeichen rückläufiger Einnahmen und damit in einem Spannungsfeld zwischen finanzpolitischen Möglichkeiten und sozial- und konjunkturpolitischen Notwendigkeiten. Um einen Ausgleich herbeizuführen, wurde für die Ausgabe-seite – und hier besonders im Personalbereich – ein weitreichendes Sparprogramm aufgestellt. Was die

Einnahmenseite betrifft, so wurde zur Deckung der Finanzierungslücke auf erhebliche Kreditaufnahmen ausgewichen. Diese Entwicklung wird besonders aufmerksam verfolgt werden müssen, insbesondere sollte die Verschuldung immer auch im Zusammenhang mit den zu erwartenden Steuereinnahmen und in ihrem Verhältnis zu anderen volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen wie zum Beispiel dem Bruttoinlandsprodukt gesehen werden.

3.10.1 Personalausgaben

Im Rechnungsjahr 1974 wurden im Lande Baden-Württemberg insgesamt 8 086,8 Mill.DM an Gehältern, Löhnen, Pensionen und sonstigen Personalkosten ausgegeben, davon entfallen 85% auf Bezüge der Aktiv-Bediensteten und 15% auf Versorgungsempfänger. Im Jahre 1975 dürften die gesamten Personalausgaben für die staatlichen Beschäftigten rd. 8,7 Mrd.DM betragen. Das Gewicht dieser Zahl als Leistungsgröße wird erst richtig deutlich, wenn man sie auf den gleichzeitigen Bevölkerungsstand als Leistungsempfänger bezieht.

Danach ergibt sich, daß Baden-Württemberg im Jahre 1975 mit 947,37 DM Personalausgaben je Einwohner etwas über dem Durchschnitt der Flächenstaaten (886,06 DM) liegt. Dieses Ergebnis ist in erster Linie auf den anhaltenden Personalbedarf im Bereich Bildung und Wissenschaft und auf die Aufstockung des Personalbestandes in früheren Jahren zum Zwecke der Leistungsverbesserung in diesem Bereich zurückzuführen. Während im Bundesdurchschnitt 46,7% der Personalausgaben für das Bildungswesen ausgegeben werden, entfallen in Baden-Württemberg die Hälfte aller Personalausgaben auf diesen Aufgabenbereich.

Bei allen anderen Aufgabenbereichen zusammen bleibt Baden-Württemberg mit 470,04 DM je Einwohner noch unter dem Bundesdurchschnitt (472,02 DM je Einwohner).

Tabelle 1

Personalausgaben im Ländervergleich 1975 1)

Land	Personal- ausgaben	Darunter für Bildung und Wissenschaft	
		DM je Einwohner	%
Saarland	1 081,44	504,00	46,6
Hessen	993,78	441,75	44,5
Schleswig-Holstein	971,40	409,23	42,1
Rheinland-Pfalz	970,80	390,43	40,2
Niedersachsen	953,25	414,08	43,4
Baden-Württemberg	947,37	477,33	50,5
Bayern	852,52	380,80	44,7
Nordrhein-Westfalen	767,62	392,18	51,1
Bundesdurchschnitt der Flächenländer	886,06	414,04	46,7

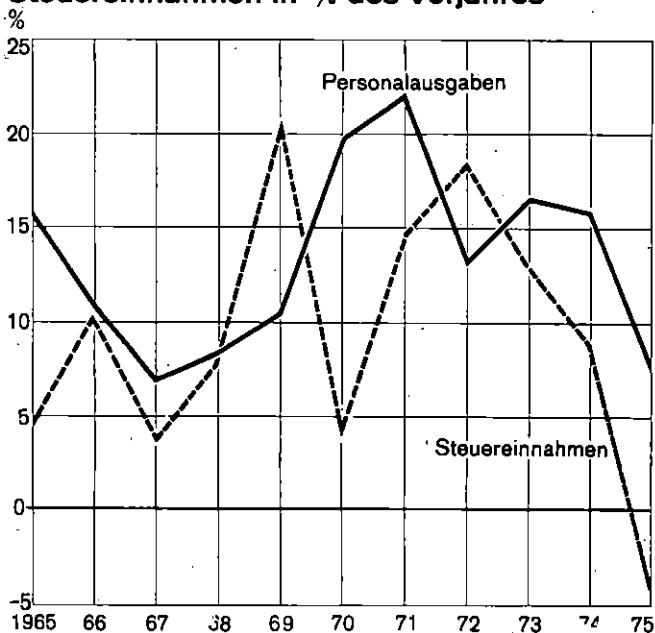
1) Nach den Haushaltsplänen.

Ein weiterer Vergleichsmaßstab ist der Anteil der Personalausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Er beträgt 5,4% (im Bundesdurchschnitt 5,6%) im Jahre 1974 und lag 1970 bei 4,2%; dies bedeutet, daß die Personalkosten in den letzten 5 Jahren erheblich stärker angestiegen sind als das Bruttoinlandsprodukt. Mit einem Anteil von über 40% an den Ausgaben des Landes stellt der Personalaufwand einen der wichtigsten Ausgabenposten im Landeshaushalt dar. Diese hohe Ausgaben Summe darf jedoch keineswegs mit der allgemeinen Feststellung der „Aufblähung des Behördenapparats“ abgeurteilt werden. Wie eine Aufgliederung der Personalkosten nach Funktionen zeigt, entfällt auf die eigentliche Behördenverwaltung nur ein Bruchteil der persönlichen Ausgaben der öffentlichen Hand; der ganz überwiegende Teil dieser Ausgaben dient vielmehr der Entlohnung von Beschäftigten, die der Allgemeinheit für Dienstleistungen direkt oder indirekt zur Verfügung stehen, man denke nur an die Vielzahl der Lehrkräfte, Polizeibeamten, Richter, Ärzte, Krankenschwestern usw.

Dieses für Dienstleistungen erforderliche Personal beansprucht nahezu 4/5 des öffentlichen Personalaufwands, 1/7 entfällt auf die Versorgungsbezüge und lediglich rund 1/10 auf die Verwaltung im engeren Sinne. Auch die Ausweitung der Personalkosten, die zwar von Besoldungsgesetzgebung und Tarifabschlüssen beeinflusst sind, werden schwerpunktmäßig sowohl quantitativ als auch qualitativ letztlich doch vom Aufgabenbestand und den Leistungsanforderungen bestimmt. Deutlicher Beweis dafür ist die überproportionale Ausweitung der Personalausgaben im Bereich Bildungswesen (seit 1970 um rd. 120%), im Gesundheitswesen (um rd. 130%) und bei der Polizei (um rd. 150%), während die eigentliche Verwaltung im engeren Sinn nur um 89% zugenommen hat.

Schaubild 1

Veränderung der Personalausgaben und der Steuereinnahmen in % des Vorjahres



Auf kommunaler Ebene sind die Personalausgaben seit 1970 stärker angestiegen als beim Land; hier ist es vor allem der personalintensive Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens, der vorrangige Bedeutung in der gemeindlichen Aufgabenerfüllung besitzt. Diesen beiden Bereichen sind in dem untersuchten Zeitraum von Gesetzes wegen beträchtliche Aufgaben zugewachsen, die eine Steigerung der Personalausgaben um 113,6% verursachten.

Verhältnis von Personalausgaben zu Steuereinnahmen

Bedeutsam für den Finanzierungsspielraum des Haushalts ist die Entwicklung der Deckungsquote durch Steuereinnahmen, entfallen doch rd. 70% der staat-

Tabelle 2

Personalausgaben des Landes nach ausgewählten Funktionen

Funktion	1970 1) Millionen DM	Anteil an Personalausgaben	1975 Millionen DM	Anteil an Personalausgaben	Veränderung 1975 gegen 1970 %
Gesamtausgaben	4 345,9	100	8 713,0	100	+ 100,5
darunter					
Politische Führung und Zentrale Verwaltung	490,1	11,3	920,8	10,6	+ 87,9
Rechtsschutz	262,2	6,0	494,9	5,7	+ 88,7
Polizei	236,4	5,4	596,3	6,8	+ 152,2
Bildungswesen	1 991,2	45,8	4 390,0	50,4	+ 120,5
Gesundheit, Sport	94,3	2,2	216,8	2,5	+ 129,9
Versorgung	810,8	18,9	1 229,5	14,1	+ 51,6

1) Ist.

Tabelle 3

Personalausgaben und Steuereinnahmen des Landes

Jahr	Personalausgaben	Steuereinnahmen ¹⁾	Anteil der Personalausgaben an den Steuereinnahmen %
	Millionen DM		
1970	4 345,9	7 478,9	58,1
1971	5 302,9	8 512,4	62,3
1972	5 988,1	10 179,5	58,8
1973	6 975,4	11 394,8	61,2
1974	8 086,8	12 461,3	64,9
1975 ²⁾	8 713,0	11 956,9	72,9

1) Nach Abzug des Länderfinanzausgleichs. — 2) Plan.

lichen Einnahmen auf Steuern. Wie die Graphik zeigt, sind die jährlichen Zuwachsraten der Personalausgaben im zurückliegenden Jahrzehnt mit einer leichten Verzögerung der Entwicklung der Zuwachsraten der Steuereinnahmen gefolgt; die Rezessionsphase 1967 verminderte die jährliche Ausweitung der Personalkosten auf 6,8%, die folgende Aufschwungsperiode glich dies durch erhöhten Zuwachs wieder aus (1971 + 22%). In der jetzt wieder eingetretenen rezessiven Phase beanspruchen die Personalkosten wegen ihrer verhältnismäßig geringen Flexibilität einen relativ größeren Teil der Steuereinnahmen und engen damit die finanzielle Basis für konjunkturell notwendige Investitionen ein.

Während im Jahr 1970 nur gut die Hälfte der Steuereinnahmen (58,1%) zur Abdeckung der Personalausgaben benötigt wurde, werden dies 1975 über sieben Zehntel sein, d.h. daß nur noch rd. 30% der Steuereinnahmen 1975 zur Finanzierung anderer, vor allem investiver Aufgaben zur Verfügung stehen. Diese ungünstige Entwicklung ist im Jahre 1975 aber nicht in erster Linie auf die ausgeweiteten Personalausgaben zurückzuführen, denn diese weisen mit 7,7% seit 1968 die niedrigste Steigerungsrate auf, als vielmehr auf das zu erwartende gegenüber 1974 um 504,4 Mill. DM verringerte Steueraufkommen 1975.

Die Gemeinden (Gv) werden 1975 nahezu ihre gesamten Steuereinnahmen für den Personalaufwand benötigen, rechnet man aber die Einnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich als feste Einnahmengröße hinzu, so ermäßigt sich der Anteilsatz auf 67,8%. Darüber hinaus stehen ihnen neben den Steuern und den Finanzzuweisungen noch andere ergiebige Einnahmenquellen, wie Gebühren, Umlagen u. ähnl. zur Finanzierung ihrer Investitionen offen.

Es darf allerdings nicht unberücksichtigt bleiben, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil an Personalkosten, vor allem im Bildungs- und Forschungsbereich, als Folgekosten von Investitionen auftreten. Denn diese Einrichtungen können erst dann ihrem Zweck zugeführt werden, wenn sie mit entsprechend quali-

fiziertem Personal ausgestattet sind. Insofern ist die pauschale Zuordnung aller Personalkosten zum Staatsverbrauch, und damit zum konsumtiven und angeblich „minderwertigen“ Teil der Staatsausgaben, nicht unbedingt gerechtfertigt.

Da gerade die genannten Aufgabenbereiche in Baden-Württemberg im vergangenen Dezennium Priorität in der Investitionstätigkeit besaßen, betragen auch die Personalausgaben (1973) für das Bildungswesen 367,10 DM je Einwohner, im Bundesdurchschnitt dagegen nur 334,21 DM je Einwohner, nicht zuletzt als Folge der vermehrten Investitionen in diesem Bereich. Im Zuge der personellen Einschränkungsmaßnahmen müssen künftig wohl verstärkt bereits bei der Planung neuer Investitionen die personalwirksamen Konsequenzen als Folgekosten solcher Investitionen mit einkalkuliert werden.

Eindämmung der Personalkosten

Die im Haushaltsjahr 1974 begonnene und 1975 verstärkt praktizierte restriktive Personalpolitik mit der Verfahrensregel, freie, freiwerdende und neue Stellen sechs Monate lang unbesetzt zu lassen (ausgenommen Polizei- und Schulbereich, Steuerverwaltung und Strafvollzug) und danach nur nach genauester Prüfung — durch eine zu diesem Zweck eingesetzte Dreierkommission — neu zu besetzen, hat das Ergebnis erbracht, daß die Personalausgaben des Landes nach den Haushaltsansätzen (einschließlich Nachtragsentwurf) von 1974 auf 1975 nur um 7,7% steigen werden, während im Durchschnitt der Länder (ohne Baden-Württemberg) noch mit einer Zunahme um 9,4% zu rechnen ist; die Gemeinden (Gv) des Landes haben sogar eine Personalkostensteigerung von 16,8% in ihren Haushalten eingeplant.

In dem vom Landtag am 10. Dezember 1975 verabschiedeten Haushaltsanpassungsgesetz, im Programm der Landesregierung zur kurz- und mittelfristigen Anpassung des Landeshaushalts an die wirtschaftliche Entwicklung und zur Sicherung des Investitionsspielraums sowie im Haushaltsstrukturgesetz des Bundes sind zahlreiche Maßnahmen enthalten, die zur Einsparung von Personalausgaben führen werden. Aus der Fülle dieser Maßnahmen werden einige herausgegriffen, durch welche betragsmäßig die größten Einsparungen erzielt werden. Es sind dies

- Streichung von 1000 am 31.12.1975 unbesetzten Alt-Stellen
- Nichtbesetzung ab 1.1.1976 freiwerdender Stellen bis 4000 weitere Alt-Stellen freigemacht sind; davon ausgenommen bleiben Polizei- und Schulbereich, Steuerverwaltung und Strafvollzug
- Nichtbesetzung aller Neustellen im Haushaltsplan 1976 während des ersten Halbjahres und eines Drittels während des ganzen Jahres

- Kürzung der Personalnebenkosten durch Reduzierung der Reise- und Umzugskosten, der Wohnungsfürsorgemaßnahmen, durch Streichung des Zuschusses zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen u.a.m.
- Abschaffung der Bewährungsbeförderung
- Einschränkungen beim Ortszuschlag
- Festschreibung von Zulagen
- Hinausschiebung der Altersgrenze für die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag vom 62. auf das 63. Lebensjahr
- Kürzung der Trennungsgelder bei den Beamtenanwärtern.

Bei den bestehenden Aufgaben werden mit besonderem Nachdruck die Möglichkeiten der Rationalisierung und Modernisierung verfolgt werden, um durch diese und weitere organisatorische Maßnahmen die Personalvermehrung einzuschränken.

3.10.2 Investitionsausgaben

Im Rahmen der Gesamtwirtschaft spielen die öffentlichen Investitionen eine nicht unbedeutende Rolle. Dabei wird besonders in Zeiten eines wirtschaftlichen Rückgangs in verstärktem Maße die Forderung erhoben, sie als Mittel einer antizyklischen Finanzpolitik einzusetzen.

Die hier dargestellten Investitionsausgaben von Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden umfassen die unmittelbaren Investitionen (Sachinvestitionen) und die mittelbaren Investitionen (Investitionsförderungsmaßnahmen). Die Begriffe werden im Sinn der Abgrenzung der staatlichen und der kommunalen Haushaltssystematik gebraucht. Zu den unmittelbaren Investitionen rechnen danach die Baumaßnahmen (Neubauten, Um- und Erweiterungsbauten), der Erwerb von Grundstücken und von beweglichen Sachen des Anlagevermögens. Bei den Investitionsförderungsmaßnahmen handelt es sich um Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an den öffentlichen Bereich und an sonstige Bereiche sowie um den Erwerb von Beteiligungen.

Nach dem Haushaltsplan des Landes (einschl. Nachtrag zum Kernhaushalt und Eventualhaushalt) sollten 1975 von den Gesamtausgaben in Höhe von 20,89 Mrd.DM insgesamt 4,55 Mrd.DM oder 21,8% dem investiven Bereich zufließen. Auf die Sachinvestitionen entfallen mit 1,27 Mrd.DM stark ein Viertel der Investitionsausgaben, nicht ganz drei Viertel sind mittelbare Investitionen (3,28 Mrd.DM) und zwar in erster Linie Zuweisungen und Zuschüsse (3,08 Mrd.DM), die wiederum zur Hälfte den Gemeinden (Gv) zufließen. Mit 41,8% ist die Zunahme

Tabelle 4

Investitionen des Landes und der Gemeinden (Gv) nach Arten 1972 bis 1975

Art	Gebietskörperschaften	1972	1973	1974	1975 1)2)
		Istergebnisse			Haushaltsplan
		Millionen DM			
Unmittelbare Investitionen	Land	1 025,2	1 013,5	1 256,7	1 271,3
	Gemeinden (Gv)	4 886,6	5 429,2	6 071,6	6 198,0
Baumaßnahmen	Land	742,7	687,7	876,1	929,8
	Gemeinden (Gv)	4 122,0	4 584,0	4 821,5	4 877,0
Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen	Land	282,5	325,8	380,6	341,5
	Gemeinden (Gv)	764,6	845,2	1 250,1	1 321,0
Mittelbare Investitionen	Land	2 184,8	2 608,4	2 824,0	3 279,5
	Gemeinden (Gv)	439,8	438,8	474,8	505,0
Darlehen (einschließlich Beteiligungen)	Land	157,8	134,6	185,4	291,4
	Gemeinden (Gv)	325,8	330,6	193,0	145,0
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	Land ³⁾	2 027,0	2 473,8	2 638,6	3 078,1
	Gemeinden (Gv)	114,0	108,2	278,8	360,0
Insgesamt	Land	3 210,0	3 621,9	4 080,7	4 550,8
	Gemeinden (Gv)	5 326,4	5 868,0	6 546,4	6 703,0
Nachrichtlich: Haushaltsvolumen	Land	14 514,7	16 876,6	19 331,2	20 890,4
	Gemeinden (Gv)	15 211,0	17 391,5	18 926,8	20 473,0

1) Land: Haushaltsplan einschließlich Nachtrag zum Kernhaushalt und Eventualhaushalt. — 2) Ergebnisse der Gemeinden (Gv) geschätzt. — 3) Einschließlich Zuweisungen für Investitionen an den kommunalen Bereich (1972: 1028,7 Mill.DM; 1973: 1259,0 Mill.DM; 1974: 1349,7 Mill.DM; 1975: 1540,7 Mill.DM).

der Investitionsausgaben für die Jahre 1972 bis 1975 nur wenig hinter der Steigerung der Gesamtausgaben desselben Zeitraums (+ 43,9%) zurückgeblieben. Bemerkenswert ist dabei, daß selbst im Jahr 1975 mit seinen rückläufigen Steuereinnahmen und einer damit verbundenen erheblichen Finanzierungslücke, die jährliche Zuwachsrate der Ausgaben im investiven Bereich nicht wesentlich zurückgenommen wurde; sie beläuft sich immerhin noch auf 11,5% (1973: 12,8%; 1974: 12,7%) und liegt damit erheblich über der Zunahme des Haushaltsvolumens (+ 8,1%).

Im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage hat das Land damit zweifellos Impulse zur konjunkturellen Wiederbelebung gegeben und im Rahmen des vorhandenen Spielraums eine antizyklische Haushaltspolitik betrieben. Dies wurde dadurch ermöglicht, daß die als Folge von Steuerausfällen im Laufe des Jahres entstandene Finanzierungslücke im wesentlichen durch zusätzliche Kredite abgedeckt wurde.

Der vom Land für 1975 neben dem Kernhaushalt verabschiedete Eventualhaushalt war ursprünglich als selbstständiges Konjunkturprogramm des Landes geplant; um erforderlichenfalls kurzfristig konjunkturbelebende Maßnahmen einleiten zu können. Er hatte ein Volumen von 319,7 Mill.DM und sollte ausschließlich mit der dem Land zustehenden Konjunkturausgleichsrücklage finanziert werden. Seine Schwerpunkte lagen im staatlichen Hochbau (75,0 Mill.DM), im Straßenbau (52,5 Mill.DM), im sozialen Bereich (41,0 Mill.DM) und im Wohnungsbau (37,7 Mill.DM). Durch das von der Bundesregierung am 27. August 1975 beschlossene Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen wurden allerdings wesentliche Änderungen im Eventualhaushalt notwendig, damit die dem Land angebotenen zweckgebundenen Bundesmittel in Höhe von 167,3 Mill.DM in Anspruch genommen werden konnten. Durch die zusätzlichen Mittel war eine Aufstockung des Eventualhaushalts im Wege eines Nachtrags auf 487,0 Mill.DM möglich.

Von den Bundesmitteln entfielen auf Baden-Württemberg für ein

- Sonderprogramm zur Förderung der kommunalen Infrastruktur 65,10 Mill.DM;
- Sonderprogramm Städteanierung 33,53 Mill.DM;
- Sonderprogramm Wohnungsmodernisierung 47,25 Mill.DM;
- Sonderprogramm Zwischenfinanzierungshilfen für Bausparverträge 21,45 Mill.DM.

Vom Land waren Komplementärmittel in gleicher Höhe aufzubringen. Sie wurden durch Umschichtungen im ursprünglichen Eventualhaushalt bereitgestellt. Für landesspezifische Investitionsmaßnahmen verblieben nach Abzug der Komplementärmittel

noch 152,4 Mill.DM. Davon entfallen 75 Mill.DM auf den Staatlichen Hochbau und 50 Mill.DM auf den Landesstraßenbau.

Die Tatsache, daß die geplanten Investitionsausgaben des Staates 1975 eine wesentlich höhere Zuwachsrate aufweisen als das Haushaltsvolumen, darf nicht über die zunehmende Verschlechterung der Finanzstruktur in den letzten Jahren hinwegtäuschen. So ergibt sich für den Saldo der Einnahmen und Ausgaben der laufenden Rechnung (Überschuß der laufenden Rechnung), der 1972 noch 1,97 Mrd.DM betragen hatte, 1975 ein Fehlbedarf von 378,5 Mill.DM, d.h., die laufenden Ausgaben übersteigen die laufenden Einnahmen. Daß der Investitionsspielraum damit eine starke Einengung erfahren hat, liegt auf der Hand. Bezogen auf das Haushaltsvolumen (1) beziehungsweise auf die laufenden Einnahmen (2) ergibt sich für die Entwicklung des Überschusses der laufenden Rechnung folgendes Bild:

	1972	1973	1974	1975
	%	%	%	%
(1)	13,5	11,9	8,6	-1,8
(2)	15,2	13,7	10,3	-2,4

Ein besonders aufschlußreiches Bild ergibt sich auch, wenn man die Entwicklung der staatlichen Investitionen unter dem Blickwinkel ihrer Finanzierung betrachtet. Dabei wurde unterstellt, daß die Nettokreditaufnahmen ausschließlich zur Finanzierung der Investitionsausgaben verwendet werden (vgl. Tab. 5).

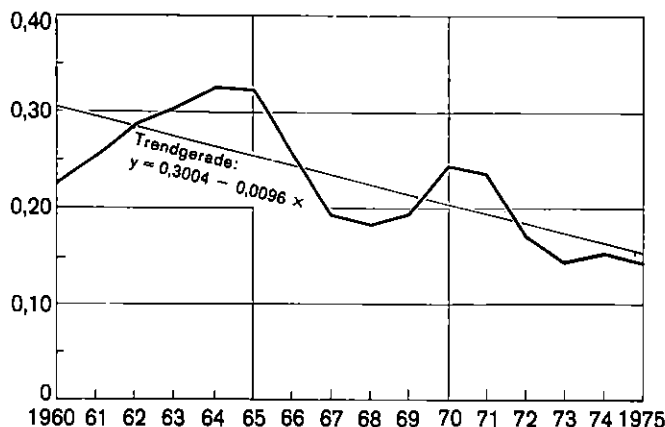
So wurden die Investitionen des Landes im Jahre 1972 noch zu 30% aus Zuweisungen des Bundes und zu 70% aus anderen Einnahmen außerhalb der Kreditmarktverschuldung beglichen. Demgegenüber mußten im Jahre 1975 weit mehr als die Hälfte der Investitionsausgaben über Kreditaufnahmen finanziert werden.

Die erhebliche Verschlechterung der Haushaltsstruktur zeigt sich auch in der Entwicklung des Verhältnisses von Sachinvestitionen (I) zu Personalausgaben (P). Eine ex-post-Analyse des Zeitraums von 1960 bis 1975 ergibt hier einen deutlich nach unten gerichteten Trend dieser Relation, wobei die Ursprungskurve in der Art einer gedämpften Schwingung um die Trendgerade schwankt (vgl. Schaubild 2). Den höchsten Wert erreichte das Verhältnis von I zu P mit 32,63% im Jahr 1964, den niedrigsten mit 14,53% im Jahr 1973.

Wenn dieser Trend unverändert bliebe, würde 1982 bereits ein Wert von unter 0,10 für das Verhältnis der Sachinvestitionen zu den Personalausgaben erreicht sein. Es steht außer Zweifel, daß eine solche Einengung des Spielraums der investiven, strukturfördernden Maßnahmen des Landes nicht erwünscht sein kann. Hier zeichnet sich sehr deutlich die Not-

Schaubild 2

Verhältnis der Sachinvestitionen zu den Personalausgaben des Landes 1960 bis 1975



wendigkeit von Maßnahmen ab, die das Aufrechterhalten eines ausreichenden Anteils der Investitionsausgaben am Landeshaushalt ermöglichen.

Eine Untersuchung der Investitionsausgaben wäre unvollständig ohne die Einbeziehung der Preisentwicklung. Die Betrachtung kann sich hier auf die Bauausgaben beschränken, die im dargestellten Zeitraum 1972/75 rund sieben Zehntel der unmittelbaren Investitionen ausmachen. Die Preisbereinigung der Bauausgaben der Jahre 1972 bis 1975 – ausgehend vom Basisjahr 1970 (= 100) – ergibt in der Summierung inflationsbedingte Mehrausgaben von rund 603 Mill.DM. Mußte das Land 1972 noch 91,2 Mill.DM mehr in Ansatz bringen, als für die entsprechenden Leistungen 1970 erforderlich gewesen wären, so sind es 1975 bereits 206,6 Mill.DM.

Von den rund 603 Mill.DM preisbedingten Mehrausgaben entfielen drei Viertel auf den Hochbau, dessen nominaler Anteil an den Bauausgaben sich im untersuchten Zeitraum zwischen 66,6% (1975) und 74,2% (1974) bewegte. Die Preissteigerungen waren beim Hochbau und beim Tiefbau (Straßenbau und Wasserwirtschaft) unterschiedlich. Die Meßziffer stieg von 1972 bis 1975 beim ersteren um 13,6 Punkte, beim letzteren um 17,3 Punkte an. Der bei den Bauausgaben insgesamt gegebene nominale und reale Zuwachs 1975 gegen 1974 (+ 6,1% bzw. 5,2%) ist ausschließlich durch die Ausgaben für den Tiefbausektor bedingt, die nominal um 37,4%, real um 34,1% angestiegen sind. Die Ausgaben für den Hochbau verzeichnen demgegenüber eine Abnahme um 4,7% (nominal) bzw. 5,2% (real).

Der Schwerpunkt bei den Ausgaben für Hochbauten liegt auch 1975, wie in den vorangegangenen Jahren, bei den Universitäten und Hochschulen.

Während die Ausgaben hierfür 1972 mit 353,1 Mill.DM jedoch noch rund zwei Drittel der gesamten Hochbaukosten ausmachten, wurde der Anteil für 1975 auf knapp ein Drittel reduziert (204,8 Mill.DM). Damit bleiben die Ausgaben für diesen Bereich in diesem Jahr sogar unter den Ausgaben für den Straßenbau (299,8 Mill.DM), deren Anteil an den gesamten Bauausgaben von 1972 bis 1975 von 28,1% auf 33,4% gestiegen ist.

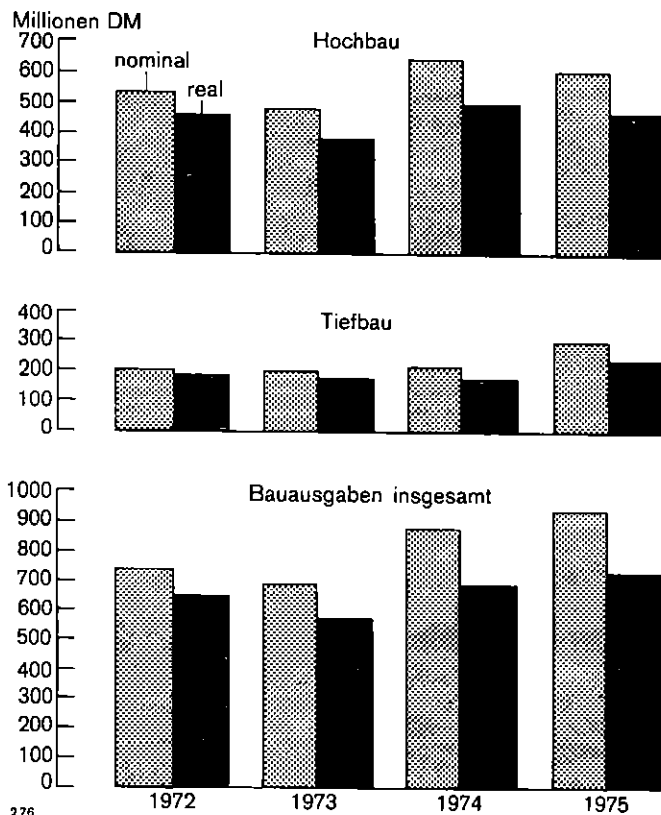
Eingeengter Investitionsspielraum auch im kommunalen Bereich

Nach Schätzungen an Hand der bis zum Abschluß des vorliegenden Berichts vorhandenen finanzstatistischen Ergebnisse¹ beläuft sich das Gesamtvolumen der kommunalen Haushalte auf rund 20,47 Mrd.DM; knapp ein Drittel davon, nämlich rund 6,70 Mrd.DM entfallen auf Investitionsausgaben. Bei einem Vergleich der investiven Ausgaben der kommunalen mit denen der staatlichen Ebene ist zu berücksichtigen, daß das Land im Wege der Zuweisungen einen beträchtlichen Teil der Investitionen der Gemeinden (Gv.) finanziert. Für das Jahr

1 Vierteljahresstatistik (1. und 2. Vierteljahr 1975), Haushaltsansatzstatistik 1975 (Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gv.), Finanzplanungsstatistik 1974–1978.

Schaubild 3

Entwicklung der staatlichen Bauausgaben 1972 bis 1975



1975 beläuft sich der Betrag auf 1540,7 Mill.DM (= 23,0% der kommunalen Investitionen), das sind 14,2% mehr als im Vorjahr und rund 50% mehr als 1972.

Mit 25,8% ist die Zunahme der Ausgaben für Investitionen im Zeitraum 1972/75 nicht unerheblich hinter der Ausweitung der Gesamtausgaben (+34,6%) zurückgeblieben. Das ist zum einen auf die bereits erwähnte starke Steigerung der Personalausgaben infolge wachsender Aufgabenlasten (insbesondere im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens) zurückzuführen, zum andern auf den überproportionalen Zuwachs beim Schuldendienst und anderen Folgekosten aus früheren Investitionen. In Zusammenwirkung mit den 1975 eingetretenen Einnahmeverminderungen, in erster Linie bei der Gewerbesteuer und den von den Landessteuern abhängigen Finanzzuweisungen, ist auch bei den Gemeinden der Investitionsspielraum stark eingeengt worden.

Da die Großstädte in besonderem Maße von dieser Entwicklung betroffen sind, hat das Land ihnen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs 22 Mill.DM zur Stärkung ihrer Investitionskraft zur Verfügung gestellt. Insgesamt können die Investitionsausgaben der Gemeinden (Gv.) 1975 nur noch knapp zur Hälfte aus Mitteln des Gesamthaushalts finanziert werden; 1972 waren es noch 61,5%.

Im Unterschied zum Land, dessen Schwerpunkt der Investitionsausgaben eindeutig und in zunehmendem Maße bei den Förderungsmaßnahmen liegt (1972: 68,1%; 1975: 72,1% der Investitionsausgaben), spielen auf kommunaler Ebene die unmittelbaren Investitionen die Hauptrolle (in den Jahren 1972 bis 1975 jeweils über neun Zehntel der Ausgaben im investiven Bereich). Den mit Abstand größten Posten der unmittelbaren Investitionen stellen die Bauausgaben dar. Sie belaufen sich 1975 auf rund 4,88 Mrd.DM. Ihr Wachstum hat sich in den letzten Jahren sehr stark verlangsamt. Belief sich die Zuwachsrate 1973 noch auf 11,2%, so waren es 1975 noch 1,1%. Der Anteil an den Gesamtausgaben ist dabei von 27,1% im Jahr 1972 auf 23,8% zurückgegangen.

Im betrachteten Zeitraum hat eine Verschiebung innerhalb der Bauausgaben vom Tiefbau zum Hochbau stattgefunden. Letzterer weist 1975 einen Anteil von 57,4% gegenüber 55,3% im Ausgangsjahr auf. Während beim Hochbau (1975: 2,80 Mrd.DM) die Ausgaben für den Schulhausbau mit 1,09 Mrd.DM die erste Stelle einnehmen, sind es beim Tiefbau (1975: 2,08 Mrd.DM) die Aufwendungen für den Straßenbau (1,27 Mrd.DM).

Ebenso wie im staatlichen Bereich, ist ein beträchtlicher Teil der Bauausgaben durch Preissteigerungen aufgezehrt worden. Für den Zeitraum 1972 bis 1975 ergibt die Preisbereinigung (Basisjahr 1970)

Tabelle 5

**Finanzierung der staatlichen Investitionen
(einschließlich Investitionsförderungsmaßnahmen)
1972 bis 1975**

Jahr	Zuweisungen des Bundes	Netto- schuldaufnahme	Übrige Einnahmen des Landeshaushalts
	Anteil in %		
1972	30,0	—	70,0
1973	31,0	7,8	61,2
1974	29,9	21,0	49,1
1975	27,1	58,9	14,0

in der Summierung inflationsbedingte Mehrausgaben von 3,35 Mrd.DM. Das sind 18,2% der kommunalen Bauausgaben dieses Zeitraums.

3.10.3 Entwicklung der Verschuldung

Die öffentliche Verschuldung ist im Jahr 1975 bei sämtlichen Gebietskörperschaften im Vergleich zu den Vorjahren sehr stark angestiegen. Dies war nur zu einem Teil konjunkturbedingt, im Sinne eines nach dem Stabilitätsgesetz geforderten „deficit spending“ bei wirtschaftlichen Abschwächungstendenzen. Die Hälfte des Haushaltsdefizits der Gebietskörperschaften ist dagegen, wie in einem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium festgestellt wurde, als „strukturbedingt“ zu bezeichnen. Dieser Teil der Verschuldung würde die öffentliche Finanzwirtschaft also auch dann belasten, wenn sich eine wirtschaftliche Erholung einstellen würde.

Für das Land Baden-Württemberg haben diese Feststellungen im gleichen Maße Gültigkeit. Die Nettokreditaufnahmen des Landes stiegen im Jahr 1975 auf über 2,3 Mrd.DM an, nachdem sie im Jahr 1974 erst 900 Mill.DM betragen hatten. Auch für das Jahr 1976 wäre ein weiterer erheblicher Anstieg der Schuldaufnahme unvermeidbar gewesen, wenn nicht die Landesregierung die erforderlichen Konsequenzen zur Beseitigung des strukturbedingten Haushaltsdefizits gezogen hätte. Sie hat ein „Programm zur kurz- und mittelfristigen Anpassung des Landeshaushalts an die wirtschaftliche Entwicklung und zur Sicherung des Investitionsspielraums“ vorgelegt, das in den Entwurf eines Ersten Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1976 eingearbeitet wurde. Die Nettokreditaufnahme wird sich nunmehr im Jahre 1976 voraussichtlich auf 2,2 Mrd.DM belaufen.

Nach dem Staatshaushaltsplan 1975 einschließlich Nachtrag beträgt die fundierte Verschuldung am Ende des Jahres 10,1 Mrd.DM; davon entfallen allein 7,0 Mrd.DM oder rund 70% auf Schulden aus

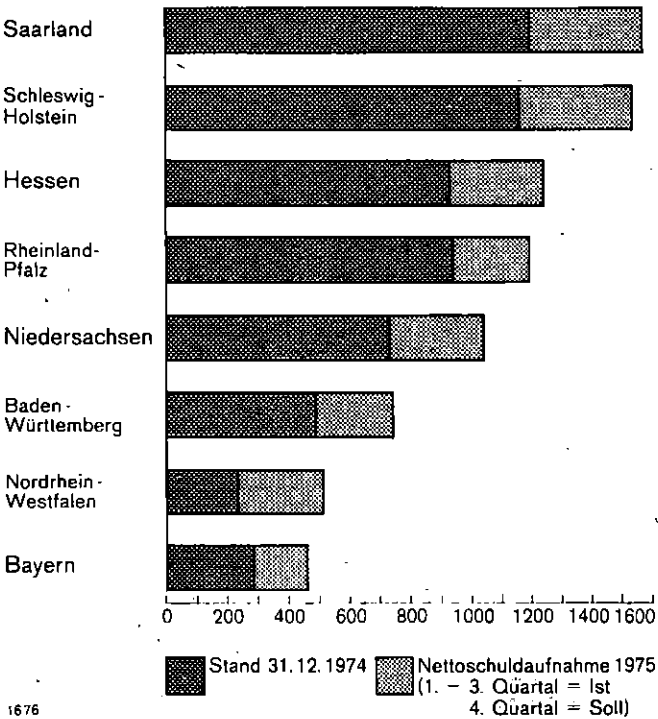
Kreditmarktmitteln. Demgegenüber bezifferte sich der Schuldenstand Ende 1964 auf rund 4,4 Mrd.DM; dies bedeutet eine Zunahme um nahezu das Zweieinhalbfache. Damals belief sich der Anteil der Kreditmarktschulden nur auf knapp ein Fünftel. Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, haben sich die einzelnen Schuldenarten in diesem Zeitraum sehr unterschiedlich entwickelt. Während die Kreditmarktschulden von 860 Mill.DM Ende 1964 bis auf 6 950 Mill.DM um mehr als das Achtfache ansteigen werden, bewegen sich die Schulden bei Verwaltungen zwischen 1,9 und 2,1 Mrd.DM. Dagegen zeigen die Ausgleichsforderungen, die anlässlich der Währungsreform entstanden sind, einen Rückgang von 1,4 auf 1,1 Mrd.DM.

Da der Bund seit 1967 den Ländern die Hälfte der Zinsen – durchschnittlich 3% – und seit 1959 die Tilgungsleistungen für Ausgleichsforderungen erstattet, ist die Belastung der Länder per Saldo nur gering. Bei den Schulden bei Verwaltungen handelt es sich fast ausschließlich um Darlehensmittel des Bundes und des Lastenausgleichsfonds zur Finanzierung des Wohnungsbaues. Sie sind als durchlaufende Posten etatmäßig ohne Bedeutung. Den Verpflichtungen stehen in gleicher Höhe Darlehensforderungen gegenüber, deren Zinsen- und Tilgungsdienst von den Bauherren aufgebracht wird. Aus den oben angeführten Gründen werden in den folgenden Ausführungen nur die Kreditmarktschulden berücksichtigt, deren Schuldendienst den Haushalt voll belastet.

Der Zuwachs der Kreditmarktschulden verteilte sich nicht gleichmäßig auf die einbezogenen Jahre, vielmehr zeigte die Entwicklung im Zeitverlauf durchaus wechselhafte Züge. So brachten die Jahre 1961

Schaubild 4

Schulden der Länder aus Kreditmarktmitteln
Ende 1974 und 1975
DM je Einwohner



bis 1963 noch einen leichten Rückgang der Schulden. In den nächsten Jahren kam es dann hauptsächlich wegen der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung zu recht unterschiedlichen Zunahmen der Kreditmarktschulden, die insbesondere 1965 mit 516 Mill.DM für damalige Verhältnisse beachtliche Ausmaße erreichten.

Tabelle 6
Staatsverschuldung 1964 bis 1975 in Millionen DM

Jahr 1)	Fundierte Schulden					Schwebende Schulden (Kassenkredite)
	insgesamt	davon				
		Kreditmarkt- schulden 2)	Ausgleichs- förderungen 3)	Auslands- schulden	Schulden bei Verwaltungen	
1964	4 388,5	860,0	1 433,4	25,4	2 069,7	58,3
1965	4 911,5	1 376,1	1 412,1	25,0	2 098,3	259,3
1966	5 151,0	1 653,8	1 388,7	21,4	2 087,1	524,4
1967	5 858,6	2 497,3	1 366,1	21,1	1 974,1	137,1
1968	6 020,9	2 700,4	1 322,0	20,8	1 977,7	20,0
1969	5 865,2	2 606,4	1 287,5	7,1	1 964,2	—
1970	5 971,9	2 782,4	1 259,4	6,8	1 923,3	—
1971	6 525,0	3 372,4	1 235,8	6,9	1 909,9	140,0
1972	6 506,4	3 363,6	1 209,8	6,6	1 926,4	—
1973	6 799,0	3 668,9	1 182,5	6,2	1 941,4	—
1974	7 681,5	4 552,0	1 156,7	6,2	1 966,6	—
1975 4)	10 095,1	6 974,8	1 130,9	5,7	1 983,7	—

1) Jeweils 31.12. — 2) Bis 1973 aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln. — 3) Im wesentlichen Forderungen der Geldinstitute und Versicherungen auf Grund des Gesetzes über die Geldumstellung. — 4) Voraussichtliches Ist (Nettozunahme 1. bis 3. Quartal = Ist, 4. Quartal = Soll).

1967 wurde dann die Staatsverschuldung erstmals bewußt für konjunkturpolitische Zwecke eingesetzt. Die Finanzierung der zur Überwindung der Rezession durchgeführten Konjunkturprogramme fand im wesentlichen mit Hilfe von Kreditmarktmitteln statt, was sich in einer bis dahin ungewohnten Erhöhung des Schuldenstandes bemerkbar machte. Allein 1967 wuchsen die Kreditmarktschulden um 844 Mill. DM. Auf die expansive Ausrichtung der Schuldenpolitik folgte 1969 ihr kontraktiver Einsatz, der Schuldenstand nahm um 94 Mill. DM ab. In den nächsten Jahren nahmen die Kreditmarktschulden wieder stärker zu – bis auf einen geringfügigen Rückgang im Jahre 1972 – um 1975 mit einer Steigerung um voraussichtlich 2,63 Mrd. DM einen vorläufigen Höhepunkt zu erreichen. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Nettokreditaufnahme dient dem Ausgleich des aus konjunkturellen Gründen stark rückläufigen Steueraufkommens.

Der unterschiedliche Stand der Kreditmarktschulden je Einwohner Ende 1974 sowie die voraussichtliche Zunahme im Jahr 1975 in den einzelnen Bundesländern geht aus Schaubild 4 hervor.

Anteil der Kreditmarktschulden am Bruttoinlandsprodukt seit 1964 mehr als verdreifacht

Betrug der Anteil der Kreditmarktschulden am Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1964 nur 1,37%, so bewirkten die hohen Kreditaufnahmen der Jahre 1965/67 und eine nur geringfügige Zunahme des Bruttoinlandsprodukts eine starke Anhebung bis auf 3,42% im Jahre 1968. In den folgenden Jahren fiel der Anteil wieder etwas zurück, um dann im Jahr 1975 den Wert von 4,75% zu erreichen.

Die wachsende fiskalische Bedeutung der Verschuldung zeigt auch ein Blick auf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen jährlicher Neuverschuldung und den Ausgaben des Staates. Während im Durchschnitt der Jahre 1964/70 der Staat 4,08% seiner Ausgaben über die Neuverschuldung finanzierte, lag der Anteil im Jahresdurchschnitt 1970/75 mit 5,74% wesentlich höher. Allein im Jahre 1975 belief sich der Anteil auf 12,95%. Der Staat war gezwungen, in den letzten Jahren einen sehr viel höheren Prozentsatz seiner Ausgaben mit Krediten zu finanzieren. Welche fiskalische Bedeutung die Verschuldung allein in den letzten Jahren gewonnen hat, läßt sich auch daran erkennen, daß der Anteil der jährlichen Nettoschuldaufnahme gemessen an den Sach- und mittelbaren Investitionen von 8,4% im Jahr 1973 über 21,6% im darauffolgenden Jahr bis auf 58,4% im Jahr 1975 ansteigen wird.

Die mit der öffentlichen Verschuldung zwangsläufig verbundenen Zinskosten binden laufend einen

Teil der Ausgaben. Die staatlichen Zinsausgaben haben als Folge der wachsenden Verschuldung und des steigenden Zinsniveaus im Untersuchungszeitraum beachtlich zugenommen. Betrugten sie im Jahr 1964 nur 93 Mill. DM, so stiegen sie bis 1975 auf 660 Mill. DM an.

Zur Beurteilung der fiskalischen Bedeutung der Zinsausgaben wird man auch die Entwicklung der Gesamtausgaben und der Steuereinnahmen in Betracht ziehen müssen. Der Anteilsatz an den Gesamtausgaben stieg von 1,33% im Jahr 1964 bis auf 2,40% im Jahr 1969 an, ging in den folgenden Jahren leicht zurück und lag 1975 bei 3,24%. Setzt man die Zinsausgaben zu den Steuereinnahmen in Beziehung, so drückt die sich ergebende Zins-Steuerquote aus, in welchem Umfang die regelmäßig fließenden Steuereinnahmen rein rechnerisch zur Deckung der Zinsausgaben hätten herangezogen werden müssen. Im zeitlichen Verlauf läßt sich auch hier eine deutlich steigende Tendenz feststellen, von 2,87% im Durchschnitt der Jahre 1964/70 auf 3,46% im Jahresdurchschnitt 1970/75.

Angesichts des Ausmaßes der oben dargestellten Schuldenentwicklung und ihrer in hohem Maße strukturbedingten Ursachen zeichnen sich für die öffentliche Hand große Probleme im Hinblick auf die zukünftige Haushaltsgestaltung und auf den zukünftigen Handlungsspielraum ab. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich dabei aus der Belastung zukünftiger Haushalte durch Tilgungs- und Zinsendienst. Während die Tilgungsproblematik durch ständige Umschuldungsprozesse zeitlich begrenzt verschoben werden kann, belasten die Zinszahlungen den Haushalt substantiell – und dies bei steigender Verschuldung in immer stärkerem Ausmaß. Die Diskussion um die Grenzen der Verschuldung wird schon seit Jahren geführt. Verschiedene Größen zur Messung der Höhe der Verschuldung – wie auch der vorab beschriebene Anteil am Steueraufkommen oder am Bruttoinlandsprodukt – wurden vorgeschlagen. Es gelang aber nicht, einen Grenzwert anzugeben, bis zu dem die Verschuldung problemlos getrieben werden könne, um dann von dort an in einen Gefährdungsbereich einzutreten. Als Ergebnis aller Überlegungen hat sich bisher vielmehr ergeben, daß eine höhere Verschuldung kurzfristig sowohl finanziell wie volkswirtschaftlich tragbar ist. Daß aber auf längere Sicht eine strukturell bedingte hohe Verschuldung unter allen Umständen vermieden werden muß, weil sie auf die Dauer wegen des rapide wachsenden Zinsdienstes zu einer Handlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand führt und weil darüberhinaus in einem weiteren Stadium die Gefährdungen für die Währung und damit für das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge unübersehbar werden.

Anhang

Inhalt

1. Bevölkerungsbilanz seit 1965
2. Wohnbevölkerung und Ausländer in den Stadt- und Landkreisen
3. Kenndaten der Modellrechnungen zum künftigen Ausländerbestand
4. Entwicklung der Wohnbevölkerung in den Großstädten und im Umland der Großstädte
5. Bevölkerungsbewegung in den Großstädten
6. Bevölkerungsbewegung in den Mittelbereichen der Großstädte
7. Die innerstädtische Entwicklung der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung in Stuttgart, Mannheim und Freiburg im Breisgau
8. Schüler, Übergänge, Abiturienten 1975 in den Stadt- und Landkreisen
9. Schüler und Studierende nach Geburtsjahrgängen und Schularten im Schuljahr 1974/75
10. Vorausberechnung von Absolventen der Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen bis 1985
11. Bestand und Bedarf an Plätzen in Werkstätten für Behinderte in den Stadt- und Landkreisen
12. Wohnungen nach der Zahl der Räume in den Stadt- und Landkreisen
13. Entwicklung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen in den Räumen des Landesentwicklungsplans 1960 bis 1974
14. Strukturdaten für die benachteiligten Agrarzonen nach dem Bergbauernprogramm 1960 bis 1974
15. Entwicklung des Bestandes an landwirtschaftlichen Betrieben nach Größenklassen in den landwirtschaftlichen Programmgebieten 1960 bis 1974
16. Daten der industriellen Wasserwirtschaft 1973 in den Stadt- und Landkreisen
17. Wasserwirtschaftliche Strukturdaten der Industrie 1973
18. Öffentliche Hausmülldeponien in den Stadt- und Landkreisen

1. Bevölkerungsbilanz seit 1965

Jahr	Lebend-geborene	Gestorbene	Geburten-überschuß	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-gewinn bzw. -verlust (-)	Zu- bzw. Abnahme (-) insgesamt	Bevölkerung am 31. Dezember
				über die Landesgrenze				
a) Gesamtbevölkerung								
1965	158 742	85 941	72 801	402 576	306 572	96 004	168 805	8 426 202
1966	160 802	86 600	74 202	373 697	339 995	33 702	107 904	8 534 106
1967	155 617	87 276	68 341	274 573	311 535	- 36 962	31 379	8 565 471 ¹⁾
1968	147 961	93 263	54 698	358 881	265 157	93 724	148 422	8 713 893
1969	140 087	94 628	45 459	445 621	295 274	150 347	195 806	8 909 699
1970	128 212	92 628	35 584	430 349	320 888	109 461	145 045	8 953 607 ²⁾
1971	123 871	92 671	31 200	394 150	323 843	70 307	101 507	9 055 114
1972	112 845	92 740	20 105	390 189	311 256	78 933	99 038	9 154 152
1973	102 875	92 918	9 957	384 032	308 765	75 267	85 224	9 239 376
1974	102 206	93 127	9 079	274 660	296 875	- 22 215	- 13 136	9 226 240
1975 ³⁾	98 000	95 000	3 000	205 000	270 000	- 65 000	- 62 000	9 164 000
b) Deutsche								
1965	149 455	84 970	64 485	168 851	149 683	19 168	83 653	8 001 040
1966	149 428	85 494	63 934	164 527	148 304	16 223	80 157	8 081 197
1967	143 597	86 165	57 432	160 419	139 932	20 487	77 919	8 159 102 ¹⁾
1968	136 370	92 105	44 265	159 826	141 212	18 614	62 879	8 221 981
1969	126 798	93 225	33 573	159 929	140 233	19 696	53 269	8 275 250
1970	111 897	90 950	20 947	147 882	135 016	12 866	33 813	8 273 522 ²⁾
1971	104 159	90 889	13 270	147 033	130 018	17 015	30 285	8 303 807
1972	91 493	90 920	573	146 473	124 439	22 034	22 607	8 326 414
1973	80 086	91 109	- 11 023	134 679	118 411	16 268	5 245	8 331 659
1974	77 702	91 360	- 13 658	125 604	112 962	12 642	- 1 016	8 330 643
1975 ³⁾	76 200	93 200	- 17 000	107 000	102 000	5 000	-12 000	8 319 000
c) Ausländer								
1965	9 287	971	8 316	233 725	156 889	76 836	85 152	425 162
1966	11 374	1 106	10 268	209 170	191 691	17 479	27 747	452 909
1967	12 020	1 111	10 909	114 154	171 603	- 57 449	- 46 540	406 369
1968	11 591	1 158	10 433	199 055	123 945	75 110	85 543	491 912
1969	13 289	1 403	11 886	285 692	155 041	130 651	142 537	634 449
1970	16 315	1 678	14 637	282 467	185 872	96 595	111 232	680 085 ²⁾
1971	19 712	1 782	17 930	247 117	193 825	53 292	71 222	751 307
1972	21 352	1 820	19 532	243 716	186 817	56 899	76 431	827 738
1973	22 789	1 809	20 980	249 353	190 354	58 999	79 979	907 717
1974	24 504	1 767	22 737	149 056	183 913	- 34 857	- 12 120	895 597
1975 ³⁾	21.800	1 800	20 000	98 000	168 000	- 70 000	- 50 000	845 000

1) Gebietsabtretung an die Schweiz mit Wirkung vom 20.7.1967 (14 Personen). - 2) Im Jahr 1970 wurden die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen aufgrund des Volkszählungsergebnisses bereinigt. - 3) Geschätzte Zahlen.

2. Wohnbevölkerung und Ausländer in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Wohnbevölkerung am				Ausländer nach dem AZR am 30.9.1975 ¹⁾		Anteil an der Gesamtbevölkerung in %		
	30.6.1975		30.6.1974		absolut	%	30.6.1974	30.6.1975	30.9.1974 ²⁾
	insgesamt	dar. Ausl.	insgesamt	dar. Ausl.					
Stadtkreis Stuttgart	606 523	95 389	618 635	99 568	98 294	16,2	16,1	15,7	16,4
Landkreise									
Böblingen	289 011	39 766	306 108	42 709	44 551	15,4	14,0	13,8	14,7
Esslingen	452 272	61 222	434 372	61 102	63 618	14,1	14,1	13,5	14,7
Göppingen	230 735	24 857	232 969	26 143	24 949	10,8	11,2	10,8	10,9
Ludwigsburg	426 229	58 186	427 322	60 938	61 443	14,4	14,3	13,7	15,1
Rems-Murr-Kreis	351 108	38 204	352 709	40 201	41 962	12,0	11,4	10,9	12,2
RV Mittlerer Neckar	2 355 878	317 624	2 372 115	330 661	334 817	14,2	13,9	13,5	14,5
Stadtkreis Heilbronn	114 999	14 327	116 371	14 914	12 997	11,3	12,8	12,5	11,9
Landkreise									
Heilbronn	234 871	19 305	235 977	20 946	15 793	6,7	8,9	8,2	8,0
Hohenlohekreis	84 187	5 501	85 023	5 926	5 434	6,5	7,0	6,5	6,8
Schwäbisch Hall	151 697	8 238	150 466	8 439	7 645	5,0	5,6	5,4	5,3
Main-Tauber-Kreis	126 017	4 344	127 227	4 444	4 076	3,2	3,5	3,4	3,4
RV Franken	711 771	51 715	715 064	54 669	45 945	6,5	7,6	7,3	7,1
Landkreise									
Heidenheim	125 801	11 422	126 872	11 598	12 334	9,8	9,1	9,1	10,2
Ostalbkreis	273 657	17 596	276 813	18 450	17 875	6,5	6,7	6,4	6,7
RV Ostwürttemberg	399 458	29 018	403 685	30 048	30 209	7,6	7,4	7,3	7,8
Regierungsbezirk Stuttgart	3 467 107	398 357	3 490 864	415 378	410 971	11,9	11,9	11,5	12,2
Stadtkreise									
Baden-Baden	50 063	3 088	47 192	2 898	3 924	7,8	6,1	6,2	8,0
Karlsruhe	281 743	22 706	266 642	22 446	23 452	8,3	8,4	8,1	8,9
Landkreise									
Karlsruhe	350 891	26 299	369 431	28 413	26 062	7,4	7,7	7,5	7,6
Rastatt	189 362	12 991	193 157	13 175	13 920	7,4	6,8	6,9	7,4
RV Mittlerer Oberrhein	872 059	65 084	876 422	66 932	67 358	7,7	7,6	7,5	8,0
Stadtkreise									
Heidelberg	130 010	11 329	121 358	10 603	11 298	8,7	8,7	8,7	9,6
Mannheim	317 443	40 889	322 109	40 625	41 220	13,0	12,6	12,9	13,2
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	131 919	6 308	132 449	6 414	5 324	4,0	4,8	4,8	4,3
Rhein-Neckar-Kreis	450 243	35 958	457 774	38 213	32 631	7,2	8,3	8,0	7,4
RV Unterer Neckar	1 029 615	94 484	1 033 690	95 855	90 473	8,8	9,3	9,2	9,1
Stadtkreis Pforzheim	102 192	11 599	99 153	11 454	11 851	11,6	11,6	11,4	12,2
Landkreise									
Calw	126 093	13 829	126 125	14 173	13 658	10,8	11,2	11,0	11,4
Enzkreis	161 222	15 885	164 495	17 246	15 829	9,8	10,5	9,9	10,4
Freudenstadt	98 287	6 218	98 427	6 408	6 055	6,2	6,5	6,3	6,5
RV Nordschwarzwald	487 794	47 531	488 200	49 281	47 393	9,7	10,1	9,7	10,2
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 389 468	207 099	2 398 312	212 068	205 224	8,6	8,8	8,7	8,9
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	177 007	12 400	173 984	12 881	11 840	6,7	7,4	7,0	7,2
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	186 136	9 796	187 636	10 572	9 656	5,2	5,6	5,3	5,6
Emmendingen	129 404	6 116	128 593	6 181	5 625	4,3	4,8	4,7	4,4
Ortenaukreis	356 254	18 998	357 088	19 408	18 261	5,1	5,4	5,3	5,3
RV Südlicher Oberrhein	848 801	47 310	847 301	49 042	45 382	5,3	5,8	5,6	5,6
Landkreise									
Rottweil	130 148	9 954	131 279	10 545	9 990	7,7	8,0	7,6	8,1
Schwarzwald-Baar-Kreis	200 868	24 326	202 367	25 512	23 683	11,8	12,6	12,1	12,4
Tuttlingen	111 047	9 999	111 606	10 160	9 802	8,8	9,1	9,0	9,2
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	442 063	44 279	445 252	46 217	43 475	9,8	10,4	10,0	10,3
Landkreise									
Konstanz	230 564	24 920	232 838	26 478	22 764	9,9	11,4	10,8	10,0
Lörrach	194 873	18 034	195 659	18 557	18 130	9,3	9,5	9,3	9,7
Waldshut	143 983	13 443	144 229	13 927	12 840	8,9	9,7	9,3	8,8
RV Hochrhein-Bodensee	569 420	56 397	572 726	58 962	53 734	9,4	10,3	9,9	9,6
Regierungsbezirk Freiburg	1 860 284	147 986	1 865 279	154 221	142 591	7,7	8,3	8,0	8,0
Landkreise									
Reutlingen	235 887	24 592	236 759	25 422	25 032	10,6	10,7	10,4	11,0
Tübingen	164 865	15 359	164 640	16 129	16 030	9,7	9,8	9,3	10,4
Zollernalbkreis	174 694	15 033	176 045	15 876	13 809	7,9	9,0	8,6	8,0
RV Neckar-Alb	575 446	54 984	577 444	57 427	54 871	9,5	9,9	9,6	9,9
Stadtkreis Ulm	98 375	11 360	93 244	10 547	13 676	13,9	11,3	11,5	13,8
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	155 584	12 159	161 361	12 923	11 270	7,2	8,0	7,8	6,9
Biberach	149 713	6 952	150 089	7 404	6 994	4,7	4,9	4,6	5,3
RV Donau-Iller ³⁾	403 672	30 471	404 694	30 874	31 940	7,9	7,6	7,5	7,9
Landkreise									
Bodenseekreis	162 253	14 941	161 845	14 934	14 809	9,1	9,2	9,2	9,5
Ravensburg	225 660	14 744	225 669	15 086	14 920	6,6	6,7	6,5	6,8
Sigmaringen	113 072	6 778	113 537	6 984	6 788	6,0	6,2	6,0	5,7
RV Bodensee-Oberschwaben	500 985	36 463	501 051	37 004	36 517	7,3	7,4	7,3	7,4
Regierungsbezirk Tübingen	1 480 103	121 918	1 483 189	125 305	123 328	8,3	8,4	8,2	8,5
Baden-Württemberg	9 196 962	875 360	9 237 644	906 972	882 114	9,6	9,8	9,5	9,9

1) AZR-Zahlen bezogen auf den Bevölkerungsstand am 30. Juni 1975. - 2) AZR-Zahlen bezogen auf den Bevölkerungsstand 30.6.1974. -
3) Soweit Land Baden-Württemberg.

3. Kenndaten der Modellrechnungen zum künftigen Ausländerbestand (Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen)

Bezeichnung	Modell 1		
	1	2	3
Basisbevölkerung	1. 1. 1975		
Sterbeziffern und Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen	Sterbeziffer im gesamten Vorausschätzungszeitraum entsprechend dem Mittel der gesamten Bevölkerung in den Jahren 1972/74 Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen entsprechend den Verhältnissen für Ausländer 1972/74		
Fruchtbarkeitsziffer	Ausgehend vom Durchschnitt der Jahre 1972/74 wurde die Fruchtbarkeitsziffer der ausländischen Frauen in den ersten drei Berechnungsjahren um jeweils 2 % abgesenkt, um in etwa eine künftige Anpassung an die Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung zu berücksichtigen.		
Wanderungsansatz	Wanderungssaldo = - 15 000 Wanderungsvolumen 144 100 Zuzüge und 159 100 Fortzüge	Wanderungssaldo = 0	
		Wanderungsvolumen 151 600 Zu- und Fortzüge	Wanderungsvolumen 75 800 Zu- und Fortzüge
Erwerbsquote	Ausgehend von der altersspezifischen Erwerbsquote der Ausländer im Jahr 1974 wurde diese in den ersten fünf Jahren tendenziell an die Verhältnisse bei der deutschen Bevölkerung altersspezifisch angepaßt (längere Ausbildung, früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben), ohne diese Werte zu erreichen.		

4. Entwicklung der Wohnbevölkerung in den Großstädten und im Umland¹⁾ der Großstädte Gebietsstand 1.1.1975

Großstadt Umland	Bevölkerung									
	1.12.1900	17.5.1939	13.9.1950	25.9.1956	6.6.1961	27.5.1970	31.12.1971	31.12.1972	31.12.1973	31.12.1974
Mittelbereich Stuttgart	293 981	533 885	551 110	670 525	726 577	763 792	770 957	772 893	772 464	763 819
Stuttgart Stadt	268 969	496 490	497 677	601 115	637 539	633 158	632 947	630 390	624 835	613 263
Stuttgart in %	91,49	93,00	90,30	89,65	87,75	82,90	82,10	81,56	80,89	80,29
Umland	25 012	37 395	53 433	69 410	89 038	130 634	138 010	142 503	147 629	150 556
Umland in %	8,51	7,00	9,70	10,35	12,25	17,10	17,90	18,44	19,11	19,71
Mittelbereich Heilbronn	175 205	212 669	245 252	267 172	287 820	336 845	343 178	347 958	353 231	351 238
Heilbronn Stadt	55 380	84 303	73 299	88 714	99 257	113 725	114 733	116 045	116 931	115 924
Heilbronn in %	31,61	39,64	29,89	33,20	34,49	33,76	33,43	33,35	33,10	33,00
Umland	119 825	128 366	171 953	178 458	188 563	223 120	228 445	231 913	236 300	235 314
Umland in %	68,39	60,36	70,11	66,80	65,51	66,24	66,57	66,65	66,90	67,00
Mittelbereich Karlsruhe	174 237	256 044	280 531	311 198	339 381	378 750	382 292	384 118	384 066	382 686
Karlsruhe Stadt	134 144	198 648	209 705	233 711	254 169	275 450	275 300	274 809	273 008	270 647
Karlsruhe in %	76,99	77,58	74,75	75,10	74,89	72,73	72,01	71,54	71,08	70,72
Umland	40 093	57 396	70 826	77 487	85 212	103 300	106 992	109 309	111 058	112 039
Umland in %	23,01	22,42	25,25	24,90	25,11	27,27	27,99	28,46	28,92	29,28
Mittelbereich Heidelberg	93 969	140 551	194 396	203 949	215 711	233 875	239 740	242 393	242 865	245 055
Heidelberg Stadt	56 337	91 298	123 650	129 298	133 566	129 697	130 863	131 285	129 688	130 134
Heidelberg in %	59,97	64,96	63,61	63,40	61,92	55,46	54,59	54,16	53,40	53,10
Umland	37 612	49 253	70 746	74 651	82 145	104 178	108 877	111 108	113 177	114 921
Umland in %	40,03	35,04	36,39	36,60	38,08	44,54	45,41	45,84	46,60	46,90
Mittelbereich Mannheim	172 560	304 285	270 429	315 585	345 059	371 497	371 439	369 745	367 554	362 749
Mannheim Stadt	160 964	285 753	245 634	287 210	313 890	332 163	330 635	328 411	325 386	320 508
Mannheim in %	93,28	93,91	90,83	91,01	90,97	89,41	89,02	88,82	88,53	88,36
Umland	11 596	18 532	24 795	28 375	31 169	39 334	40 804	41 334	42 168	42 241
Umland in %	6,72	6,09	9,17	8,99	9,03	10,59	10,99	11,18	11,47	11,65
Mittelbereich Pforzheim	118 013	158 074	150 977	175 984	194 006	225 162	229 203	231 980	234 973	235 701
Pforzheim Stadt	57 017	84 015	60 776	78 871	90 183	99 910	101 161	101 750	102 233	102 339
Pforzheim in %	48,31	53,15	40,26	44,82	46,49	44,37	44,14	43,86	43,51	43,42
Umland	60 996	74 059	90 201	97 113	103 823	125 252	128 042	130 230	132 740	133 362
Umland in %	51,69	46,85	59,75	55,18	53,52	55,63	55,86	56,14	56,49	56,58
Mittelbereich Freiburg	132 065	185 909	193 588	220 219	245 986	287 383	297 297	303 908	309 227	312 692
Freiburg Stadt	71 380	116 019	116 640	136 277	154 153	174 308	177 292	178 565	179 534	179 196
Freiburg in %	54,05	62,41	60,25	61,88	62,67	60,65	59,64	58,76	58,06	57,31
Umland	60 685	69 890	76 948	83 942	91 833	113 075	120 005	125 343	129 693	133 496
Umland in %	45,95	37,59	39,75	38,12	37,33	39,35	40,37	41,24	41,94	42,69
Mittelbereich Ulm	101 842	135 717	155 606	178 488	186 477	201 823	203 994	203 702	204 954	204 309
Ulm Stadt	51 487	78 338	76 961	97 415	100 237	101 628	100 922	99 526	99 342	98 499
Ulm in %	50,56	57,72	49,46	54,58	53,75	50,36	49,47	48,86	48,47	48,21
Umland	50 355	57 379	78 645	81 073	86 240	100 195	103 072	104 176	105 612	105 810
Umland in %	49,44	42,28	50,54	45,42	46,25	49,65	50,53	51,14	51,53	51,79
Landessumme	4 107 325	5 476 396	6 430 225	7 133 241	7 759 154	8 895 048	9 055 114	9 154 152	9 239 376	9 226 240

1) Der jeweilige Mittelbereich ohne das zugehörige Mittelzentrum.

5. Bevölkerungsbewegung in den Großstädten Gebietsstand 1.1.1975

Großstadt/Jahr		Geburtenüberschuß			Wanderungsgewinn			Bevölkerungsgewinn		
		Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt
Stuttgart	1970 ¹⁾	- 432	770	338	- 3 045	3 751	706	- 3 477	4 521	1 044
	1971	- 1 012	1 488	476	- 6 020	4 289	- 1 731	- 7 032	5 777	- 1 255
	1972	- 1 766	1 678	- 88	- 6 720	4 251	- 2 469	- 8 486	5 929	- 2 557
	1973	- 2 488	1 769	- 719	- 9 701	4 865	- 4 836	-12 189	6 634	- 5 555
	1974	- 2 560	1 929	- 631	- 6 816	- 4 125	-10 941	- 9 376	- 2 196	-11 572
Heilbronn	1970 ¹⁾	82	143	225	- 149	864	715	- 67	1 007	940
	1971	1	239	240	- 1 053	881	- 172	- 1 052	1 120	68
	1972	- 174	298	124	- 259	929	1 188	85	1 227	1 312
	1973	- 193	344	151	- 615	1 350	735	- 808	1 694	886
	1974	- 337	374	37	- 368	- 676	- 1 044	- 705	- 302	- 1 007
Karlsruhe	1970 ¹⁾	- 313	194	- 119	- 512	707	195	- 825	901	76
	1971	- 807	428	- 379	- 664	817	153	- 1 471	1 245	- 226
	1972	- 1 121	409	- 712	- 1 023	1 244	221	- 2 144	1 653	- 491
	1973	- 1 357	500	- 857	- 2 250	1 306	- 944	- 3 607	1 806	-11 801
	1974	- 1 529	526	- 1 003	- 736	- 622	- 1 358	- 2 265	- 96	- 2 361
Heidelberg	1970 ¹⁾	- 178	46	- 132	- 263	827	564	- 441	873	432
	1971	- 558	164	- 394	213	915	1 128	- 345	1 079	734
	1972	- 737	172	- 565	- 73	1 060	987	- 810	1 232	422
	1973	- 729	170	- 559	- 1 131	93	- 1 038	- 1 860	263	- 1 597
	1974	- 812	199	- 613	414	645	1 059	- 398	844	446
Mannheim	1970 ¹⁾	- 444	331	- 113	- 1 845	2 173	328	- 2 289	2 504	215
	1971	- 1 014	684	- 330	- 3 433	2 020	- 1 413	- 4 447	2 704	- 1 743
	1972	- 1 362	770	- 592	- 3 636	2 004	- 1 632	- 4 998	2 774	- 2 224
	1973	- 1 943	791	- 1 152	- 4 132	2 259	- 1 873	- 6 075	3 050	- 3 025
	1974	- 1 986	911	- 1 075	- 3 637	- 166	- 3 803	- 5 623	745	- 4 878
Pforzheim	1970 ¹⁾	- 86	125	39	215	625	840	129	750	879
	1971	- 121	218	97	- 264	539	275	- 385	757	372
	1972	- 301	252	- 49	- 62	700	638	- 363	952	589
	1973	- 447	236	- 211	180	514	694	- 267	750	483
	1974	- 471	271	- 200	426	- 120	306	- 45	151	106
Freiburg	1970 ¹⁾	87	91	178	888	468	1 356	975	559	1 534
	1971	130	142	272	164	1 014	1 178	294	1 156	1 450
	1972	- 336	215	- 121	- 25	1 419	1 394	- 361	1 634	- 1 273
	1973	- 392	193	- 199	181	987	1 168	- 211	1 180	969
	1974	- 350	219	- 131	37	- 244	- 207	- 313	- 25	- 338
Ulm	1970 ¹⁾	13	87	100	- 349	569	220	- 336	656	320
	1971	- 108	164	56	- 770	- 312	- 1 082	- 878	- 148	- 1 026
	1972	- 166	174	8	- 1 495	91	- 1 404	- 1 661	265	- 1 396
	1973	- 256	218	- 38	- 2 226	2 080	- 146	- 2 482	- 2 298	- 184
	1974	- 371	266	- 105	- 664	- 74	- 738	- 1 035	192	- 843

1) Vom 27.5. bis 31.12.1970

6. Bevölkerungsbewegung in den Mittelbereichen der Großstädte Gebietsstand 1.1.1975

Mittelbereich/Jahr		Geburtenüberschuß			Wanderungsgewinn			Bevölkerungsgewinn		
		Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt
Stuttgart	1970 ¹⁾	25	1 010	1 035	- 1 298	4 333	3 035	- 1 273	5 343	4 070
	1971	- 334	1 940	1 606	- 4 117	5 606	1 489	- 4 451	7 546	3 095
	1972	- 1 304	2 125	821	- 4 115	5 230	1 115	- 5 419	7 355	1 936
	1973	- 2 168	2 255	87	- 6 331	5 815	- 516	- 8 499	8 070	- 429
	1974	- 2 190	2 517	327	- 4 196	- 4 776	- 8 972	- 6 386	- 2 259	- 8 645
Heilbronn	1970 ¹⁾	452	367	819	117	2 063	2 180	569	2 430	2 999
	1971	499	746	1 245	- 262	2 350	2 088	237	3 096	3 333
	1972	53	851	904	1 021	2 855	3 876	1 074	3 706	4 780
	1973	- 322	849	527	1 421	3 325	4 746	1 099	4 174	5 273
	1974	- 701	937	236	724	- 2 953	- 2 229	23	- 2 016	- 1 993
Karlsruhe	1970 ¹⁾	- 145	257	112	360	864	1 224	215	1 121	1 336
	1971	- 530	574	44	767	1 395	2 162	237	1 969	2 206
	1972	- 956	551	- 405	478	1 753	2 231	- 478	2 304	1 826
	1973	- 1 314	662	- 652	- 1 255	1 855	600	- 2 569	2 517	- 52
	1974	- 1 488	688	- 800	310	- 890	- 580	- 1 178	202	- 1 380
Heidelberg	1970 ¹⁾	- 18	123	105	896	1 170	2 066	878	1 293	2 171
	1971	- 283	325	42	2 000	1 652	3 652	1 717	1 977	3 694
	1972	- 654	336	- 318	1 591	1 380	2 971	937	1 716	2 653
	1973	- 895	337	- 558	562	468	1 030	- 333	805	472
	1974	- 933	373	- 560	2 596	154	2 750	1 663	527	2 190
Mannheim	1970 ¹⁾	- 431	368	- 63	- 1 232	2 338	1 106	- 1 663	2 706	1 043
	1971	- 962	751	- 211	- 2 833	2 015	- 818	- 3 795	2 766	- 1 029
	1972	- 1 399	844	- 555	- 3 218	2 079	- 1 139	- 4 617	2 923	- 1 694
	1973	- 2 002	865	- 1 137	- 3 671	2 617	- 1 054	- 5 673	3 482	- 2 191
	1974	- 2 024	993	- 1 031	- 3 346	- 428	- 3 774	- 5 370	565	- 4 805
Pforzheim	1970 ¹⁾	64	254	318	545	998	1 543	609	1 252	1 861
	1971	- 66	516	450	885	859	1 744	819	1 375	2 194
	1972	- 273	534	261	1 406	1 110	2 516	1 133	1 644	2 777
	1973	- 734	549	- 185	1 774	1 404	3 178	1 040	1 953	2 993
	1974	- 903	558	- 345	1 918	- 845	1 073	1 015	- 287	728
Freiburg	1970 ¹⁾	588	147	735	2 449	752	3 201	3 037	899	3 936
	1971	788	254	1 042	3 366	1 570	4 936	4 154	1 824	5 978
	1972	191	333	524	3 871	2 216	6 087	4 062	2 549	6 611
	1973	- 106	328	222	3 434	1 663	5 097	3 328	1 991	5 319
	1974	106	385	491	3 630	- 656	2 974	3 736	- 271	3 465
Ulm	1970 ¹⁾	293	141	434	- 360	1 060	700	- 67	1 201	1 134
	1971	306	303	609	- 302	730	428	4	1 033	1 037
	1972	50	357	407	- 1 083	384	- 699	- 1 033	741	- 292
	1973	- 265	404	139	- 1 325	2 431	1 106	- 1 590	2 835	1 245
	1974	- 370	494	124	- 545	- 163	- 708	- 915	331	- 584

1) Vom 27.5. bis 31.12.1970.

7. Die innerstädtische Entwicklung der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung in Stuttgart, Mannheim und Freiburg im Breisgau

a) Deutsche Bevölkerung

Stadt/Stadtgebiet	Deutsche Wohnbevölkerung am				
	27.5.1970	31.12.1971	31.12.1972	31.12.1973	31.12.1974
Stuttgart					
Inneres Stadtgebiet	209 153	198 671	192 382	184 058	177 762
Außeres Stadtgebiet	346 611	344 696	341 840	340 627	336 692
Mannheim					
Inneres Stadtgebiet	118 058	111 852	108 050	104 207	102 434
Außeres Stadtgebiet	184 513	183 983	183 547	180 555	176 705
Freiburg im Breisgau					
Inneres Stadtgebiet	95 610	93 548	91 816	89 352	88 054
Außeres Stadtgebiet	70 181	73 452	74 879	77 140	78 121

b) Ausländische Bevölkerung

Stadt/Stadtgebiet	Ausländische Wohnbevölkerung am				
	27.5.1970	31.12.1971	31.12.1972	31.12.1973	31.12.1974
Stuttgart					
Inneres Stadtgebiet	29 135	32 981	36 655	40 141	39 740
Außeres Stadtgebiet	48 259	52 402	55 811	59 628	58 102
Mannheim					
Inneres Stadtgebiet	13 281	16 461	18 273	20 173	20 900
Außeres Stadtgebiet	16 311	18 339	18 541	20 451	20 469
Freiburg im Breisgau					
Inneres Stadtgebiet	4 977	6 122	7 129	7 598	7 565
Außeres Stadtgebiet	3 540	4 170	4 727	5 444	5 456

8. Schüler, Übergänge, Abiturienten 1975 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen			Schüler an öffentlichen beruflichen Schulen		Schüler in der 4. Klasse der Grund- schule	Übergänge aus der 4.u.5. Klassenstufe auf:		Abiturienten in Sommer 1975
	insgesamt	darunter an		insgesamt	darunter an Berufs- schulen		Real- schulen	Gymnasien	
		Grund- und Hauptschulen	Gymnasien						
Stadtkreis Stuttgart	71 623	40 434	18 407	33 105	26 172	7 260	1 612	2 958	2 049
Landkreise									
Böblingen	52 029	32 043	10 169	8 251	5 828	5 501	1 501	1 848	510
Esslingen	68 548	42 660	12 612	12 176	8 113	7 259	2 021	2 062	772
Göppingen	35 481	23 035	6 280	9 372	6 937	3 716	822	1 055	488
Ludwigsburg	68 463	42 431	13 256	9 150	6 779	7 386	2 012	2 376	764
Rems-Murr-Kreis	57 654	36 623	10 078	7 925	5 797	6 133	1 660	1 751	539
RV Mittlerer Neckar	353 798	217 226	70 802	79 979	59 706	37 255	9 628	12 050	5 122
Stadtkreis Heilbronn	19 147	10 785	4 818	10 352	8 068	1 898	416	592	441
Landkreise									
Heilbronn	39 147	26 641	5 861	1 626	1 220	4 291	1 050	1 154	244
Hohenlohekreis	15 004	10 533	1 979	2 936	2 024	1 664	398	329	158
Schwäbisch-Hall	26 235	17 360	3 495	5 956	3 801	2 720	628	472	323
Main-Tauber-Kreis	22 184	14 291	3 669	5 095	3 465	2 374	665	515	306
RV Franken	121 717	79 610	19 822	25 965	18 578	12 947	3 157	3 062	1 472
Landkreise									
Heidenheim	21 122	13 313	4 210	4 384	3 119	2 319	419	762	270
Ostalbkreis	48 046	30 762	8 810	9 946	7 641	5 120	1 498	1 276	680
RV Ostwürttemberg	69 168	44 075	13 020	14 330	10 760	7 439	1 917	2 038	950
Regierungsbezirk Stuttgart	544 683	340 911	103 644	120 274	89 044	57 641	14 702	17 150	7 544
Stadtkreise									
Baden-Baden	6 027	3 596	1 429	1 487	1 289	617	132	267	146
Karlsruhe	37 152	21 071	9 829	17 614	13 241	3 685	738	1 483	918
Landkreise									
Karlsruhe	59 899	41 997	9 076	8 290	5 082	6 579	1 385	1 565	565
Rastatt	32 316	22 130	4 831	6 943	4 577	3 589	857	882	373
RV Mittlerer Oberrhein	135 394	88 794	25 165	34 334	24 189	14 470	3 112	4 197	2 002
Stadtkreise									
Heidelberg	15 464	7 146	5 350	8 389	6 186	1 409	237	727	682
Mannheim	41 214	24 826	8 063	15 658	11 040	4 252	619	1 358	879
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	22 972	15 372	3 526	4 779	3 275	2 437	602	510	316
Rhein-Neckar-Kreis	68 462	45 234	11 179	9 181	5 723	7 347	1 692	2 340	688
RV Unterer Neckar	148 112	92 578	28 118	38 007	26 224	15 445	3 150	4 935	2 565
Stadtkreis Pforzheim	17 018	8 967	5 279	8 250	5 872	1 417	253	517	503
Landkreise									
Calw	19 890	13 928	2 531	3 653	2 537	2 177	482	445	202
Enzkreis	23 534	18 244	2 376	1 287	868	3 046	724	710	110
Freudenstadt	16 929	11 530	2 618	3 180	2 305	1 937	539	441	192
RV Nordschwarzwald	77 371	52 669	12 804	16 370	11 582	8 577	1 998	2 113	1 007
Regierungsbezirk Karlsruhe	360 877	234 041	66 087	88 711	61 995	38 492	8 260	11 245	5 574
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	24 224	12 515	6 693	11 950	8 295	2 391	438	979	941
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	30 458	21 257	3 881	3 350	2 279	3 453	928	897	232
Emmendingen	22 683	15 147	3 331	2 956	2 013	2 512	719	597	139
Ortenaukreis	61 739	44 001	8 721	14 363	10 017	6 837	1 380	1 592	781
RV Südlicher Oberrhein	139 104	92 920	22 626	32 619	22 604	15 193	3 465	4 065	2 093
Landkreise									
Rottweil	22 203	15 115	4 184	4 756	3 272	2 408	472	569	289
Schwarzwald-Baar-Kreis	32 817	22 400	5 019	11 292	8 423	3 626	765	946	500
Tuttlingen	18 163	12 033	2 958	3 167	2 113	2 005	497	479	177
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	73 183	49 548	12 161	19 215	13 808	8 039	1 734	1 994	966
Landkreise									
Konstanz	36 385	24 140	5 794	9 025	5 776	3 986	1 016	935	504
Lörrach	32 471	21 696	4 794	7 023	5 142	3 545	785	841	357
Waldshut	24 500	17 811	2 382	4 554	3 066	2 693	676	458	209
RV Hochrhein-Bodensee	93 356	63 647	12 970	20 602	13 984	10 224	2 477	2 234	1 070
Regierungsbezirk Freiburg	305 643	206 115	47 757	72 436	50 396	33 456	7 676	8 293	4 129
Landkreise									
Reutlingen	37 731	23 470	7 502	8 912	6 140	3 827	937	1 112	612
Tübingen	23 585	14 829	4 753	5 551	4 056	2 612	593	761	391
Zollernalbkreis	29 245	19 368	4 638	6 198	4 555	3 204	896	760	305
RV Neckar-Alb	90 561	57 667	16 893	20 661	14 751	9 643	2 426	2 633	1 308
Stadtkreis Ulm	15 927	8 191	4 469	9 416	7 160	1 350	329	459	535
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	25 533	18 519	2 936	1 609	1 055	3 020	850	684	186
Biberach	28 126	18 671	5 280	5 345	3 612	2 988	752	781	406
RV Donau-Iller ¹⁾	69 586	45 381	12 685	16 370	11 827	7 358	1 931	1 924	1 127
Landkreise									
Bodenseekreis	25 246	16 610	4 242	5 162	3 050	2 753	810	648	417
Ravensburg	37 691	25 235	6 108	9 272	6 529	3 799	850	815	505
Sigmaringen	21 079	14 121	3 674	3 924	2 715	2 403	579	599	366
RV Bodensee-Oberschwaben	84 016	55 966	14 024	18 358	12 294	8 955	2 239	2 062	1 288
Regierungsbezirk Tübingen	244 163	159 014	43 602	55 389	38 872	25 956	6 596	6 619	3 723
Baden-Württemberg	1 455 366	940 081	261 090	336 810	240 307	155 545	37 234	43 307	20 970 ²⁾

1) Soweit Land Baden-Württemberg. - 2) Ohne Externe.

9. Schüler und Studierende nach Geburtsjahrgängen und Schularten im Schuljahr 1974/75

Geburtsjahrgang	Vollendetes Altersjahr	Wohnbevölkerung 31.12.1974	Davon an						
			Grund- und Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Berufsschulen	Berufsfach- und -oberschulen	Fach- und Höhere Fachschulen	Hochschulen

Männlich

1969	5	72 051	35						
1968	6	76 467	37 137						
1967	7	78 803	76 072						
1966	8	81 619	77 749						
1965	9	81 852	76 412	7	152				
1964	10	83 432	57 551	6 692	12 076				
1963	11	82 133	39 099	14 227	21 663				
1962	12	79 701	36 670	15 010	21 151				
1961	13	78 922	36 591	15 120	20 591	2	5		
1960	14	76 649	36 318	14 657	19 017	284	172		
1959	15	74 603	12 260	12 470	15 321	19 225	9 240		
1958	16	72 071	1 601	7 370	14 664	35 178	8 300		
1957	17	70 869	86	2 106	14 856	43 481	3 291	76	
1956	18	70 464		335	13 606	30 208	1 519	696	6
1955	19	66 143			6 695	10 228	1 228	887	2 205
1954	20	63 705			2 405	3 207	614	581	4 940
1953	21	62 189			1 181	1 226	461	776	8 105
1952	22	65 700				2 793	826	1 442	10 208
1951	23	65 432						1 791	11 005
1950	24	69 217						1 746	11 710
1949	25	71 095						1 353	10 774
1948	26	69 053						1 059	8 185
1947	27	65 957						738	5 784
1946	28	59 652						539	3 611
1945	29	53 220						348	2 006
1944	30	67 936						401	1 801
1943	31							1 986	5 018

und früher und älter

Weiblich

1969	5	68 485	41						
1968	6	73 057	38 143						
1967	7	74 986	72 978						
1966	8	77 777	75 430						
1965	9	77 499	73 586	31	167				
1964	10	79 018	53 159	9 545	12 010				
1963	11	78 289	34 907	18 443	19 706				
1962	12	75 747	32 554	19 366	19 101				
1961	13	75 744	33 163	19 249	18 611	1			
1960	14	73 276	33 120	18 258	16 631	320	273		
1959	15	70 984	9 010	14 448	13 420	15 064	14 644		
1958	16	68 013	989	6 190	12 490	29 329	13 002		
1957	17	66 842	43	1 120	11 714	31 821	4 181	2 193	
1956	18	66 132		99	10 443	12 858	1 782	3 881	47
1955	19	64 577		3	3 693	3 752	1 156	3 379	5 040
1954	20	66 983			869	1 024	636	2 201	5 960
1953	21	65 767			365	345	403	1 265	6 347
1952	22	67 120				451	803	897	6 126
1951	23	66 116						483	4 475
1950	24	68 582						424	3 673
1949	25	67 285						302	2 529
1948	26	64 285						183	1 470
1947	27	59 974						136	1 047
1946	28	54 299						152	636
1945	29	47 819						71	416
1944	30	61 454						86	523
1943	31							759	2 124

und früher und älter

10. Vorausberechnung von Absolventen der Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen bis 1985

a) Abgänger und Absolventen der Allgemeinbildenden Schulen

Jahr	Abgänger			Absolventen				
	aus Hauptschulen ohne 2) Abschluß	aus Sonderschulen 3)	aus Gymnasien nach Abschluß der Klassen 10 bis 12 4)	Hauptschulen	Realschulen	mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife 6)	Abendrealachulen	Abendgymnasien und Kollegs 7)
1970/71 ¹⁾	8 860	4 685	3 297	58 165	15 784	12 322	923	239
1973/74 ¹⁾	6 029	5 878	4 773	55 710	17 676	14 221	915	359
1974/75	6 300	6 500	5 000	43 300	23 700	16 200	1 100	450
1975/76	7 700	6 800	4 100	53 300	21 600	17 200	1 100	450
1976/77	8 600	7 200	5 900	59 700	27 000	17 500	1 100	450
1977/78	9 200	7 600	7 100	63 600	33 000	17 500	1 100	450
1978/79	9 300	7 900	7 000	64 500	33 000	14 000	1 100	450
1979/80	9 200	8 300	7 200	63 600	33 700	19 500	1 100	450
1980/81	9 100	8 700	7 400	63 300	34 100	23 000	1 100	450
1981/82	8 800	8 500	7 600	60 600	34 000	23 100	1 100	450
1982/83	8 200	8 200	7 600	57 100	33 700	23 600	1 100	450
1983/84	7 600	8 000	7 100	52 500	32 000	24 400	1 100	450
1984/85	7 100	7 800	6 800	48 900	30 300	25 000	1 100	450

b) Abgänger und Absolventen der Beruflichen Schulen

Jahr	Absolventen				Abgänger aus	
	der Berufsschulen 8)	mit mittleren Abschlüssen und Fachschulreife 9)	mit Fachhochschulreife 10)	mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife 11)	Berufsfachschulen	Fachschulen ¹²⁾
1970/71 ¹⁾	66 598	11 012	315	3 073	14 569	5 837
1973/74 ¹⁾	70 024	12 267	471	4 316	16 173	6 995
1974/75	76 900	15 000	600	5 900	19 800	7 100
1975/76	76 300	16 100	700	6 700	20 200	7 200
1976/77	75 200	17 600	800	7 500	20 400	7 300
1977/78	76 600	19 200	800	8 300	20 600	7 300
1978/79	81 300	20 800	900	9 100	20 800	7 400
1979/80	86 500	22 300	1 000	10 000	21 000	7 400
1980/81	89 500	23 800	1 000	11 000	21 000	7 500
1981/82	90 000	23 500	1 000	12 000	21 200	7 600
1982/83	88 600	23 600	1 000	13 000	21 200	7 600
1983/84	85 600	23 500	1 000	14 000	21 000	7 700
1984/85	81 800	22 800	1 000	15 000	20 600	7 700

Quelle: Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.
1) Ist-Zahlen.- 2) Aus Klassen 5 bis 8 und nach erfolglosem Besuch des 9. Schuljahres.- 3) Einschl. Abgänger mit Hauptschulabschluß.-
4) Ohne Fachhochschulreife.- 5) Nach erfolgreichem Besuch des 9. Schuljahres.- 6) Einschl. Fachhochschulreife, jedoch ohne Absolventen
von Vorbereitungskursen an Fachhochschulen mit Fachhochschulreife.- 7) Einschl. Externe.- 8) Einschl. Sonderberufsfachschulen.- 9) Dem
Realschulabschluß entsprechend.- 10) Berufl. Gymnasien ohne Absolventen von Vorbereitungskursen an Fachhochschulen mit Fachhochschul-
reife.- 11) Einschl. Berufliche Gymnasien mit Techn. Oberachulen.- 12) Soweit in der Zuständigkeit des Kultusministeriums, 1973/74 ohne
Fachschulen für Sozialpädagogik, die vorher Berufsfachschulen waren.

11. Bestand und Bedarf an Plätzen in Werkstätten für Behinderte in den Stadt- und Landkreisen

Krs. Nr.	Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Werk- stätten 1974	Bestand an Plätzen insgesamt		Bedarf an Plätzen 1980			Zusatzbedarf 1980 gegenüber Bestand 1974 insgesamt
			1974	1975	insgesamt	externen Bereich	davon im internen Bereich	
111	Stadtkreis Stuttgart	4	241	371	467	467	-	226
115	Landkreise Böblingen	3	232	260	324	324	-	92
116	Esslingen	3	199	264	249	249	-	50
117	Göppingen	1	109	109	158	158	-	49
118	Ludwigsburg	2	134	134	225	225	-	91
119	Rems-Murr-Kreis	4	370	400	557	157	400	187
	RV Mittlerer Neckar	17	1 285	1 538	1 980	1 580	400	695
121	Stadtkreis Heilbronn	3	230	230	418	278	140	188
125	Landkreise Heilbronn							
126	Hohenlohekreis	1	15	15	189	69	120	174
127	Schwäbisch Hall	2	115	115	147	147	-	32
128	Main-Tauber-Kreis	-	-	70	129	129	-	129
	RV Franken	6	360	430	883	623	260	523
135	Landkreise Heidenheim	1	110	110	83	83	-	27
136	Ostalbkreis	3	178	178	267	177	90	89
	RV Ostwürttemberg	4	288	288	350	260	90	62
	Regierungsbezirk Stuttgart	27	1 933	2 256	3 213	2 463	750	1 280
211	Stadtkreis Baden-Baden	1	25	25	195	195	-	170
216	Landkreise Rastatt							
212	Stadtkreis Karlsruhe	2	295	295	488	488	-	193
215	Landkreise Karlsruhe	3	320	320	683	683	-	363
	RV Mittlerer Oberrhein							
221	Stadtkreis Heidelberg	1	120	270	285	285	-	165
226	Landkreise Rhein-Neckar-Kreis							
222	Stadtkreis Mannheim	1	90	90	210	210	-	120
225	Landkreise Neckar-Odenwald-Kreis	2	268	268	351	81	270	83
	RV Unterer Neckar	4	478	628	846	576	270	368
231	Stadtkreis Pforzheim	1	50	50	145	145	-	95
236	Landkreise Enzkreis							
235	Calw	1	50	50	94	94	-	44
237	Freudenstadt	1	40	50	83	83	-	43
	RV Nord-Schwarzwald	3	140	150	322	322	-	182
	Regierungsbezirk Karlsruhe	10	938	1 098	1 851	1 581	270	913
311	Stadtkreis Freiburg	3	136	136	280	280	-	144
315	Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald							
316	Emmendingen	-	-	-	129	129	-	129
317	Ortenaukreis	4	406	470	422	332	90	16
	RV Südlicher Oberrhein	7	542	606	831	741	90	289
325	Landkreise Rottweil	-	-	-	49	49	-	49
326	Schwarzwald-Baar-Kreis	1	27	80	196	196	-	169
327	Tuttlingen	1	50	50	85	85	-	35
	RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	2	77	130	330	330	-	253
335	Landkreise Konstanz	1	60	60	113	113	-	53
336	Lörrach	2	140	140	270	97	173	130
337	Waldshut	1	70	120	108	108	-	38
	RV Hochrhein-Bodensee	4	270	320	491	318	173	221
	Regierungsbezirk Freiburg	13	889	1 056	1 652	1 389	263	763
415	Landkreise Reutlingen	3	390	390	780	130	650	390
416	Tübingen	1	22	22	106	106	-	84
417	Zollernalbkreis	2	41	41	101	101	-	60
	RV Neckar-Alb	6	453	453	987	337	650	534
421	Stadtkreis Ulm	2	50	100	200	200	-	150
425	Landkreise Alb-Donau-Kreis							
426	Biberaach	2	84	184	242	92	150	158
	RV Donau-Iller	4	134	284	442	292	150	308
435	Landkreise Bodenseekreis	4	376	399	595	111	484	219
436	Ravensburg	5	327	445	398	143	255	71
437	Sigmaringen	3	227	282	405	95	310	178
	RV Bodensee-Oberschwaben	12	930	1 126	1 398	349	1 049	468
	Regierungsbezirk Tübingen	22	1 517	1 863	2 827	978	1 849	1 310
	Baden-Württemberg	72	5 277	6 273	9 543	6 411	3 132	4 266

1) Die Angaben beziehen sich jeweils auf das Jahresende.

12. Wohnungen nach der Zahl der Räume in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Wohnungen am 31.12.1974	Von diesen Wohnungen hatten ... Räume 1)									
		1 und 2	Anteil in %	3	Anteil in %	4	Anteil in %	5	Anteil in %	6 und mehr	Anteil in %
Stadtkreis Stuttgart	237 286	22 857	9,6	55 258	23,3	101 265	42,7	37 843	15,9	20 063	8,5
Landkreise											
Böblingen	106 660	7 369	6,9	18 980	17,8	38 180	35,8	24 168	22,7	17 963	16,8
Esslingen	153 553	10 158	6,6	28 594	18,6	55 488	36,2	34 875	22,7	24 438	15,9
Göppingen	84 532	5 015	5,9	15 047	17,8	31 838	37,7	18 887	22,3	13 745	16,3
Ludwigsburg	152 561	9 325	6,1	27 249	17,8	57 493	37,7	35 201	23,1	23 298	15,3
Rems-Murr-Kreis	127 271	7 712	6,1	22 124	17,4	46 822	36,8	30 481	23,9	20 132	15,8
RV Mittlerer Neckar	861 863	62 436	7,2	167 252	19,4	331 086	38,4	181 455	21,1	119 634	13,9
Stadtkreis Heilbronn	44 610	2 678	6,0	10 114	22,7	17 861	40,0	8 442	18,9	5 515	12,4
Landkreise											
Heilbronn	83 204	3 808	4,6	14 400	17,3	26 253	31,6	20 237	24,3	18 506	22,2
Hohenlohekreis	28 265	1 299	4,6	4 241	15,0	7 375	26,1	6 611	23,4	8 739	30,9
Schwäbisch Hall	52 038	2 151	4,1	7 062	13,6	14 975	28,8	12 978	24,9	14 872	28,6
Main-Tauber-Kreis	43 402	2 337	5,4	7 110	16,4	12 339	28,4	9 294	21,4	12 322	28,4
RV Franken	251 519	12 273	4,9	42 927	17,1	78 803	31,3	57 562	22,9	59 954	23,8
Landkreise											
Heidenheim	46 024	2 119	4,6	8 083	17,6	16 586	36,0	10 262	22,3	8 974	19,5
Ostalbkreis	95 245	4 176	4,4	14 438	15,2	30 698	32,2	23 788	25,0	22 145	23,2
RV Ostwürttemberg	141 269	6 295	4,5	22 521	15,9	47 284	33,5	34 050	24,1	31 119	22,0
Regierungsbezirk Stuttgart	1 254 651	81 004	6,5	232 700	18,5	457 173	36,4	273 067	21,8	210 707	16,8
Stadtkreise											
Baden-Baden	20 039	1 456	7,3	4 996	24,9	7 278	36,3	3 685	18,4	2 624	13,1
Karlsruhe	109 041	10 337	9,5	30 858	28,3	42 492	39,0	16 614	15,2	8 740	8,0
Landkreise											
Karlsruhe	131 673	9 664	7,3	29 780	22,6	44 218	33,6	26 420	20,1	21 591	16,4
Rastatt	69 268	3 528	5,1	14 540	21,0	25 864	37,3	14 336	20,7	11 000	15,9
RV Mittlerer Oberrhein	330 021	24 985	7,6	80 174	24,3	119 852	36,3	61 055	18,5	43 955	13,3
Stadtkreise											
Heidelberg	45 494	5 390	11,8	13 346	29,4	15 021	33,0	7 155	15,7	4 582	10,1
Mannheim	126 585	19 835	15,7	47 669	37,7	39 228	31,0	13 339	10,5	6 514	5,1
Landkreise											
Neckar-Odenwald-Kreis	45 769	2 829	6,2	8 734	19,1	13 118	28,7	9 429	20,6	11 659	25,5
Rhein-Neckar-Kreis	167 839	14 030	8,4	43 985	26,2	54 131	32,2	30 641	18,3	25 052	14,9
RV Unterer Neckar	385 687	42 084	10,9	113 734	29,5	121 498	31,5	60 564	15,7	47 807	12,4
Stadtkreis Pforzheim	40 292	4 451	11,0	12 705	31,5	14 550	36,1	5 198	12,9	3 388	8,5
Landkreise											
Calw	45 585	3 265	7,1	8 513	18,7	14 443	31,7	10 161	22,3	9 203	20,2
Enzkreis	60 713	3 273	5,4	13 312	21,9	20 650	34,0	13 062	21,5	10 416	17,2
Freudenstadt	36 678	2 371	6,5	5 980	16,3	11 363	31,0	8 461	23,0	8 503	23,2
RV Nordschwarzwald	183 268	13 360	7,3	40 510	22,1	61 006	33,3	36 882	20,1	31 510	17,2
Regierungsbezirk Karlsruhe	898 976	80 429	8,9	234 418	26,1	302 356	33,7	158 501	17,6	123 272	13,7
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	65 463	6 895	10,5	16 562	25,3	23 561	36,0	10 602	16,2	7 843	12,0
Landkreise											
Breisgau-Hochschwarzwald	61 753	4 381	7,1	10 959	17,7	20 004	32,5	12 916	20,9	13 493	21,8
Emmendingen	43 413	2 108	4,9	7 477	17,2	15 979	36,8	9 627	22,2	8 222	18,9
Ortenaukreis	120 166	4 922	4,1	20 387	17,0	41 730	34,7	27 601	23,0	25 526	21,2
RV Südlicher Oberrhein	290 795	18 306	6,3	55 385	19,0	101 274	34,9	60 746	20,9	55 084	18,9
Landkreise											
Rottweil	45 444	1 449	3,2	6 477	14,3	16 126	35,5	12 106	26,6	9 286	20,4
Schwarzwald-Baar-Kreis	70 670	4 908	6,9	13 754	19,5	26 073	36,9	14 300	20,2	11 635	16,5
Tuttlingen	40 370	1 219	3,0	5 628	13,9	14 649	36,3	10 184	25,3	8 690	21,5
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	156 484	7 576	4,8	25 859	16,5	56 848	36,4	36 590	23,4	29 611	18,9
Landkreise											
Konstanz	84 304	8 048	9,6	15 868	18,8	30 170	35,8	16 181	19,2	14 037	16,6
Lörrach	67 199	4 596	6,8	14 173	21,1	24 197	36,0	13 132	19,6	11 101	16,5
Waldshut	48 297	3 075	6,4	7 824	16,2	15 511	32,1	11 180	23,1	10 707	22,2
RV Hochrhein-Bodensee	199 800	15 719	7,9	37 865	19,0	69 878	35,0	40 493	20,3	35 845	17,8
Regierungsbezirk Freiburg	647 079	41 601	6,4	119 109	18,4	228 000	35,3	137 829	21,3	120 540	18,6
Landkreise											
Reutlingen	84 523	4 238	5,0	14 314	16,9	27 980	33,1	21 643	25,6	16 348	19,4
Tübingen	54 593	3 034	5,6	8 996	16,5	16 669	30,5	12 974	23,8	12 920	23,6
Zollernalbkreis	63 881	2 217	3,5	8 578	13,4	22 244	34,8	16 117	25,2	14 725	23,1
RV Neckar-Alb	202 997	9 489	4,7	31 888	15,7	66 893	33,0	50 734	25,0	43 993	21,6
Stadtkreis Ulm	36 877	2 331	6,3	8 186	22,2	14 895	40,4	7 301	19,8	4 164	11,3
Landkreise											
Alb-Donau-Kreis	51 097	1 960	3,8	6 266	12,3	14 284	27,9	12 765	25,0	15 822	31,0
Biberach	48 794	1 440	2,9	5 223	10,7	12 376	25,4	12 974	26,6	16 781	34,4
RV Donau-Iller 1)	136 768	5 731	4,2	19 675	14,4	41 555	30,4	33 040	24,2	36 767	26,8
Landkreise											
Bodenseekreis	56 816	3 779	6,6	8 728	15,4	19 085	33,6	13 138	23,1	12 086	21,3
Ravensburg	72 448	3 116	4,3	10 002	13,8	20 782	28,7	17 590	24,3	20 958	28,9
Sigmaringen	36 269	895	2,5	4 178	11,5	9 585	26,4	9 405	25,9	12 206	33,7
RV Bodensee-Oberschwaben	165 533	7 790	4,7	22 908	13,9	49 452	29,9	40 133	24,2	45 250	27,3
Regierungsbezirk Tübingen	505 298	23 010	4,6	74 471	14,7	157 900	31,3	123 907	24,5	126 010	24,9
Baden-Württemberg	3 306 004	226 044	6,8	660 698	20,0	1 145 429	34,7	693 304	21,0	580 529	17,5

1) Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.

13. Entwicklung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen in den Räumen des Landesentwicklungsplans 1960 bis 1974

Gebiets- kategorie ¹⁾	Landw. Betriebe ab 0,5 ha LF insgesamt		Davon Betriebe mit einer Größe von ha LF							
			0,5 bis unter 5 ha		5 bis unter 10 ha		10 bis unter 20 ha		20 und mehr ha	
	1974	1960 ²⁾	1974	1960 ²⁾	1974	1960	1974	1960	1974	1960

1. Zahl der Betriebe

Verdichtungsräume	13 392	28 080	9 298	22 458	1 358	3 466	1 728	1 875	1 008	281
Randzonen der Verdichtungsräume	35 310	67 221	27 028	56 320	3 420	7 748	3 028	2 735	1 834	418
Verdichtungsgebiete	9 193	17 720	5 545	12 450	1 303	2 963	1 295	1 788	1 050	519
verdichtete Räume zusammen	57 895	113 021	41 871	91 228	6 081	14 177	6 051	6 398	3 892	1 218
ländlicher Raum	145 635	211 313	69 905	114 774	30 145	56 463	29 698	32 369	15 887	7 707
dar. strukturschwacher ländlicher Raum	68 521	97 631	28 968	46 193	14 190	27 907	16 354	19 073	9 009	4 458
Baden-Württemberg	203 530	324 334	111 776	206 002	36 226	70 640	35 749	38 767	19 779	8 925
Bundesgebiet	1 064 250	1 617 710	459 494	849 897	184 667	343 017	218 892	286 470	201 197	138 326

2. Verteilung der Betriebe auf die Gebietskategorien Anteile der Gebiete in %

Verdichtungsräume	6,6	8,7	8,3	10,9	3,8	4,9	4,8	4,8	5,1	3,1
Randzonen der Verdichtungsräume	17,3	20,7	24,2	27,3	9,4	11,0	8,5	7,1	9,3	4,7
Verdichtungsgebiete	4,5	5,5	5,0	6,0	3,6	4,2	3,6	4,6	5,3	5,8
verdichtete Räume zusammen	28,4	34,8	37,5	44,3	16,8	20,1	16,9	16,5	19,7	13,6
ländlicher Raum	71,6	65,2	62,5	55,7	83,2	79,9	83,1	83,5	80,3	86,4
dar. strukturschwacher ländlicher Raum	33,7	30,1	25,9	22,4	39,2	39,5	45,7	49,2	45,5	49,9
Baden-Württemberg	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anteil Baden-Württem- bergs am Bundesgebiet	19,1	20,1	24,3	24,2	19,6	20,6	16,3	13,5	9,8	6,4

3. Verteilung der Betriebe auf die Betriebsgrößenklassen Anteile der Größenklassen in %

Verdichtungsräume	100,0	100,0	69,4	80,0	10,2	12,3	12,9	6,7	7,5	1,0
Randzonen der Verdichtungsräume	100,0	100,0	76,5	83,8	9,7	11,5	8,6	4,1	5,2	0,6
Verdichtungsgebiete	100,0	100,0	60,3	70,3	14,2	16,7	14,1	10,1	11,4	2,9
verdichtete Räume zusammen	100,0	100,0	72,3	80,7	10,5	12,5	10,5	5,7	6,7	1,1
ländlicher Raum	100,0	100,0	48,0	54,3	20,7	26,7	20,4	15,3	10,9	3,7
dar. strukturschwacher ländlicher Raum	100,0	100,0	42,3	47,3	20,7	28,6	23,9	19,5	13,1	4,6
Baden-Württemberg	100,0	100,0	54,9	63,5	17,8	21,8	17,6	12,0	9,7	2,8
Bundesgebiet	100,0	100,0	43,2	52,5	17,4	21,2	20,6	17,7	18,9	8,6

4. Veränderung 1974 gegen 1960 in %

Verdichtungsräume	- 52,3	- 58,6	- 60,8	- 7,8	+ 258,7
Randzonen der Verdichtungsräume	- 47,5	- 52,0	- 55,9	+ 10,7	+ 338,8
Verdichtungsgebiete	- 48,1	- 55,5	- 56,0	- 27,6	+ 102,3
verdichtete Räume zusammen	- 48,8	- 54,1	- 57,1	- 5,4	+ 219,5
ländlicher Raum	- 31,1	- 39,1	- 46,6	- 8,3	+ 106,1
dar. strukturschwacher ländlicher Raum	- 29,8	- 37,3	- 49,2	- 14,3	+ 102,1
Baden-Württemberg	- 37,2	- 45,7	- 48,7	- 7,8	+ 121,6
Bundesgebiet	- 34,2	- 45,9	- 46,2	- 23,6	+ 45,5

¹⁾ Gebietskategorien im Sinne des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg vom 22.6.1971. - ²⁾ Im Größenbereich 0,5 - 2 ha in Baden-Württemberg einschl. Forstbetriebe mit landwirtschaftlichen Nutzflächen (insgesamt 1 072 Betriebe).

14. Strukturdaten für die benachteiligten Agrarzonen nach dem Bergbauernprogramm 1960 bis 1974

a) Entwicklung der Bevölkerung und Erwerbstätigen

Gebiet ¹⁾	Wohnbevölkerung		Bevölkerungsdichte			Erwerbstätige insgesamt			darunter Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft			Anteil der Erwerbstätigen in der Land- u. Forstw.	
	6.6.1961	27.5.1970	6.6.1961	27.5.1970	Veränderung	6.6.1961	27.5.1970	Veränderung	6.6.1961	27.5.1970	Veränderung	6.6.1961	27.5.1970
	Personen		Personen je qkm		%	Personen		%	Personen			%	
1. Berggebiete insgesamt	323 411	361 312	81,4	90,9	+ 11,7	179 467	176 697	- 1,5	39 011	19 387	- 50,3	21,7	11,0
dar. Alb-Berggebiete	151 253	174 054	121,6	139,9	+ 15,0	87 099	89 268	+ 2,5	14 248	6 483	- 54,5	16,4	7,3
Schwarzwald-Berggebiete	168 835	183 583	63,5	69,1	+ 8,8	90 522	85 699	- 5,3	23 935	12 392	- 48,2	26,4	14,5
2. Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen insgesamt	419 470	474 661	94,5	106,9	+ 13,1	225 502	227 145	+ 0,7	62 233	34 559	- 44,5	27,6	15,2
dar. Alb-Kerngebiet	269 816	309 292	86,4	99,0	+ 14,6	147 691	151 906	+ 2,9	41 228	23 310	- 43,5	27,9	15,3
Schwarzwald-Kerngebiet	116 020	127 668	112,8	124,1	+ 10,0	60 917	58 750	- 3,6	16 144	8 889	- 44,9	26,5	15,1
Berg- und Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen insgesamt	742 881	835 973	88,3	99,3	+ 12,5	404 969	403 842	- 0,3	101 244	53 946	- 46,7	25,0	13,4
3. Übrige benachteiligte Agrarzonen (außerhalb der Berg- und Kerngebiete) insgesamt	509 636	573 163	104,1	117,1	+ 12,5	266 901	268 633	+ 0,6	74 243	43 930	- 40,8	27,8	16,4
dar. Alb-benachteiligte Agrarzonen	116 189	133 782	86,8	99,9	+ 15,1	62 182	64 045	+ 3,0	15 840	10 169	- 35,8	25,5	15,9
Schwarzwald-benachteiligte Agrarzonen	106 510	120 667	131,2	148,6	+ 13,3	54 236	54 331	+ 0,2	13 584	7 951	- 41,5	25,0	14,6
Schwäb.-Fränk.-Wald benachteiligte Agrarzonen	167 365	186 782	87,5	97,6	+ 11,5	87 638	86 567	- 1,2	32 892	19 607	- 40,4	37,5	22,6
Bauland-benachteiligte Agrarzonen	29 500	30 873	64,9	68,0	+ 4,8	15 380	14 064	- 8,6	7 949	3 944	- 50,4	51,7	28,0
4. Benachteiligte Agrarzonen insgesamt	1 252 517	1 409 136	94,1	105,9	+ 12,5	671 870	672 475	+ 0,1	175 487	97 876	- 44,2	26,1	14,6
5. Sonstige Gebiete	6 506 637	7 485 912	290,0	333,6	+ 15,0	3 347 330	3 503 577	+ 4,7	461 413	233 933	- 49,3	13,9	6,7
6. Baden-Württemberg	7 759 154	8 895 048	217,0	248,8	+ 14,7	4 019 200	4 176 052	+ 3,9	636 900	331 809	- 47,9	15,8	7,9

1) Gebietsstand vor der Feinabgrenzung der benachteiligten Agrarzonen.

b) Entwicklung der Flächennutzung

Gebiet ¹⁾	Gesamtfläche -Kataster- fläche- 1970	Bebauungs- und Verkehrsflächen ²⁾			Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)			darunter		Dauergrünland-anteil an der LF	
		1960	1974	Veränderung	1960	1974	Veränderungen	1974 gegen 1960		1960	1974
		Hektar		%	Hektar		%				
1. Berggebiete insgesamt	397 492	12 503	16 034	+ 28,2	142 018	118 609	- 16,5	- 32,4	- 11,1	72,4	77,1
dar. Alb-Berggebiete	124 393	4 967	6 833	+ 37,6	59 058	50 391	- 14,7	- 23,6	- 10,8	63,8	66,7
Schwarzwald-Berggebiete	265 678	7 358	8 937	+ 21,5	79 698	65 191	- 18,2	- 42,5	- 11,6	77,9	84,2
2. Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen insgesamt	444 110	19 312	25 664	+ 32,9	224 942	203 951	- 9,3	- 12,3	- 7,1	50,2	51,9
dar. Alb-Kerngebiet	312 351	14 034	18 776	+ 33,8	172 973	159 024	- 8,1	- 7,7	- 8,7	15,3	49,6
Schwarzwald-Kerngebiet	102 842	4 152	5 309	+ 27,9	37 685	32 529	- 13,7	- 32,6	- 2,6	58,1	65,6
Berg- und Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen insgesamt	841 602	31 815	41 698	+ 31,1	366 960	322 560	- 12,1	- 17,5	- 9,0	58,8	61,2
3. Übrige benachteiligte Agrarzonen (außerhalb der Berg- und Kerngebiete) insgesamt	489 597	22 745	30 401	+ 33,7	240 913	225 272	- 6,5	- 13,6	+ 1,9	42,1	45,8
dar. Alb-benachteiligte Agrarzonen	133 880	5 920	7 989	+ 35,0	71 718	68 238	- 4,9	- 11,0	+ 4,5	36,5	40,0
Schwarzwald-benachteiligte Agrarzonen	81 191	4 083	4 881	+ 19,5	29 636	27 141	- 8,4	- 25,8	+ 4,9	49,6	56,9
Schwäb.-Fränk.-Wald benachteiligte Agrarzonen	191 282	8 903	11 891	+ 33,6	100 514	94 279	- 6,2	- 14,7	+ 0,9	51,6	55,5
Bauland benachteiligte Agrarzonen	45 430	1 995	2 825	+ 41,6	27 266	24 981	- 8,4	- 9,2	- 1,5	13,0	14,0
4. Benachteiligte Agrarzonen insgesamt	1 331 199	54 560	72 099	+ 32,2	607 873	547 832	- 9,9	- 15,6	- 5,5	52,2	54,9
5. Sonstige Gebiete	2 243 761	170 265	237 611	+ 39,6	1 309 688	1 191 838	- 9,0	- 7,7	- 15,6	39,2	36,3
6. Baden-Württemberg	3 574 960	224 825	309 710	+ 37,8	1 917 561	1 739 670	- 9,3	- 9,9	- 11,7	43,3	42,1

1) Gebietsstand vor der Feinabgrenzung der benachteiligten Agrarzonen.- 2) Gebäude- und Hofflächen, Straßen, Wege, Eisenbahnen.

Noch: 14. Strukturdaten für die benachteiligten Agrarzonen nach dem Bergbauernprogramm 1960 bis 1974

c) noch: Entwicklung der Flächennutzung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe

Gebiet ¹⁾	Waldfläche				Landwirtschaftl. Betriebe ab 0,5 ha LF insgesamt			Durchschnittl. Betriebsgröße d. landw. Betriebe ab 0,5 ha LF		
	1960	1974	Ver- änderung	der im Besitz von landwirt. Betrieben 1974	1974	1960 ²⁾	Ver- änderung	1974	1960	Ver- änderung
	Hektar		%	Hektar	Anzahl		%	Hektar		%
1. Berggebiete insgesamt	183 600	195 022	+ 6,2	48 251	14 877	22 606	- 34,2	7,03	5,20	+ 35,2
darunter Alb-Berggebiete	44 088	46 584	+ 5,7	4 499	6 304	10 748	- 41,3	7,27	4,81	+ 51,1
Schwarzwald-Berggebiete	138 884	147 723	+ 6,4	43 271	8 377	11 594	- 27,7	6,66	5,39	+ 23,6
2. Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen insgesamt	173 165	182 016	+ 5,1	44 371	21 942	33 650	- 34,8	8,57	6,08	+ 41,0
darunter Alb-Kerngebiet	102 986	108 786	+ 5,6	11 291	15 014	23 896	- 37,2	10,46	6,64	+ 57,5
Schwarzwald-Kerngebiet	63 587	66 404	+ 4,4	30 627	4 940	6 962	- 29,0	6,29	4,66	+ 35,0
Berg- und Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen insgesamt	356 765	377 038	+ 5,7	92 622	36 819	56 256	- 34,6	7,94	5,72	+ 38,8
3. Übrige benachteiligte Agrarzonen (außerhalb der Berg- und Kerngebiete) insgesamt	189 501	193 562	+ 2,1	56 167	23 788	33 136	- 28,2	9,03	6,91	+ 30,7
darunter Alb-benachteiligte Agrarzonen	41 083	40 620	- 1,1	7 008	4 972	6 737	- 26,2	13,19	10,13	+ 30,2
Schwarzwald-benachteiligte Agrarzonen	47 698	48 659	+ 2,0	20 238	4 244	5 943	- 28,6	6,10	4,49	+ 35,9
Schwäb.-Fränk.-Wald benacht. Agrarzonen	66 647	71 292	+ 7,0	22 454	10 982	14 703	- 25,3	8,17	6,57	+ 24,4
Bauland-benacht. Agrarzonen	12 523	13 035	+ 4,1	2 578	2 416	4 097	- 41,0	9,92	6,48	+ 53,1
4. Benachteiligte Agrarzonen insgesamt	546 266	570 600	+ 4,5	148 789	60 607	89 392	- 32,2	8,37	6,16	+ 35,9
5. Sonstige Gebiete	727 049	730 754	+ 0,5	81 797	142 923	233 870	- 38,9	7,60	5,04	+ 50,8
6. Baden-Württemberg	273 315	301 354	+ 2,2	230 586	203 530	323 262	- 37,0	7,83	5,35	+ 46,4

1) Gebietsstand vor der Feinabgrenzung der benachteiligten Agrarzonen.- 2) Im Größenbereich 0,5 - 2 ha einschl. Forstbetriebe mit landwirtschaftlicher Fläche.

d) Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebsgrößenklassen

Gebiet ¹⁾	0,5 bis unter 5 ha			5 bis unter 10 ha			10 bis unter 20 ha			20 ha und mehr		
	1974	1960 ²⁾	Ver- änderung	1974	1960	Ver- änderung	1974	1960	Ver- änderung	1974	1960	Ver- änderung
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
1. Berggebiete insgesamt	8 634	15 098	- 42,8	3 125	4 736	- 34,0	2 035	2 043	- 0,4	1 083	729	+ 48,6
darunter Alb-Berggebiete	3 623	7 204	- 49,7	1 363	2 447	- 44,3	871	939	- 7,2	447	158	+ 182,9
Schwarzwald-Berggebiete	4 983	7 836	- 36,4	1 733	2 235	- 22,5	1 073	992	+ 8,2	588	531	+ 10,7
2. Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen insgesamt	10 267	18 465	- 44,4	4 937	9 158	- 46,1	4 471	5 202	- 14,1	2 267	825	+ 174,8
darunter Alb-Kerngebiet	6 259	11 972	- 47,7	3 440	6 983	- 50,7	3 339	4 269	- 21,8	1 976	672	+ 194,0
Schwarzwald-Kerngebiet	2 760	4 701	- 41,3	1 123	1 443	- 22,2	868	708	+ 22,6	189	110	+ 71,8
Berg- und Kerngebiete der benachteiligten Agrarzonen insgesamt	18 901	33 563	- 43,7	8 062	13 894	- 42,0	6 506	7 245	- 10,2	3 350	1 554	+ 115,6
3. Übrige benachteiligte Agrarzonen (außerhalb der Berg- und Kerngebiete) insgesamt	10 165	16 310	- 37,7	5 536	9 257	- 40,2	5 572	6 257	- 10,9	2 515	1 312	+ 91,7
darunter Alb-benacht. Agrarzonen	1 330	1 996	- 33,4	1 041	2 084	- 50,0	1 528	2 025	- 24,5	1 073	632	+ 69,8
Schwarzwald benacht. Agrarzonen	2 490	4 235	- 41,2	879	1 048	- 16,1	738	575	+ 28,4	137	85	+ 61,2
Schwäb.-Fränk.-Wald benacht. Agrarzonen	4 773	7 283	- 34,5	2 854	4 460	- 36,0	2 492	2 511	- 0,8	863	449	+ 92,2
Bauland-benachteiligte Agrarzonen	1 014	1 908	- 46,9	507	1 241	- 59,1	579	883	- 34,4	316	65	+ 386,2
4. Benachteiligte Agrarzonen insgesamt	29 066	49 873	- 41,7	13 598	23 151	- 41,3	12 078	13 502	- 10,5	5 865	2 866	+ 104,7
5. Sonstige Gebiete	82 710	155 057	- 46,7	22 628	47 489	- 52,3	23 671	25 265	- 6,3	13 914	6 059	+ 129,5
6. Baden-Württemberg	111 776	204 930	- 45,5	36 226	70 640	- 48,7	35 749	38 767	- 7,8	19 779	8 925	+ 121,6

1) Gebietsstand vor der Feinabgrenzung der benachteiligten Agrarzonen.- 2) Im Größenbereich 0,5 - 20 ha und mehr einschl. Forstbetriebe mit landwirtschaftlicher Fläche.

15. Entwicklung des Bestandes an landwirtschaftlichen Betrieben nach Größenklassen in den landwirtschaftlichen Programmgebieten 1960 bis 1974

Gebiete ¹⁾	Landw. Betriebe ab 0,5 ha LF insgesamt		Davon Betriebe mit einer Größe von ha LF							
			0,5 bis unter 5 ha		5 bis unter 10 ha		10 bis unter 20 ha		20 und mehr ha	
	1974	1960 ²⁾	1974	1960 ²⁾	1974	1960	1974	1960	1974	1960
1. Zahl der Betriebe										
Albprogramm ³⁾	27 949	43 475	11 148	20 727	5 984	12 316	6 576	8 523	4 241	1 909
Schwarzwaldprogramm	24 144	34 877	15 496	25 777	4 577	5 825	2 983	2 513	1 088	762
Programm Schwäb.-Fränk.-Wald/Odenwald - vorl. Abgrenzung - landwirtschaftliche Programmgebiete zusammen	10 394	14 181	4 800	7 553	2 624	4 074	2 243	2 200	727	354
Übrige Räume außerhalb der landw. Programmgebiete	62 487	92 533	31 444	54 057	13 185	22 215	11 802	13 236	6 056	3 025
Baden-Württemberg	141 043	230 729	80 332	150 873	23 041	48 425	23 947	25 531	13 723	5 900
	203 530	323 262	111 776	204 930	36 226	70 640	35 749	38 767	19 779	8 925
2. Verteilung der Betriebe auf die Gebietskategorien Anteile der Gebiete in %										
Albprogramm ³⁾	13,7	13,4	10,0	10,1	16,5	17,4	18,4	22,0	21,4	21,4
Schwarzwaldprogramm	11,9	10,8	13,9	12,6	12,6	8,2	8,3	6,5	5,5	8,5
Programm Schwäb.-Fränk.-Wald/Odenwald - vorl. Abgrenzung - landwirtschaftliche Programmgebiete zusammen	5,1	4,4	4,3	3,7	7,2	5,8	6,3	5,7	3,7	4,0
Übrige Räume außerhalb der landw. Programmgebiete	30,7	28,6	28,1	26,4	36,4	31,4	33,0	34,1	30,6	33,9
Baden-Württemberg	69,3	71,4	71,9	73,6	63,6	68,6	67,0	65,9	69,4	66,1
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
3. Verteilung der Betriebe auf die Betriebsgrößenklassen Anteile der Größenklassen in %										
Albprogramm ³⁾	100,0	100,0	39,9	47,7	21,4	28,3	23,5	19,6	15,2	4,4
Schwarzwaldprogramm	100,0	100,0	64,2	73,9	19,0	16,7	12,4	7,2	4,5	2,2
Programm Schwäb.-Fränk.-Wald/Odenwald - vorl. Abgrenzung - landwirtschaftliche Programmgebiete zusammen	100,0	100,0	46,2	53,3	25,2	28,7	21,6	15,5	7,0	2,5
Übrige Räume außerhalb der landw. Programmgebiete	100,0	100,0	50,3	58,4	21,1	24,0	18,9	14,3	9,7	3,3
Baden-Württemberg	100,0	100,0	57,0	65,4	16,3	21,0	17,0	11,1	9,7	2,6
	100,0	100,0	54,9	63,4	17,8	21,9	17,6	12,0	9,7	2,8
4. Veränderung 1974 gegen 1960 in %										
Albprogramm ³⁾	- 35,7		- 46,2		- 51,4		- 22,8		+ 122,2	
Schwarzwaldprogramm	- 30,8		- 39,9		- 21,4		+ 18,7		+ 42,8	
Programm Schwäb.-Fränk.-Wald/Odenwald - vorl. Abgrenzung - landwirtschaftliche Programmgebiete zusammen	- 26,7		- 36,4		- 35,6		+ 2,0		+ 105,4	
Übrige Räume außerhalb der landw. Programmgebiete	- 32,5		- 41,8		- 40,6		- 10,8		+ 100,2	
Baden-Württemberg	- 38,9		- 46,8		- 52,4		- 6,2		+ 132,6	
	- 37,0		- 45,5		- 48,7		- 7,8		+ 121,6	

1) Ohne Gemeindegebiete, die mit weniger als einem Drittel ihrer Gesamtfläche in von Natur benachteiligtes landw. Gebiet fallen (insgesamt 22 Gemeinden mit einem Flächenanteil von 2,7% an der Gesamtfläche aller Gemeinden in den Programmgebieten). - 2) Im Größenbereich 0,5 - 2 ha einschließlich Forstbetriebe mit landwirtschaftlichen Flächen. - 3) Einschließlich erweitertes Gebiet des Albprogramms.

16. Daten der industriellen Wasserwirtschaft 1973 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Anzahl der erfaßten Betriebe	Entstehung			Nutzung		Abgabe	Ableitung			
		Wasser- aufkom- men insgesamt	Eigen- gewin- nung	Fremd- bezug	Kühl- und Kessel- speise- wasser	Sonstiges Fabri- kations- und Beleg- schafts- wasser	an öffentl. Netz und sonstige	ins- gesamt	derunter unmittel- bar in den Untergr. oder ein Gewässer	derunter	
										Kühl- wasser	sonstiges ver- schmutztes Wasser
Stadtkreis											
Stuttgart	438	17,4	7,7	9,7	6,9	10,4	0,1	15,3	0,2	0,1	0,0
Landkreise											
Böblingen	235	6,0	2,0	4,0	1,5	3,9	0,6	4,7	0,6	0,0	0,1
Esslingen	543	17,3	13,2	4,1	6,6	10,5	0,2	15,7	9,6	4,2	5,3
Göppingen	302	16,9	12,0	4,9	8,6	7,9	0,4	15,6	7,7	6,6	0,9
Ludwigsburg	429	16,2	12,4	3,8	5,1	11,0	0,1	14,6	10,0	1,7	8,2
Rems-Murr-Kreis	355	7,6	5,0	2,6	2,1	5,0	0,5	6,5	1,5	1,2	0,3
RV Mittlerer Neckar	2 302	81,4	52,3	29,1	30,8	48,7	1,9	72,4	29,6	13,8	14,8
Stadtkreis											
Heilbronn	119	31,9	30,3	1,6	28,3	3,5	0,1	31,3	27,7	26,9	0,7
Landkreise											
Heilbronn	210	17,6	16,3	1,3	8,7	8,8	0,1	15,8	13,9	7,1	6,3
Hohenlohekreis	99	7,6	7,1	0,5	6,2	1,4	0,0	7,4	7,0	5,9	0,9
Schwäbisch-Hall	190	2,2	1,0	1,2	0,8	1,4	0,0	1,6	0,6	0,5	0,1
Main-Tauberkreis	144	2,5	1,9	0,6	0,5	1,9	0,1	2,1	0,9	0,0	0,4
RV Franken	762	61,8	56,6	5,2	44,5	17,0	0,3	58,2	50,1	40,4	8,4
Landkreise											
Heidenheim	117	19,0	17,5	1,5	14,4	4,4	0,2	18,4	15,6	13,5	2,1
Ostalbkreis	316	18,0	13,4	2,6	6,5	9,2	0,3	15,0	11,2	1,5	9,6
RV Ostwürttemberg	433	35,0	30,9	4,1	20,9	13,6	0,5	33,4	26,8	15,0	11,7
Regierungsbezirk Stuttgart	3 497	178,2	139,8	38,4	98,2	79,3	2,7	184,0	106,5	69,2	34,9
Stadtkreise											
Baden-Baden	57	1,9	1,7	0,2	0,1	1,8	0,0	1,8	1,6	0,0	1,6
Karlsruhe	202	90,9	88,8	2,1	58,3	31,4	1,2	87,7	83,7	52,7	29,8
Landkreise											
Karlsruhe	317	25,1	21,7	3,4	12,7	12,0	0,4	22,5	16,9	8,2	8,2
Rastatt	168	92,3	89,6	2,7	40,3	51,8	0,2	90,7	84,3	37,8	46,5
RV Mittlerer Oberrhein	744	210,2	201,8	8,4	111,4	97,0	1,8	202,7	186,5	98,7	86,1
Stadtkreise											
Heidelberg	86	3,1	2,2	0,9	0,4	1,5	1,2	1,9	0,2	0,1	0,0
Mannheim	208	120,3	115,0	5,3	55,7	63,2	1,4	116,7	96,4	9,8	86,0
Landkreise											
Neckar-Odenwaldkreis	136	1,4	0,6	0,8	0,4	0,8	0,2	1,1	0,3	0,0	0,0
Rhein-Neckar-Kreis	328	31,5	23,8	7,7	14,1	14,6	2,8	26,1	12,7	5,7	6,8
RV Unterer Neckar	758	156,3	141,6	14,7	70,6	80,1	5,6	145,8	109,6	15,6	92,8
Stadtkreis											
Pforzheim	360	6,0	4,4	1,6	2,7	2,4	0,9	5,8	3,1	2,2	0,0
Landkreise											
Calw	135	1,8	1,4	0,4	0,5	1,1	0,2	1,6	0,9	0,2	0,3
Enzkreis	276	3,6	2,0	1,6	1,8	1,6	0,2	3,1	1,3	1,1	0,2
Freudenstadt	163	5,2	4,7	0,5	3,1	1,8	0,3	5,0	4,2	2,7	1,3
RV Nordschwarzwald	934	16,6	12,5	4,1	8,1	6,9	1,6	15,5	9,5	6,2	1,8
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 436	383,1	355,9	27,2	190,1	184,0	9,0	384,0	305,6	120,5	180,7
Stadtkreis											
Freiburg im Breisgau	99	19,4	18,4	1,0	12,6	6,6	0,2	18,7	16,2	11,7	4,3
Landkreise											
Breisgau-Hochschwarzwald	128	27,2	26,6	0,6	11,1	16,0	0,1	26,6	25,1	10,4	14,7
Emmendingen	120	12,2	11,9	0,3	8,7	3,1	0,4	11,5	10,0	8,0	1,8
Ortenaukreis	424	41,6	39,4	2,2	26,1	15,0	0,5	40,3	34,4	13,4	20,0
RV Südlicher Oberrhein	771	100,4	96,3	4,1	58,5	40,7	1,2	97,1	85,7	43,5	40,8
Landkreise											
Rottweil	192	10,5	9,3	1,2	7,1	3,2	0,2	9,8	8,7	6,5	1,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	302	5,3	3,9	1,4	1,7	3,0	0,6	5,0	1,8	0,9	0,4
Tuttlingen	214	2,4	1,6	0,8	1,2	1,0	0,2	2,2	1,2	0,9	0,1
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	708	18,2	14,8	3,4	10,0	7,2	1,0	17,0	11,7	8,3	2,2
Landkreise											
Konstanz	160	12,2	10,5	1,7	4,8	7,6	0,0	11,1	2,8	1,4	1,4
Lörrach	183	123,7	121,3	2,4	94,6	28,6	0,5	118,8	106,1	90,9	14,3
Waldshut	155	99,0	97,6	1,4	53,8	41,5	3,7	95,1	90,0	48,8	34,0
RV Hochrhein	498	234,9	229,4	5,5	153,0	77,7	4,2	225,0	198,9	141,1	49,7
Regierungsbezirk Freiburg	1 977	353,5	340,5	13,0	221,5	125,6	6,4	339,1	296,3	192,9	92,7
Landkreise											
Reutlingen	355	10,3	7,0	3,3	3,5	6,6	0,2	9,1	4,6	1,7	2,9
Tübingen	171	5,6	4,7	0,9	2,1	3,5	0,0	5,3	3,4	1,4	2,0
Zollernalbkreis	465	5,5	1,9	3,6	1,0	4,0	0,5	4,9	0,3	0,0	0,2
RV Neckar-Alb	991	21,4	13,6	7,8	6,6	14,1	0,7	19,3	8,3	3,1	5,1
Stadtkreis											
Ulm	97	7,6	4,8	2,8	3,4	3,2	1,0	7,2	1,0	0,0	0,0
Landkreise											
Alb-Donau-Kreis	178	16,8	16,0	0,8	9,5	7,0	0,3	16,1	14,6	5,1	9,4
Biberach	147	6,2	4,8	1,4	1,8	4,0	0,4	5,8	3,0	0,7	2,4
RV Donau-Iller¹)	422	30,6	25,6	5,0	14,7	14,2	1,7	29,1	18,6	5,8	11,8
Landkreise											
Bodenseekreis	103	6,3	4,2	2,1	3,8	2,5	0,0	6,1	4,5	3,1	1,3
Ravensburg	191	45,7	42,9	2,8	28,7	16,8	0,2	37,0	34,8	19,7	14,3
Sigmaringen	174	9,1	8,2	0,9	5,7	3,4	0,0	8,8	8,0	5,3	2,6
RV Bodensee-Oberschwaben	468	61,1	55,3	5,8	38,2	22,7	0,2	51,9	47,3	28,1	18,2
Regierungsbezirk Tübingen	1 881	113,1	94,5	18,6	59,5	51,0	2,6	100,3	74,2	37,0	35,1
Baden-Württemberg	9 791	1 027,9	930,7	97,2	567,3	439,9	20,7	987,4	782,6	419,8	343,4

¹) Soweit Land Baden-Württemberg.

17. Wasserwirtschaftliche Strukturdaten der Industrie ¹⁾ 1973

Industriebereiche ausgewählte Industriegruppen und -zweige	Anzahl der erfaßten Betriebe	Entstehung					Verwendung				
		Wasser- auf- kommen insgesamt	Eigengewinnung		Fremdbezug		Insgesamt	im Betrieb		sonstiges Fabrikat.- und Beleg- schafts- wasser	
			aus Grund- wasser und Quellen	aus Ober- flächen- gewässern	aus dem öffentl. Netz	von anderen Betrieben			davon		
									Kühl- wasser		Kessel- speise- wasser
Millionen m³											
Bergbau	12	3,6	2,5	1,0	0,1	-	2,2	0,0	0,0	2,2	
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrie	1 747	757,2	252,9	483,6	15,5	5,2	745,4	422,5	12,3	310,6	
Mineralölverarbeitung	11	35,7	32,8	2,2	0,4	0,3	34,0	26,8	2,5	4,7	
Industrie der Steine und Erden	630	87,4	57,6	25,8	3,2	0,8	84,9	11,8	0,6	72,5	
darunter											
Zementindustrie	17	12,7	4,5	8,0	0,2	0,0	11,6	10,5	0,0	1,1	
Betonsteinindustrie	199	4,9	3,1	0,7	1,1	0,0	4,6	0,3	0,1	4,2	
Eisenschaffende Industrie	38	32,4	19,4	11,6	0,9	0,5	31,4	17,2	0,1	14,1	
Ziehereien-Kaltwalzwerke	38	5,3	0,6	4,1	0,6	0,0	5,2	4,8	0,1	0,3	
Chemische Industrie	328	214,4	80,0	126,1	6,0	2,3	211,7	179,2	3,5	29,0	
Sägewerke und Holzbearbeitung	471	7,8	1,3	5,3	1,2	0,0	5,2	1,1	0,3	3,8	
Holzschliff-, Zellstoff-, Papier und Pappe erzeugende Industrie	50	357,3	49,5	306,3	1,4	0,1	356,0	170,2	4,5	181,3	
Gummi- und Asbestverarbeitung	61	12,2	8,3	2,0	0,7	1,2	12,1	8,4	0,6	3,1	
Investitionsgüterindustrie	3 803	108,8	49,7	14,4	44,1	0,6	105,7	55,6	1,4	48,7	
Stahlverformung	341	5,5	3,3	0,3	1,8	0,1	5,4	2,8	0,1	2,5	
Maschinenbau	1 216	30,9	18,0	3,4	9,4	0,1	30,6	20,9	0,3	9,4	
Straßenfahrzeugbau	146	29,5	10,7	7,3	11,5	-	29,2	13,1	0,3	15,8	
Elektrotechnische Industrie	710	21,2	8,7	1,1	11,3	0,1	19,8	9,2	0,3	10,3	
Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie darunter	562	14,2	7,6	1,2	5,3	0,1	13,7	7,4	0,2	6,1	
Metallwarenindustrie	106	7,7	5,3	0,9	1,5	0,0	7,5	5,2	0,1	2,2	
Verbrauchsgüterindustrie	3 862	105,7	45,0	42,1	17,7	0,9	103,1	43,5	5,4	54,2	
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuck- waren- und Sportgeräte-Industrie	315	1,3	0,4	0,1	0,8	0,0	1,2	0,4	0,0	0,8	
Glasindustrie	84	4,3	3,6	-	0,7	0,0	4,1	3,3	0,0	0,8	
Holzverarbeitende Industrie	554	4,9	0,9	2,6	1,4	0,0	4,9	3,0	0,6	1,3	
Papier- und Pappeverarbeitung	234	5,1	0,2	3,0	1,9	0,0	4,9	1,5	0,3	3,1	
Kunststoffverarbeitende Industrie	373	14,2	5,1	6,6	2,4	0,1	14,2	12,1	0,4	1,7	
Ledererzeugende Industrie	35	5,3	2,2	2,6	0,5	-	5,0	1,2	0,2	3,6	
Textilindustrie	1 004	64,1	29,3	26,9	7,1	0,8	62,3	20,5	3,5	38,3	
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	567	52,6	31,6	7,7	13,0	0,3	50,8	24,5	2,1	24,2	
Ernährungsindustrie	532	52,4	31,5	7,7	12,9	0,3	50,6	24,5	2,0	24,1	
darunter											
Obst- und gemüseverarbeitende Industrie	44	4,4	1,8	1,0	1,6	0,0	4,4	2,1	0,2	2,1	
Molkereien und milchverarbeitende Industrie	55	5,4	1,7	0,0	3,7	0,0	5,4	2,8	0,3	2,3	
Brauereien, Mälzereien	142	16,4	12,7	0,7	3,0	-	16,0	6,7	0,6	8,7	
Baden-Württemberg insgesamt	9 791	1 027,9	381,7	548,8	90,4	7,0	1 007,2	546,1	21,2	439,9	

¹⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. -

		Ableitung											
Abgabe		insgesamt	davon										
an das öffentliche Netz	an andere Betriebe und Wohn- sied- lungen		in öffentl. oder verbandseigene Kanalisation					unmittelbar in Gewässer oder Untergrund					
			insgesamt	davon				insgesamt	davon				
				Kühl- wasser	genutzt aber unver- schmutzt	ver- schmutzt	un- genutzt		Kühl- wasser	genutzt aber unver- schmutzt	un- genutzt	verschmutzt	
												insge- samt	darunter gereinigt
Millionen m³													
-	0,0	3,5	0,0	-	-	0,0	-	3,5	0,1	0,0	1,4	2,0	0,0
0,0	3,7	723,2	42,1	12,1	2,0	26,9	1,1	681,1	344,5	6,5	7,0	323,1	48,3
-	-	33,7	0,4	0,1	0,0	0,3	-	33,3	25,1	0,1	1,7	6,4	5,2
0,0	0,6	82,8	4,2	0,8	0,1	2,5	0,8	78,6	11,0	1,3	1,1	65,2	1,0
-	0,5	11,3	1,0	0,3	0,0	0,3	0,4	10,3	10,0	0,0	0,2	0,1	0,1
0,0	0,0	4,0	0,9	0,1	0,0	0,8	0,0	3,1	0,2	0,0	0,3	2,6	0,2
-	0,0	29,4	4,9	2,1	0,3	2,5	0,0	24,5	6,2	0,0	1,0	17,3	0,3
-	0,0	5,0	0,3	0,2	0,0	0,1	-	4,7	4,5	-	-	0,2	0,1
0,0	2,2	204,8	15,7	7,0	1,1	7,5	0,1	189,1	167,6	1,3	0,3	19,9	2,2
0,0	0,0	6,3	0,7	0,1	0,1	0,5	0,0	5,6	0,5	2,2	2,5	0,4	-
0,0	0,8	345,3	7,4	0,1	0,0	7,1	0,2	337,9	123,4	1,8	0,3	212,6	39,2
-	0,1	11,6	6,1	0,7	0,3	5,1	-	5,5	4,6	-	-	0,9	0,0
1,1	0,6	100,6	65,1	21,8	2,2	40,8	0,3	35,5	29,3	0,3	1,1	4,8	3,2
-	0,0	5,3	2,8	1,1	0,2	1,5	0,0	2,5	1,7	0,1	0,0	0,7	0,5
0,0	0,1	30,0	14,5	5,2	0,4	8,8	0,1	15,5	15,1	0,0	0,0	0,4	0,1
-	0,1	25,7	21,6	8,4	0,9	12,2	0,1	4,1	2,7	0,0	0,1	1,3	1,2
1,1	0,1	19,2	13,5	4,5	0,5	8,5	0,0	5,7	3,9	0,0	0,2	1,6	1,2
-	0,2	13,6	7,0	1,8	0,2	5,0	0,0	6,6	5,4	0,0	0,3	0,9	0,2
-	0,0	7,4	2,0	0,3	0,0	1,7	0,0	5,4	4,7	0,0	0,3	0,4	-
0,1	0,9	95,3	49,9	6,9	1,5	41,0	0,5	45,4	31,6	1,3	1,2	11,3	1,8
-	0,1	1,2	1,2	0,3	0,1	0,8	-	0,0	0,0	0,0	-	0,0	-
-	0,0	3,9	1,9	1,1	0,0	0,7	0,1	2,0	1,4	-	0,0	0,6	0,0
0,0	0,0	4,5	1,5	0,2	0,2	1,1	0,0	3,0	2,8	0,1	0,0	0,1	-
-	0,0	4,2	2,7	0,3	0,1	2,3	0,0	1,5	0,1	-	0,1	1,3	0,0
0,0	0,0	13,1	3,0	1,5	0,1	1,4	0,0	10,1	9,6	0,0	0,0	0,5	-
-	0,2	4,4	2,7	0,3	0,1	2,3	-	1,7	0,7	-	0,1	0,9	0,8
0,1	0,4	57,8	31,9	1,7	0,7	29,1	0,4	25,9	17,0	1,2	1,0	6,7	0,9
0,2	0,5	44,8	27,7	9,4	0,9	16,8	0,6	17,1	14,1	0,3	0,4	2,2	0,3
0,2	0,5	44,6	27,5	9,3	0,8	16,8	0,6	17,1	14,1	0,3	0,4	2,3	0,3
0,1	-	3,7	2,5	0,7	0,0	1,8	-	1,2	1,1	-	-	0,1	-
-	0,0	5,1	4,0	1,9	0,3	1,8	0,0	1,1	0,8	0,1	-	0,2	0,0
0,0	0,2	13,3	8,2	1,7	0,3	5,9	0,3	5,1	4,6	0,1	0,0	0,4	0,0
1,4	5,7	967,4	184,8	50,2	6,6	125,5	2,5	782,6	419,6	8,4	11,1	343,4	53,6

18. Öffentliche Hausmülldeponien in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Ursprüng- lich (1972) noch be- trieben	Bis Ende 1974 ge- schlossen und zwar:		Am 1.1.1975 noch geöffnet	davon betrieben			darunter ausgerüstet mit Einrichtungen:			
		Rekulti- viert	in der Rekulti- vierung befindlich		unmittelb. von Stadt- und Land- kreisen	von Ge- meinden u. Zweckverb. als beauftr.	von Privat- firmen Dritte	zum Pla- nieren u. Verdichten des Mülls	zum Ab- dichten d. Deponie- sohle	zur Beob- achtung d. Grund- wassers	z. Behand- lung des Sicker- wassers
Stadtkreis Stuttgart	3	-	-	3	3	-	-	3	-	1	1
Landkreise											
Böblingen	34	5	23	6	6	-	-	6	3	2	3
Esslingen	67	8	50	9	3	3	3	7	1	-	5
Göppingen	71	26	29	16	-	16	-	13	8	5	1
Ludwigsburg	118	22	95	1	-	1	-	1	1	1	1
Rems-Murr-Kreis	111	22	80	9	7	2	-	8	7	-	4
RV Mittlerer Neckar	404	83	277	44	19	22	3	38	20	9	15
Stadtkreis Heilbronn	4	1	-	3	3	-	-	1	1	1	-
Landkreise											
Heilbronn	143	19	55	69	-	68	1	30	18	1	-
Hohenlohekreis	133	-	120	13	-	13	-	10	9	-	-
Schwäbisch Hall	191	22	65	104	5	98	1	24	29	-	1
Main-Tauber-Kreis	149	40	105	4	-	-	4	3	-	1	1
RV Franken	620	82	345	193	8	179	6	68	57	3	2
Landkreise											
Heidenheim	83	17	54	12	1	11	-	11	4	-	1
Ostalbkreis	176	75	67	34	2	32	-	13	15	2	2
RV Ostwürttemberg	259	92	121	46	3	43	-	24	19	2	3
Regierungsbezirk Stuttgart	1 283	257	743	283	30	244	9	130	96	14	20
Stadtkreise											
Baden-Baden	8	2	1	5	5	-	-	2	-	-	2
Karlsruhe	6	-	3	3	3	-	-	3	3	1	1
Landkreise											
Karlsruhe	100	7	90	3	2	1	-	3	1	2	-
Rastatt	76	19	53	4	-	1	3	4	2	1	-
RV Mittlerer Oberrhein	190	28	147	15	10	2	3	12	6	4	3
Stadtkreise											
Heidelberg	3	1	-	2	2	-	-	2	-	2	-
Mannheim	1	-	-	1	1	-	-	1	-	-	-
Landkreise											
Neckar-Odenwald-Kreis	122	46	70	6	6	-	-	6	6	-	-
Rhein-Neckar-Kreis	80	16	37	27	-	25	2	20	12	3	-
RV Unterer Neckar	206	63	107	36	9	25	2	29	18	5	-
Stadtkreis Pforzheim	7	2	2	3	3	-	-	3	2	1	-
Landkreise											
Calw	96	9	80	7	-	5	2	4	2	1	3
Enzkreis	74	19	51	4	1	3	-	3	3	1	1
Freudenstadt	82	27	51	4	1	1	2	4	1	1	2
RV Nordschwarzwald	259	57	184	18	5	9	4	14	8	4	6
Regierungsbezirk Karlsruhe	655	148	438	69	24	36	9	55	32	13	9
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	10	-	9	1	1	-	-	1	1	1	1
Landkreise											
Breisgau-Hochschwarzwald	111	50	59	2	2	-	-	2	-	1	-
Emmendingen	54	10	44	-	-	-	-	-	-	-	-
Ortenaukreis	152	68	57	27	25	2	-	12	3	5	2
RV Südlicher Oberrhein	327	128	169	30	28	2	-	15	4	7	3
Landkreise											
Rottweil	73	14	49	10	-	10	-	8	9	-	-
Schwarzwald-Baar-Kreis	59	9	20	30	1	29	-	14	6	-	-
Tuttlingen	52	3	34	15	-	15	-	11	7	1	-
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	184	26	103	55	1	54	-	33	22	1	-
Landkreise											
Konstanz	97	25	64	8	-	1	7	8	1	-	-
Lörrach	110	53	9	48	4	43	1	6	5	1	-
Waldshut	147	50	92	5	5	-	-	5	4	1	4
RV Hochrhein-Bodensee	354	128	165	61	9	44	8	19	10	2	4
Regierungsbezirk Freiburg	865	282	437	146	38	100	8	67	36	10	7
Landkreise											
Reutlingen	105	26	51	28	-	28	-	15	6	1	2
Tübingen	67	14	45	8	-	8	-	7	3	-	1
Zollernalbkreis	92	6	17	69	-	69	-	40	14	1	-
RV Neckar-Alb	264	46	113	105	-	105	-	62	23	2	3
Stadtkreis Ulm	1	-	-	1	1	-	-	1	-	-	-
Landkreise											
Alb-Donau-Kreis	151	31	119	1	1	-	-	1	1	-	1
Biberach	173	1	170	2	2	-	-	2	2	-	2
RV Donau-Iller	325	32	289	4	4	-	-	4	3	-	3
Landkreise											
Bodenseekreis	61	25	25	11	-	10	1	6	3	3	1
Ravensburg	180	86	86	8	-	7	1	5	2	1	-
Sigmaringen	141	2	11	128	-	127	1	26	18	1	1
RV Bodensee-Oberschwaben	382	113	122	147	-	144	3	37	23	5	2
Regierungsbezirk Tübingen	971	191	524	256	4	249	3	103	49	7	8
Baden-Württemberg	3 774	878	2 142	754	96	629	29	355	213	44	44